

NIEDERSÄCHSISCHES JAHRBUCH

FÜR LANDESGESCHICHTE

Neue Folge der »Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen«

Herausgegeben

von der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen

Band 55



1983

VERLAG AUGUST LAX · HILDESHEIM

**Das Jahrbuch ist zugleich Organ des Historischen Vereins für Niedersachsen
in Hannover**

Mit der Herausgabe beauftragt:

Dr. Dieter Brosius

Verantwortlich für die Aufsätze und Kleinen Beiträge:

Dr. Dieter Brosius und Dr. Carl Haase

Verantwortlich für die Buchbesprechungen und Nachrichten:

Dr. Christoph Gieschen

(Sämtlich 3000 Hannover 1, Am Archive 1, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv)

Der vorliegende Band enthält keinen Besprechungsteil.

ISSN 0078-0561

Druck: August Lax Hildesheim

Inhalt

Aufsätze

Die Anfänge des Landes Niedersachsen. Vorträge auf der Tagung der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen am 20./21. Mai 1982 in Lüneburg.	
1. Anmerkungen zu Entwicklung und Stand der Nachkriegsforschung. Von Bernd Steger.....	1
2. Oldenburg und die Gründung des Landes Niedersachsen. Von Albrecht Eckhardt	15
3. Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Niedersachsen. Wählertradition, Partieliten und parlamentarische Aktivität niedersächsischer Regionalparteien nach 1945. Von Karl-Heinz Naßmacher	71
4. Zur Lage der Flüchtlinge in Niedersachsen. Von Dieter Brosius.....	99
5. Die wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen 1945—1950. Von Matthias Riedel.....	115
Wietzen als Zentrum adliger Herrschaft des hohen Mittelalters. Burg/Hof — Eigenkirche/Grablege. Von Martin Last	139
Ein Turnierbuch Herzog Heinrichs des Mittleren zu Braunschweig-Lüneburg (um 1500). Von Alheidis von Rohr	181
Der Pflanzenbestand des Barockgartens zu Herrenhausen im frühen 18. Jahrhundert und heute. Von Wolfgang Fiedler und Martin Heinzberger	207
Who's Who in Lower Saxony. Ein politisch-biographischer Leitfaden der britischen Besatzungsmacht 1948/49. Von Andreas Röpcke	243
Goslars Bemühungen um den Reichsherrnhain. Von Friedrich Deininger	311

Kleine Beiträge

Pferdebedarf und Pferdeeinkauf im 15. Jahrhundert am Beispiel der Stadt Göttingen. Von Dieter Neitzert	369
Zur Geschichte der Evangelisch-Reformierten in Lüneburg vom 17. bis zum 19. Jahrhundert. Von Walter Mogk	381

Nachrichten

Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen. 70. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1982	395
---	-----

Verzeichnis der Stifter, Patrone und Mitglieder der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen nach dem Stand vom 1. September 1983	401
Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen nach dem Stand vom 1. September 1983	409

Verzeichnis der Mitarbeiter

Dr. Dieter Brosius, Hannover, 99. – Dr. Friedrich Deininger, Goslar, 311. – Dr. Albrecht Eckhardt, Oldenburg, 15. – Wolfgang Fiedler, Hannover, 207. – Martin Heinzberger, Hannover, 207. – Dr. Martin Last, Göttingen, 139. – Dr. Walter Mogk, München, 381. – Prof. Dr. Karl-Heinz Naßmacher, Oldenburg, 71. – Dieter Neitzert, Göttingen, 369. – Prof. Dr. Matthias Riedel, Hannover, 115. – Dr. Andreas Röpcke, Bremen, 243. – Dr. Alheidis von Rohr, Hannover, 181. – Dr. Bernd Steger, Hannover, 1.

Die Anfänge des Landes Niedersachsen

Vorträge auf der Tagung der Historischen Kommission
für Niedersachsen und Bremen am 20./21. Mai 1982
in Oldenburg

1.

Anmerkungen zu Entwicklung und Stand der Nachkriegsforschung

Von

Bernd Steger

Seit Mitte der 60er Jahre hat sich in der deutschen Zeitgeschichtsforschung ein bemerkenswerter Wandel, oder vielleicht sollte man besser formulieren, eine gravierende Ausweitung ihrer Forschungsgebiete vollzogen, die sich in der Zwischenzeit zu einer eigenständigen Teildisziplin mit spezifischen fachlichen und methodischen Problemen ausgewachsen hat. Gemeint ist die historisch-wissenschaftliche Aufarbeitung der Zeit zwischen der Übernahme der staatlichen Souveränität durch die Siegermächte nach der militärischen Kapitulation des „Dritten Reiches“ und der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 auf dem Gebiet der westlichen Besatzungszonen¹.

Hans Rothfels, der Mentor der deutschen Zeitgeschichtsforschung, hat bereits 1953 als Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung die „Darstellung und wissenschaftliche Behandlung der Epoche der Mitlebenden“ definiert². Sein Augenmerk war damals noch auf die ungeheure politische und moralische Katastrophe der nationalsozialistischen Herrschaft gerichtet, die ihn und seine Fachkollegen vor neue und schwierige fachwissenschaftliche und methodische Probleme gestellt hatte. Galt es doch die historischen Wurzeln des Nationalsozialismus und der faschistischen Bewegungen freizulegen und ihre Genesis, ihre Ausformungen und ihr Zusammenwirken zu analysieren, die Wirkungen des NS-Regimes in Deutschland und ab 1938/39 auch in weiten Teilen Europas zu beschreiben und ihre unterschiedlichen Konsequenzen aufzuzeigen. Hier gibt es noch heute viele

1 Mit diesem Hinweis ist bereits zu erkennen gegeben, daß im folgenden die Entstehung und Geschichte des zweiten deutschen Staates auf dem Gebiet der ehemals sowjetisch besetzten Zone ausgeklammert bleibt; dies nicht nur, weil es den vorgegebenen sachlichen Rahmen sprengen würde, sondern auch, weil die Entstehung der DDR spezielle Probleme aufwirft, sowohl was die Quellen als auch was die historische Entwicklung selbst angeht.

2 Hans Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1. Jg. 1953, S. 2.

unbeantwortete Fragen, und darüber hinaus können in der Erforschung der Zeit des Nationalsozialismus die Untersuchungen der unterschiedlichsten Widerstandsformen im Innern Deutschlands und von außen noch keinesfalls als abgeschlossen gelten. Es kann auch nicht die Rede davon sein, daß die Überwindung des nationalsozialistischen Deutschlands durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg in allen Fragen und für alle zufriedenstellend erforscht worden sei.

Die Quellenlage für dieses wissenschaftlich wie politisch und moralisch gleich bedeutsame Bemühen war von Anfang an außergewöhnlich günstig. Das umfangreiche und nach dem inhaltlichen Wert hochkarätige Aktenmaterial der nationalsozialistischen Partei- und Staatsorgane, das unter normalen Umständen frühestens nach dreißig oder mehr Jahren der Forschung zur Verfügung gestellt worden wäre, war unmittelbar nach Kriegsende als Beute von den Siegermächten übernommen worden und ist anfangs nur im Zusammenhang mit den Nachkriegsprozessen, danach vorbehaltlos in den Archiven der Vereinigten Staaten und Großbritanniens und nach der Rückführung der Archive auch in der Bundesrepublik zugänglich gemacht worden. Dazu kommt, daß seit Ende der 60er Jahre sukzessive auch die Archive der meisten westlichen Länder für diese Zeit geöffnet werden, so daß heute festgestellt werden kann, daß zumindest von der Aktenlage her auch die internationalen Problemzusammenhänge und Verflechtungen jener Zeit aus den Primärquellen rekonstruiert werden können.

Im Vergleich mit der gewiß schwierigen wissenschaftlichen „Vergangenheitsbewältigung“ durch die Faschismusforschung tat sich die Nachkriegsgeschichtsschreibung unverhältnismäßig schwerer, um als seriöse Disziplin von der ganzen Historikerkunft anerkannt zu werden. Die moralische Betroffenheit durch den Nationalsozialismus und seine Genesis und auch die Erfahrungen der bisweilen emotionsgeladenen Diskussion der Kriegsschuldfrage zum Ersten Weltkrieg haben manchen Historiker zu einer skeptischen Zurückhaltung bei der Beurteilung und Einordnung der als Gegenwart empfundenen Nachkriegszeit gemahnt. Hermann Heimpels Wort, daß die jeweilige Gegenwart mit der jeweils letzten Katastrophe beginne, spiegelt die darauf gegründete Auffassung, daß selbst die als Vorstufe der historischen Forschung angesehene Zeitgeschichte die Schwelle von 1945 nicht überschreiten könne.

Vor allem der Mangel an Primärquellen hatte lange Zeit bewirkt, daß die historische Darstellung der Nachkriegszeit zunächst der in Deutschland neuen Politikwissenschaft überlassen worden war und vorbehalten blieb. Über die Motive der politischen Akteure und über den Meinungs- und Willensbildungsprozeß konnten lange Zeit nur spekulative Aussagen gemacht werden, weil als „Ersatzquellen“ — abgesehen von früh geöffneten Privatnachsätzen — nur die weißbuchartigen Dokumentationen, die Berichterstattungen der seriösen Presse oder Befragungen der Wissensträger zur Verfügung standen. Dem kritisch musternden Historiker bieten die amtlichen Verlautbarungen, Dokumentationen u. a. oft eine erstaunlich reichhaltige und, wie der Vergleich mit den Akten zeigt, auch zutref-

fende Informationsgrundlage für die Bewertung der politischen Entscheidungen; und für den im Umgang mit statistischem Material Geübten enthalten die entsprechenden Serienveröffentlichungen Daten, die ein sehr umfassendes Bild der sozialen und ökonomischen Verhältnisse nachzeichnen lassen. Sie allesamt bergen jedoch methodische Probleme und können auch leicht zu einer Lenkung des Forschungsergebnisses führen.

Allerdings ist festzustellen, daß das Jahr 1945 in der deutschen wie in der europäischen Geschichte auch von den Skeptikern gegenüber der Nachkriegsforschung als eine epochale Zäsur anerkannt wird. Als Kriterien dafür werden angeführt, daß das durch den Krieg erschöpfte Europa und vor allem das besiegte Deutschland nach 1945 aus den weltpolitischen Entscheidungszentren verdrängt waren und zu einem Kalkulationsfaktor neuer globaler Strategien wurden, durch den und in dem die neuen Supermächte USA und Sowjetunion versuchten, ihre politischen Prinzipien und sozialen und wirtschaftlichen Systeme zur Geltung zu bringen, um so zu einem neuen, globalen Gleichgewicht zu kommen.

Es wird auch daran erinnert, daß in Reaktion auf die durch die nationalstaatliche Zersplitterung Europas bedingten Kriegskatastrophen des 20. Jahrhunderts nach 1945 in allen europäischen Ländern politische Bewegungen neue konkrete Formen angenommen haben, die entweder auf eine Restauration der traditionellen Staatenwelt oder in der radikaleren Form auf deren Auflösung in eine europäische Gemeinschaft gerichtet waren; diese Bewegungen haben auch die politischen Entscheidungen in Deutschland nachhaltig bestimmt. Für den Bereich der Bundesrepublik setzte diese Bewegung eine nachhaltige politische und geistige Umorientierung vom mitteleuropäischen Denken zu einer Westorientierung voraus, die ihre Eingliederung in das westliche Staaten- und Wirtschaftssystem zur Folge hatte.

Auf der anderen Seite hat sich in den 60er Jahren mehr und mehr der Eindruck verstärkt, jetzt doch schon wieder in einem neuen Zeitabschnitt zu leben, so daß auch die nun als abgeschlossen empfundenen Nachkriegsjahre bereits als jüngste Vergangenheit und damit als Gegenstand der zeitgeschichtlichen Forschung gesehen werden konnten. Die Einleitung der Entspannungspolitik zwischen Ost und West nach dem Sturz Chruschtschows und die personellen und politischen Veränderungen in den Staatsführungen der wichtigsten westeuropäischen Länder, der überstürzte Rückzug Europas aus den überseeischen Gebieten und das Aufkommen regionaler Konflikte in verschiedenen europäischen Staaten signalisierten eine zeitliche Zäsur ebenso wie das Ende der „Wirtschaftswunder“-Euphorie und das Dämmern verschärfter wirtschaftlicher Konjunkturkrisen in den westlichen Industriestaaten, die in den Vordergrund tretenden Probleme der Dritten Welt und ihre Rückwirkungen auf Europa oder — auf Deutschland bezogen — die Erstarrung der nur noch aus westlicher Sicht (und da nur bedingt) offenen Deutschlandfrage nach dem Berliner Mauerbau.

Die Veränderung dieser globalen Vorgänge korrespondierte zeitlich mit der allmählichen Ablösung der noch durch das Kaiserreich, die Weimarer Republik und die Erfahrungen des nationalsozialistischen Deutschlands und den Zweiten Weltkrieg geprägten Generation durch die Nachkriegsgeborenen, die die bis dahin gültigen Maßstäbe vielfach radikal in Frage gestellt hat und bewußtseinsmäßig in einen neuen Zeitabschnitt der Geschichte überleiteten.

In dieser Übergangssituation ist auch in der historischen Reflexion über die Nachkriegszeit eine Veränderung erkennbar. Man begnügte sich jetzt nicht mehr damit, die Zeitphänomene in Chroniken und Jahresberichten deskriptiv festzuhalten, sondern es sind bereits die ersten, manchmal noch tastenden Versuche von systematischen Zeitanalysen entstanden, die in ihrer Quellengrundlage über das publizierte, allgemein zugängliche Material hinausgingen und Diskussionsbeiträge zur zeitgeschichtlichen Forschung im eigentlichen Sinn lieferten.

„Restauration oder Neubeginn“ war dabei das beherrschende Begriffspaar, mit dem auf eine offenbar vergessene Auseinandersetzung hingewiesen wurde, in der die Neuordnung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg diskutiert worden war³.

Äußerlich ist der Wandel der Zeitbewertung auch durch die auffällig dichte Erscheinungsfolge der Erinnerungen und Biographien der „Männer der ersten Stunde“ sichtbar geworden. Als willkürlich ausgewählte Beispiele sind die Memoiren Konrad Adenauers⁴, Reinhold Meiers⁵ oder Theodor Steltzers⁶ zu nennen, die alle Mitte der 60er Jahre erschienen sind, oder es ist auf die Erinnerungen Hermann Pünders⁷, Abraham Froweins⁸ bzw. auf die Biographien Kurt Schumachers⁹, Hinrich Wilhelm Kopfs¹⁰ oder Hermann Ehlers¹¹ zu verweisen. Unabhängig von diesem Geschehen auf dem literarischen Markt entstanden damals in den wichtigsten deutschen Forschungsinstituten und Universitäten in ra-

3 Vgl. dazu z. B. Ernst-Ulrich Huster u. a., *Determination der westdeutschen Restauration 1945—1949*, Frankfurt a. M. 1972, oder Theo Pirker, *Die verordnete Demokratie. Grundlagen und Erscheinungen der „Restauration“*, Berlin 1977.

4 Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945—1953*, Stuttgart 1965. Bis 1968 sind noch zwei weitere Bände und ein Supplementband der Erinnerungen des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik über die Jahre 1953—1963 erschienen.

5 Reinhold Maier, *Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945—1947*, Tübingen 1964. Ders., *Erinnerungen 1948 bis 1953*, Tübingen 1966.

6 Steltzer, *Sechzig Jahre Zeitgenosse*, München 1966.

7 Hermann Pünder, *Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen*, Stuttgart 1968.

8 Abraham Frowein, *Erinnerungen an seine Tätigkeit im Deutschen Wirtschaftsrat bei der britischen Kontrollkommission in Minden*, hrsg. und bearb. von Walter Vogel, Boppard a. R. 1968.

9 Lewis J. Edinger, *Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten*, Köln-Op-laden 1967.

10 Thilo Vogelsang, Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen, Hannover 1963.

11 Weert Börner, Hermann Ehlers, Hannover 1963.

scher Folge Arbeitsgruppen und Arbeitskreise, die sich ausschließlich der systematischen Erforschung der Nachkriegszeit widmen wollten¹².

Zu diesem Zeitpunkt konnte man neben den biographischen Materialien und den Chronologien¹³ schon auf eine Reihe von Veröffentlichungen verweisen, die methodisch neue und richtungsweisende Wege für die historische Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte gegangen waren. Hier sind besonders die Studien von Lutz Niethammer über die Entnazifizierung in Bayern¹⁴ und eine Arbeit von John Gimbel über Besatzungszeit und amerikanische Besatzungspolitik¹⁵ hervorzuheben. Die Bedeutung dieser beiden Studien liegt darin, daß in energisch begrenzten Detailuntersuchungen Fragestellungen und Antworten gefunden wurden, die weit über die wiederholenden Aussagen und Darstellungen der großen Entwicklungslinien hinausführten und vor allem das Ineinandergreifen von Besatzungsmaßnahmen und erster deutscher Politik „vor Ort“ dokumentieren. Sollten diese Ansätze Schule machen — und eine solche Tendenz ist in der Nachkriegsforschung sichtbar geworden —, so wird es möglich werden, daß anhand ausgewählter und vergleichbarer Detailstudien der Geschichtswissenschaft neue Impulse zur Modifikation oder Neuformulierung ihrer theoretischen Überlegungen gegeben werden.

Unter dem dominierenden Eindruck des Ost-West-Konflikts hatten die meisten Historiker, die sich bis dahin mit Problemen der Nachkriegsgeschichte befaßt haben, ebenso wie die Politiker — die Memoirenliteratur läßt dies erkennen — aus einer aus Stabilität und Prosperität motivierten Verpflichtung gegenüber dem Westen, weitgehend darauf verzichtet, die Verantwortung und Bedeutung auch der deutschen Behörden und Organe zu berücksichtigen, und sie haben unberücksichtigt gelassen, daß die Bundesrepublik zu einem guten Teil aus verfassungs-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Elementen entstanden war, die bis 1949 in den Westzonen „vorgefertigt“ worden waren, vorgefertigt nicht nur im Sinne einer zeitlichen Abfolge, sondern auch im qualitativen Sinn des unter speziellen Bedingungen und besonderen Einwirkungen so entstandenen Staates. Das entscheidende Charakteristikum der deutschen Nachkriegsgeschich-

12 Allen voran ist hier das Institut für Zeitgeschichte in München zu nennen, das 1972 für den 29. Deutschen Historikertag die Programmplanung und Organisation der Zeitgeschichtlichen Sektion mit dem Rahmenthema „Bedingungen der demokratischen Verfassung in Deutschland: Ihre Liquidation vor 1933 und Neubegründung nach 1945“ übernommen hatte. Die entsprechenden Beiträge sind im Vierteljahrsheft für Zeitgeschichte 21. Jg., 1973, S. 119 ff., abgedruckt.

13 Als wertvollste dieser Periodika sind Keesing's Archiv der Gegenwart (AdG) und das Europa-Archiv anzusehen, das seit 1946 erscheint.

14 Lutz Niethammer, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt a. M. 1972; dieses Buch ist inzwischen in 2. Aufl. unter dem Titel „Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns“ Berlin-Bonn 1982 neu erschienen.

15 John Gimbel, Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung. Marburg 1945—1952, Köln/Berlin 1964.

te sei es gewesen, daß Deutschland nicht mehr mitentscheidendes Subjekt, sondern passives Objekt der neuen Weltmächte geworden war¹⁶. Als Periodisierungs-begriff für die Nachkriegsgeschichte galt deshalb sinnigerweise der Terminus „Periode der Besatzung“. Selbst der Titel der großen Studie von Hans Peter Schwarz über die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1945 bis 1949 „Vom Reich zur Bundesrepublik“¹⁷ läßt noch eine gewisse Indifferenz erkennen, indem der behandelte Zeitabschnitt als „Interregnum“ oder auch als Stück der Endphase des Deutschen Reiches verstanden werden kann, das von den Diplomaten, Generälen und Politikern der Siegermächte inszeniert worden war und in dem den Deutschen als einzige Möglichkeit die Option für den Westen mit dem Verzicht auf die Einheit des Reiches offenstand, während die Ausführungen des Autors selbst sehr wohl Alternativen aufzeigen, die aber in vielen Details der innenpolitischen Entwicklung, etwa mit dem neuentwickelten Selbstverständnis der Parteien schwer in Einklang zu bringen gewesen wären. Das gilt für das sozialreformerische Engagement in der Anfangsgeschichte der CDU ebenso wie für unterschiedlich motivierte neutralistische Tendenzen der anderen Parteien.

Es bleibt festzuhalten, daß trotz der relativ kurzen Beschäftigung der Zeithistoriker mit dem Gegenstand „Nachkriegsgeschichte“ und ihren Problemen, die aus der Retrospektive und unter Voraussetzung neuer Forschungsansätze eher als „Vorgeschichte der Bundesrepublik“ verstanden und dargestellt werden sollte, sich in dieser Teildisziplin bereits Feinperiodisierungen und spezielle Arbeitsgebiete und -schwerpunkte herauskristallisiert haben, wobei der Forschungsschwerpunkt nicht mehr auf der Nachzeichnung der Makrostrukturen liegt, sondern in der Analyse der Mikrostrukturen. So gesehen erhalten die regionalgeschichtlichen Untersuchungen einen besonderen Stellenwert.

Auch wenn man unter Betonung sozialer, ökonomischer und innenpolitischer Faktoren davon ausgeht, daß von deutscher Seite die Entwicklung in Richtung Weststaat faktisch spätestens 1948/49 präjudiziert worden war, so ist dennoch daran festzuhalten, daß als weitere Koordinate die Deutschlandpolitik der Westmächte und schließlich die Besatzungspolitik der Militärregierungen in Deutschland unverzichtbare Orientierungspunkte für den politischen Neuanfang dargestellt haben.

Für die Forschungsstrategie der Untersuchungen zur Vorgeschichte der Bundesrepublik bedeutet dies, daß jeder größere Schritt, der aus dem Chaos totaler Erschöpfung und politischer Ohnmacht herausführte, auch an den Vorgaben der jeweils gültigen Politik der Militärregierungen und der dahinter stehenden gewandelten Deutschlandpolitik der Westmächte geprüft werden muß. Denn es bleibt, um die Herausgeber der Aktenedition zur Vorgeschichte der Bundesrepu-

16 So z. B. Ernst Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands*, 2 Bde., Berlin 1961.

17 Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außerpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945—1949*, Neuwied-Berlin 1966.

blik Deutschland 1945—1949 zu zitieren, *eine unumstößliche Tatsachenverketung dieser improvisierten, aber nur scheinbar provisorischen Grundlegung einer Weststaatgründung, daß das Offenhalten von Alternativen, wenn überhaupt, nur hätte erkaufte werden können durch weiteres Verharren im Zustand materieller Verelendung und politischer Fremdbestimmung*¹⁸. Das heißt, daß der historisch-analytische Ansatz für die Vorgeschichte der Bundesrepublik wesentlich komplexer ist. So muß z. B. auch gefragt werden, ob und inwieweit vor allem die deutschen Institutionen ihre politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen an historischen Vorbildern orientiert hatten und orientieren konnten, und wenn ja, ob Verknüpfungen mit politischen Kräften der Weimarer Zeit oder gar des Nationalsozialismus feststellbar sind. Damit sind Ausgangsbedingungen gekennzeichnet, sowohl in materieller, personeller wie in ideologischer Hinsicht, unter denen oder in Auseinandersetzungen mit denen der Wiederaufbau nach der Zerstörung durch Nationalsozialismus und Weltkrieg vor sich gegangen war.

Die wichtigen neueren Arbeiten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik nehmen diese Faktoren in ihre Fragestellungen mit auf, und es lassen sich darüber hinaus sehr allgemein folgende Problemfelder zusammenfassen:

1. Wie weit haben die Militärbehörden die deutschen Verwaltungsorgane in ihren jeweiligen Besatzungsgebieten zur Durchsetzung ihrer Politik gebraucht und mit herangezogen? Daran schließt sich auch die Frage, inwieweit die Militärbehörden (entweder untereinander abgestimmt oder nicht) die deutschlandpolitischen Entscheidungen der Siegermächte in Washington oder London vorgeprägt haben. Haben sich die deutschen Verwaltungsorgane den Militärregierungen untergeordnet oder konnten sie deren Zielsetzungen mitbestimmen? Inwieweit beeinflusste die personelle Rekrutierung der Besatzer den Start und den Fortgang der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung?
2. Wie sehr prägten die Traditionen der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus oder des Widerstands die neuen deutschen Eliten der Nachkriegszeit und welche Stellung nahmen die Alliierten zu diesen Traditionen ein?
3. Welche Legitimationsbasis hatten die Besatzungsmächte und die deutschen Behörden, d. h. konkret, arbeiteten die Verwaltungsorgane isoliert oder gar gegen den Protest oder gestützt von der deutschen Bevölkerung? Inwieweit war der Weg in Richtung Weststaat von der Bevölkerung mitgegangen worden oder überwog das allgemeine Bewußtsein der politischen Ohnmacht bzw. das Bedürfnis nach ungestörter wirtschaftlicher Existenzsicherung und sozialer Sicherheit bei weitgehender Abstinenz von politischen Auseinandersetzungen?

Vor diesem Fragenhorizont ist zunächst auch die Entwicklung der niedersächsischen Landesgeschichte nach 1945 zu sehen. Aufgrund des allgemeinen For-

18 Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945—1949, hrsg. v. Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, bearb. v. Walter Vogel und Christoph Weisz, München 1976, S. 5 ff.. Diese auch für die Rolle Niedersachsens in den zonalen und bizonalen Verwaltungsgremien wichtige Edition wird mit fünf Bänden 1983 vollständig erschienen sein.

schungsinteresses und auch der anders gelagerten Aktensituation muß aber gegenwärtig noch festgestellt werden, daß im Gegensatz zu den fortgeschrittenen Untersuchungen über das ehemals amerikanische Besatzungsgebiet die Einzelforschungen über den von den Briten besetzt gehaltenen nordwestdeutschen Raum erst punktuell und mit sehr unterschiedlicher Intensität vorangetrieben worden sind¹⁹. Einen ersten Versuch der Orientierung über den aktuellen Forschungsstand hatte das Institut für Europäische Geschichte in Mainz Ende 1977 mit einem Kolloquium unter dem Thema „Die britische Deutschlandpolitik 1945—1949“ unternommen²⁰. Dabei war nicht nur die britische Deutschlandpolitik, sondern auch die politische und ökonomische Entwicklung der britischen Besatzungszone und das Zusammenwirken der Besatzungsmacht mit den von ihr eingesetzten Verwaltungsorganen diskutiert worden.

Günter Trittel hat in einer Studie über die Debatte der Bodenreform in der Britischen Zone²¹ auf diese Interaktion zwischen deutschen Behörden und britischer Besatzung hingewiesen und festgestellt, daß die Labour-Regierung keine einschneidende Bodenreform durchführen konnte, nicht nur weil ihre eigene Militärregierung den Reformenthusiasmus in London nicht teilte, sondern auch weil die außerordentlichen Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung jedes sozio-ökonomische Experiment als zu risikoreich erscheinen ließen. Durch die Bodenreform sollte sowohl in den Augen der Militärbehörden als auch der deutschen Verwaltungsorgane die soziale Integration der aus den agrarisch geprägten Ostgebieten einströmenden Flüchtlinge gesteuert und die durch den Verlust der Ostgebiete schwieriger gewordene Versorgung der Bevölkerung gesichert werden. Beide Ziele wurden so hoch eingeschätzt, daß sie den einkalkulierten Produktionsrückgang durch Enteignung und Neuverteilung aufwogen. Trittel konnte in der Verfolgung der damals geführten politischen Diskussion allerdings auch zeigen, daß die Widerstände gegen die Bodenreform so lange ihre Durchführung verhindert haben, bis die alten Eigentumsverhältnisse praktisch gesichert waren und eine Neuverteilung nur so weit vorgenommen werden konnte, wie die alten Besitzer im Übereinkommen mit den Landesregierungen Besitz freiwillig abgaben. Die Folge war, daß die Aus- und Umsiedlungspolitik scheiterte und die Flüchtlinge ab 1948/49 in verstärktem Maß aus den ländlichen Gebieten in die

19 So neben der bereits zitierten Literatur Frank S. V. Donnison, *Civil Affairs and Military Government in North-West-Europe 1944—1946*, London 1961; Raymond Ebsworth, *Restoring Democracy in Germany. The British Contribution*, London 1960; Peter Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie*, Siegburg 1973; Rolf Steininger, *Reform und Realität. Ruhrfrage und Sozialisierung in der anglo-amerikanischen Deutschlandpolitik 1947/48*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 27. Jg., 1979, S. 167 ff.; Arthur Hearnden (ed.), *The British in Germany. Educational Reconstruction after 1945*, London 1978.

20 Die Beiträge dieses Kolloquiums sind enthalten in: *Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945—1949*, hrsg. v. Claus Scharf und Hans-Jürgen Schröder, Wiesbaden 1979.

21 Günter Trittel, *Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945—1949*, Stuttgart 1975.

Industriezentren abwanderten, wobei er z. B. für Niedersachsen feststellt, daß diese Binnenwanderung sich innerhalb der Landesgrenzen vollzog und es im Vergleich dazu nur geringe Abwanderungen z. B. ins Ruhrgebiet gab. Dadurch waren neue Probleme für die Sozial- und Wirtschaftspolitik entstanden, die in den 50er Jahren aktuell geworden sind. Für die britische Militärregierung stellt Trittel fest, daß sie in Übereinstimmung mit den bürgerlichen Parteien das Reformprogramm nur so weit forcierte, wie es die Potsdamer Vereinbarungen verlangten. Die Bindungen der ländlichen Bevölkerung an die CDU und kleinere Mitte-Rechts-Parteien, die sich ebenfalls für eine gemäßigte Bodenreform einsetzten, konnten sich so ungestört entwickeln.

Eine andere Studie von Wolfgang Rudzio über die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone²² behandelt das Experiment, die deutsche Kommunalverfassung nach britischen Vorbildern zu reformieren. Der Verfasser weist darauf hin, daß diese Reformversuche zugleich Ausgangspunkt und Inhalt einer langanhaltenden innerdeutschen Diskussion geworden waren, die bis weit über den Abbau des Besatzungsrechts hinaus kontrovers geblieben war und trotz eines permanenten restaurativen Prozesses einige bleibende Spuren in der politischen Struktur der Länder des britischen Besatzungsgebietes hinterlassen hatte. Die Briten hatten mit ihrer Verwaltungsreform die Hoffnung verbunden, Politik und Verwaltung stärker zu trennen und die Führungsrolle der politischen Organe gegenüber den kommunalen Verwaltungsorganen zu unterstreichen. Sie werteten dies als Beitrag zur Demokratisierung Deutschlands. Ihr Vorhaben kam in Schwierigkeiten, als mit der Reorganisation der gemeindeübergreifenden Instanzen der Geschäftsverkehr sich zunehmend zwischen den Gemeindedirektoren und zentralen Verwaltungen unter Ausschluß der politischen Organe einspielte. Außerdem wurden nach der territorialen Neuordnung der Britischen Zone oberhalb der Kreise nur noch die Länderparlamente gebildet, die wesentlich größere Einheiten umfaßten als die bisherigen Länder bzw. Provinzen. Die deutschen Kommunalpolitiker knüpften deshalb an Reformpläne aus dem Ende der Weimarer Zeit an, mit denen die Stellung der Bürgermeister als politische Beamte und Verwaltungsspezialisten gegenüber den parlamentarischen Gremien gestärkt werden sollte. Gleichzeitig ist auf seiten der Militärbehörden feststellbar, daß die Briten, zunächst stark an den Potsdamer Beschlüssen einer Demokratisierung von unten nach oben orientiert, sich sehr früh gegen ihre eigenen Intentionen dem amerikanischen föderalistischen System mit größeren, politisch relativ selbständigen deutschen Verwaltungseinheiten angeglichen haben, wodurch ihr eigenes Programm zur Disposition gestellt war.

Die Möglichkeiten eines politischen Neubeginns in Deutschland waren nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch die alliierten Militärgouverneure

22 Wolfgang Rudzio, Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone. Zur Demokratisierung und Dezentralisierung der politischen Struktur: eine britische Reform und ihr Ausgang, Stuttgart 1968.

und deren Verbot der politischen Parteien zunächst sehr beschränkt. Als erste Versuche einer Antwort auf den Zusammenbruch des Nationalsozialismus wird man die Bildung der in großer Zahl nachweisbaren antifaschistischen Ausschüsse werten können, in denen hauptsächlich gewerkschaftliche, sozialdemokratisch und kommunistisch orientierte Bewegungen versucht haben, Programme für den Neuaufbau Deutschlands aus eigenständigen Initiativen zu entwickeln. Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf und Peter Brandt haben in einer Sammlung von Einzelstudien zu diesem Thema²³ aufzeigen können, daß diese Ansätze schon wenige Monate nach Kriegsende am Widerstand der Militärregierungen und der neu errichteten deutschen Verwaltungsorgane zerbrochen waren und in der politischen Versenkung verschwanden. So blieben bis zur Wiedenzulassung der Parteien und der damit verbundenen Neubelebung eines vorparlamentarischen und parlamentarischen Lebens allein die von den Militärregierungen eingesetzten Verwaltungschefs zunächst auf kommunaler Ebene und später auf der Ebene der Provinzen, Länder und Zonen.

Albrecht Lein hat zum gleichen Themenkreis eine exemplarische Studie über die ersten antifaschistischen Aktionen in Braunschweig vorgelegt²⁴. Er ist der Frage nachgegangen, ob und inwieweit 1945 die Chance für einen radikalen Neubeginn vorhanden war, und kam zu der provozierenden und streitbaren Schlußfolgerung, daß die politische Linke Sozialismus in erster Linie nicht als Bestandteil eines politischen Plans, sondern als Bestandteil eines politischen Glaubensbekenntnisses im Auge hatte; die Frage nach der Durchsetzung einer neuen Gesellschaftsordnung sei deshalb überhaupt nicht gestellt worden. Tatsächlich kann nicht übersehen werden, daß der Neuaufbau z. B. in Niedersachsen, dessen Regierung lange Zeit von den Sozialdemokraten geführt und getragen worden war, kein spezifisch sozialdemokratisches Gepräge erfahren hatte. Aus der Einsicht, daß die eigenen politischen Vorstellungen nur durch Bündnisse mit den bürgerlichen Parteien und von daher nur in sehr begrenztem Maße hätten verwirklicht werden können, zog man die Konsequenz, diese Vorstellungen zu modifizieren oder den (liberal-) konservativen Kräften und Herrschaftsverhältnissen anzupassen. Konrad Franke²⁵ hat diesen Wandlungsprozeß in der SPD-Führung in Niedersachsen näher untersucht und fand als wichtigste Gründe dafür die leidvolle politische Verfolgung der SPD-Führungselite in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, die Antibolschewismus-Propaganda durch die Nazis, mit der auch gegen die SPD zu Felde gezogen worden war und die auch nach 1945 noch nachwirkte, und schließlich das Auseinanderklaffen von Programmatik und

23 Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, hrsg. v. Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf und Peter Brandt, Wuppertal 1976.

24 Albert Lein, Antifaschistische Aktion 1945. Die „Stunde Null“ in Braunschweig, Göttingen 1978.

25 Konrad Franke, Die niedersächsische SPD-Führung im Wandel der Partei nach 1945, Hildesheim 1980.

praktischer Politik, mit dem ein Auseinanderklaffen zwischen SPD-Spitze und regionaler Parteiführung korrespondierte. ~

M. E. Foelz-Schroeter hat auf die dominierende Rolle der ersten Länderverwaltungen für die Durchführung der Demokratisierung im Nachkriegsdeutschland hingewiesen²⁶. Die Autorin konzentriert sich zwar auf die Verhältnisse in der amerikanisch besetzten Zone. Ihre Ergebnisse lassen sich aber auch auf den nordwestdeutschen Raum übertragen. Als entscheidende Widersprüche im angloamerikanischen Demokratiekonzept stellt die Verfasserin heraus, daß nach dem Abwürgen der Antifas die Demokratisierung allein in die Hände der Besatzungsmächte zurückgefallen war, und daß es aufgrund der politischen Abstinenz der breiten Bevölkerung und der durch die Militärregierungen praktizierten indirekten Verwaltung („Auftragsverwaltung“) zu keiner vernünftigen Untermauerung der deutschen Organe kommen konnte. Auf diese Weise war ein Stabilisierungseffekt eingetreten, der einseitig die Länder begünstigt hatte und nicht nur der aktuellen Notwendigkeit der Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme zugute kam, sondern auch die politische Bedeutung der ersten deutschen Landespolitiker über das Jahr 1949 hinaus geprägt hatte. Die Länderchefs hatten sich lange Zeit als „Statthalter des Reiches“ verstanden und als solche mehr oder weniger vehement außenpolitische Belange wahrnehmen wollen. So wird in der Arbeit von Heribert Piontkowitz²⁷ sehr anschaulich die Auseinandersetzung in der Frage der legitimen Vertretung der Deutschen in der Vorbereitung eines Friedensvertrages geschildert, ob die Parteien oder die Länderchefs. Dahinter stand natürlich auch die Frage des künftigen Verfassungsaufbaus. Sollte die Regierung an einen Rat der Ministerpräsidenten übergeben werden, dann müßte auch der Einfluß der Parteien in Schranken gehalten werden, die schon durch ihre länderübergreifende Organisation zentralisierende Tendenzen aufgewiesen hatten; auf der anderen Seite war man sich der Schwierigkeit bewußt, daß die Länder zwar als Bausteine des Reiches die Summe der Länderinteressen vertreten, aber nicht unbedingt das Interesse des Reiches darstellen könnten. Aus diesen Überlegungen wäre in verstärktem Maß auf die Parteien als entscheidende politische Faktoren zurückzugreifen gewesen.

Wenn, wie Foelz-Schroeter es zurecht tut, den Länderregierungen zumindest bis 1947 ein maßgebliches Gewicht in der politischen Entwicklung Westdeutschlands zugemessen werden muß, bleibt zu fragen, wie weit sich dies mit den Ergebnissen, die Rudzio vorgelegt hat, vereinbaren läßt. Zwar sind die beiden Untersuchungen nicht unbedingt in einen direkten Vergleich zu stellen; aber selbst wenn je nach Zone die Rolle der regionalen Administration bzw. der Länderregierungen unterschiedlich darzustellen ist, so ist in beiden Besatzungsgebieten unter den

26 Marie Elise Foelz-Schroeter, *Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945—1947. Westdeutsche Länderregierungen, zonale Bürokratien und politische Parteien im Widerstreit*, Stuttgart 1974.

27 Heribert Piontkowitz, *Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946—1949. Das Deutsche Büro für Friedensfragen*, Stuttgart 1978.

gleichen historischen Vorgaben gearbeitet worden, und man ist zu vergleichbaren Ergebnissen gekommen. Für beide Zonen gilt: Die Behebung der materiellen Not und der Wiederaufbau der Infrastruktur für Verwaltung und Wirtschaft ist zunächst ohne deutliche Ausformulierung eigener politischer Perspektiven, sondern durch die politischen Vorgaben der Besatzer vonstatten gegangen. Sowohl die Kommunen wie die Länderregierungen waren zunächst durch „Allparteienregierungen“ geprägt, deren politischer Stil durch Ablehnung des politischen Konflikts und damit durch die Ausklammerung von politischen Grundsatzentscheidungen zu kennzeichnen ist. Die Formel „Sammlung aller Kräfte im Dienst des Wiederaufbaus“ signalisiert eher ein unpolitisches Selbstverständnis als eine politisch motivierte antifaschistische Koalition zur Überwindung nationalsozialistischer Traditionen. Eine solche bemerkenswert unkritische Haltung gegenüber der Ideologie des Nationalsozialismus ist aber nicht nur in den Verwaltungsspitzen, sondern auch in der westdeutschen Bevölkerung in frühen Meinungsumfragen festgestellt worden²⁸.

Auch wenn hier nur ein winziger Ausschnitt aus dem doch schon breiten Spektrum der Forschung zu den verschiedenen Problemen der Nachkriegszeit angedeutet werden konnte, so ist darüber hinaus festzustellen, daß wir noch weit davon entfernt sind, auch in Einzelfragen abgesicherte Ergebnisse zu besitzen. Zahlreiche Forschungsdesiderate sind heute noch unerfüllt, und es ist ein Charakteristikum der momentanen Forschungssituation, daß sie sich in einem Stadium befindet, in dem der Klärungsversuch bestimmter Fragestellungen mehrere neue Probleme aufwirft. Was die Zeitgeschichtler deshalb auf diesem Gebiet heute leisten können und sollten, sind nicht große Gesamtdarstellungen, sondern bewußt beschränkte Einzeluntersuchungen, die die wissenschaftliche Diskussion in Gang halten und weitertragen können. Besonders viel ist noch zu tun im Bereich der Erforschung der sozialen Lage und der Einstellung der Bevölkerung zu politischen und ökonomischen Entwicklungen und Veränderungen der Nachkriegszeit. Daneben gilt es nach wie vor, das Zusammenwirken und Ineinandergreifen der Politik der Militärregierungen und der Politik der deutschen Organe in allen Bereichen genauer zu untersuchen. Ganz besonders ist es notwendig, Studien zu allen Aspekten der Nachkriegsjahre auf Länderebene zu erstellen, um einerseits über die eingeschränkte Aussagefähigkeit von Lokalstudien hinauszukommen und andererseits zu repräsentativen, methodisch begründeten und quellenmäßig abgesicherten Ergebnissen zu gelangen. Nur so kann die Interdependenz der unterschiedlichen Wirkungsfaktoren konkret beschrieben und erklärt werden.

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, daß nach Ablauf der Sperrfristen für das amtliche Aktenmaterial die Archive der Forschung vorbehaltlos geöffnet werden, so daß der Historiker, der sich mit der Zeit nach 1945 befassen will, anhand des authentischen Quellenmaterials arbeiten kann.

28 Vgl. dazu die Ergebnisse entsprechender Meinungsumfragen in: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947—1955, hrsg. v. Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Allensbach 1956.

Die deutschen Archive des Bundes und der Länder haben inzwischen den Zugang zu den Quellen bis zur Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 prinzipiell geöffnet. Mit Einschränkungen, die sich aus Rücksicht auf die jeweiligen nationalen Sicherheitsinteressen oder archivtechnische Überlegungen ergeben, gilt dies auch für die angloamerikanischen Besatzungsmächte. Dadurch ist prinzipiell die Erforschung der heute am brennendsten erscheinenden Fragen möglich. Bedauerlicherweise ist die Bibliographie der historischen Untersuchungen über die Entstehung des Landes Niedersachsen, seine politische, soziale und wirtschaftliche Ausformung nach 1945 und die Rolle, die das Land im Entstehungsprozeß der Bundesrepublik gespielt hat, noch relativ schmal. Dies läßt nicht so sehr auf ein vermindertes Interesse an der niedersächsischen Landesgeschichte schließen, sondern ist wissenschaftsgeschichtlich dadurch zu erklären, daß der alles überlagernde amerikanisch-sowjetische Konflikt und der vorherrschende Einfluß der USA auf die Entwicklung in Europa und (West-) Deutschland lange Zeit im Vordergrund der wissenschaftlichen Interessen gestanden haben. Die frühzeitige Freigabe der Akten der amerikanischen Militärregierung hat zusätzlich das Augenmerk der Nachkriegshistoriker dorthin gelenkt, wodurch auch die Vorgänge im süddeutschen Bereich stärker in den Vordergrund getreten sind.

Dagegen haben die Briten erst vor relativ kurzer Zeit die Sperrfrist für die Akten auf 30 Jahre reduziert, und die Akten der Central Commission for Germany (British Element) sind erst in einem Bruchteil geordnet und verzeichnet und werden sukzessive für die Forschung freigegeben. Deshalb ist es heute noch nicht oder nur sehr schwer möglich, britische Besatzungspolitik vor allem auf der mittleren und unteren Ebene im einzelnen darzustellen. Sowohl die britischen wie die deutschen Forscher, die in dem bisher freigegebenen Aktenmaterial gearbeitet haben, weisen in ihren Veröffentlichungen immer wieder darauf hin, daß sie durch die Überlieferungen der übergeordneten Behörde, des Foreign Office, nicht ersetzt werden können, weil die britische Deutschlandpolitik zunächst in der britischen Zentralkommission entwickelt und dort auch durchgeführt worden ist.

Dennoch ist festzuhalten, daß zur niedersächsischen Landesgeschichte bereits eine Reihe von Spezialstudien entstanden sind, die in erster Linie auf der Grundlage des niedersächsischen Aktenmaterials erstellt wurden. So hat Birgit Pollmann an zwei Fallstudien über die Bodenreform und die Besetzung der Industrie- und Handelskammern das Scheitern dieser gesellschaftspolitisch bedeutsamen Reformvorhaben untersucht²⁹. Auch ist einiges im Bereich der Verbandsgeschichte getan worden. Franz Hartmann hat 1977 eine Dissertation über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Niedersachsen nach dem Zweiten

29 Birgit Pollmann, Reformansätze in Niedersachsen 1945—1949 dargestellt am Beispiel der Gesetzentwürfe zur paritätischen Besetzung der Industrie- und Handelskammern und zur Bodenreform (Diss.), 1976.

Weltkrieg³⁰ vorgelegt, und noch in diesem Jahr wird eine Arbeit von Johann von Pezold über die Reorganisation der SPD in kleinstädtischen und ländlichen Bereichen erscheinen³¹. 1978 hat Heinz Georg Marten eine politisch-soziologische Untersuchung über die Gründung und Entwicklung der FDP nach 1945 vorgelegt³², die die innerparteilichen, programmatischen und sozialstrukturellen Konstitutionsbedingungen des niedersächsischen Landesverbandes der FDP behandelt.

In Erinnerung an den oben erwähnten Fragen- und Problemkatalog, der nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, ist festzustellen, daß die Forschungen in bezug auf Niedersachsen nach 1945 eigentlich erst beginnen. In dieser Situation kann es als ein glücklicher Umstand gewertet werden, daß das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst sich 1980 dazu entschlossen hat, einen Arbeitskreis zur Erforschung der Geschichte des Landes Niedersachsen nach 1945 zu berufen und finanziell zu fördern. Dieser Arbeitskreis versteht sich als Versuch einer Kooperation zwischen Zeitgeschichtsforschung und Archiven, um die Erforschung der niedersächsischen Landesgeschichte in der Nachkriegszeit planmäßig zu entwickeln.

Wer sich mit Fragen der Zeit nach 1945 beschäftigt hat, weiß — und davon sind die Archivare ebenso betroffen wie die Historiker —, daß eine große Diskrepanz besteht zwischen dem rechtlichen Vorgang der Aufhebung von Sperrfristen für Akten einerseits und deren sinnvoller Abgabe durch die Behörden und ihre technische Aufbereitung und Bereitstellung durch die Archive auf der anderen Seite. Dazu kommen Hemmnisse durch den Persönlichkeits- und Datenschutz. In manchen Bereichen sind daraus Kluften entstanden, die der interessierte Forscher nur durch sehr umständliche und auch zeitraubende Recherchen überbrücken kann. Solche Schwierigkeiten sollen, dürfen und können aber die Zeitgeschichtsforschung nicht daran hindern, die fruchtbaren Ansätze der wissenschaftlichen Diskussion der Nachkriegszeit weiterzuführen und neue zu entwickeln.

30 Franz Hartmann, *Geschichte der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 in Niedersachsen*, Göttingen 1972.

31 Johann von Pezold, *Sozialdemokraten in Niedersachsen 1945/46*, Hildesheim 1983.

32 Heinz Georg Marten, *Die unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen, Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945—1955*, Göttingen 1978. S. dazu die Besprechung in diesem Jahrbuch.

2.

Oldenburg und die Gründung des Landes Niedersachsen

Von

Albrecht Eckhardt

Mit 1 Abbildung

1. Selbstbehauptung in der Weimarer Zeit

Am¹ 19. Januar 1975 hatte die Bevölkerung des Verwaltungsbezirks Oldenburg in einem Volksentscheid darüber abzustimmen, ob sie wolle, *daß das Gebiet des früheren Landes Oldenburg beim Land Niedersachsen verbleibt oder daß das frühere Land Oldenburg als selbständiges Land wiederhergestellt wird*. Zur selben Zeit fanden ähnliche Plebiszite in Schaumburg-Lippe und in einigen Bezirken des Landes Rheinland-Pfalz statt. Diese Volksentscheide, zu deren Gelingen 25 % der Wahlberechtigten positiv votieren mußten, waren in Niedersachsen die späte Folge von Volksbegehren, die bereits 1956 erfolgreich verlaufen waren. Während die Aktionen im Südwesten der Bundesrepublik scheiterten, gab es in Niedersachsen eine riesige Überraschung. Bei einer Wahlbeteiligung von 38,3 bzw. sogar 50,6 % votierten im Oldenburger Land knapp 31, in Schaumburg-Lippe sogar fast 40 % der Wahlberechtigten für die Wiederherstellung der Selbständigkeit.

Hatte damit der Partikularismus einen Sieg errungen? War dem Lande Niedersachsen eine Absage erteilt worden? Hoffte tatsächlich ein so großer Teil der Bevölkerung in Verkennung politischer Realitäten auf das Wiedererstehen doch wohl lebensunfähiger Kleinstländer, oder wünschte man ernsthaft eine Länderneugliederung mit dem Zweck, einen größeren Nordweststaat zu schaffen? Alle

1 Stark erweiterte Fassung eines bei der Jahrestagung der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen am 20. Mai 1982 im Oldenburger Landtagsgebäude gehaltenen Vortrags. Mit Rücksicht auf die übrigen dort gehaltenen Referate erfolgt eine Beschränkung auf die eigentliche Neugliederungsdiskussion, so daß z. B. die wirtschaftlich-soziale Lage der Bevölkerung unberücksichtigt bleibt. Verwendete Abkürzungen: HStAH = Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv in Hannover; StAB = Staatsarchiv Bremen; StAO = Niedersächs. Staatsarchiv in Oldenburg; StAW = Niedersächs. Staatsarchiv in Wolfenbüttel; NWZ = Nordwest-Zeitung (Oldenburg); OV = Oldenburgische Volkszeitung (Vechta). — Das im Programm der Historischen Kommission für die Jahrestagung 1982 veröffentlichte Resümee des Vortrags ist inzwischen zweimal nachgedruckt worden, und zwar in: Heimatblätter. Beilage zur „Oldenburgischen Volkszeitung“ Nr. 6/61. Jg., Vechta 1982, S. 2—3 und in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik 10, 1/2, Münster 1982, S. 62—64.

diese Fragen spielten zwar mit, die zentralen Anliegen der Oldenburg-Befürworter waren sie indessen nicht. Vielmehr ging es hier in erster Linie darum, die von der SPD/FDP-Regierung in Hannover vorgelegten Pläne für eine Kreisreform abzuwehren. Daneben spielten auch Traditionsbewußtsein, der Wunsch nach Erhaltung eines selbständigen Verwaltungsbezirks, Kritik an der Politik der Landesregierung auf anderen Sachgebieten, z. B. im Schulwesen, eine Rolle. Im Abstimmungsverhalten ergab sich ein deutliches Süd-Nord-Gefälle: Fast 63 % im Kreis Vechta stehen nur 7,65 % in der Stadt Wilhelmshaven gegenüber. Unter den drei kreisfreien Städten ragte Delmenhorst mit 53 % einsam hervor: Hier drohte die Einkreisung, und quer durch die Bevölkerung und alle Parteien wollte man der Regierung einen Denkkzettel verpassen. Ansonsten hielten sich die Parteien stark zurück.

Während sich auf landespolitischem Gebiet die Volksabstimmung als durchschlagender Erfolg erweisen sollte, konnte das — wohl nur von wenigen bewußt angesteuerte — Fernziel einer Neugliederung nicht erreicht werden. Mit Gesetz vom 9. Januar 1976 lehnte der Bundestag eine Neugliederung des Bundesgebiets ab und bestimmte, daß Oldenburg und Schaumburg-Lippe bei Niedersachsen verblieben. Das Bundesverfassungsgericht verwarf mit Bescheiden vom 1. August 1978 die Einsprüche dagegen². Damit dürfte dieses Thema wohl vom Tische sein.

Damals, 1978, existierte der seit Ende 1946 bestehende Verwaltungsbezirk Oldenburg ohnehin nicht mehr. Durch das Achte Gesetz zur Verwaltungs- und Gebietsreform vom 28. 6. 1977 war Oldenburg zum 1. Februar 1978 in einem größeren Regierungsbezirk Weser-Ems mit Verwaltungsmittelpunkt Oldenburg aufgegangen. Abgesehen von einigen kleineren Grenzkorrekturen und dem gescheiterten und aufgrund eines Bückeburger Staatsgerichtshofurteils rückgängig gemachten Versuch einer Kreisneugliederung im Raum Friesland/Wittmund/Ammerland sind die alten oldenburgischen Kreise unangetastet geblieben, eine Folge der Volksabstimmung, aber auch des Regierungswechsels in Hannover. Die Zentralisierung auf Bezirksebene wurde allerdings durch die Verlagerung wichtiger Abteilungen der Bezirksregierung nach Osnabrück und Aurich wieder aufgeweicht. Oldenburg als Verwaltungsbezirk ist von der Karte verschwunden. Es lebt aber noch in vielen Institutionen fort, wie etwa der durch Landesgesetz von 1974 geschaffenen „Oldenburgischen Landschaft“, einer aus der „Olden-

2 NWZ Jan. 1975; Bundesgesetzblatt I/1976 S. 45; Urteil des Bundesverfassungsgerichts (für das „Komitee Volksentscheid Oldenburg“) 2 BvR 123/76 (Kopie der Ausfertigung bei der Oldenburgischen Landschaft), vgl. NWZ 19. 8. 1978. — Josef Zürlík, Vom Lande Oldenburg zum Regierungsbezirk Weser-Ems, 2. Fassung. In: Oldenburger Jahrbuch 80, 1980, S. 151—184, hier 179 f.; Hermann Wegmann, Der Oldenburger Volksentscheid von 1975. In: Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland 1979, S. 220—226; Joachim Kuropka, Zur historischen Identität des Oldenburger Münsterlandes, Münster 1982, S. 58 ff.; Hans-Ulrich Evers, Oldenburg und Schaumburg-Lippe nach den Volksentscheiden auf Wiederherstellung als Länder vom 19. 1. 1975, Hildesheim 1975. — Zum Volksbegehren vom April 1956 vgl. neben der Presse auch StAO Best. 136 Nr. 20482.

burg-Stiftung e. V.“ von 1961 hervorgegangenen Körperschaft des öffentlichen Rechts *zur Pflege und Förderung der kulturellen und historischen Belange Oldenburgs*, die sich vor allem auf die Kreise und kreisfreien Städte des Oldenburger Landes stützt³.

So wurden nach verschiedenen Anläufen der zurückliegenden Jahrzehnte in den 1970er Jahren Einrichtungen geschaffen, die schon 1946 auf der Wunschliste maßgeblicher Oldenburger Politiker an vorderster Stelle gestanden hatten. Wenn auch die eigentliche Gründungsphase des Landes Niedersachsen auf die Nachkriegsjahre 1945/46 beschränkt ist, so lassen sich doch Niedersachsen-Bestrebungen schon wesentlich früher fassen. Soweit sie noch in das 19. Jahrhundert zurückreichen, beschränkten sie sich weitgehend auf die welfischen Stammlande, insbesondere auf die preußische Provinz Hannover. Immerhin war es schon um die Jahrhundertwende zu einer beachtlichen Zahl von Vereins- und Verbandsgründungen gekommen, die auf eine kulturelle und wirtschaftliche Zusammenfassung des niedersächsischen Raumes hinzielten. Zu ihnen gehörte auch die Historische Kommission für die Provinz Hannover, das Großherzogtum Oldenburg, das Herzogtum Braunschweig, das Fürstentum Schaumburg-Lippe und die Freie Hansestadt Bremen (die heutige Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen), der schon im Gründungsjahr 1910 auch der Oldenburgische Staat beitrug⁴.

Unter den Ländern des Reiches gehörte Oldenburg zu den kleinsten und den am stärksten zerrissenen Gebilden. Das Großherzogtum bzw. seit November 1918 der Freistaat Oldenburg setzte sich aus drei weit voneinander entfernten Landesteilen zusammen, nämlich Oldenburg mit 5385 qkm und (1919) 421000 Einwohnern, Lübeck (Hauptort Eutin) mit 542 qkm und 45000 Einwohnern und Birkenfeld (im Hunsrück) mit 503 qkm und 51000 Einwohnern. Im Landesteil Oldenburg, der hier primär interessiert, war ein Viertel der Bevölkerung, angesessen hauptsächlich in den südlichen, seit 1803 zu Oldenburg gehörigen Ämtern Vechta und Cloppenburg (mit Friesoythe), die allmählich den Namen „Oldenburger Münsterland“ erhielten, katholisch. In dem vornehmlich durch die Agrarwirtschaft bestimmten Land existierten nur wenige Industrieschwerpunkte, insbesondere um Delmenhorst, Oldenburg, Varel und Rüstringen (das erst 1937 mit der bis dahin preußischen Stadt Wilhelmshaven vereinigt wurde). Der Landesteil Oldenburg war ringsum von hannoverschem, seit 1866 von preußischem Ge-

3 Zürlík, wie Anm. 2, S. 184.

4 Kurt Brüning in: *The Land of Nethersaxony / Das Land Niedersachsen*, wie Anm. 95, S. 51; Dieter Lent, *Der Weg zum Lande Niedersachsen*, in: Carl Haase (Hrsg.), *Niedersachsen — Territorien-Verwaltungseinheiten — geschichtliche Landschaften* (= Veröff. d. Niedersächs. Archivverwaltung 31), Göttingen 1971, S. 18 f.; derselbe, *Das Niedersachsenbewußtsein im Wandel der Jahrhunderte*. Ebd., S. 46 f.; Georg Schnath in: *Land Niedersachsen. Tradition und Gegenwart*. Hrsg. von der Niedersächs. Landeszentrale f. Polit. Bildung Hannover 1976, S. 71 ff., bes. S. 80. — Zur Historischen Kommission vgl. StAO Best. 134 Nr. 4360; Karl Brandt in: *Niedersächs. Jb. f. Landesgesch.* 12, 1935, S. 25 ff. und Georg Schnath ebd. 32, 1960, S. 1 ff.

biet umgeben. Lediglich im Osten grenzte er an das Staatsgebiet der Freien Hansestadt Bremen.

Wenn auch schon 1815 in Oldenburg, d. h. von dem damaligen Herzog Peter Friedrich Ludwig, vergeblich auf eine Arrondierung des Staatsgebietes im nordwestdeutschen Raum, etwa durch Angliederung des damals noch zu Preußen, fortan zu Hannover gehörigen Fürstentums Ostfriesland und des Emslandes, gehofft und 1866 aus Rücksichten gegenüber dem abgesetzten König von Hannover auf einen Gebietstausch Birkenfeld gegen Hoya verzichtet und somit eine weitere Abrundungschance verpaßt worden war⁵, so konnte doch eine „Niedersachsenbewegung“ vor 1918 im Oldenburgischen überhaupt nicht Fuß fassen. Das Großherzogtum war dank seiner Anlehnung an Preußen 1866 selbständig geblieben, und zur Zeit der Monarchie bestand hier weder beim Staat noch in der Bevölkerung das Bedürfnis nach staatlicher Neugliederung bzw. gar nach einem Aufgehen des Herzogtums (d. h. des späteren Landesteils) Oldenburg in einer größeren Einheit.

So kamen die entscheidenden Anstöße erst durch die Novemberrevolution von 1918, die hier von Wilhelmshaven/Rüstringen ihren Ausgang nahm. Mit dem Ende der Monarchie in Reich und Ländern wurde auch die Frage einer Neugliederung aktuell, und diese sollte bei den nunmehr in Angriff genommenen Vorarbeiten für eine neue Reichsverfassung eine wichtige Rolle spielen. Noch in der zweiten Novemberhälfte wurden Forderungen nach einer von Westfalen bis Pommern bzw. von Schleswig-Holstein bis zur Provinz Sachsen reichenden „Republik Niedersachsen“ laut, wie sie der Allgemeine Plattdeutsche Verband propagierte und wie sie, wenn auch in engeren Grenzen, von Teilen der Arbeiter- und Soldatenräte gewünscht wurde. Selbstverständlich wurde Oldenburg in diese Projekte einbezogen⁶.

Daß der Freistaat Oldenburg bei einer Neuaufteilung Preußens und einer Neugliederung des Reiches wohl kaum seine Selbständigkeit würde bewahren können, war auch den führenden Männern im Lande nur zu klar. Dabei setzte man

5 Hermann Lübbling, *Oldenburgische Landesgeschichte*, Oldenburg [1953], S. 155, 174; Klaus Lampe, *Oldenburg und Preußen 1815–1871* (= Veröff. d. Histor. Kommission für Nieders. und Bremen XXV, 11), Hildesheim 1972, S. 2 f., 310 ff.; Zürlík, wie Anm. 2, S. 152 f.; Heinrich Schmidt, *Politische Geschichte Ostfrieslands* (= *Ostfriesland im Schutze des Deiches V*), Leer 1975, S. 377; Heinrich Schmidt, *Oldenburg um 1900* ... In: *Oldenburg um 1900. Beiträge zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Situation des Herzogtums Oldenburg im Übergang zum industriellen Zeitalter*. Hrsg. von der Handwerkskammer Oldenburg, der Landwirtschaftskammer Weser-Ems und der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer 1975, S. 33 ff.

6 Vgl. Hans-Dieter Loose, *Groß-Hamburg, Hansestadt oder Republik Niedersachsen. Territoriale Neuordnungspläne für Nordwestdeutschland in der Revolution 1918/19*. In: *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte* 66, 1980, S. 95 ff., hier 104 ff.; Maria Spreen-Rauscher, *Von der Sozialistischen Räterepublik zum Freistaat Braunschweig*. In: Werner Pöls und Klaus Erich Pollmann, *Moderne Braunschweigische Geschichte*, Hildesheim, Zürich, New York 1982, S. 201–226, hier S. 207 ff.

voraus, daß als erstes die weit abgelegenen beiden Landesteile abgetrennt würden, wofür es starke örtliche Volksbewegungen sowohl in Birkenfeld als auch in Lübeck/Eutin gab. Hinzu kam, daß Birkenfeld zum französischen Besatzungsgebiet gehörte und die Franzosen 1919 die dort vorübergehend herrschende *provisorische Regierung* der „Republik Birkenfeld“ favorisierten.

Da Oldenburg in Verhandlungen mit Preußen auf einen Gebietstausch drängte, Preußen sich aus Furcht vor der Welfenbewegung in Hannover darauf jedoch nicht einließ, mußten die praktisch schon zum Abschluß gelangten, auch in Oldenburg als sinnvoll angesehenen Abtretungen der Landesteile 1920 scheitern. Erst 1937 wurde diese Flurbereinigung im Rahmen des Groß-Hamburg-Gesetzes vorgenommen, wobei das seit 1853/54 preußische Gebiet um Wilhelmshaven wieder an Oldenburg fiel⁷.

Für das Oldenburger Kernland hatte die durch die Proklamation der „Republik Oldenburg-Ostfriesland“ seitens des Wilhelmshavener 21er Rats im November 1918 erfolgte Zusammenfassung mit dem preußischen Regierungsbezirk Aurich keinen Bestand, zumal neben dem obersten Räteorgan das „Direktorium“ als neue Regierung des Freistaats Oldenburg durchaus selbständig agierte⁸. Während man im katholischen Südoldenburg ernsthaft den Anschluß des Münsterlandes oder sogar des gesamten Landesteils Oldenburg (zusammen mit Ostfriesland) an eine geplante Republik Rheinland-Westfalen diskutierte, wobei hier kirchenrechtliche und schulpolitische Problemstellungen und diesbezügliche Wünsche der konfessionellen Minderheit im Vordergrund standen⁹, waren die Sozialdemokraten einem über Monate hinweg immer wieder von Bremen aus betriebenen Zusammenschluß der Hansestadt mit Oldenburg nicht abgeneigt¹⁰. Dagegen sprachen sich die liberalen Parteien, insbesondere die von dem Marschbauern Theodor Tantzen geführte DDP, für den Fortbestand Oldenburgs aus. In diesem Sinne hatte sich der frühere großherzogliche Minister Scheer, der jetzt dem Di-

7 Ludwig Biewer, *Reichsreformbestrebungen in der Weimarer Republik ...* (= Europäische Hochschulschriften III/118), Frankfurt a. M., Bern, Cirencester / U.K. 1980, S. 184 ff.; Kurt Hartong, *Die Birkenfelder „Revolution“ vom Sommer 1919 ...* In: *Oldenburger Jahrbuch* 78/79, 1978/79, S. 83 ff. — Gedanken über eine Abtretung Birkenfelds hatte sich der oldenburgische Innenminister Scheer bereits 1915 gemacht und deswegen schon 1916 im preußischen Innenministerium vorgefühlt (StAO Best. 131 Nr. 41); vgl. auch Albrecht Eckhardt, *Birkenfelds Weg vom oldenburgischen Landesteil zum preußischen Landkreis*. In: *Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde im Landkreis Birkenfeld und der Heimatfreunde Oberstein* 57/1—2, 1983, S. 1, 3—28; zu Birkenfeld s. auch StAO Best. 47 Nr. 24, zu Lübeck (bis 1924) ebd. Nr. 25.

8 Wolfgang Günther, *Die Revolution von 1918/19 in Oldenburg* (= *Oldenburger Studien* 18), Oldenburg 1979; Schmidt, *Polit. Gesch.*, wie Anm. 5, S. 466 ff.

9 OV Dez. 1918—Mai 1919; s. auch Wolfgang Kothe, *Gedanken zur Neugliederung des Reiches 1918—1945 in ihrer Bedeutung für Nordwestdeutschland*. In: *Westfälische Forschungen* 6 (1943—1952), 1953, S. 182—196; Hans-Joachim Behr in: *Heimatchronik des Kreises Vechta*, Köln 1976, S. 128; Heinrich Schmidt, *175 Jahre Oldenburger Münsterland*. Hrsg. von der Oldenburgischen Landschaft, Oldenburg 1979, S. 18 f.; Kuropka, wie Anm. 2, S. 57.

10 Vgl. die Zeitungen der Zeit und Hartmut Müller, *Bremen und Oldenburg. Freundnachbarliche Konfliktfelder in der Neuzeit (1648—1949)*. In: *Oldenburger Jahrbuch* 82, 1982, S. 20 f.; Biewer, wie Anm. 7, S. 192 f.

rektorium angehörte, bereits am 30. Dezember 1918 in einem Schreiben an den Staatssekretär im Reichsinnenministerium, Hugo Preuß, geäußert. Scheer lehnte die in den Zeitungen diskutierte Schaffung einer „Republik Niedersachsen“, die aus der Provinz Hannover, den Freistaaten Oldenburg und Braunschweig und den beiden Lippischen Ländern bestehen sollte, kategorisch ab, weil sie *in Oldenburg größte Unzufriedenheit und heftigen Widerstand erregen würde*¹¹.

Ein unmittelbar nach Bekanntwerden der Preuß'schen Neugliederungspläne Ende Januar 1919 im Oldenburgischen Landtag von dem DVP-Abgeordneten Müller aus Brake eingebrachter Initiativantrag auf Erhaltung Oldenburgs scheiterte nach anfänglicher Unterstützung an der Uneinigkeit der Parteien¹². Paul Hug, der SPD-Vorsitzende, mußte sich sogar eine Rüge seiner eigenen Parteizeitung ‚Republik‘ in Rüstringen-Wilhelmshaven gefallen lassen, die ihm *Partikularismus* vorwarf. Hug sprach sich im Gegenzug für *Oldenburg als Kern eines nordwestdeutschen Gliedstaates*, z. B. durch Zusammenschluß mit Ostfriesland, aus. Als nicht vorteilhaft sah er dagegen eine Niedersächsische Republik mit Braunschweig, Bremen, Hannover und Oldenburg an. Ähnlich dachte auch Parteisekretär und Direktoriumsmitglied Julius Meyer, der sogar eine Verbindung mit den Regierungsbezirken Aurich und Osnabrück, welche seit dem 1. Dezember 1918 mit dem Landesteil Oldenburg zum Reichstagswahlkreis Nr. 15 zusammengeschlossen waren, für möglich hielt. Darauf spielte auch Scheer in Berlin an, wo am 5. April auf Wunsch Oldenburgs eine Besprechung im preußischen Innenministerium stattfand. Er erhielt allerdings zur Antwort, daß eine Abtretung eines oder gar beider Regierungsbezirke auf keinen Fall in Frage komme. Von Hug auf eine mögliche Vereinigung Wilhelmshavens mit Rüstringen angesprochen, äußerte die Gegenseite ihr Erstaunen, weil bisher immer nur davon die Rede gewesen sei, daß umgekehrt Rüstringen dem preußischen Wilhelmshaven zugeschlagen werden solle¹³.

In interfraktionellen Besprechungen des Landtags am 9./10. April 1919 war man sich einig, daß eine Abtretung von Birkenfeld und Lübeck den Wünschen der dortigen Bevölkerung entsprach und wohl unumgänglich war. Als mögliches Tauschobjekt kam in erster Linie Wilhelmshaven in Betracht. Alle Fraktionen sahen es für die beste Lösung an, wenn Oldenburg als selbständiges Land erhalten bliebe und angemessen vergrößert würde, wobei man insbesondere an den Umfang des Reichstagswahlkreises dachte. Das Zentrum sprach sich ersatzweise für den Anschluß an eine Republik Rheinland-Westfalen aus, während die SPD auch einer Vereinigung mit Bremen positive Aspekte abgewann. Der Zusammenschluß zu einer Republik Niedersachsen wurde nicht weiter erörtert. Da alle an-

11 StAO Best. 131 Nr. 43.

12 StAO Best. 39 Nr. 7309; vgl. Verhandlungen der 3. Versammlung des 33. Landtags des Freistaats Oldenburg, Stenograph. Berichte, S. 65, 90 und Anlage Nr. 187.

13 ‚Republik‘ 26., 28., 30. 1., 16. 2., 5. und 16. 3., vgl. OV Jan.—März 1919. — Zu der Berliner Besprechung: StAO Best. 131 Nr. 41.

deren Pläne von einer Zustimmung Preußens abhingen, hätte im Grunde nur die bremische Lösung eine echte Chance gehabt. Sie stieß jedoch bei sämtlichen bürgerlichen Parteien auf strikte Ablehnung¹⁴.

Hugo Preuß, der den Entwurf für die neue Reichsverfassung erarbeitete, hatte in seinem Anfang 1919 bekannt gewordenen Plan ein Niedersachsen vorgeschlagen, das Schleswig-Holstein, nicht jedoch die Hansestädte einbezog¹⁵. Eine von der USPD beeinflusste Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Nordwestdeutschlands mit oldenburgischer Beteiligung dachte Ende Januar in Braunschweig sogar an einen noch größeren Freistaat *Nordwestdeutschland*. Andererseits zielten die, insbesondere von der Linken in Hannover und Braunschweig ausgehenden, Bestrebungen auf ein kleineres Niedersachsen ab, das jedoch in Oldenburg kaum auf Gegenliebe stieß. Ein Ende Mai 1919 beim Oldenburger Landtag eingegangenes Schreiben des Rats der Volksbeauftragten in Braunschweig, das eine Aussprache der Abgeordneten *Niedersachsens* wegen eines Zusammenschlusses von Hannover, Oldenburg, Lippe und Braunschweig vorschlug, wurde im Parlament gar nicht weiter diskutiert, weil kein Interesse daran bestand¹⁶. Im Sommer ebden im übrigen die Diskussionen um eine Neugliederung des nordwestdeutschen Raumes ab¹⁷. Die von der Deutsch-Hannoverschen Partei betriebene Abstimmung in der Provinz Hannover über eine Loslösung von Preußen und Bildung eines freien „Hannover-Niedersachsen“, bezeichnenderweise ohne den Regierungsbezirk Aurich, scheiterte 1924.

Erst 1926 lebten die Erörterungen in Oldenburg wieder auf, nachdem der Oberbürgermeister der Stadt Wesermünde, Dr. Walter Delius, am 19. August im ‚Hannoverschen Kurier‘, mit Blick auf die Wirtschafts- und Verkehrsprobleme des Unterweser- und Jaderaumes, eine große Reichsprovint Niedersachsen ange-regt hatte, die Hannover, Oldenburg, Bremen und Hamburg und eventuell noch Schleswig-Holstein umfassen sollte. Der ehemalige oldenburgische Ministerpräsident von 1919—1923 und jetzige DDP-Landtagsabgeordnete Theodor Tantzen nahm diese Gedanken auf und entwickelte sie weiter. In den beiden Stadt-

14 StAO Best. 131 Nr. 44; Biewer, wie Anm. 7, S. 190 f.; vgl. auch Albrecht Eckhardt, Oldenburger Landtagsreden . . . (= Veröff. d. Niedersächs. Archivverwaltung. Inventare und kleinere Schriften des Staatsarchivs in Oldenburg 3), Göttingen 1978, S. 38 (Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Tantzen am 21. 6. 1919).

15 [Dieter Lent], Der Weg zum Lande Niedersachsen. Vom Stammesgedanken zum Bundesland. Eine Ausstellung der Niedersächs. Archivverwaltung aus Anlaß des fünfundzwanzigjährigen Bestehens des Landes Niedersachsen (= Veröff. der Niedersächs. Archivverwaltung Beiheft 14), Göttingen 1971, S. 33; Lent, wie Anm. 4, S. 19; Loose, wie Anm. 6, S. 106; Biewer, wie Anm. 7, S. 40 ff.; OV 29. 1. 1919.

16 StAO Best. 39 Nr. 15016; Verhandlungen der verfassunggebenden Landesversammlung des Freistaats Oldenburg, 1919, Protok. S. 19, Stenograph. Ber. S. 89; vgl. ‚Republik‘ 24. 5. 1919, S. 2. — Vgl. auch StAW 12 A Neu Fb. 13 c Nr. 4346; vgl. Spreen-Rauscher, wie Anm. 6, S. 208 ff.

17 Vgl. StAO Best. 131 Nr. 40—44; vgl. auch Eckhardt, Birkenfelds Weg, wie Anm. 7, S. 10 ff. — Zum folgenden s. die masch. Diss. von Hans Prilop, Die Vorabstimmung in Hannover 1924 . . . , Hamburg 1954.

Oldenburger Zeitungen plädierte er am 29. August, damit von seinen früheren Vorstellungen aufgrund einer veränderten Lage abgehend, für ein Aufgehen Oldenburgs in Preußen und für die staatliche Vereinigung der nordwestdeutschen Gebiete zu einer oder mehreren leistungsfähigen preußischen Provinzen von der Elbe bis zur holländischen Grenze, weil mit der Vereinigung zu einem Großen die Lebensfähigkeit wächst¹⁸.

Tantzens auch im ‚Berliner Telegraph‘ wiederholtes Plädoyer für den Einheitsstaat, der im Gegensatz zu Delius, welcher die Auflösung Preußens propagierte, über Preußen als Zwischenlösung erreicht werden müsse, stieß bei der oldenburgischen Staatsregierung des Beamtenministeriums Eugen v. Finckh, aber auch bei anderen Parteien wie etwa beim Zentrum, bei DVP und DNVP auf heftige Zurückweisung¹⁹. Dagegen wußte sich Tantzen weitgehend einig mit seinem Parteifreund Erich Koch-Weser, dem Parteivorsitzenden der DDP und vormaligen Reichsinnenminister, der selbst einmal in seiner Delmenhorster Zeit Landtagsabgeordneter in Oldenburg gewesen war. Koch-Weser trat ebenso wie die meisten Politiker der DDP schon seit längerem für den dezentralisierten Einheitsstaat ein²⁰.

Mit der Gründung des ‚Bundes zur Erneuerung des Reiches‘ (nach seinem Vorsitzenden, dem ehemaligen Reichskanzler Hans Luther, allgemein ‚Lutherbund‘ genannt) und mit dem Zusammentritt der Länderkonferenz Anfang 1928 begann für die Reichsreform-Bewegung eine neue Phase. In Oldenburg hatte sich an der Konstellation von 1926 nichts Wesentliches geändert. Auf der einen Seite beharrte die zeitweise in engen Konsultationen mit der föderalistisch eingestellten bayerischen Regierung stehende oldenburgische Staatsregierung unmißverständlich auf dem Standpunkt eines konsequenten Föderalismus und bestand auf der Erhaltung des finanzschwachen Freistaats Oldenburg mit seinen beiden Exklaven. Hierin wurde sie durch das Zentrum, die im Landesblock zusammengeschlossenen Rechtsparteien DVP und DNVP, durch die Wirtschaft und die höhere Beamenschaft sowie (weite?) Teile der Bevölkerung in Lübeck und Birkenfeld (die über einen Antrag eines Oldenburger Landvolk-Abgeordneten auf Abtretung der Landesteile an Preußen empört war) unterstützt.

Auf der anderen Seite propagierten der nunmehrige Reichstagsabgeordnete Theodor Tantzen und seine Oldenburger Parteifreunde von der DDP erneut den Anschluß an Preußen. Die Folge waren teilweise heftige Auseinandersetzungen mit Ministerpräsident v. Finckh und Finanzminister Willers und zahlreiche regierungsfreundliche Kundgebungen und Erklärungen im Lande. Nur die Sozialde-

18 StAO Best. 132 Nr. 100; vgl. Zürlík, wie Anm. 2, S. 157, 166. — Zu Delius s. Hans Wohltmann in: Niedersächsische Lebensbilder. Hrsg. von Otto Heinrich May, Bd. 4, Hildesheim 1960, S. 98—112; Burchard Scheper, Die jüngere Geschichte der Stadt Bremerhaven, Bremerhaven 1977, z. B. S. 155 ff.

19 Wie Anm. 18; vgl. ‚Nachrichten für Stadt und Land‘ (Oldenburg) August/Sept. 1926; s. auch StAO Best. 132 Nr. 296, Best. 47 Nr. 15.

20 Biewer, wie Anm. 7, S. 84 f., 88 f.

mokraten hielten sich merklich zurück. Immerhin erklärte ihr Fraktionsvorsitzender Fritz Frerichs am 14. November auf einer Parteiveranstaltung in Rüstringen, die SPD habe *an der Erhaltung dieses Staates kein Interesse*. Wenn sich auch der Bezirksparteitag der DDP am 25. November nach einem Referat Tantzens in Oldenburg zum dezentralisierten Einheitsstaat bekannte und für die *Aufgabe der Selbständigkeit der Länder und auch Oldenburgs im Interesse der Einheit und Stärke des Reiches und der Förderung von Wirtschaft und Kultur* eintrat, so darf man dabei doch nicht übersehen, daß damals nur noch etwa 11 % der Oldenburger Wählerschaft hinter der DDP standen und die Kampagne für einen Anschluß an Preußen eher das Gegenteil erreichte, nämlich zu einer Solidarisierung der oldenburgischen Bevölkerung im Sinne der Erhaltung eines selbständigen Staates Oldenburg führte²¹. Tantzen kam im Herbst 1931 in zwei weitgehend gleichlautenden Artikeln in den ‚Nachrichten für Stadt und Land‘ und im ‚Berliner Tageblatt‘ im Zusammenhang mit der Agrarpolitik noch einmal auf seine früheren Gedanken zurück. Dabei erklärte er, er habe in den ersten Monaten der Nachinflationzeit wiederholt, aber leider vergeblich die maßgebenden Stellen davon zu überzeugen versucht, daß jetzt (d. h. damals) die Zeit für Anschlußverhandlungen mit Preußen gekommen sei. Diese günstige Gelegenheit habe man nun verpaßt^{21a}.

Oldenburgs Selbständigkeit war in den Krisenjahren 1928—30 mehr bedroht denn je, da Preußen durch Versuche, die Regelung des Finanzausgleichs zu ändern, die kleineren Länder sozusagen aushungern und sie zur Aufgabe ihrer Eigenstaatlichkeit bewegen wollte. Zeitweise sah es sogar so aus, als sei Oldenburgs Wirtschaft, die sich durch den unter Ausschluß Oldenburgs 1930 zwischen Preußen und Bremen geschlossenen Unterweser-Vertrag übergangen fühlte, bereit, einen Anschluß an Hannover zu akzeptieren, zumal seit 1927 bereits ein gemeinsamer Arbeitsamtsbezirk Niedersachsen bestand.

Das im Sommer 1930 zwischen den drei oldenburgischen Kammern und dem Industrie- und Handelskammerverband Hannover-Kassel geschlossene Olden-

21 Vgl. etwa StAO Best. 131 Nr. 8 und Nr. 747; ‚Republik‘ 7.—30. 11. 1928, u. a.; der Artikel Tantzens über *Kleinstaat, Parlamentarismus, Selbständigkeit* im ‚Berliner Tageblatt‘ vom 8. 8. wurde in der ‚Oldenburgischen Landeszeitung‘ am 9. 8. nachgedruckt; am 13. 11. veröffentlichte Tantzen in den ‚Nachrichten f. Stadt u. Land‘ einen größeren Beitrag mit dem Titel *Reichsreform / Einheitsstaat / Oldenburg; zum Vorwurf der „Inkonsequenz“ gegenüber 1919*, vgl. seine Erklärung in den Nachrichten vom 1. 12.; s. StAO Best. 131 Nr. 747; vgl. auch Anm. 21a. — Klaus Schaap, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928—1933 (= Beiträge z. Gesch. des Parlamentarismus u. der politischen Parteien 61), Düsseldorf 1978, S. 63 ff.; vgl. Gerhard Schulz, Triebkräfte und Ziele der Reichsreform nach der Weimarer Verfassung. In: Rudolf Morsey (Hrsg.), Verwaltungsgeschichte, Aufgaben, Zielsetzung, Beispiele (= Schriftenreihe der Hochschule Speyer 66), Berlin 1977, S. 71 ff., hier 85; Biewer, wie Anm. 7, S. 188 ff.

21a StAO Best. 262—4 (Stadtarchiv Jever), Registratur ab 1900 A. IV. 9: ‚Die Selbständigkeit Oldenburgs‘, Nachrichten 16. 8. und ‚Berliner Tageblatt‘ 8. 9. (Abendausgabe) 1931.

burg-Hannover-Abkommen erlangte jedoch keine Dauerwirkung, weil es nicht die Unterstützung Preußens fand²².

In Hannover hatte bereits im Frühjahr 1928 auf Initiative von Delius der Provinziallandtag beim Landesdirektorium unter Führung des Landeshauptmanns Campe ein Gutachten beantragt, das vom Geographen Dr. Kurt Brüning in Verbindung mit der „Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens“ und unter Verwendung anderer Arbeiten, z. B. des Historikers Georg Schnath, erstellt und im März 1929 unter dem Titel *Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches* vorgelegt wurde. Ein zweiter Band folgte 1931, der dritte ist nicht mehr erschienen. Unter anderem als Antwort hierauf veröffentlichte die Westfälische Provinzialregierung in Münster seit 1931 ein mehrbändiges wissenschaftliches Werk *Der Raum Westfalen*, in dem Osnabrück und Südoldenburg für Westfalen beansprucht wurden²³.

In Oldenburg fühlte man sich zunehmend eingekreist. Seit 1930 mehrten sich die Stimmen, vor allem aus dem südlichen Landesteil, die dazu aufriefen, gegen die Niedersachsenpläne aus Hannover mit eigenen Vorstellungen zu antworten. Das Löninger Zentrumsorgan ‚Volksblatt für das südliche Oldenburg‘ schlug am 26. September 1930, um der Stadt Oldenburg die zentralen Behörden zu erhalten und der *von der Stadt Hannover ausgehenden gewaltigen Agitation für ein Groß-Niedersachsen* entgegenzuwirken, die Schaffung eines dem seit 1920 bestehenden Reichstagswahlkreis (Nr. 16) Weser-Ems (mit Bremen) entsprechenden gleichnamigen Landes vor. Gleichzeitig aber müsse man die Fühler nach Westfalen ausstrecken, da man dort, falls sich ein solches Land nicht durchsetzen lasse, eventuell ohne Bremen besser aufgehoben sei als in Niedersachsen. Als um dieselbe Zeit bekannt wurde, daß sich der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Oldenburg, das frühere DDP-Mitglied Dr. Goerlitz, bei einer internen Tagung der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft am 10. November 1928 in Hannover gegen die Selbständigkeit Oldenburgs und für Niedersachsen ausgesprochen hatte, versuchten Deutschnationale und Nationalsozialisten im Oldenburger Stadtrat Anfang 1931 vergeblich, ihn aus diesen und anderen Gründen abzuschließen. Nachdem dann auch die ersten westfälischen Publikationen bekannt geworden waren, sah sich die Oldenburger Staatsregierung zunehmendem Druck ausgesetzt. So forderten Anfang 1932 der Amtsverband und andere Institutionen im Amt Cloppenburg das Staatsministerium auf, *sich mit den verschiedenen die Gestaltung der Zukunft unseres Heimatlandes befassenden Denkschriften auseinanderzusetzen* und die *nötigen Unterlagen für die Bedeutung des oldenburgischen Staates und seiner Wirtschaft innerhalb des deutschen Gesamtstaates zu schaf-*

22 Schaap, wie Anm. 21, S. 72—83; StAO Best. 265 (Oldenburg. Industrie- u. Handelskammer) Nr. 570—573; Best. 131 Nr. 10.

23 Lent, wie Anm. 4, S. 20 ff.; Der Weg, wie Anm. 15, S. 36 ff.; Kothe, wie Anm. 9, S. 190 ff.; Lübbling, wie Anm. 5, S. 196. Die beiden Denkschriftenbände sind in der Dienstbücherei des StAO vorhanden; vgl. auch Hermann Lübbling, Niedersachsen, Westfalen und Oldenburg (Sammelbesprechung). In: Oldenburger Jahrbuch 38, 1934, S. 126—130.

fen, dabei aber auch die Zusammenhänge festzustellen, die die oldenburgische Wirtschaft mit anderen deutschen Wirtschaftsgebieten verbinden. Das Ministerium Cassebohm setzte noch Ende Mai, kurz bevor die Nationalsozialisten die Landesregierung übernahmen, eine dreiköpfige Kommission ein, bestehend aus dem Ministerialrat Emil Borchers, dem Handelskammerpräsidenten Otto Hoyer (einem erklärten Niedersachsen-Gegner) und dem für diese Aufgaben vom Schuldienst zu beurlaubenden Studienassessor Dr. Hermann Lübbing. Sie sollte Material für eine Denkschrift über die Vorzüge der oldenburgischen Selbständigkeit sammeln, nicht jedoch für eine Vergrößerung Oldenburgs, für die Schaffung eines Küstenstaates durch Einbeziehung Ostfrieslands. In der Denkschrift sollte auch den übertriebenen und unrichtigen Darstellungen über das Bedürfnis der Verschmelzung Oldenburgs mit Niedersachsen oder Westfalen in den Denkschriften der preußischen Provinzen Hannover und Westfalen entgegengetreten werden. Auf Lübbing, den späteren Direktor des Landesarchivs, war die Regierung durch einige Zeitungsartikel aufmerksam geworden, in denen der Historiker zwischen Januar und März 1932 gegen die großwelfischen Expansionsgelüste, aber auch gegen westfälischen Angliederungspläne zu Felde zog²⁴.

2. Der „Gau Weser-Ems“ in nationalsozialistischer Zeit

Die Nationalsozialisten verfolgten anfangs die Regierungspolitik zur Erhaltung der oldenburgischen Selbständigkeit weiter, wie schon der neue Ministerpräsident, Gauleiter Carl Röver, in seiner Regierungserklärung vom 16. Juni 1932 betonte²⁵. Während von der auch unter der neuen Regierung weiterbestehenden Kommission in der Folgezeit nichts zu hören war, gab Bürgermeister Dr. Georg Müller (später Müller-Jürgens) aus Jever, der bereits am 13. November 1930 in einem Zeitungsartikel den von Ministerialrat Rudolf Schmidt vom Reichsverkehrsministerium vorgeschlagenen Reichsverwaltungsbezirk Oldenburg bzw. Weser-Ems gelobt hatte, eine Antwort auf seine Weise: Im Dezember 1932 veröffentlichte er die kleine Denkschrift *Der Raum Weser-Ems*. Darin forderte er einen gleichnamigen Verwaltungsraum, der aus dem Reichstagswahlkreis ohne Bremen, dazu aber mit größeren Gebieten des Regierungsbezirks Stade, den Kreisen Syke und Diepholz und dem braunschweigischen Amt Thedinghausen bestehen sollte. Ob und wie weit sich Müller vorher mit der nationalsozialistischen Landesregierung abgesprochen hatte, ist bislang ungeklärt. Entscheidend wurde jedenfalls, daß die neuen Machthaber, allen voran der Gauleiter und Ministerpräsident Röver, seit Anfang Mai Reichsstatthalter für Oldenburg und Bremen, den Weser-Ems-Gedanken aufgriffen und konsequent weiterentwickelten. Am 17. Januar 1933 hatte der Zentrumsabgeordnete Wempe im Landtag die Regierung

24 StAO Best. 131 Nr. 10; Best. 271—62 (Nachlaß Lübbing) Nr. 738; Best. 262—1 Nr. 0 16 (Goerlitz).

25 Eckhardt, wie Anm. 14, S. 43, vgl. S. 47.

gefragt, was sie gegen die *Aushöhlung der oldenburgischen Selbständigkeit* durch die von Hannover ausgehenden Pläne, Oldenburg in ein großes Land bzw. eine große Reichsprovinz Niedersachsen einzugliedern, zu unternehmen gedenke, und dabei auch die Einsetzung eines Staatskommissars gefordert, der sich mit dieser Materie befassen solle. In ihrer Antwort erklärte die Staatsregierung, daß die *Schaffung eines Landes Niedersachsen unter Einschluß von Bremen und Oldenburg einen unheilvollen Fehlgriff bedeuten würde, da diese Länder ebenso wie Ostfriesland und Osnabrück mit dem eigentlichen Hannover wenig gemein haben. Die Staatsregierung tut alles, was in ihren Kräften steht, um dem Raume Weser-Ems das ihm wegen seiner Eigenart zustehende Lebensrecht in vollem Umfange zu erhalten.* Staatsminister Spangemacher gab bekannt, daß man bereits eine Kommission aus Wirtschaftlern, Wissenschaftlern und Verwaltungsangehörigen zusammengebracht habe, die sich wahrscheinlich in Kürze auch in der Öffentlichkeit mit dieser Problematik beschäftigen werde. Auf Rövers Veranlassung bildete sich im Herbst 1933 eine „Kommission für den Raum Weser-Ems“ als freie Arbeitsgemeinschaft, der auch Müller und Lübbling angehörten. Sie zeichnete für eine noch 1933 von Müller unter Mitarbeit von Lübbling und anderen herausgegebene Schrift „Der Raum Weser-Ems. Die Nordwestmark des Deutschen Reiches“ verantwortlich, in der nunmehr der Weser-Ems-Bereich auf das Land Bremen, weitere Kreise des Bezirks Stade und den westfälischen Landkreis Tecklenburg ausgedehnt wurde²⁶.

Wenn auch Hitler im November 1933 die öffentlichen Diskussionen über eine Reichsreform untersagte, so gingen doch die publizistischen Anstrengungen um ein *Niedersachsen* auf der einen, einen Reichsgau *Weser-Ems* auf der anderen Seite auch im Folgejahr mit unverminderter Intensität weiter, zumal gerade der Niedersachsengedanke von den Nationalsozialisten mythologisch erhöht wurde. Nachdem das Neuaufbaugesetz vom 30. Januar 1934 die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übertragen und diese damit zu Verwaltungsbezirken des Reichs degradiert hatte, war zwar der erste Schritt auf dem Weg zur Bildung von Reichsgauen getan, doch folgten ihm die weiteren nicht mehr. Immerhin konnte Röver, der als Gauleiter über das gesamte Weser-Ems-Gebiet einschließlich Bremen, als Reichsstatthalter dagegen nur über die „Länder“ Oldenburg (mit Birkenfeld und Lübeck bis 1937) und Bremen gebot, seine Machtpositionen weiter festigen. Dabei kamen ihm die Zusammenlegungen von oldenburgischen und bremischen Institutionen, seit 1934 aber auch von Reichsmittel- bzw. -sonderbehörden mit Sitz

26 Die beiden Schriften sind sowohl in der Dienstbücherei des StAO als auch im dortigen Nachlaß Müller-Jürgens (Best. 271—52) vorhanden; vgl. Zürlík, wie Anm. 2, S. 163 f.; Der Weg, wie Anm. 15, S. 42; Lent, wie Anm. 4, S. 22; Kothe, wie Anm. 9, S. 193; Lübbling, wie Anm. 5, S. 196. — Vgl. auch StAO Best. 47 Nr. 16. — Als Bürgermeister in Jever hat Müller bereits seit 1928 Zeitungsausschnitte und anderes Material zur Reichsreform sammeln lassen: StAO Best. 262—4 (Stadtarchiv Jever, wie Anm. 21a). — Zur Anfrage Wempe: StAO Best. 39 Nr. 21190; „Nachrichten f. Stadt u. Land“ 18. 1. 1933.

in Bremen oder Oldenburg zustatten, umfaßten sie doch in der Regel den gesamten Weser-Ems-Raum bzw. griffen sogar nach Stade hin aus²⁷.

Während man sich in Oldenburg im neuen Glanze der *Gauhauptstadt* sonnte²⁸, wuchs in den anderen Bezirken der Widerstand gegen eine Bevormundung. So befürchtete man in den beiden preußischen Regierungsbezirken eine zu starke Zentralisierung auf Kosten Ostfrieslands und Osnabrücks. Besonders unzufrieden waren führende Kreise Bremens. Dem konnte sich auch Röver auf die Dauer nicht entziehen. Kurz nach dem Inkrafttreten des Groß-Hamburg-Gesetzes, das einerseits Oldenburg durch Eingliederung der Stadt Wilhelmshaven und die Ausgliederung der bisherigen Landesteile Lübeck und Birkenfeld und andererseits Bremen wegen der erheblichen Vergrößerung Hamburgs unmittelbar betraf, kam es im Berliner Reichsinnenministerium Anfang Mai 1937 zu einer Besprechung über die zukünftige Lage Bremens, an der neben dem Reichs- und preußischen Innenminister und Beamten seiner Ministerien auch Vertreter der Provinz Hannover (Oberpräsident Lutze), Oldenburgs und Bremens (darunter Reichsstatthalter Röver, Ministerpräsident Joel und Reg. Bürgermeister Böhmcker) teilnahmen. Röver setzte sich für eine Stärkung Bremens ein und plädierte für die Bildung eines Groß-Reichsgaus an der Nordsee mit Mittelpunkt in Bremen, was Lutze natürlich ablehnte, während Frick die Eingliederung Bremens und Bremerhavens in Preußen und die Verlegung des Regierungssitzes von Stade nach Bremen befürwortete. Da die Durchsetzung des neuen Großgaus zur Zeit nicht möglich war, schlugen Oldenburg und Bremen in einer gemeinsamen Stellungnahme vom 26. Mai dem Reichsinnenminister eine Neuverteilung der Behörden unter Oldenburg und Bremen vor, durch die Bremen schon jetzt eine Stellung erhalten sollte, *die seiner Bedeutung als dem wirtschaftlichen und zukünftigen verwaltungsmäßigen Mittelpunkt im Gebiet Ems-Elbe entspricht. Dadurch ist dann eindeutig die zukünftige Stellung Bremens als der Hauptstadt eines im Zuge der Neugliederung des Reiches zu schaffenden Reichsgaues unterstrichen.*

Frick antwortete am 5. Juni, wegen der kürzlich ergangenen Weisung Hitlers, im *nordwestdeutschem Raum nichts zu unternehmen, was als Vorgriff auf die spätere Reichsreform gedeutet und im Zusammenhang hiermit zu Beunruhigung Anlaß geben könnte*, sehe er sich derzeit nicht in der Lage, die beantragten *grundsätzlichen Entscheidungen zu treffen*, doch genehmigte er in den Folgemonaten einige Einzelmaßnahmen, die eine Stärkung Bremens zum Ziel hatten. Wie

27 StAO Best. 131 Nr. 303; Best. 271—52 (Nachl. Müller-Jürgens), Akte „Die Zukunft des Freistaats Oldenburg I“; Zürlík, wie Anm. 2, S. 157 ff.; Lübbling, wie Anm. 5, S. 193, 195; Müller, wie Anm. 10, S. 23 f.; Holger G. Hasenkamp, *Die Freie Hansestadt Bremen und das Reich 1928—1933* ... (= Veröff. aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen 47), Bremen 1981, S. 242 ff., 246 ff.

28 Vgl. z. B. Albrecht Eckhardt in: *Oldenburger Jahrbuch* 80, 1980, S. 197; Oldenburg, *Gauhauptstadt im Gau Weser-Ems. Gauleiter und Reichsstatthalter Paul Wegener gewidmet*. Hrsg. von der Gauhauptstadt Oldenburg im Jahre 1943; Bernd W. Beckmeier, *Weser-Ems (Die deutschen Gaue seit der Machtergreifung)*, Berlin 1941.

weit dabei Röver nur nach außen hin Bremer Belange unterstützte und in Wirklichkeit gegen die Hansestadt und für Oldenburg arbeitete, wie aus Bremer Sicht angenommen wird, müßte im einzelnen noch geklärt werden. Jedenfalls waren die Rivalitäten keineswegs ausgestanden und führten schließlich Ende 1938 zu einem gezielten Vorstoß Rövers gegenüber Bremer Abgrenzungs- und Profilierungsversuchen. In einem Schreiben an Frick beantragte er *die Bildung einer preußischen Provinz aus Oldenburg, Bremen und den Regierungsbezirken Aurich und Osnabrück* und erklärte sich bereit, eventuell *die Landesregierung von Oldenburg und Bremen als einheitliche Regierung zu übernehmen*. Damit bezweckte er praktisch die *Eingliederung Bremens in Oldenburg*, wurde doch die Auflösung Preußens bei einer Reichsreform zugunsten von Reichsgauen allgemein erwartet²⁹.

Zur kulturell-ideologischen Untermauerung des Weser-Ems-Anspruches wurde Ende 1938 eine *Forschungsgemeinschaft für den Raum Weser-Ems e. V.* mit Sitz in Oldenburg gegründet und der Präsident der Landesversicherungsanstalt, Kurt Theilen, einer der beiden „Väter“ der oldenburgischen Verwaltungsreform von 1933, zu ihrem Vorsitzenden ernannt. Die Kommission sollte die *geschichtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhänge im Raum Weser-Ems* untersuchen und diesbezügliche Forschungen auswerten. Theilen erläuterte in einem erstaunlich kritischen Referat vor den am 13. Februar 1939 im Blockhaus Ahlhorn versammelten NS-Kreis- und Gauamtsleitern die Aufgaben der Forschungsgemeinschaft, wobei er den Kompetenzwirrwarr von staatlichen und Parteidienststellen anprangerte und äußerte, im Raum Weser-Ems herrschten *Verhältnisse von einer Undurchsichtigkeit und von einem Durcheinander, die in diesem Ausmaß wohl schwerlich von einem anderen Raum im Reich übertroffen werden*. Dann ging er auf die *Niedersachsenpropaganda* ein, mit der man sich hier weiterhin auseinandersetzen habe und der es entgegenzuwirken gelte.

Die gegenseitigen Anfeindungen aus Hannover und Oldenburg gingen so weit, daß sich Röver in einem Schreiben vom 24. Juni 1939 an Brüning *auf das Schärfste* verbat, *weiterhin meinen Gau in Ihr theoretisches Gaugebilde (Niedersachsen) einzubeziehen*. Röver hatte sogar den Pressevertretern in Weser-Ems untersagt, die Begriffe *Niedersachsen* und *niedersächsisch* zu gebrauchen. Allerdings wurde er in seiner Eigenschaft als Reichsstatthalter im Januar 1940 vom Reichsinnenminister zurückgepfiffen, der in anwies, während des Krieges weitere Ausdehnungsversuche gegenüber Hannover zu unterlassen. Noch 1942/43 beschäftigte sich

29 StAO Best. 131 Nr. 303; Richard Duckwitz, *Bremen zur Zeit der Demokratie und Diktatur. Erlebte Probleme und Lösungen*, Bremen [1950], S. 57 f.; H. Müller, wie Anm. 10, S. 24 f.; Hasenkamp, wie Anm. 27, S. 250, 267 ff.; Scheper, wie Anm. 18, S. 309; Zurlik, wie Anm. 2, S. 160. — Schmidt, *Polit. Gesch.*, wie Anm. 5, S. 184; Der Weg, wie Anm. 15, S. 42. Vgl. unten zu Anm. 51.

die Forschungsgemeinschaft mit Vorarbeiten für ein *Heimatwerk* „*Der Nordseegau (Weser-Ems)*“, das indessen nicht mehr erschienen ist³⁰.

Im staatlichen Bereich war nach der Abtrennung der Exklaven Lübeck und Birkenfeld und dem Übergang Wilhelmshavens an Oldenburg 1937 eine weitere Behördenkonzentration auf den Weser-Ems-Bereich festzustellen, wobei die Mehrzahl der neuen Reichssonderbehörden für Weser-Ems ihren Sitz nunmehr in Bremen erhielt. Die Hansestadt hatte auch unter ihrem neuen Bürgermeister Böhmcker, der aus dem oldenburgischen Landesteil Lübeck stammte, ihre Bemühungen, sich von der Bevormundung durch Oldenburg zu befreien und selbst Mittelpunkt eines künftigen Nordseegaus zu werden, nicht aufgegeben, im Gegenteil seit Rövers Tod 1942 unter dem neuen Gauleiter und Reichsstatthalter Paul Wegener noch verstärkt³¹. Einen vorläufigen und letzten Höhepunkt in Richtung auf einen Weser-Ems-Staat brachte der Führererlaß vom 1. April 1944, durch den mit Wirkung vom 1. Juli dem Reichsstatthalter in Oldenburg und Bremen für die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück die Aufgaben und Befugnisse in der staatlichen Verwaltung mit Ausnahme einiger Verwaltungszweige als Oberpräsident übertragen wurden, wobei aber der Provinzialverband Hannover erhalten bleiben sollte. Zur selben Zeit wurden ähnliche Änderungen zwecks Angleichung der Verwaltungsbezirke an die Reichsverteidigungsbezirke auch in Hessen-Nassau und in der Provinz Sachsen verfügt, so daß sich der Fall Weser-Ems keineswegs als singulärer Vorgang darstellt. Auch hier dürften diese Fragen und nicht etwa Erwägungen einer echten Reichsreform die Hauptrolle gespielt haben. An eine Dauerlösung zum Nachteil Preußens war wohl kaum gedacht, da sonst sicherlich Göring als preußischer Ministerpräsident ein Wort mitzureden gehabt hätte³². Immerhin haben erst die britischen Militärbehörden im Juni 1945 diese Regelung rückgängig gemacht³³.

Am Ende des Hitlerreiches war die Reichsreform im Grunde kaum weitergekommen als zu Beginn. Ganz im Gegenteil hatte die „Doppel-Gliederung“ in Gaue und in — trotz der Gleichschaltung von 1933/34 formell und vor allem ver-

30 StAO Best. 271—62 (Nachl. Lübbling) Nr. 385, 462, 656, 738; Best. 131 Nr. 303; Rudolph Koop, Die Forschungsgemeinschaft für den Raum Weser-Ems, e.V. In: Heimatkalender für Weser-Ems 1942. Hrsg. von der Landesbauernschaft Weser-Ems, Oldenburg 1941, S. 80—82 (mit Verzeichnis der erschienenen und geplanten Schriften und Karten); Der Weg, wie Anm. 15, S. 44 f.

31 H. Müller, wie Anm. 10, S. 25 f.; zu Röver s. Herbert Schwarzwälder, Carl Röver (1889—1942). Ein Feind Bremens? In: Herbert Schwarzwälder, Berühmte Bremer, München 1972, S. 231—244.

32 Reichsgesetzblatt 1944/I S. 109—112; StAO Best. 131 Nr. 303; Zürlik, wie Anm. 2, S. 159; Walter Baum, Die „Reichsreform“ im Dritten Reich. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3, 1955, S. 36 ff., hier 55 (daraus das Zitat); vgl. auch Kothe, wie Anm. 9, S. 194; Helmut Wagner, Die territoriale Gliederung Deutschlands in Länder seit der Reichsgründung. In: Studien zur territorialen Gliederung Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert (= Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 72, Historische Raumforschung 9), Hannover 1971, S. 1 ff., hier 26.

33 HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 21.

waltungsmäßig noch bestehende — Länder zu völlig unhaltbaren Zuständen geführt, die noch durch das Machtstreben der Gauleiter³⁴ und ihre Rivalität untereinander verschärft wurden³⁵.

Es läßt sich aber wohl nicht bestreiten, daß mit dem Gau Weser-Ems ein Machtfaktor entstanden war, der die Bildung eines Landes Niedersachsen auf lange Zeit verhindert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht hätte, wären nicht durch den Zusammenbruch des „Tausendjährigen Reiches“ und die Besetzung Nordwestdeutschlands durch die Briten die in den zwölf (bzw. gar 13) Jahren der Gwaltherherrschaft gewachsenen Strukturen zerstört worden.

3. Oldenburg und Niedersachsen 1945/46

In Oldenburg hatte die britische Militärbehörde bereits am 17. Mai, also 14 Tage nach Besetzung der Hauptstadt, den Demokraten Theodor Tantzen, der schon einmal von 1919 bis 1923 die Regierung angeführt hatte, zum *vorläufigen* Ministerpräsidenten ernannt und ihm mit Schreiben vom 21. Mai *die Vollmachten übertragen, welche laut Reichsgesetz dem Ministerpräsidenten von Oldenburg gegeben sind*³⁶. Da ein Gau Weser-Ems und die Reichsstatthalterei Oldenburg-Bremen nicht mehr existierten, waren Tantzens bescheidene Machtbefugnisse auf den Bereich Oldenburg beschränkt, der dadurch noch eine Verminderung erfuhr, daß die Briten schon kurz nach der Besetzung den Amerikanern vertragsgemäß die *Enklave Bremen* einräumten und am 24. Mai auch den oldenburgischen Kreis Wesermarsch mit der Kreisstadt Brake an die Amerikaner übergaben³⁷.

In Hannover hatten sich schon unmittelbar nach Kriegsende die Verfechter eines Landes Niedersachsen wieder zu Wort gemeldet. Der am 1. Mai 1945 von den Briten als Regierungspräsident von Hannover eingesetzte Sozialdemokrat Hinrich Wilhelm Kopf, der schon vor 1933 ein Anhänger Niedersachsens gewesen war³⁸, entwarf zusammen mit politischen Freunden im Juni 1945 ein an den eng-

34 Vgl. Peter Hüttenberger, *Die Gauleiter ...* (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19), Stuttgart 1969.

35 Wagner, wie Anm. 32, S. 28; Baum, wie Anm. 32, S. 55 ff.

36 StAO Best. 131 Nr. 741, 681, 831; vgl. „Neue Oldenburger Presse“ Nr. 1 vom 2. 6. 1945, S. 2. — Zu Tantzen s. Heinrich Börger, *Theodor Tantzen (1877—1947)*. In: *Nieders. Lebensbilder* 9, Hildesheim 1976, S. 187—200 und in: *Theodor Tantzen 1877—1947. Gedenkschrift* anlässlich seines 100. Geburtstages am 14. Juni 1977, Oldenburg 1977, S. 11—23; vgl. unten Anm. 119. — Zur britischen Besatzungspolitik vgl. jetzt: Ullrich Schneider, *Niedersachsen unter britischer Besatzung 1945 ...*, in: *Niedersächs. Jahrbuch* 54, 1982, S. 251—319.

37 StAB B. 10. a Nr. 2 (1) I—II; StAO Best. 136 Nr. 15783; Andreas Röpke, *Dienstberichte der Besatzungsmacht ...* In: *Bremisches Jahrbuch* 57, 1979, S. 289 ff.; Friedrich-Helmut Winter in: Albrecht Eckhardt, Wolfgang Günther, Friedrich-Wilhelm Schaer, Heinrich Schmidt, Friedrich-Helmut Winter, Brake, *Geschichte der Seehafenstadt an der Unterweser*, Oldenburg 1981, S. 318 ff.; H. Müller, wie Anm. 10, S. 26 f.; Scheper, wie Anm. 18, S. 378 ff.

38 Thilo Vogelsang, Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen. Hrsg. von der Niedersächs. Landeszentrale f. Polit. Bildung, Hannover 1963, S. 31 f.

lichen König auf dem Weg über die Militärregierung zu richtendes Manifest, in den die *unterzeichneten Feinde des Dritten Reiches und Anhänger der Demokratie, die den überwiegenden Teil der Bevölkerung Niedersachsens vertreten*, um die Schaffung eines aus der Provinz Hannover und den Ländern Oldenburg und Braunschweig bestehenden Landes Niedersachsen und die Ernennung eines Ministerpräsidenten baten. Unterzeichnet werden sollte die Eingabe von Vertretern der Parteien, der beiden Länder, der Gewerkschaften, Wirtschafts- und Landwirtschaftskammern und der beiden Kirchen.

Während Tantzen Mitte Juli den britischen Kommandanten in Oldenburg, Oberst Dillon, über die Niedersachsenpläne unterrichtete und mit dem Oldenburger Landesbischof Stählin den Entwurf und eventuelle Formulierungsänderungen besprach, äußerte sein späterer Innenminister Wegmann im Sommer 1946 gegenüber dem Oberstadtdirektor Zuhorn in Münster, die Unterzeichnung sei den Oldenburgern zugemutet worden³⁹. Jedenfalls scheiterte Kopfs Initiative schließlich trotz der Intervention seines Parteifreundes Kurt Schumacher an der sich zunehmend versteifenden Ablehnung Braunschweigs und vor allem Oldenburgs⁴⁰. Tantzen hatte seinerseits am 18. Juli in einer Stellungnahme an die britische Militärbehörde in Hannover, deren Aufgabenbereich auch Oldenburg und Braunschweig umfaßte, so daß die dortigen Detachments demjenigen in Hannover unterstanden, Bedenken gegen die Bildung eines Landes Niedersachsen zum jetzigen Zeitpunkt angemeldet, die er als einen *Umweg* bezeichnete. Statt dessen regte das Oldenburger Staatsministerium an, *eine oberste deutsche Verwaltungsstelle für das gesamte englisch besetzte Gebiet einzurichten*, die sich der *bestehenden höheren deutschen Verwaltungsbehörden bedienen könne, um ihre Maßnahmen durchzuführen*.

Nachdem den Landesregierungen in Oldenburg und Braunschweig am 1. bzw. 17. August die Aufsicht über die in ihrem Bereich befindlichen Reichsbehörden übertragen worden war, verschärfen sich die Auseinandersetzungen zwischen ihnen und der Provinzialregierung in Hannover, die diese Befugnis schon im Juni erhalten hatte, da von dort aus die Mittelbehörden der Reichssonderverwaltungen ihren Geltungsbereich auch auf Oldenburg und Braunschweig auszudehnen bzw. zu behaupten suchten, wobei sowohl Hannover die Unterstützung der zentralen, als auch Oldenburg und Braunschweig die der lokalen Militärverwaltungsbehörden genossen. Die Briten drängten daher auf eine Koordinierung.

Am 6. September berieten in Oldenburg der stellvertretende Oberpräsident Eberhard Hagemann sowie die Ministerpräsidenten Hubert Schlebusch und Tantzen zusammen mit ihren engsten Mitarbeitern über die Schaffung eines Landes Niedersachsen. Tantzen und Schlebusch erklärten übereinstimmend den Zeitpunkt für ein Land Niedersachsen als zu früh. Der Braunschweiger sprach sich, im wesentlichen unterstützt von dem Oldenburger Regierungschef, für eine Glied-

39 Nachlaß August Wegmann (in Privatbesitz).

40 Der Weg, wie Anm. 15, S. 48 ff.; Vogelsang, wie Anm. 38, S. 53 f.

derung des Gebiets Niedersachsen in drei Verwaltungsbezirke, nämlich eine Küstenprovinz (Oldenburg mit dem Bereich bis zur holländischen Grenze), ein abgerundetes Gebiet Braunschweig (mit dem Regierungsbezirk Hildesheim und dem Kreis Gifhorn) und ein entsprechend verkleinertes Hannover, aus, während Hagemann *das ganze Gebiet Niedersachsen im Auge behalten* und dieses in bis zu acht statt in drei Bezirke gliedern wollte (6 Regierungs- und 2 Länderbezirke). Der Braunschweigische Regierungsdirektor Weisser dachte an eine Art *Zweckverband Niedersachsen*, zu dem sich Hannover und die beiden Länder zusammenschließen sollten. Tantzen regte an, daß Hagemann ihnen eine vertrauliche *Denkschrift über seine Gedanken zur Organisation des Landes Niedersachsen* zuleiten möge⁴¹.

Als erste Konsequenz faßte die Militärregierung mit Anordnung vom 17. September 1945 die Provinz Hannover und die Länder Braunschweig und Oldenburg für ihre eigenen Verwaltungszwecke, ohne ihnen dadurch politische Bedeutung zu verleihen, zur sogenannten *Hanover Region* zusammen. Die Länderchefs und der neue Oberpräsident von Hannover, Kopf, kamen am 22. September am Sitz der Militärregierung in Hannover zusammen, um über die vorgesehene Organisation zu beraten. Oldenburg und Braunschweig, die sich nach einer Aussage des Brigadiers Lingham gegenüber Kopf bereits seit Mai mit der Problematik beschäftigten, reichten eigene Vorschläge ein, die der Oberpräsident jedoch nicht akzeptieren wollte. Lingham warnte vor Plänen, welche die Autorität Oldenburgs und Braunschweigs schmälern könnten.

Schon am 28. September schlossen die *Länder* Hannover, Oldenburg und Braunschweig einen Staatsvertrag über die *Wahrnehmung der Reichsaufgaben in diesen Ländern*, der die Bildung eines Gemeinschaftsministeriums mit der Bezeichnung *Länderregierung für Reichsaufgaben in Niedersachsen* mit dem *Landespräsidenten* (!) von Hannover als Ministerpräsidenten und den beiden Ministerpräsidenten von Oldenburg und Braunschweig als gleichberechtigten Ministern vorsah und jederzeit mit einjähriger Frist zum Jahresende gekündigt werden konnte.

Lingham war jedoch nicht bereit, den Vertrag anzuerkennen, weil er den deutschen Stellen zu große Selbständigkeit und Machtbefugnisse eingeräumt hätte, sondern berief mit Befehl vom 18./20. Oktober 1945 einen Hannover-Bezirks-Rat (*Hanover Regional Council*) mit Sitz in Hannover und gleicher Zusammensetzung. Dieser Rat sollte die Ausführung der Militärregierungsbefehle koordinieren und Berichte und Gesuche an das Hauptquartier leiten, die Angelegenheiten betrafen, welche in die Zuständigkeit der Provinz, der Länder und der früheren

41 StAO Best. 136 Nr. 20445; Nachlaß August Wegmann, wie Anm. 39; HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 1. — Vogelsang, wie Anm. 38, S. 54; Lent, wie Anm. 4, S. 23. — Das Protokoll der Oldenburger Besprechung vom 6. 9. ist abgedruckt in: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart ... Hrsg. und Bearbeiter: Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. 24, Berlin o. J. [= 1977], S. 148—153.

Reichsverwaltungen fielen. Der Rat durfte jedoch nicht in deren bestehende Rechte eingreifen. Kopfs Versuch, die Umwandlung der Provinz in ein Land zu erreichen, scheiterte, obwohl er von weiten Kreisen unterstützt wurde, damals noch am Widerstand der Briten, da Preußen formell noch nicht aufgelöst war⁴².

Tantzen hatte in mehreren Anträgen an die — noch gar nicht existierende — Länderregierung für Reichsaufgaben am 9./10. Oktober die Errichtung einer Reihe von Behörden in Oldenburg gefordert, deren Zuständigkeitsbereich neben dem Land Oldenburg auch die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück umfassen sollte. Damit befand sich der Ministerpräsident auf der von Braunschweig verfolgten Linie. Da wegen der noch nicht vorliegenden Vertragsgenehmigung die ursprünglich für den 13. Oktober geplante nächste Sitzung verschoben werden mußte, kam ein Teil der Probleme, insbesondere Differenzen über die Zuständigkeit des Landeswirtschaftsamts, erst auf der Sitzung des noch nicht formell konstituierten Gemeinschaftsrates am 27. Oktober zur Sprache⁴³.

Als unmittelbare Reaktion auf den Staatsvertrag hatten sich am 9. bzw. 11. Oktober 1945 Bürgermeisterversammlungen der südoldenburgischen Landkreise Cloppenburg (von dort hatte der Landrat bereits am 1. August über eine starke Stimmungsmache für eine Bewegung „Los von Oldenburg“ berichtet) und Vechta mit Entschlüssen gegen die vorgesehene niedersächsische Regelung gewandt, zu der die Bevölkerung nicht gefragt worden sei, und einen Anschluß des Oldenburger Münsterlandes an Westfalen gefordert. *Die mehr als 100jährige Zugehörigkeit zum Lande Oldenburg hat nicht bewirken können, daß die wirtschaftlichen, verkehrsmäßigen, kirchlichen und kulturellen Verbindungen mit Westfalen sich lösten und lockerten*⁴⁴.

Die offizielle Konstituierung des *Gebietsrats Hannover-Oldenburg-Braunschweig* erfolgte am 15. November. Nach dem Beitritt Bremens genehmigten die

42 StAO Best. 131 Nr. 681, 683, 689; HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 2; StAW 4 Nds. 16 Zg. 27/80; StAO Best. 270—27 (Nachlaß Theodor Tantzen) vorläuf. Nr. 32/4; Ursachen und Folgen, wie Anm. 41, S. 154—161; Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945—1949. Hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, bearb. von Walter Vogel und Christoph Weisz, München 1976, S. 46 ff. — Der Weg, wie Anm. 15, S. 50—54; Lent, wie Anm. 4, S. 23; Vogelsang, wie Anm. 38, S. 54—60; Wilhelm Treue, Die Geschichte unseres Landes seit 1945. In: Land Niedersachsen, Tradition und Gegenwart. Hrsg. von der Niedersächs. Landeszentrale f. Polit. Bildung, Hannover 1976, S. 91 ff., hier 94 f.; Wilhelm Treue, Die Verfassung des Landes Niedersachsen und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. von der Niedersächs. Landeszentrale ..., Hannover 1979, S. 13; Birgit Pollmann, Reformansätze in Niedersachsen 1945—1949 (= Schriftenreihe der Niedersächs. Landeszentrale f. Polit. Bildung B 10), Hannover 1977, S. 70; Marie Elise Foelz-Schroeter, Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945—1947 ... (= Studien zur Zeitgeschichte), Stuttgart 1974, S. 23 ff.

43 StAO Best. 131 Nr. 683; HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 2.

44 HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 21; StAO Best. 136 Nr. 20445, 20804; Karl Zuhorn, Zur Vorgeschichte der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen. In: Westfälische Forschungen 8, 1955, S. 102—133, hier 132 f.; der Bericht vom 1. 8. 1945 liegt in StAO Best. 136 Nr. 18 403(6); vgl. Kuropka, wie Anm. 2, S. 78, Anm. 133.

Briten Ende Januar 1946 die Umbenennung in *Gebietsrat Niedersachsen*. Bis zum 3. Oktober 1946 trat dieses Gremium, das in Hannover eine Gebietskanzlei unterhielt, insgesamt elfmal an wechselnden Orten zusammen. Nach der Bildung des Landes Niedersachsen und der Eingliederung des Landes Bremen in die amerikanische Zone fand der Gebietsrat Anfang 1947 ohne formelle Auflösung sein Ende⁴⁵. Er hat wichtige Vorarbeiten auf dem Wege zu einer *organisatorischen Einheit Niedersachsens* geleistet⁴⁶.

Im Verhältnis Oldenburg-Hannover sollte auch in den Folgemonaten die Frage der ehemaligen Reichsbehörden im Vordergrund stehen. Eine neue Situation trat dadurch ein, daß zum 10. Dezember 1945 die amerikanische Enklave Bremen aufgelöst wurde und alle Bestandteile mit Ausnahme von Bremen und Bremerhaven unmittelbar der britischen Verwaltung unterstellt wurden. Damit kehrte der Kreis Wesermarsch, für den Tantzen bereits im September ohne Erfolg die oldenburgische Verwaltungsaufsicht hatte einführen wollen, in den Verband des Landes Oldenburg zurück. Während die dortigen Häfen rein amerikanisch blieben, wurden Bremen und Bremerhaven zwar weiterhin von den amerikanischen Dienststellen kontrolliert, doch unterstanden diese jetzt der britischen Oberhoheit. Diese äußerst komplizierte Regelung wurde dadurch noch erschwert, daß Bremen sowohl der britischen Zone als auch dem Länderrat der amerikanischen Zone angehörte. Als eine der ersten Maßnahmen beriefen die Briten Bremen als Mitglied in den Gebietsrat⁴⁷.

Auch für Bremen stand die Frage der künftigen Organisation der ehemaligen Reichsbehörden im Vordergrund. Seit bekannt geworden war, daß demnächst die Enklave aufgelöst würde, gab es Überlegungen, die darauf abzielten, die alten Zuständigkeiten der seit Mai 1945 auf die Enklave beschränkten Reichssonderbehörden wiederherzustellen, d. h. auf das gesamte Weser-Ems-Gebiet und (z. B. beim Oberfinanzpräsidenten) auch auf den Regierungsbezirk Stade auszudehnen. Bereits in der ersten Novemberhälfte wurde in Hannover der Vorschlag vorgetragen, ein Landesarbeitsamt *Niedersachsen Nord* mit Sitz in Bremen einzurichten.

Am 19. Dezember fand in Oldenburg eine Besprechung zwischen Tantzen und dem Bremer Senatspräsidenten Bürgermeister Wilhelm Kaisen mit Mitarbeitern über den Verwaltungsbereich der Reichsmittel- bzw. -sonderbehörden statt, in der sich beide Seiten in ihrer Abwehr gegen hannoversche Zentralisierungsbestrebungen einig waren und versuchen wollten, eine Plattform zu finden, *um gemeinsam die berechtigten Interessen an der Weser zu vertreten*. Bremen erklärte sich bereit, dem Vorschlag Oldenburgs nach Verlegung eines der drei Ämter (gedacht

45 StAO Best. 131 Nr. 689; HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 2.

46 Heinrich Korte, *Verfassung und Verwaltung des Landes Niedersachsen*, Göttingen 1962, S. 14 f.

47 'Weser-Kurier' 1. u. 12. 12. 1945; *Zuversicht und Beständigkeit*. Wilhelm Kaisen. Eine Dokumentation, hrsg. und eingeleitet von Hans Koschnik unter Mitarbeit von Wilhelm Lührs, Hartmut Müller, Reinhard Patemann, Eugen De Porre und Klaus Schwarz, Bremen 1977, S. 136 ff.; Fritz Peters, *Zwölf Jahre Bremen 1945—1956. Eine Chronik*, Bremen 1976, S. 41; Scheper, wie Anm. 18, S. 383 f.

war an das des Oberfinanzpräsidenten, während das Landesarbeitsamt und das Landeswirtschaftsamt in Bremen verbleiben sollten) zuzustimmen. Bremen und Oldenburg einigten sich darauf, diese Wünsche am Folgetag beim Gebietsrat, an dem Bremen erstmals teilnahm, gemeinsam vorzubringen.

Zusammen mit Kopf machte Kaisen während der Gebietsratstagung dem Brigadier seine Aufwartung und erreichte dort, daß Lingham eine Besprechung der Leiter der Reichsbehörden aus Hannover, Bremen und Oldenburg für den 2. Januar nach Hannover berief, bei der versucht werden sollte, eine Einigung über die Zuständigkeit mit Rücksicht auf die neue Situation nach Einverleibung Bremens in die Hannover-Region herbeizuführen. Hierzu fand am 29. Dezember nochmals eine Vorbesprechung zwischen Oldenburger und Bremer Behördenvertretern statt. Es wurde beschlossen, auf der Tagung in Hannover *die Wiederherstellung des Zustandes vor der Besetzung* zu fordern. Wegen des Sitzes des Landesfinanzamtes machte Bremen jetzt allerdings Einwendungen. Alle Pläne wurden dann jedoch von den Briten durchkreuzt, indem sie am 29. Dezember die Sitzung absagten und am 2. Januar 1946 an den Gebietsratsvorsitzenden, also Kopf, eine Anweisung ergehen ließen, die die Zentralisierung der Reichsmittelbehörden in Hannover mit der Begründung sanktionierte, daß *mit Rücksicht auf Fragen höherer Politik und praktischer Rücksichten* die Entscheidungen über die Neuordnung bereits gefällt worden seien. Hiernach wurden alle in Bremen ansässigen Landesämter den hannoverschen unterstellt. In der Hansestadt war man aufs höchste bestürzt, und Senatspräsident Kaisen sah sich veranlaßt, am 10. Januar an seinen *lieben Freund* Kopf einen geharnischten Beschwerdebrief zu schreiben, in dem er sich bitterlich darüber beklagte, daß dauernd irgenwelche Behörden aus Hannover in Bremen hineinregierten, was den *gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Bremen und Hannover* nicht gerade förderlich sei. Von Tantzen höre er, daß dies in Oldenburg schon seit Monaten so ginge. Wenig später äußerte sich Kaisen in anderem Zusammenhang über die von Hannover ausgehenden *separatistischen und zentralistischen Neigungen*. Dem Bremer war völlig klar, daß Kopf die Absicht verfolgte, Bremen seinem Lande Niedersachsen einzugliedern.

Kopf bedauerte zwar in seiner Antwort vom 18. Januar die Unzuträglichkeiten, die nicht etwa einem *Machthunger Hannovers und seines Oberpräsidenten* entsprängen und nicht vom Oberpräsidenten zu vertreten seien. Als sein Ziel bezeichnete er aber die Schaffung eines Niedersachsens, *in welchem starke Mittelinstanzen die Verwaltung führen, das Oberpräsidium sich auf die Leitung beschränkt* . . . Immerhin konnte Kaisen mit Hilfe der Amerikaner seine Landesämter für das Gebiet des Landes Bremen ohne Unterstellung unter Hannover erhalten, aber Probleme gab es auch in den Folgemonaten noch, zumal eine Entschließung des Gebietsrats an die Militärregierung vom 24. Januar 1946, es in der Frage der Reichssonder- und Reichswirtschaftsverwaltungen (außer Post und Bahn) bei dem Zustand, wie er vor der Besetzung bestanden hatte, zu belassen, dabei aber die Befugnisse der Reichsministerien auf den Gebietsrat zu übertragen, offenbar wirkungslos blieb. Die weitere Entwicklung verlief auch für den

Oberpräsidenten nicht nach Wunsch, da die Briten *ein System ihnen unmittelbar unterstellter Zentralverwaltungen für die bisherigen Reichssonderverwaltungen einzurichten* begannen, die somit dem Zugriff der Landes- bzw. Provinzialchefs entzogen wurden⁴⁸.

Während Bremen immerhin dank amerikanischer Unterstützung einen gewissen Sonderstatus bewahren konnte und Braunschweig sich stärker mit Hannover zu arrangieren bereit war, steuerte Oldenburg einen bewußteren Gegenkurs. Hier hatte die Militärbehörde am 4. Dezember 1945 dem Ministerpräsidenten aufgetragen, einen Beratenden Ausschuß beim Staatsministerium einzurichten, was den ersten Schritt auf dem Weg zu einem eigenen Landtag darstellte. Das 21köpfige Gremium verabschiedete bei seinem ersten (und einzigen) Zusammentreten am 28. Dezember eine vom Staatsministerium vorbereitete Entschließung, worin die oldenburgische Staatsregierung aufgefordert wurde, *etwaigen Zentralisierungsbestrebungen (Hannovers) energisch entgegenzuwirken und mit Nachdruck dafür einzutreten, daß der nordwestdeutsche Raum Hannover-Braunschweig-Bremen-Oldenburg wie zur Zeit vor der Besetzung geteilt bleibt in den nördlichen und südlichen Raum und in jedem Raum selbständige Reichssonderverwaltungen wieder errichtet werden*⁴⁹.

Bei der schon erwähnten Bremen-Oldenburger Besprechung hatte am 29. Dezember der ehemalige Bremer Oberfinanzpräsident Dr. Carl längere Ausführungen über die Entwicklung des (1934 errichteten) Bezirks des Oberfinanzpräsidenten Weser-Ems (wazu Bremen, Oldenburg, Aurich und Stade, nicht jedoch Osnabrück gehörten) gemacht und diese auf Tantzens Wunsch in einem Brief vom 4. Januar 1946 wiederholt. Darin empfahl Carl ein Land *Niederdeutschland* von der holländischen Grenze bis zur Elbe unter Einschluß zumindest von Teilen des Regierungsbezirks Osnabrück. Diese Anregungen verwertete Tantzen in einem Schreiben an Oberst Dillon in Oldenburg und Brigadier Lingham in Hannover vom 10. Januar, worin er u. a. mit der wohl etwas zweifelhaften Begründung, daß im gesamten Gebiet zwischen Ems und Elbe *über die politischen Grenzen hinaus ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Interessengemeinschaft besteht, aus dem sich das Streben nach Einheitlichkeit und Selbständigkeit der wirtschaftlichen und kulturellen Belange ergibt*, die Teilung der Region Hannover in zwei Gebiete, Nord und Süd, vorschlug. Gleichzeitig lancierte Tantzen einen größeren Artikel in die Oldenburger ‚Nordwest-Nachrichten‘ vom 8. Januar, der sich in scharfer Form gegen die *Zentralisierungsbestrebungen Hannovers* wandte und sofort von anderen Zeitungen, so auch in Hannover und Braunschweig, nach einer Verlautbarung des Deutschen Pressedienstes übernommen wurde⁵⁰.

48 StAB B. 10. a. Nr. 3; HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 2 u. 9; StAO Best. 131 Nr. 689; Zuversicht, wie Anm. 47, S. 136 ff.; Vogelsang, wie Anm. 38, S. 62 (wohl zu positiv für Kopf); Foelz-Schroeter, wie Anm. 42, S. 52; Scheper, wie Anm. 18, S. 384.

49 StAO Best. 131 Nr. 110, vgl. auch Best. 270—27 (Nachlaß Th. Tantzen) vorläuf. Nr. 32/2.

50 StAB B. 10. a. Nr. 3; StAO Best. 131 Nr. 681.

Als Reaktion hierauf faßten die Landräte des Regierungsbezirks Osnabrück am 31. Januar in Melle einen Beschluß, worin sie hervorhoben, daß die 1944 erfolgte und inzwischen aufgehobene Eingliederung ihres Regierungsbezirks *auf dem Gebiet der Ernährung und der Justizverwaltung in das Land Oldenburg . . . nicht aus Gründen der Verbesserung der Verwaltung . . . , sondern ausschließlich zur Stärkung der Machtbefugnis des ehemaligen Reichsstatthalters in Oldenburg* geschehen und dadurch tatsächlich keine Verbesserung eingetreten sei. Diese Eingliederung von Verwaltungsteilen *widersprach der Tradition und der Geschichte des Regierungsbezirks Osnabrück auf das schärfste und wird infolgedessen schon rein gefühlsmäßig von dem größten Teil der Einwohner des Regierungsbezirks, wenn nicht von der gesamten Bevölkerung abgelehnt*. Man fühle sich mit Hannover verbunden, wolle dort bleiben und spreche dem Oldenburgischen Staatsministerium das moralische Recht ab, *sich als Hüter selbständiger Landesinteressen zu bezeichnen*. Die Gremien der ostfriesischen Stadt Emden legten am 11. Februar ebenfalls ein Bekenntnis für Hannover bzw. Niedersachsen ab. Ähnlich lauteten Erklärungen der ostfriesischen Wirtschaft und der Kreisvertretungen⁵¹.

Am Rande der in Oldenburg stattfindenden dritten Gebietsratssitzung hatte am 24. Januar Brigadier Lingham den Auftrag erteilt, baldigst ein Memorandum über Niedersachsen einzureichen, zu dessen Ausarbeitung sich der braunschweigische Ministerialdirektor Gerhard Weisser bereit erklärte. Indessen verlagerte sich die Diskussion aus dem nur für die Hannover-Region zuständigen Gebietsrat bald auf den von den Briten schon im Dezember angekündigten, am 15. Februar 1946 installierten Zonenbeirat, ein Beratungsgremium für das gesamte Besatzungsgebiet, in dem neben sechs Länder- und Provinzialchefs auch Fach-, Parteien-, Gewerkschaftsvertreter usw. saßen. Die vier kleineren Länder Bremen, Oldenburg, Braunschweig und Lippe waren gemeinsam nur durch jeweils einen der Regierungschefs im Wechsel vertreten; in der ersten Hamburger Sitzung vom 6. März war dies Theodor Tantzen. Zum Generalsekretär des Zonenbeirats wurde der Braunschweiger SPD-Politiker Gerhard Weisser bestimmt. Konferenzen der Chiefs der Länder und Provinzen in der britischen Zone gab es bereits seit Herbst 1945. Mit Einrichtung des zentralistischen Zonenbeirats verlor diese Konferenz zwar ihren offiziellen Status gegenüber der Kontrollkommission, bestand aber neben dem *Zonal Advisory Council (ZAC)* weiter⁵².

Am 6. Februar erklärten auf einer gemeinsamen Konferenz mit den Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone die nach Stuttgart beorderten Oberpräsidenten von Hannover und der Nordrhein-Provinz, Kopf und Dr. Robert Lehr, es

51 ‚Nordwest-Nachrichten‘/Oldenburger Ausgabe 31. 12. 1945 u. 8. 1. 1946, desgl./Osnabrücker Ausg. 1. 2. 1946, ‚Hannoverscher Kurier‘ 19. 2. 1946; HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 21 u. 70 I; StAO Best. 131 Nr. 681; Kurt Brüning in: Das Land Niedersachsen, wie zu Anm. 95, S. 55. — Zu den Beratenden Ausschüssen s. auch Akten zur Vorgesch., wie Anm. 42, S. 239.

52 HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 69 I (darin auch Denkschrift Weissers an Kopf vom 15. 3.; vgl. unten Anm. 80); StAO Best. 131 Nr. 698; Akten z. Vorgesch., wie Anm. 42, S. 47 f., 338 f.; Foelz-Schroeter, wie Anm. 42, S. 30 ff., 52 ff.; Ursachen und Folgen, wie Anm. 41, S. 184 f.

sei notwendig, *Gebiete, die wirtschaftlich, geographisch, verkehrsmäßig und stammesmäßig zueinander gehören, in allen vier Zonen zu lebensfähigen Ländern im Rahmen des Reiches zusammenzufassen*, was die am 1. März in Bremen versammelten Länder- und Provinzchefs nach lebhafter Debatte billigten. Tantzen hatte zuvor allerdings durch die Blume ziemlich deutlich zu verstehen gegeben, daß er die von Kopf und Lehr anvisierte Reichsreform mit dem Ziel, mittelgroße (d. h. größere) Länder zu schaffen, mißbillige⁵³.

Als dann Lehr zusammen mit Schumacher auf einer weiteren Tagung in Stuttgart am 3. April die Stellungnahme vom 6. Februar wiederholte und in einem Schreiben an den britischen Verbindungsstab beim Zonenbeirat vom 10. April bemerkte, seine Auffassung sei, die britische Zone müsse nach dem Vorbild der amerikanischen ebenfalls in wenige größere Länder gegliedert werden und dieses werde auch von den Provinz- und Länderchefs der britischen Zone übereinstimmend vertreten, protestierte Tantzen am 18. April und erklärte, er teile diese Meinung nicht, halte vielmehr den Zeitpunkt für eine grundlegende Neueinteilung Deutschlands noch nicht für gekommen. Wie aus dem weiteren Briefwechsel Lehrs mit Kopf zu ersehen ist, plädierte der rheinische Oberpräsident für eine Einteilung der Zone in drei bis fünf Länder, wobei Oldenburg und Bremen auf jeden Fall zu Niedersachsen bzw. Hannover kommen sollten. (Lehr kannte bereits Kopfs Denkschrift vom 1. April⁵⁴.)

In Oldenburg war inzwischen die Anerkennung als selbständiges Land, natürlich im Rahmen der britischen Verwaltungsaufsicht, abgeschlossen. Am 21. Januar hatten die Engländer 45 Abgeordnete aus allen Bevölkerungskreisen (deren Zahl später auf 50 erhöht wurde) ernannt, die am 30. Januar zur ersten Landtagssitzung in Oldenburg zusammentraten, wie überhaupt Oldenburg das erste Parlament in der britischen Zone erhielt. Der Gedanke, hier nur einen Kommunalverband zu schaffen — Tantzen war anfangs auch Landtagspräsident —, wurde bald wieder aufgegeben. Im März gab die Militärregierung dem Land Oldenburg seine *frühere staatliche Selbständigkeit mit eigener Landesverfassung, eigenem Parlament und eigener Landesregierung* zurück. Wörtlich heißt es: *Das Land Oldenburg bleibt im Verband des deutschen Reiches und im Rahmen der deutschen Gesetzgebung souverän*. Am 8. März war eine kollegiale Landesregierung mit Tantzen (FDP) als Ministerpräsident ernannt worden. In seiner zweiten Sitzung am 10. April verabschiedete der Landtag eine Verfassung, die indessen nicht mehr in Kraft trat⁵⁵.

53 Akten z. Vorgesch., wie Anm. 42, S. 278, 285 (daraus das Zitat), 295, 299, 302; Foelz-Schroeter, wie Anm. 42, S. 50 ff.

54 StAO Best. 136 Nr. 20447; HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 70 I; zu Stuttgart s. Akten z. Vorgesch., wie Anm. 42, S. 422 ff., 439 f.

55 Zürlík, wie Anm. 2, S. 164 mit Quellennachweisen (die Akten der Bezirksregierung liegen jetzt im StAO Best. 136 Nr. 20804). — Eckhardt, wie Anm. 14, S. 102 f.; StAO Best. 39 Nr. 21327 und Best. 270—27 (Nachlaß Th. Tantzen) vorläuf. Nr. 32/35 (betr. Minister); Kurt Hartong, Beiträge zur Geschichte des oldenburgischen Staatsrechts (= Oldenburger Forschungen 10), Oldenburg 1958, S. 71—74.

In Braunschweig versammelte sich der Ernannte Landtag erstmals am 21. Februar 1946. Am 7. Mai wurde Staatsminister Schlebusch, der das Amt des Landesdirektors übernahm, durch die Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Alfred Kubel abgelöst⁵⁶.

Für Kopfs Niedersachsen-Pläne bedeutete das neu gestärkte Oldenburger und Braunschweiger Eigenleben natürlich eine Gefahr, zumal immer noch nicht die Anerkennung Hannovers als Land erlangt war. Ebenso wie Lehr vertrat er die Ansicht, die britische Zone müsse nach dem Vorbild der amerikanischen in wenige leistungsfähige Länder aufgegliedert werden. Nicht zuletzt, um den immer deutlicher zutage tretenden Zentralisierungsabsichten der Briten⁵⁷ im Sinne des Föderalismus entgegenzutreten, legte Kopf am 1. April 1946, ausgehend von seiner und Lehrs Stuttgarter Erklärung vom 6. Februar, der Militärregierung eine Denkschrift *Zur Abgrenzung und Verwaltungsstruktur eines künftigen Landes Niedersachsen* bzw. betr. *Bildung des Landes Niedersachsen* vor, in der er Niedersachsen als *organischen Raum* und *reales Gebilde* bezeichnete, das *lediglich noch nicht den letzten administrativen Ausdruck als allgemeiner Verwaltungsbezirk erhalten* habe. Im Land Niedersachsen seien Hannover, Oldenburg, Braunschweig mit Randgebieten von Sachsen, Bremen, Lippe, Schaumburg-Lippe (das im Mai 1946 von der Region Westfalen an die Region Hannover übergang und dem Regierungspräsidenten in Hannover unterstellt wurde) und die westfälischen Kreise Minden, Lübbecke, Tecklenburg, Bielefeld, Herford und Halle zu vereinigen. Weiter legte Kopf dar, daß man es im Lande Oldenburg, das *wie ein Pfahl im Fleisch Hannovers* sitze, *bisher versäumt habe, der natürlichen Entwicklung verständnisvoll Rechnung zu tragen*, obwohl sich *alle Kreise der Bevölkerung und der Wirtschaft des Landes . . . häufiger für eine Vereinigung mit Hannover bzw. für ein Aufgehen im Raume Niedersachsen ausgesprochen* hätten (was sicherlich so nicht zutraf!). Kopf versäumte nicht, auf die *planmäßige, durchaus erfolgreiche Expansionspolitik* der *Parteigewalten* im Dritten Reich auf Kosten Hannovers und auf die *Hausmachtspolitik des früheren Reichsstatthalters* hinzuweisen und hervorzuheben, daß in beiden *Kleinststaaten* Oldenburg und Braunschweig die Machtergreifung der NSDAP frühzeitig stattgefunden habe. Für die britische Zone insgesamt erkannte Kopf drei *charakteristische Gebiete*, nämlich das rheinisch-westfälische, Hamburg mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen. In einem zweiten Teil äußerte sich der Oberpräsident über die künftige Verwaltungsstruktur Niedersachsens, für die er nur zwei Instanzen unter Wegfall der Bezirksebene vorsah⁵⁸.

56 Vgl. dazu u. a. Josef König in: Richard Moderhack (Hrsg.), Braunschweigische Landesgeschichte im Überblick, 2. Aufl. Braunschweig 1977, S. 103 f.; Pollmann, wie Anm. 42, S. 70; Korte, wie Anm. 46, S. 12; Richard Lehnert (Hrsg.), Porträt eines Parlaments. Der Niedersächsische Landtag 1947–1967, Hannover 1967, S. 91, vgl. aber S. 34.

57 Vgl. Foelz-Schroeter, wie Anm. 42, S. 52 ff.

58 HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 70 I; vgl. Vogelsang, wie Anm. 38, S. 66; Der Weg, wie Anm. 15, S. 55 f.; Lent, wie Anm. 4, S. 24.

Ob dieses Memorandum bei den Briten eingetroffen ist, ließ sich bislang nicht feststellen; eine Resonanz oder auch nur Empfangsbestätigung findet sich in den Akten nicht. Wohl aber sandte Kopf an Lehr auf dessen Bitte und an den Landespräsidenten Drake in Detmold Exemplare seiner Schrift. Nach Oldenburg ist keines gelangt. Tantzen erfuhr von der Existenz aber durch Lehrs Brief vom 25. April⁵⁹.

Auf der dritten Sitzung des Zonenbeirats hielt der schleswig-holsteinische Oberpräsident Theodor Steltzer⁶⁰ am 2. Mai im Rechts- und Verfassungsausschuß ein — anschließend gedrucktes — *Referat über den Verwaltungsaufbau innerhalb der britischen Zone*, worin er fünf Länder, nämlich Schleswig-Holstein, Hamburg, Hannover (mit Braunschweig, Lippe, Oldenburg und Bremen), Rheinland und Westfalen, vorschlug. Der Bremer Senatssyndikus Adolf Stier tom Moehlen, der übrigens Oldenburg im Gebietsrat mitvertrat, sandte Tantzen am 5. Mai einen aufschlußreichen Bericht über die Ausschußdiskussionen, bei denen Adenauer sich entschieden dagegen gewandt hatte, *daß die politischen Parteien von der Fürstenkammer des Zonenbeirats vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollten*. Im Plenum brachte der Präsident der Oberpostdirektion Bremen, Dr. Karl Schneider, verabredungsgemäß den Antrag ein: *Der Zonenbeirat wolle beschließen, die britische Kontrollkommission zu ersuchen, in der Frage des weiteren staatsrechtlichen Schicksals der britischen Zone oder ihrer Teile keine Entschließung ohne vorherige gutachtliche Stellungnahme des Zonenbeirats zu treffen*. Stier tom Moehlen bemerkte in diesem Zusammenhang, daß in dem für die Neugliederungsfragen zuständigen Ausschuß zwar die Oberpräsidenten, aber kein Ministerpräsident der Länder säße (was später geändert wurde). Der Bremer riet Tantzen, *eine gemeinsame Denkschrift der Länder Oldenburg, Braunschweig, Lippe, gegebenenfalls unter Einbeziehung Bremens ausarbeiten zu lassen und diese den Mitgliedern des Zonenbeirats ebenfalls zugehen zu lassen*. Nach seinem Dafürhalten wäre eine solche gemeinsame Schrift viel wirksamer als eine oldenburgische Einzeldenkschrift, die mit Sicherheit geringere Wirkung erzielen und zudem möglicherweise weitere Schriften anderer Länder nach sich ziehen werde⁶¹.

Tantzen hatte dem Bremer gegenüber offensichtlich in einem vorangegangenen Telefongespräch von seinen eigenen Plänen berichtet. Zwei Tage zuvor hatte er nämlich den Oberkirchenrat a. D. Dr. Müller-Jürgens, seinerzeit Verfasser bzw. Herausgeber der erwähnten Weser-Ems-Schriften von 1932/33, gebeten, bis zum 10. Mai eine zusammenfassende Schrift zu erstellen, die vom Staatsministerium bearbeitet und bei der für den 20. Mai in Lübeck vorgesehenen (dann aber verschobenen) Konferenz der Länder- und Provinzchefs vorgelegt werden sollte.

59 StAO Best. 136 Nr. 20447; HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 70 I.

60 Vgl. Theodor Steltzer, *Sechzig Jahre Zeitgenosse*, München 1966, dort ab S. 183 ff. keinerlei Bemerkungen über die Neugliederung.

61 StAO Best. 136 Nr. 20447; vgl. Akten z. Vorgesch., wie Anm. 42, S. 460.

Müller-Jürgens, der bereits im Dezember 1945 eine Ausarbeitung über *Die Zukunft des Freistaates Oldenburg in der Englischen Besatzungszone und im Raum Weser-Ems* . . . verfaßt hatte, sollte von der Auffassung der oldenburgischen Regierung ausgehen, daß die britische Zone in eine größere Zahl von Gebieten zu gliedern sei, falls sich Oldenburgs Selbständigkeit, *die alle Gewähr bietet, Landes- und Reichsaufgaben zu erfüllen*, nicht aufrecht erhalten lasse. In erster Linie komme der Bereich zwischen Weser und Ems unter Einschluß Bremens, in zweiter das Gebiet zwischen Ems und Elbe mit Einbeziehung des Regierungsbezirks Stade und vielleicht von Teilen des Regierungsbezirks Lüneburg in Frage. Die erste Lösung habe bei 2,2 Millionen Einwohnern den Vorzug, *schon jetzt in Bezug auf manche Einrichtungen gemeinschaftlich verwaltet zu werden (Landwirtschaft, Justiz)*, die zweite bei 3 Millionen Bewohnern den Vorteil, *alle Küsteninteressen zu umfassen*. Dabei spielten die Größenunterschiede möglicher Länder keine Rolle. In der amerikanischen Zone sei das nicht anders. Müller-Jürgens gewann in seiner neuen Stellungnahme sowohl der *kleinen Weser-Ems-Lösung* mit oder ohne Bremen als auch dem *Küstenstaat* unter Einbeziehung des ganzen Regierungsbezirks Stade bzw. eines Teiles davon positive Seiten ab. Dabei bezeichnete er die 1943 gebildete Reichspostdirektion Bremen, die sich auf Bremen, Oldenburg, Ostfriesland, Osnabrück, den westlichen Teil von Stade, die Grafschaften Diepholz und Hoya, Stolzenau im Regierungsbezirk Hannover und Tecklenburg in Westfalen erstreckte, als *die klassische Verwirklichung des Weser-Ems-Gedankens*⁶².

Tantzen bzw. sein Referent im Staatsministerium, niemand anderes als der frühere Landesversicherungsanstalts-Präsident Theilen, haben unter Verwendung der Müllerschen Gedanken in der am 17. Mai hektographiert und später im Druck vorgelegten Denkschrift *Nord-West-Deutschland im Rahmen einer Neugliederung der Britischen Zone* die Ansprüche etwas zurückgeschraubt. Da das *Land Oldenburg trotz seiner bewährten Verwaltungsorganisation* zu klein sei, *um sich in einen Neuaufbau des Reiches als selbständiges Land einzufügen*, ein Niedersachsen aber, wie es von Hannover gefordert werde, als ein *Riesenbezirk* und als mögliche *Keimzelle für ein neues Preußen* abzulehnen sei, müsse man *Bundeländer von mittlerer Flächengröße* anstreben. An sich sei das Kernstück des Nordseeraumes, wie es in dem Reichstagswahlkreis von 1920 und im Gau Weser-Ems zusammengefaßt gewesen sei, das *gegebene Fundament* für eine Neugliederung im nordwestdeutschen Raum, zumal *zahlreiche Verflechtungen . . . auf diesem Boden bereits natürlich gewachsen* seien, so daß es eine gute Grundlage für ein *Land mittlerer Größe im Gefüge der neuzubildenden Bundesstaaten* abgebe. Es müsse aber noch um diejenigen angrenzenden Bezirke erweitert werden, die *in wirtschaftlicher, verkehrspolitischer, soziologischer sowie kultureller Hinsicht unbestreitbar zu diesem Raum gehören*. Gedacht war an den Stadt- und

62 StAO Best. 136 Nr. 20445; Best. 271—52 (Nachlaß Müller-Jürgens) Akte „Die Zukunft des Freistaats Oldenburg I“; vgl. Zürlík, wie Anm. 2, S. 167.

Landkreis Wesermünde, den Landkreis Osterholz-Scharmbeck, also das Westgebiet des Regierungsbezirks Stade bis zur Weser-Elbe-Wasserscheide, die Kreise Syke und Diepholz und die braunschweigische Exklave Thedinghausen. Bremen sollte zwar auch zu diesem Staat gehören, doch war die künftige Stellung der Hansestadt noch zu prüfen. Dabei sei *eine Erhaltung Bremens als eines selbständigen Landes weniger eine Frage der Grenzziehung des Raumes . . . als vielmehr eine Frage der zweckmäßigen Verwaltungsstruktur*⁶³.

In Hannover schlug die Denkschrift wie eine Bombe ein. Bereits am 22. Mai wurden die Leiter der einzelnen Abteilungen der Provinzialregierung sowie einiger Landesämter um Stellungnahmen bis zum 24. und um Angabe von Gründen, die für den umfassenden Raum Niedersachsen und nicht für den Bezirk „Weser-Ems“ sprechen, ersucht. Professor Brüning⁶⁴, inzwischen Leiter der Abteilung für Landeskunde und Statistik (seit Juli 1946 des Niedersächs. Amts für Landesplanung und Statistik), wurde zur Besprechung gebeten. Kopf ließ seine Denkschrift vom 1. April überarbeiten und legte sie am 1. Juni erneut der Militärverwaltung in Hannover vor. Die zweite Fassung, die Kopf bereits mit Schreiben vom 24. Mai an die Regierungs- und Provinzialchefs der britischen Zone versenden ließ (in Oldenburg ging sie jedoch erst am 6. Juni ein), weicht nur unwesentlich von der ersten ab, enthält allerdings nicht mehr den Abschnitt über die künftige Verwaltungsstruktur Niedersachsens⁶⁵. Kopfs Ansichten deckten sich weitgehend mit den als „Bevin-Plan“ bekannt gewordenen Vorstellungen des englischen Außenministers, der von drei größeren Ländern, darunter *Groß-Hannover*, ausging und, so hat schon Lehr vermutet, möglicherweise, zumindest bezüglich der Abgrenzung von Westfalen und Niedersachsen, auf Kopf zurückging. Der ‚Hannoversche Kurier‘ erinnerte in einem *Postleitzahl 23* überschriebenen Kommentar vom 24. Mai daran, daß man *die Oldenburger die Bayern des Nordens* nenne⁶⁶.

Die Reaktion in den durch einen Weser-Ems-Staat betroffenen Gebieten auf Tantzens Plan war durchaus nicht nur zustimmend. Im Juni wiederholten der Kreistag von Cloppenburg und der Kreisausschuß von Vechta den bereits im Ok-

63 StAO Best. 136 Nr. 20447; HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 70 I, vgl. Nr. 21; Zürlík, wie Anm. 2, S. 167; Vogelsang, wie Anm. 38, S. 68; Der Weg, wie Anm. 15, S. 57; Lent, wie Anm. 4, S. 24.

64 Zu Brüning, einem *der geistigen Väter Niedersachsens* (Lent, wie Anm. 4, S. 21), vgl. Neues Archiv für Niedersachsen 12, 1963.

65 HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 70 I; vgl. auch Vogelsang, wie Anm. 38, S. 68; StAO Best. 136 Nr. 20445.

66 NWZ 14. 5. 1946; StAO Best. 136 Nr. 20445, 20447; Peter Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie* (= Veröff. d. Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen C I), Siegburg 1973, S. 200; Wolfgang Krabbe, *Westfälischer Regionalismus in der Diskussion um die territoriale Neuordnung der britischen Besatzungszone* (1946). In: *Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag am 30. Januar 1982*. Hrsg. von Heinz Dollinger, Horst Gründe, Alwin Hanschmidt, Münster 1982, S. 547 ff., hier 549 f.

tober 1945 vorgebrachten Wunsch *nach baldiger Wiederherstellung der im Jahre 1803 gelösten jahrhundertlangen staatlichen Verbindung mit Westfalen*⁶⁷. In ähnlichem Sinne äußerten sich auch die Osnabrücker Emslandkreise Meppen, Lingen und Aschendorf. Die Initiative dazu war bereits Mitte Mai von Süddoldenburg ausgegangen. Der Cloppenburger Landrat Dr. Ostmann hatte eine Besprechung der interessierten Kreise angeregt, die am 24. Mai in Meppen stattfand und zu der überraschenderweise auch der Oberstadtdirektor von Münster, Dr. Karl Zuhorn, erschien. Er war als Verfechter eines Zusammenschlusses der Provinzen Nordrhein und Westfalen bekannt und hatte gerade erst einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorgelegt, der auch die nördlichen Nachbargebiete Westfalens einbezog. Einig war sich die Versammlung in der Ablehnung des *Groß-Oldenburg-Plans*, wobei sich die Süddoldenburger *bitter über das Verhalten ihrer Landesregierung* beklagten.

In einer Dienstbesprechung der Stadt- und Landkreise des Regierungsbezirks Osnabrück beteuerten am 6. Juni Vertreter der Emslandkreise, daß sie nicht an eine Aufteilung des Regierungsbezirks dächten und wohl etwas voreilig gehandelt hätten, da Kopfs Niedersachsenplan zu jener Zeit noch nicht bekannt gewesen sei. Man einigte sich auf den gemeinsamen Nenner, *daß unabhängig von der künftigen Neugliederung die Kreise des Reg. Bezirkes Osnabrück zusammenbleiben wollen*. Zuvor hatte der Osnabrücker Oberkreisdirektor Bubert erklärt, der Bezirk sei bei Hannover *gut aufgehoben*. Das Verhalten Tantzens charakterisierte er nicht nur als *undemokratisch, sondern geradezu dem eines Gauleiters der NSDAP zu vergleichen*. Wieweit ähnliche Äußerungen auch von ostfriesischer Seite laut wurde, entzieht sich bislang unserer Kenntnis⁶⁸.

Noch am 24. Juni konstatierte der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Dr. Rudolf Amelunxen, wenig später erster Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, daß der ganze Regierungsbezirk Osnabrück aus *stammesartigen, wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Gründen eher zu Westfalen als zu Hannover* gehöre. Ähnlich enge Beziehungen habe stets das Oldenburger Münsterland zu Westfalen gehabt⁶⁹. Ganz deutlich wird hier, daß in Münster wie in Hannover noch 1946 die Vorstellungen aus der Zeit um 1930 fortlebten.

Der katholische Ministerialrat im oldenburgischen Ministerium für Kirchen und Schulen, Franz Teping, erklärte indessen in einer auf Anregung seines Ministers Kaestner abgegebenen internen Stellungnahme am 30. Juni, er nehme an, daß die Stimmung im oldenburgischen Münsterland nicht allgemein für Westfalen sein, sondern daß *manche führende und urteilsfähige Persönlichkeiten* den

67 NWZ 25. 6. 1946; StAO Best. 136 Nr. 20804; Zürlik, wie Anm. 2, S. 168 mit Anm. 93; Behr und Schmidt, wie Anm. 9; vgl. Anm. 68.

68 HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 21; Zuhorn, wie Anm. 44, S. 103, 122, 132 f.; Krabbe, wie Anm. 66, S. 556; Vogelsang, wie Anm. 38, S. 69.

69 StAO Best. 136 Nr. 20447; StAB B. 10. a. Nr. 2 (1) I; Zuhorn, wie Anm. 44, S. 122; Hüttenberger, wie Anm. 66, S. 207 ff.

Standpunkt vertreten dürften, eine Abtretung des südlichen vom übrigen Oldenburg müsse vermieden werden. Teping plädierte sogar für einen Anschluß ganz Oldenburgs an Westfalen, bei dem Oldenburg als Hauptort von Westfalen-Nord und Sitz der Verwaltung *wahrscheinlich mehr an Selbständigkeit retten (würde) als bei einem Aufgehen in Niedersachsen*. Dagegen sprach sich der Evangelisch-Lutherische Oberkirchenrat in Oldenburg in einem von Bischof Stählin unterzeichneten Schreiben an verschiedene britische Stellen vom 3. Juni für die Erhaltung der Selbständigkeit Oldenburgs und gegen eine Zentrale Hannover aus⁷⁰.

Auf wenig Gegenliebe stießen die Weser-Ems-Pläne in der Stadt Wilhelmshaven. Anläßlich der Etatverabschiedung beschloß die Stadtvertretung Ende Mai, *daß es aus wirtschaftlichen ebenso wie aus staatspolitischen Gründen notwendig ist, größere Verwaltungseinheiten zu schaffen, wie sie in den auf der Pariser Außenministerkonferenz angedeuteten Plänen zum Ausdruck kommen und nach denen in der britischen Zone die 3 Länder Niedersachsen, Westdeutschland und Norddeutschland geschaffen werden sollen. Nur in solchen größeren Verwaltungseinheiten wird den in ihrer wirtschaftlichen Existenz tödlich getroffenen Städten eine Hoffnung auf wirtschaftliche Gesundung erhalten*. Anläßlich eines Besuches in Wilhelmshaven konnte Tantzen Mitglieder der Stadtverwaltung sowie Wirtschaftsvertreter nicht von seinem Weser-Ems-Staat überzeugen. Vielmehr beharrte man in der Jadestadt auf einem Anschluß an Niedersachsen. Oberbürgermeister Nieter warf kurz darauf der oldenburgischen Staatsregierung in Hinblick auf deren verschiedene Pläne mangelndes Verständnis gegenüber den wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten der Stadt vor. Auch Wesermünde sprach sich am 6. Juni für Niedersachsen aus⁷¹.

Auf der Sitzung des Oldenburgischen Landtags kam am 5. Juni die Denkschrift des Staatsministeriums kurz zur Sprache. Tantzen bezeichnete sie als *Diskussionsbeitrag. . . , der infolge anderer Veröffentlichungen. . . erfolgen mußte* und zu dem, wie er auf Frage eines südoldenburgischen Abgeordneten eingestehen mußte, niemand aus den angrenzenden Gebieten gehört worden war, was aber bei den anderen Vorschlägen nicht anders gewesen sei. Der SPD-Vorsitzende Emil Kraft aus Wilhelmshaven kritisierte, *daß im Augenblick bei der gegenwärtigen Lage wohl kaum weitere Kreise der Bevölkerung ein lebhaftes Interesse zeigen würden für staatspolitische oder staatsrechtliche Auseinandersetzungen. Befremden hat lediglich die Art erregt, mit der plötzlich in der Presse ein Diskussionsbeitrag erschien, der zunächst als vollkommen selbstherrliche Maßnahme des Staatsministeriums von den politischen Parteien und Bewohnern in ihrer großen Mehrzahl aufgefaßt worden ist*. Kraft brachte dann eine Entschliebung gegen *alle partikularistischen Bestrebungen ein, die, ganz gleich, von welcher Stelle sie ausgehen können, geeignet sind, die Einheit des Deutschen Reiches*

70 StAO Best. 136 Nr. 20447 u. 20804.

71 NWZ 7. u. 14. 6. 1946; StAO Best. 136 Nr. 20447 u. 20804; StAB B. 10. a. Nr. 2 (1) I.

zu gefährden. Sie wurde auf Tantzens Vorschlag dem Verwaltungsausschuß überwiesen⁷².

Es war nur zu verständlich, daß sich Bremen durch die hannoverschen und oldenburgischen Pläne an seinem Lebensnerv berührt fühlte. Die Hansestadt legte daher bei der Konferenz der Länder- und Provinzchefs am 27. Mai in Lübeck eine vom Senator für Justiz und Verfassung, Bürgermeister Dr. Spitta, erstellte Denkschrift *Neugliederung Deutschlands* vor, die sich an ein kurz zuvor an die amerikanische Militärregierung gerichtetes Memorandum angeschlossen und sich gegen ein Aufgehen Bremens in einem anderen Land aussprach, aber unter besonders näher bezeichneten Voraussetzungen zu Gunsten der Allgemeinheit die staatsrechtliche Stellung Bremens zu ändern in Erwägung ziehen wollte. Bürgermeister Kaisen hatte bereits in einer am 28. Mai der Militärregierung überreichten Stellungnahme vom 3. Mai erklärt, daß für den Fall, daß sich Bremen zwischen dem Vorschlage eines Landes „Niedersachsen“ (bestehend aus der Provinz Hannover, den Ländern Oldenburg, Braunschweig, Lippe-Detmold und Bremen) oder dem Vorschlage „Küstenprovinz“ (bestehend aus dem Lande Oldenburg und Bremen nebst den Regierungsbezirken Stade, Osnabrück und Aurich) entscheiden solle, die Entscheidung für die Küstenprovinz falle. Er betonte aber zugleich, daß die Amerikaner möglicherweise etwas dagegen hätten, daß Bremen einem unter britischer Oberhoheit stehenden Land eingegliedert werde⁷³.

Von allen Seiten wurden nunmehr Denkschriften zur Neugliederung veröffentlicht und Gedanken in Presse und Rundfunk verbreitet. Tantzen antwortete am 26. Juni im Bremer ‚Weser-Kurier‘ mit einem *Die deutschen Bundesländer* betitelten längeren Artikel auf den Beitrag des hessischen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Karl Geiler *Zur Reichswerdung* in demselben Blatt vom 13. Juni, in dem Geiler nach dem Vorbild der amerikanischen Zone auch für die britische drei Länder vorgeschlagen hatte, mit der Forderung nach mittelgroßen Ländern und bezweifelte, ob ein Seewirtschaftszentrum wie Bremen ohne Gefährdung deutscher Interessen seine Aufgaben erfüllen könnte, wenn es als Stadtkreis von Hannover aus regiert würde. Bereits am 1. Juni hatte er sich bei Kopf über eine von dem Oberpräsidenten vor der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern am 12./13. Mai getane Äußerung beschwert, er, Kopf, habe eine Erklärung betr. die Bildung des Landes Niedersachsen zusammen mit Lehr abgegeben und diese sei von den Länderchefs der britischen Zone gebilligt worden. Das entspreche nicht den Tatsachen⁷⁴.

72 StAO Best. 39 Nr. 21328; NWZ 7. 6. 1946. — Zu Emil Kraft (1898—1982) und der SPD vgl. u. a. Emil Kraft, 80 Jahre Arbeiterbewegung zwischen Meer und Moor . . . , Wilhelmshaven 1952; Konrad A. Franke, Die SPD in Niedersachsen . . . , Hannover/Göttingen 1972; Konrad Franke, Die niedersächsische SPD-Führung im Wandel der Partei nach 1945 (= Veröff. d. Histor. Kommission f. Niedersachsen u. Bremen XXXV, 3), Hildesheim 1980.

73 StAB B. 10. a. Nr. 2 (1) I; StAO Best. 136 Nr. 20447.

74 StAB B. 10. a. Nr. 2 (1) I; vgl. auch StAW 4 Nds 16 Zg. 27/80.

Am 4. Juli teilte die Kontrollkommission (britischer Teil) in Berlin über den Verbindungsstab dem Zonenbeirat ein Schreiben des stellvertretenden Militärgouverneurs (Robertson) betr. den *Neuaufbau der Länder in der britischen Zone Deutschlands* mit, das auf der Zonenbeiratssitzung am 10./11. Juli bekannt gegeben wurde. Danach sollte der Zonenbeirat einen Sonderausschuß aus Mitgliedern des Rates sowie Sachverständigen und Vertretern der ernannten Repräsentativkörperschaften der Länder und Provinzen einsetzen und dieser Ausschuß dem Zonenbeirat einen oder mehrere Berichte über die künftige Gliederung vorlegen. Grundlage für die deutsche Verwaltung war das Land, von denen es nicht mehr als fünf und wenn möglich weniger geben sollte. *Die Frage der Stellung von Nordrhein/Westfalen ist zunächst zurückzustellen, sie kann aber dem Zonenbeirat zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt werden.* Die Berichte waren vom Zonenbeirat mit eigener Stellungnahme bis spätestens zum 30. September an die Dienststelle des stellv. Militärgouverneurs zu leiten. Sie sollten sowohl die *territoriale Neugliederung als auch den Neuaufbau der Verwaltung betreffen*⁷⁵.

In der britischen Regierung war die Entscheidung für einen Zusammenschluß Nordrhein-Westfalens bereits am 28. Juni gefallen, doch wurde sie erst am 17. Juli bekanntgegeben⁷⁶. Dadurch waren die Verhandlungen des Zonenbeirats bzw. des Sonderausschusses bereits in beträchtlichem Umfange vorgezeichnet.

Bei der Wahl des oldenburgischen Vertreters für den Sonderausschuß gab es auf Wunsch der SPD-Landtagsfraktion am 26. Juli eine längere Debatte. Tantz, Kandidat der FDP, erläuterte die verschiedenen Möglichkeiten und sprach sich schließlich für die bisherige Linie des Ministeriums, d. h. eine Aufteilung Niedersachsens in zwei Länder, dazu aber Selbständigkeit von Bremen und Hamburg aus. Sein Innenminister August Wegmann⁷⁷, Kandidat der CDU, meinte zwar, seine Auffassung weiche nicht wesentlich von der Tantzens ab; doch legte er ein Bekenntnis für die Selbständigkeit des Landes Oldenburg mit seiner kleinen Verwaltung ab, in dem man sich *mit jedem Lande, und insbesondere mit unseren angrenzenden Bezirken, messen könne.* Die Zeit für eine umfassende Neugliederung sei noch nicht gekommen. Kraft und mit ihm die SPD wünschten zwar, daß die Einheit Oldenburgs nicht gefährdet werde, sah aber in Niedersachsen *keineswegs eine nationale Gefahr.* Ein Weser-Ems- oder ein Küstenstaat hätten keine Aussicht auf Realisierung bzw. führten zur Zerstückelung Oldenburgs.

75 StAO Best. 136 Nr. 20447; StAB B. 10. a. Nr. 2 (1) I; HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 73; Akten z. Vorgesch., wie Anm. 42, S. 612 ff.; Vogelsang, wie Anm. 38, S. 69; Lent, wie Anm. 4, S. 24.

76 Hüttenberger, wie Anm. 66, S. 216 f.

77 Zu August Wegmann (1888—1976), MdR 1924—33 (Zentrum), Ministerialrat, dann seit 1946 Innenminister in Oldenburg, Ende 1946—1953 Verwaltungspräsident in Oldenburg, 1955—59 nieders. Innen-, dann Finanzminister, langjähriger Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Oldenburg, MdL, vgl. Franz Kramer in: Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland 1977, S. 272 ff.; Nachlaß A. Wegmann (in Privatbesitz). — Zur CDU s. Arnold Fratscher, Die CDU in Niedersachsen . . ., Hannover 1971; Alwin Schomaker (Bearb.), Unser Weg zur christlichen Volkspartei. Hrsg.: Christlich-Demokratische Union, Kreisverband Vechta, 1970.

Es sei aber immerhin erwägenswert, die *Konstruktion Weser-Ems* als Regierungsbezirk oder besondere Verwaltungseinheit in ein Land Niedersachsen einzubauen. Kraft sah die Hauptaufgabe in der Lösung der großen sozialen und wirtschaftlichen Probleme, und dazu sei Weser-Ems als selbständiges Land zu klein und wirtschaftlich zu schwach. Nachdem Kraft im zweiten Wahlgang dem nunmehr auch von der CDU unterstützten Tantzen unterlegen war, brachte Wegmann einen — mit nur einer Gegenstimme angenommenen — Antrag ein, worin die Erwartung ausgesprochen wurde, daß *das im Laufe von 800 Jahren zu einer staatlichen Einheit mit eigener Gesetzgebung und eigener Verwaltung zusammengewachsene Land Oldenburg* bei einer Neugliederung nicht auseinandergerissen werde und *die bewährte oldenburgische Landesverwaltung bei einer Neugestaltung der britischen Zone erhalten bleibt und als Vorbild dient*⁷⁸.

Auch Braunschweig begann jetzt aktiv zu werden. Hatte schon Ende Mai das dortige Staatsministerium Überlegungen angestellt, wie es auf die sich häufenden Presseartikel zugunsten der von Hannover propagierten Niedersachsenlösung antworten solle, so forderte am 25. Juni der Militärgouverneur für das Land Braunschweig den Ministerpräsidenten auf: *Sie sollten Ihre Ansprüche auf Beibehaltung Ihrer souveränen Rechte vorbringen, selbst wenn das Land Braunschweig unter Hannover kommt. Weiterhin sollten Sie den Ausschuß des Zonenbeirats aufsuchen und ihre Ansprüche für ein größeres Braunschweig als separates Land, einen großen Teil von Hannover einverleibend, geltend machen*⁷⁹.

Am 13. Juli sandte der Braunschweiger Oberbürgermeister und Landtagsabgeordnete Ernst Böhme seinen hektographierten Diskussionsbeitrag *Reichsreform und Reichsgliederung* vom 1. Juli nach Oldenburg, worin er sechs Länder, darunter ein um die an Braunschweig und Oldenburg abzutretenden Gebiete verkleinertes Hannover mit Schaumburg-Lippe, Braunschweig mit dem Regierungsbezirk, aber ohne die Stadt Hildesheim und mit dem Kreis Gifhorn und Oldenburg-Bremen mit dem Regierungsbezirk Aurich, fünf Kreisen des Regierungsbezirks Stade und dem Kreis Hoya, vorschlug. Auf einer außerordentlichen Sitzung des braunschweigischen Landtags erklärte Ministerpräsident Kubel, bisher habe sich das Land Braunschweig in der Neugliederungsfrage *bewußt zurückgehalten*. Er entwickelte dann einen von dem Regierungsdirektor Prof. Dr. Edmund Frohne ausgearbeiteten Plan, der, ohne daß dies erwähnt wurde, in seinen Grundzügen auf ein Gutachten zurückging, das der Generalsekretär des Zonenbeirats und frühere Braunschweiger Beamte, Gerhard Weisser, am 15. März gegenüber Kopf abgegeben hatte, das aber in Hannover mit dem Vermerk *die braunschweigischen Gedankengänge sind hier bekannt* zu den Akten geschrieben

78 StAO Best. 39 Nr. 21329; NWZ 30. 7. 1946 S. 3; ‚Die Welt‘ 30. 7. 1946, vgl. StAO Best. 136 Nr. 20804. — Der Landesvorstand Oldenburg der CDU hatte sich schon am 16. 5. für eine Erhaltung der Selbständigkeit des Landes Oldenburg ausgesprochen, NWZ 24. 5. 1946, vgl. StAO Best. 136 Nr. 20445.

79 StAW 4 Nds 16 Zg. 27/80.

worden war⁸⁰. Die Regierung schlug zwei bis drei *Reichsländer* (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein mit Hamburg, wobei die beiden letzteren auch zusammengefaßt werden könnten) und als Stufe darunter jeweils mehrere *Länder* als *echte Mittelinstanzen* vor. Die Reichsländer hätten nur die Aufgaben der Legislative und lediglich auf Arbeitsgebieten, *bei denen eine großräumige Regelung nicht entbehrt werden kann*, solche der Exekutive, stellten also *gewissermaßen Zweckverbände der Länder dar*, wobei ihr Parlament *durch die vereinigten Landtage der Länder dargestellt wird*. Nachdem sich der Landtag diese Vorstellungen in einer Resolution, in der das Kabinett aufgefordert wurde, der Militärregierung und dem Zonenbeirat eine Denkschrift für die Neugliederung vorzulegen, zu eigen gemacht hatte, faßte der Ministerpräsident in einer knappen Stellungnahme vom selben Tag unter dem Titel *Das Land Braunschweig im Rahmen einer Verwaltungsreform und Neugliederung der britischen Zone* die Ergebnisse der Landtagssitzung zusammen.

Dabei übernahm er für das Land Oldenburg-Bremen die oldenburgischen Forderungen, *ohne daß damit eine vorbehaltlose Zustimmung zu den in der Denkschrift gemachten Vorschlägen ausgesprochen werden soll*. Braunschweig wäre um Hildesheim und Gifhorn sowie gegebenenfalls um die noch in der russischen Zone liegenden ehemaligen Gebiete zu vergrößern, Hannover als drittes Land entsprechend zu verkleinern. In einer *Gutachtliche(n) Äußerung über staatsrechtliche Probleme der Neugliederung der Länder in der britischen Zone Deutschlands* präziserte das Ministerium Kubel am 16. August seine Vorstellungen über den Verfassungs- und Verwaltungsaufbau⁸¹.

Am 6./7. August trat der Sonderausschuß des Zonenbeirats *für Neuaufbau der Länder in der britischen Zone* zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Vorsitzende Kurt Schumacher⁸² führte in einem Grundsatzreferat aus, daß durch die Schaffung des Landes Nordrhein-Westfalen (die er seinerzeit selbst abgelehnt hatte) es zwingend vorgeschrieben sei, den Rest der britischen Zone in einem einzigen Land zusammenzufassen und dabei eine Zwischeninstanz einzuführen. Hierfür entwickelte er fünf Modelle, von denen das zweite auf den Braunschweiger Vorstellungen basierte.

Als erster Diskussionsredner widersprach Tantzen. Die Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen müsse nicht endgültig sein und müsse nicht notwendigerweise zu einem zweiten großen Land führen. *Die Idee, große Länder nach Art Preußens zu schaffen, sei grundfalsch*. Auch Hamburg und Bremen wandten sich dagegen, während Kubel sein Braunschweiger Modell auf das von Schumacher vorgeschlagene Restland anwenden wollte. Interessanterweise meldete sich Kopf überhaupt nicht zu Wort, sondern überließ das Feld dem Vorsitzenden der Nie-

80 HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 70 I, vgl. oben Anm. 52.

81 StAW 4 Nds 16 Zg. 27/80; StAO Best. 136 Nr. 20447; vgl. NWZ 30. 7. 1946 S. 1.

82 Zu Schumacher (1895—1952) s. u. a. Lewis J. Edinger, Kurt Schumacher, Persönlichkeit und politisches Verhalten, Opladen 1967.

dersächsischen Landespartei (NLP), Landrat Heinrich Hellwege, der später einmal sein Nachfolger als niedersächsischer Ministerpräsident werden sollte. Hellwege sprach sich, wie er es später auch in einem Artikel in der Hamburger Zeitung ‚Die Welt‘ vom 20. August erläuterte, für eine Zusammenfassung Hannovers, Oldenburgs und Braunschweigs zu einem Land Niedersachsen aus, während Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg und (das seit 1937 zu Schleswig-Holstein gehörige!) Lübeck selbständig bleiben mußten⁸³.

In Bremen entwarf Bürgermeister Dr. Theodor Spitta, der noch Ende Juli die Lösung einer Eingliederung Bremens in das Land Niedersachsen mit allen Konsequenzen und eventuellen Forderungen durchgespielt hatte — ein Thema, das in Bremen noch lange nicht vom Tisch war —, eine Reihe von Denkschriften, die die Erhaltung der Reichsunmittelbarkeit der Hansestadt zum Gegenstand hatten. Der Senat, insbesondere sein Präsident, Bürgermeister Wilhelm Kaisen, stand in ständigem Kontakt mit den amerikanischen Militärbehörden und zunehmend auch mit der Stadt Hamburg, mit der das weitere Vorgehen abgesprochen werden sollte⁸⁴.

In Oldenburg begannen Tantzen und Wegmann sofort damit, Unterstützung für ihre eigenen Neugliederungspläne zu suchen. Tantzen selbst telegraphierte am 8. August an den aus Oldenburg stammenden Philosophen Prof. Karl Jaspers in Heidelberg und bat ihn *um Angabe eines oder mehrerer Professoren, die bereit und tüchtig wären, ein schriftliches kurzes Gutachten für den Zonenrat zu schreiben über zweckmäßigste Einteilung Deutschlands in Länder ohne Rücksicht auf jetzige Zonengrenzen, wobei auch begründet werden soll, ob mittlere oder große Länder die Einheit Deutschlands und die beste Verwaltung verbürgen und ob eine Mischung von mittleren und größeren Ländern im Anschluß an bestehende Verhältnisse zu bevorzugen sind*. In ähnlichem Sinne telegraphierten Landesbischof Wilhelm Stählin und Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg — im Dritten Reich der Führer der Bekenntnisfront im Lande Oldenburg — in Tantzens Namen an die Professoren Ottoheinz von der Gablentz in Berlin und Erik Wolf in Freiburg i. Br.⁸⁵.

Für die zweite Sitzung des Sonderausschusses legte Tantzen eine auf den 17. August datierte sechsseitige hektographierte *Stellungnahme zur Frage der Länderreform* vor, in der er u. a. *Abkehr von einem zentralistischen Reich und Schaffung von Gliedstaaten eines künftigen deutschen Bundesstaates, Verlagerung der bisherigen Machtbefugnisse des Reiches in möglichst großem Umfang auf die Ebene der Länder . . . , Schaffung von in sich leistungsfähigen, wirtschaftlich und stammesmäßig ausgeglichenen Gebieten für die Übernahme dieser Aufgaben usw.* forderte. Sein erklärtes Ziel war die Bildung mittlerer Länder mit

83 Protokoll: StAO Best. 136 Nr. 20447, vgl. StAB B. 10. a. Nr. 2 (1) II; vgl. Akten z. Vorgesch., wie Anm. 42, S. 656 ff.; NWZ 6. 8. 1946 S. 1.

84 StAB B. 10. a. Nr. 2 (1) I—II; vgl. auch Scheper, wie Anm. 18, S. 386 ff.

85 StAO Best. 136 Nr. 20447.

einem dreistufigen Instanzenzug (Stadt- und Landkreis, Land, Reich). Diese Gedanken vertraten Tantzen und sein inzwischen als juristischer *Fachvertreter* ebenfalls in den Sonderausschuß berufener Innenminister Wegmann auf der Hamburger Sonderausschußsitzung vom 19./20. August, in der zu Anfang Schumacher gemäß seinem am 15. August veröffentlichten Memorandum seine Vorstellungen über den Aufbau in der britischen Zone entwickelt hatte. Als dritter Oldenburger trat in den sich anschließenden Diskussionen der ehemalige Vechtaer Landrat Dr. Hermann Siemer, der als Vertreter der CDU teilnahm, auf. Siemer, der im Herbst 1945 mit den Bürgermeistern des Kreises Vechta für einen Anschluß an Westfalen votiert hatte, sprach sich jetzt für ein Land Weser-Ems (Groß-Oldenburg) aus. Der Vertreter der britischen Kontrollkommission in Berlin, Austen Albu, machte auf diesbezügliche Fragen von Tantzen und Kubel noch einmal deutlich, daß eine Erhöhung der Länderzahl über fünf hinaus nicht in Frage komme. Damit war der Spielraum, wollte man, wozu die Mehrheit inzwischen neigte, Hamburg und Bremen als Länder erhalten, auf höchstens zwei weitere Länder (dazu noch Nordrhein-Westfalen) eingengt⁸⁶.

Am 23. August erlebte Hannover einen denkwürdigen Tag. Mit der Verordnung Nr. 46 hatte die britische Militärregierung die bisherigen preußischen Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein, Nordrhein und Westfalen aufgelöst und ihnen vorläufig die staatsrechtliche Stellung von Ländern unter Vereinigung von Nordrhein und Westfalen verliehen. Am selben Tag wurde der Ernannte Landtag in Hannover eröffnet und das Kabinett unter Ministerpräsident Kopf vorgestellt⁸⁷. An ebendiesem 23. August faßte auch Legationsrat Dr. Carl Rudolf von Campe, der wichtigste Mitarbeiter Kopfs in Fragen der Neugliederung, seinen Bericht über die zweite Sonderausschußsitzung des Zonenbeirats ab und zog folgende Schlußfolgerung für das weitere Vorgehen Hannovers: *Bestimmenden Einfluß auf die Haltung der Mitglieder des ZAC sowie des Sonderausschusses hat ihre Stellung und ihre landsmännische Herkunft. Parolen politischer Parteien ziehen nicht.* Die Taktik werde daher zwangsläufig dadurch bestimmt, daß man sich nach *regionalen Bundesgenossen umsehen* müsse. Das Votum müsse daher *so gehalten sein, daß es die Anschauungen und Wünsche möglichst vieler „Regionen“ auf einen Generalnenner bringt und ihnen die Unterschrift ermöglicht. Das Einzige ist herauszustellen, das Trennende zu vermeiden oder nur ganz allgemein zu formulieren.* Die Unterzeichner könnten ja immer noch Einzeldenschriften abgeben. Den Entwurf für einen *kurzen Ausschlußbericht, der die Unterzeichnung durch möglichst viele Mitglieder ermöglicht*, sollte der Göttinger Staatsrechtler Prof. Ulrich Scheuner, Mitglied des Sonderausschusses, bis zum 31. Au-

86 Ebd.; StAB B. 10. a. Nr. 2 (1) II; HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 74. — Zu Siemer s. die in Anm. 77 genannten Veröffentlichungen, sowie Joachim Kur opka, Der Neubeginn des öffentlichen Lebens 1945/46 im Kreis Vechta (Oldb). In: Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland 1976, S. 78—100, hier z. B. 84; derselbe, Die Gründung politischer Parteien 1945/46 im Kreis Vechta . . . In: Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland 1974, S. 81—101, hier z. B. 82, 90.

87 Ursachen und Folgen, wie Anm. 41, S. 192—203; Vogelsang, wie Anm. 38, S. 70—72; Der Weg, wie Anm. 15, S. 62; Hüttenberger, wie Anm. 66, S. 217 f.

gust nach im weiteren vorgelegten Richtlinien erstellen. Scheuner wurde auch zusammen mit den Professoren Kurt Brüning in Hannover und Ernst Wagemann in Clausthal-Zellerfeld für weitere ausführliche Gutachten gewonnen, die streng vertraulich zu behandeln waren und erst Ende September, also kurz vor Ablauf der von der Kontrollkommission gesetzten Frist, mit der endgültigen Fassung des Ausschußberichts den englischen Stellen zugeleitet werden sollten. Von den Mitgliedern des Sonderausschusses wären zunächst diejenigen anzusprechen, *deren Unterschriften sicher sind. Es folgen dann diejenigen, die wahrscheinlich zu einer Unterstützung gewonnen werden können. Ganz auszuschneiden haben die unbedingten Gegner (insbesondere Braunschweig und Oldenburg), denen der Entwurf keinesfalls zugänglich gemacht werden darf.* Nach einem weiteren Aktenvermerk v. Campes sollten die drei Gutachten Scheuners (staats- und verwaltungsrechtlich), Wagemanns (wirtschaftlich) und Brünings (landeskundlich-geographisch) erst um den 20. September eingereicht werden, *und zwar so spät, daß bis zum 30. Sept. kein Gegenvotum von anderer Seite mehr ausgearbeitet werden kann!* Nach der dritten Sonderausschußsitzung wurde die Marschroute insofern abgeändert, als die drei Gutachten schon bei der Sonderausschußsitzung des Zonenbeirats am 17. September vorliegen sollten.

Scheuner waren für seinen Entwurf einer im Sonderausschuß am 6. September vorzulegenden Stellungnahme zwei Lösungen aufgegeben worden, das eine Mal mit drei Ländern und einem Stadtstaat (Hamburg), das andere Mal mit drei Ländern und zwei Stadtstaaten (Hamburg und Bremen). Die hannoversche Taktik war klar: Man operierte so lange mit dem ersten Plan, bis man in die Lage versetzt war, Kompromißbereitschaft zeigen zu müssen, und dann konnte man den zweiten einbringen, um die Hansestädte für sich zu gewinnen⁸⁸.

Dieser taktischen Meisterleistung hatten Braunschweig und Oldenburg nichts Entsprechendes entgegenzusetzen. Während Kubel in einer am 14. August im Nordwestdeutschen Rundfunk gehaltenen Rede noch einmal seine Ansichten wiederholte, bemühte sich Tantzen weiter um schriftliche Schützenhilfe durch anerkannte Staatsrechtler. Jaspers hatte mit den Heidelberger Professoren Alfred Weber und Fritz Ernst gesprochen, die Tantzen nunmehr am 22. August anscrieb. Beide antworteten zwar, Weber am 28. August, Ernst erst am 18. September, aber zu einem Gutachten reichte die Zeit nicht mehr aus. Immerhin erklärten sie sich wie Tantzen für mittelgroße bzw. kleinere Länder und gewannen auch einem Land Weser-Ems positive Seiten ab. Viel anfangen aber konnte Tantzen damit nicht. Er nahm aber auszugsweise Übersetzungen für die Besprechung mit Robertson am 3. Oktober nach Berlin mit⁸⁹.

Am 30. August trafen sich in Oldenburg Vertreter der Länder Oldenburg, Braunschweig, Lippe, Bremen und Hamburg, um über eine von Tantzen vorge-

88 HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 74. — Zu Ulrich Scheuner s. Historische Zeitschrift 234, 1, 1982, S. 251—254.

89 StAO Best. 136 Nr. 20447 und 20804; StAW 4 Nds 16 Zg. 27/80.

legte gemeinsame Stellungnahme zu beraten. Einigermaßen sichere Bundesgenossen aber konnte Oldenburg nur in Braunschweig (das jedoch für den Fall eines Scheiterns des gemeinsamen Antrags einen eigenen Eventualantrag vorbereitete) und Lippe gewinnen. Hamburg und Bremen standen längst in intensiven Verhandlungen, um ihren Standpunkt aufeinander abzustimmen. Für Lippe-Detmold, das zwischen Eigenständigkeit, Anschluß an Westfalen oder auch Niedersachsen schwankte, hatte Landespräsident Heinrich Drake schon auf der zweiten Sonderausschußsitzung, so Campe in seinem zitierten Bericht, eine *beeindruckende und von tiefer staatsmännischer Erkenntnis getragene Erklärung abgegeben*. . . Für ihn seien *lediglich zwei Gesichtspunkte maßgebend: die Reichseinheit und ein ehrlicher demokratischer Aufbau von unten nach oben. In dieser Erkenntnis ist Lippe zu jedem Opfer bereit und weiß, daß es nicht allein bleiben kann*. Doch erwarte er *Achtung vor unserem Eigenleben und erstrebe daher leistungsfähige Mittelinstanzen*⁹⁰.

Es fällt auf, daß bei den gemeinsamen Verhandlungen der kleinen Länder Schaumburg-Lippe nicht in Erscheinung trat. Für den Zwergstaat, in dem es schon vor 1933 eine Anschlußbewegung für Preußen gegeben hatte und der bis zur Angliederung an die Region Hannover im Mai 1946 gemeinsam mit Lippe-Detmold verwaltet worden war, führte Oberregierungsrat Heinrich Naujoks die Geschäfte der „Landesregierung“. Er hatte bereits am 19. August in einer hektographierten Stellungnahme *Bemerkungen zur Frage des Neuaufbaus der Länder innerhalb der britischen Zone Deutschlands* ein die Provinz Hannover und die Länder Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe umfassendes Land Niedersachsen befürwortet und dies auch auf der 2. Sonderausschußsitzung vertreten. Konsequenterweise gehörte er zu den Unterzeichnern des Kopfschen Vorschlages vom 6. September^{90a}.

Auf der Sitzung des Sonderausschusses des Zonenbeirats wurde vom 6. September eine ganze Reihe von Vorschlägen und Denkschriften vorgelegt und behandelt. Umfassende Gliederungsvorschläge kamen jedoch nur von Schumacher, Lehr, Kopf und Tantzen/Kubel, wobei Lehr und Kopf, abgesehen von Grenz- und einigen Organisationsfragen, weitgehend übereinstimmten. Schumacher sah nur ein Land für das gesamte Restgebiet vor, wobei die beiden Länder, nämlich Nordrhein-Westfalen und „Ostfalen“ weiter unterteilt werden mußten, z. B. in Landschaften. Den beiden Hansestädten sollten bestimmte Sonderrechte vorbehalten sein. Kopf schlug fünf Länder, darunter Niedersachsen mit Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Lippe und Schaumburg-Lippe, vor. Wegen Minden-

90 HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 74; StAO Best. 136 Nr. 20447, 20804; StAB B. 10. a. Nr. 2 (1) II. — Zu Drake s. Martin Sagebiel in: Lippische Mitteilungen 41, 1971, S. 232 ff., insbes. S. 243—248; Volker Wehrmann, Heinrich Drake . . . 1881—1970, Detmold 1981.

90a StAO Best. 136 Nr. 20445 (Rede Kopfs anläßlich der Eingliederung am 20. 5.), Nr. 20447 (dort auch die Bemerkungen); HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 74; Akten z. Vorgesch., wie Anm. 42, S. 616, 829. — Vgl. jetzt auch Dieter Poestges, Die Frage eines Anschlusses Schaumburg-Lippes an Preußen im Parteienstreit 1918—1926. In: Schaumburg-Lippische Mitteilungen 25, 1982, S. 5—54.

Ravensberg und des Kreises Tecklenburg sollte in etwa zwei Jahren eine Volksabstimmung vorgesehen werden. Die innere Gliederung war den Ländern überlassen. Lehr sah dieselben Länder vor, beanspruchte jedoch den Südteil von Osnabrück sowie Lippe für Nordrhein-Westfalen, Cuxhaven sollte an Hamburg fallen. Der innere Aufbau unterschied sich teilweise von den hannoverschen Vorschlägen. Die oldenburg-braunschweigische Denkschrift ging von fünf Ländern (Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Weser-Ems, Hannover und Braunschweig) und den beiden Stadtstaaten aus. Die Territorialabgrenzung im niedersächsischen Gebiet entsprach den Vorschlägen der letzten Monate. Die Verwaltung sollte grundsätzlich bei den Ländern bleiben, *soweit sie nicht ausdrücklich dem Reich vorbehalten wird*. Für die vier neu vorgeschlagenen Länder war unter Fortfall der Mittelinstanz eine Untergliederung in Kreise vorbehalten; ansonsten sollte sie den Ländern überlassen bleiben. Im braunschweigischen Eventualvorschlag wurde die Zusammenfassung der sechs Länder außer Nordrhein-Westfalen zu einem Bundesland (Niederdeutschland) und die Untergliederung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen in Länder angeregt. Die übrigen Gutachten betrafen die Stellung der Hansestädte (Hamburg/Bremen), Lippes sowie besondere Rechtsfragen.

Die Stellungnahme Ministerpräsident Tantzens zur Frage des Neuaufbaues der Länder innerhalb der britischen Zone wurde am 6. September von Theodor Tantzen und August Wegmann (Oldenburg), Alfred Kubel (Braunschweig), Heinrich Drake (Lippe, mit einem Vorbehalt wegen der Kreisgrößen), Hans Ambs (Eckernförde, mit einem Vorbehalt betr. Vergesellschaftung der Produktionsmittel) und dem Bremer Oberpostdirektionspräsidenten Dr. Karl Schneider unterschrieben. Parteipolitisch sind Tantzen und Schneider der FDP, Kubel und Drake der SPD, Wegmann der CDU und Ambs der KPD zuzurechnen, womit die Äußerung v. Campes vollauf bestätigt wird. Zonenbeiratsmitglied Schneider hielt übrigens, wie er am 3. September an Tantzen schrieb, dessen Ländereinteilung nicht für glücklich und vor allem nicht für aussichtsreich, doch wollte er im Ausschuß und Plenum *für jede Lösung stimmen, die uns vor Niedersachsen bewahrt*. Tantzens Vorschlag sah Schneider nur als *eine Eventuallösung, die mangels einer besseren zu vertreten wäre*, an.

Letztlich ausschlaggebend war offensichtlich, daß Kopf, wie schon angedeutet, es verstand, die Hansestädte Hamburg und Bremen von seiner Niedersachsenlösung zu überzeugen, wobei er im entscheidenden Augenblick den zweiten Stadtstaat als Ausweg vorsah. Der Bremer Vertreter Martin Heinrich Wilkens, Präses der Handelskammer, schrieb einen Tag nach der Sitzung an Tantzen und erklärte ihm, warum er sich doch für den Niedersachsenplan entschieden habe. Tantzen hatte ihn vor Beginn der Ausschußsitzung zur Unterschrift aufgefordert und er, Wilkens, wegen der Länderzahl Bedenken geäußert, sich aber eine endgültige Entscheidung nach Durchsicht des ihm im Wortlaut noch nicht bekannten Kopfschen Planes vorbehalten. Beim Studium fand er *die Grundforderungen der Hansestädte ebenso berücksichtigt* wie in Tantzens ihm *in vielen Teilen sympathi-*

sche(m) Vorschlag. Den Ausschlag gab aber dann der braunschweigische Eventualvorschlag, der wegen seiner Nähe zu Schumachers Plan für ihn indiskutabel war und ihm außerdem zeigte, daß selbst Braunschweig den gemeinsamen Vorschlag als nicht aussichtsreich ansah. Daher habe er, Wilkens, seine Stimme für Niedersachsen gegeben, sei aber im übrigen *sicher, daß die traditionelle Freundschaft Oldenburg-Bremen, auf die wir alle großen Wert legen, auch weiterhin bestehen wird, ganz unabhängig von den jeweilig geltenden staatsrechtlichen Formen*⁹¹. Ähnlich äußerte sich Wilkens in seiner Stellungnahme vor der Bremischen Bürgerschaft am 12. September. Als Gründe gegen den ansonsten für Bremen durchaus akzeptablen Vorschlag Oldenburg/Braunschweig führte er an, daß dadurch große Teile aus der Provinz Hannover ohne Befragung der Bevölkerung herausgerissen würden und zudem die von der Militärregierung vorgeschriebene Länderzahl überschritten werde. Für Oldenburg und Braunschweig sei das Aufgehen in einem Großland Niedersachsen sicherlich *außerordentlich schmerzhaft*, und es sei für Bremen schwer, einen seiner *Freunde in einem schwierigen Augenblick allein zu lassen*. Er hoffe aber, daß den Verwaltungen der ehemaligen Länder in einem *Großland Niedersachsen . . . in den mittleren Instanzen genügend Bewegungsfreiheit gelassen* werde. Kopf hatte ihm schon in der ersten Sitzung des Sonderausschusses (also Anfang August!) zugesichert, daß *man in Hannover Bremen in jeder Beziehung volle Freiheit lassen wolle, seinen Weg selbst zu wählen, wenn es den Wunsch habe, selbständig zu bleiben*⁹².

Das von den Professoren Ernst Friesenhahn und Ulrich Scheuner eingebrachte Gutachten Kopf über *Organische Neugliederung der britischen Zone, 3 Länder- und 2 Stadtstaaten* wurde von insgesamt 11 der 28 Ausschußmitglieder unterzeichnet und hatte somit erheblich mehr Resonanz als Schumacher (7) oder Lehr (2)⁹³.

Am 7. September äußerte sich Tantzen in einer schriftlichen Stellungnahme gegenüber seinem Innenminister Wegmann, es sei zu überlegen, ob man nicht den Vorschlag Schuhmacher unterstützen solle, der offensichtlich von der Militärregierung favorisiert werde und *in jeder Weise für den von Oldenburg vertretenen Standpunkt günstiger sein muß als der Vorschlag Niedersachsen*. Allerdings sollte er mit dem braunschweigischen Eventualantrag kombiniert werden⁹⁴. Realisiert worden sind diese Gedanken nicht.

In Hannover wurde mittlerweile mit Hochdruck an dem Niedersachsenmemorandum gearbeitet, das nunmehr zur letzten Sonderausschußsitzung am 17. September vorgelegt werden sollte. Die endgültige, teils deutsche, teils englisch-deutsche Druckfassung *The Land of Nethersaxony/Das Land Niedersachsen* konnte termingerecht zum 30. September der britischen Militärbehörde in Han-

91 StAO Best. 136 Nr. 20804; StAB B. 10. a. Nr. 2 (1) II.

92 StAB B. 10. a. Nr. 2 (1) II, darin auch Berichte des ‚Weser-Kuriers‘ vom 14. und 28. 9. 1946.

93 HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 74; Der Weg, wie Anm. 15, S. 64.

94 StAO Best. 136 Nr. 20447.

nover zusammen mit dem Ausschußbericht des Hamburger Bürgermeisters Schönfelder vom 18. September und einem kürzeren maschinenschriftlichen *Memorandum* der hannoverschen Regierung über die einzelnen Gutachten zugeleitet werden. Im ersten, von Kurt Brüning bearbeiteten Teil *Niedersachsen als einheitlicher Natur- und Wirtschaftsraum* finden sich viele Formulierungen aus Kopfs Gutachten vom 1. April wieder⁹⁵, so daß dieses ebenfalls von Brüning stammen dürfte.

Am 20. September fiel in Hamburg in der Plenarsitzung des Zonenbeirats die Vorentscheidung. Dabei zeigte es sich, daß die hannoverschen Bemühungen, weitere Stimmen, so z. B die Konrad Adenauers, zu gewinnen, Erfolg gehabt hatten. Allerdings war es nicht gelungen, Lehr zur Zurückziehung seines Antrags zu bewegen. Als Kompromiß hatte er aber immerhin einen Zusatzantrag zum Gutachten Kopf formuliert, der einen Ausgleich der niedersächsisch-westfälischen Territorialansprüche vorsah. Als einziger der Hauptanträge (Schuhmacher, Lehr/Lingemann, Kopf, Tantzen/Kubel) erhielt Kopfs Niedersachsenplan mit 16:6 Stimmen eine Mehrheit, und dazu noch eine deutliche. Es ist aber nicht richtig, wenn die Literatur immer wieder von einer Zweidrittelmehrheit spricht. An der Zonenbeiratssitzung vom 18. bis 20. September nahmen insgesamt 31 Mitglieder, dazu noch Sekretär Weisser teil. Abgestimmt haben mit Sicherheit 27 Anwesende. (Die Enthaltungen wurden nicht gezählt.)

Für die Gutachten Tantzen/Kubel und den Zusatzantrag Kubel wurde keine Stimme abgegeben. Dieses auf den ersten Blick überraschende Ergebnis verlangt nach einer Erklärung. Von den sechs Unterzeichnern gehörte nur Schneider dem Zonenbeirat an. Die vier kleineren Länder Bremen, Braunschweig, Lippe und Oldenburg entsandten zusammen nur einen — im Turnus wechselnden — Vertreter. Diesmal war ausgerechnet Bremen an der Reihe, das als einziges den Niedersachsenplan unterstützte, den Wilhelm Kaisen infolgedessen ebenso unterschrieb wie sein Hamburger Kollege Petersen. Wegmann und Ambs gehörten nur dem Sonderausschuß an, so daß lediglich Schneider stimmberechtigt war. Ob er bei der Abstimmung fehlte, sich der Stimme enthielt oder für einen anderen Vorschlag stimmte, entzieht sich unserer Kenntnis. Tantzen nahm zwar an der Sitzung teil, besaß aber kein Stimmrecht. Als er dennoch einen Diskussionsbeitrag abgab, meinte Adenauer: *Ich möchte doch bitten, Herr Tantzen, Sie sind doch nicht anwesend.* Und Schuhmacher beschrieb die merkwürdige Situation später so: *Es war ein Bild von erschütternder Komik, das sich da für die Besatzungsmächte ergeben hat. Es gibt einen Antrag, der im Ausschuß sechs Stimmen, im Plenum durch einen reinen Zufall null Stimmen bekommen hat.* Vor der Abstimmung war gemäß einem Wunsch der Kontrollkommission auf Vorschlag des den Ausschußbericht erstattenden Bürgermeisters Schönfelder vom Zonenbeirat eine sie-

95 HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 73 und 74; die gesamte Denkschrift in Nr. 74; ein Auszug mit den Brüning'schen Teil findet sich in der Bibliothek der Oldenburgischen Gesellschaft f. Familienkunde im StAO.

benköpfige Delegation gewählt worden, die am 3. Oktober zu einer Besprechung mit Robertson über die Neugliederung nach Berlin reiste. Der General hatte Wert darauf gelegt, daß auch je ein Vertreter der Minderheitsberichte der Abordnung angehörte⁹⁶.

Die Entscheidung lag nunmehr bei den Briten. Wie vorgesehen hatten die Delegationsmitglieder (Kopf, Kubel, Lehr, Tantzen, Schönfelder, Schumacher und Weisser) am 3. Oktober mit Robertson ein längeres Gespräch, bei dem sich Robertson über die verschiedenen Ansichten informieren ließ. Ein Protokoll ist nicht erhalten⁹⁷. Man darf annehmen, daß Tantzen und Kubel, die wohl kaum noch ernsthaft zweifelten, daß Kopfs Plan von den Briten akzeptiert würde, dem stellvertretenden Militärgouverneur die besonderen Wünsche der Länder Oldenburg und Braunschweig auf Wahrung ihrer Eigenart im Falle des Aufgehens in einem größeren Niedersachsen vorgetragen haben. Schon der Düsseldorfer Oberlandesgerichtspräsident Heinrich Lingemann, Mitglied des Zonenbeirats, hatte in seiner *Stellungnahme zum Problem des Neuaufbaues der Länder in der britischen Zone Deutschlands* vom 1. September ausgeführt, daß in einem Lande Niedersachsen den *berechtigten Ansprüchen der bisherigen Länder Oldenburg und Braunschweig, soweit erforderlich auch Schaumburg-Lippe auf Wahrung ihrer kulturellen und vielleicht auch ihrer historischen Tradition . . . dadurch Rechnung getragen werden könne, daß diese früheren Länder im neuen Land Niedersachsen als Verwaltungs- oder Selbstverwaltungsbezirke bestehen bleiben*⁹⁸.

In seiner historischen Rede vor dem Zonenbeirat gab am 23. Oktober 1946 der stellvertretende Militärgouverneur Generalleutnant Sir Brian R. Robertson eine Erklärung ab, die auf den von Außenminister Bevin am Vortag im Londoner Unterhaus verkündeten Beschlüssen beruhte. Danach hätten sich die Briten nach Prüfung der Pläne, von denen *drei von hervorragender Bedeutung* gewesen seien (Schumacher, Kopf, Tantzen/Kubel), für die von Kopf vorgeschlagene Lösung entschieden. Nach dem authentischen Übersetzungstext erklärte Robertson in Punkt 5: *Wir empfinden es als wünschenswert, soweit wie möglich das Eigenleben altüberkommener Teile des staatlichen Aufbaues, wie Braunschweig und Oldenburg, aufrechtzuerhalten . . .* Zu Punkt 6 führte er aus: *Bei der Durchführung unseres Beschlusses werden wir es für äußerst wichtig halten, daß bei der Ausarbeitung der Verfassung für das Land Niedersachsen mit äußerster Sorgfalt vorgegangen wird. General Macready, der zum Gebietsbeauftragten für dieses Land ernannt werden soll, wird sich mit allen Beteiligten beraten, um sich zu vergewissern, daß die bestmögliche Lösung durchgeführt wird. Es darf sich nicht darum*

96 StAO Best. 136 Nr. 20447, Best. 131 Nr. 700; StAB B. 10. a. Nr. 2 (1) II; HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 74; Akten z. Vorgesch., wie Anm. 42, S. 828 ff., insbes. S. 846—848; Vogel-sang, wie Anm. 38, S. 72 ff.; Der Weg, wie Anm. 15, S. 64 f.; Lent, wie Anm. 4, S. 24 f.; Korte, wie Anm. 46, S. 15 f.; Treue, Geschichte, wie Anm. 42, S. 96; Zürlík, wie Anm. 2, S. 168; NWZ 2. 10. 1946 S. 1; u. a.

97 Vgl. Akten z. Vorgesch., wie Anm. 42, S. 884 ff.

98 HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 73; StAO Best. 136 Nr. 20447.

*handeln, daß gewisse Organe von anderen absorbiert oder annektiert werden. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit und wegen der guten Verkehrslage liegt es auf der Hand, daß Hannover die Hauptstadt des neuen Landes wird. Dieses Land soll aber zu einem Zusammenschluß seiner verschiedenen Bestandteile führen, deren betreffende Eigenart weitgehendst erhalten bleiben muß*⁹⁹.

Nicht von ungefähr widmete der General dem neuen Land Niedersachsen so ausführliche Bemerkungen. Sieht man einmal von dem bereits existenten Land Nordrhein-Westfalen ab, so war Niedersachsen die einzige Neuschöpfung in der britischen Zone. Hinzu kam, daß Niedersachsen nach Bayern nunmehr das flächengrößte Land der späteren Bundesrepublik Deutschland war.

Das englische Wort *union* wird in der Übersetzung mit *Zusammenschluß* wiedergegeben, und nicht, wie in Oldenburg noch Jahre später gebraucht, mit *Union* (als sonstige Übersetzungen kommen *Einheit* bzw. *Vereinigung* vor) übersetzt. An die nach föderalistischen Inhalten klingende Vokabel hatte man besonders in Oldenburg vergebliche Hoffnungen geknüpft. So schrieb beispielsweise der Bremer ‚Weser-Kurier‘ am 6. November: *Im oldenburgischen Staatsministerium ist der anfängliche Optimismus, ausgelöst durch die Erklärung General Robertsons, daß „Niedersachsen eine Union verschiedener Gebilde werden sollte, aus denen es sich zusammensetze“, einer Ernüchterung gewichen*¹⁰⁰. Die englische Originalversion lautete: *the new Land is a union of the various entities composing it, and the respective individualities of these entities are to be preserved as far as practicable*, so ausdrücklich auf Oldenburg bezogen in einem Schreiben des britischen Gebietsbeauftragten für Niedersachsen, Generalleutnant Sir Gordon Maccready, an Tantzen vom 3. Dezember, in dem er dessen Schreiben bezüglich der Zukunft Oldenburgs in Niedersachsen vom 21. November beantwortete. Das aber dürfe, so Maccready, *nicht heißen, daß das Land Oldenburg fortfahren soll als ein Land zu bestehen*¹⁰¹.

Robertson hatte in seiner Erklärung vom 23. Oktober als Grenzen des Landes Niedersachsen diejenigen des Bezirks der Militärregierung Hannover außer Bremen bezeichnet. Spätere Änderungen schloß er nicht aus. Auch die Zukunft des Landes Lippe (das Anfang 1947 an Nordrhein-Westfalen kam), des Regierungsbezirks Minden (der bei Nordrhein-Westfalen blieb) und Cuxhavens (das nieder-sächsisch blieb) sollte zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

Bestimmte Gesetze bzw. Durchführungsverordnungen hatte die Militärregierung bereits vorbereitet und wollte sie zur Stellungnahme vorlegen. Ab 1. Januar 1947 sollte den Ländern volle Regierungsgewalt auf den in ihre Kompetenz fallenden Gebieten übertragen werden. An die Rede Robertsons schlossen sich meh-

⁹⁹ Akten z. Vorgesch., wie Anm. 42, S. 966 ff.; Ursachen u. Folgen, wie Anm. 41, S. 205 ff.;

HStAH Nds. Z. 50 Acc. 32/63 Nr. 70 II; StAB B. 10. a. Nr. 2 (1) II; StAO Best. 131 Nr. 700. 100 StAB B. 10. a. Nr. 2 (1) II.

¹⁰¹ StAO Best. 136 Nr. 20446.

rere Stellungnahmen an. Kopf begrüßte die Entscheidung als *einen wesentlichen Fortschritt hinsichtlich einer sachlichen Gliederung des deutschen Gebietes und einer Demokratisierung der deutschen Verwaltung. Dabei ist etwas nachgeholt, was 1918 versäumt wurde*. Tantzen dagegen erklärte für die kleinen Länder, *daß wir nicht ohne schmerzliche Gefühle Abschied nehmen von der Selbständigkeit der Länder bisher. Unser Wollen war aber auch . . . immer darauf gerichtet, etwas zu tun, was für die Einheit und die Zusammenfassung Deutschlands das richtige ist*. Ihre Sorge sei, daß die Eigenart der alten Kulturzentren in einer Masse verschwände. Sie hofften nach diesen Ausführungen des Generals, *daß die Vereinigung mehrerer Länder zu einer größeren Einheit, wie es jetzt hier beabsichtigt ist, den selbständigen Charakter jedes Landes, auch der kleinen Länder, bei dem Aufbau der Verwaltung wahrt*¹⁰².

Bereits am 25. Oktober trafen sich die drei Ministerpräsidenten beim Zivilgouverneur Macready in Hannover, um den Gesetzentwurf über die *Bildung des Landes Niedersachsen* zu beraten, der auch die zukünftige Regierung, den Landtag und die Rechtsnachfolge Niedersachsens in den in ihm aufgehenden vier Länder betraf. Dabei forderten Tantzen und Kubel *drei Landschaften oder Provinzen . . . , während . . . Kopf die Frage, ob 3 oder 4, noch geprüft wissen sollte. Auf jeden Fall stand in dieser Besprechung fest, daß die Beibehaltung der jetzigen Regierungsbezirke der ehemaligen Provinz Hannover und die Angliederung von Oldenburg und Braunschweig als 2 weitere Regierungsbezirke auf keinen Fall in Frage kommt*¹⁰³. Diese braunschweigische Version des Gesprächs vom 25. Oktober wurde von Oldenburg vollinhaltlich geteilt. Der Gesetzentwurf wurde am 31. Oktober vom Sonderausschuß des Zonenbeirats gebilligt und bot die Grundlage für die Verordnung Nr. 55 der britischen Militärregierung über die *Bildung des Landes Niedersachsen*, die man wohl als die „Geburtsurkunde“ bezeichnen kann. Sie erhielt zwar zum 1. November 1946 Gesetzeskraft, wurde aber erst am 8. November fertiggestellt und verteilt. In Oldenburg trafen die ersten Exemplare am 12. November ein¹⁰⁴.

Kubel hatte sich am 25. Oktober bereits auf eine Entschließung des Braunschweigischen Landtags vom 24. berufen können. Darin war die Forderung des Parlaments auf eine *echte Mittelinstanz zwischen Landesregierung und Kreis* bekräftigt worden. Übereinstimmend mit der Regierung wurde vorgeschlagen, das

102 Akten z. Vorgesch., wie Anm. 42, S. 963—972, hier 971; StAO Best. 131 Nr. 700; NWZ 25. 10. 1946 S. 1, 29. 10. S. 3.

103 StAW 4 Nds 4 Zg. 27/80 (Gedanken zur Neugliederung des Landes Niedersachsen). — Vgl. auch die Erklärung Kopfs vor dem hannoverschen Landtag am 29. 10., worin er allerdings die Bezirksgliederung nicht erwähnt: Ursachen und Folgen, wie Anm. 41, S. 210 f.; Vogelsang, wie Anm. 38, S. 75 f.

104 StAO Best. 136 Nr. 20446, 20804; NWZ 15. 11. 1946 S. 1; Ursachen und Folgen, wie Anm. 41, S. 212—214; Vogelsang, wie Anm. 38, S. 75; Korte, wie Anm. 46, S. 17; Der Weg, wie Anm. 15, S. 66; Treue, Geschichte, wie Anm. 42, S. 96; NWZ 29. 10. 1946 S. 1, 3, 2. 11. 1946 S. 1; u. a.

Land Niedersachsen in drei Mittelinstanzen (Braunschweig mit Hildesheim und Gifhorn, Hannover mit Lüneburg und Stade, Oldenburg mit Aurich und Osna-brück) aufzuteilen¹⁰⁵.

In Oldenburg dagegen war man, wie Wegmann am 29. Oktober an Prof. Frohne schrieb, *über die Entscheidung in Hamburg zunächst derart schockiert, daß man sich zu einer Aktivität nicht aufraffen konnte*. Inzwischen aber fühle man sich durch die Erklärungen aus Braunschweig ermutigt, für seine alten Rechte einzutreten. Dem Oldenburger Innenminister war vor allem daran gelegen, die bisherigen Länder Braunschweig und Oldenburg *bei den zu bildenden Verwaltungseinheiten als geschlossene Einheiten zu erhalten, keinerlei Abtrennungen oder Zerstörungen vorzunehmen, weil andernfalls keine Gewähr dafür geboten ist, daß die bisherigen Länder den Kern von neuen Verwaltungsbezirken bilden, falls man an eine Bildung denken soll*. Wegmann hatte schon einen Katalog von Forderungen gegenüber Hannover aufgestellt. Nach einem Bericht vom 30. Oktober befürchtete man in der Oldenburger Bevölkerung einen rigorosen hannoverschen Zentralismus und fragte sich ernsthaft: *Was hat Oldenburg verbrochen, um in dieser Form vor eine nackte Tatsache gestellt zu werden?*¹⁰⁶.

Anfang November trafen sich Vertreter beider Länder in Oldenburg, um über ein gemeinsames Vorgehen zu beraten. In Braunschweig wurden unter Berücksichtigung oldenburgischer Wünsche *Vorschläge zur Neugliederung und zum Verwaltungsaufbau des Landes Niedersachsen* erarbeitet und mit dem Ältestenrat des Landtags besprochen¹⁰⁷. Dabei ergaben sich aber doch Unterschiede in der Lagebeurteilung zwischen Braunschweig und Oldenburg. Während man nämlich in Oldenburg auf der *Unverletzlichkeit der Grenzen*, auf Wahrung der Tradition besonderen Wert legte, war man in Braunschweig vor allem bestrebt, bei der Neugliederung die eigene Position als Mittelinstanz zu stärken. So führte Kubel in der Ältestenrat-Sitzung am 5. November u. a. aus, *daß eine Verwaltungsreform mit der Länderreform Hand in Hand zu gehen habe, und seiner Meinung nach sei die Verwaltungsreform jetzt das Primäre, nachdem nun einmal die Ländergrenzen diktiert worden seien. Im übrigen lehne er es ab, für Braunschweigs Tradition auf die Barrikaden zu gehen. Den Mann auf der Straße interessiere nicht die Tradition, nicht, ob in dreißig Jahren Braunschweig noch bestehe. Es gebe dringendere Erfordernisse . . . Es sei genug Veranlassung vorhanden für einen Bruch mit der Tradition. Sie habe schließlich mit Hitler geendet. Ferner könne er nicht stur festhalten an dem, was einmal als erstrebenswert gegolten habe*¹⁰⁸.

105 StAW 4 Nds 4 Zg. 27/80.

106 Nachlaß August Wegmann (in Privatbesitz).

107 StAW 23 A Neu und 4 Nds 4 Zg. 27/80; Nachlaß Wegmann, wie Anm. 106, dort auch Auszug aus ‚Hannoversche Neueste Nachrichten‘ vom 30. 10. 1946; StAO Best. 136 Nr. 20446.

108 StAW 23 A Neu 26.

In Oldenburg gab Ministerpräsident Tantzen auf der letzten Sitzung des Landtags am 6. November einen Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung des Landes und ging dann auf die künftige Gliederung Niedersachsens, auf die Schaffung starker Mittelinstanzen, auf die Einteilung in drei bis vier Verwaltungsräume, auf die Erhaltung der Behörden und der Mittelpunktfunktion in Oldenburg und auf den Wunsch nach einem Fortleben des oldenburgischen Parlaments als Bezirkslandtag ein. In der von dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Möller/Wilhelmshaven eingebrachten, von allen Parteien (bei der SPD mit gewissen Bedenken) gebilligten EntschlieÙung nahm der Oldenburgische Landtag die Aufhebung der Selbständigkeit zur Kenntnis und bedauerte, *daÙ eine so einschneidende Entscheidung unter AuÙerachtlassung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung getroffen wurde. Er spricht die Erwartung aus, daÙ bei den DurchführungsmaÙnahmen nicht ein zweites Mal diktatorisch über das Schicksal des Landes und seiner Bewohner verfügt wird. Er hofft, daÙ das kleine Oldenburg nicht ohne weiteres von dem großen Niedersachsen einfach annektiert und absorbiert wird.* Mit Hinweis auf die EntschlieÙung vom 26. Juli wird gefordert, daÙ die Einheit des Landes und, soweit möglich, die *bewährte oldenburgische Verwaltung* erhalten bleibt und *unter allen Umständen eine Selbstverwaltungsorganisation für das Gebiet des Oldenburger Landes bestehen bleibt oder geschaffen wird, um die besonderen oldenburgischen Angelegenheiten im Wege der Selbstverwaltung zu betreuen. Nur so wird es möglich sein, zahlreiche alte, wertvolle Einrichtungen, die nur von Oldenburg und nur für Oldenburg geschaffen sind und einen wesentlichen Teil unserer Eigenart darstellen, zu erhalten und vor ihrer Verkümmerng zu bewahren.* Man sei überzeugt, *daÙ allein eine solche Lösung im Sinne der Grundsätze der niedersächsischen Verfassung liegt*, wie sie Robertson am 23. Oktober aufgestellt habe. Ähnlich hatten sich bereits der CDU-Landesverband Oldenburg in einer EntschlieÙung des Vorstandes am 4. November und der Kreistag des Landkreises Oldenburg am 5. November geäuÙert¹⁰⁹.

Tantzen und Wegmann hatten diesen Landtagsbeschluf bewußt herbeigeführt, um Hannover unter Druck zu setzen, weil bei den bisherigen Verhandlungen mit Kopf ihre Wünsche strikt abgelehnt worden waren und bei einer Besprechung von Vertretern sämtlicher Parteien in Oldenburg mit Kopf bekannt geworden war, *daÙ die künftige Regierung in Braunschweig und Oldenburg nur gewissermaßen kommissarisch für Hannover arbeiten werde. Nur die Kreise sollen eine gewisse kommunale Selbstverwaltung bekommen.* Diese wie andere Informationen hatte der Braunschweiger CDU-Landtagsabgeordnete und zukünftige erste Finanzminister im Kabinett Kopf, Dr. Georg Strickrodt, von seinen Parteifreunden in Oldenburg erhalten¹¹⁰.

109 StAO Best. 39 Nr. 21330, Best. 136 Nr. 20446; Eckhardt, wie Anm. 14, S. 52—69; NWZ 8. 11. 1946 S. 1, 3, 12. 11. S. 3; Der Oldenburgische Hauskalender, 121. Jg., 1947, S. 54 f.

110 StAW 23 A Neu 26 (Sitzung vom 4. 11.).

Am 7. November übersandte Tantzen den Oldenburger Landtagsbeschluß an Kopf und bekräftigte in einem längeren Begleitschreiben seine Auffassung, daß nach Robertsons Erklärung, wobei wieder das deutsche Wort *Union* gebraucht wurde, *das Land Oldenburg nicht verschwinden, sondern ein Teil Niedersachsens bilden soll, ebenso wie Hannover und Braunschweig. Diese drei Teile bilden also damit die Bausteine des Landes Niedersachsen.* Notwendig sei, *daß von vornherein zwischen Niedersachsen und Oldenburg ein Vertrauensverhältnis geschaffen und kein Gegensatz erweckt wird.* Tantzen präzierte dann die Wünsche und Vorstellungen Oldenburgs, wobei er wie schon so oft zuvor den elementaren Unterschied zwischen der bis vor kurzem preußischen Provinz Hannover und dem seit Jahrhunderten selbständigen Staat Oldenburg herausstrich. Sehr ausführlich ging er schließlich auf den geforderten Landesverband ein und verlangte außerdem zusätzliche Aufgaben für die staatliche Bezirksbehörde und die Ansiedelung weiterer Reichs- und Staatsbehörden in Oldenburg unter Beibehaltung der bisherigen. In der Anlage erläuterte er die mögliche Stellung eines *Oldenburgischen Landesverbandes* für den Fall, daß die Anzahl der Verwaltungsbezirke verringert und der Bezirk Oldenburg um andere Teile Niedersachsens vergrößert würde¹¹¹.

*Damit war das Hauptanliegen oldenburgischer Politik innerhalb Niedersachsens für die nächste Zukunft klar umrissen, nämlich 1. ungeteilte Erhaltung des ehemaligen Landes Oldenburg als Kernstück und Mittelpunkt eines höheren Verwaltungsbezirks mit umfassenden Zuständigkeiten, 2. Ausbau bzw. Schaffung eines Landesverbandes als kommunalen Verbandes der kreisfreien Städte und Landkreise zur Erledigung der speziellen oldenburgischen Aufgaben auf dem Gebiete der Kultur und Heimatpflege und zur Verwaltung des früheren oldenburgischen Landesvermögen sowie der besonderen oldenburgischen Verwaltungseinrichtungen*¹¹².

Nachdem bereits durch die Ausführungsverordnung der Militärregierung der Hannover-Region vom 14. November die Landtage aufgelöst — der braunschweigische tagte am 21. November das letzte Mal —, die Zahl der Regierungsbezirke auf weiterhin sechs für das frühere Land Hannover und je einen für die beiden ehemaligen Länder Braunschweig und Oldenburg festgesetzt und die beiden Kreise des Landes Schaumburg-Lippe dem Regierungsbezirk Hannover eingegliedert worden waren, ernannten die Briten am 23. November Hinrich Wilhelm Kopf zum Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen und genehmigten die Ernennung der von ihm vorgeschlagenen Persönlichkeiten zu Ministern. Die Verhandlungen über die Bildung eines Allparteienkabinetts (mit Ausnahme des Zentrums) zogen sich jedoch noch einige Tage hin. Am 27. November stimmte die CDU endgültig zu, sich an der Regierung zu beteiligen. Gleichzeitig forderte sie u. a. das Innenministerium für August Wegmann. Nach Aussage Kopfs wünschte der Oldenburger allerdings, *daß Oldenburg ein unabhängiges Land in-*

111 StAO Best. 136 Nr. 20446.

112 Zürlík, wie Anm. 2, S. 170.

nerhalb des Landes Niedersachsen bliebe, und das war natürlich unannehmbar und widersprach auch der Verordnung Nr. 55. Aus diesen und anderen Gründen war eine Einigung zwischen Kopf und Wegmann nicht möglich, so daß letzterer zwar damals noch nicht Minister, dafür aber der erste oldenburgische Verwaltungspräsident wurde¹¹³.

In einem Ausführungserlaß hatte Kopf noch am 23. November u. a. bestimmt, daß mit der Bildung der Niedersächsischen Staatsregierung die ehemaligen Länder Oldenburg und Braunschweig gemäß dem Schreiben der Militärregierung vom 14. die Stellung von Regierungsbezirken erhalten und die beiden ehemaligen Staatsministerien nunmehr die Bezeichnung „Der Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg“ bzw. „Braunschweig“ führen sollten¹¹⁴.

Das Thema einer Neugliederung der Bezirke — im Prinzip unterschieden sich Oldenburg und Braunschweig hauptsächlich nur durch den anderen Namen von den althannoverschen Regierungsbezirken — war damit noch lange nicht vom Tisch, sollte vielmehr auf Jahrzehnte hinaus die Diskussionen in Niedersachsen beherrschen. Am 28. November 1946 schlug Kopf dem Gebietsbeauftragten General Macready die Einsetzung einer Kommission zur *Überprüfung der Frage der Reorganisation der Grenzen der Regierungsbezirke innerhalb des Landes Niedersachsen* vor. Der Brite aber erinnerte den Ministerpräsidenten daran, *daß wir darauf bestehen müssen, die Traditionen der alten Länder zu wahren, was auch für Grenzveränderungen vorgeschlagen würden, müssen wir dies in Rechnung ziehen*. Er verwies ausdrücklich auf die Äußerungen Robertsons vom 23. Oktober. Als dann Kopf aber meinte, solange Braunschweig und Oldenburg *ihre kulturellen Traditionen beibehielten, würde es in Ordnung sein, sie verwaltungsmäßig aufzuteilen*, meinte Macready, dies sei *nicht im Geiste der Verordnung 55*.

Ihre Einstellung zu diesem Problem bekräftigten die Briten schließlich in der Verordnung Nr. 70. Diese Ergänzungsverordnung zu Nr. 55 beschäftigte sich vor allem mit der Rechts- und Vermögensnachfolge der früheren Länder. Von besonderer Bedeutung war Artikel IV, der in der geänderten endgültigen Fassung vom März 1947 lautete: *Die von der gesetzgebenden Körperschaft des Landes Niedersachsen oder mit ihrer Ermächtigung auf Grund des vorigen Artikels oder des Artikels VI der Verordnung Nr. 55 der Militärregierung erlassene Gesetzgebung soll die Belange der früheren Länder auf dem Gebiet der Überlieferung, Kultur, Architektur und Geschichte gebührend berücksichtigen und soll im Einklang mit diesen Belangen für die Sicherstellung des gesamten Vermögens der einzelnen*

113 StAW 4 Nds 4 Zg. 27/80; StAO Best. 39 Nr. 21330; NWZ 26. 11. 1946 S. 1; Ursachen und Folgen, wie Anm. 41, S. 214 f.; Niedersachsen. Eine Ausstellung der Niedersächsischen Archivverwaltung aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Landesverfassung (= Veröff. d. Niedersächs. Archivverwaltung Beiheft 3), Göttingen 1961, S. 134 (Schluß-Sitzung des braunschweigischen Landtags). — Nachlaß Wegmann, wie Anm. 106; sehr knapp und z. T. ungenau Vogelsang, wie Anm. 38, S. 77.

114 StAW 4 Nds 4 Zg. 27/80; Nachlaß Wegmann, wie Anm. 106; Vogelsang, wie Anm. 38, S. 77; Treue, Geschichte, wie Anm. 42, S. 97.



Abb. 1

Das erste Kabinett Kopf.
(Braunschweiger Zeitung 29. 11. 1946, Titelseite;
Aufnahme des Nds. Staatsarchivs in Wolfenbüttel)

Die Unterschrift der Zeitung lautet:

Männer, auf die Niedersachsen sieht. Unsere Aufnahme zeigt die Mitglieder der Regierung des Landes Niedersachsen. Neben Ministerpräsident Kopf (Mitte) Verkehrsminister Tantzen (links) und Ernährungsminister Block. In der zweiten Reihe von links: Sozialminister Abel, Kultusminister Grimme, Justizminister Dr. Ellinghaus, Wirtschaftsminister Kubel (Braunschweig), Finanzminister Dr. Strickrodt (Braunschweig) und Arbeitsminister Dr. Seebohm (Braunschweig).

Ein ähnliches Foto brachte die Nordwest-Zeitung (Oldenburg) am 6. 12. 1946 (Beilage).

Länder Vorsorge treffen. Diese Verordnung wurde erst Anfang Februar, die Änderung sogar erst Ende März ausgegeben. Sie trat aber wie die Verordnung Nr. 55 rückwirkend zum 1. November 1946 in Kraft¹¹⁵.

Diese Bestimmungen leben in dem auf Betreiben Oldenburgs und Braunschweigs in die Vorläufige Niedersächsische Verfassung vom 13. April 1951 aufgenommenen Artikel 56 fort: *1. Die kulturellen und historischen Belange der ehemaligen Länder Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe sind durch Gesetzgebung und Verwaltung zu wahren und zu fördern. 2. Die überkommenen heimatgebundenen Einrichtungen dieser Länder sind weiterhin dem heimatlichen Interesse dienstbar zu machen und zu erhalten, soweit ihre Änderung oder Aufhebung nicht in Verfolg organisatorischer Maßnahmen, die sich*

115 StAO Best. 136 Nr. 20804; StAW 4 Nds 4 Zg. 27/80; NWZ 28. 2. 1947 S. 3; Ursachen und Folgen, wie Anm. 41, S. 231 f.

auf das gesamte Land Niedersachsen erstrecken, notwendig sind. Zusammen mit Artikel 55 stellen diese „Traditionsklauseln“ eine einmalige Erscheinung unter den Länderverfassungen der Bundesrepublik Deutschland dar. Der Verfassung haben übrigens alle im ehemaligen Lande Oldenburg gewählten Abgeordneten mit Ausnahme eines Kommunisten ihre Zustimmung gegeben¹¹⁶.

Am 6. Dezember 1946 gab Theodor Tantzen seinen letzten Erlaß als oldenburgischer Ministerpräsident betr. die Bildung des Landes Niedersachsen und die zukünftige Stellung der Niedersächsischen Staatsregierung und des Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburgs heraus. Drei Tage später trat der Ernannte Niedersächsische Landtag, dem Abgeordnete aus allen Landesteilen angehörten, zusammen. In seiner Regierungserklärung betonte Ministerpräsident Kopf, das neugeschaffene Land sei *kein künstliches Gebilde, sondern durch die Stammesart seiner Bewohner, durch seine gleichartige Struktur, Tradition und wirtschaftliche Geschlossenheit ein organisch gewachsenes zusammenhängendes Ganzes . . . Das Zusammenwachsen aller Teile unseres Landes wird reibungslos und schnell vonstatten gehen. Den Besonderheiten der einzelnen Teile des Landes werden wir Rechnung tragen*¹¹⁷.

Während Lippe im Januar 1947 durch die Verordnung Nr. 77 ein Teil des Landes Nordrhein-Westfalen (und Detmold Mittelpunkt eines Regierungsbezirks) wurde, hatte Bremen seine Selbständigkeit wahren können. Gemäß einem Abkommen zwischen den Amerikanern und Briten wurde Bremen, bestehend aus der Stadt und dem Landgebiet Bremen und dem Kreis Wesermünde, mit Wirkung vom 1. Januar 1947 als Land wiederhergestellt und der amerikanischen Zone angeschlossen. Im Spätherbst 1946 hatte es ernsthafte Überlegungen gegeben, ob der Umfang des Landes nicht vergrößert werden solle. U. a. war an die oldenburgischen Gebiete Delmenhorst und Landkreis Wesermarsch gedacht. Im Kreis Wesermarsch, der ja schon während der Enklave-Zeit mit Bremen verbunden gewesen war, hatte es Ende 1946 starke Strömungen, insbesondere bei den Sozialdemokraten, für einen Anschluß an Bremen gegeben, während sich die anderen Parteien, allen voran Tantzen als Redner auf mehreren Landvolkversammlun-

116 Vorläufige Niedersächsische Verfassung vom 13. April 1951 (Ns. GVBl. S. 103). Zusammengestellt vom Büro des Niedersächsischen Landtages, B. I—II; Niedersachsen, wie Anm. 113, S. 134 f.; Der Weg, wie Anm. 15, S. 70; Werner Weber, Die Traditionsklauseln der Niedersächsischen Verfassung. In: Neues Archiv für Niedersachsen 12, 1963, S. 178—189; Korte, wie Anm. 46, S. 16 (mit Fehler bezüglich des Abstimmungsverhaltens, richtig:) Zurlik, wie Anm. 2, S. 174; Treue, Verfassung, wie Anm. 42; s. auch Birgit Pollmann, Niedersachsen in Geschichte und Gegenwart. Hrg. von der Niedersächs. Landeszentrale f. Polit. Bildung, Hannover 1979, S. 64 f.

117 Niedersächsischer Landtag — Erste Ernennungsperiode, Stenograph. Bericht über die Erste (konstituierende) Sitzung . . . am 9. Dezember 1946 . . ., S. 1—16; Amtsblatt für Niedersachsen Nr. 14 vom 16. 12. 1946; NWZ 10. 12. 1946 S. 2, 13. 12. S. 3; StAO Best. 136 Nr. 20804; Vogel-sang, wie Anm. 38, S. 74; Der Weg, wie Anm. 15, S. 69; vgl. auch Georg Schnath in: Zehn Jahre Niedersachsen. Staatsakt zum Jubiläum des Landes 1956, S. 18 f.

gen, für einen Verbleib bei Oldenburg und damit bei Niedersachsen aussprachen¹¹⁸.

Theodor Tantzen, einer der entschiedensten Gegner des Landes Niedersachsen, hat die gegen seinen Willen zustandegekommene Lösung akzeptiert und in der niedersächsischen Landesregierung loyal mitgearbeitet. Ihm war jedoch kein langes Wirken mehr vergönnt. Bereits am 11. Januar 1947 starb er in Oldenburg¹¹⁹. Der neue Verwaltungspräsident August Wegmann gehörte nach seiner Pensionierung (1953) der Niedersächsischen Landesregierung von 1955—1957 als Innenminister, dann bis 1959 als Finanzminister an. Unter den führenden braunschweigischen Politikern der Gründungszeit brachte es Alfred Kubel später sogar zum niedersächsischen Ministerpräsidenten (1970—76).

Mit dem eingangs erwähnten achten Neugliederungsgesetz von 1977 sind mit Wirkung vom 1. Februar 1978 die sechs Regierungs- und zwei Verwaltungsbezirke aufgelöst worden. An ihre Stelle traten vier neue Regierungsbezirke mit den Bezirksregierungen in Braunschweig, Hannover und Lüneburg sowie — für den Regierungsbezirk Weser-Ems — Oldenburg¹²⁰. Damit wurden mehr als dreißig Jahre nach der Landesgründung doch noch die Wünsche der damaligen Länderregierungen in Oldenburg und Braunschweig erfüllt, wenn auch mit einigen Abstrichen (so kam z. B. nicht der ganze Regierungsbezirk Hildesheim an Braunschweig). Aber auch diesmal ging es keineswegs ohne Ärger der Betroffenen ab. In Osnabrück beispielsweise ist man noch heute über den — so lange bekämpften — Regierungsbezirk Weser-Ems alles andere als glücklich^{120a}.

118 StAB B. 10. a. Nr. 2 (1) II; StAO Best. 136 Nr. 15783, 20447 (Sitzung des Kreistags Wesermarsch 20. 10. [richtig = 11.] 1946); NWZ 6. 12. 1946 S. 3; Zuversicht, wie Anm. 47, S. 150 ff.; H. Müller, wie Anm. 10, S. 30 f.; Hartmut Müller (Hrsg.), *Begegnungen mit Wilhelm Kaisen*, Bremen 1980, S. 89 ff.; Scheper, wie Anm. 18, S. 391 ff. — Zu Lippe s. Sagebiel, wie Anm. 90; Erich Kittel, *Geschichte des Landes Lippe . . .*, Köln 1957, S. 282 ff.; Hüttenberger, wie Anm. 66, S. 310—318.

119 Zu Tantzen s. neben der in Anm. 36 genannten Arbeit von Börger: NWZ 14.—21. 1. 1947; Heinrich Schmidt in: *Mitteilungsblatt der Oldenburgischen Landschaft* 15, 1977, S. 3 f. — Zu Wegmann s. oben Anm. 77; NWZ 13. 12. 1946 S. 3.

120 Georg Christoph von Unruh, *Gebiets- und Verwaltungsreform in Niedersachsen 1965—1978*. Hrsg. von der Niedersächs. Landeszentrale für Polit. Bildung, Hannover 1978; Zürlük, wie Anm. 2, S. 170 ff.; Nachlaß August Wegmann (in Privatbesitz).

120a Literaturnachtrag: Zu Anm. 7: Eckhardt, *Birkenfelds Weg, jetzt auch Vorträge der Oldenburgischen Landschaft* 11, Oldenburg 1983; zu Anm. 28: Joachim Schrape, *Städtebauliche Planungen in Oldenburg zwischen 1933 und 1945*. In: *Oldbg. Jahrbuch* 83, 1983, S. 209—218; zu Anm. 86 (Siemer): *Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen*. Hrsg. vom Deutschen Bundestag . . ., Bd. 2, Boppard 1983, S. 291 ff.; zu Westfalen und Nordrhein-Westfalen: Wilhelm Kohl (Hrsg.), *Westfälische Geschichte*, Bd. 2, Düsseldorf 1983.

Zeittafel 1945/46¹²¹

1945

1. Mai Einsetzung Kopfs als Regierungspräsident in Hannover
17. Mai Ernennung Tantzens zum oldenburgischen Ministerpräsidenten
24. Mai Kreis Wesermarsch an amerikanische Enklave Bremen
- Juni/Juli Von Hannover ausgehendes Manifest für Land Niedersachsen
1. Aug. Übertragung der Aufsicht über die Reichsbehörden an die oldenburg. Landesregierung durch die Briten (in Hannover schon im Juni, in Braunschweig am 17. Aug.)
- 3./21. Sept. Erste zwei Konferenzen der Chefs der Länder und Provinzen der britischen Zone (noch ohne Beteiligung Oldenburgs, Braunschweigs und Lippes)
6. Sept. Besprechung in Oldenburg zwischen Hannover, Braunschweig und Oldenburg über Verwaltungs- und Territorialgliederung (Braunschweig schlägt Küstenprovinz, Braunschweig und Hannover vor)
17. Sept. Bildung der Han(n)over Region
22. Sept. Zusammenkunft der Länderchefs von Oldenburg und Braunschweig mit dem neuen Oberpräsidenten von Hannover, Kopf, am Sitz der dortigen Militärregierung
28. Sept. „Staatsvertrag“ zwischen den „Ländern“ Hannover, Oldenburg und Braunschweig über die „Wahrnehmung der Reichsaufgaben in diesen Ländern“, Bildung eines Gemeinschaftsministeriums, von der Militärregierung nicht genehmigt (s. u. 18./20. 10.)
- 9./10. Okt. Anträge Tantzens an die „Länderregierung“ auf Errichtung von Behörden mit Zuständigkeit auch für Aurich und Osnabrück
- 9./11. Okt. Protest von Bürgermeister-Versammlungen der Kreise Cloppenburg und Vechta gegen den Staatsvertrag, Votum für Anschluß an Westfalen
- 18./20. Okt. Befehl der brit. Militärregierung zur Berufung eines Hannover-Bezirksrats (Gemeinschaftsrat, später Gebietsrat, s. u.)
20. Okt. Sitzung des „Gemeinschaftsrats“ in Hannover
29. Okt. Dritte Konferenz der Länder- und Provinzchefs der brit. Zone in Hamburg, erstmals mit Beteiligung Oldenburgs, Braunschweigs und Lippes
31. Okt. Manifest von Repräsentanten des öffentlichen Lebens für ein selbständiges Land Hannover
15. Nov. Konstituierung des „Gebietsrats Hannover-Oldenburg-Braunschweig“, seit Ende Jan. 1946 „Gebietsrat Niedersachsen“ (erloschen Jan. 1947)

121 Zusammengestellt auf Anregung und unter maßgeblicher Beteiligung von Friedrich Wilhelm Rogge/Hannover.

4. Dez. Brit. Auftrag zur Bildung eines Beratenden Ausschusses beim Oldenburgischen Staatsministerium
10. Dez. Auflösung der Enklave Bremen, Wiedereingliederung des Kreises Wesermarsch in das Land Oldenburg; Bremen bald darauf Mitglied des Gebietsrats
19. Dez. Besprechung Oldenburg(Tantzen)-Bremen(Kaisens) über den Verwaltungsbereich der Reichsmittel- und Reichssonderbehörden
28. Dez. Entschließung des Beratenden Ausschusses beim old. Staatsministerium gegen die hannoverschen Zentralisierungsbestrebungen
19. Dez. Weitere Besprechung Oldenburg-Bremen
- 1946
2. Jan. Unterstellung der Reichsbehörden (Landesämter) in Bremen unter Hannover durch die Briten (ohne Wirkung)
4. Jan. „Niederdeutschland“-Plan des ehem. Bremer Oberfinanzpräsidenten Carl
- 8./10. Jan. Zeitungsartikel und Schreiben Tantzens für Teilung der Region Hannover, gegen Zentralisierungsbestrebungen Hannovers
10. Jan. Beschwerdebrief Kaisens an Kopf über (angebliche) Einverleibungspläne Hannovers (Kopfs Antwort am 18.)
- 21./30. Jan. Ernennung von 45 Mitgliedern des oldenburgischen Landtags und Zutreten dieses ersten Parlaments in der brit. Zone
25. Jan. (Sechste) Konferenz der Länder- und Provinzchefs der brit. Zone in Oldenburg
31. Jan. Entschließung der Landräte des Regierungsbezirks Osnabrück gegen eine Eingliederung nach Oldenburg (am 11. Febr. Bekenntnis der Stadt Emden für Hannover/Niedersachsen)
6. Febr. Stuttgarter Konferenz der Länder- und Provinzchefs der amerikanischen und britischen Zone, Erklärung Kopf/Lehr
15. Febr. Gründung des „Zonenbeirats“ der britisch besetzten Zone
21. Febr. Konstituierung des braunschweigischen Landtags
6. März Erste Zonenbeiratssitzung in Hamburg
8. März Ernennung einer kollegialen oldenburgischen Landesregierung unter Ministerpräsident Tantzen
15. März Gutachten des Zonenbeiratssekretärs Weisser
1. April Kopf-Denkschrift „Zur Abgrenzung und Verwaltungsstruktur eines künftigen Landes Niedersachsen (vgl. 24. Mai/1. Juni)
3. April Tagung des Länderrats mit Mitgliedern des Zonenbeirats in Stuttgart, Erklärung Lehr/Schumacher

10. April Verabschiedung einer (nicht mehr in Kraft getretenen) Verfassung durch den oldenburgischen Landtag
- 1./11. Mai Amtsblatt für Niedersachsen
7. Mai Ablösung des Staatsministeriums Schlebusch durch das Kabinett Kubel in Braunschweig
- 15./20. Mai Schaumburg-Lippe kommt an den Regierungsbezirk Hannover
17. Mai Oldenburgische Denkschrift „Nord-West-Deutschland im Rahmen einer Neugliederung der Britischen Zone“
24. Mai Besprechung von Vertretern emsländischer und südoldenburgischer Kreise in Meppen
24. Mai/1. Juni Zweite Fassung der Kopfschen Denkschrift über Niedersachsen
27. Mai Konferenz der Länder- und Provinzchefs in Lübeck; Bremer Denkschrift zur „Neugliederung Deutschlands“
5. Juni Debatte im oldenburgischen Landtag über Denkschrift des Staatsministeriums, Entschließungsantrag der SPD gegen Partikularismus
6. Juni Dienstbesprechung der Kreise im Regierungsbezirk Osnabrück, Erklärung für Niedersachsen und gegen Oldenburg
- 4./27. Juni Erneute Option der Kreise Cloppenburg und Vechta für Westfalen
13. Juni Artikel des hessischen Ministerpräsidenten Geiler im Bremer ‚Weser-Kurier‘ „Zur Reichswerdung“
26. Juni Gegenartikel Tantzens ebd. „Die deutschen Bundesländer“
1. Juli Denkschrift des Braunschweiger Oberbürgermeisters Böhme über „Reichsreform und Reichsgliederung“
4. Juli Schreiben der Kontrollkommission, brit. Teil „betr. Neuaufbau der Länder in der britischen Zone Deutschlands“
- 10./11. Juli Zonenbeiratssitzung, Einsetzung eines Sonderausschusses „für Neuaufbau der Länder in der britischen Zone“
17. Juli Bekanntmachung betr. Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen (britische Entscheidung darüber bereits am 28. Juni)
25. Juli Außerordentliche Sitzung des braunschweigischen Landtags, Denkschrift „Das Land Braunschweig im Rahmen einer Verwaltungsreform und Neugliederung der britischen Zone“
26. Juli Debatte im oldenburgischen Landtag im Zusammenhang mit der Wahl eines Vertreters in den Sonderausschuß und gemeinsame Entschließung des Landtags hierzu
- 6./7. Aug. Konstituierende Sitzung des Sonderausschusses unter Schumachers Vorsitz
- 8./22. Aug. Fühlungnahme Tantzens mit Karl Jaspers und anderen Professoren wegen Gutachten für Oldenburg

13. Aug. Sitzung des Bremer Senats, Bericht über drei Denkschriften des Bürgermeisters Spitta betr. Neuaufbau des Reiches, Bremen und Niedersachsen usw. (29. Juli—8. Aug.)
14. Aug. Ansprache Kubels im NWDR
15. Aug. Schumacher-Memorandum
16. Aug. Kubels „Gutachtliche Äußerung über staatsrechtliche Probleme der Neugliederung der Länder . . .“
17. Aug. Tantzens „Stellungnahme zur Frage der Länderreform“
- 19./20. Aug. 2. Sitzung des Sonderausschusses
19. Aug. Schaumburg-Lippische „Bemerkungen zur Frage des Neuaufbaus der Länder innerhalb der britischen Zone Deutschlands“
20. Aug. Hellwege-Artikel in der Hamburger Zeitung „Die Welt“
23. Aug. Verordnung der brit. Militärregierung über Auflösung der bisherigen preußischen Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein, Nordrhein und Westfalen und Verleihung des Länderstatus an Hannover, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen; Eröffnung des Ernannten Landtags in Hannover und Ernennung Kopfs zum Ministerpräsidenten
30. Aug. Beratungen der Vertreter aus Oldenburg, Braunschweig, Lippe, Bremen und Hamburg in Oldenburg
6. Sept. 3. Sonderausschußsitzung mit Vorlage der verschiedenen Gutachten, darunter Tantzens „Stellungnahme . . . zur Frage des Neuaufbaus der Länder innerhalb der britischen Zone“ und Kopfs Gutachten „Organische Neugliederung der britischen Zone . . .“
7. Sept. Schreiben des Bremer Vertreters Wilkens an Tantzen über die Haltung der Hansestadt; Stellungnahme Tantzens gegenüber seinem Innenminister Wegmann
12. Sept. Sitzung der Bremischen Bürgerschaft
17. Sept. Sitzung des Sonderausschusses, Vorlage der hannoverschen Denkschrift „The Land of Nethersaxony/Das Land Niedersachsen“ (der britischen Militärbehörde am 30. 9. zugeleitet)
- 18.—20. Sept. Plenarsitzung des Zonenbeirats in Hamburg, am 20. Votum für Kopf's Niedersachsen-Plan
30. Sept. Schriftlicher Bericht des Zonenbeirats an General Robertson über die Neugliederungsgutachten
3. Okt. Besprechung einer Delegation des Zonenbeirats mit Robertson in Berlin
23. Okt. Erklärung des stellv. brit. Militärgouverneurs Robertson vor dem Zonenbeirat über Annahme der von Kopf vorgeschlagenen Niedersachsen-Lösung
24. Okt. Entschließung des braunschweigischen Landtags

25. Okt. Beratungen zwischen Zivilgouverneur Macready und den drei Ministerpräsidenten über den Gesetzentwurf betr. Bildung des Landes Niedersachsen
29. Okt. Britisch-amerikanische Vereinbarung über die Zukunft Bremens (zum 1. Januar 1947 in Kraft getreten)
31. Okt. Billigung des Gesetzentwurfs über die Gründung des Landes Niedersachsen durch den Sonderausschuß des Zonenbeirats
1. Nov. Rückwirkendes Inkrafttreten der Verordnung Nr. 55 der brit. Militärregierung über Bildung des Landes Niedersachsen (ausgegeben am 8. Nov.) und der Ergänzungsverordnung Nr. 70 (ausgegeben Febr., endgültige Fassung März 1947)
- 4.—8. Nov. Besprechungen Oldenburg-Braunschweig
- 4./5. Nov. Entschließungen des CDU-Landesverbandes Oldenburg und des Oldenburger Kreistags betr. die Zukunft Oldenburgs
5. Nov. Ältestenratssitzung in Braunschweig
6. Nov. Letzte Sitzung des oldenburgischen Landtags mit Erklärung über die Zukunft Oldenburgs
7. Nov. Schreiben Tantzens an Kopf betr. Stellung Oldenburgs in einem Land Niedersachsen, Wunsch nach einem Landesverband usw.
14. Nov. Verordnung der Militärregierung betr. Auflösung der Landtage usw.
21. Nov. Letzte Sitzung des braunschweigischen Landtags
23. Nov. Verordnung Nr. 57 der brit. Militärregierung über Befugnisse der Länder in der britischen Zone (in Kraft 1. Dez.); Ernennung Kopfs zum ersten Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen; Erlaß Kopfs über Stellung der Regierungsbezirke usw.
27. Nov. Endgültige Zustimmung der CDU zur Beteiligung an einem Allparteienkabinett
28. Nov. Vorschlag Kopfs an Macready wegen Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der Frage der Reorganisation der Regierungsbezirksgrenzen in Niedersachsen
6. Dez. Letzter Erlaß des oldenburgischen Ministerpräsidenten Tantzen betr. Bildung des Landes Niedersachsen und zukünftige Stellung der Niedersächs. Staatsregierung und des Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg
9. Dez. Konstituierende Sitzung des Ernannten Niedersächsischen Landtags in Hannover, Kopfs Regierungserklärung
- (1. Jan. 1947 Wiederherstellung des Landes Bremens, 11. Jan. Tantzens Tod)

3.

Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Niedersachsen

Wählertradition, Partieliten und parlamentarische Aktivität niedersächsischer Regionalparteien nach 1945¹

Von

Karl-Heinz Naßmacher

Mit 1 Abbildung

Gerade im Jahre 1982 hatten die Bürger der Bundesrepublik Deutschland Gelegenheit, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß das auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung vertraute Drei-Parteien-System als wandlungsfähige, sich verändernde Institution gesehen werden muß. Nicht nur der Blick nach vorn — auch der Blick zurück bestätigt diese Einschätzung: Bereits beim Wiederbeginn des politischen Lebens nach 1945 war der Niedersächsische Landtag, das erste frei gewählte Parlament dieses neuen Landes, ein Vielparteienparlament. Die wirtschaftliche Not, die Probleme des Wiederaufbaus, die Chance des demokratischen Neubeginns waren wohl allen deutschen Ländern gemeinsam. Die große Zahl von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen bildete eine drängende politische Aufgabe für alle Erstaufnahmeländer entlang der Grenze zur Sowjetischen Besatzungszone. Die Notwendigkeit aus vier ehemaligen und vorübergehend wiederhergestellten Ländern ein neues Land (Niedersachsen) zu schaffen und das Vielparteiensystem der Jahre 1947 bis 1959 aber sind jene historischen Besonderheiten in der politischen Nachkriegsgeschichte des Landes, die zum Verweilen in besonderer Weise einladen.

1. Vielparteiensystem als niedersächsische Besonderheit

In das niedersächsische Landesparlament wurden 1947 Vertreter von sechs, 1951 gar von zehn, 1955 immerhin noch von acht und erst 1959 von „nur“ fünf Parteien gewählt. Das neue Land Niedersachsen war damit in besonderer Weise

¹ Überarbeitetes Manuskript eines Vortrages auf der Tagung der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen über „Die Anfänge des Landes Niedersachsen“ am 21. Mai 1982 in Oldenburg.

ein Erbe des durch Kaiserreich und Weimarer Republik tradierten Vielparteiensystems. Dies kontrastiert auffallend zu ziemlich apodiktischen Feststellungen aus den 70er Jahren: *Das bundesdeutsche Parteiensystem weist eindeutig eine bipolare Struktur auf*².

*Aus dem Zusammenbruch von 1945 ging, anders als 1918, ein weitgehend verändertes Parteiensystem hervor, dessen Kennzeichen in zunehmendem Maße die Konzentration auf wenige Parteien wurde*³. Wolfgang Günther hat vor einiger Zeit die erstaunliche Kontinuität der Parteienstruktur und des Wahlverhaltens während der Weimarer Republik herausgearbeitet⁴. Diese Auffassung wird hier auch für die Nachkriegszeit vertreten.

Niedersachsen hat sich dem von Bracher konstatierten bundesweiten Trend offenbar erst mit ungebührlicher Verspätung, nach fast anderthalb Jahrzehnten, angeschlossen — die *parteilpolitischen und politisch-soziologischen Auswirkungen der Reichsteilung*⁵ reichten in diesem Lande wohl nicht aus, den Gang der demokratischen Entwicklung in der Nachkriegszeit vorzuzeichnen. Die in der Literatur regelmäßig als konzentrationsfördernd genannten Kräfte für die Umgestaltung des deutschen Parteiensystems kamen in Niedersachsen erst später zum Tragen⁶:

— Die überkonfessionelle christliche Sammlungspartei CDU blieb im konfessionell gemischten Lande Niedersachsen mit Stimmenanteilen zwischen 17,6 und 39,1 % der gültigen Stimmen zwischen 1947 und 1963 überraschend schwach. Diese Entwicklung spiegelt sich indirekt in der parteigeschichtlichen Arbeit von Wieck, der die Gründung und Nachkriegsentwicklung der CDU in den Ländern der britischen Zone untersucht und dabei vor allem Schleswig-Holstein/Hamburg und Nordrhein-Westfalen gewissermaßen als Gegensatzpaar bearbeitet, aber Niedersachsen nur als *Übergangsgebiet*⁷ nahezu beiläufig behandelt.

— Die (britische) Besatzungsmacht erteilte in Niedersachsen (wie andere Besatzungsmächte in ihren Zonen) eine Lizenz für die politische Betätigung von vier „Standardparteien“ (SPD, KPD, FDP und CDU). In Niedersachsen daneben aber auch für zwei weitere Parteien, die Deutsche Zentrumspartei (DZP — wie in

2 Reinhard Schwickert, Michael Wolffsohn: Das Weimarer und das Bonner Parteiensystem. Vergleiche und Modellkonstruktionen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 9. Jg. (1978) 4, S. 543.

3 Karl Dietrich Bracher: Das deutsche Dilemma. Leidenswege der politischen Emanzipation, München 1971, S. 269.

4 Wolfgang Günther: Parteien und Wahlen in Niedersachsen während der Weimarer Republik, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Jg. 54 (1982), S. 19–43.

5 Schwickert, Wolffsohn, a. a. O. (vgl. Anm. 2), S. 542.

6 Werner Kaltefleiter: Wirtschaft und Politik in Deutschland, Köln und Opladen 1966, S. 111 ff., 146 ff.

7 Hans Georg Wieck: Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953, S. 196.

Nordrhein-Westfalen) und (als landesspezifische Besonderheit) eine Niedersächsische Landespartei (NLP; später DP). Beide galten als Nachfolgeorganisationen von politisch unbelasteten Parteien aus der Weimarer Zeit, des (katholischen) Zentrums und der (welfischen) Deutsch-Hannoverschen Partei.

— Die einer Zersplitterung des Parteiensystems entgegenwirkende Fünf-Prozent-Klausel wurde bei den niedersächsischen Landtagswahlen von 1951 und 1955 (aus koalitionstaktischen Gründen) nicht angewandt. Sie hätte allerdings die landespolitische Bedeutung von Deutscher Partei (DP), Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) und Sozialistischer Reichspartei (SRP) ohnehin nicht berührt. Allenfalls die parlamentarische Vertretung von DZP und KPD wäre ihr zum Opfer gefallen.

Als Beitrag zur Parteienzersplitterung muß neben der Rolle einer Vertriebenenpartei (BHE) im Flüchtlingsaufnahmeland Niedersachsen auch die Tatsache gewertet werden, daß — nach Aufhebung der Parteilizensierung als Folge des Besatzungsstatuts — Niedersachsen der erste und einzige Flächenstaat mit einer Kandidatur der neonazistischen SRP blieb⁸. Die Partei erzielte bei der Landtagswahl 1951 in Niedersachsen 11 % der abgegebenen gültigen Stimmen und 16 Mandate. Dieser Erfolg programmierte allerdings das Ende der SRP: Aufgeschreckt durch die Reaktionen im In- und Ausland beantragte die Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht, die Verfassungswidrigkeit von SRP und KPD festzustellen; der SRP-Prozeß wurde bis 1952 abgeschlossen.

2. Untersuchungsgegenstand und Fragestellungen

Auch wenn BHE und SRP in Niedersachsen eine besondere Rolle spielten, liegt die Besonderheit des Parteiensystems in diesem Lande woanders: Drei kleinere Parteien, die bundesweit zwischen 2 und 12 % der Stimmen erzielen konnten, weisen in Niedersachsen regionale Schwerpunkte, ja sogar örtliche Wählermehrheiten auf. Diese drei Parteien, mit Hochburgen in spezifischen Traditionsräumen, stehen hier im Mittelpunkt der Darstellung, die über verschiedene Untersuchungsschritte im Forschungsvorhaben „Wiederbegründung und Niedergang niedersächsischer Regionalparteien“⁹ an der Universität Oldenburg berichtet und ein Zwischenergebnis der bisherigen Arbeiten formulieren soll.

Ausgangspunkt der Überlegungen sind die regionalen Hochburgen kleinerer Parteien im Nordwesten und Nordosten des Landes, nicht das Geschehen auf der Landesebene oder in der Landeshauptstadt. Die führende Regierungspartei Niedersachsens bis in die siebziger Jahre, die SPD, wird weitgehend vernachlässigt, auch wenn sie mehr als ein Vierteljahrhundert (1947—1955, 1959—1976) den Mi-

8 Zu dieser Partei s. Otto Büsch, Peter Furth: Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, Berlin und Frankfurt 1957, S. 9 ff., 197 ff.

9 Die Arbeiten werden seit dem 1. 7. 1981 durch die Stiftung Volkswagenwerk gefördert.

nisterpräsidenten stellte. Diese Einschränkung erscheint vertretbar, da mit der Arbeit von Konrad Franke eine gründliche Untersuchung zur Entwicklung der niedersächsischen SPD vorliegt¹⁰. Wenig beachtet bleibt auch einer der wichtigsten Partner in den Koalitionsregierungen der Nachkriegszeit, die Vertriebenenpartei BHE¹¹.

Der politische Aufstieg der CDU wird nur als Spiegelbild des Niedergangs von drei kleineren Parteien sichtbar. Es handelt sich um die Deutsche Zentrumspartei, die Deutsche Partei und die Freie Demokratische Partei, die hier Regionalparteien genannt werden. Diese Bezeichnung mag überraschen — sie hat auch bei den Betroffenen Widerspruch ausgelöst. Dennoch benennt sie wichtige Gemeinsamkeiten weltanschaulich durchaus unterschiedlicher Parteien:

— Ausgangspunkt ist ein Hinweis von Lepsius, der trotz häufiger Betonung regionaler Besonderheiten in Arbeiten der historischen Wahlforschung bisher nicht forschungspraktisch umgesetzt wurde: Das deutsche Parteiensystem wies bereits im Kaiserreich und in der Weimarer Republik deutliche regionale Differenzen auf¹². Die drei Regionalparteien können als Ausläufer dieser Traditionslinie in die Nachkriegszeit gedeutet werden.

— Daneben bleibt der verblüffende Sachverhalt, daß Parteien, die im Bundesdurchschnitt 2 bis 12, im Landesdurchschnitt zwischen 3 und 18 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigten, in einzelnen Landesteilen (ganzen Kreisen oder mehreren benachbarten Gemeinden) absolute Mehrheiten der Wählerschaft für sich gewinnen konnten.

— Schließlich ist auch die Tatsache von Bedeutung, daß bei Betrachtung der Nachkriegswahlen in bisher 755 Gemeinden (das entspricht 15 alten Landkreisen und vier kreisfreien Städten) die Einzugsbereiche der drei Parteien deutlich voneinander abgegrenzt sind: sofern nicht ohnehin die SPD dominiert oder zusammen mit dem BHE die Mehrheit der Wähler vertritt, begegnen wir neben der viele Jahre überraschend schwachen CDU nur jeweils einer dieser Parteien. Im Emsland und im oldenburgischen Münsterland ist dies die Zentrumspartei, im nördlichen Teil des früheren Herzogtums Oldenburg und im ostfriesischen Kreis Wittmund die FDP sowie im Herzen des ehemaligen Regierungsbezirks Stade (Kreise Bremervörde und Rotenburg/Wümme) die Deutsche Partei (s. Karte¹³).

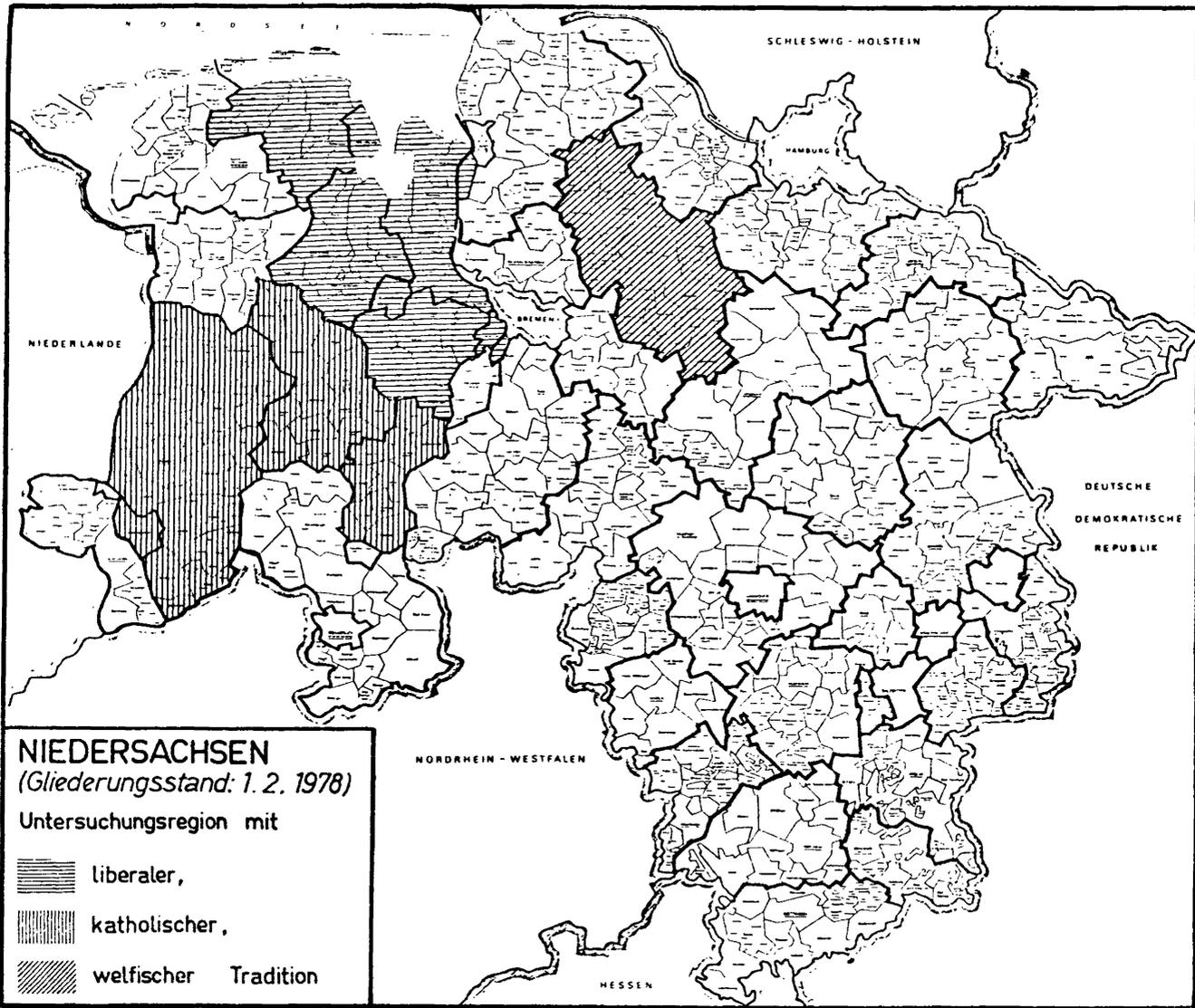
10 Konrad Franke: Die niedersächsische SPD-Führung im Wandel der Partei nach 1945, Hildesheim 1980.

11 Zu dieser Partei s. Franz Neumann: Der BHE von 1950 bis 1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei, Meisenheim 1968.

12 M. Rainer Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wilhelm Abel u. a. (Hrsg.): Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 387 (abgedruckt in: Gerhard A. Ritter [Hrsg.]: Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 72); weitere Hinweise ebenda, S. 377 f. (62 f.), 381 f. (66 f.), 385 (70 f.).

13 Die Anfertigung der Karte verdanke ich Willehard Gründung.

Abb. 1



Die Ursachen dieser räumlichen Verteilung von Parteipräferenzen zu deuten, einige Auswirkungen auf das politische Leben der Nachkriegszeit zu skizzieren und Impulse für die längst eingetretene Veränderung dieser Situation zu identifizieren ist die Zielsetzung dieses Beitrages. Im einzelnen werden dabei erste Antworten auf drei Fragestellungen versucht:

— Warum konnten nach dem Wiederbeginn des politischen Lebens in verschiedenen Landesteilen kleinere Parteien über Jahre eine führende Stellung behaupten?

— Welche spezifischen Merkmale kennzeichnen die politischen Repräsentanten der drei Regionalparteien auf Bundes-, Landes- und Kreisebene?

— Welche politischen Themen bringen die Repräsentanten peripherer Regionen (während der jeweils ersten Legislaturperiode) in den Landtag und in den Bundestag ein?

3. Lokale Traditionen der Parteienstruktur in Niedersachsen

Als Zweig der politischen Soziologie untersucht die empirische (also auch die historische) Wahlforschung *die politische Einstellung der Wählergruppen und versucht, durch Erfassung der Faktoren, welche die Wähler beeinflussen, die Wahlergebnisse zu erklären. Sie will also zum Verstehen politischen Verhaltens beitragen und womöglich kausale Zusammenhänge liefern*¹⁴. Zeitliche Dimensionen und verfügbarer Datenbestand legen für die Nachkriegszeit bei wahlstatistischen Analysen eine gewisse Anlehnung an die wahlgeographische Forschung („politische Ökologie“) nahe, deren Technik darin besteht, aus Entsprechungen zwischen den auf eine Partei entfallenden Stimmenanteilen einerseits und der Verteilung einer größeren Anzahl sozialstatistischer Merkmale andererseits in den gleichen räumlichen Einheiten Schlüsse auf die das Verhalten der Wähler bestimmenden Faktoren zu ziehen¹⁵.

Beabsichtig ist also eine Analyse, die auch den Kontext von politischem Verhalten und sozialen Strukturen in möglichst kleinen politisch-sozialen Einheiten (etwa Gemeinden) und deren historische Dimension einbezieht. Während bundesweit angelegte Arbeiten die inzwischen bekannten Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur (Klassenlage, Mentalitätsfaktoren) und Wahlverhalten herausarbeiten und differenziert weiterentwickeln, haben Regionalstudien die erklärungsbedürftige Tatsache zutage gebracht, daß sich *lokal über lange Zeiträume hinweg*

14 Rudolf Heberle, Stein, Rokkan: Zum Problem der Wahlsoziologie, in: René König (Hrsg.): Handbuch der Empirischen Sozialforschung, II. Bd., Stuttgart 1969, S. 870.

15 Rudolf Heberle: Wahlsoziologie, in: Wilhelm Bernsdorf (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, Bd. 3, Frankfurt 1972, S. 908.

*und teilweise ungeachtet der sozialen Veränderungen, starke Traditionen... beobachten ließen*¹⁶.

Jedes Parteiensystem ist nicht nur Ausprägung unterschiedlicher Führungsgruppen, Weltanschauungen, Organisationsstrukturen, Verfassungsordnungen und Wahlverfahren¹⁷, sondern vor allem Reflex gesellschaftlicher Konfliktlagen. Strittig ist allerdings, ob es sich dabei vor allem um Klassengegensätze, die Ausprägung anderer ökonomischer und nicht-ökonomischer Interessen oder gar um Interessengegensätze der Vergangenheit¹⁸ handelt. Lepsius deutet das deutsche Parteiensystem als Ausdruck struktureller Konflikte, die bereits vor Gründung des Kaiserreichs bestanden, aber schon nach 1890 an Bedeutung verloren und seit dem Ersten Weltkrieg völlig obsolet geworden sind. Die Parteien blieben dennoch für die Mobilisierung ihrer Wähler von komplexen örtlichen und regionalen Sozialgebilden abhängig¹⁹. Als Bezeichnung für solche sozialen Einheiten, die durch eine Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen, wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen, gebildet wurden, verwendet Lepsius den Begriff „sozialmoralisches“ bzw. „politisch-soziales Milieu“.

Diese im Zuge der politischen Mobilisierung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entstandenen politisch-sozialen Milieus haben sich allerdings nicht (wie Lepsius annimmt) am Ende der Weimarer Republik aufgelöst²⁰. Während das sozialistische und das katholische Milieu Weltwirtschaftskrise, Zusammenbruch der Weimarer Republik und Folgen des Zweiten Weltkrieges weitgehend unbeeinträchtigt überstanden, haben das liberale und das welfische Milieu (eine spezifisch niedersächsische und antipreußische Erscheinungsform protestantisch-agrarischer Orientierungen) in den Jahren 1928 bis 1933 vorübergehend eine andere politische Repräsentation (in der NSDAP) gefunden²¹.

Alle vier Milieus knüpften aber (dort wo sie in Niedersachsen regional verankert waren) nach 1945 weitgehend an die traditionellen Organisationsmuster an; auch nach der wirtschaftlichen Katastrophe der Weltwirtschaftskrise, dem politischen

16 Erwin K. Scheuch: Wählerverhalten, in: Bernsdorf, Wörterbuch... , a. a. O. (vgl. Anm. 15), S. 906 unter Bezug auf Gunnar von Schuckmann: Die politische Willensbildung in der Großstadt Köln seit der Reichsgründung im Jahre 1971. Eine Längsschnittstudie politischer Gemeindeforschung, rer. pol. Diss. Köln 1965.

17 So etwa Heino Kaack: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971, S. 10 in weitgehender Anlehnung an Walter Tormin: Geschichte der deutschen Parteien, 3. Aufl., Stuttgart 1968, S. 16.

18 Vgl. Scheuch, a. a. O. (vgl. Anm. 16), S. 907 f.

19 Lepsius, a. a. O. (vgl. Anm. 12), S. 380 ff. (65 ff.).

20 Lepsius, ebenda, S. 381 f. (66 f.).

21 Zum Nachweis dieser These für das liberale Milieu vgl. Karl-Heinz Naßmacher: Zerfall einer liberalen Subkultur, in: Herbert Kühr (Hrsg.): Vom Milieu zur Volkspartei, Königstein/Ts. 1979, S. 72 ff. bzw. ders.: Kontinuität und Wandel eines regionalen Parteiensystems, in: Wolfgang Günther (Hrsg.): Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg, Oldenburg 1981, S. 224 ff.

Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems und den sozialen Umwälzungen durch Krieg und Vertreibung fanden milieuspezifische Sonderparteien ihre Wähler in den gleichen Bezirken, Kreisen, ja sogar Gemeinden wie die entsprechenden Vorläuferparteien. Dieser Effekt tritt in einigen Kreisen der niedersächsischen Bezirke Aurich, Oldenburg, Osnabrück, Stade besonders deutlich hervor: Bremervörde und Rotenburg, Ammerland, Friesland, Oldenburg-Land, Wesermarsch und Wittmund, Aschendorf-Hümmling, Cloppenburg, Lingen, Meppen, Vechta.

Untersucht man die Wahlen zum Landtag und Bundestag in den insgesamt 497 Gemeinden dieser Kreise und den drei kreisfreien Städten (Delmenhorst, Oldenburg und Wilhelmshaven), dann zeigt sich, daß keine der drei „Regionalparteien“ in der Nachkriegszeit eine Hochburg außerhalb ihrer „eigenen“ Region aufweist. Umgekehrt blieben die jeweiligen „Regionalparteien“ auch nur in einzelnen Gemeinden „ihrer“ Region (mit weniger als der Hälfte ihres durchschnittlichen Stimmenanteils) ungewöhnlich schwach. Aber selbst in diesen Fällen ist die jeweils „einheimische“ Partei noch deutlich stärker als die beiden anderen zusammengenommen²². Traditionelle Unterschiede der Sozialstruktur (insbesondere die Verteilung der Konfessionen) prägen offenbar auch in der Nachkriegszeit das Wahlverhalten.

Die gemeindeweise Betrachtung des Katholikenanteils bestätigt die Trennschärfe dieses sozialstatistischen Merkmals: im katholischen Traditionsbereich wird die 50%-Grenze nur einmal (Altenoythe 1950), die 70%-Grenze nur in 11 Gemeinden (von insgesamt 208) unterschritten. Im liberalen Bereich sind nur in 4 Gemeinden 1961 mehr als 15 % der Bevölkerung katholisch²³. Der welfische Bereich weist nur 1950 eine Gemeinde mit einer vergleichbaren Konzentration der katholischen Bevölkerung auf²⁴.

Für die Abgrenzung zwischen dem welfischen und dem liberalen Traditionsbereich steht ein vergleichbarer trennscharfer Indikator (zumindest bisher) nicht zur Verfügung; weder die Bevölkerungsdichte noch der Selbständigenanteil unterscheiden sich im Durchschnitt der drei Regionen nennenswert. Allenfalls der Agraranteil ist im welfischen und im katholischen Bereich etwas ausgeprägter als im liberalen. Hier muß die weitere Betrachtung^{24a} entweder auf massenstatistische Techniken (wie die Clusteranalyse) oder auf andere Indikatoren der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur (wie Betriebsgröße, Produktionsschwerpunkt, Ertragskraft) ausgedehnt werden, bevor die naheliegende These einer vorrangig politischen Prägung (Auseinandersetzung um das „Land Hannover“) des

22 Ausnahmen sind nur die Gemeinden Altharlingersiel und Altenesch.

23 Dazu gehört Wildeshausen mit über 30 % Katholikenanteil.

24 Hier handelt es sich um Seedorf (Kreis Bremervörde) mit 34 % Katholikenanteil.

24a Nach Abschluß des Manuskripts durchgeführte Diskriminanzanalysen weisen auf einen Gegensatz zwischen der Rinderzucht (im liberalen Bereich) und dem Kartoffelanbau (im welfischen Bereich) hin.

welfisch-liberalen Gegensatzes als gesichert gelten kann²⁵. Immerhin waren im Bezirk Stade und im nördlichen Oldenburg noch 1871 die Nationalliberalen gleichermaßen vorherrschende Partei.

Die Wählerresonanz der einzelnen Regionalparteien ist milieuspezifisch unterschiedlich: Die welfische DP konnte in fast allen untersuchten Gemeinden (170 von 173) durchschnittlich mehr als 20 % der Wahlberechtigten für sich mobilisieren. Die Zentrumspartei mußte sich bereits 1947 die Wähler des katholischen Milieus mit der CDU teilen. Dennoch bleibt ihr durchschnittlicher Stimmenanteil nur in jeder sechsten der untersuchten Gemeinden (36 von 208) unter 10 % der Wahlberechtigten; in über 40 % der untersuchten Gemeinden (85 von 208) kann die DZP sich auf mehr als 25 % der Wahlberechtigten stützen. Die Resonanz der FDP ist durch die im liberalen Milieu traditionell niedrigere Wahlbeteiligung und die Überlagerung mit sozialdemokratischen Hochburgen belastet²⁶. Dennoch wählen die neugegründete liberale Partei in fast drei Vierteln der untersuchten Gemeinden (87 von 119) mehr als 15 % der Wahlberechtigten, in der Hälfte der Gemeinden (59 von 119) über 20 % der Wahlberechtigten. Zu den übrigen Gemeinden dieses Bereichs gehören vor allem solche, die sich bei genauer Betrachtung als Hochburgen der beiden „Einwandererparteien“ SPD und BHE erweisen.

Die relativ starke Resonanz der FDP (10,1 bis 24,3 % der Wahlberechtigten) in insgesamt 7 Gemeinden der welfischen Kreise Bremervörde und Rotenburg bzw. der DP in einer katholischen und 5 liberalen Gemeinden (7,3 bis 10,1 % der Wahlberechtigten) bedürfen zwar der Erklärung, verändern aber nicht das Gesamtbild, weil sie insgesamt nur jede vierzigste der untersuchten Gemeinden betreffen. Diese Feststellungen beziehen sich zunächst auf Wahlergebnisse aus den Jahren 1947 bis 1955. Vor allem die ersten Nachkriegswahlen (1947—1951) bezeichnet Falter anschaulich als die letzten Wahlen der Weimarer Republik, weil sie stärker die regional verankerte, traditionelle Fragmentierung des deutschen Parteiensystems als die (neue) bundeseinheitliche Polarisierung widerspiegeln²⁷.

25 Erst nach Ausschöpfung der skizzierten sozialstatistischen Möglichkeiten kann die Operationalisierung des Milieukonzepts auf der Sozialstrukturebene als gescheitert gelten, so daß mit der „freisinnigen“ bzw. „welfischen“ Tradition die Einstellungsebene für eine Operationalisierung herangezogen werden muß. Die von Karl Rohe (Wahlanalyse im historischen Kontext. Zu Kontinuität und Wandel von Wahlverhalten, in: Historische Zeitschrift, Bd. 234 [1982], S. 351, 354) vorgeschlagene analytische Trennung von Sozialstrukturebene, Einstellungsebene und Vermittlungsebene hat auch M. Rainer Lepsius (Wahlverhalten, Parteien und politische Spannungen. Vermutungen zu Tendenzen und Hypothesen zur Untersuchung der Bundestagswahl 1972, in: Politische Vierteljahresschrift, 14 Jg. [1973] 2, S. 307, 309) mit seiner Unterscheidung zwischen lokalen Ausprägungen der Sozialstruktur, sozialmoralischen Leitideen und der verhaltensrelevanten Konkretisierung plausibler Deutungsmuster angeregt.

26 Für Einzelheiten der Abgrenzungsprobleme zwischen liberalem und sozialistischem Milieu, s. Naßmacher, a. a. O. (vgl. Anm. 21), S. 80 ff., 229 ff.

27 Vgl. Jürgen W. Falter: Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in: Politische Vierteljahresschrift, 22 Jg. (1981) 3, S. 236, 241, 260.

Die regionale Differenzierung der oldenburgischen Parteienstruktur bestätigt eine Faktorenanalyse mit den Ergebnissen der Bundestags- und Landtagswahlen von 1947 bis 1970: Während im Bundesgebiet (und in allen Studien der deutschen Wahlforschung) sich das Parteiensystem um den Gegensatz der beiden großen Parteien SPD—CDU/CSU aufbaut²⁸, verläuft im Oldenburger Land die Konfliktlinie vorrangig zwischen CDU und FDP. Bereits der erste Faktor, auf dem beide Parteien relativ hoch laden (vgl. Tab. 1), „erklärt“ für Bundestags- bzw. Landtagswahlen über die Hälfte (57,1 bzw. 53,5 %) der Varianz im regionalen Parteiensystem²⁹.

Tab. 1
Faktorladungen für die Parteianteile in den 86 Gemeinden
der Region Oldenburg (1947—1970)

Wahljahr	Landtag	CDU	FDP	SPD	Landtag	Bundestag
		Faktor 1 Bundestag	Faktor 1 Landtag	Faktor 2 Bundestag		
1947/49	— 0,63	— 0,80	0,81	0,89	0,62	0,70
1951/53	— 0,76*	— 0,80	0,86	0,95	0,89	0,81
1955/57	— 0,73	— 0,79	0,92	0,94	0,90	0,87
1959/61	— 0,77	— 0,77	0,89	0,96	0,91	0,90
1963/65	— 0,79	— 0,74	0,92	0,95	0,90	0,89
1979/69	— 0,76	— 0,71	0,94	0,93	0,89	0,89
1970	— 0,72	—	0,78	—	0,85	—

* Dieser Wert bezieht sich auf die Niederdeutsche Union (= CDU + DP).

Quelle: Eigene Berechnungen im RZ der Universität Oldenburg (Datei OL03U70).

Die Faktorladungen von CDU und FDP deuten nicht etwa auf eine Parallelentwicklung beider Parteien hin, sondern haben entgegengesetzte Vorzeichen: Die CDU ist also dort stark, wo die FDP schwach ist und umgekehrt. Der traditionelle Gegensatz zwischen Nord- und Südoldenburg manifestiert sich zwischen 1947 und 1970 in Gestalt von CDU und FDP. Diesen Parteien lassen sich mit relativ hohen Ladungen auf dem ersten Faktor einerseits die Zentrumsparterie (Minimum 0,62), andererseits SRP, DRP (seit 1953) und NPD (Maximum 0,82) zuordnen. Erst der zweite Faktor nimmt dann die (gleichgerichteten) hohen Ladungen der SPD (bei den Bundestagswahlen) und der DKP (bzw. ihrer Vorläuferpar-

28 Anschaulich formuliert etwa bei Franz Urban Pappi: Sozialstruktur und Wahlentscheidung bei Bundestagswahlen aus kommunalpolitischer Perspektive, in: Paul Kevenhörster u. a.: Kommunales Wahlverhalten, Bonn 1976, S. 41 und Werner Kaltefleiter: Vorspiel zum Wechsel. Eine Analyse der Bundestagswahl 1976, Berlin 1977, S. 204.

29 Für Ostfriesland weist dieser Faktor bei Bundestagswahlen hohe Ladungen von SPD und CDU, bei Landtagswahlen nur solche der SPD auf. Hinzu kommt mit nur etwa einem Drittel (36,5 bzw. 31,5 %) der Varianz eine deutlich niedrigere „Erklärungskraft“.

teien³⁰⁾ auf. Die durch beide Faktoren repräsentierte dreipolige Struktur erklärt drei Viertel (77 bis 75 %) der Varianz im Parteiensystem der Region Oldenburg.

Die Einbeziehung des katholischen Emslandes (Kreise Aschendorf-Hümmling, Lingen und Meppen), des liberalen Kreises Wittmund sowie der welfischen Kreise Bremervörde und Rotenburg in die Faktorenanalyse bei gleichzeitiger Beschränkung auf die Jahre 1947 bis 1961 (s. Tab. 2) erweitert und modifiziert das statistische Gesamtbild: Der Gegensatz zwischen den „christlichen“ (katholischen) Parteien CDU und DZP einerseits und der „konservativen“ (protestantischen) Partei DP andererseits prägt die Parteienstruktur in den nunmehr untersuchten 500 Gemeinden. Die beiden Faktoren mit der höchsten Erklärungskraft (44,1 bzw. 19,6 Prozent der Varianz) korrelieren eng mit den „protestantischen“ Regionalparteien DP und FDP. Die örtliche Stärke (Resonanz) der überregionalen Parteien SPD und BHE ist für die Parteienstruktur im untersuchten Teil des nordwestlichen Niedersachsens nicht so bedeutsam; beide weisen erst bei den Faktoren 3

Tab. 2
Faktorladungen für die Parteiateile in den 500 Gemeinden
des gesamten Untersuchungsgebietes (1947—1961)

		1947/49	1951/53	1955/57	1959/61
CDU	Landtag	— 0,68	(— 0,16)*	— 0,72	— 0,74
Faktor 1	Bundestag	— 0,67	— 0,77	— 0,77	— 0,64
DZP	Landtag	— 0,52	— 0,56	— 0,43	—
Faktor 1	Bundestag	— 0,56	—	— 0,19	—
DP	Landtag	+ 0,82	(— 0,16)*	+ 0,94	+ 0,94
Faktor 1	Bundestag	+ 0,85	+ 0,94	+ 0,96	(+ 0,18)**
FDP	Bundestag	+ 0,80	+ 0,87	+ 0,94	+ 0,92
Faktor 2	Bundestag	+ 0,89	+ 0,90	+ 0,81	+ 0,75
SPD	Landtag	+ 0,51	+ 0,79	+ 0,94	+ 0,92
Faktor 3	Bundestag	+ 0,58	+ 0,84	+ 0,78	+ 0,72
BHE	Landtag	—	+ 0,57	+ 0,88	+ 0,78
Faktor 4	Bundestag	—	+ 0,84	+ 0,84	(+ 0,17)**

* Anteile der Niederdeutschen Union (= DP + CDU).

** Anteile der Gesamtdeutschen Partei (= DP + BHE).

Quelle: Eigene Berechnungen im RZ der Universität Oldenburg (Datei NORDWEST).

30 Während die Förderalistische Union/Zentrum 1957 am unteren Rand der Ladungen verbleibt, kann sich die DP/FVP 1957 mit 0,66 in das Feld einordnen. — Bei den Landtagswahlen weist die jeweilige Partei der kommunistischen Orthodoxie bzw. Sympathie hohe Ladungen erst auf dem Faktor 3 auf.

bzw. 4 hohe Ladungen auf. Allein die Stimmenanteile der drei Regionalparteien DP, DZP und FDP sowie der Sammlungspartei CDU erklären zusammen bereits fast zwei Drittel der Varianz des Parteiensystems im Untersuchungsgebiet (s. Karte auf S. 75)³¹.

Eine wichtige Illustration für die traditionsbestimmte Struktur des niedersächsischen Parteiensystems bildet die Wählerresonanz der überkonfessionellen Sammlungspartei CDU. In den ersten Nachkriegswahlen (1947/49) gewann diese Partei nicht einmal in jeder sechsten Gemeinde des liberalen Traditionsgebietes (19 von 119) und sogar nur in jeder sechzehnten Gemeinde mit welfischer Tradition (10 von 173) die Unterstützung von mehr als 10 % der Wahlberechtigten. Selbst im katholischen Teil des Untersuchungsgebietes blieb der CDU-Stimmenanteil in mehr als einem Viertel aller Gemeinden (56 von 208) unter 25 % der Wahlberechtigten. Auch das Ergebnis der Landtagswahl 1951 belegt die Tatsache, daß die Nachkriegszeit für milieuübergreifende Sammlungsparteien noch nicht reif war: Bedingt durch die „Schleswig-Holstein-Klausel“ des niedersächsischen Wahlgesetzes³² sahen sich die im katholischen bzw. welfischen Teil des Untersuchungsgebietes fest verankerten Parteien CDU und DP veranlaßt, unter der gemeinsamen Bezeichnung Niederdeutsche Union (NU) eine „Dachpartei“ zu gründen, die in allen Wahlkreisen des Landes eigene Kandidaten aufstellte. Für die NU kandidierten in Hochburgen der CDU Mitglieder dieser Partei, in Hochburgen der DP entsprechend Vertreter dieser Gruppe³³. Nach dem Wählerpotential ihrer Gründerparteien (ausgedrückt durch die Ergebnisse der Landtagswahlen 1947 und 1955) konnte die Niederdeutsche Union in knapp 90 % ihrer welfischen und katholischen „Stammlande“ (337 von 381 Gemeinden) mit der Unterstützung durch mehr als 35 % der Wahlberechtigten rechnen.

Tatsächlich gelang es den Kandidaten des Wahlbündnisses aber in 80 % der katholischen (174 von 208) Gemeinden und 90 % der welfischen (157 von 174) Gemeinden nicht, dieses gemeinsame Wählerpotential zu mobilisieren. Verluste der NU kamen entweder dem Zentrum oder der SRP zugute. Im liberalen Traditionsbereich war das gemeinsame Wählerpotential der beiden NU-Bestandteile ohnehin gering (nur 4 Gemeinden im Kreise Oldenburg-Land mit mehr als 25 % der Wahlberechtigten). Mit Ausnahme der Gemeinde Wüstring traten auch hier erhebliche Verluste zugunsten der SRP auf.

31 Die Faktorenanalysen müssen noch weiter bearbeitet werden, weil unterschiedliche Fallzahlen für die einzelnen Regionen und unterschiedliche Gemeindegrößen bislang rechnerisch nicht kompensiert werden konnten, möglicherweise also ein verzerrtes Bild entstanden ist. Beabsichtigt ist eine Berechnung, in die alle drei Traditionsbereiche mit dem gleichen Gewicht eingehen und bei der die einzelnen Gemeinden mit ihrer durchschnittlichen Größe gewichtet werden.

32 Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes: „Eine Partei, die bei der Verrechnung auf Landeswahlvorschlag Berücksichtigung finden will, muß in jedem Wahlkreis einen Bewerber aufstellen. Der Bewerber muß Mitglied dieser Partei sein“ (§ 13, Abs. 4 — Nds. GVBl. 1951, S. 4).

33 Lediglich im Wahlkreis 71 (Wesermarsch) kandidierte der amtierende Landtagsabgeordnete (und Landrat) Gerold Wächter (FDP) für die NU.

Nur in jeder 25. Untersuchungsgemeinde (4 welfischen, 7 katholischen und 8 liberalen) gelang der offenbar „verfrüht“ auftretenden milieuübergreifenden Sammlungspartei NU, was die CDU 2 Jahre später bei der zweiten Bundestagswahl im Durchschnitt des gesamten Bundesgebietes allein erreichte: das traditionelle Wählerpotential um mehr als 10 % der Wahlberechtigten zu übertreffen³⁴. In Niedersachsen brachte diese Wahl der CDU zugleich eine Verdoppelung ihrer bisherigen Stimmzahl und ihres früheren Stimmenanteils. Die Wahlbeteiligung stieg von 1949 auf 1953 um etwa 10 %; dieser Sprung blieb auch in späteren Bundestagswahlen erhalten.

Die Bundestagswahl 1953, bei der in Niedersachsen die Zentrumspartei nicht kandidierte, markiert den Beginn des Sammlungsprozesses von Wählern aus drei verschiedenen politisch-sozialen Milieus in der niedersächsischen CDU, die (asymmetrische) Konzentration des Parteiensystems im ganzen Bundesgebiet, die Weichenstellung für das seither charakteristische neue, westdeutsche Parteiensystem und einen ersten Schritt auf das Ende der niedersächsischen Sonderstellung in diesem Parteiensystem.

Bedingt durch die starke lokale Verankerung regionalspezifischer Sonderparteien im Norden und Westen des Landes kam in Niedersachsen (wie in Hessen) die wichtigste Neuerung im deutschen Parteiensystem der Nachkriegszeit, die Gründung einer überkonfessionellen bürgerlichen Sammlungspartei (CDU), nur mit beachtlicher Verzögerung zum Tragen. Während in Nord-Württemberg die überlebenden Kerne konfessioneller Parteien fusionierten, in Nordrhein-Westfalen eine Verbindung zwischen alten Zentrumseliten und führenden Kräften der Bekennenden Kirche zustande kam, vollzog sich die Parteigründung in Schleswig-Holstein im wesentlichen als bürgerliche Sammlungspartei aller politischen Kräfte *rechts von der SPD*³⁵.

Die Ausgangssituation der CDU in Niedersachsen ist wesentlich dadurch beeinflusst, daß in diesem konfessionell gemischten Land die Katholiken vor allem in geographischen Randlagen (insbesondere den westlichen Landesteilen) konzentriert leben und hier unter der Bezeichnung Deutsche Zentrumspartei bis in die 50er Jahre eine Partei von untadeligem Ansehen im traditionell katholischen Milieu mit der CDU konkurrierte. Je stärker die CDU jedoch im katholischen

34 Eine markante Abweichung vom landesweiten Trend ergab sich im Wahlkreis 71 (Wesermarsch). Hier konnte der NU-Kandidat Wächter (vgl. Anm. 33) sein „persönliches“ Wählerpotential von der FDP auf die NU übertragen. Bei den nächsten Wahlen (1953 und 1955) gelang es der FDP, ihre traditionelle Stellung in diesem Bereich wiederherzustellen. In den nicht zum Wahlkreis 71 gehörenden Gemeinden des Kreises Wesermarsch Jade und Schweiburg (Wahlkreis 72 Varel), Moorriem und Oldenbrok (Wahlkreis 75 Ammerland) sowie Altesesch (Wahlkreis 78 Oldenburg-Land) blieben die FDP-Anteile der Jahre 1947/49 auch im Jahre 1951 erhalten. Nur in der Gemeinde Berne (ebenfalls Wahlkreis 78) verlor die FDP 1951 ohne erkennbare Einwirkung der Kandidatur Wächters ihre Stellung als stärkste „bürgerliche“ Partei.

35 Hans Georg Wieck: Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46, Düsseldorf 1958, S. 146 f.; ders., a. a. O. (vgl. Anm. 7), S. 89, 157.

Traditionsgebiet Fuß fassen konnte (nicht zuletzt durch die Hilfe der Amtskirche), desto fragwürdiger wurde ihr überkonfessioneller Anspruch³⁶ für andere Landesteile. Vor allem in den Bezirken Stade und Lüneburg trat der CDU mit der (protestantisch-konservativen) welfischen Bewegung eine landesspezifische, ebenfalls regional begrenzte politische Strömung als Konkurrenz entgegen.

Der Versuch beider Parteien, die von ihnen repräsentierten katholischen und welfischen Wählergruppen aus Anlaß der Landtagswahl 1951 in einer Sammlungspartei (NU) zusammenzufassen, muß als Fehlschlag gewertet werden. Nimmt man die regionale Konzentration liberaler politischer Orientierungen im Norden Oldenburgs und in Teilen Ostfrieslands hinzu, dann überrascht es nicht mehr, daß die neugegründete christliche Sammlungspartei in Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern außerordentlich schwach blieb.

Dies änderte sich erst, als mit dem Niedergang der regionalspezifischen Parteien der Sammlungsprozeß bürgerlicher Kräfte in der CDU nachgeholt wurde. In den welfischen und liberalen Traditionsgebieten im Nordosten bzw. Nordwesten Niedersachsens kann diese Entwicklung auf den Anfang bzw. das Ende der 60er Jahre datiert werden. Seither verhinderte lediglich das „politische Intermezzo“ vorübergehender Resonanz einer rechtsextremen Partei (NPD) in den traditionell liberalen und welfischen Regionen, daß die CDU als gemeinsame Repräsentantin von drei politisch-sozialen Milieus³⁷ ihre sozialstrukturelle Grundlage in jene Wählermehrheit umsetzen konnte, die ihr in den Landtagswahlen 1974, 1978 und 1982 endgültig zufiel^{37a}.

Die Vertretung der „bürgerlichen“ Sozialmilieus durch verschiedene Parteien ermöglichte bis 1970 der vor allem im südlichen Niedersachsen, in den größeren Städten und in Ostfriesland bedeutsamen SPD als stärkste Partei des Landes fast 30 Jahre dessen politische Entwicklung entscheidend zu bestimmen. Im Rückblick auf die Verteilung der sozialstrukturellen Wählerpotentiale in Niedersachsen muß diese Folge des niedersächsischen Vielparteiensystems, nicht die heutige

36 Seiner Stabilisierung dient von Anfang an das Streben nach konfessioneller Parität in den Führungsgremien. Dazu etwa Wieck, a. a. O. (vgl. Anm. 35), S. 54 f., 59; Helmut Rannacher: Das konfessionelle Gleichgewicht als Strukturproblem der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, phil. Diss. Tübingen 1970, S. 128 ff.; Dorothee Buchhaas: Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950—1973, Düsseldorf 1981, S. 187, 210 f.

37 Diese Betrachtung verknüpft die Konzeption von Lepsius (verschiedene Milieus — vgl. Anm. 12) mit der Kontrastgruppenanalyse von Infas (verschiedene Wählerbereiche bzw. Endgruppen). Zur Konzeption von Infas s. Klaus Liepelt: Wählerbewegungen in der Bundesrepublik — Voraussetzungen der Stabilität, in: Klaus Liepelt, Alexander Mitscherlich: Thesen zur Wählerfluktuation, Frankfurt 1968, S. 71 ff.; Ursula Feist: Subjektive Indikatoren — Schwierigkeiten beim Design, in: Wahlforschung. Sonden im politischen Markt (= transfer 2), Opladen 1976, S. 233 f.

37a Zu dieser Wahl jetzt: Edwin Czerwick: Die niedersächsische Landtagswahl vom 21. März 1982: Erfolg der CDU im Bundestrend, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 14. Jg. (1983) 1, S. 53 ff., insb. S. 58—60.

Landtagsmehrheit der CDU, als die eigentliche Überraschung gelten. Unabdingbare Voraussetzung für den landespolitischen Rollentausch zwischen SPD und CDU war der Niedergang der traditionsreichen Regionalparteien, für dessen Ursachen wir Hinweise von einer Analyse ihrer lokalen und überregionalen Eliten sowie der parlamentarischen Aktivitäten ihrer Vertreter in Bundestag und Landtag erwarten.

4. Repräsentanten der Regionalparteien im Bund, im Land und in den Kreisen

Nach der politikwissenschaftlichen Parteientypologie sind alle drei Regionalparteien im Hinblick auf ihre Organisation als traditionelle Repräsentationsparteien oder Honoratiorenparteien einzustufen. Zu den organisationspolitisch bedeutsamen Merkmalen dieser Parteien rechnet Kirchheimer ihre *Doppelbasis in der gemeindlichen Lokalpolitik und den damit kaum koordinierten Operationen der Parlamentsfraktionen und Fraktiönchen*³⁸.

Das politische Überleben solcher Parteien kann davon abhängen, ob es den beiden Organisationskernen gelingt, unter dem weiten Mantel eines gemeinsamen Parteietiketts geeignete Formen „friedlicher Koexistenz“ zu finden und (arbeitsteilig) die Mobilisierung der Wählerschaft für die Stimmabgabe bei den verschiedenen Wahlen sicherzustellen. Innerparteiliche Entfremdung zwischen den organisatorischen Kernen und Auseinanderleben zwischen örtlicher Anhängerschaft und lokalen Eliten bilden die wesentlichen Risikofaktoren für den Bestand diese Honoratiorenparteien³⁹.

Wir sind dem Hinweis Kirchheimers auf die „Doppelbasis“ durch eine sozialstatistische Analyse der Repräsentanten unserer drei Regionalparteien in der Lokalpolitik und den Parlamentsfraktionen nachgegangen. Als Vertreter der lokalen Eliten hätten sich die Gemeinderäte der insgesamt 500 Untersuchungsgemeinden angeboten. Umfang und Erreichbarkeit der zu verarbeitenden Informationen ließen diesen Weg jedoch als problematisch erscheinen; erst im Zusammenhang mit den späteren Fallstudien in 15 ausgewählten Untersuchungsgemeinden wollen wir entsprechende Arbeiten durchführen.

Leichter zugänglich waren zunächst die Mitglieder der Kreistage in den insgesamt 12 Landkreisen des Untersuchungsraumes. Erfasst wurden alle zwischen 1948 und 1968 in einen der 12 Kreistage gewählten Vertreter von DP, FDP und Zentrum. Insgesamt handelt es sich um 377 Kreistagsmitglieder, von denen 166

38 Otto Kirchheimer: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg. (1965) 1, S. 21 (abgedruckt in: Gilbert Zieburra [Hrsg.]: Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Darmstadt 1969, S. 343).

39 Bereits Lepsius (a. a. O., Anm. 12, S. 386 bzw. 71) betont, daß beim Niedergang des politischen Liberalismus die „lokalen Prestigehierarchien zusammenbrachen“.

der FDP, 130 der DP und 81 dem Zentrum angehörten. Als Kontrastgruppe dienten insgesamt 121 Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages und 37 niedersächsische Bundestagsabgeordnete der gleichen Parteien, wobei 86 Abgeordnete die DP, 61 Abgeordnete die FDP und 11 Abgeordnete das Zentrum⁴⁰ in den ersten fünf Legislaturperioden der beiden Parlamente vertraten.

Angesichts der Datenlage für Kreistagsmitglieder konnten bei den lokalen und überregionalen Repräsentanten der drei Regionalparteien lediglich die Merkmale Alter, Beruf, Wahlperiode und Parteizugehörigkeit massenstatistisch ausgewertet werden. Aus den Berufsangaben schlossen wir auf die beiden Volkszählungskategorien Wirtschaftsabteilung und Stellung im Beruf. Das Ergebnis der Auswertungen (Tab. 3) fördert bekannte und neue Einsichten zutage⁴¹.

Wenn sich unter den Vertretern der drei Regionalparteien in den Vertretungskörperschaften der verschiedenen Ebenen kein Arbeiter findet, so ist das angesichts der Ergebnisse anderer Elitenuntersuchungen allenfalls in dieser Eindeutigkeit überraschend. Zu berücksichtigen ist jedoch der Honoratiorencharakter der Regionalparteien, der im konsequenten Vorrang der Selbständigen auf allen Ebenen seinen Niederschlag findet. Diese Dominanz der Selbständigen mit regelmäßigen Anteilen von etwa 90 % bei DP und FDP und immerhin noch 80 % beim Zentrum zeigt sich besonders ausgeprägt in den Kreistagen.

Folgerichtig liegt der gemeinsame Anteil von Angestellten und Beamten eher unter als über 10 % der jeweiligen Kreistagsmitglieder. Nur bei einer Partei in einer Wahl gehören über 20 % aller gewählten Vertreter zu dieser Gruppe: Nach einem dramatischen Mandatsverlust im Jahre 1956 steigt beim Zentrum der Anteil von Beamten und Angestellten an den Kreistagsmitgliedern ungewöhnlich an. Andere Personengruppen, wie mithelfende Familienangehörige, Hausfrauen, Rentner und Pensionäre, bleiben in den Kreistagsfraktionen der drei Regionalparteien Einzelerscheinungen.

Bei der Betrachtung nach Wirtschaftsabteilungen dominieren in den Kreistagsfraktionen aller drei Parteien während der Jahre 1948 bis 1968 die Vertreter der Land- und Forstwirtschaft, deren Anteil fast immer zwischen 55 und 60 % der jeweiligen Kreistagsmitglieder einer Partei liegt. Die Vertreter von Industrie und Handwerk müssen sich mit Anteilen zwischen 12 und 24 % zufriedengeben. Der öffentliche Dienst spielt in den drei Regionalparteien auf der Kreisebene prak-

40 Der niedersächsische Landesverband des Zentrums war zwischen 1947 und 1959 nur im Niedersächsischen Landtag vertreten. Von den Zentrumsabgeordneten des Ersten Bundestages stammte keiner aus Niedersachsen; für den Zweiten Bundestag gab es keine Landesliste des Zentrums in Niedersachsen. Das Wahlbündnis von Zentrum und Bayernpartei (Föderalistische Union) bei der 3. Bundestagswahl scheiterte an der Fünf-Prozent-Klausel.

41 Für Einzelheiten s. Waltraut Rudzio: Sozialstruktur der Parteieliten. Auswertung der Personaldaten von Kreistags-, Landtags- und Bundestagsabgeordneten der niedersächsischen Regionalparteien (1947—1965) (= Projekt Regionalparteien, Arbeitsberichte und Werkstattpapiere Nr. 3), Oldenburg 1982, S. 7, 14 ff., 18, 29 ff., 33, 37 f.

Tab. 3
Sozialstruktur der Mandatsträger
Angaben zu a) und b) in Prozent

a) Wirtschaftsabteilung	Mandat im	DP	FDP	DZP
Land- und Forstwirtschaft	Kreistag	55,4	52,4	59,3
	Landtag	46,3	18,6	63,6
	Bundestag	21,1	16,7	—
Industrie und Handwerk	Kreistag	19,2	15,7	16,0
	Landtag	13,3	11,6	9,1
	Bundestag	21,1	27,8	—
Handel und Verkehr	Kreistag	4,6	19,3	8,6
	Landtag	13,3	39,5	0,0
	Bundestag	15,8	5,6	—
Öffentlicher Dienst	Kreistag	3,8	3,0	7,4
	Landtag	4,5	7,0	9,1
	Bundestag	5,3	33,3	—
Sonstige Dienstleistungen (einschl. Berufspolitiker)	Kreistag	13,9	7,8	6,1
	Landtag	19,4	18,6	18,2
	Bundestag	37,1	5,6	—
b) Stellung im Beruf				
Arbeiter	Kreistag	0,0	0,0	0,0
	Landtag	0,0	0,0	0,0
	Bundestag	0,0	0,0	0,0
Beamte und Angestellte	Kreistage	8,5	9,6	17,3
	Landtag	22,4	32,6	9,1
	Bundestag	46,4	27,8	—
Selbständige	Kreistag	84,6	87,3	77,8
	Landtag	71,6	58,1	81,8
	Bundestag	47,4	50,0	—
Sonstige (einschl. der Nichterwerbstätigen)	Kreistag	3,8	1,8	3,7
	Landtag	6,0	9,4	9,1
	Bundestag	5,3	16,7	—
c) Absolute Zahlen der Mandatsträger nach Parteien und Ebenen	Kreistag	130	166	81
	Landtag	67	43	11
	Bundestag	19	18	—

Quelle: Zusammengestellt aus den Tabellen bei Waltraut Rudzio, a. a. O. (vgl. Anm. 41), S. 8, 11.

tisch keine Rolle⁴². Erwähnenswert sind lediglich sonstige Dienstleister bei der DP sowie Handel und Verkehr bei der FDP.

Trotz dieser Unterschiede bieten die einzelnen Parteien auf der Kreisebene ein weitgehend einheitliches Bild: Ihre Vertreter sind vorwiegend selbständige Landwirte ohne akademische Vorbildung. Der Vergleich zwischen lokalen Repräsentanten und Parlamentsabgeordneten fördert einerseits eine deutlich schwächere Ausprägung dieser Merkmale und andererseits beachtliche Differenzen zwischen den drei Parteien zutage: Die Selbständigen und die Vertreter der Landwirtschaft nehmen (insbesondere bei DP und FDP) deutlich ab (Tab. 3), der Anteil der Akademiker steigt erheblich an. Insgesamt erweisen sich die Regionalparteien jedoch in der Zusammensetzung ihrer Repräsentanten als Milieuparteien: Sie spiegeln die soziale Elite der von ihnen vertretenen Teile der Gesellschaft wider, ungeachtet des auch im Untersuchungsgebiet ablaufenden sozialen Wandels.

Der sinkende Agraranteil bei den Erwerbstätigen zwischen 1950 und 1961⁴³ findet keinen Niederschlag in den Kreistagsfraktionen der Regionalparteien. Eher ist das Gegenteil der Fall: Bei ihrer jeweils letzten Kreistagskandidatur als Milieupartei steigern DP (1961) und FDP (1964) den Agraranteil ihrer Kreistagsfraktionen jeweils um fast genau 10%-Punkte. Diese „Rückbesinnung“ auf die sozialstrukturelle Grundlage der eigenen Wählerschaft geht in beiden Fällen zu Lasten der Vertreter von Industrie und Handwerk. Sieht man von dieser Sonderentwicklung in der Endphase der beiden protestantischen Milieuparteien ab, dann unterscheiden sich die „Männer der ersten Stunde“ in den Kreistagen nach ihrer Stellung im Beruf und nach Wirtschaftsabteilung, in der sie tätig sind, nicht von ihren Nachfolgern.

Dieses Ergebnis ist schon wegen der beträchtlichen Fluktuation in den Kreistagsfraktionen der drei Parteien bemerkenswert. Auch bei den Kreistagsfraktionen der Regionalparteien bestätigt sich nämlich tendenziell die Beobachtung aus einer (nordrhein-westfälischen) Großstadt, daß jeder zweite Inhaber eines kommunalen Mandats nach seiner ersten Wahlperiode wieder aus der Vertretungskörperschaft ausscheidet⁴⁴. Bei den DP- und FDP-Mitgliedern der untersuchten (niedersächsischen) Kreistage ist dieser Anteil eher etwas niedriger (42 bzw. 44 %).

42 Belege für das völlig andere Bild bei Gemeinderäten in Großstädten enthält Hiltrud und Karl-Heinz Naßmacher: Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, Opladen 1979, S. 115.

43 Im Jahre 1950 lag der Anteil der Land- und Forstwirtschaft in den 12 Kreisen des Untersuchungsgebietes zwischen 26 und 51 % aller Erwerbstätigen; 1961 betrug dieser Anteil nur noch zwischen 17 und 40 %. Die untersuchten Kreise hatten in dieser Zeit einen Rückgang des Agraranteils um etwa 10 Prozentpunkte zu verzeichnen, so daß zwischen einem Fünftel und einem Drittel der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung diesen Erwerbszweig inzwischen verlassen hatte. (Die Zusammenstellung dieser Daten aus der Statistik für Niedersachsen besorgte Achim Suckow.)

44 Karl-Heinz Naßmacher: Parteien im kommunalpolitischen Zielbildungsprozeß, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1. Jg. (1972) 4, S. 52 f.

Tab. 4
Altersstruktur der Mandatsträger
 (Anteile in % der jeweiligen Mandatsträger am Wahltag)

Alters- gruppe	Partei	Wahlperiode im Kreistag				
		1948/52	1952/56	1956/61	1961/64	1964/68
bis 40 Jahre	DP	10,7	11,3	11,5	14,1	—
	FDP	5,3	0,0	4,5	3,5	0,0
	DZP	13,0	9,8	5,9	—	—
41—60 Jahre	DP	66,0	74,9	68,6	49,1	—
	FDP	60,0	66,6	55,2	43,9	29,1
	DZP	65,3	62,8	52,9	—	—
über 60 Jahre	DP	23,4	13,7	20,9	36,9	—
	FDP	34,6	33,3	40,3	52,7	70,9
	DZP	21,7	27,4	41,2	—	—
Zahl der Kreistags- mitglieder	DP	47	44	67	57	—
	FDP	75	60	67	57	55
	DZP	46	51	17	—	—

Quelle: Zusammengestellt aus den Daten bei Waltraut Rudzio, a. a. O. (vgl. Anm. 41), S. 33.

Im Zusammenhang mit der Altersstruktur (Tab. 4) ergibt sich jedoch aus der Fluktuation in den Kreistagen eine für das weitere Schicksal der Regionalparteien bedrohliche Entwicklung: Faßt man das Alter der Kreistagsabgeordneten im Zeitpunkt ihrer Wahl für die einzelnen Legislaturperioden gruppenweise zusammen, dann entfällt auf die gewählten Kreistagsmitglieder bis zu 40 Jahren bei allen Parteien ein zwar geringer, tendenziell aber gleichbleibender Anteil. Ganz anders entwickelt sich der Anteil der über Sechzigjährigen in den Kreistagsfraktionen der drei Regionalparteien: Bei der DP steigt er innerhalb von 9 Jahren fast auf das Dreifache, bei FDP und Zentrum innerhalb von 8 Jahren nahezu auf das Doppelte.

Interessanterweise sind die Jahrzehnte mit der dramatischen Steigerung des Seniorenanteils unter den lokalen Repräsentanten der drei Parteien zeitlich in ähnlicher Weise gegeneinander versetzt wie das Verschwinden der Regionalparteien aus dem Niedersächsischen Landtag. Ohne über Ursache und Wirkung zu entscheiden, bleibt hier festzuhalten, daß die dramatische Steigerung des Seniorenanteils bei Gleichbleiben des Juniorenanteils in allen drei Parteien auf eine Ausdünnung der mittleren Jahrgänge hinweist. Wo es den Regionalparteien gelingt, für die politische Arbeit jüngere Kräfte zu gewinnen, lassen sich diese nicht auf Dauer in die parteipolitische Tätigkeit integrieren; Zentrum, DP und FDP können also keinen allmählichen Generationswechsel auf der Kreisebene vorbereiten.

Gerade bei den für die Kontinuität einer „personalintegrierten“⁴⁵ Milieupartei bedeutsamen lokalen Eliten zeichnet sich damit ein Kontinuitätsbruch ab; die örtliche Verankerung der Regionalparteien wird durch den unbewältigten Generationswechsel ihrer lokalen Eliten zunehmend gefährdet⁴⁶. Ob die beträchtlichen sozialstrukturellen Unterschiede zwischen lokalen und überregionalen Parteiliten, mit denen ebenfalls ein latentes Entfremdungsrisiko verbunden ist, auch zur existentiellen Bedrohung für die Regionalparteien werden, soll durch die parlamentarische Aktivität der Abgeordneten aller drei Parteien im Landtag und im Bundestag untersucht werden.

5. Anträge und Debattenbeiträge im Bundes- und Landesparlament

Werfen wir rasch einen Blick auf die wichtigsten politischen Probleme des Landes Niedersachsen in der Nachkriegszeit: Ohne allzu große Vereinfachung lassen sie sich auf den gemeinsamen Nenner „Kriegsfolgen“ bringen. Zu den unmittelbaren Kriegsfolgen gehörten die Zerstörung der Infrastruktur (und die daraus resultierende Aufgabe des Wiederaufbaus) sowie die Besatzungskosten, auf die in Niedersachsen zwischen einem Drittel und der Hälfte des Steueraufkommens entfielen. Als mittelbare Kriegsfolgen lassen sich die durch Flüchtlingszu- strom vermehrte Bevölkerung, eine durch Bevölkerungszunahme, Mangel an Kunstdünger und ungünstige Klimabedingungen verschärfte Ernährungslage sowie ein hohes Maß an struktureller Arbeitslosigkeit bezeichnen: Im Februar 1950 war mehr als ein Fünftel aller niedersächsischen Erwerbspersonen ohne Arbeit⁴⁷.

Wie verarbeiten die politischen Parteien, insbesondere die niedersächsischen Regionalparteien, dieses Problemspektrum in ihrer parlamentarischen Aktivität? Ordnet man die während der jeweils ersten Legislaturperiode des Bundestages und des Landtages von Fraktionen und Abgeordneten eingebrachten Anträge, Entschließungen, Gesetzesinitiativen, großen und kleinen Anfragen den daran beteiligten Fraktionen zu und gruppiert diese Antragstätigkeit nach politischen Sachbereichen, dann ergibt sich ein relativ eindeutiges Bild (Tab. 5)⁴⁸.

45 Dieser Begriff soll die Milieus der liberalen Repräsentationsparteien von denen der demokratischen Integrationsparteien (Sigmund Neumann: Die Parteien der Weimarer Republik, 4. Aufl., Stuttgart 1977, S. 105 f.) auf Konfessions- oder Klassenbasis abgrenzen.

46 Die Risiken der personellen Bindung zwischen Parteien und gesellschaftlichen Eliten beleuchtet bereits Rudolf Heberle: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918—1932, Stuttgart 1963, S. 148, 156, 158, 170.

47 Wilhelm Treue: Zehn Jahre Niedersachsen, Hannover 1956, S. 31, 88.

48 Für Einzelheiten s. Rotraut Conrads: Parlamentarische Aktivitäten niedersächsischer DP- und FDP-Abgeordneten im 1. Deutschen Bundestag (= Projekt Regionalparteien, Arbeitsberichte und Werkstattpapiere Nr. 1), Oldenburg 1982, S. 20 ff., 26 ff. bzw. Ellen Mosebacht-Tegtmeyer: Wählerauftrag und Parlamentsalltag. Die Interessenlage und Aktivitäten von Abgeordneten der FDP, DZP und NLP/DP im Niedersächsischen Landtag (1947—1951) (= Projekt Regionalparteien, Arbeitsberichte und Werkstattpapiere Nr. 2), Oldenburg 1982, S. 21 ff.

Tab. 5
Antragstätigkeit der Fraktionen von DP, FDP und DZP (jeweils 1. Wahlperiode)

Sachgebiete	Niedersächsischer Landtag (1947—51)						Deutscher Bundestag (1949—53)			
	DP		FDP		DZP		DP		FDP	
	Zahl	Rang	Zahl	Rang	Zahl	Rang	Zahl	Rang	Zahl	Rang
Verfassung und Staatsorgane	19	7	15	6	2	5	5	8	5	8
Verwaltung und Justiz	38	4	27	1	1	6	3	9	9	4
Haushalt und Finanzen	73	1	19	3	4	2	11	4	11	3
Innere Sicherheit/Polizei	1	11	1	11	1	6	0	11	0	11
Entnazifizierung und Wiedergutmachung	50	2	11	7	3	4	7	6	12	2
Sozialpolitik (einschl. Gesundheit und Wohlfahrt)	15	8	10	8	1	6	20	1	7	5
Flüchtlingsangelegenheiten	6	10	4	10	4	2	2	10	6	7
Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen	14	9	16	5	0	10	7	6	7	5
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	39	3	17	4	10	1	17	2	2	10
Arbeit, Wirtschaft und Verkehrswesen	27	5	21	2	1	6	13	3	26	1
Besatzungs- und Außenpolitik	—	—	—	—	—	—	9	5	5	8
Bildungswesen und Kirchenangelegenheiten	24	6	8	9	0	10	—	—	—	—
Insgesamt	306	—	149	—	28	—	94	—	90	—
Anteil der Rangplätze 1—3	162		67		18		50		49	

Wiederbeginn des politischen Lebens

Quelle: Zusammengestellt aus den Tabellen bei Rotraut Conrads, a. a. O. (vgl. Anm. 48), S. 23 und Ellen Mosebach-Tegtmeier, a. a. O. (vgl. Anm. 48), S. 21.

Bei allen drei Regionalparteien entfallen auf die Themen mit den Rangplätzen 1—3 etwas mehr als die Hälfte aller Anträge. Nach Sachbereichen beziehen sich diese Anträge etwa gleichgewichtig auf zwei Themenkreise: Auf Fragen der allgemeinen Politik (Verwaltung/Justiz, Haushalt/Finanzen) entfallen 5 vordere Rangplätze, bei den strukturpolitischen Problemkreisen (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Arbeit, Wirtschaft und Verkehr) sind es sogar 6. Die aktuellen Themenkomplexe Entnazifizierung, Wiedergutmachung, Flüchtlinge folgen als weitere Gruppe. Fragen der Sozialpolitik belegen nur bei einer Partei in einem Parlament (DP-Bundestagsfraktion) einen vorderen Platz, was jedoch auf die Aktivität einer einzelnen Abgeordneten zurückgeführt werden kann⁴⁹.

Ein Vergleich der Antragsaktivitäten im Niedersächsischen Landtag zwischen Regionalparteien und anderen Parteien (SPD, CDU, KPD) erbringt nur geringfügige Unterschiede: Ernährungsfragen belegen bei allen sechs Parteien einen der vorderen Plätze. Ähnliches gilt für den Bereich Haushalt und Finanzen, der lediglich bei der CDU geringere Aufmerksamkeit findet. Die Entnazifizierungsfrage machen nur SPD und FDP nicht zum vorrangigen Gegenstand ihrer Antrags-tätigkeit. Besondere Aktivitäten zur Entnazifizierung entfaltet die DP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag⁵⁰. Keine andere Partei bringt so viele Anträge zu diesem Themenkreis ein. Allerdings ist die DP (NLP) ohnehin die mit Abstand aktivste Partei bei dieser Form parlamentarischer Aktivität.

Eine gesonderte Betrachtung der Antragstätigkeit von Regionalvertretern (Abgeordneten der Regionalparteien aus den Untersuchungsgebieten) zeigt, daß die DP-Vertreter sich stärker für den Bereich Verwaltung engagieren, während die Vertreter der DZP und der FDP ihre Aufmerksamkeit vorrangig dem Themenkreis Ernährung und Landwirtschaft zuwenden. Insgesamt ergibt sich für diese Form parlamentarischer Tätigkeit der Eindruck, daß die wichtigsten Probleme der niedersächsischen Nachkriegssituation auch in parlamentarischen Aktivitäten ihren Niederschlag finden. Bemerkenswert sind jedoch das Hinzutreten des Entnazifizierungsproblems und die personenbedingte Sonderstellung der Sozialpolitik, die sich auch bei den von uns untersuchten Sachbeiträgen in den Plenardebatten manifestieren.

In einem zweiten Untersuchungsschritt wurden die stenographischen Protokolle der jeweils ersten Legislaturperiode im Hinblick auf alle Sachbeiträge der DP-, FDP- und DZP-Abgeordneten ausgewertet. Berücksichtigt sind alle Begründungen für Anträge, Entschließungen, Gesetzesvorlagen und parlamentarische Anfragen sowie Wortmeldungen zu entsprechenden eigenen und fremden parlamentarischen Initiativen. Nicht berücksichtigt wurden Beiträge in Geschäftsord-

49 Conrads, a. a. O. (vgl. Anm. 48), S. 12, 20. Es handelt sich um die Abgeordnete Margot Kalinke aus Hannover.

50 Zu der durch solche Aktivitäten angestrebten Öffnung der DP nach rechts s. Hermann Meyn: Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1965, S. 26 f., 135 ff.

nungsdebatten und die Tätigkeit als Berichterstatter eines Ausschusses. Diese Auswertung erschließt die Themenschwerpunkte solcher Sachbeiträge ebenso wie die Plenumsaktivität der einzelnen Parteien und Abgeordneten (Tab. 6).

Tab. 6
Sachbeiträge der Regionalparteien in den Debatten der Nachkriegsparlamente

	Niedersächsischer Landtag (1947—1951)			Deutscher Bundestag (1949—1953)	
	DP	FDP	DZP	DP	FDP
Abgeordnete in der Fraktion	27	13	6	17	54
Sachbeiträge der Fraktion	842	539	94	575	1136
davon Beiträge der Funktionsträger	38	226	42	31	214
Restfraktionen					
— Abgeordnete insgesamt	26	12	5	14	49
— Sachbeiträge in Debatten	804	313	52	544	922
— Beiträge pro Abgeordneter	30,9	26,1	10,4	38,8	18,8
Regionalvertreter					
— Personen	3	4	3	10	6
— Sachbeiträge in Debatten	80	79	21	345	96
— Beiträge pro Person	26,7	19,8	7,0	34,5	16,0
— Anteil an den Beiträgen der Fraktionen (%)	10,0	25,2	40,4	63,4	10,4
Beiträge mit Regionalbezug					
— Zahl der Beiträge	18	28	7	47	51
— Anteil an den Beiträgen der Regionalvertreter (%)	22,5	35,4	33,3	13,6	53,1

Quelle: Zusammengestellt aus den Tabellen bei Rotraut Conrads, a. a. O. (vgl. Anm. 48), S. 8, 10 f. und Ellen Mosebach-Tegtmeier, a. a. O. (vgl. Anm. 48), S. 28, 30.

Da unser Interesse der parlamentartischen Rolle von Regionalvertretern galt, wurde zunächst eine Aussonderung der Redebeiträge parlamentarischer Funktionsträger (insbesondere von Fraktionsvorsitzenden und Ministern) vorgenommen⁵¹. Daraus ergab sich die durchschnittliche Debattenaktivität eines „normalen“ Abgeordneten aus den Fraktionen der DP und FDP in Landtag und Bundestag sowie der DZP im Niedersächsischen Landtag.

51 Dieser Abgrenzung liegt die (in der Untersuchung bestätigte) Annahme einer nach Funktionen im parlamentarischen Prozeß differenzierten Debattenaktivität zugrunde.

Auch hier erweisen sich die DP-Abgeordneten als besonders „fleißig“. Ursache dafür ist allerdings eher die überraschend geringe Debattenaktivität der Fraktionsvorsitzenden. Bei FDP und DZP nehmen die Fraktionsvorsitzenden bereits im Niedersächsischen Landtag eine dominierende Stellung ein: die Fraktionsvorsitzenden Föge (FDP-Göttingen) und Krapp (DZP-Vechta) leisten jeweils mehr als 40 % aller Sachbeiträge ihrer Fraktion zu den Landtagsdebatten. Auf die DP-Fraktionsvorsitzenden Hellwege (Bremervörde; bis 1949) und Schönfelder (Lüchow-Dannenberg) entfiel nicht einmal jeder 20. Diskussionsbeitrag ihrer Fraktion. Hauptredner der DP im Niedersächsischen Landtag war der Abgeordnete Kwiecinski (Hannover). Diese Rollenverteilung der Fraktionsvorsitzenden wiederholt sich (wenn auch nicht gleichermaßen ausgeprägt) zwischen den Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Mühlenfeld (DP) und Euler (FDP)⁵².

In allen fünf Fraktionen bleiben die von uns gesondert erhobenen Regionalvertreter in ihrer Debattenaktivität zum Teil deutlich unter dem Durchschnitt ihrer Fraktion; sie spielen also — zumindest im Plenum — weder im Niedersächsischen Landtag noch im Deutschen Bundestag eine besondere Rolle als Vertreter ihrer engeren Heimatbereiche. Ein gewisser Unterschied zwischen den drei Parteien ergibt sich allerdings im Hinblick auf den Anteil der Debattenbeiträge mit (räumlichem oder sachlichem) Regionalbezug und auf den Anteil der regionalbezogenen Reden an den Sachbeiträgen der Regionalvertreter. Vor allem in dieser Dimension zeigt sich bei DZP und FDP ein stärkerer Regionalbezug als bei den DP-Abgeordneten im Niedersächsischen Landtag und im Deutschen Bundestag.

Für die Bundestagsabgeordneten von DP und FDP läßt sich darüber hinaus eine unterschiedliche Gewichtung der politischen Themenfelder bei Antragsaktivität und Debattenbeiträgen aufzeigen. Insbesondere bei der DP-Fraktion spielen Ernährungs- und Landwirtschaftsfragen in der Plenardebatte praktisch keine Rolle. Hier dominieren neben der bereits angesprochenen Sozialpolitik und den allgemeinen Problemkreisen die Beziehungen zu den Besatzungsmächten einerseits und die Flüchtlingsfrage andererseits. Die regionalbezogenen Debattenbeiträge von DP- und FDP-Vertretern im Bundestag lassen sich vorrangig dem Themenkreis Ernährung und Landwirtschaft zuordnen, auf den jeweils mehr als die Hälfte aller Beiträge entfällt. In den Rest teilen sich etwa gleichgewichtig die Themenkreise Flüchtlingsprobleme und Strukturpolitik⁵³.

Betrachtet man die Rolle der einzelnen Abgeordneten im Lichte ihrer Debattenaktivität im Plenum des Parlaments, dann lassen sich unter den aktiveren Debattenrednern relativ deutlich zwei unterschiedliche Abgeordnetentypen gegeneinander abgrenzen: Experten für bestimmte Politikbereiche und Botschafter ihrer Heimatregion. Während die „Experten“ sich für Themenbereiche engagieren, die eher der allgemeinen Politik als den besonderen wirtschaftlichen und so-

52 Conrads, a. a. O. (vgl. Anm. 48), S. 10 f.; Mosebach-Tegtmeier, a. a. O. (ebd.), S. 29.

53 Conrads, a. a. O., S. 13, 17, 21.

zialen Strukturbedingungen ihrer Herkunftsregion zuzurechnen sind, entfallen bei den Debattenbeiträgen der „Botschafter“ regelmäßig beachtliche Anteile auf Beiträge mit ausgesprochenem Regionalbezug.

Diese Unterscheidung läßt sich bis in die Formulierung einzelner Argumente auch in den Debattenbeiträgen verfolgen: Während der „Experte“ von Merkatz sich für regionale Bezüge geradezu entschuldigt (*ich spreche hier etwas niedersächsisch*⁵⁴), fließt die lokale und regionale Orientierung bei den „Botschaftern“ ohne Stocken in den Gedanken ein: *Mein Nachbar und ich; hat mich die Einwohnerschaft von Wangerooge gebeten; als Oldenburger schlechthin; in meinem Regierungsbezirk; aus meiner eigenen Heimat*⁵⁵.

Zu dem Abgeordnetentyp des „Botschafters“ gehören allerdings nur wenige Vertreter der einzelnen Parteien: die Landtagsabgeordneten Wächter, Post, Albers, Martens (FDP) und Burfeindt (DP) sowie die Bundestagsabgeordneten Tobaben (DP) und Dannemann (FDP). Ausgesprochene „Experten“, die mit ihren Themen die parlamentarische Aktivität der eigenen Fraktion prägen, sind die niedersächsischen DP-Bundestagsabgeordneten Kalinke und von Merkatz.

Die Frage, ob sich aus der parlamentarischen Aktivität der Regionalparteien Ansätze für einen regionalen Interessenschwerpunkt ermitteln lassen, ist aus unserem Material nur mit großer Vorsicht zu beantworten. Die parlamentarische Aktivität der nur im Landtag vertretenen DZP bleibt ohnehin relativ gering. Ihr Hauptredner und Fraktionsvorsitzender Krapp widmet sich überwiegend der für die weitere parlamentarische Existenz seiner Partei bedeutsamen Frage der Fünf-Prozent-Klausel im Wahlrecht. Bei der DP sind die Hauptredner im Bundestag die beiden „Experten“ (Kalinke und von Merkatz). Der „Botschafter“ Tobaben nimmt in der Redeaktivität der Gesamtfraktion nur einen gehobenen Mittelplatz ein. Im Niedersächsischen Landtag stammt der parlamentarische Hauptredner der DP (Kwecinski) aus der Landeshauptstadt, die nicht gerade als Schwerpunktgebiet seiner Partei anzusehen ist. Der engere Untersuchungsraum entsendet zwar insgesamt 4 DP-Abgeordnete in den Landtag, darunter aber nur einen „Botschafter“ (Burfeindt).

Einen Indikator für die Interessenlage der DP bietet die überdurchschnittliche Fehlquote ihrer Abgeordneten im Landtag. Von 130 Sitzungen der ersten Legislaturperiode haben die 27 Abgeordneten immerhin 385 Sitzungstage versäumt, davon 349 seit dem Ausscheiden der DP aus der Landesregierung und 245 seit der ersten Bundestagswahl. Von den versäumten Sitzungstagen entfallen 117 auf die Inhaber von Doppelmandaten, insbesondere die Bundesminister Hellwege und Seeborn sowie den Bundestagsabgeordneten und Landrat Bahlburg⁵⁶. Als In-

54 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Erste Wahlperiode, S. 505.

55 Ebd., S. 12039; Niedersächsischer Landtag, Stenographische Berichte, Erste Wahlperiode, Sp. 273, 1772, 3530, 5809.

56 Mosebach-Tegtmeier, a. a. O. (vgl. Anm. 48), S. 31 f.

terpretation dieser überdurchschnittlichen Fehlquote bietet sich an, daß die DP ihr parlamentarisches Interesse dort konzentriert, wo sie an der Regierung beteiligt ist. Wenn dies tatsächlich eine DP-typische Strategie zur Durchsetzung politischer Interessen war, so erklärt das gleichermaßen die Art parlamentarischer Aktivitäten wie die Intensität parlamentarischer Inaktivität.

Am ehesten stellt sich die FDP als regionalorientierte Partei dar. Ihr Hauptredner im Landtag (Föge) vertritt zwar einen städtischen Wahlkreis, auf die ländlichen Hochburgen der FDP im nördlichen Oldenburg entfallen aber die meisten „Botschafter“ (4 Landtags- und ein Bundestagsabgeordneter). Die parlamentarische Rolle der niedersächsischen Bundestagsabgeordneten Stegner⁵⁷ und Mießner zeigt allerdings, daß für spätere Legislaturperioden gerade hier auch bei der FDP Veränderungen zu erwarten sind.

6. Ergebnisse

Der hier entfaltete Versuch, den Wiederbeginn des politischen Lebens in Niedersachsen nach 1945 zu erfassen, war gleichermaßen eingengt durch das spezifische Forschungsinteresse („Wiederbegründung und Niedergang niedersächsischer Regionalparteien“) und den im Laufe der bisherigen Arbeiten erreichten Erkenntnisstand. Unter entsprechender Berücksichtigung des vorrangigen Interesses an den mit dem Schicksal kleinerer Parteien zusammenhängenden Veränderungen des niedersächsischen Parteiensystems und der Tatsache, daß die im weiteren Verlauf der Forschungsarbeiten geplanten Lokalstudien noch ausstehen, lassen sich als bisherige Ergebnisse und (vorläufige) Antworten auf die oben formulierten Fragestellungen festhalten:

In ihrer Wählerresonanz knüpfen alle drei Parteien (DP, DZP, FDP) während der Nachkriegszeit im nordwestlichen Niedersachsen jeweils an eine spezifisch regionale Tradition an. In einzelnen Landesteilen haben die traditionell bedeutsamen politisch-sozialen Strukturen offenbar die Weltwirtschaftskrise, die nationalsozialistische Diktatur und den Zweiten Weltkrieg im wesentlichen unverändert überlebt. Heute ist allerdings in den drei untersuchten Traditionsräumen der DP, der DZP und FDP die ursprünglich relativ erfolglose CDU die mit Abstand führende politische Kraft. Beim politischen Personal der drei Regionalparteien bieten ebenenspezifische Unterschiede wichtige Ansatzpunkte für ein allmähliches Auseinanderbrechen der „Doppelbasis“ von lokalen Honoratioren und nationalen Repräsentanten. Während der jeweils ersten Legislaturperiode des Niedersächsischen Landtags und des Deutschen Bundestags bestimmen regional nicht engagierte Experten die parlamentarische Aktivität der drei Parteien; „Botschafter“ der engeren Untersuchungsgebiete (Traditionsregionen) treten dahinter zunächst zurück (und scheiden in späteren Legislaturperioden allmählich aus den

57 Conrads, a. a. O. (ebd.), S. 24 ff.

Parlamenten aus). Professionalisierung der Politik und Nationalisierung des Parteiensystems gehen einher mit zunehmender Rekrutierung des politischen Personals aus den unselbständig Erwerbstätigen des Dienstleistungsbereichs. Die künftige Arbeit im Forschungsvorhaben wird den Einzelheiten weiter nachgehen; die bisherigen Ergebnisse lassen den gewählten Interpretationsrahmen als tragfähig erscheinen.

4.

Zur Lage der Flüchtlinge in Niedersachsen nach 1945*

Von

Dieter Brosius

Trotz guter Überlieferungslage hat sich die landesgeschichtliche Forschung des Flüchtlingsproblems bisher weder auf lokaler noch auf regionaler Ebene ernsthaft angenommen. Eine umfassende Behandlung des Themas war unter diesen Umständen nicht möglich, und ich beschränke mich deshalb heute darauf, die materielle Situation der Flüchtlinge in den drei Jahren zwischen Kriegsende und Währungsreform und die Ansätze zu ihrer Betreuung zu betrachten, und zwar im wesentlichen für den Regierungsbezirk Lüneburg in seiner damaligen Ausdehnung, für den die Aktenlage besonders günstig ist. Selbst bei dieser Begrenzung des Themas können verschiedene Aspekte nur kurz erwähnt werden, und andere müssen ganz entfallen.

Ein Wort vorweg zum Sprachgebrauch: In den Gesetzen und Verordnungen und entsprechend auch in den Akten wird, wenn auch meist ohne klare Definition, unterschieden zwischen Flüchtlingen, Vertriebenen und Zuwanderern oder auch zwischen echten und unechten Flüchtlingen, wobei mit echten Flüchtlingen die aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, mit unechten die aus der russischen Zone gemeint sind. Da hinsichtlich der materiellen Lage zwischen diesen Gruppen kaum ein Unterschied bestand, verwende ich den Begriff Flüchtling, entsprechend dem allgemeinen Sprachgebrauch, für alle diejenigen, die als Folge des verlorenen Krieges ihre Heimat in Ost- oder Mitteldeutschland aufgeben mußten und in Niedersachsen Zuflucht fanden.

Im Januar 1945 hatten die ersten Trecks der vor den russischen Armeen flüchtenden Bewohner der östlichen deutschen Provinzen den Bezirk Lüneburg erreicht. Ihr Strom schwoll im Februar und März stark an, wurde durch die Kampfhandlungen und das Kriegsende im April und Mai unterbrochen, setzte aber im Sommer 1945 bereits wieder ein. Bis zum November war die Zahl der

* Vortrag, gehalten am 21. Mai 1982 bei der Jahrestagung der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen in Oldenburg. Eine erheblich erweiterte Fassung dieses Textes soll, zusammen mit einem Beitrag von Angelika Hohenstein über die Eingliederung der Flüchtlinge im Landkreis Lüchow-Dannenberg, vom Arbeitskreis „Geschichte des Landes Niedersachsen“ veröffentlicht werden. Sie wird auch die Quellennachweise enthalten.

Ostflüchtlinge einschließlich derjenigen aus der russischen Zone auf rund 270000 angestiegen. Dazu kamen die 71000 Evakuierten aus den drei westlichen Besatzungszonen, die schon während des Krieges vor den Bombenangriffen in Sicherheit gebracht worden waren, und 54000 Ausländer, Displaced Persons, die meist in Lagern lebten und neben den Flüchtlingen eine zweite Gruppe entwurzelter Menschen darstellten, die uns hier nicht weiter beschäftigen soll. Die Einwohnerzahl des Bezirks war dadurch von 536000 im Jahr 1939 auf 902000 angestiegen. Das bedeutete eine Zunahme um fast 70 %. Der Bezirk lag damit innerhalb der Provinz Hannover klar an der Spitze; die westlichen Bezirke Osnabrück und Aurich und auch Hannover erreichten nur Werte von knapp über 20 %, und der Durchschnitt für ganz Niedersachsen betrug 31 %.

Diese Spitzenstellung Lüneburgs ist leicht zu erklären. Durch seine geographische Lage war der Bezirk zum Einfallstor für einen beträchtlichen Teil der nach Westen strömenden Flüchtlinge geworden, und wenn auch nicht wenige davon in andere Teile Niedersachsens oder der britischen Zone weiterzogen, so ließen sich eben doch viele bald nach Überschreiten der Demarkationslinie nieder, weil sie des Herumziehens müde waren oder auch weil sie auf eine baldige Rückkehr hofften und ihnen eine weitere Entfernung von der Heimat deshalb unsinnig erschien.

Aber auch innerhalb des Bezirks waren die Flüchtlinge nicht gleichmäßig verteilt. Am geringsten war die Belegung mit 58 und 59 % in den Stadtkreisen Lüneburg und Celle. Das lag zum einen an der ohnehin geringeren Belegungsfähigkeit der städtischen Wohnungen, zum anderen daran, daß die britische Besatzungsmacht hier eine größere Anzahl von Häusern für ihre Zwecke beschlagnahmt hatte, die damit für die Unterbringung von Flüchtlingen ausfielen. Die höchsten Werte erreichten die Landkreise Soltau und Uelzen mit 79 und 82 Prozent.

Natürlich fehlte es nicht an Versuchen der benachteiligten Kreise, einen Ausgleich herbeizuführen. Wenn aber der zuständige Dezernent der Bezirksregierung auf die Bitte eines Landrats, die für ihn vorgesehene Zuweisungsquote zu senken, an den Rand schrieb: *Ja, soweit wir können, aber hier liegt ein englischer Befehl vor*, so zeigt das schon das Dilemma, in dem sich die deutschen Verwaltungsbehörden bis hinauf zum Oberpräsidenten befanden: Sie hatten kaum Einfluß auf die Verteilung des Flüchtlingsstroms auf die einzelnen Regionen, Bezirke und Kreise. Diese Aufgabe hatte nach der Übernahme der Regierungsgewalt die Besatzungsmacht an sich gezogen. Zwar gab der Oberpräsident im August 1945 seine Absicht kund, *die Belegung der Provinz mit Flüchtlingen und die Wanderungsbewegungen der Heimatlosen unter seine Kontrolle zu stellen*, und im September plante er konkrete Maßnahmen, um die überfüllten Kreise der Provinz zu entlasten. Er wollte an der Zonengrenze Durchgangslager errichten, um die Flüchtlinge dort auffangen und gezielt weiterleiten zu können. Die von manchen Städten und Kreisen verhängten Zuzugsverbote setzte er außer Kraft, da sie nach geltendem Recht nur von der Oberinstanz hätten erlassen werden können; er gab

aber zugleich zu, daß die materielle Gültigkeit der Verbote nicht bestritten werden könne, wenn die örtliche Militärregierung hinter der Maßnahme stünde.

Durch Umquartierungen sollten aus den am stärksten belasteten Gebieten Flüchtlinge abgezogen werden, mit dem Ziel, den Zuwachs der Bevölkerung auf höchstens 45 % zu begrenzen. Aus dem Bezirk Lüneburg sollten daher 90000 Personen in den Regierungsbezirk Osnabrück umgesetzt werden.

Doch zu dieser Umsiedlung kam es nicht, denn inzwischen setzte die Militärregierung den Oberpräsidenten von den zu erwartenden Auswirkungen des Potsdamer Abkommens vom 2. 8. 1945 in Kenntnis, nach dessen Artikel XII eine Überführung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn gebliebenen deutschen Bevölkerung nach Deutschland vorgenommen werden sollte. Damit war die Ausweisung von zunächst 6,65 Millionen Deutschen verfügt, und es war klar, daß die Aufnahme in den westlichen Besatzungszonen ungeheure Probleme aufwerfen und alle bisherigen Planungen gegenstandslos machen würde, zumal die Zahl, was zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorherzusehen war, auf 11 Millionen ansteigen sollte.

Zunächst erwartete man, daß in der Provinz Hannover und im Land Oldenburg insgesamt 500000 Vertriebene aus der Aktion „Expeller“, wie die Aussiedlung im Sprachgebrauch der Militärbehörden genannt wurde, unterzubringen seien. Diese Zahl erwies sich aber schon bald als zu niedrig. Schon im Oktober 1945 sprach man von 675000, im April 1946 von 750000, und bis 1949 war die Zahl der nach Niedersachsen eingeströmten Flüchtlinge schließlich auf 1,8 Millionen gestiegen. Unter diesen Umständen war an eine Entlastung des Bezirks Lüneburg natürlich gar nicht mehr zu denken. Er mußte im Gegenteil weitere Zuwanderer aufnehmen, bis Anfang 1949 insgesamt 460000, davon 328000 „echte“ Vertriebene aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. Die Bevölkerungszunahme stieg damit auf 85,7 %, mit Spitzenwerten von über 90 % in einzelnen Landkreisen. In Niedersachsen insgesamt waren es nur 51,9 %.

Lüneburg blieb also benachteiligt. Das lag in erste Linie an der Zuteilungspolitik der Militärregierung. Zunächst hatte der Oberpräsident Ende 1945 angesichts der zu erwartenden Aussiedler aus Neu-Polen den Richtwert für die Obergrenze der Belegung in der Provinz auf 65 % heraufgesetzt. Auch danach hätte der Bezirk Lüneburg noch eine Entlastung um 37000 Flüchtlinge verlangen können. Stattdessen wurden ihm aus den Aktionen „Expeller“, „Schwalbe“ und „Clobber“ weitere 25000 Personen zugewiesen. (Mit Aktion „Schwalbe“ wurde die Aussiedlung aus Schlesien bezeichnet, mit Aktion „Clobber“ die Heimführung deutscher Wehrmatsangehöriger.) Als sich der Regierungspräsident über diese neue Belastung in Hannover beschwerte, wurde ihm bedeutet, er hätte das der 914. Militärregierung in Lüneburg zu verdanken. Die habe nämlich gegenüber der Provinzialmilitärregierung in Hannover erklärt, der Bezirk könne ohne weiteres noch 43000 Flüchtlinge aufnehmen. Die Beschränkung auf 25000 sei also schon ein Entgegenkommen.

Auch weiterhin ist eine Tendenz der britischen Dienststellen zu bemerken, dem Bezirk Lüneburg größere Quoten zuzumuten, als die deutschen Flüchtlings- und Wohnungsämter verkraften zu können glaubten. Die Briten mißtrauten den von den Landkreisen und Städten angegebenen Bevölkerungszahlen und hielten sie für bewußt zu hoch angesetzt, um weiteren Zuweisungen zu entgehen. Sie wiesen in Besprechungen darauf hin, daß der Wohnkomfort im Lüneburgischen trotz aller Überbelegung immer noch 5—6mal besser sei als etwa in den Großstädten oder im Ruhrgebiet, und sie legten dem Verteilerschlüssel bald nicht mehr die Einwohnerzahl oder die Höhe der Belegungsziffern, sondern nur noch den vorhandenen Wohnraum zugrunde, der in einer Erhebung im März 1947 erfaßt worden war. Unter diesem Aspekt stand allerdings der Bezirk Lüneburg keineswegs schlecht da. Die Wohndichte, also die Zahl der Bewohner pro Wohnraum, war im östlichen Niedersachsen erheblich geringer als in den westlichen Bezirken, was nicht etwa auf Kriegsschäden, sondern auf traditionelle strukturelle Unterschiede zurückzuführen ist. Allein an der Wohndichte gemessen wies nun etwa der Bezirk Aurich eine Überbelegung von 115 000, der Bezirk Lüneburg dagegen eine Unterbelegung von 56 000 Personen auf. Der Auricher Regierungspräsident verlangte denn auch eine Verschonung mit weiteren Zuweisungen. Dagegen wehrten sich aber die östlichen Bezirke. Erst 1948 kam es zur Berechnung eines Schlüssels für die weiteren Zuteilungen, der neben Anstieg der Bevölkerungszahlen und Wohndichte auch die Wirtschaftsstruktur, die Arbeitsmöglichkeiten und anderen Faktoren berücksichtigte.

Im November 1945 gab die alliierte Kontrollkommission für Deutschland mit der Anordnung Nr. 10 ihre Absicht bekannt, die bisher von den Offizieren der Militärregierung geleistete Arbeit bei der Aufnahme der Flüchtlinge wenigstens zu einem Teil auf die deutschen Behörden zu verlagern. Auf allen Ebenen der Verwaltung, von der Gemeinde bis zur Provinz, sollten Flüchtlingsausschüsse gebildet werden, die die Verantwortung für eine gerechte Verteilung, für die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge und für ihre Versorgung mit den notwendigsten Gütern und Waren zu übernehmen hatten.

Im hannoverschen Oberpräsidium war für die Bearbeitung der Flüchtlingsangelegenheiten im Oktober 1945 ein Sonderbeauftragter ernannt worden, der dem Oberpräsidenten unmittelbar unterstellt war. Seine Arbeit litt jedoch nicht nur unter der Unklarheit und mangelnden Reichweite seiner Kompetenzen. Er scheint auch persönlich seiner Aufgabe nicht gewachsen gewesen zu sein, und es war der Lüneburger Regierungspräsident, der in einer Unterredung mit Kopf die Abberufung durchsetzte. An die Stelle des Sonderbeauftragten trat ein Landesflüchtlingsamt, das durch Erlaß des Oberpräsidenten vom 13. 1. 46 begründet wurde. Dieser Erlaß vollzog die Anordnung Nr. 10 des Kontrollrats für die Provinz Hannover. Er ordnete auch für die Bezirke, Kreise, Städte und Gemeinden die Einrichtung von Flüchtlingsämtern an; bei kleineren Gemeinden mit nur wenigen Flüchtlingen genügte eine Betreuungsstelle. Allen Ämtern sollten Flüchtlingsräte zur Seite stehen, deren Vorsitzende die in der Regel ehrenamtliche Lei-

tung des jeweiligen Amtes übernahmen. Nur das Landesflüchtlingsamt wurde hauptamtlich geleitet. Diese Flüchtlingsämter sollten in enger Zusammenarbeit mit den Wohnungs-, Wirtschafts- und Sozialämtern die eigentliche Betreuungsarbeit übernehmen, die bisher spontan und ungeregelt geleistet worden war.

In der Oberinstanz war das Landesflüchtlingsamt zunächst dem Oberpräsidenten direkt unterstellt, wurde aber im Juni 1946 der Abteilung Arbeit und Volkswohlfahrt im Oberpräsidium eingegliedert und entsprechend nach der Errichtung des Landes Hannover im August 1946 dem Minister für Aufbau, Arbeit und Wohlfahrt unterstellt. Neben der Verwaltungsabteilung des Amtes trat der vom Oberpräsidenten berufene Landesflüchtlingsrat kaum in Erscheinung. Das gilt übrigens auch für die Flüchtlingsräte auf Bezirks-, Kreis- und Gemeindeebene, deren beratende Funktion von den Amtsleitern selten in Anspruch genommen wurde.

Nach der Bildung des Landes Niedersachsen schuf das Kabinett Kopf dann im November 1946 die Stelle eines Staatskommissars für das Flüchtlingswesen und berief Martha Fuchs aus Braunschweig in dieses Amt. Frau Fuchs, die ihre Tätigkeit in Beantwortung einer Landtagsanfrage einmal zutreffend als eine *immer nur planende, anregende und beratende, niemals aber eine anweisende oder unmittelbar ausführende* beschrieb, erwarb sich trotz der Beschränkung ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten doch Verdienste um die Behebung von Mißständen und die Steuerung von Hilfsmaßnahmen. Sie beeinflusste mehrfach Kabinettsentscheidungen und nahm die Interessen Niedersachsens auch in der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Flüchtlingsverwaltungen (Argeflü) und in den entsprechenden zonalen und bizonalen Gremien energisch wahr. Im Juni 1948 wurden ihre Aufgaben dann durch das neu errichtete und mit Pastor Albertz besetzte Ministerium für Flüchtlingsangelegenheiten übernommen.

Auf der Bezirksebene wurde in Lüneburg das Bezirksflüchtlingsamt zunächst nur durch Umbenennung des bisher schon für das Flüchtlingswesen zuständigen Dezernats geschaffen. Um ihm das vom Oberpräsidenten geforderte Beratungsgremium an die Seite zu stellen, beschloß der von Februar bis November 1946 bestehende Bezirkslandtag im Juli die Bildung eines Bezirksflüchtlingsbetreuungsausschusses, dessen 23 Mitglieder, davon 13 Flüchtlinge und 2 Ausgebombte, von den Kreisen und kreisfreien Städten, den politischen Parteien, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen worden waren. Zum Vorsitzenden dieses Ausschusses wurde Heinrich Albertz aus Celle gewählt. Er übernahm damit zugleich die ehrenamtliche Leitung des Bezirksflüchtlingsamts, dessen Aufgaben hauptsächlich in der Vermittlung zwischen dem Staatskommissar und der unteren Verwaltungsebene lagen, das aber durch den direkten Kontakt zur 914. Militärregierung in Lüneburg doch auch in der Lage war, deren sachliche Entscheidungen für den Bezirk vorteilhaft zu beeinflussen.

Die wesentliche Betreuungsarbeit wurde auf der Kreisebene geleistet. In den neun Landkreisen und den Städten Celle und Lüneburg waren Kreis- und

Stadtflüchtlingsämter errichtet worden, deren ehrenamtliche Leiter mit wenigen Ausnahmen außerordentlich tüchtige, einsatzfreudige und organisationsbegabte Männer waren. Fast durchweg handelte es sich um die Kreisvertrauensmänner oder -flüchtlingsältesten, die auf Anordnung des Oberpräsidenten schon im Oktober 1945 bestellt worden waren und sich in Zusammenarbeit mit den für das Wohnungswesen, die Versorgung und das Sozialwesen zuständigen Ämtern und auch mit den Wohlfahrtsverbänden um die materielle Betreuung der Flüchtlinge gekümmert hatten. Die amtliche Stellung gab ihnen nun doch größere Wirkungsmöglichkeiten.

Über ihre Tätigkeit verlangte das Bezirksflüchtlingsamt vom März 1946 an monatliche, von Juli 1948 an dann nur noch vierteljährliche Berichte. Diese Berichte sind erhalten und vermitteln einen ausgezeichneten Einblick in die Situation der Flüchtlinge im Bezirk Lüneburg zwischen Kriegsende und Währungsreform, in ihre physische und psychische Lage und in die teils geglückten, teils fehlgeschlagenen Versuche, ihnen zu helfen. Auf dieser Quelle beruht auch weitgehend der Überblick, den ich hier geben will.

Einen dieser Männer an vorderster Front möchte ich herausstellen: den schon zweimal erwähnten Heinrich Albertz — nicht weil er später Minister und ein prominenter Politiker geworden ist, sondern weil seine Tätigkeit als Leiter des Stadtflüchtlingsamts Celle in der Tat weit über den Bezirk Lüneburg und auch über das Land Niedersachsen hinaus beispielgebend gewesen ist. In seinem Buch „Blumen für Stukenbrock“ hat er kürzlich einige Schlaglichter auf diese Tätigkeit geworfen.

Der aus Schlesien stammende Albertz war 1945 als dreißigjähriger Pfarrer nach Celle verschlagen worden. Auf Initiative des dortigen Superintendenten übernahm er zunächst die Stelle eines Flüchtlingspfarrers. Zusammen mit einem freiwilligen Helferkreis baute er in kurzer Zeit eine Betreuung auf, die weit über den geistlichen Bereich hinausging. Er erwarb sich das Vertrauen der städtischen Ämter, wurde mit der Durchführung einer Kleidersammlung beauftragt und erhielt Mittel aus der „Celler Volksspende“, einer Geldsammlung unter den Einwohnern, zur Verfügung gestellt.

Als der Oberpräsident im Oktober 1945 die Einrichtung örtlicher Betreuungsstellen anordnete, lag es nahe, in Celle an die von Albertz bereits geleistete Arbeit anzuknüpfen. Seit dem 15. Oktober leitete er ehrenamtlich neben seiner pastoralen Tätigkeit das Flüchtlingsamt der Stadt Celle, das er zu einem beispielhaften Betreuungsorgan ausbaute. Sein Idealismus riß andere mit. Er glaubte damals, wie die Berichte nach Lüneburg belegen und wie er selbst sich in „Blumen für Stukenbrock“ erinnert, an die Möglichkeit einer neuen Gemeinschaft, einer aus der gemeinsamen Bewältigung der Not hervorgehenden Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen, an einen neuen, christlichen Sozialismus. Daß solche Blümenträume nicht reifen würden, war damals gewiß noch nicht vorauszusehen.

Von Anfang an setzte sich Albertz, der an eine Rückkehr in die Heimat niemals geglaubt hat, für die möglichst rasche Integration der Flüchtlinge in die neue Umgebung ein. Neben der unmittelbaren praktischen Hilfeleistung, die er im Januar 1946 als einen *mühsamen Stellungskampf mit ungenügender Munition* beschrieb, ging es ihm um die grundsätzliche Anerkennung der Gleichberechtigung von Einheimischen und Flüchtlingen als Voraussetzung für eine vorbehaltlose Eingliederung. Er scheute sich nicht, die Oberbehörden immer wieder auf Hindernisse hinzuweisen, die diesem Ziel im Wege standen, und auf ihre Beseitigung zu drängen.

Seine Arbeit machte ihn rasch über Celle hinaus bekannt. Er wurde in den Lüneburger Bezirkslandtag und in den Bezirksflüchtlingsausschuß berufen und übernahm — wie gesagt — als dessen Vorsitzender die Leitung des Bezirksflüchtlingsamts, die er im August 1947 aus Protest gegen die vermeintliche Behinderung der freien Initiative der Flüchtlinge durch die staatliche Flüchtlingsverwaltung niederlegte. Hinzu kamen später Berufungen in den Landesflüchtlingsrat für Niedersachsen, in den Flüchtlingsrat für die britische Zone und den Flüchtlingsbeirat der Argeflü. Im Staatskommissariat leitete er — ebenfalls ehrenamtlich — das Referat „Kulturelle Betreuung der Flüchtlinge“. All diese Aufgaben, die er überwiegend vom „Büro Pastor Albertz“ in Celle aus erledigte, machten ihn nicht zum Typ des realitätsfernen Flüchtlingsfunktionärs. Er blieb der praktischen Hilfsarbeit verbunden, sah aber bald, daß das Flüchtlingsproblem insgesamt nur durch eine politische Weichenstellung zu lösen war. Diese Erkenntnis führte ihn selbst auf die Bühne der Politik. Er hatte schon bald persönliche Verbindungen nach Hannover geknüpft, vor allem zu den führenden Männern der SPD; Hinrich Wilhelm Kopf ließ sich in Flüchtlingsfragen von ihm beraten. Im April 1947 kandidierte er für den Niedersächsischen Landtag und wurde zu seiner Überraschung in Celle gewählt. Er übernahm den stellvertretenden Vorsitz im Ausschuß für Vertriebene und Flüchtlinge, und als im Juni 1948 ein eigenes Ministerium für Flüchtlingsangelegenheiten geschaffen wurde, da berief Kopf den nun 33jährigen Albertz in dieses Amt. Seine Leistungen und seine Politik als erster Vertriebenenminister Niedersachsens liegen jenseits der hier zu betrachtenden Zeitspanne.

Wenn die übrigen Leiter der Kreis- und Stadtflüchtlingsämter auch nicht die gleiche Breitenwirkung wie Albertz erzielten, so waren sie doch durchweg ebenso wie er bemüht, in ihrem Zuständigkeitsbereich die Lage der Heimatvertriebenen zu verbessern. Nur in zwei Fällen mußten Auswechselungen vorgenommen werden, das eine Mal wegen ungenügender Qualifikation, das andere Mal trotz anerkannter Leistungen wegen einer nicht tragbaren politischen Ausrichtung. Die Ämter konnten sich bei ihrer Arbeit auf das dichte Netz von Gemeindeflüchtlingsbetreuern stützen, an deren Stelle in den beiden Städten besondere Vertrauensleute für einzelne Stadtbezirke traten. Die enge Fühlungnahme mit diesen an der Basis der Betreuungsarbeit stehenden Männern erlaubte den Flüchtlingsämtern den Einblick in die lokalen Verhältnisse, an denen sie ihre Ent-

scheidungen ausrichten konnten. Allerdings gab es auf dieser untersten Ebene eine verhältnismäßig häufige personelle Fluktuation, denn dort hatten die Vertrauensleute es besonders schwer, den Erwartungen sowohl der Flüchtlinge wie des Gemeinderats oder des Bürgermeisters gerecht zu werden und sich nicht zwischen zwei Stühle zu setzen.

Die materielle Lage der Flüchtlinge, wie sie sich in den Berichten der Ämter darstellt, soll im Mittelpunkt des Referats stehen. An die Spitze gestellt werden muß dabei das Wohnungsproblem, das sich angesichts des fast völligen Erliegens der Bautätigkeit mit jedem neuen Flüchtlingstransport vergrößerte. Alle Kreise und Städte hatten Auffanglager eingerichtet, die an sich nur dazu bestimmt waren, die vom Durchgangslager Uelzen-Bohdamm eintreffenden Transporte vorläufig aufzunehmen, ehe sie in die bereitzustellenden Wohnungen weitergeleitet werden konnten. Es blieb nicht aus, daß manche Familien, vor allem kinderreiche und sozial schwache, über Wochen und Monate in diesen Lagern hängenblieben und daß darüber hinaus weitere Massenunterkünfte eingerichtet werden mußten, die sich oft zu wahren Elendsquartieren entwickelten. Bis 1948 konnten solche menschenunwürdigen Behausungen nirgends völlig beseitigt werden.

Der Alliierte Kontrollrat hatte im März 1946 durch das Gesetz Nr. 18, das Housing law, bei allen Gemeinden und Kreisen die Einrichtung von Wohnungsämtern angeordnet, die den vorhandenen Wohnraum erfassen und gerecht auf Einheimische und Flüchtlinge verteilen sollten. Als Richtwert wurde dafür eine Wohnfläche von 4 m² pro erwachsener Person veranschlagt. Gemeinden oder Kreise, in denen dieser Standard unterschritten wurde, konnten zu „critical areas“, zu Brennpunkten des Wohnungsbedarfs, erklärt werden, womit ein weiterer Zuzug unterbunden wurde.

Diese Vorgabe ließ sich aber nur schwer in die Realität umsetzen. Appelle zur freiwilligen Abtretung überschüssigen Wohnraums nützten natürlich nur wenig. Je kleiner die Gemeinde war, desto schwerer fiel es dem Bürgermeister oder dem zuständigen Beamten, mit Beschlagnahmen auch bei Nachbarn, Freunden oder Verwandten hart durchzugreifen. Der Oberpräsident ordnete daher die Einsetzung von neutralen Kommissionen an, die ohne Ansehen der Person jede Wohnung in der Provinz auf weitere Unterbringungsmöglichkeiten überprüfen sollten. Das wurde von der Regierung in Lüneburg jedoch zunächst boykottiert; man glaubte, die Erfassung mit eigenen Mitteln durchführen zu können. Erst als die Wohnungsnot sich ständig vergrößerte und auch die Militärregierung Überprüfungen forderte, wurden auch im Lüneburgischen sogenannte „fliegende Wohnungskommissionen“ eingerichtet. Sie deckten an vielen Orten Mißstände auf, die der angestrebten Gleichstellung von Einheimischen und Flüchtlingen ins Gesicht schlugen. Heinrich Albertz schildert beispielhaft die Eindrücke einer Visite in einem Dorf der Lüneburger Heide, wo er *eine Probe auf die Hilfsbereitschaft und Solidarität der Deutschen im Unglück* machen wollte. Er fand auf der einen

Seite 7 Personen in einem Raum, der normalerweise für einen Menschen reicht; kleine Kinder auf dem kalten Zementfußboden schlafend; alte gebrechliche Leute, halb erfroren in der Kälte der vergangenen Woche, zu 7 Personen in einer Veranda. 9 Flüchtlinge aus Pommern in einer Küche, in der nachts der ganze Fußboden mit Schlafenden belegt ist, Mann und Frau und Kind nebeneinander. Und auf der anderen Seite fand er ein Bauernhaus, in dem eine alleinstehende Witwe in drei großen Räumen wohnte, drei weitere Personen im selben Haus in drei Räumen, die jeder einzelne viermal so groß sind als die Kammern des Elends, die ich gerade gesehen habe. Das war gewiß ein Extremfall, aber grundsätzlich konnten solche Gegensätze überall angetroffen werden. Für Albertz war der Mangel an Bereitschaft, die Not gemeinsam zu tragen, schlimmer als die Not selbst, und er stand mit dieser Auffassung nicht allein.

Ein besonderer Dorn im Auge der Flüchtlinge waren die sogenannten Guten Stuben der Bauern, die fast nie benutzt wurden, die aber kaum ein Bürgermeister anzutasten wagte. Häufig wurde auch geklagt, daß die Vermieter den Flüchtlingen die Benutzung von Nebenräumen wie Kellern und Abstellkammern vorenthielten. Die Gerichte schritten nach Meinung der Flüchtlinge zu selten gegen solche Schikanen ein, und auch die Polizei weigerte sich, bei Zwangseinweisungen Hilfestellung zu leisten.

Da den Flüchtlingen häufig nicht oder nur ungenügend möblierte Räume zur Verfügung gestellt wurden, war die Beschaffung von Möbeln und Hausrat das nächst dringende Problem. In den Geschäften war schon bald nichts mehr zu kaufen, auch wenn oft behauptet wurde, es werde gehortet oder bestimmte Gegenstände seien noch vorhanden, aber die Wirtschaftsämter weigerten sich, die nötigen Bezugscheine auszugeben. Hausratsammlungen, die überall durchgeführt wurden, brachten wenig ein, und die gelegentlich von der Wirtschaftsverwaltung zugeteilten Mengen waren nicht mehr als der Tropfen auf den heißen Stein. Der empfindlichste Mangel bestand an Herden und Öfen. Manche Familien mußten zwei Winter in ungeheizten Räumen zubringen, und selbst wenn Öfen darinstanden, fehlte es oft an Brennstoff, obwohl sich die Flüchtlingsämter mit Aktionen zur Holzbeschaffung, zum Stubbenroden und Torfstechen redliche Mühe gaben.

Große Anstrengung wurde darauf verwandt, allen Flüchtlingsfamilien eigene Herde zu verschaffen, denn nach Meinung eines Kreisflüchtlingsamtsleiters war in 99 % aller Fälle, in denen es zu Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen kam, das gemeinsame Kochen auf einem Herd der Anlaß.

Die Ämter entwickelten erstaunliche Initiativen, um dem Notstand abzuhelfen. Sie richteten Werkstätten ein, um Möbel selbst zu produzieren, wobei es allerdings oft an den nötigen Beschlägen fehlte; sie ließen Munitionskisten zu Schränken oder Bettgestellen umarbeiten, und sie verstanden es, den Wehrmachtgutverwertungsstellen noch brauchbare Gegenstände zu entlocken. Das Reichsleistungsgesetz von 1939 und an seiner Stelle seit April 1948 ein vom Land-

tag beschlossenes Flüchtlingsbedarfsgesetz boten zwar eine Handhabe, überzählige Einrichtungsgegenstände zu beschlagnahmen und notleidenden Familien zum Gebrauch zu überlassen. Von beiden Gesetzen wurde aber nur sparsamer Gebrauch gemacht, da auch bei den Einheimischen nicht mehr allzu viel zu holen war und da man fürchtete, das gespannte Verhältnis zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen durch rigorose Eingriffe noch zusätzlich zu belasten. So konnte die Lücke zwischen Bedarf und Angebot bis 1948 auch nicht annähernd geschlossen werden. Immer wieder wird von Verhältnissen berichtet, wo sich mehrere Personen ein Bett teilen mußten oder wo eine Familie die gleiche Schüssel zum Gemüseputzen, zum Auftragen der Speisen, zum Abwaschen und zur Körperreinigung benutzte. Erst die Währungsreform und die Aufhebung der Bewirtschaftung schufen hier Wandel.

Nicht weniger katastrophal stellt sich in den Berichten des Bekleidungsproblem dar. Der vorhandene Bestand an Kleidungsstücken und Schuhen reichte meist nicht einmal aus, um auch nur in den schlimmsten Notfällen zu helfen. Was sollte ein Amtsleiter tun, wenn er für seinen Kreis bei einem Bedarf von 3600 Arbeitshosen ganze zwei Exemplare ausgeben konnte; wenn für 600 als dringend anerkannte Anträge auf Arbeitsanzüge nur neun zur Verfügung standen; oder wenn mitten im Winter 1500 entlassene Soldaten gar keinen Mantel besaßen und nur 33 verteilt werden konnten? Altkleidersammlungen und Spenden aus dem Ausland brachten Hilfe in Einzelfällen, lösten aber nicht das Problem. Aus Mangel an Schuhzeug oder Wäsche konnten Kinder nicht die Schule besuchen und mußten Männer der Arbeitsstätte fernbleiben. Die Lage verschlechterte sich ständig, weil die auf der Flucht getragenen Sachen allmählich so verschlissen, daß sie nicht mehr geflickt werden konnten. Zudem weigerten sich einheimische Schuster und Schneider, Aufträge von Flüchtlingen anzunehmen, weil sie das wenige ihnen zugeteilte Material für ihren alten Kundenstamm reservieren wollten. Auch hier versuchten die Ämter, mit Selbsthilfeaktionen in die Bresche zu springen. Sie richteten eigene Werkstätten ein, die nur für Flüchtlinge arbeiteten, oder ließen als Notbehelf Stoffschuhe mit Holzsohlen und Sandalen aus alten Autoreifen herstellen. Insgesamt aber blieb die Textilversorgung bis 1948 der größte Engpaß in der Betreuungsarbeit.

Die Ernährungslage stellt sich im Bezirk Lüneburg trotz der Überbevölkerung nicht so ungünstig dar wie in anderen, vor allem in städtischen Regionen. Zumindest unmittelbar nach Kriegsende wird die Versorgung mit Lebensmitteln in den meisten Kreisen als ausreichend bezeichnet. Viele Flüchtlinge hatten Gelegenheit, in der Landwirtschaft mitzuarbeiten und dadurch an zusätzliche Lebensmittel zu gelangen. Insgesamt guten Erfolg hatte auch ein im Frühjahr 1946 vom Oberpräsidium zusammen mit der Landwirtschaftskammer erlassener Aufruf, den Flüchtlingen Garten- oder Grabeland zur Anlegung von Kleingärten zur Verfügung zu stellen. Die Flüchtlingsbetreuer heben hervor, daß über die Verbesserung der Ernährungslage hinaus auch der psychologische Effekt dieser Aktion erheblich zur Befriedung der Vertriebenen beigetragen habe.

1947 wird dann aber doch über eine ständige Verschlechterung der Lebensmittelversorgung geklagt, vor allem über die unzureichende Fettzuteilung. Die Gesundheitsämter konstatierten jetzt eine Zunahme von Gesundheitsschäden, besonders von Tbc-Fällen, die sie außer auf die katastrophalen Wohnverhältnisse auch auf Unterernährung zurückführten. Verstärkt wurden daraufhin von den Kreis- und Gemeindebetreuern Kinderspeisungen angeregt. In den Schlachtperioden wurden Aufrufe an die Bauern erlassen, Fleisch- und Wurst Dosen zu spenden, die dann an besonders bedürftige Familien verteilt wurden.

Trotz der insgesamt noch erträglichen Lage blieben Klagen über eine vermeintliche Besserstellung der Großstädte gegenüber dem flachen Land nicht aus, besonders nachdem im Sommer 1948 die Lebensmittelrationen für die Flüchtlinge in den Städten erhöht worden waren. Die landwirtschaftlichen Betriebe und die Gärtnereien, so hieß es, hätten strenge Anweisung, fast die gesamte Produktion in die Großstädte zu liefern, so daß für die Flüchtlinge auf dem Lande kaum noch etwas zu kaufen übrig bliebe. Hier scheint allerdings der Neid den Blick für die Realität getrübt zu haben.

Daß die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für die Hunderttausende von Neubürgern und ihre berufliche Eingliederung im industriearmen Bezirk Lüneburg große Schwierigkeiten bereiten würde, war vorherzusehen. Bis in die fünfziger Jahre hinein konnte denn auch die über dem Landesdurchschnitt liegende Zahl arbeitsloser Flüchtlinge nicht abgebaut werden. Von Wolfsburg und den an die Industrieregionen Braunschweig, Hannover und Hamburg-Harburg grenzenden Gebiete abgesehen, bot zunächst fast nur die Landwirtschaft ein Unterkommen. Hier zeigte sich nun aber trotz der ersichtlichen Ernährungsvorteile bei vielen Flüchtlingen eine mangelnde Bereitschaft, angebotene Stellen anzunehmen. Die Bauern mußten sich ihre Deputatfamilien teilweise aus Schleswig-Holstein holen. Als Grund für die Verweigerung wird oft der zu geringe Verdienst angegeben. Aber davon abgesehen machte sich eine allgemeine Arbeitsunlust breit, die auch von den Flüchtlingsvertretern wegen ihrer psychologischen Wirkung auf die Einheimischen als ein ernstes Problem betrachtet wurde. Selbst bei Torfstich- oder Stubbenrodungsaktionen, die unmittelbar ihnen selbst zugute kamen, waren die Flüchtlinge oft nicht zur Mitarbeit zu bewegen. Pastor Albertz hielt es schon im Januar 1946 für erforderlich, geldliche Unterstützungen einzuschränken, weil sie den Arbeitswillen noch mehr lähmten.

Auf der anderen Seite stellten sich denjenigen, die arbeitswillig waren, erhebliche Hindernisse in den Weg. Die Unterbringung konnte in der Regel keine Rücksicht auf Arbeitsplätze nehmen; weite Wege mußten deshalb in Kauf genommen werden. Die Arbeit im erlernten Beruf war anfangs nur wenigen möglich, so daß in großem Ausmaß Umschulungen erforderlich wurden.

Handwerker strebten möglichst rasch die Errichtung eigener Betriebe an. Dazu mußten — wie auch bei Arzt- und Rechtsanwaltspraxen — Räume zur Verfügung gestellt werden. Oft fehlte das Startkapital; wenigstens teilweise konnte dann mit

Existenzgründungsdarlehen geholfen werden. Schwierigkeiten bereitete aber auch die Zulassung durch die Handwerkskammern; die eingessenen Handwerker fürchteten die Konkurrenz, obwohl ja durch die Bevölkerungszunahme auch der Bedarf gestiegen war, und sie wollten die ohnehin knappen Materialzuteilungen nicht auf noch mehr Betriebe aufteilen müssen. Es wird aber anerkannt, daß die Handwerkskammern nach anfänglichem Zögern dann doch überall einlenkten und zum Teil aktive Hilfe beim Aufbau von Flüchtlingsbetrieben leisteten.

Mit der Einsicht, daß die Rückkehr in den Osten auf absehbare Zeit nicht möglich sein würde, wuchs bei den Flüchtlingen, besonders denen von bäuerlicher Herkunft, der Wunsch, in der neuen Heimat seßhaft zu werden, ein eigenes Haus und eigenen Grund und Boden zu besitzen. Die auf Integration bedachten Behörden wären diesem Wunsch gern entgegengekommen, hatten aber wenig Möglichkeiten dazu. Vor allem für bäuerliche Siedlerstellen fehlte das Land. Schon im Oktober 1945 dämpfte eine Tagung der Flüchtlingsdezernenten der Regierungen in Hannover die Hoffnungen, die von vielen auf die geplante Bodenreform gesetzt wurden: Ein zwangsweiser Eingriff in Rechtsverhältnisse sei nicht vorgesehen, die ehemaligen Wehrmachtsländereien sollten an die früheren Eigentümer zurückfallen; eine Landzuteilung in größerem Umfang sei daher nicht möglich, und man solle vermeiden, bei den Flüchtlingen besondere Hoffnungen zu erwecken. Auch Anregungen aus dem Kreis der Vertriebenen, schlecht bewirtschaftete Höfe zu enteignen und an Flüchtlinge zu übertragen, oder das Wilseder Naturschutzgebiet aufzusiedeln, stießen auf wenig Gegenliebe.

Unter diesen Umständen mußten die in mehreren Kreisen gegründeten Selbsthilfegemeinschaften der Flüchtlinge für Siedlungsbau ohne Erfolg bleiben, zumal auch die Bauern sich meist weigerten, kulturfähiges Öd- oder Brachland abzugeben. Realisierbar waren allein Kleinsiedlungen, die vereinzelt schon 1947, in größerem Umfang dann seit 1948 mit staatlicher Förderung an vielen Orten entstanden. Einen Sonderfall stellt die 1947 auf dem ehemaligen Feldflughafen Reinshen bei Schneverdingen entstandene Flüchtlingsgemeinde dar, die denn auch zu einem Vorzeigeobjekt der niedersächsischen Flüchtlingsverwaltung wurde.

Wenn auch die materielle Hilfe notgedrungen im Vordergrund aller Bemühungen stand, so ließen die Betreuungsstellen auf Kreis- und Gemeindeebene doch auch die seelische und kulturelle Betreuung der Flüchtlinge nicht außer acht. Gerade auf diesem Feld hing natürlich viel vom persönlichen Vermögen der jeweiligen Leiter ab. An die Spitze ist auch hier wieder Heinrich Albertz zu stellen.

Er rief in Celle einen Flüchtlings-Kulturkreis ins Leben, der Vorträge und Konzerte veranstaltete und im Frühjahr 1946 sogar eine kleine Wanderbühne hervorbrachte. Als Leiter des Bezirksflüchtlingsamts dehnte Albertz diese Initiative auf den ganzen Bezirk aus; er gründete einen Kulturring als Dachorganisation der örtlichen Kulturkreise, der Anregungen geben und Veranstaltungen vermitteln

sollte. Hier mußte er aber die Enttäuschung erleben, daß das Bedürfnis nach anspruchsvoller Unterhaltung zumindest auf dem Lande geringer war, als er gemeint hatte. Nach einem ersten Höhenflug blieb es meist bei Heimatabenden und Weihnachtsfeiern.

Albertz lenkte die Aufmerksamkeit auch auf zwei Gruppen, die einer besonderen Fürsorge bedürftig waren: die vagabundierenden Jugendlichen, die ohne Bindung an eine Familie durchs Land zogen und sich von Diebstahl, Bettelei oder Schwarzhandel ernährten, und die entlassenen Soldaten aus den Ostgebieten, die noch auf der Suche nach ihren Angehörigen waren. Für die Jugendlichen wurden Auffangstellen und Heime zur Resozialisierung eingerichtet, und für die Heimkehrer entwickelte Albertz das weithin beachtete Modell der „Soldaten-Inseln“, Heime, in denen die Männer für die schwierige Zeit des Übergangs zwischen Entlassung und Neugründung einer Existenz aufgenommen und äußerlich und innerlich versorgt werden sollten.

Alle Betreuungsmaßnahmen zielten letzten Endes darauf, den Zustand der Heimatlosigkeit für die Flüchtlinge möglichst rasch zu beenden. *Der Flüchtling muß und soll aufhören, Flüchtling zu sein*, heißt es in einem Erlaß des Oberpräsidenten vom Februar 1946. Mit dem Moment, wo er in Niedersachsen Fuß gefaßt habe, verliere er die Bezeichnung „Flüchtling“ und werde gleichberechtigtes Mitglied der Bevölkerung. Der damit geforderten auch ideellen Eingliederung standen allerdings auf beiden Seiten, bei den Flüchtlingen wie bei den Einheimischen, emotionale Hemmnisse entgegen. Die maßgebenden Flüchtlingsvertreter waren durchweg Realisten und strebten eine rasche Assimilation an. Aber es gab auch Stimmen, die es für ihre Pflicht hielten, die Hoffnung auf Rückkehr lebendig zu halten und jeden anzufeuern, der solche Hoffnungen dämpfte. Die Leiter der Flüchtlingsämter hatten deswegen manchen Konflikt auszustehen.

Neben diesen aus ehrenwerten Motiven heraus sich der Eingliederung widersetzen- den Vertriebenen gab es aber auch solche, die mit ständiger Nörgelei, mit Kritik an den Behörden und an den Einheimischen und mit unverschämten, überzogenen Forderungen böses Blut machten. Es ist im Einzelfall schwer zu entscheiden, ob es sich dabei um geborene Querulanten handelte oder ob sich Verzweiflung, Mutlosigkeit und Resignation in Mißstimmung und Aufsässigkeit umsetzten. Die Vertrauensleute distanzieren sich nachdrücklich von solchen ewig Unzufriedenen, die, auch wenn sie nur eine kleine Minderheit bildeten, doch das Bild der Flüchtlinge in der Öffentlichkeit trübten. Es handelte sich keineswegs nur um den sozialen Bodensatz; ein Lagerleiter, der sonst mit dem Benehmen der Ankömmlinge sehr zufrieden war, berichtet von einem Transport, der sich auffällig von den übrigen unterschied: *Der Prozentsatz an Männern und besonders der Anteil der sogenannten besseren Kreise war bedeutend höher, und dies zeigte sich unangenehm in einem bedenklichen Nachlassen der Selbstdisziplin und Fügsamkeit.*

Hier muß wenigstens kurz das Problem des Asylrechts erwähnt werden. Es stellte sich, als seit Ende 1946 in immer größerer Zahl illegale Flüchtlinge, sogenannte „Schwarzgänger“, aus der russischen Zone nach Niedersachsen strömten, monatlich etwa 15—20000. Sie drohten nicht nur wegen ihrer Menge ein Chaos zu verursachen; unter ihnen befand sich auch eine große Anzahl, nach Ansicht der Flüchtlingsämter bis zu 50 %, asozialer Elemente, die politische Fluchtgründe nur vortäuschten. Ihre Verteilung auf das Land war geeignet, Vorurteile gegen die Flüchtlinge ganz allgemein zu bestärken, denn wo sie hinkamen, stieg die Zahl der kriminellen Delikte und der Fälle von Geschlechtskrankheiten spürbar an. Anders als die Amerikaner verschloß sich aber die britische Militärregierung allen Bitten der deutschen Behörden, die Grenze für solche unerwünschten Subjekte zu schließen oder sie wieder in die Zone abzuschieben, sondern hielt am Grundsatz der uneingeschränkten Asylgewährung fest.

Auf der Seite der Einheimischen gab es natürlich mindestens im gleichen Maß Vorkommnisse oder Verhaltensweisen, welche einer raschen Annäherung beider Bevölkerungsteile entgegenstanden. Die auch in den Berichten sich häufenden Klagen über Verständnislosigkeit und Mangel an Einfühlungsvermögen, über Geschäftemacherei mit dem Elend der Flüchtlinge, über Gehässigkeiten und Schikanen sind bekannt genug und brauchen nicht ausgeführt zu werden. Die Gefahr einer Verallgemeinerung lag auch hier nahe.

Ein Flüchtlingsamtsleiter brachte die Meinung der Eingesessenen, wie sie sich in den Augen der Vertriebenen darstellte, auf den kurzen Nenner, *daß die Flüchtlinge unerwünschte und lästige Gäste sind, die sich wieder in ihre alten Wohngebiete begeben sollten*. Es kann mit Recht unterstellt werden, daß Verständnis und Hilfsbereitschaft gewiß weiter verbreitet waren, als es die eher beiläufigen Erwähnungen in den Berichten erkennen lassen. Nur machten solche Fälle natürlich weniger Aufsehen als die negativen Beispiele.

Ein besonderes Kapitel ist das zwiespältige Verhältnis der Flüchtlinge zu den Betreuungsbehörden. Erwähnt werden soll wenigstens ein Fall, der in der Tat belegt, daß ein erschreckendes Unverständnis für die Situation bis in die Spitzen der Politik hinein möglich war. Der aus Oldenburg stammende Verkehrsminister Ernst Martens, der für die FDP in das Kabinett Kopf eingetreten war, übermittelte dem Ministerpräsidenten in einem persönlichen Brief seine Auffassung zum Problem der Flüchtlinge. Sie seien eine große Belastung für das Land und hätten *zu weitaus überwiegender Mehrzahl nicht das geringste Interesse an der Ausübung ihres früheren Berufs. Sie finden sehr leicht Geschmack an der leichteren Art des Broterwerbs auf dem Schwarzen Markt, über dessen Charakter sie meistens von ihrer alten Heimat genaue Kenntnisse mitbringen. Sie bilden deshalb eine ständige Gefahr für die ordnungsmäßige Wirtschaft und die Moral. Sie sind zu einem erheblichen Teil die Schrittmacher für amoralische und asoziale Bestrebungen*. Es gebe für das Flüchtlingsproblem nur eine Lösung, *nämlich die Rückkehr in die alte Heimat. Wozu also der Wahnsinn der Entvölkerung ganzer Pro-*

vinzen, wenn man die Flüchtlinge später doch wieder dahin zurückschicken muß. Kopf überließ die Beantwortung dieses Pamphlets seinem Staatskommissar, Frau Fuchs, die mit *Bitterkeit und Empörung* darauf reagierte.

Männer wie Albertz hatten früh erkannt, daß die Frage nach dem Schicksal der Flüchtlinge letzten Endes auf politischem Feld beantwortet werden müsse, und waren bereit, sich an der politischen Willensbildung aktiv zu beteiligen. Sie hüteten sich aber, in die Betreuungsarbeit parteipolitisches Engagement einzubringen, sondern trennten beide Ebenen säuberlich voneinander. Das entsprach den Intentionen der Behörden, die alle Versuche, die Flüchtlinge in eine bestimmte politische Richtung zu drängen, im Keim erstickten. Vor allem wollte man die Bildung einer eigenen Flüchtlingspartei verhindern und stellte deshalb im Januar 1946 alle Arten von Flüchtlingsvereinigungen, auch die rein landsmannschaftlichen, unter eine Genehmigungspflicht, die praktisch einem Koalitionsverbot gleichkam. Schon bestehende Verbindungen mußten aufgelöst werden. Erst im September 1948 kam es zu einer Lockerung des Verbots, beschränkt allerdings auf die Kreisebene und auf Vereinigungen mit sozialer und kultureller Zielsetzung. Ihre politischen Interessen sollten die Flüchtlinge innerhalb der bestehenden Parteien durchsetzen. Das brauchte allerdings eine längere Anlaufzeit. Bei der Kommunalwahl vom September 1946 waren die Vertriebenen in den Gemeinde- und Kreisparlamenten des Bezirks noch kaum zum Zuge gekommen, was vor allem am mangelnden Interesse bei der Aufstellung der Kandidaten lag, und auch nach der Kommunalwahl vom November 1948 waren sie mit 35 % in den Gemeinde- und 27 % in den Kreisparlamenten noch nicht ihrer Zahl entsprechend vertreten.

Immerhin aber saß seit April 1947 mit Heinrich Albertz ihr prominentester Interessenvertreter im Landtag und stand seit Juni 1948 an der Spitze des für die Betreuung zuständigen Ministeriums. Der gleiche Monat hatte zwar mit der Währungsreform zunächst noch einmal einen auf vielen Gebieten spürbaren Rückschlag gebracht, da sie den Startvorteil der Einheimischen nicht, wie erhofft, verringerte, sondern vergrößerte. Aber sie war doch eine notwendige Voraussetzung für den ihr folgenden wirtschaftlichen Aufschwung, der dann auch die geistige Integration der Flüchtlinge nach sich zog. Wenn Albertz — um ihn ein letztes Mal zu zitieren — eine Ansprache vor Flüchtlingsbetreuern im Oktober 1948 mit dem Satz schloß: *Wir kommen langsam voran*, so war das nicht ministerieller Optimismus, sondern die Folgerung aus der Erkenntnis, daß die schlimmsten Jahre nun doch überstanden waren.

5.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen 1945—1950

Von

Matthias Riedel

Bevor ich einiges über die Industrieproduktion, den Außenhandel, die Arbeitslosigkeit und die Demontage berichte, scheint es mir wichtig, zunächst einen kurzen Blick auf die Lebensverhältnisse der Menschen zu werfen und zu skizzieren, wie sie wohnten, was sie zu essen hatten und wie es um ihren Gesundheitszustand bestellt war.

Niedersachsen hatte in den ersten Nachkriegsjahren vor allem durch das Einströmen von Flüchtlingen einen gewaltigen Bevölkerungszuwachs zu verkräften. Es gab Kreise, in denen die Einwohnerzahl um 100 % gestiegen war, in einzelnen Gemeinden sogar um 200 %¹. Den Menschenzustrom machen folgende Zahlen deutlich: Am 17. Mai 1939 lebten in diesem Raum 4,5 Mio. Einwohner, am 1. Dezember 1945 waren es 6,1 Mio., am 1. Dezember 1947 6,7 Mio. und am 1. Dezember 1948 6,9 Mio., davon waren 2,5 Mio. Flüchtlinge und Evakuierte und 120000 Ausländer. Die Bevölkerungsdichte war von 96 Einwohnern je qkm im Jahre 1939 auf über 145 am Ende des Jahres 1948 angestiegen². Betrachtet man die tatsächlichen Zuwachszahlen, so stand bei einem Vergleich mit den übrigen Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebietes Niedersachsen mit einer Bevölkerungszunahme von 2,4 Mio. im Jahre 1949 gegenüber 1939 vor Bayern an der Spitze. Das Nachbarland Schleswig-Holstein hatte eine solche von 1,2 Mio. Ein Vergleich des verhältnismäßigen Bevölkerungszuwachses seit 1939 zeigt, daß Schleswig-Holstein mit einer Bevölkerungszunahme von rund 73 % noch deutlich vor Niedersachsen mit rund 52 % rangierte. In Niedersachsen war die stärkste prozentuale Bevölkerungszunahme in den östlichen Landesteilen festzustellen. An der Spitze lag mit 86 % der Regierungsbezirk Lüneburg. Dort und im Regierungsbezirk Stade war auch der Anteil der Flüchtlinge mit rund 35 % am größten³.

1 Vgl. Tätigkeitsbericht des Oberpräsidenten von Hannover. Vorgelegt dem Landtag am 23. 8. 1946. Hauptstaatsarchiv Hannover (künftig: HStA), Nds. 605, 13/50, Nr. 5, S. 3.

2 Vgl. Hans Joachim Malecki, Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik: Die allgemeinen Lebensverhältnisse in Niedersachsen im Jahre 1948, in: Neues Archiv für Niedersachsen, 1949, S. 32.

3 Vgl. Niedersachsen und das Flüchtlingsproblem H. 1. Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F Bd. 6, 1949, S. 11 ff.

Der Bevölkerungszuwachs fiel zusammen mit drückender Wohnungsnot. Nach einer Erhebung vom 1. November 1945 wurden durch den Krieg in Niedersachsen 105 617 Wohngebäude beschädigt. 51 430 oder knapp 49 % dieser Wohngebäude waren zerstört, sehr schwer oder schwer beschädigt. 174 713 Wohnungen, das waren 12,5 % sämtlicher Wohnungen in Niedersachsen, waren unbenutzbar geworden⁴. In den sechs Städten Wilhelmshaven, Emden, Braunschweig, Hannover, Osnabrück und Hildesheim machte die Beschädigung zwischen 66 und 94 % aus. In diesen Städten befanden sich etwa 54 % aller beschädigten Wohnhäuser Niedersachsens⁵. In Hannover z. B. waren von 28 005 Wohngebäuden 14 838 schwer beschädigt oder zerstört und 8 715 unbeschädigt und in Wilhelmshaven von 10 590 Wohngebäuden 4 825 schwer beschädigt oder zerstört und nur 625, also etwa 6 %, unbeschädigt. 1939 war jede Wohnung im Gebiet des späteren Landes Niedersachsen durchschnittlich mit 3,82 Personen, jeder Wohnraum mit 1,2 Personen belegt. 1948 entfielen auf eine Wohnung 6,01, auf einen Wohnraum 1,9 Personen. Nur in Schleswig-Holstein war die Wohnungsbelegung noch ungünstiger als in Niedersachsen. Hier lebten durchschnittlich 6,56 Personen in einer Wohnung. Nach Angaben des Nieders. Ministers für Arbeit, Aufbau und Gesundheit fehlten Ende 1950 in Niedersachsen noch immer etwa 730 000 Wohnungen, obwohl inzwischen auch der soziale Wohnungsbau angelaufen und in den Jahren von 1948 bis 1950 der Bau von über 70 000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert worden war⁶.

Die große Masse der Bevölkerung litt Hunger. In einem Tätigkeitsbericht stellte Kopf, Oberpräsident von Hannover, im August 1946 zur Ernährungslage fest: *Hier besteht ein Notstand, der sich, falls er nicht in absehbarer Zeit behoben wird, für die Zukunft unseres Volkes verhängnisvoll auswirken muß*⁷. Er wies darauf hin, daß sich die Fälle von Hungerödemen nach Kürzung der Lebensmittelrationen auf 1000 Kalorien pro Tag vermehrt hätten und daß die Ärzte rechtzeitig darauf hingewiesen hätten, daß gewisse Mindestmengen an Fett und Eiweiß in der Nahrung nicht unterschritten werden dürften. Kopf kündigte an: *Wir werden bei allen maßgebenden Stellen der Militärregierung und der deutschen Verwaltung immer wieder auf das Untragbare der gegenwärtigen Situation, die das Leben unseres Volkes in Frage stellt, hinweisen und Abhilfe fordern*⁸. Wie sah nun die Versorgung des Normalverbrauchers zu diesem Zeitpunkt aus? In den Akten des Oberpräsidenten von Hannover sind die Zuteilungen zum Zeitpunkt der Rede Kopfs, also für die 92. Zuteilungsperiode vom 19. August bis zum 15. September 1946, enthalten. Der Normalverbraucher in Hannover erhielt in diesen vier Wochen folgende Nahrungsmittel: 7000 g Brot, 1000 g Nahrungsmittel, 125 g

4 Vgl. Soziales Niedersachsen. Bericht des Niedersächsischen Ministers für Arbeit, Aufbau und Gesundheit 1947—1950, 1951, S. 5 f.

5 Vgl. Malecki, wie Anm. 2, S. 37.

6 Vgl. Soziales Niedersachsen, wie Anm. 4, S. 5 ff.

7 Wie Anm. 1, S. 4.

8 Ebd.

Kaffee-Ersatz, 250 g Zucker, 450 g Marmelade, 450 g Fleisch, 600 g Fisch, 125 g Butter, 75 g Margarine, 62,5 g Käse, 125 g Quark, 3500 g entrahmte Frischmilch und 8000 g Kartoffeln. Pro Tag bedeutete dies 1129 Kalorien, 37 g Eiweiß und 15 g Fett⁹. An dieser katastrophalen Ernährungslage, die sich selbstverständlich auf die Arbeitskraft und die Gesundheit der Bevölkerung auswirkte und z. B. dazu führte, daß die Tuberkulose verstärkt auftrat und die Hälfte der Jugendlichen der schlechtesten Gesundheitsklasse zuzuordnen war, änderte sich noch lange Zeit nichts Grundlegendes. Während dem Normalverbraucher 1939 noch rund 2400 Kalorien pro Tag zugebilligt worden waren, mußte er nun mit etwa der Hälfte auskommen, und es kam noch schlimmer: Im Dezember 1947 standen ihm nur 1023 Kalorien zur Verfügung¹⁰. Auch die Zusammensetzung der Nahrungsmittel nach dem Nährstoffgehalt hatte sich in ungünstigem Sinne verändert. Gegenüber einem normalen Bedarf von täglich 30 g tierischem Eiweiß wurden z. B. im Bereich des Ernährungsamts Hannover-Stadt im Mai 1948 nur 14 g an den Normalverbraucher ausgegeben. In diesem Monat erhielt er je Kalendertag 1381 Kalorien¹¹, das bedeutete, daß sich die Situation, die Kopf schon zwei Jahre zuvor als untragbar bezeichnet hatte, immer noch nicht gebessert hatte. Um einen Eindruck von der kargen Kost zu geben, mit der sich die Menschen begnügen mußten, einige Beispiele für einzelne Nahrungsmittel: Der Normalverbraucher in Hannover-Stadt bekam für den ganzen Monat Mai 1948 100 g Fleisch, also etwa eine Bockwurst, 62,5 g Käse, also etwa eine Ecke Schmelzkäse, 750 g Gemüse und zwei Eier zugeteilt. Hinzu kam, daß in den Monaten April bis Juni 1948 insbesondere in den großen Städten infolge des Ausbleibens der erforderlichen Importe erhebliche Versorgungsstörungen bei anderen Lebensmitteln auftraten und nur mit Mühe ein akuter Brotmangel vermieden werden konnte¹². In der zweiten Hälfte des Jahres 1948 besserte sich die Ernährungslage zwar merklich, aber auch im Frühjahr 1949 wurden dem Normalverbraucher nur etwa 1800 Kalorien zugeteilt. Die Erhöhung der Inlandserzeugung und der Importe ließ dann nach und nach die Freigabe verschiedener Nahrungsmittel aus der Bewirtschaftung zu¹³.

Die Industrieproduktion kam nach dem Zusammenbruch nur sehr schleppend wieder in Gang. Zwar wurde die Fertigung, sofern die Erlaubnis der Militärregierung vorlag, schon 1945 vereinzelt auch in größeren Betrieben, z. B. bei Continental in Hannover, wieder aufgenommen, aber es handelte sich dabei immer nur um eine, gemessen an früheren Ergebnissen, verschwindend geringe, behelfsmäßige Produktion. Hemmend wirkten sich z. B. die Zonentrennung aus, die Abschneürung vom Weltmarkt, der Mangel an Rohstoffen und Energie, Transport-schwierigkeiten, Ungewißheit im Hinblick auf die Währung und die noch ausste-

9 HStA, Nds. 600, 87/81, Nr. 73/2.

10 Vgl. Jahresbericht des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Haushaltungsjahr 1948/49, in: Neues Archiv für Niedersachsen, 1949, S. 189.

11 Ernährungsamt Hannover-Stadt Z.P. 114, Mai 1948. HStA, Nds. 600, 87/81, Nr. 73/1.

12 Wie Anm. 10, S. 181.

13 Wie Anm. 10, S. 190.

henden Demontagebefehle und die aufgrund der unzureichenden Lebensverhältnisse weit unter dem normalen Niveau liegende Arbeitsleistung. 1946 beklagte Kopf, auch die Erteilung von Produktionsgenehmigungen durch die britische Militärregierung besage noch nicht, daß für die damit bedachten Betriebe eine laufende Versorgung mit Energie und Rohstoffen gewährleistet sei. Im Gegenteil, die meisten dieser Betriebe müßten überwiegend aus ihren Vorräten leben, und dieser Zustand sei auf die Dauer unhaltbar¹⁴. Nach einer Schätzung der niedersächsischen Industrie- und Handelskammern machte die Industrieproduktion Niedersachsens 1947 etwa 38 % der Produktion von 1936 aus¹⁵, wobei freilich zu bedenken ist, daß das Vergleichsjahr für Niedersachsen ungünstig gewählt ist, denn die Industrialisierung Niedersachsens hatte gerade in den Jahren nach 1936 erhebliche Fortschritte gemacht, z. B. durch den Aufbau der Reichswerke und des Volkswagenwerks und die Verlegung von Industriebetrieben während des Krieges. Im Frühjahr 1948 kennzeichnete ein Bericht der niedersächsischen Industrie- und Handelskammern den derzeitigen Zustand der industriellen Wirtschaft als „ungeheuren Leerlauf“ und eine „immer tiefer greifende Lähmungskrise“¹⁶. Die niedersächsische Industrie arbeite von der Hand in den Mund. Die Elastizität der Wirtschaft werde immer geringer, weil an allen Stellen die Reserven dem Ende entgegen gingen, die Grundstoffe erschöpft seien und zahllose Hilfsmittel der Produktion, wie Ersatzteile, Reifen usw., ausliefen. Immer mehr Kapazitäten fielen mangels Ersatzes aus. Der gegenwärtige Tiefstand der Produktion werde nur durch das ständige Zehren von der Substanz gehalten. Aber der Raubbau habe einmal ein Ende.

Die große Wende zeichnete sich nach der Währungsreform im zweiten Halbjahr 1948 ab. Die Industrieproduktion (ohne Bau-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie) stieg nach dem Index der arbeitstäglichen Produktion (Monatsdurchschnitt 1. Halbjahr 1948 = 100) von 107 im Juni auf 162 im Dezember 1948 und 190 im Dezember 1949¹⁷. Das Wachstum der Investitions- und Verbrauchsgüterindustrie war deutlich stärker als das der Grundstoff-Industrie. Im Oktober 1949 hatte sich das Produktionsniveau der Investitions- und Verbrauchsgüterindustrie Niedersachsens, gemessen am Monatsdurchschnitt des 1. Halbjahres 1948, verdoppelt. Auf eine Phase des stürmischen Anstiegs der Produktion in den ersten Monaten nach der Währungsreform, die bis etwa Februar 1949 dauerte, folgte eine Phase des geringfügigen Wachstums bzw. der Stagnation bis ungefähr zum Ende des Jahres 1949. In Berichten der Landeszentralbank von Niedersachsen wurden als Ursachen dafür vor allem die geringe Kaufkraft breiter Verbraucher-

14 Wie Anm. 1, S. 11.

15 Vgl. Niedersächsische Wirtschaft, Export-Messe 1948 Nr. 1, S. 147.

16 Ebd., S. 148.

17 Die Industrie in Niedersachsen 1948 und 1949. Ergebnisse der amtlichen Industriestatistik. Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Reihe F Bd. 11, H. 1 1950, S. 29.

schichten und der Mangel an langfristigem Kapital für Investitionszwecke genannt¹⁸. Die Verbraucher zeigten schon im Frühjahr 1949, abgesehen von einer durch das Osterfest und die Frühjahrssaison bedingten stärkeren Nachfrage nach bestimmten Lebensmitteln sowie Textilien und Schuhen, trotz reduzierter Preise nur geringe Kaufneigung, so daß es in verschiedenen Zweigen der konsumnahen Produktion und innerhalb des Handels zu Absatzstockungen kam.

Die Entwicklung der Bauwirtschaft nahm in Niedersachsen im Jahre 1949 einen anormalen Verlauf. Infolge Kapitalmangels trat die übliche Frühjahrsbelebung kaum in Erscheinung, so daß man in der ersten Jahreshälfte von einer Depression sprechen kann. Mitte des Jahres setzte dann ein verspäteter Aufschwung ein, der im wesentlichen von den inzwischen in Gang gekommenen Förderungsmaßnahmen und dem privaten Wohnungsbau getragen wurde. Die Bautätigkeit der öffentlichen Bedarfsträger war sehr gering. Die Straßenbaudirektion z. B. konnte nur die dringendsten Reparaturen an den Hauptverkehrsstraßen und Autobahnen durchführen. Nach dem verhältnismäßig späten Höchststand im Oktober ging die Bautätigkeit, deren Schwerpunkt im Großraum Hannover und im Raum Hildesheim-Braunschweig lag, saisonbedingt zurück. Im Dezember lag die Zahl der Tagewerke bereits wieder ebenso tief wie im Dezember 1948, die Zahl der Beschäftigten noch deutlich niedriger¹⁹.

Die Umsätze des Einzelhandels im Dezember 1949 lassen erkennen, was der Verbraucher in Niedersachsen im Weihnachtsgeschäft besonders bevorzugte. In vielen Branchen lagen die Umsätze deutlich über denen des Vorjahres. Die stärkste Steigerung konnten die Warenhäuser und Teile des Bekleidungshandels erzielen, aber auch die Gemischtwarengeschäfte und Konsumgenossenschaften, die im wesentlichen Nahrungsmittel einfacher Art umsetzten, schnitten geringfügig besser ab. In der Nahrungs- und Genußmittelbranche fielen vor allem die höheren Umsätze bei Schokolade und Süßwaren, Weinen und Spirituosen auf. In der Textil- und Bekleidungsbranche erwiesen sich Wirk- und Strickwaren, Herrenartikel und Schuhe als Renner. Auch Wohnbedarf und Rundfunkgeräte wurden besser verkauft. Dagegen wurde bei Haushaltwaren, Glas-, Porzellan- und Beleuchtungsgegenständen der Stand vom Dezember 1948 nicht erreicht, ein Zeichen dafür, daß der dringendste Nachholbedarf an diesen Waren bereits gedeckt war²⁰.

18 Vgl. Landeszentralbank von Niedersachsen, Wirtschaftsbericht Nr. 9 vom 30. 4. 1949. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 36.

19 Vgl. Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik, Bericht zur Wirtschaftslage im Dezember 1949 vom 23. 1. 1950. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 179, und Presse-Information des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr Nr. 194 vom 12. 12. 1949. HStA, Nds. 527, 77/79, 1955 Nr. 96.

20 Vgl. Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik, Bericht zur Wirtschaftslage im Dezember 1949 vom 23. 1. 1950. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 179.

Um die Zunahme der Produktion wichtiger Erzeugnisse der Industrie Niedersachsens im Jahre 1949 gegenüber 1948 zu verdeutlichen, einige Beispiele:

	1948	1949
Roheisen	432 898 t	752 601 t
Stahlrohblöcke	555 116 t	780 411 t
Walzstahlfertigerzeugnisse	356 993 t	505 374 t
Zement	565 843 t	946 592 t
PKW	19 121 Stck	46 595 Stck
Landmaschinen	14 865 t	26 006 t
Fahrräder	64 124 Stck	96 625 Stck
Rundfunkempfangsgeräte	95 079 Stck	209 957 Stck ²¹

Ab Februar 1950 nahm die arbeitstäglige Industrieproduktion Niedersachsens wieder deutlich von Monat zu Monat zu, und im Sommer sprach die Landeszentralbank von Niedersachsen in einem Bericht davon, daß sich in der niedersächsischen Wirtschaft ein echter Konjunkturaufschwung durchzusetzen begonnen habe²². Die Produktionszunahme entfiel überwiegend auf Investitionsgüter. Beträchtliche Produktionssteigerungen waren im Fahrzeugbau und in der Industrie der Steine und Erden, hier vor allem in der Zementerzeugung, festzustellen. Eine weitere Belebung hatten ferner der Maschinenbau, die elektrotechnische Industrie und der Erzbergbau zu verzeichnen. Auch die Kautschukindustrie war in fast allen Sparten gut beschäftigt. Dank der durch das Einfließen mittel- und langfristiger Gelder in Gang gekommenen Durchführung von Wohnungsbau- und Arbeitsbeschaffungsprogrammen ging die Bautätigkeit im Sommer 1950 über das saisonbedingte Ausmaß hinaus. Ein großer Teil der Bauunternehmen war gut beschäftigt. Die Zahl der in der Bauwirtschaft Niedersachsens Beschäftigten und die der geleisteten Arbeitsstunden hatte im August 1950 gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr um etwa 20 % zugenommen²³.

Auf dem Sektor der Verbrauchsgüterindustrie waren fast alle Zweige an der Produktionszunahme beteiligt. Es wurden z. B. noch mehr Rundfunkgeräte gebaut, die Textilindustrie erzeugte mehr Kamm- und Baumwollgarn, es stieg die Produktion der Baumwoll-, Leinen- und Schwerweberei, und die Teppich- und Juteweberei wies den höchsten Produktionsstand auf. Die Erzeugung der holzverarbeitenden Industrie, insbesondere der Möbelindustrie, wuchs, da infolge der Belebung des Wohnungsbaus die Nachfrage nach Möbeln zugenommen hatte. Auch die Papiererzeugung profitierte von der gesteigerten Bautätigkeit, denn es wurden mehr Zementsäcke benötigt.

21 Wie Anm. 17, S. 39 f.

22 Vgl. Landeszentralbank von Niedersachsen, Wirtschaftsbericht Nr. 20 vom 31. 7. 1950. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 36.

23 Vgl. Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik, Bericht zur Wirtschaftslage Niedersachsens vom 23. 10. 1950. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 179.

Der Index der arbeitstäglichen Industrieproduktion Niedersachsens (ohne Bau-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Monatsdurchschnitt 1. Halbjahr 1948 = 100) stieg von 183 zu Beginn des Jahres 1950 auf 258 im September. Im Vergleich zum Produktionsstand vom September 1949 betrug die Zunahme 38 %. Im Bereich der Investitionsgüterindustrie war die Steigerung mit rund 50 % gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres noch größer. Hier hatte sich das Produktionsniveau, gemessen am 1. Halbjahr 1948, verdreifacht. Damit war nach Einschätzung des Nieders. Amts für Landesplanung und Statistik bei einem erheblichen Teil der niedersächsischen Industrie die Kapazitätsgrenze nahezu erreicht. Die Absatzlage war allgemein gut, und der Niedersächsische Minister für Wirtschaft und Arbeit stellte fest, daß die Nachfrage das Angebot zum Teil erheblich überstieg²⁴.

Sorge bereitete in zunehmendem Maße die Preisentwicklung. Infolge von Lohnerhöhungen und Verteuerung der Roh- und Hilfsstoffe — auf dem Weltmarkt herrschte im Zuge der Korea-Krise eine Rohstoffhauss — zogen die Preise in der zweiten Hälfte des Jahres 1950 auf breiter Front an, z. B. bei Kohle und Eisen und in den Industriegruppen Holzverarbeitung, Leder und Schuhe, Elektrotechnik, Textil und Schiffbau. In der Kautschukindustrie hatte die Erhöhung der Rohkautschukpreise zu einer Verteuerung der Fertigerzeugnisse geführt, die bei Reifen etwa 15—20 % betrug. Im Herbst 1950 betrug der Preisanstieg für Papier 30—40 %, bei Papiersäcken sogar bis zu 100 % gegenüber dem Frühjahr desselben Jahres²⁵. Diese Preisentwicklung traf breite Schichten der Bewohner Niedersachsens mit seinem hohen Anteil von Flüchtlingen und Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung hart. Wie ernst die Situation war, läßt ein Bericht der Landeszentralbank von Niedersachsen vom Frühjahr 1951 erkennen, in dem es heißt, die große Masse der Bevölkerung sei nach den vielfachen Preissteigerungen der letzten Monate finanziell kaum noch zur Deckung des nötigen Lebensbedarfs in der Lage²⁶.

Da Einfuhren lebensnotwendig waren, kam dem Export besondere Bedeutung zu. Denn es galt, durch Exporterlöse wenigstens einen Teil der dringend benötigten Importe bezahlen zu können. In Niedersachsen sind im Frühjahr 1947 Exportanstrengungen deutlich zu erkennen. Das neu eingerichtete, dem Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft unterstellte Außenhandelskontor Niedersachsen gab im April 1947 bekannt, es hoffe, in Kürze das Außenhandelsgeschäft wieder in Gang bringen zu können²⁷. Doch es gab noch eine Fülle von Schwierig-

24 Vgl. Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik, Bericht zur Wirtschaftslage Niedersachsens im September 1950 vom 23. 10. 1950. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 179 und: Der Niedersächsische Minister für Wirtschaft und Arbeit, Bericht über die Wirtschaftsentwicklung in Niedersachsen vom 16. 12. 1950. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 91.

25 Ebd.

26 Vgl. Landeszentralbank von Niedersachsen, Wirtschaftsbericht Nr. 23 vom 31. 3. 1951. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 36.

27 Vgl. Informationen des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft vom 16. 4. 1947. HStA, Nds. 527, 77/79, 20. 1.

keiten zu überwinden. Jedes Exportgeschäft mußte zunächst noch von der Besatzungsmacht genehmigt werden, und dabei waren umständliche Verfahrensvorschriften zu beachten. Patent- und Warenzeichenschutz gab es nicht. Geschäftsverbindungen konnten nur äußerst mühsam geknüpft werden, da es z. B. noch nicht möglich war, ins Ausland zu telefonieren oder Telegramme zu senden. Auch bei Geschäftsreisen ins Ausland waren sehr große Hindernisse zu überwinden. Die Überprüfung von Ausreiseanträgen deutscher Kaufleute durch englische Dienststellen nahm mitunter mehrere Monate in Anspruch. Aber nicht nur die Reisegenehmigung, auch die Reisekosten warfen Probleme auf, da Devisen nur in äußerst begrenztem Umfang zur Verfügung gestellt wurden. Wie knapp Devisen zur Finanzierung von Auslandsreisen waren, zeigt folgendes Beispiel: 1948 wurden in Niedersachsen insgesamt 527 Auslandsgeschäftsreisen genehmigt, mehr als die Hälfte davon wurde durch ausländische Geschäftsfreunde finanziert²⁸. Diese Geschäftsreisen führten nur in geringem Umfang nach Übersee — hier vor allem in die USA und nach Südafrika —, vorwiegend in europäische Länder, insbesondere in die Schweiz, da die Wirtschaft dieses Landes wegen der dort vertretenen starken ausländischen Konkurrenz für Informationszwecke außerordentlich interessant war.

Das Jahr 1948 bedeutete für den Außenhandel der Bi-Zone einen *gewaltigen Fortschritt*²⁹, und diese positive Entwicklung war auch in Niedersachsen zu beobachten. Dem Jahresbericht des Außenhandelskontors ist zu entnehmen, daß der Wert der abgeschlossenen Exportgeschäfte sich gegenüber 1947 nahezu verdoppelte. Rund ein Drittel der Ausfuhrgeschäfte wurde von der Fahrzeugindustrie abgeschlossen. Davon stellte das VW-Werk den weitaus größten Teil. Aber dieser gute Start von VW erregte offensichtlich sehr schnell den Neid ausländischer Konkurrenten, denn das Außenhandelskontor bemerkte in einem Bericht, gerade die Ausfuhr von Volkswagen sei wiederholt von britischer Seite kritisch beleuchtet worden, und diese Exporte stellten in der Tat einen Einbruch in die eigentlichen Absatzgebiete für britische Wagen dar. Mit großem Abstand hinter den Fahrzeugen folgten im Exportgeschäft Baumwollgewebe, Maschinen (vor allem landwirtschaftliche Maschinen und Büromaschinen), Fertigungsgüter, chemische Erzeugnisse und Salz. Die Lage auf dem Verbrauchsgütersektor, insbesondere bei Glas- und Porzellanwaren, Papierwaren, Büroartikeln, Leder- und Schmuckwaren, war dagegen wenig hoffnungsvoll, da im Ausland für den Ankauf derartiger Waren bis auf wenige Ausnahmen keine Devisen zur Verfügung gestellt wurden.

1949 konnte die Ausfuhr Niedersachsens um rund 150 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Sie betrug ca. 55,3 Mio. \$³⁰, gegenüber 20,2 Mio. \$ im

28 Vgl. Außenhandelskontor Niedersachsen, Jahresbericht 1948. HStA, Nds. 527, 77/79, 1955 Nr. 96.

29 Ebd.

30 Außenhandelskontor Niedersachsen, Jahresbericht 1950. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 3.

Vorjahr³¹. Dieser Aufschwung war ein großer Erfolg, da die Absatzverhältnisse im Ausland schwieriger geworden waren. Diese günstige Entwicklung war nicht nur auf die Beseitigung bürokratischer Hemmnisse zurückzuführen, sondern vor allem auf die Initiative der Exporteure, die sich mit Zähigkeit bemühten, ihre alten Absatzmärkte wieder zu erobern und neue Kunden zu gewinnen. Erhebliche Anstrengungen wurden gemacht, bessere Grundlagen für das Ausfuhrgeschäft zu schaffen, z. B. durch den Aufbau einer eigenen Verkaufsorganisation und das intensive Studium der ausländischen Märkte durch Geschäftsreisen. Hilfreich war auch die Messe in Hannover. Auf der technischen Exportmesse im Mai 1949, die von 5000 ausländischen und 400000 deutschen Interessenten besucht wurde, stellten 1125 Firmen ihre Erzeugnisse aus. Rund 15 % der Aussteller stammten aus Niedersachsen. Drei Fünftel der gemeldeten Abschlüsse entfielen auf den Export. An erster Stelle stand im Ausfuhrgeschäft die sehr vielseitig vertretene Fahrzeugindustrie. Auch die Elektroindustrie und der Maschinenbau erhielten viele Ausfuhraufträge. Bei den Herstellern von Rundfunkgeräten stand dagegen das Inlandsgeschäft im Vordergrund. Die Landeszentralbank von Niedersachsen wertete diese Messe als großen Erfolg³². Bedeutendste ausländische Kunden Niedersachsens waren in diesem Jahre die Niederlande, gefolgt von Großbritannien und Belgien.

Auch 1950 konnte die Ausfuhr Niedersachsens wiederum wie im Vorjahr um rund 150 % gesteigert werden und hatte jetzt einen Wert von 139,4 Mio. \$. Etwa 7,1 % der Ausfuhr der Bundesrepublik stammten aus Niedersachsen³³. Dieser Erfolg beruhte teilweise auf günstigen Handelsverträgen und dem Abbau verschiedenartiger Handelsrestriktionen, aber in besonderem Maße auf den intensiven Bemühungen der Industrie und des Handels. Das Außenhandelskontor berichtete, daß nicht nur bekannte Exportfirmen bestrebt waren, ihre Ausfuhr zu erweitern, sondern, daß auch viele kleinere und mittlere im Ausfuhrgeschäft relativ unerfahrene Unternehmen bemerkenswerte Anstrengungen machten, um ins Exportgeschäft zu kommen. Die Zahl der im Export tätigen Firmen nahm deutlich zu: Während zu Beginn des Jahres 1950 600 Firmen mit 4700 Einzelgeschäften im Monat in Niedersachsen an der Ausfuhr beteiligt waren, waren es am Ende des Jahres über 900 Firmen mit 8500 Einzelgeschäften. Auch der geschäftliche Reiseverkehr ins Ausland war reger geworden und brachte eine Verbesserung der Auslandsbeziehungen mit sich. Während in früheren Jahren Geschäftsreisen größtenteils in die Nachbarstaaten führten, wurden nun in steigendem Maße auch außereuropäische Länder besucht. Daß es wieder aufwärts ging, zeigte sich auch daran, daß deutsche Kaufleute sich nicht mehr von ihren ausländischen Ge-

31 Presse-Information des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr vom 17. März 1950. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 178.

32 Vgl. Landeszentralbank von Niedersachsen, Wirtschaftsbericht Nr. 10 vom 31. 5. 1949. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 36.

33 Wie Anm. 30.

schäftsfreunden einladen lassen mußten, sondern die für Geschäftsreisen bereitgestellten Devisen in Anspruch nehmen konnten.

Erfreulich war, daß auch 1950 die Ausfuhr von lohnintensiven Fertigwaren gegenüber der von Rohstoffen und Halberzeugnissen gesteigert werden konnte. Der Anteil der Fertigwaren am Export Niedersachsens betrug rund 73 %. Die Kraftfahrzeugindustrie stand nach wie vor an der Spitze der niedersächsischen Ausfuhr. Knapp 17 % gingen auf ihr Konto. In der Hauptsache wurde dieses Geschäft durch den Export von Volkswagen getragen. Nach Angaben des Volkswagenwerkes wurden 1950 von einer Gesamtproduktion von 90558 Wagen 29048, also ein Drittel, exportiert. Aber auch die Ausfuhrergebnisse auf dem Gebiet des Lastwagen-, Omnibus- und Traktorenbaus waren außerordentlich. Überdies war die Kraftfahrzeugindustrie in der Lage, ihren Export auch regional, vor allem in Übersee, zu erweitern. Auch die Maschinenbauindustrie, die einen Anteil von 11,4 % an der niedersächsischen Ausfuhr hatte, hatte ihren Auslandsumsatz vor allem durch den vermehrten Verkauf von Landmaschinen steigern können. 7,5 % des niedersächsischen Exports entfielen auf Chlorkalium, schwefelsaures Kali und Kalimagnesia, jeweils zwischen 4 und 5 % auf Baumwollgewebe, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Kautschukwaren, Stab- und Formeisen sowie auf Erzeugnisse der Ernährungswirtschaft, wozu nicht nur Sämereien, insbesondere Zuckerrübensamen und Kartoffeln, sondern auch wertvolles Zuchtvieh und Pferde zählten. Der Anteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse an der niedersächsischen Ausfuhr hatte in den letzten Jahren stetig zugenommen. Während er im Monatsdurchschnitt des Jahres 1948 wenig mehr als 1 % betrug, stieg er 1949 auf rund 3 % und 1950 auf 4,2 %. Unter den exportierten Rohstoffen kam vor allem den Kalirohsalzen Bedeutung zu, die in die ganze Welt versandt wurden. Zu den Hauptkäufern zählte auch Japan.

Mehr als die Hälfte des niedersächsischen Exports ging 1950 in europäische Länder, etwa ein Sechstel nach Amerika, der Rest — in dieser Reihenfolge — nach Asien, Afrika und Australien. Die europäischen Hauptabnehmer waren die Niederlande, Schweden, Belgien, Dänemark, die Schweiz und Großbritannien, die amerikanischen USA, Brasilien und Argentinien, und in Asien lagen die Türkei und Japan an der Spitze.

Das Jahr 1950 hatte der niedersächsischen Exportindustrie einen sehr beachtlichen Aufschwung gebracht. Doch gegen Ende des Jahres zogen Gewitterwolken auf: Der Ausbruch des Koreakonfliktes und die dadurch hervorgerufene Verknappung von Rohstoffen sowie die sprunghafte Steigerung der Rohstoffpreise, mit der die deutschen Ausfuhrpreise nicht Schritt halten konnten, wirkten sich nachteilig aus. Trotzdem hoffte die Wirtschaft auf eine günstige Weiterentwicklung und gute Exportmöglichkeiten vor allem durch die Erschließung neuer überseeischer Absatzmärkte.

Auf dem Arbeitsmarkt türmten sich gewaltige Schwierigkeiten auf. Diese waren nach der Währungsreform noch größer als vorher. Die starke Zunahme der

Wohnbevölkerung und der Zahl der Erwerbspersonen nach Kriegsende traf auf eine zerstörte Wirtschaft, in der zahlreiche Betriebe zum Erliegen gekommen waren und die Beschäftigungsmöglichkeiten abgenommen hatten. Erschwerend kam hinzu, daß Flüchtlinge ohne Rücksicht auf arbeitsmarktpolitische Überlegungen dort untergebracht wurden, wo Wohnraum vorhanden war. Die ländlichen Bezirke waren überbelegt, ihre Einwohnerzahlen stiegen teilweise auf mehr als das Doppelte. Zunächst konnten viele der zugewanderten Erwerbspersonen provisorisch einen Arbeitsplatz finden. Bevorzugt wurde die Landwirtschaft, weil dort Aussicht auf Verbesserung der Ernährungslage bestand. Oft aber waren Flüchtlinge am Ort nicht zu beschäftigen, und wenn sie in sehr abgelegenen Gemeinden untergebracht waren, bestand auch keine Verkehrsmöglichkeit zu einer Arbeitsstätte im Nachbarort.

Die Voraussetzungen für produktive Arbeit wurden vor der Währungsreform immer schlechter. Die unzureichenden Wohnverhältnisse, die mangelnde Ernährung und Kleidung zehrten an der Arbeitskraft und -lust. Obwohl viele Betriebe versuchten, ihre Belegschaft trotz Energie-, Rohstoff-, Maschinen- und Transportmittelmangels durch Hilfs- und Übergangsbeschäftigungen vor Entlassungen zu schützen, nahm die Arbeitslosigkeit besonders in den Wintermonaten kräftig zu. Doch in den Jahren vor der Währungsreform konnten diejenigen, die im Winter ganz oder teilweise arbeitslos geworden waren, im Laufe des März und April fast alle wieder in ihren ursprünglichen Betrieben eingesetzt werden. Die geringe Arbeitsleistung des einzelnen wurde durch eine größere Zahl von Beschäftigten ausgeglichen. Besonders stark war die Nachfrage nach voll einsatzfähigen Kräften für schwere Arbeiten, insbesondere in der Land-, Forst- und Torfwirtschaft sowie im Metall- und Baugewerbe. Dagegen konnten nicht voll Einsatzfähige nicht genügend vermittelt werden. Ein Überangebot lag vor bei kaufmännischen, technischen und Verwaltungsangestellten, besonders höheren Alters. Manche Arbeitsplätze boten Vergünstigungen, die besonders begehrt waren: z. B. konnten durch Deputatholz Holzarbeiter für die Stubbenrodung und den Einschlag von Brenn- und Exportholz und Frauen und minderarbeitsfähige Männer für Kultur- und Aufforstungsarbeiten gewonnen werden. Auch in der Torfwirtschaft wirkte sich die Zuteilung von Prämiertorf günstig aus, und in der Fischindustrie konnten zahlreiche Kräfte leicht vermittelt werden, da Fischzuteilungen in Aussicht standen. Hausangestellte waren sehr gefragt, doch wurde meistens keine Unterkunft, oft nicht einmal Verpflegung geboten, so daß das Angebot an hauswirtschaftlichen Kräften niedrig war. Dagegen wurden hauswirtschaftliche Arbeiten bei englischen Dienststellen gerne angenommen, denn hier lockte eine Aufbesserung der Verpflegung. Die Vermittlung der entlassenen Kriegsgefangenen machte große Schwierigkeiten, soweit diese aus Rußland, der Tschechoslowakei oder Jugoslawien kamen. Völlige Erschöpfung, Krankheiten und ungenügende Bekleidung machten für mehrere Monate einen Arbeitseinsatz unmöglich. Die aus anderen Gefangenenlagern Zurückkehrenden konnten meist nach einem kurzen Urlaub wieder einen Arbeitsplatz annehmen. Was ein Bericht

des Niedersächsischen Amts für Landesplanung und Statistik für das Jahr 1947 feststellt, ist charakteristisch für die Zeit vor der Währungsreform: *Wegen der schlechten Ernährungslage, der meist fehlenden Arbeitskleidung und der ungenügenden Wohn- und Verkehrsverhältnisse ging die Tendenz der Arbeitnehmer verständlicherweise dahin, Feierschichten für die eigene Ernährungs- und Hausbrandversorgung einzulegen, die Arbeitsleistungen auf ein der Ernährungslage entsprechendes Niveau zu drücken und die Arbeit mit Deputat-, Prämien- und Kompensationsaussichten vorzuziehen*³⁴.

Während in der ersten Jahreshälfte 1948 der Arbeitskräftebedarf nicht hinreichend gedeckt werden konnte und im Mai z. B. 97 109 offenen Stellen 57 658 Arbeitslose gegenüberstanden, stieg die Zahl der Arbeitslosen nach der Währungsreform rasch an und hatte sich schon bis Dezember 1948 fast verdreifacht. Gleichzeitig war die Zahl der offenen Stellen um etwa 80 % zurückgegangen: nun gab es in Niedersachsen 171 050 Arbeitslose und 17 105 offene Stellen. Die Arbeitslosenquote war von 2,9 % im Juni 1948 auf 8,3 % im Dezember gestiegen³⁵.

Die Geld- und Kreditverknappung nach der Währungsreform hatte zur Folge, daß Arbeitskräfte, die nicht unbedingt produktiv tätig waren, nicht mehr beschäftigt werden konnten. In vielen Betrieben konnten Arbeitskräfte eingespart werden, weil die Beschäftigten, um ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren, eine größere Arbeitsleistung erzielten und auch ein Rückgang der Krankmeldungen zu beobachten war. Die Arbeitsämter stellten eine größere Arbeitswilligkeit der Arbeitssuchenden fest. Die größte Zahl der Arbeitslosen wurde Ende 1948 von den Angehörigen der kaufmännischen, Büro- und Verwaltungsberufe gestellt, auf die zusammen mit den Hilfsarbeitern und den landwirtschaftlichen Berufstätigen 45 % sämtlicher Arbeitslosen entfielen. Der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtzahl der Arbeitslosen war mit rund 40 % sehr hoch, denn an der Zahl der Erwerbspersonen waren sie nur mit rund 20 % beteiligt. Dies war zum Teil darauf zurückzuführen, daß die in den ländlichen Bezirken untergebrachten Flüchtlinge sehr häufig berufsfremd beschäftigt waren und bei einer notwendig werdenden Verringerung der Belegschaft zuerst entlassen wurden. Aber auch andere Gruppen hatten es besonders schwer, z. B. die Kriegsbeschädigten. Ein Teil von ihnen war vor der Währungsreform im Kunstgewerbe und der Spielzeugherstellung beschäftigt, in Branchen, die nach dem Währungsschnitt wegen Absatzmangels ihre Fertigung stark einschränken mußten. Der Anteil der Arbeitslosen an der ortsanwesenden Bevölkerung betrug Ende Dezember 1948 im Landesdurchschnitt 2,5 %. Am höchsten war er mit 7 % im Arbeitsamtsbezirk Watenstedt-Salzgitter, gefolgt von Wilhelmshaven, Brake, Leer und Emden, am niedrigsten mit 1,1 % in Hannover und Osnabrück³⁶. Außer den Demontagezentren Watenstedt-

34 Statistische Monatshefte für Niedersachsen 2 (1948), S. 19.

35 Statistisches Handbuch für Niedersachsen, 1950, S. 43.

36 Vgl. Ingrid Tornow, Niedersächsisches Amt für Landesplanung und Statistik: Arbeitseinsatz und Arbeitsmarkt im Lande Niedersachsen im Jahre 1948, in: Neues Archiv für Niedersachsen 1949, S. 483 f.

Salzgitter und Wilhelmshaven waren also die an der Küste gelegenen industriearmen Bezirke besonders hart von der Arbeitslosigkeit betroffen, während Großstädte, also Industriezentren, und der industriedurchsetzte Südteil des Landes im Raume Hildesheim-Braunschweig unterdurchschnittlich durch Arbeitslosigkeit belastet waren.

Die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit seit der Währungsreform kam auch im Jahre 1949 nicht zum Stillstand. Monat für Monat stieg die Zahl der Arbeitslosen, und mit Ausnahme des August besserte sich die Lage nicht einmal in den Sommermonaten auch nur geringfügig. Ende des Jahres 1949 gab es mehr als doppelt so viele Arbeitslose wie Ende 1948.

Die Landeszentralbank von Niedersachsen wies in ihren Berichten immer wieder auf die Gründe für diese besorgniserregende Situation hin. Die geringe Kaufkraft breiter Verbraucherschichten führte zu einem Rückgang des Umsatzes und der Auftragsbestände. Nicht rationell arbeitende und nicht gründlich kalkulierende Betriebe blieben zuerst auf der Strecke und mußten schließen. Die Zahlungseinstellungen wuchsen an. Zur geringen Kaufkraft der Bevölkerung kam der Mangel an Kapital für Investitionen. Schon im Frühjahr 1949 stellte die Landeszentralbank fest: *Die Problematik der weiteren Wirtschaftsentwicklung . . . liegt nicht in der Deckung des kurzfristigen Kreditbedarfs der Wirtschaft, sondern in der Bereitstellung ausreichender Investitionsmittel, die zur Aufrechterhaltung und Steigerung der Produktion nötig sind. Wenn es nicht gelingt, hier zu befriedigenden Lösungen zu kommen, muß wohl damit gerechnet werden, daß eine mit höherer struktureller Arbeitslosigkeit verbundene Produktionsschrumpfung eintritt*³⁷. Der Einsatz öffentlicher Mittel für Investitionszwecke konnte bei der angespannten Lage der niedersächsischen öffentlichen Finanzen — Niedersachsen hatte z. B. etwa die Hälfte des Steueraufkommens für Besatzungskosten aufzuwenden³⁸ — nur in bescheidenem Umfang erfolgen. Die Befriedigung des langfristigen Kapitalbedarfs der niedersächsischen Wirtschaft war aus der sehr geringen Kapitalbildung des Landes heraus nur in unzureichendem Maße möglich. Es kam also entscheidend darauf an, daß langfristige Mittel für Investitionszwecke von außerhalb zur Verfügung gestellt wurden, sonst war eine Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht in Sicht.

Von Ende Dezember 1948 bis Ende Dezember 1949 stieg die Zahl der Arbeitslosen von 171050 auf 367701, die Arbeitslosenquote von 8,3 % auf 17,3 %, während die Zahl der offenen Stellen von 17105 auf 6693 zurückging³⁹. Nur in Schleswig-Holstein lag Ende 1949 die Arbeitslosenquote noch deutlich höher als in Niedersachsen, nämlich bei 26,3 %. An dritter Stelle folgte Bayern mit

37 Landeszentralbank von Niedersachsen, Wirtschaftsbericht Nr. 7 vom 28. 2. 1949. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 36.

38 Vgl. Die Not des Landes Niedersachsen, in: Neues Archiv für Niedersachsen 1949, S. 313.

39 Wie Anm. 35.

14,5 %. Im Durchschnitt des Jahres 1949 hatte Niedersachsen einen Anteil von 22,4 % an der Zahl der Arbeitslosen des Bundesgebietes⁴⁰.

Auch in den ersten zwei Monaten des Jahres 1950 verschlimmerte sich die Arbeitslosigkeit noch weiter und erreichte am 15. Februar mit 454 587 Arbeitslosen ihren Höchststand⁴¹. Die Arbeitslosenquote betrug nun 22,4 %. In der zweiten Monatshälfte setzte dann endlich eine rückläufige Bewegung ein, die in erster Linie auf die durch die milde Witterung begünstigte Wiederaufnahme der Bautätigkeit zurückzuführen war. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war im März absolut gesehen in der Bauwirtschaft und in der Landwirtschaft am stärksten. Vorsichtiger Optimismus begann sich auszubreiten, und das Landesarbeitsamt Niedersachsen erwartete nun verstärkte Anforderungen bei Durchführung des in größerem Rahmen geplanten sozialen Wohnungsbauprogramms. Im Juli war ein Konjunkturaufschwung schon deutlich erkennbar. Gegenüber dem Stand von Ende Februar 1950 war die Zahl der Arbeitslosen bis Ende Juli bereits um 24 % zurückgegangen. Die Bautätigkeit lief gut, und die Erzeugung von Produktions- und Investitionsgütern konnte infolge höherer Exportaufträge weiter gesteigert werden. Die Verbrauchsgüterindustrien waren zwar bisher von der konjunkturellen Belebung weniger begünstigt, doch zeigte sich auch auf diesem Sektor als Auswirkung der gebesserten Beschäftigungs- und Auftragslage anderer Industriezweige und des Anziehens der Preise wichtiger Güter und Rohstoffe eine gesteigerte Nachfrage. Wirtschaftsförderungskredite, Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbauprogramme kamen dem Arbeitsmarkt deutlich zugute.

Auch im dritten Vierteljahr 1950 hielt die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt an. An dem Anstieg der Beschäftigtenzahl waren vor allem das Bau- und Baunebengewerbe sowie die Berufe der Metallerzeugung und -verarbeitung und die Holzverarbeiter beteiligt. In einigen Sparten, so insbesondere in der Maschinenbauindustrie, der elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen, in der Holzverarbeitenden und Bekleidungsindustrie, zeichnete sich im Herbst sogar ein Mangel an Facharbeitern ab⁴². Von der zweiten Novemberhälfte bis zum Jahresende trat jedoch aus saisonalen Gründen wieder ein Beschäftigtenrückgang in Erscheinung, von dem besonders die Bau- und die land- und forstwirtschaftlichen Berufe betroffen waren.

Am 31. Dezember 1950 standen in Niedersachsen 1,773 369 Mio. Beschäftigten 383 208 Arbeitslose gegenüber. Die Arbeitslosenquote betrug nach 19,8 % Ende März, 16,5 % Ende Juni und 14 % Ende September nun 17,8 % und lag damit etwa auf derselben Höhe wie am Ende des Vorjahres⁴³.

40 Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik 1950. Hg. vom Bundesministerium für Arbeit. S. 20. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 91.

41 Statistische Monatshefte für Niedersachsen 4 (1950), S. 93.

42 Vgl. Bericht des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Wirtschaftsentwicklung in Niedersachsen — Stand vom November 1950 — vom 16. 12. 1950. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 91.

43 Statistisches Jahrbuch für Niedersachsen 1952, S. 61.

Die Beschäftigungslage war, abgesehen von den Berufstätigen ohne nähere Angabe des Berufs, in den künstlerischen Berufen am kritischsten, da mehr als die Hälfte aller unselbständigen Erwerbspersonen keine Arbeit hatte. Es folgten die Forst-, Jagd- und Fischereiberufe, die Bauberufe und die Lederhersteller und -verarbeiter mit jeweils rund 30 %. Die höchste Arbeitslosenquote wies der Arbeitsamtsbezirk Emden mit 33,4 % auf, es folgten Wilhelmshaven, Brake, Leer, Vechta, Stade und Watenstedt-Salzgitter, die niedrigste Hannover mit 8,2 %⁴⁴. Während sich die saisonalen Einflüsse z. B. in Emden sehr stark auswirkten und die Arbeitslosenquote von 22,1 % am 30. 9. 1950 auf 33,4 % am 31. 12. 1950 anstieg, machten sie sich in Hannover kaum bemerkbar (Anstieg in demselben Zeitraum von 8,1 auf 8,2 %), da die intensive Industrietätigkeit dieses Raumes den freiwerdenden Arbeitskräften die Möglichkeit bot, anderweitig wieder eine Beschäftigung zu finden.

Wie Ende 1949 lag die Arbeitslosenquote auch Ende 1950 nur in Schleswig-Holstein mit 26,3 % deutlich höher als in Niedersachsen, während z. B. das stärker industrialisierte Nordrhein-Westfalen mit 4,6 % eine vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote aufwies. Ende Dezember 1950 waren 40,3 % der Arbeitslosen in Niedersachsen Vertriebene. Im Durchschnitt des Jahres 1950 hatte Niedersachsen mit 23,1 % nach Bayern mit 24,7 % den höchsten Anteil an der Zahl der Arbeitslosen des Bundesgebietes⁴⁵.

Ein trauriges Kapitel der niedersächsischen Nachkriegswirtschaftsgeschichte bildet die Demontage.

Im März 1946 hatte der Kontrollrat als Ausführungsbestimmung zum Potsdamer Abkommen einen Plan verabschiedet, der nähere Bestimmungen über die Reparationen und die Kapazität der deutschen Nachkriegswirtschaft enthielt. Dieses Programm zielte u. a. auf die Vernichtung des deutschen Kriegspotentials, die industrielle Abrüstung Deutschlands und die Bereitstellung von Reparationen ab. Ende August 1947 setzten die Militärbefehlshaber für die amerikanische und britische Zone eine revidierte Fassung dieses Planes in Kraft und kündigten an, daß genaue Angaben über die Unternehmungen, die zur Demontage bestimmt seien, folgen würden. Obwohl durch Beauftragte der Militärbehörden seit langem Erhebungen in vielen niedersächsischen Unternehmungen durchgeführt wurden, tappte auch die Staatsregierung im dunkeln. Die Militärregierung hatte eindeutig erklärt, daß alle Beschlüsse über die Demontage ihr vorbehalten seien und daß keine offiziellen Beratungen über diese Frage mit deutschen Stellen stattfinden würden⁴⁶. Im Niedersächsischen Landtag wurden noch im Sommer 1947 Anträge eingebracht, die ohne Zweifel den Zweck verfolgten, die Demontageentscheidung der Briten im Hinblick auf einzelne Unternehmungen zu beein-

44 Statistische Monatshefte für Niedersachsen 5 (1951), S. 27 f.

45 Wie Anm. 40.

46 Vgl. Erklärung der Nieders. Staatsregierung vom 5. 11. 1947. HStA, Nds. 50, 32/68, Nr. 107 I.

flussen⁴⁷, und in dieselbe Richtung zielten Erörterungen im Wirtschaftsausschuß des Niedersächsischen Landtages⁴⁸. Aber bald darauf tauchten alarmierende Meldungen in der Presse auf. Einzelheiten des von der Militärregierung vorbereiteten Demontageplans für ein bedeutendes niedersächsisches Industrieunternehmen waren durchgesickert⁴⁹, und Unruhe breitete sich in der Bevölkerung aus.

Am 16. Oktober 1947 übergab der Gebietsbeauftragte für das Land Niedersachsen der Staatsregierung die von der deutschen Öffentlichkeit mit großer Sorge erwartete Demoteliste. Sie galt für die amerikanische und britische Zone und umfaßte 682 Werke, die ganz oder zum Teil abgebaut und den Ländern, die Anspruch auf Wiedergutmachungsleistungen hatten, als Reparationen zur Verfügung gestellt werden sollten. In Niedersachsen lagen 116 der auf der Demoteliste aufgeführten Betriebe. Sie waren zwei Kategorien zugeordnet. 93 zählten zur Gruppe der Rüstungsanlagen, die unmittelbar mit der Herstellung von Kriegsmaterial zu tun hatten, 23 zu den Industrieanlagen, die gemäß dem Zweizonen-Industrieplan überzählig waren⁵⁰. In der Gruppe der Rüstungsbetriebe waren z. B. Anlagen oder Teilanlagen folgender Firmen betroffen: Büssing in Querum bei Braunschweig, Deutsche Edelstahlwerke in Hannover-Linden, Friedrich Krupp Stahlbau in Langenhagen, Lindener Eisen- und Stahlwerke in Linden, Luther & Jordan in Braunschweig und die Stahlwerke Braunschweig in Watenstedt, in der Gruppe der überzähligen Industrieanlagen z. B. die größeren Stahlwerke Deutsche Edelstahlwerke in Hannover-Linden, die Klöckner-Werke in Osnabrück und insbesondere die Reichswerke für Erzbergbau und Eisenhütten, die ehemaligen Hermann-Göring-Werke, im Salzgittergebiet, ferner Betriebe der Stahlverarbeitung, der metallurgischen, chemischen und Elektroindustrie sowie als Schiffbauunternehmen die Kriegsmarinewerft in Wilhelmshaven.

In einer Erklärung unterstrich der Oberbefehlshaber der britischen Zone, Generalleutnant Robertson, die zur Demontage bestimmten Werke seien für die deutsche Kriegswirtschaft notwendig gewesen, für den zukünftigen Friedensbedarf aber unnötig. Würden die überflüssigen Betriebe nicht abgebaut, so würden sie stillliegen, veralten und verrotten. Ihr Abbau beeinträchtige also in keiner Weise Deutschlands wirtschaftliches Wohlergehen in der Zukunft. Ja, die Demontage sei für die Wiederankurbelung der deutschen Wirtschaft sofort von Nutzen, denn gegenwärtig sei die Produktion auf eine Vielzahl von Betrieben verteilt, die in Hinblick auf den Einsatz von Energie und Transportmitteln höchst unwirtschaftlich sei. Dagegen stelle die Produktion in einer geringeren Anzahl von Fabriken die einzige Möglichkeit dar, mit der Verschwendung von Elektrizität

47 Vgl. Nieders. Landtag — Erste Wahlperiode —, Landtagsdrucksache Nr. 76 und Nr. 103.

48 Vgl. Nieders. Landtag — Erste Wahlperiode —, Niederschrift über die Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 7. 8. 1947 (Nieders. Landtag).

49 Vgl. Die Welt vom 23. 9. 1947.

50 HStA, Nds. 50, 32/68, Nr. 107 III.

tät, Kohlen und Transportmitteln Schluß zu machen. Die durch die Demontage bewirkte Konzentration der Produktion beschleunigte die wirtschaftliche Erholung Deutschlands. Örtliche Schwierigkeiten schloß der britische Zonenbefehlshaber nicht aus, aber er versicherte, daß es in der Bi-Zone so lange reichlich Arbeit für jeden geben würde, so weit irgend jemand vorausblicken könne⁵¹. Ganz ähnlich äußerte sich auch der Gebietsbeauftragte für das Land Niedersachsen, General Lingham. Auch er unterstrich, daß es in diesem Land bei gutem Willen und sorgfältiger Planung weder gegenwärtig noch in der voraussehbaren Zukunft zu Arbeitslosigkeit zu kommen brauche und sagte ausdrücklich zu, *daß, soweit es die Militärregierung betrifft, ein Maximum an Rücksicht den Arbeitern in den betroffenen Anlagen und Fabriken gezeigt wird*⁵². Goldene Worte, die Realität sah ganz anders aus, wie sich bald zeigte. General Lingham forderte Ministerpräsident Kopf auf, ihm zu beweisen, daß er und die Bevölkerung Niedersachsens bereit seien, mit der Militärregierung bei der schnellen Ausführung des Demontageplans zusammenzuarbeiten.

Die Niedersächsische Staatsregierung konnte die von den Engländern gewünschte Mitwirkung deutscher Stellen bei der Demontage auf keinen Fall ablehnen, da sie sonst die Beziehungen zur Militärregierung unerträglich belastet hätte. Es kam ja in dieser Situation gerade darauf an, Mißtrauen abzubauen und den Weg für eine Verständigung, ohne die ein Wiederaufbau des Landes unmöglich war, zu ebnen. Die Niedersächsische Staatsregierung sagte daher zu, daß sie die Zerstörung der deutschen Kriegsindustrie mit durchführen werde, da es der Wunsch des deutschen Volkes sei, mit den Völkern der Welt in Frieden zu leben. Ebenso klar drückte die Niedersächsische Staatsregierung ihre Sorge über die Demontage von reinen Friedensbetrieben aus. Sie unterstrich, diese gefährde insbesondere die vorgesehene Mitwirkung der deutschen Wirtschaft bei der Durchführung der bereits entwickelten Pläne zur Wiederaufrichtung der europäischen Wirtschaft. Die Niedersächsische Regierung setzte ihre Hoffnung darauf, daß es in Verhandlungen in gemischten deutsch-englischen Kommissionen gelingen werde, einzelne Demontageentscheidungen zu korrigieren. Vor allem verfolgte sie das Ziel, in diesen Gesprächen zu erreichen, daß die dem Wiederaufbau und der Wiederingangsetzung der deutschen Wirtschaft dienenden Maßnahmen, insbesondere die Pläne zur Leistungssteigerung auf dem Gebiete der Grundindustrien und des Exports, nicht durch die Demontage beeinträchtigt würden⁵³.

Nun begann, ohne daß deshalb automatisch ein Demontageaufschub gewährt wurde, ein zähes, oft langwieriges Tauziehen um einzelne Betriebsteile. Wie mühsam dieses Ringen war, zeigt ein Beispiel: Sofort nach Bildung der Anglo-Deutschen-Demontage-Kommission in Niedersachsen im November 1947 wurde mit allem Nachdruck versucht, für ein bedeutendes, von der Demontage beson-

51 Vgl. Werner-Otto Reichelt, Die Demontageliste, Hamburg 1947, S. 12 f.

52 Erklärung des Generals Lingham vom 16. 10. 1947. HStA, Nds. 50, 32/68, Nr. 107 III.

53 Vgl. Erklärung der Niedersächsischen Staatsregierung vom 5. Nov. 1947. HStA, Nds. 50, 32/68, Nr. 107 I.

ders hart betroffenes Unternehmen Erleichterungen zu erzielen. Bis Ende 1949 wurden in 14 Hauptausschuß- und 10 Unterausschußsitzungen Einsprüche und Eingaben vorgebracht. Außerdem wurden 15 Anträge des Unternehmens auf Freigabe einzelner, dringend benötigter Anlageteile vorgelegt und in vielen Einzelbesprechungen behandelt⁵⁴. Der Erfolg war recht mager. Zwar wurden kleinere Erleichterungen durch Freigabe einzelner Zubehörteile und auch eines größeren Aggregats zugestanden, aber eine wirklich ins Gewicht fallende Änderung der Demontageentscheidung blieb aus.

Da die Demontage ein Thema der Großen Politik war und die Niedersächsische Staatsregierung beim englischen Gebietsbeauftragten für das Land Niedersachsen keine Kurskorrekturen erwirken konnte, weil diese nicht in seiner Entscheidungsbefugnis lagen, verständigten sich die Ministerpräsidenten des amerikanischen, englischen und französischen Besatzungsgebietes auf einen gemeinsamen Schritt bei den Militärgouverneuren und den Regierungen in Washington, London und Paris. Die Demontage paßte nicht mehr in die politische Landschaft, und auch der amerikanische Staatssekretär Marshall war bereits an die Regierungen Englands und Frankreichs mit der Anregung zur Überprüfung der Demontagepläne herangetreten. Am 1. Oktober 1948 übermittelten die elf Ministerpräsidenten der Länder des amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsgebietes den Regierungschefs eine Denkschrift in der Demontagefrage⁵⁵. Nach einer Erörterung der Demontageproblematik, in der vor allem herausgearbeitet wurde, daß Deutschland nach Durchführung der Demontage im vorgesehenen Umfang seinen Anteil am europäischen Wiederaufbau nicht leisten könne, wurden Änderungsvorschläge für einzelne Unternehmen unterbreitet, deren Abbau aus deutscher Sicht besonders schädlich war. Dazu zählte auch das größte Demontageobjekt in Niedersachsen, ein Industriebetrieb, der der Staatsregierung besonders große Sorgen bereitete, nämlich die Reichswerke im Salzgittergebiet. Als Beispiel für die Demontage in Niedersachsen soll dieser Fall ausführlicher behandelt werden.

Dieses Unternehmen war 1937 im Zuge der Verwirklichung des nationalsozialistischen Autarkieprogramms auf Befehl Görings als Staatsbetrieb gegründet worden und sollte vor allem dazu beitragen, durch großindustrielle Verhüttung der Salzgitterer Erze die Abhängigkeit der deutschen Eisenhüttenindustrie von der Zufuhr ausländischer Eisenerze zu mindern⁵⁶. Nach Görings Vorstellungen sollte in Salzgitter das größte Hüttenwerk der Welt entstehen, und bis Kriegsende

54 Vgl. Niedersächsischer Landtag — Erste Wahlperiode —, Landtagsdrucksache Nr. 2104, S. 1486.

55 Vgl. Büro der Ministerpräsidenten des amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsgebietes, Wiesbaden: Report on the effect of envisaged dismantling on Germany's economic situation and her role in European reconstruction, 1948.

56 Vgl. Matthias Riedel, Vorgeschichte, Entstehung und Demontage der Reichswerke im Salzgittergebiet, in: Technikgeschichte in Einzeldarstellungen Nr. 4, Düsseldorf 1967; ders., Eisen und Kohle für das Dritte Reich, Göttingen 1973.

waren in atemberaubendem Tempo riesige Industrieanlagen erstellt worden, und es waren fast 100000 Menschen in diesen Raum eingeströmt. Der Demontagebefehl traf die ehemaligen Hermann-Göring-Werke und die Bewohner des Salzgittergebietes besonders hart, denn dieses Unternehmen war der *Lebensnerv der Stadt*⁵⁷, und einschließlich der Familienangehörigen der Beschäftigten waren von ihm rund 85000 Menschen abhängig. Auf der Demontageliste standen 10 Hochöfen, Stahlwerk, Walzwerk, Gießerei und weitere Nebenanlagen, und es sollten außer dem Erzbergbau nur zwei Hochöfen, also ein winziger Rumpfbetrieb, verbleiben, von dem zu erwarten war, daß er nur hoffnungslos unwirtschaftlich würde arbeiten können. So sah die Konzentration der Produktion, von der der britische Oberbefehlshaber bei Vorlage der Demontageliste als Ziel gesprochen hatte, in Wirklichkeit aus. Seit dem Beginn der Demontage in Salzgitter hatten die Niedersächsische Staatsregierung, der Rat der Stadt Watenstedt-Salzgitter, aber auch andere sachverständige Stellen, z. B. die Industrie- und Handelskammer Braunschweig und das Oberbergamt Clausthal, immer wieder auf die besondere Situation dieses Industriegebietes hingewiesen und die Militärbehörden im Interesse der in diesem Raum lebenden Menschen um Demontagerleichterungen gebeten. Es war klar, daß bei Verwirklichung des Demontageplans in Salzgitter eine Zeitbombe tickte und sich ein Notstandsgebiet mit Massenarbeitslosigkeit herausbildete, und deshalb legte die Niedersächsische Staatsregierung so großen Wert darauf, in der erwähnten Denkschrift die Regierungen auf dieses Sorgenkind eindringlich hinzuweisen.

Doch die vorgelegten Abänderungsvorschläge fanden keine Gegenliebe. Der Erfolg dieses Vorstoßes auf höchster Regierungsebene war gleich Null. Ja, im März 1949 wurde dem Niedersächsischen Wirtschaftsminister Fricke von den zuständigen englischen Dienststellen mitgeteilt, daß die Demontageanordnung für Salzgitter nicht nur nicht abgeändert, sondern daß der Abbau beschleunigt durchgeführt würde.

Um die große Sorge deutlich zu machen, mit der die Niedersächsische Staatsregierung die Entwicklung in Salzgitter verfolgte — die Arbeitslosenquote war Ende März 1949 hier doppelt so hoch wie im Durchschnitt des Landes Niedersachsen —, trat das Kabinett am 20. März 1949 im Hauptverwaltungsgebäude der Reichswerke in Drütte zusammen und faßte eine Entschliebung⁵⁸. Darin wurde mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß nunmehr eine *fast unerträgliche Situation* eingetreten sei. Die Staatsregierung beklagte, größte und modernste Anlagen würden stillgelegt, statt dem deutschen und europäischen Wiederaufbau zu dienen. Betriebsbereite, wertvollste Produktionsstätten würden praktisch vernichtet, da z. B. eine Demontage von Hochöfen nur entsprechenden Schrottanfall

57 Denkschrift des Rates und der Verwaltung der Stadt Watenstedt-Salzgitter vom 27. 10. 1947 (Stadt Salzgitter).

58 Niedersächsischer Landtag — Erste Wahlperiode —, Landtagsdrucksache Nr. 1644, Anlage 1 zu lfd. Nr. 2.

bringe. Größte Verkehrsanlagen der Reichsbahn, der Stichkanal zum Mittellandkanal, modernste Werkshallen und neu errichtete Großsiedlungen mit mehr als 12000 Wohnungen seien vergeblich geschaffen und weithin sinnlos geworden. Geradezu katastrophal und völlig unübersehbar aber werde die Folge der Demontage für die Bevölkerung des Salzgittergebietes sein. In diesem Raum seien schon jetzt 25 % der Arbeitskräfte erwerbslos. Diese Zahl werde sich nach Abschluß der Abbauarbeiten verdoppeln, und eine Umsetzung oder Schaffung neuer Arbeitsplätze sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen *auf lange Sicht völlig unmöglich*. Ein Elendsgebiet voller Hoffnungslosigkeit und die ernste Gefahr steigender Unruhe und zunehmender Radikalisierung seien die unabwendbare Folge der Demontage. Das Kabinett richtete *in ernstester Sorge* noch einmal an die Besatzungsmächte den dringenden Appell, die Demontage der Reichswerke einzustellen und die Genehmigung zum Wiederaufbau und zur baldigen Inbetriebnahme der Werksanlagen zu geben, die für einen wirtschaftlich lebensfähigen Betrieb und die Behebung der Arbeitslosigkeit notwendig seien.

Die Erregung der Bevölkerung wuchs, als im August 1949 die Nationen bestimmt wurden, die abgebaute Betriebsteile der Reichswerke erhalten sollten. Der Abtransport der bisher noch auf dem Werksgelände gelagerten demontierten Anlagen stand nun dicht bevor, und die Hoffnung auf ein Einlenken der Engländer in letzter Minute zerrann. Bei Protestkundgebungen größeren Ausmaßes wurde deutlich, daß sich das politische Klima in Salzgitter beträchtlich verschlechtert hatte. Die politisch Verantwortlichen wiesen die Hohen Kommissare beschwörend darauf hin, daß es auch vom Standpunkt der Besatzungsmächte aus betrachtet unerwünscht sei, wenn nahe der Grenze zur sowjetisch-besetzten Zone ein Unruheherd erzeugt und der politische Radikalismus begünstigt werde⁵⁹. Die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung war der geeignete Nährboden für rechtsradikale und vor allem kommunistische Propaganda, die ständig zunahm und geschickt vorging, bald die Unruhe unter den Arbeitern durch Streikaufrufe schürte, bald Erholungsaufenthalte für Kinder aus Salzgitter in der sowjetisch besetzten Zone organisierte, dort auch Lehrstellen anbot und so bei breiten Bevölkerungsschichten Sympathien für die Ostzone und den Eindruck zu erwecken suchte, daß Salzgitters Schicksal ein anderes wäre, wenn dieses Gebiet zu der nur wenige Kilometer entfernten sowjetisch besetzten Zone gehörte.

Auf einer Protestversammlung des Rates der Stadt, an der auch Mitglieder der Niedersächsischen Staatsregierung und des Verwaltungsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebietes teilnahmen und damit unterstrichen, daß es sich um ein Problem handelte, daß nicht nur einen Stadtkreis, sondern ganz Niedersachsen und das Vereinigte Wirtschaftsgebiet bewegte, geißelte der Bischof von Hildesheim, Dr. Machens, die Demontagepolitik mit besonders scharfen Formulierungen. Rücksichtnahme aus politischen Gründen, die die Vertreter der deutschen Behör-

⁵⁹ Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Watenstedt-Salzgitter an die drei Hohen Kommissare vom 15. 8. 1949 (Stadt Salzgitter).

den walten lassen mußten, um die Engländer nicht zu verstimmen und dadurch die Tür zu weiteren Verhandlungen zuzuschlagen, war ihm nicht auferlegt. Er nannte das Geschehen in Salzgitter einen Angriff auf die Menschlichkeit, eine Bedrohung der Lebensrechte der Bevölkerung und äußerte die Befürchtung, daß hier aus lebendigen, zum Letzten entschlossenen, radikalen Menschen eine andersartige Atombombe geschaffen und eine Politik getrieben würde, die eine erneute Auseinanderreißung der Völker bewirke⁶⁰.

Doch all diese flammenden Proteste — auch der Niedersächsische Landtag unterstützte Ende August 1949 noch einmal in einer Entschließung den Notruf der Bewohner des Salzgittergebietes⁶¹ — verhalten ohne Wirkung. Auch Bundeskanzler Adenauer gelang es nicht, in den Verhandlungen, die im Herbst 1949 zum Petersberger Abkommen führten, Erleichterungen für Salzgitter zu erreichen⁶². In mehreren Briefen wies der Bundeskanzler Anfang 1950 den britischen Hohen Kommissar auf die *furchtbare wirtschaftliche Lage* in diesem Raum hin, die ihn nötige, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für eine Erhaltung der jetzt noch bestehenden Arbeitsmöglichkeiten einzutreten, und er belegte, daß nach Abschluß der Demontage 50 % der Bewohner dieses Gebietes von Unterstützung leben müßten⁶³.

Im Laufe des Jahres 1949 war die Arbeitslosenquote im Salzgittergebiet von 16,1 % (31. 12. 1948) auf 28,4 % (31. 12. 1949) gestiegen⁶⁴. Sie war am Ende des Jahres mehr als 1½ so groß wie im Durchschnitt des Landes Niedersachsen und fast dreimal so groß wie im Durchschnitt des Bundesgebietes. Zur Massenarbeitslosigkeit kam die Not der Flüchtlinge hinzu. Sie machten fast die Hälfte der etwa 100000 Einwohner aus. Besonders bedrückend war die Situation, weil Salzgitter eine der kinderreichsten und lebensaltersmäßig jüngsten Großstädte der Bundesrepublik war. Etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung waren Jugendliche, und diese nahezu 35000 jungen Menschen hatten vor Augen, daß in diesem Notstandsgebiet ihre Chancen gering waren.

Da es sich bei den zur Demontage bestimmten Reichswerkeanlagen um eine Kapazität handelte, die das festgesetzte Niveau der deutschen Friedenswirtschaft überstieg, also nach anglo-amerikanischer Einstufung um Kriegspotential, war der Abbau der Anlagen nur der erste Schritt, dieses Kriegspotential endgültig auszuschalten. Nachdem die Werkseinrichtungen weitgehend demontiert und auch bereits versandt waren, gingen die Engländer im Frühjahr 1950 in Salzgitter daran, auch den zweiten Schritt zu tun und die dazugehörigen Gebäude, Schie-

60 Vgl. Stenogrammprotokoll der außerordentlichen Sitzung des Rates der Stadt Watenstedt-Salzgitter am 18. 8. 1949 (Stadt Salzgitter).

61 Niedersächsischer Landtag — Erste Wahlperiode —, Landtagsdrucksache Nr. 1626.

62 Blankenhorn, Bundeskanzleramt, an Niedersächsische Staatsregierung vom 26. 11. 1949 (Niedersächsische Staatskanzlei).

63 Adenauer an Robertson vom 3. 1. 1950 (Niedersächsisches Finanzministerium).

64 Arbeitsamt Braunschweig.

nen, Straßen und Leitungen zu entmilitarisieren, d. h. zu zerstören. Als die ersten Sprengladungen an Gebäuden und Fundamenten gezündet waren, spitzte sich die Situation in Salzgitter gefährlich zu. Niedergeschlagenheit und Empörung ist den Protesten der Niedersächsischen Staatsregierung und des Bundeskanzlers deutlich anzumerken. Der Niedersächsische Wirtschaftsminister Fricke erklärte, die deutsche Bevölkerung ertrage fünf Jahre nach Kriegsschluß derartige Maßnahmen nicht mehr⁶⁵, und Bundeskanzler Adenauer richtete die *dringend Bitte* an den britischen Hohen Kommissar, *von diesen reinen Zerstörungsmaßnahmen abzusehen*, und bemerkte enttäuscht, er habe gehofft, daß die britische Zusicherung über die Freistellung von Gebäuden in demontierten Werken zur Errichtung von Friedensindustrien beachtet würden⁶⁶.

Die Geduld der Bevölkerung war nun erschöpft. Als sie feststellen mußte, daß das Werksgelände, das wenigstens noch für andere Projekte verwendungsfähig und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze brauchbar war, planmäßig verwüstet wurde, machte sie ihrer Erbitterung Luft, und es kam im März 1950 zu Ausschreitungen. Sprengkommandos wurden vertrieben, englische Beamte verletzt, Fahrzeuge umgestürzt, Büroräume gestürmt und Demontagegerät umgeworfen. Bemerkenswert war das Verhalten der deutschen Polizei. Sie ging nicht mit Gewalt gegen die Demonstranten vor. Ihre Sympathien waren, wie dem Bericht einer englischen Sicherheitsdienststelle zu entnehmen ist, *ganz auf der Seite der Aufständischen*⁶⁷. Schon diese Wortwahl zeigt, wie die Engländer diese Vorgänge einordneten: Man sah darin einen Aufstand gegen die Besatzungsmacht.

Eine gefährliche Krise war eingetreten. Zwar wurde äußerlich die Ruhe vor allem dadurch bald wieder hergestellt, daß feldmarschmäßig ausgerüstete britische Truppen mit Panzerfahrzeugen in das Werksgelände einrückten, aber die deutsch-englischen Beziehungen waren schwer belastet. Der britische Hohe Kommissar verlangte in scharfer Form von Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Kopf die Einleitung von Verfahren gegen die für die Auslösung der Unruhen Verantwortlichen und deutsche Polizisten, die es gestattet hätten, daß sich *derartige schmachvolle Vorgänge* hätten ereignen können⁶⁸. Bundes- und Landesregierung saßen am kürzeren Hebel und hatten keine andere Wahl, als sich dem englischen Druck zu beugen. Ministerpräsident Kopf gab in einem Schreiben an den Gebietsbeauftragten für Niedersachsen die gewünschten Zusicherungen, bedauerte die Vorfälle in Salzgitter und bat zu berücksichtigen, daß es sich um den *Ausbruch einer Verzweiflungsstimmung* gehandelt habe⁶⁹, und Werksleitung und Betriebsrat der Reichswerke versicherten, daß sie die Wiederholung irgend-

65 Vgl. Presse-Information des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr vom 3. 3. 1950. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 24.

66 Adenauer an Robertson vom 27. 2. 1950 (Niedersächsisches Finanzministerium).

67 Bericht des Assistant Inspector General Hayward an den Land Commissioner über die Demonstration bei den Reichswerken vom 10. 3. 1950. HStA, Nds. 50, 32/68, Nr. 108 II.

68 Robertson an Kopf, 8. 3. 1950 (Niedersächsische Staatskanzlei).

69 Kopf an Lingham, 14. 3. 1950 (Niedersächsische Staatskanzlei).

welcher Unruhen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verhindern würden. Das bedeutete, daß die Friedhofsruhe für den Fortgang der Demontage und Entmilitarisierung zugesichert war.

Im Sommer 1950 war die Demontage in Salzgitter zu 85 %, der Versand der abgebauten Anlagen zu 76 % durchgeführt⁷⁰. Um einen Eindruck von der Menge der demontierten Anlagen zu vermitteln, einige Zahlen aus den Akten der für die Demontage zuständigen Firma: Der Abtransport war bisher in 12100 Wagons und 15 Kähnen erfolgt, und für die Verpackung waren mehr als 5000 t Holz benötigt worden⁷¹. Den größten Teil des Demontagegutes erhielten England, Jugoslawien und Frankreich. Überdies waren einzelne Bauten und Fundamente von Betriebsteilen gesprengt worden.

Die Niedersächsische Staatsregierung und die Bundesregierung bemühten sich weiterhin verzweifelt um Zugeständnisse für einzelne Anlagen. Als Adenauer Anfang September 1950 wegen einer Walzwerkshalle in Salzgitter beim britischen Hohen Kommissar intervenierte, unterstrich er den größeren Zusammenhang und wies darauf hin, daß es weder für die Bundesregierung noch für die deutsche Bevölkerung verständlich sei, daß bei der gegenwärtigen Weltsituation Demontagen von Fabrikgebäuden durchgeführt würden. Darüber hinaus werde die innere Bereitschaft der deutschen Bevölkerung zur Mitwirkung an der Verteidigung Westeuropas einer ernstlichen Belastung ausgesetzt, wenn zur gleichen Zeit, in der diese Fragen zur Erörterung stünden, noch Demontagen durchgeführt würden⁷².

Die Einsicht, daß die Demontage und Entmilitarisierung hinter der politischen Entwicklung beträchtlich hinterherhinkten, setzte sich schließlich auch bei der britischen Regierung durch. Am Vorabend einer Konferenz der Außenminister Englands, Frankreichs und der USA, auf deren Tagesordnung u. a. die Erörterung eines deutschen Verteidigungsbeitrages stand, auf den Adenauer in seinem Brief hingewiesen hatte, unterrichtete der britische Hohe Kommissar den Bundeskanzler, der Gebietsbeauftragte für Niedersachsen den Niedersächsischen Ministerpräsidenten am 11. September 1950 von der Entscheidung der britischen Regierung, die Entmilitarisierung in der britischen Zone einzustellen. Von dieser Entscheidung waren in Niedersachsen 82 Anlagen betroffen. Bei acht von ihnen, darunter die Reichswerke, liefen die Arbeiten bereits, in 74 Anlagen hatten sie noch nicht begonnen⁷³.

Wenn nun auch die Entmilitarisierung in der britischen Zone abgeblasen wurde, so bedeutete dies nicht zugleich auch das Ende der Demontage in Niedersach-

70 Presse-Information des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr, 28. Juli 1950. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 26.

71 Akten der Salzgitter Industriebau GmbH.

72 Adenauer an Kirkpatrick, 2. 9. 1950 (Niedersächsische Staatskanzlei).

73 Presse-Information des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr vom 22. 9. 1950. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 26.

sen, denn der Abbau von Gegenständen, die bereits als Reparationsleistungen zugeteilt waren, mußte fortgesetzt werden. So liefen die Arbeiten in den Reichswerken, dem letzten Demontageobjekt in Niedersachsen, weiter, und erst im Januar 1951 kam nach zähen Interventionen der Bundes- und Landesregierung endlich die Erlaubnis des britischen Hohen Kommissars, Verhandlungen mit der empfangsberechtigten Nation mit dem Ziel zu führen, anstelle eines noch nicht restlos abgebauten Hochofens andere Industrieerzeugnisse aus laufender Produktion zu liefern⁷⁴. Dies bedeutete das Ende der Demontage in Niedersachsen.

Neben Salzgitter war vor allem Wilhelmshaven ein Opfer der Demontage- und Entmilitarisierungspolitik, und die Folgen der Zerstörung waren dort ähnlich katastrophal, weil sich auch in diesem Raum die Wirtschaftsstruktur einseitig entwickelt hatte und eine starke Abhängigkeit von einem Großwerk bestand. Auch hier war durch die Vernichtung der Kriegsmarinewerft der Nerv der Stadt getroffen.

In Niedersachsen fielen der Demontage Industrieanlagen mit einem Zeitwert von ca. 440 Mio. DM (Basis 1938, deutsche Bewertung) zum Opfer. Durch Entmilitarisierungsmaßnahmen in 180 Anlagen wurden außerdem Anlagenteile im Werte von rund 830 Mio. DM entfernt oder zerstört⁷⁵.

Das Bedrückende der Demontage in Niedersachsen lag vor allem darin, daß in Salzgitter und Wilhelmshaven Notstandsgebiete geschaffen wurden, die sich auch in den kommenden Jahren nur sehr schwer erholten, und daß die englische Regierung diesen Zustand trotz eindringlicher Appelle mit bemerkenswerter Unnachgiebigkeit herbeiführte und dabei die zugesicherte Rücksichtnahme auf die arbeitende Bevölkerung weitgehend vermissen ließ. Der Verlust jedes Arbeitsplatzes wog um so schwerer, als Niedersachsen den gewaltigen Zustrom von Flüchtlingen zu verkraften hatte und Arbeitsmöglichkeiten in der gewerblichen Wirtschaft dringend brauchte. Die Bemühungen der Niedersächsischen Staatsregierung, Arbeit zu schaffen und die Existenz vieler Bürger zu sichern, wurden durch die englische Demontagepolitik durchkreuzt, und es ist zutreffend, wenn der Niedersächsische Wirtschaftsminister Fricke 1950 voller Enttäuschung feststellte, daß *vorhandene wertvolle Werte, die Tausenden arbeitsloser und hoffnungsloser deutscher Menschen wieder Arbeit und Zukunft sichern könnten, sinnlos dem Abbau und der Zerstörung preisgegeben* wurden⁷⁶.

74 Land Commissioner an Kopf, 22. 1. 1951 (Salzgitter AG).

75 Die Wirtschaft Niedersachsens. Hg. vom Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Hannover 1953, S. 5.

76 Presse-Information des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr, 28. 7. 1950. HStA, Nds. 527, 77/79, Nr. 26.

Wietzen als Zentrum adliger Herrschaft des hohen Mittelalters

Burg/Hof — Eigenkirche/Grablege

Von

Martin Last

Mit 7 Abbildungen

Berent Schweineköper zum 70. Geburtstag

A Einleitung

In* der niedersächsischen Landesgeschichtsforschung hat der Ort Wietzen (12 km nw. Nienburg/Weser; Abb. 1) seit langem Interesse auf sich gezogen. Dies Interesse galt und gilt zunächst der Burg Stumpenhusen.

Diese Niederungsburg (Motte) lag etwa einen Kilometer östlich der durch die Kirche St. Gangolf markierten Ortsmitte¹. Wietzen ist eine der westlich der mittleren Weser häufigen Streusiedlungen²; Stumpenhusen haftet als Name noch heute einer eng zusammengehörigen Gruppe von vier Wietzener Höfen sowie einer (einstigen) Wassermühle an. Die Ländereien dieser vier Höfe liegen im Gemenge und bilden insgesamt eine eigene, geschlossene Gemarkung. Zwei der Höfe mit dem gemeinsamen Hofnamen Stumpenhusen liegen 400 m nw. der Burgstelle eng beieinander, siedlungsgünstig oberhalb der Bachaue; die restlichen beiden, jeweils für sich, sö. der Burgstelle und dieser etwas näher. Als Zubehör eines dieser letzteren beiden Höfe ist die Burgstelle mindestens seit dem 18. Jahrhun-

* Zusätzlich zu den in Dahlmann-Waitz, Quellenkunde zur deutschen Geschichte, 10. Aufl., I, 1970, S. 30 ff., benutzten bzw. den in Anlehnung an diese neugebildeten Siglen und Abkürzungen werden für regionale Quellenwerke Siglen verwandt, über die ein Verzeichnis am Schluß des Beitrags (S. 181) Auskunft gibt.

1 W. von Hodenberg, Die alte Burg Stumpenhusen, in: ZHistVNdsachs 1853 (1856), S. 417 f., Taf. II, nach S. 416. — H. W. H. Mithoff, Kunstdenkmale und Alterthümer im Hannoverschen, V, 1878, Neudr. (BeitrrGLdVolkskdeNdSachs A, Reprints 2), 1974, S. 199—201. — R. Drölgereit], Wietzen, in: Niedersachsen und Bremen, hg. von K. Brüning und Heinrich Schmidt (Handbuch der hist. Stätten Deutschlands, II. Kröners Taschenausg. 272), 4. Aufl. 1976, S. 491 (fehlerhaft). — M. Last, Burgen des 11. und frühen 12. Jahrhunderts in Niedersachsen, in: Burgen im deutschen Sprachraum, hg. von H. Patze, I (VortrrForsch 19), 1976, S. 383—513, hier S. 384 mit Abb. 1, S. 389.

2 Vgl. H. Tickert, Siedlung und Wohnen, in: Der Landkreis Nienburg (Weser), hg. von dems. (Die Landkreise in Ndsachs 17), 1959, S. 122—148, hier S. 126, Abb. 64 f. — Urban Friedrich Christof Manecke, Topographisch-statistisch-historische Beschreibung der Grafschaften Hoya und Diepholz ... [1798], Hannover, Niedersächsische Landesbibliothek, Hs. XXIII 741, S. 374 f. — H. Gade, Historisch-geographisch-statistische Beschreibung der Grafschaften Hoya und Diepholz, II, 1901, S. 380: „Es kommen im Orte überhaupt viele Abteilungen mit besondern Namen vor ...“.

dert bezeugt. Die Siedlung Stumpenhäuser ist demnach also aus dem einst zur Burg gehörenden, im Hinblick auf die Grundherrschaft der Burgbewohner zentralen Hof hervorgegangen³, die beiden Höfe, die den Burgnamen weitertragen, sind unmittelbare, ortsfeste Nachfolger dieses „großen“ Hofes.

Die wüste Burgstelle wurde bereits im späten 16. Jahrhundert zutreffend an Ort und Stelle identifiziert⁴ und im 17., 18. und 19. Jahrhundert mehrfach sachgerecht beschrieben⁵. Eine Kartenskizze vom Jahre 1802 (Abb. 2), offensichtlich einst Anlage zu Prozeßakten, führt die Geländesituation im unmittelbaren Umfeld der Burg eindrucksvoll vor Augen: der stattliche „Alte Schlos Hügel“ (ca. 75 m Durchmesser), auf der Karte eher schematisch dargestellt, lag in einer wasserreichen Mulde. Wasserundurchlässige Tonschichten lassen ähnlich wie im Jahre 1802 noch heute rings um die einstige Burg Quellen hervortreten, die ihr Wasser dem nahen Mühlbach zuführen. Eine bessere, von der Natur vorgegebene Schutzlage für die Errichtung einer Niederungsburg bot sich im Mittelalter weit und breit nicht.

Nachdem der Besitzer die Burgstelle im Jahre 1854 zur Hälfte hatte einebnen und mit dem gewonnenen Material eine hofnahe Wiese auffüllen lassen, wurde der neugeschaffene Zustand im Jahr darauf vermessen und beschrieben; Plan und Beschreibung wurden wiederum ein Jahr darauf als Miszelle in der „Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen“ veröffentlicht⁶ (Abb. 3);

- 3 W. von Hodenberg, in: UBHoy, I, S. III. — Gade (wie Anm. 2), II, S. 378: Abgaben an die Kirche leisten die vier Höfe alternierend. Hofstellen-Namen des frühen 19. Jhs.: Graf/Naber, Kuhlenkamp, Wrede. — Vgl. Manecke (wie Anm. 2), S. 382 f. — Siehe unten Anm. 5.
- 4 Hermann Hamelmann, *Liber secundus de vetustis titulis et nominibus principum, comitum, heroum atque illustrium familiarum, que olim fuere in Inferiori Saxoniam, Angrivaria et Westphalia etc.*, Leipzig 1592, Neudr. in: Ders., *Opera genealogica-historica*, hg. von Ernst Casimir Wasserbach, Lemgo 1711, S. 711—746, hier S. 741. — Ders., *Oldenburgische Chronik [1599]*, neu hg. von G. Rütting (OldenbGQ I. Hermann Hamelmanns geschichtliche Werke, III, VeröffHistKommProbInstWestfLdVolkskde), 1940, S. 59: Besuch im Jahre 1584: „... noch die alten Stete, da solches haus gestanden, ... besehen.“
- 5 Johann Heinrich Hoffmann, *Von der Grafen von der Hoya Herkommen, Geschlechter und Wapen ... [vor 1680]*, hg. von D. Möhlmann, in: *HannMagaz* 1842, S. 393—470, hier S. 399 f.: „... an einem morastigen und also von Natur vestem Ort, wie die Rudera anzeigen.“ — Christian Ulrich Grupen, *Von dem Alter der Stadt Nienburg und ihrer Kirche*, in: *Hann. Beitr. zum Nutzen und Vergnügen* 4, 1762, Sp. 1265—1296, hier: Sp. 1270: „... in Wietzen auf Diedrich Kuhlenkamps berge (!) und felde ...“ — W. von Hodenberg, in UBHoy I, S. III: Begehung im Jahre 1837: erhöhter Burgplatz, umgeben von drei Gräbern und zwei Wällen.
- 6 von Hodenberg, *Die alte* (wie Anm. 1), S. 417 f. — Auch die Karte von Wietzen (M 1:40000) auf der Titelseite zu UBHoy VIII stammt aus dem Jahre 1855; vgl. UBHoy I, S. III, Anm. * — Umzeichnung dieser Karte bei R. Legenhäuser, *Die territoriale Entwicklung des Landkreises Grafschaft Hoya*, in *Heimatbl. Beitr. zur G. (Landkreis Grafschaft Hoya)* 1, 1972 [I], nach S. 9. — Wichtig die Hinweise bei von Hodenberg, in UBHoy I, S. III, auf den aus Eichenpfählen bestehenden Pfahlrost. Ein solcher Pfahlrost eröffnet erfahrungsgemäß die Möglichkeit, die Gründung der Burg mit Hilfe der Dendrochronologie auf das Jahr genau zu datieren. Zur Methode: E. Hollstein, *Mitteuropäische Eichenchronologie. Trierer dendrochronologische Forschungen zur Archäologie und Kunstgeschichte (Trierer Grabungen und Forsch. 11)*, 1980, S. 1 ff.

Funde von der Burgstelle gelangten in die Sammlung des Vereins⁷. Eindrucksvolle Reste der einstigen Burg sind noch heute, nach mancherlei Veränderungen der lokalen Topographie, im Gelände wahrzunehmen (vgl. Abb. 4)⁸.

Als Substrat der Namengebung für einen Angehörigen eines edelfreien Geschlechts erscheint Stumpenhusen außerordentlich früh: In zwei vom Bremer Erzbischof Liemar ausgestellten Urkunden aus dem letzten Jahrzehnt des 11. Jahrhunderts wird ein bereits verstorbener *Gerbertus de Stumpenhusin* genannt⁹. Es muß bis auf weiteres offen bleiben, ob sich dieser Herkunftsname bereits auf die Burg oder noch auf den nicht, allenfalls schwach befestigten gleichnamigen Hof bezog; schriftliche Quellen, die diese Frage klären helfen können, gibt es in diesem Fall wie in zahlreichen vergleichbaren Fällen, in denen Burg- und Siedlungsname identisch sind, nicht.

B St. Gangolf

I. Baubestand

Die Kirche St. Gangolf in Wietzen (Abb. 5. 6)¹⁰ stammt in ihrer derzeitigen Gestalt aus unterschiedlichen Zeiträumen. Hier interessiert vor allem die älteste Bausubstanz, von der es im maßgeblichen Nachschlagewerk heißt¹¹:

Bemerkenswert die Gliederung der Langhausmauern in eine hohe, durch vereinzelte Lisenen unterteilte Sockelzone und ein durch zierliche Blendarkaden belebtes Obergadengeschoß. Die Säulchen der fortlaufenden Arkatur mit Zungenblatt- oder Würfelkapitellen. Die Arkaden sind alternierend geschlossen oder durch kleine . . . Rundbogenfenster geöffnet. . . . Das nördliche Langhausportal von einem Blendbogen auf schlanken Rundstäben umschlossen. Das Kämpfergesims des von Lisenen eingefassten Südportals mit einem Palmettenfries . . . An

7 von Hodenberg, in UBHoy I, S. III: Ziegel, Mauerlehm, Holz „von der Pilotage“. — Die Funde sind nicht mehr aufzufinden. Herr Dr. K. Voss (†), Niedersächsisches Landesmuseum, Hannover, half bei der Suche.

8 Herrn Dr. H.-G. Stephan, Seminar für Ur- und Frühgeschichte der Universität Göttingen, danke ich für Hinweise bei einem Ortstermin. — Drö[ger] (wie Anm. 1), S. 491, bietet keinen Hinweis auf die Burgstelle.

9 REBrem I 388 f. (1091; 1092, n. Jan. 15). — Volldruck: UBHoy VIII 14 f.

10 L. A. Th. Holscher, Beschreibung des vormaligen Bistums Minden nach seinen Grenzen, Archidiakonaten, Gauen und alten Gerichten, in: ZVaterlänGMünster 33, 1875, 2, S. 41—184, hier S. 59. — Ders., Beschreibung . . ., in: ZVaterlänGMünster 34, 1876, 2, S. 1—168, hier S. 161. — Mithoff (wie Anm. 1), S. 199 ff. — J. Sommer, Wietzen (Krs. Nienburg), in: Anfänge des Kirchenbaues in Niedersachsen, in: Vorchristlich-christliche Frühgeschichte in Niedersachsen, hg. von H.-W. Krumwiede (BeihhJbGesNdsächsKG 64), 1966 (1967), S. 74—80, S. 158 f., hier S. 74 ff., S. 158, Abb. 19.

11 T. Knauf, Wietzen, Kr. Nienburg, in: Bremen, Niedersachsen, bearb. von G. Kiesow u. a. (G. Dehio, Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler), 1977, S. 974 f.

der Südseite des Turms Ansätze einer Lisenengliederung. [Über dem Westportal] eingemauert ein Türsturzrelief aus dem 12. Jahrhundert (wohl vom Nordportal) mit verwitterter Kreuzigungsgruppe . . . Architekturfragmente des 12. Jahrhunderts im Querhaus.

Die Kirche ist damit im Hinblick auf ihre aus dem hohen Mittelalter stammende Architektur sichtlich aus den ländlichen Pfarrkirchen der näheren und weiteren Umgebung herausgehoben.

Das Querhaus stammt erst aus dem Jahre 1830. Der ältere im Zuge des Neubaus zerstörte Ostabschluß gibt sich anhand einer Bauzeichnung zu erkennen, die der Vorbereitung jenes Umbaus diente: eine auffällig lange, abgesetzte Chorapsis mit halbrundem Abschluß (Abb. 5 a. b), der Chor wahrscheinlich mit einem Tonnengewölbe versehen¹².

II. Die Ausgrabung des Jahres 1958

1. Umfang und Methode

Die bevorstehende Umgestaltung des Querhauses von St. Gangolf ermöglichte im Jahre 1958 eine Ausgrabung im Kircheninnern. Diese Ausgrabung führte J. Sommer im Auftrag des Ev. Landeskirchenamtes durch; sie stand — häufiges Schicksal solcher Unternehmungen — unter erheblichem Zeitdruck und war von vornherein auf den Bereich des Querhauses von 1830 beschränkt¹³. Der im Jahre 1967 veröffentlichte knappe Bericht über die Grabung sowie schriftliche Mitteilungen des Ausgräbers vom Jahre 1982 bieten die Grundlagen für die folgenden Ausführungen.

Den Ausgräber interessierte vor allem eine von ihm selbst aufgestellte Arbeitshypothese: Kann der Chorraum ein selbständiger Bau gewesen sein, der erst bei Errichtung des Kirchenschiffs zum Chor wurde¹⁴?

Der Blick des Ausgräbers richtete sich also vor allem auf ein spezielles Problem der Baugeschichte, ein Sachverhalt, der die Auswahl der untersuchten Teilbereiche bestimmte, mithin für die Gewichtung der ergrabenen Befunde von Belang ist.

2. Befunde: Bau I

a) Gestalt

Die im Jahre 1830 abgebrochene Chorapsis wurde im Aufgehenden bzw. in den Fundamenten erfaßt; sie erwies sich zweifelsfrei als Ostabschluß einer klei-

¹² Mithoff (wie Anm. 1), S. 200, mit Abb. — Danach Sommer (wie Anm. 10), S. 78.

¹³ Herrn Dr. Sommer, Darmstadt, danke ich für gewährte Auskünfte. — Im Landeskirchlichen Amt für Bau- und Kunstpflege, Hannover, haben sich trotz intensiver Suche außer einem Einzelblatt mit Notizen und Handskizzen in unterschiedlichen Maßstäben keine Grabungsunterlagen auffinden lassen. Herrn Gardemin danke ich für Hilfe bei der Suche.

¹⁴ Sommer (wie Anm. 10), S. 76.

nen Saalkirche (künftig: Bau I) mit einer Mauerstärke von ca. 1 m im Aufgehenden und 1,6 m in den Fundamenten; damit hatte Sommer seine Arbeitshypothese verifizieren können (Abb. 5 c). Die lichte Breite betrug 3,5 m, die Länge konnte nur mit „größer als 6 m“ bestimmt werden. Sommer ergänzte die Länge auf ca. 8 m, setzte also — keine unübliche Proportion — Länge zu Breite wie 2:1.

Dieser neuerschlossene Bau I ist also zunächst gegenüber dem — noch zum großen Teil erhaltenen — romanischen Bau (Bau II) älter. Der Frage, ob und in welchem Maße diese relative Datierung für Bau I mit absoluten Zeitmarken versehen werden kann, wird im folgenden nachgegangen. Eine Antwort, das ist vorwegzuschicken, wird dadurch erheblich erschwert, daß die Grabung nur punktuell den gewachsenen Boden erreichte¹⁵. Damit aber ist unter anderem auch das Vorhandensein eines Bau I vorausgehenden Vorgängerbaues nicht völlig auszuschließen. Für einen solchen Vorgängerbau kommt am ehesten eine Holzkirche in Betracht.

b) *Altarsepulcrum*

In der Grabungsfläche wurde zur Apsis hin eine „mit Mörtel durchsetzte Stein-schicht“ angetroffen. Sie wurde nicht abgetragen. Deswegen konnte unter anderem auch die Stärke der Apsismauer nicht zuverlässig bestimmt werden¹⁶. Sommer meinte, gewiß zu Recht, daß diese Schicht vom Abbruch eines Altars herrühre.

Aus dieser Schicht wurden geborgen

1. Teile vom Beschlag eines Kästchens (Bein, Kupfer, mit Resten von Vergoldung)¹⁷.

Diese Fragmente bestimmte Sommer als Reste eines Reliquienkästchens und wies auf das „Wunstorfer Kästchen“ als Parallele hin, einen Reliquienbehälter, der mit überzeugenden Gründen in die Zeit um die Jahrtausendwende da-

15 Sommer (wie Anm. 10), S. 76. — F. Oswald, Wietzen (Kr. Nienburg), St. Gangolf, in: Vorromanische Kirchenbauten, Katalog der Denkmäler bis zum Ausgang der Ottonen, bearb. von dems., L. Schaefer, H. R. Sennhauser (VeröffZentralinstKunstG 3), 1966—1971, S. 376. — Zu grundsätzlichen Mindestanforderungen baugeschichtlich orientierter archäologischer Untersuchungen vgl. G. P. Fehring, Grabungsmethode und Datierung. Zur Arbeitsweise von Bauforschung und Archäologie des Mittelalters in Deutschland, in: Dt. Kunst und Denkmalpflege 29, 1971, S. 41—51. — Vgl. die musterhafte Untersuchung von U. Lobbedey, Borgholzhausen. Archäologie einer westfälischen Kirche, mit Beiträgen von W. Henke u. a. (Denkmalpflege und Forsch. in Westf. 3), 1981. — Ders., Die Geschichte der Pfarrkirche zu Albersloh, Landkreis Münster, nach den Ausgrabungen 1965, mit Beiträgen von P. Berghaus u. a., in: Westfalen 50, 1972, S. 25—57.

16 Oswald (wie Anm. 15), S. 376.

17 Sommer (wie Anm. 10), Abb. 21 f.

tiert wird¹⁸. Auf die Funktion des für St. Gangolf zu erschließenden Kästchens Sommer hingegen nicht ein. Es kann sich dabei nur um Teile eines beim Abbruch des Altars zerstörten Altarsepulcrums handeln¹⁹. Das aber gibt einen ersten Hinweis darauf, daß Bau I (bzw. ein noch älterer, von der Grabung nicht erfaßter bzw. nicht erkannter Vorgängerbau) aus der Zeit um die Jahrtausendwende stammt.

2. Ein Pfennig des frühen 14. Jahrhunderts²⁰.

Damit ist ein Anhaltspunkt dafür gegeben, daß der Altar zur Umlaufzeit dieser Münze niedergelegt worden ist.

c) Bestattungen

Die mit Mörtel durchsetzte Steinschicht war durch eine Bestattung gestört (Abb. 5 c)²¹; die Grabgrube folgte in einem Abstand von ca. 0,3 m der Bauachse. Sommer geht auf diese Bestattung nur knapp ein und datiert sie beiläufig in „jüngere Zeit“²¹. Als terminus post quem muß aufgrund des eben genannten Münzfundes das 14. Jahrhundert angenommen werden. Darüber hinaus hat Sommer nur knapp „Reste von Gräbern“ festgehalten²². Dabei kann es sich — folgt man der Grabungsdokumentation — vor allem um Reste solcher Bestattun-

18 Die Kunstdenkmale des Kreises Neustadt am Rübenberge, bearb. von A. Nöldeke, O. Kiecker, O. Karpa, C.-W. Clasen und G. Kiesow, Text- und Bildband, 1958, Textband S. 205, Bildband, Abb. 456. — Kestner-Museum Hannover. Mittelalter, I, Bronze, Email, Elfenbein, bearb. von F. Stuttmann (Bildkataloge des Kestner-Mus. Hann. 8), 1966, Nr. 102, Abb. S. 186. — Die Datierung gründet sich vor allem auf die beiden in das Kästchen eingearbeiteten Otto-Adelheid-Pfennige. — Zur frühen Umlaufzeit der Otto-Adelheid-Pfennige vgl. zuletzt: V. M. Potin, Numismatische Chronologie und Dendrochronologie im Lichte der Novgoroder Ausgrabungen, in: *HambBeitrNumismat* 27/29, 1973/75 (1982), S. 53—66, hier S. 57 ff., bes. Abb. S. 61.

19 Eine solche Deutung ist auch für das Wunstorfer Kästchen nicht auszuschließen. — Vergleichbarer Befund: Friesoythe (nw. Cloppenburg), Reliquienkästchen „gefunden beim Abbruch des Hochaltars“. — Dazu Elfriede Heinemeyer, *Mittelalterliches Kunstgewerbe*. Landesmuseum Oldenburg. Ein Wegweiser durch die Sammlung, 1970, S. 11: „12. Jh.“, Abb. 8. — Briefliche Mitteilung Frau Dr. Heinemeyer, Oldenburg. — Erstveröffentlichung M. Creutz, Ein Reliquenschreinchen aus dem Anfang des XI. Jahrhunderts, in: *ZChristlKunst* 22, 1909, Sp. 217—220. — M. Last, Das Altarsepulcrum aus der Pfarrkirche St. Martin in Unterbillingshausen (Beiträge zur Geschichte der Pfarrkirche St. Martin in Unterbillingshausen [seit 1. Januar 1973 Billingshausen], nö. Göttingen, II), in: *PlesseArch* 18, 1982, S. 43—52, Katalog S. 47 f.

20 Genauer Fundort in dem in Anm. 13 erwähnten Blatt. — Museum für Hamburgische Geschichte, Hamburg, Münzkabinett: Wietzen, Anfang 14. Jh., 1 Hohlpfennig, „Fundament des Altars“. — Schreiben von Frau Dr. Margildis Schlüter, 16. 5. 1958, und G. Hatz, 19. 5. 1958. — Herrn Dr. Hatz, Museum für Hamburgische Geschichte, danke ich für gewährte Hilfe.

21 Blatt (wie Anm. 13): Skizze des Profils im Anschluß an den Chorabschluß des romanischen Baus.

22 Sommer (wie Anm. 10), S. 78, spricht von „Resten von Gräbern“ aus „jüngerer Zeit“. In den Umzeichnungen der Grabungsbefunde ist allerdings nur ein Grab eingetragen. Die Zeichnungen auf S. 77 und S. 79 sowie auf dem in Anm. 13 genannten Blatt weichen voneinander ab; hier werden erstere als maßgeblich angesehen.

gen handeln, die durch das oben beschriebene Grab „jüngerer Zeit“ einst gestört worden waren²³.

Aus Gründen, die im folgenden noch deutlich werden, ist es im besonderen Maße bedauerlich, daß den Bestattungen im Kircheninnern so wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde, bieten doch solche Bestattungen häufig wichtige, auf andere Weise kaum zu gewinnende Aufschlüsse.

3. Zusammenfassung, Ausblick

Die sicheren Ergebnisse der Grabung lassen sich wie folgt zusammenfassen:
Errichtung von Bau I (bzw. eines Vorgängerbaues) „um 1000“; Bau I: Saalkirche mit halbrunder Apsis

Einbeziehung von Bau I in Bau II etwa im 12. Jahrhundert; Abbruch des Westteils von Bau I.

Qualität und Bauvolumen erwecken den Eindruck, daß Bau I eine adlige Eigenkirche (-kapelle) war; ähnlich frühe Steinbauten vergleichbarer Größe und Gestalt sind für Nordwestdeutschland sonst allenfalls für Klöster oder Stifte bezeugt. Bau II paßt hingegen weit eher zu dem, was man bisher von Pfarrkirchen des 12./13. Jahrhunderts weiß.

Trotz aller Unzulänglichkeiten sind die Grabungsbefunde aus St. Gangolf von erheblicher Bedeutung. Das gilt für den ergrabenen Bau I, der die Kenntnis vom frühen Kirchenbau in Nordwestdeutschland auf willkommene Weise erweitert²⁴, möglicherweise aber auch — wie noch zu zeigen ist — für die „Reste von Gräbern“²⁵.

23 Dem Blatt (wie Anm. 13) zufolge wurden im Anschluß an den Chorabschluß des romanischen Baues nach Osten eine Fläche von ca. 4 m² freigelegt sowie ein ca. 0,5 m breiter Schnitt im Gefolge der Bauachse von Osten angelegt; ein weiterer Schnitt folgte der abgebrochenen Südwand von Bau I.

24 Vgl. allgemein W. Böckelmann, Grundformen im frühkarolingischen Kirchenbau des östlichen Frankenreiches, in: WallrafRichJb 18, 1956, S. 27—69. — Frühe Holzkirchen im nördlichen Europa, hg. von C. Ahrens (VeröffHelmsMus 39), 1981, S. 22 ff., Katalog, S. 501 ff. — Vorromanische Kirchenbauten, Katalog der Denkmäler bis zum Ausgang der Ottonen, bearb. von F. Oswald, L. Schaefer, H. R. Sennhauser (VeröffZentralinstKunstG 3), 1966—1971, S. 104: Großenkneten (sö. Oldenburg); S. 402 f.: Brunshausen (n. Northeim); S. 404: Eldagsen (sö. Springe).

25 F. Oswald, In medio Ecclesiae. Die Deutung der literarischen Zeugnisse im Lichte archäologischer Funde, in: FrühMAStud 3, 1969, S. 313—326. — G.-P. Fehring, Missions- und Kirchenwesen in archäologischer Sicht, in: Geschichtswissenschaft und Archäologie, hg. von H. Janckuhn und R. Wenskus (VortrForsch 22), 1979, S. 547—591, hier S. 570 ff. — Zur Methode vgl. F. Mühlberg, Grab und Grabdenkmal der Plectrudis in St. Marien im Kapitol zu Köln, in: WallrafRichJb 24, 1962, S. 21—96, hier besonders S. 84. — Überzeugend interpretiertes Objekt mit Hinweisen auf vergleichbare Befunde: H. Thümmel, Ein sächsischer Bildnisgrabstein des 12. Jahrhunderts am Dom zu Münster, in: Festschr. für Werner Hager, 1966, S. 9—16. — Erhaltene Grabsteine aus Niedersachsen mit Inschriften, die auf ein Stiftergrab verweisen: Hemmingen-Wilkenburg (s. Hannover), 12. Jh.: Bremen, Niedersachsen (wie Anm. 10), S. 456; Eldagsen (sö. Springe): H. Dobbetin, Vorgängerbauten der Eldagser Pfarrkirche, in: Heimatland 1968, 1, S. 5—13, hier S. 6 (11./12. Jh.?).

Die Grabung des Jahres 1958 in St. Gangolf hat also dazu geführt, daß dem früh bezeugten Adelssitz Stumpenhusen ein früher, nach Zeitstellung und Qualität ausgesprochen auffälliger Sakralbau zur Seite gestellt werden kann. Damit ergibt sich für die Zeit mindestens vom späten 11. Jahrhundert an ein Ensemble von überörtlichem Rang.

III. Mittelalterliche Tradition

Auf schriftliche Quellen, die den Befunden der Ausgrabung hätten schärfere Konturen verleihen können, auf jeden Fall aber hätten ausführlich herangezogen werden müssen, ging Sommer in seinem Bericht nur beiläufig ein. Die Gründe dafür leuchten bei näherer Kenntnis der Begleitumstände dieser Veröffentlichung ein²⁶.

Sommer beschränkte sich im wesentlichen auf das knappe Zitat einer „Urkunde im Pfarrarchiv“ und auf die ebendort befindlichen „Corpora bonorum von 1773 und 1779“. Diesen Quellen zufolge haben — so Sommer — die Grafen Bardo und Ekbert mit ihren Frauen Oda und Gertrud die Kirche gegründet²⁷. Andererseits nahm Sommer an, daß die Kirche „zweifellos als Eigenkirche der Grafen von Stumpenhausen“ gegründet worden sei²⁸.

Da der Ausgräber also darauf verzichten mußte, schriftliche Quellen im gebotenen Maße der Interpretation seiner Grabungsergebnisse dienstbar zu machen, vor allem aber auch, weil die Auffassungen des Ausgräbers in Handbüchern, Nachschlage- und Inventarwerken weiterwirken²⁹, sollen im folgenden die in Betracht kommenden schriftlichen Quellen systematisch interpretiert werden.

Es handelt sich dabei vor allem um zwei eng verwandte Quellen, die zunächst voneinander getrennt zu betrachten sind und die im folgenden in Anlehnung an eingebürgerten Sprachgebrauch benannt werden als

1. Epitaphium
2. Fundatio

²⁶ Sommer trat seine Tätigkeit in Darmstadt im Jahre 1966 an.

²⁷ Sommer (wie Anm. 10), S. 74.

²⁸ Sommer (wie Anm. 10), S. 76.

²⁹ Vgl. oben Anm. 10. — Der Artikel ‚Wietzen‘ von Dr ö [g e r e i t] (wie Anm. 1), S. 491, blieb von der 1. Aufl., 1958, bis zur 4. Aufl., 1976, unverändert. — [F. St u t t m a n n], Wietzen, in: Niedersachsen und Westfalen, bearb. von Karl Becker u. a. (G. Dehio, Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler, neu bearb. von E. Gall, I), 2. Aufl., 1949, S. 25, ging nicht auf schriftliche Quellen ein. — Der Nachfolgeartikel von K n a u f (wie Anm. 11), S. 974 f., erwähnt diese knapp und geht zudem kurz auf die „Nachgrabung“ ein, klammert aber die Bestattung(en) aus.

1. Epitaphium

a) Text

Zunächst der Text des Epitaphiums³⁰:

*Bardonis tumba comitis hec continet ossa.
Filius^{a)} Ecbertus, sic nobis indicat ejus
Presens structura. Uxor venerabilis Oda,
Alheidis socia, Christo sit eviter juncta.
Hi fundatores, tu supplex pro quibus ores,
Ut deus heredem his donet^{b)} glorie sedem.
De quorumque bonis redolet pastor pie donis,
Appensis certis sertis multimode fertis
Celum. Gangolphum fateor huc esse patronum
Hujus de merito nunquam post hecce silebo^{c)}.
a) Alius b) donans c) patietur Solio*

b) Überlieferung

Die Textüberlieferung des Epitaphiums³¹ läßt sich geradlinig zunächst bis etwa in das Jahr 1600 verfolgen. Alexander Achemius, Pfarrer in Wietzen, hat das Epitaphium in seinem 44. Amtsjahr aus dem „Missale“ seiner Kirche abgeschrieben; die niederdeutsche Überschrift *Uth dem Missale tho Wietzen*, die den nachfolgenden Veröffentlichungen dieser Quelle kommentarlos beigegeben wurde, geht auf ihn zurück³². Gestalt und Alter der zitierten Vorlage sind nicht bekannt und lassen sich nur unvollkommen erschließen. In diesem Zusammenhang gilt es zu bedenken, daß es sich ausschließlich um Textüberlieferung handelt; bildliche

30 UBHoy VIII 11, mit Lesarten nach [Ernst Ludewig] R [athlef], Nachricht von den alten Herren von Stumpenhausen und ihrer Kirche zu Wietzen, in der Grafschaft Hoya, aus alten Urkunden, in: HannGelAnz 1752, Sp. 1273—1284. — Später hat sich W. von Hodenberg allerdings dem von Rathlef gebotenen Text kommentarlos angeschlossen; vgl. W. von Hodenberg, Die Diözese Bremen und deren Gaue in Sachsen und Friesland, I, II, 1858, Beilagen, 1859, hier I, S. 139, Anm. a. — Fehlerhafter Text bei Gade (wie Anm. 2), II, S. 376.

31 Der Terminus Epitaph(ium) kann hier verwandt werden, obwohl er nach gängigem Sprachgebrauch primär eine bildliche Darstellung erwarten läßt; „Text-Epitaphien“ herrschten jedoch bis zum 14. Jahrhundert vor. — Vgl. A. Weckwerth, Der Ursprung des Bildepitaphs, in: ZKunstG 20, 1957, S. 147—185. — M. Burkhard-Meier, Das spätmittelalterliche Wanddenkmal in Deutschland und den Niederlanden, Diss. phil. Masch., Freiburg i. B. 1955, S. 10 ff., S. 142 ff., S. 153 ff. — R. M. Kloos, Einführung in die Epigraphik des Mittelalters und der frühen Neuzeit (Die Kunstwiss.), 1980, S. 76 ff.

32 Rathlef (wie Anm. 30), Sp. 1282: „... aetatis suae 74. ministerii ibidem 44.“ — Amtsdaten bei Philipp Meyer, Die Pastoren der Landeskirchen Hannovers und Schaumburg-Lippes seit der Reformation, II, 1942, S. 508: 1557—1609. — Ebenso Gade (wie Anm. 2), II, S. 380. — Zum lateinischen Teil der Überschrift Rathlef (wie Anm. 30), Sp. 1275. — Vgl. Wietzen, Pfarrarchiv, Corpus bonorum (Blattverlust; vor 1897). — Unten Anm. 46.

Darstellung, die möglicherweise den Text des Epitaphiums am ursprünglichen Ort ergänzt hat, ist nicht greifbar³³.

Für die frühe Neuzeit ist Argwohn gegenüber Berufungen auf ein „Missale“ angebracht, häufig handelt es sich dabei um eine Fiktion³⁴. In dem hier interessierenden Fall kann dieser Einwand jedoch ausgeräumt werden: Achemius hat dem „Missale“ nach eigener Aussage nicht nur das Epitaphium und die — im folgenden noch zu behandelnde — Fundatio entnommen, sondern auch noch weitere auf die Kirche in Wietzen bezügliche Texte. Der jüngste datierte Text ist eine — zweifellos echte — Urkunde vom Jahre 1461³⁵. Daß die Quellenberufung des Achemius Vertrauen verdient und das von ihm kopierte Epitaphium tatsächlich auf eine Handschrift mit aus dem Mittelalter stammenden Texten zurückgeht, ist mithin nicht zu bezweifeln. Auf das Alter dieser Vorlage wird im folgenden noch eingegangen.

Achemius hat seine Abschrift allem Anschein nach in zwei Fassungen niedergelegt³⁶; keine von beiden ist erhalten. Eine buchstabengetreue und beglaubigte Kopie von solchen Texten aus dem „Missale“, die für die Kirche belangreich erscheinen mochten, darunter vorrangig auch des Epitaphiums, entstand in den Jahren 1626/27³⁷. Diese Sammlung ist allerdings nur in einer durch Lesefehler und Mißverständnisse entstandenen jüngeren Kopie und diese wiederum — ausgerechnet — ohne das Epitaphium erhalten³⁸.

Achemius hat also allem Anschein nach bei seinem Amtsantritt (1557) in Wietzen, eine Generation nach dem Sieg der Reformation in der Niedergrafschaft Hoya³⁹, das „Missale“ in St. Gangolf oder aber andernorts, vielleicht in landes-

33 Burkhard-Meier (wie Anm. 31), S. 10 ff.: vereinzelte Wanddenkmäler mit bildlicher Darstellung des 12. Jahrhunderts; darunter das Epitaph des Presbyters Bruno aus dem Hildesheimer Domchor.

34 Skeptisch u. a. schon Grupen (wie Anm. 5), Sp. 1271: „... über dies sind dergleichen Missalbücher insgemein alte Legenden, die ex ingenio ausgeheckt, und mit den autoribus synchronis und Urkunden mittler Zeit am wenigsten zutreffend.“ — Beispiele für fiktive Missale: Hamelmann, Oldenburgische Chronik (wie Anm. 4), S. 59 (tatsächlich nach Albert von Stade). — Hamelmanns Nachricht hat u. a. auch Rathlef (wie Anm. 30), Sp. 1274, verwirrt. — von Hordenberg, Die Diocese (wie Anm. 30), I, S. 141, Anm. k.: Hinweis auf [vermeintliches] Missale der Kirche Mellinghausen (w. Nienburg).

35 Rathlef (wie Anm. 30), Sp. 1281 f., Sp. 1274 f.: Revers des Gerd von Bothmer.

36 Rathlef (wie Anm. 30), Sp. 1274, 1281: [a] „Bogen“; [b] „anderer alter und sehr zerrissener Bogen“.

37 Wietzen, Pfarrarchiv, Corpus bonorum: B. 4 r/v, 5 r (neue Paginierung) (z. T. Dubletten). — Kopie von Bernhard Spanhake, Rektor in Nienburg, Johann Schrader, Pfarrer in Wietzen, und Justus Werner, Superintendent in Nienburg. — Nach Meyer (wie Anm. 32), S. 508, amtierte Johann Schrader 1609—1627; S. 196, Justus Werner 1626—1641.

38 Wietzen, Pfarrarchiv, Corpus bonorum, Bl. 1 r (neue Paginierung); Eintrag von einer Hand der Zeit um 1900.

39 In den Jahren nach 1525, zur Zeit des Grafen Jobst II. von Hoya: N. N., Die Reformation in der Heimat, in: Der Kreis Nienburg, hg. vom Kreisausschuß des Kreises Nienburg, 1935/36, S. 55—57.

herrlichem Besitz, vorgefunden und darin enthaltene, ihm wichtig erscheinende Eintragungen in Form von Abschriften seiner Kirche bzw. seinen Amtsnachfolgern verfügbar gemacht⁴⁰.

Der Wert des Epitaphiums als Quelle zur Landesgeschichte wurde recht früh erkannt:

Aus einer der Abschriften des Achemius schöpfte Marquard von Hodenberg († 1625) in seiner ungedruckten „Hodenberger Chronik“⁴¹.

Der Archivar und Polyhistor Johann Heinrich Hoffmann († 1680) griff unter Umständen (zusätzlich?) auf die Kopie der Jahre 1626/7 zurück, als er Material für seinen „Historischen gründlichen Bericht über die Grafen von Hoya“ sammelte⁴².

Im Jahre 1748 hat dann Johann Christian Harenberg den ersten Teil des Epitaphiums (v. 1—4) im Rahmen eines Beitrags in den „Braunschweigischen Anzeigen“ veröffentlicht, gab allerdings irreführend ein aus dem Kloster Bücken stammendes „Meßbuch“ als Quelle an⁴³. Er suchte mit diesem Beitrag zwei im Jahre zuvor in der gleichen Zeitschrift gestellte „Aufgaben“ zu lösen. Beide zielten darauf ab, die frühe Geschichte der Grafen von Hoya bzw. der Grafschaft Hoya zu erhellen⁴⁴.

Informant Harenbergs war allem Anschein nach der Nienburger Superintendent Ernst Ludwig Rathlef, zu dessen Sprengel Wietzen gehörte. Rathlef selbst veröffentlichte dann im Jahre 1752 erstmals den vollen Text des Epitaphiums,

40 Vgl. Rathlef (wie Anm. 30), Sp. 1282.

41 von Hodenberg, in: UBHoy VIII 32 (um 1200 [!]), Anm. 1, in Verbindung mit dems., in: UBHoy VIII 11, Anm. 1.

42 Hoffmann (wie Anm. 5), S. 398 ff.

43 Johann Christian Harenberg, Beantwortung der Frage, ob die Grafen zur Hoja von den Herren und Grafen von Stumpenhausen abstammend seyn? In: BraunschwAnz 1748, Sp. 293—300, hier Sp. 295. — Vollständiger Text: Ders., Zuverlässige und diplomatische Beschreibung von den Herren und Grafen zu Stumpenhausen und zu Hoja, . . . , o. J., Hannover, Niedersächsische Landesbibliothek, Ms. XXIII 745, Bl. 57 v (neue Paginierung): „... Grabschrift . . . Sie klingt elende genug“. — Lesarten wie von Hodenberg, in: UBHoy VIII 11.

44 N. N., 1. Sind die von Stumpenhausen und die Grafen von der Hoya einerley Geschlechts gewesen? 2. Wie ist der Vers Anno M. duo C. Hoiensis fit Comecia, eigentlich zu erklären? In: BraunschwAnz 1747, Sp. 1543. — N. N., Wo sind Nachrichten von der adelichen Familie von der Hoya anzutreffen? In: BraunschwAnz 1747, Sp. 1444. — Diese „Aufgaben“ hängen mit zwei recht ähnlichen zusammen, die im Jahre 1745 gestellt, aber in der Folge nur sehr unvollkommen beantwortet worden waren. — Vgl. N. N., Ein Verzeichniß von Hoyischen Müntzen, um dessen Mittheilung diejenigen, so selbiges ganz, oder zum Theil, zu geben vermögen, hiedurch ersucht werden, in: BraunschwAnz 1745, Sp. 55. — N. N., Haben die A. 1583 erloschenen Grafen von der Hoya auch Müntzen schlagen lassen? Und wie viele derselben lassen sich noch namhaft machen? In: BraunschwAnz 1745, Sp. 122. — [Daniel] E[berhard] B[aring], Beantwortung einiger Aufgaben. I. Von den Hoyischen Münzen, in: BraunschwAnz 1745, Sp. 1552—155, meint in Anlehnung an Hieronymus Henning, Genealogiae Imperatorum, Regum, Principum . . . (Ders., Theatrum genealogiae . . . , II), Magdeburg 1598, S. 358, die Grafen von Hoya seien schon vor dem Jahre 820 in Urkunden genannt worden.

und zwar mit der gegenüber Achemius erweiterten, um das Ergebnis neuerlicher Interpretation bereicherten Überschrift: *Epitaphium comitum de Stumpenhusen uth dem Missale tho Wietzen*⁴⁵. Dieser Titel hat in der Folgezeit gelegentlich zu Mißverständnissen geführt.

Ob Rathlef auf die Abschrift des Achemius oder aber auf die beglaubigte Kopie der Jahre 1626/7 zurückgriff, läßt sich nicht entscheiden; das gleiche gilt für die nachfolgenden Interpreten des Epitaphiums. Auf Harenberg wiederum stützte sich Johann Friedrich Falke, der Bardo/Egbert kühn in die Stammtafel des „Widekindischen Geschlechts“ einbaute, d. h., als Vorfahren sowohl der Grafen von Hoya als auch der Grafen von Schwalenberg/Waldeck in Anspruch nahm⁴⁶.

Auf die Veröffentlichung Rathlefs haben unmittelbar bzw. mittelbar in der Folgezeit die niedersächsischen Geschichtsforscher Anton Ulrich Grupen (1762)⁴⁷, Urban Friedrich Christof Manecke (um 1800)⁴⁸, Albert Hüne (1832)⁴⁹ und Wilhelm von Hodenberg (1854/58)⁵⁰ sowie schließlich der Bau- und Kunsthistoriker Hector Wilhelm Mithoff (1878)⁵¹ zurückgegriffen.

Eine kritische Analyse des Textes fehlt bisher^{51a}; sie kann hier nur in begrenztem Maße, d. h. im Rahmen der vorrangig verfolgten Fragen, unternommen werden.

Das Epitaphium stammt zweifellos aus dem Mittelalter; dafür spricht zunächst der bereits dargestellte Überlieferungszusammenhang des Textes. Gegen eine gelehrte Fälschung der frühen Neuzeit, etwa durch Achemius, spricht ferner die Tatsache, daß im 16. Jahrhundert leoninische Hexameter nicht gefälscht wurden. Dieses Versmaß widersprach den humanistischen Vorstellungen von Latinität⁵², ebenso wie etwa die Form *eviter* (v. 4; für *aeviter*)^{52a}. Gegen eine Fälschung spricht schließlich die Tatsache, daß das Epitaphium erst in einem zweiten Ab-

45 Rathlef (wie Anm. 30), Sp. 1275. — Vgl. ders., Geschichte der Grafschaften Hoya und Diepholz, I—III, Bremen 1766, 1767, hier: II, 1766, S. 75 ff., S. 78. — Zum niederdeutschen Teil der Überschrift vgl. oben bei Anm. 32.

46 Johann Friedrich Falke, Codex traditionum Corbeiensium ..., Leipzig und Wolfenbüttel 1752, S. 617 ff., vgl. S. 116, S. 199, fügte der vorhandenen Überlieferung drei Fälschungen hinzu, die in der Folgezeit mehrfach Verwirrung gestiftet haben. — Vgl. z. B. unten Anm. 60.

47 Grupen (wie Anm. 5), Sp. 1271 f., kritisch gegenüber der genealogischen Ausdeutung des Epitaphiums durch Harenberg und Rathlef.

48 Hinweis: Manecke (wie Anm. 2), S. 382 mit Anm. 77.

49 A. Hüne, Geschichte der Grafen von Hoya, in: HannMagaz 1832, S. 745—790, hier: S. 759 (fehlerhaft).

50 von Hodenberg, in: UBHoy VIII 10 (1854). — Ders., Die Diözese (wie Anm. 30), I, S. 139, Anm. a.

51 Mithoff (wie Anm. 1), S. 199.

51a Das Epitaphium fehlt z. B. bei O. Lehmann-Brockhaus, Schriftquellen zur Kunstgeschichte des 11. und 12. Jahrhunderts für Deutschland, Lothringen und Italien, 1938.

52 Herrn Prof. Dr. Rädle, Seminar für klassische Philologie der Universität Göttingen, und Herrn N. Eickermann, Soest, danke ich für gewährte Auskünfte.

52a Vgl. K. Strecker, Introduction to Medieval Latin, 3. Aufl., Zürich, Berlin 1965, S. 60.

schnitt der Wirkungs- und Überlieferungsgeschichte zur Erhellung der frühen Geschichte der Grafen von Hoya herangezogen wurde⁵³ und daß sich anhand der Personennamen des Epitaphiums zu diesen Grafen keine Brücke schlagen läßt.

Einen ersten Hinweis auf den Zeitpunkt, zu dem das Epitaphium in jenes „Missale“ eingetragen worden war, in dem es Achemius vorfand, liefert ein Lesefehler. Rathlef und ihm folgend von Hodenberg in seiner jüngeren Edition bieten für das richtige *Filius* (v. 2) die Lesart *Alius*⁵⁴. Dieser Lesefehler läßt sich nur mit einem verlesenen Majuskel-F erklären und führt zu dem Schluß, daß der Eintrag im „Missale“ ungefähr aus dem 14. Jahrhundert stammt⁵⁵. Dieses Argument gilt allerdings nur dann, wenn man annimmt, daß Achemius seine Vorlage fehlerfrei wiedergab. Es ist zu bedauern, daß die Kopie des Epitaphiums im „Corpus bonorum“, die das Schriftbild des 14. Jahrhunderts mindestens in Ansätzen bewahrt hat, bereits vor dem Jahre 1897 verloren ging⁵⁶, paläographische Befunde sich also lediglich mittelbar aus dem Druck des 18. Jahrhunderts ableiten lassen⁵⁷.

Schließt man sich der Argumentation an, die kürzlich N. Eickermann im Zusammenhang mit dem „Epitaphium“ vom Grabmal Widukinds in der einstigen Stiftskirche Enger (bei Herford) verfolgte⁵⁸, dann gehört das Epitaphium von St. Gangolf [auch] aufgrund seiner uneinheitlichen und nachlässigen Reimtechnik in das späte Mittelalter.

Als Ergänzung dieses vornehmlich an Hand von paläographischen und philologischen Kriterien erschlossenen Zeitansatzes können zunächst die in v. 1—4 des Epitaphiums von St. Gangolf erscheinenden Personennamen dienen:

1. Der Name Adelheit (*Alheidis*) wurde erst durch die zweite Gemahlin Ottos I. in Sachsen heimisch. Ältere Belege sind den namenkundlichen Hilfsmitteln nicht zu entnehmen⁵⁹.

53 Noch nicht: Hamelmann, *Liber secundus* (wie Anm. 4), S. 741. — Philipp Jacob Spener, *Historia insignium illustrium . . .*, Frankfurt a. M. 1680, S. 400, mit Stammtafel, S. 401. — Erstmals Hoffmann (wie Anm. 5), S. 398 ff.

54 Rathlef, *Nachricht* (wie Anm. 30), Sp. 1276.

55 W. Heinemeyer, *Studien zur Geschichte der gotischen Urkundenschrift*, 1962, S. 127 ff. — Vgl. N. Eickermann, *Epigraphische Notizen aus Soest*, in: *SoestZ* 84, 1972, S. 25—39, hier S. 35 f. — Brieflicher Hinweis von N. Eickermann, Soest.

56 Wie oben bei Anm. 38.

57 Die Lesart *patietur solio* (v. 10) bleibt unklar.

58 N. Eickermann, *Über die Grabschrift Widukinds*, in: *Die Ausgrabungen in der Stiftskirche zu Enger, I* (Denkmalpflege und Forsch. in Westf. 1), 1979, S. 48—68. — E. bezog das Epitaphium aus St. Gangolf nicht in die Argumentation ein.

59 E. Förstemann, *Altdeutsches Namenbuch, I, Personennamen*, 2. Aufl. 1901, Neudr. 1966, Sp. 172. — Edward Schröder, *Von der Verbreitung des Namens Heinrich und vom Schicksal der Fürstennamen überhaupt*, in: *Ders., Deutsche Namenkunde. Gesammelte Aufsätze zur Kunde deutscher Personen- und Ortsnamen*, 2. Aufl., 1944, S. 117—121, hier S. 120. — Vgl. W. Schlaug, *Die altsächsischen Personennamen vor dem Jahre 1000* (Lunder Germanist. Forsch. 34), 1962, S. 39.

2. Der Name *Bardo* ist für die Zeit nach 1100 in Norddeutschland nicht mehr bezeugt⁶⁰.

Diese beiden Zeitmarken — nach 960, vor 1100 — bieten den terminus post quem für das Epitaphium von St. Gangolf. Angesichts der ungleichmäßigen Qualität der vorliegenden namenkundlichen Hilfsmittel bleibt bei dieser Argumentation notwendig ein Rest von Unsicherheit.

Auf andere, in methodischer Hinsicht allerdings nicht haltbare Art kamen J. H. Hoffmann⁶¹, A. Harenberg⁶², J. F. Falke⁶³, E. L. Rathlef und W. von Hodenberg⁶⁴ zu durchaus verwandten Zeitansätzen. Diese Autoren erachteten — mit im einzelnen unterschiedlicher Gewichtung — folgende Gesichtspunkte für die Datierung des Epitaphiums als wesentlich:

1. Die Kirche St. Gangolf und die Burg Stumpenhusen gehören in ein und denselben Besitzzusammenhang.
2. Dieser Besitzzusammenhang besteht von Anfang an, bleibt gewahrt und entspricht einer ungebrochenen genealogischen Kontinuität im Mannesstamm der über diesen Besitzkomplex verfügenden Dynasten⁶⁵.
3. Bardo und Ekbert sind mithin direkte, agnatische Vorfahren der Grafen von Stumpenhusen-Hoya.

Damit bot für Bardo/Ekbert nur eine Position vor Beginn der als solcher recht gut bekannten Generationenfolge der Grafen von Stumpenhusen-Hoya Raum, d. h.: die Zeit vor der Mitte bzw. um die Mitte des 11. Jahrhunderts⁶⁶. Dieser vermeintliche terminus ante quem wurde unbedenklich als terminus ad quem umgedeutet, d. h. für die Altersbestimmung des Epitaphiums als maßgeblich angesehen.

Auf die Interpretation dieser Autoren des 17. bis 19. Jahrhunderts wird im folgenden noch zurückzukommen sein.

60 W. Schlaug, Studien zu den altsächsischen Personennamen des 11. und 12. Jahrhunderts (Lunder Germanist. Forsch. 30), 1955, S. 175, ist unvollständig; vgl. unten bei Anm. 161. Der für das Jahr 1130 angeführte Beleg (UBWestf II, Cod. dipl. 209) gehört zum Jahr 1113, entstammt allerdings einer von J. F. Falke herrührenden Fälschung. — Vgl. UBWestf, Additamenta, 11: Drei von Falke erfundene Urkunden.

61 Hoffmann (wie Anm. 5), S. 398 ff.

62 Harenberg, Beantwortung (wie Anm. 43), Sp. 295.

63 Falke (wie Anm. 46), S. 116 ff., vgl. S. 199.

64 von Hodenberg, in: UBHoy VIII 11: „Sec. 11“. — Vgl. ders., in: UBHoy VIII 10, Anm. 2: „erste Hälfte des 11. Jahrhunderts“. — Ders., in: UBHoy, Register, S. 152, s. v. Widessen: „c. 1025“. — Ders., Die Diözese (wie Anm. 30), I, S. 137: „... erste Hälfte des 11. Jahrhunderts ...“ — Nach von Hodenberg hat diese Datierung niemand in Zweifel gezogen, auch nicht Drö[gereit] (wie Anm. 1), S. 491, und [Knauf] (wie Anm. 11), S. 974.

65 von Hodenberg, in UBHoy VIII 10, Anm. 1: „Auf welche Weise die ecclesia in Widessen aus dem Besitz der Grafen von Stumpenhausen, und wie die vorgedachten Güter in Wietzen an den Grafen von Regenstein gekommen waren, ist nicht bekannt ...“

66 Vgl. Anm. 65. — So erstmals Hoffmann (wie Anm. 5), „Stamm-Taffel“, S. 398. — Danach u. a. Rathlef, Nachricht (wie Anm. 30), Sp. 1283.

c) *Interpretation, Datierung*

Das Epitaphium läßt sich un schwer in fünf Abschnitte gliedern:

1. Eigentliches Epitaphium (für Bardo) (v. 1).
2. Hinweis auf die Baugeschichte der Kirche: Ekbert hat die Kirche, in der sein Vater bestattet worden war, also Bau I bzw. dessen Vorgängerbau, fertigstellen, verändern oder aber durch einen Neubau ersetzen lassen (*Ecbertus . . . eius presens structura*; v. 2 f.).
3. Nennung von kognatischen Verwandten bzw. einer solchen. Ob *Alheidis socia* eine solche Verwandte — etwa: Gemahlin des Ekbert — war oder aber nicht, bleibt offen (v. 3 f.).
4. Aufforderung an den Betrachter des Epitaphiums für die in v. 1—4 genannten *fundatores* zu beten. Die *fundatores* haben die Kirche mit Besitz ausgestattet und sich damit das Recht auf fortwährendes liturgisches Totengedenken erworben (v. 5—9).
5. Hinweis auf das Patrozinium (v. 9 f.).

Das Epitaphium muß sich einst in der Nähe des Bardo-Grabes befunden haben; wahrscheinlich war es auf einer Tafel seitlich über dem Grab an der Kirchenwand angebracht. Es setzt auf jeden Fall für die Zeit seiner Genese die nahegelegene Grabplatte (*hec tumba*, v. 1) des Bardo voraus und ist nur in bezug auf diese zu verstehen⁶⁷; es gehört damit in seiner ursprünglichen Intention zur Gattung der Wanddenkmäler⁶⁸. Für Ekbert wird ein solcher handgreiflicher Bezug nicht namhaft gemacht; vielleicht konnte sich der Verfasser auf eine auf Ekbert bezogene Bauinschrift stützen. Für Oda und Alheidis konnte sich der Verfasser auf derartige Anknüpfungspunkte allem Anschein nach für das Epitaphium nicht berufen. Daß außer Bardo auch die drei übrigen im Epitaphium genannten Personen oder doch die eine oder andere von ihnen in St. Gangolf bestattet wurden, ist gleichwohl keineswegs unwahrscheinlich.

Ob es sich bei dem Epitaphium um eine Inschrift in Metall bzw. Stein gehandelt hat oder ob Holz bzw. Pergament als Schriftträger in Betracht kommen⁶⁹, ist nicht zu entscheiden.

Die Inschrift auf der mutmaßlich steinernen Grabplatte des Bardo wird hingegen, ähnlich dem Eintrag in einen Nekrolog, außer Namen und Amt zumindest

67 Vgl. das *hec continet* (v. 1) und den Appell an den Leser bzw. Betrachter (v. 5). — Vgl. K. H. Krüger, Königsgrablagen der Franken, Angelsachsen und Langobarden bis zur Mitte des 8. Jahrhunderts (MünstMASchr 4), 1971, S. 17, Anm. 25, mit Literatur, S. 434. — W. Seeliger, Die Grabplatten der Grafen von Nellenburg und die Nellenburger Memorialtafel im Museum Allerheiligen in Schaffhausen, in: SchaffhausBeitrVaterländG 49, 1972, S. 9—52, hier S. 34 ff.

68 Burkhard-Meier (wie Anm. 31), S. 148 ff., S. 151. — P. Schoenen, Epitaph, in: Reallexikon der Dt. KunstG., IV, 1967, Sp. 872—921, hier Sp. 872 ff.

69 Vgl. N. N. [Ludwig Albrecht Gebhardi], Nachricht vom herzoglich lüneburgischen Erbbergräbnis in der St. Michaeliskirche zu Lüneburg, in: AnnBraunschwLünebChurlande 7, 1793, S. 177—193, hier S. 179. — Unten Anm. 74.

den Todestag enthalten haben; ob sie außer diesen Mitteilungen auch eine bildliche Darstellung aufwies, sei dahingestellt⁷⁰.

Jedenfalls — und das ist für den hier interessierenden Zusammenhang von Belang — hat das Epitaphium erst in einer zweiten Überlieferungsphase den Weg in eine Handschrift, das „Missale“, gefunden und den in dieser Mischhandschrift mutmaßlich enthaltenen Hinweis auf den Todestag des Bardo ergänzt. Auf diese Weise lassen sich am ehesten einige Lesefehler erklären (*filius*, v. 2; *donans*, v. 6, für *donet*; *patietur soli*, v. 10). Dies gilt allerdings nur dann, wenn man wiederum annimmt, Achemius habe seine Vorlage textgetreu abgeschrieben.

Die Tatsache, daß, wie im folgenden noch zu zeigen sein wird, mit einer direkten genealogischen bzw. besitzgeschichtlichen Kontinuität von Bardo/Ekbert hin zu den vom späten 11. Jahrhundert an recht gut bekannten Edelherren/Grafen von Stumpenhusen/Hoya nicht zu rechnen ist⁷¹, schließt eine auf dynastischer Seite zu suchende Initiative zur Schaffung des Epitaphiums weitgehend aus. Als Auftraggeber bzw. zugleich auch Autor des Epitaphiums kommt hingegen durchaus einer der an St. Gangolf im späten Mittelalter tätigen Geistlichen in Betracht. Der Text läßt sich nämlich durchaus mit dem Interesse an dem von Bardo/Ekbert hinterlassenen, der Kirche zugewandten Gut (v. 7) erklären, das es offensichtlich gegen Ansprüche Dritter zu verteidigen galt⁷². Folgt man dieser Argumentation, dann ist mit *presens structura* (v. 2 f.) Bau II von St. Gangolf zu bestimmen, also jener Bau, dessen Vorgeschichte J. Sommer im Jahre 1958 teilweise klären konnte. Bau I hat demnach in der Zeit des Bardo bestanden.

Sieht man von einigen nach Typ und Zeitstellung verwandten Epitaphien, z. B. für Angehörige der Billunger im Kloster St. Michael, Lüneburg⁷³, und der Welßen im Stift St. Blasien, Braunschweig⁷⁴, einmal ab, so steht das Epitaphium aus St. Gangolf in Niedersachsen weithin isoliert⁷⁵; aufgrund dieser Sonderstellung verdient es ein besonderes Interesse.

Oben konnte anhand namenkundlicher Kriterien erschlossen werden, daß die im Epitaphium bezeugte Personengruppe nach der Mitte des 10. und vor dem

70 Vgl. K. Bauch, Das mittelalterliche Grabbild. Figürliche Grabmäler des 11. bis 15. Jahrhunderts in Europa, 1976, S. 10 ff., S. 197 ff., S. 282 ff., passim. — Vgl. oben bei Anm. 68.

71 Vgl. unten bei Anm. 147.

72 Vgl. unten bei Anm. 80.

73 Die Ottonenzeit, hg. von K. Strecker u. a. (MGH. Poet. lat. 5), 1937—1979, S. 291 ff. — N. N. [Gebhardi] (wie Anm. 69), S. 175 ff. (Überlieferung des 13.—15. Jh.): Epitaph für Bernhard (v. 3): ... *hic tumulus* ...

74 Philipp Julius Rehtmeyer, *Antiquitates Ecclesiasticae Inclytae Brunsvigae* ... , oder: Der berühmten Stadt Braunschweig Kirchen-Historie ... , T. I—V, 1707—1720, hier I, S. 90; II, Beilage Nr. 17 zu Kap. VI, S. 92 f.: Epitaph für Heinrich den Löwen und Mathilde, Otto IV. und Beatrix; terminus post quem: 1218.

75 Herrn Dr. des. E. Michael, jetzt Museum für das Fürstentum Lüneburg, danke ich für Auskünfte aus dem im Auftrag der Inschriftenkommission der Göttinger Akademie der Wissenschaften gesammelten Material.

Ende des 11. Jahrhunderts gelebt haben muß. Diese Zeitspanne entspricht grob den Befunden der Ausgrabung in St. Gangolf (Bau I bzw. Vorgängerbau) und führt zu der Annahme, daß sich unter den bei der Grabung beobachteten „Resten von Gräbern“ entweder auch solche vom Grab des Bardo — vielleicht auch der Gräber von Ekbert/Oda/Alheid — befunden haben oder aber — und dies ist wahrscheinlicher — daß diese dort noch mehr oder minder ungestört vorhanden sind.

Auf jeden Fall aber, und das ist für das folgende von Belang, war St. Gangolf im Mittelalter Grablege des hohen Adels.

2. Fundatio

a) Text

Zunächst der Text der Fundatio⁷⁶:

In nomine sancte et individue trinitatis. Justum et rationabile satis est, ut eos, quos gratia divina magis pios ac devotos extitisse experti sumus, eorum amplius ac diligentius nobis commendatam memoriam habeamus. Hinc est, quod primos hujus loci fundatores venerabiles dominum Bardonem et ejus legitimam dominam Odam in magna veneratione et continua ad dominum commemoratione nos frequenter condecet habere. Qui ecclesiam in loco presenti construentes primo ex lignis suis eam prediis honestissime dotaverunt, que legitimo pastori ecclesie ordinare et dispensare absque aliquo impedimento libere permiserunt. Quibus in requiem translatis, eorum successores venerabiles, dominus Ecbertus, et domina Gertrudis sua legitima, non minus religiosi ac domino devoti, ecclesiam ex lignis constructam deponentes, ut nunc in presenti cernitur, ex lapidibus edificaverunt, et non solum facta priorum, videlicet ecclesie collata, rata esse ac firma consesserunt, sed de suis prediis augere non neglexerunt. Unde piam eorum memoriam cordibus nostris arctius impressam, beneficia [sic] eorum nos monent habere, et hereditibus, qui adhuc supersunt, qui facta priorum non immutantes vel minuentes rata esse permiserunt, condignam reverentiam exhibere. Si quis autem, extra id, quomodo institutum est, absque consilio et voluntate sacerdotis aliquid ordinare presumpserit, aut dempsit, aut demere attentaverit, sive in agris, sive in mancipiis, vel etiam in pratis, non solum perpetue excommunicationi tam domini pape, quam episcoporum et sacerdotum subjacebit, sed hanc maledictionem super eum inducimus: fiat ejus habitatio deserta, fiant filii ejus orphani, nutantes, transfuge --- Sunt autem hec bona ecclesie: Primo dos in Widessen et duo mansi - - Curia in Milebergen, que solvit tertiam partem annone, IIII. porcos, IIII. pullos et II-II. modios pisorum - - Curia in Sepbenhusen, que tertiam partem solvit, IIII. porcos et duos solidos. Mansus in Bredenbeck. In Batenbergen duo mansi. In Thorlingen mansus solvens III. solidos gravis monete. In Molen mansus

76 UBHoy VIII 10 (Sec. XI). — Identisch: von Hodenberg, Die Diöcese (wie Anm. 30), I, S. 139, Anm. c.

solvens IIII. solidos. In Nienborch arce solventes sex solidos albe monete. In Estorp agri solventes III. solidos. In Demeburg XXXII. solidi, quos boni homines de fruitate ad illuminandam ecclesiam condiderunt. In Hersebergen mansus. Preterea mancipia multa, que jure suo servire tenentur. In Ehredemsen mansus solvens - - - In Helsendorpe XIV. mod. orde, XVI. mod. avene, F. IIII. Talenta VIII. IIII. pulli.

b) Überlieferung

Die Textüberlieferung der Fundatio ist der des Epitaphiums prinzipiell gleich; auch die Überlieferung dieser Quelle ist dem Wietzener Pfarrer Alexander Achemius bzw. seinem Nachfolger zu verdanken⁷⁷.

c) Interpretation, Überlieferung

Die Fundatio läßt sich unschwer als aus zwei unterschiedlichen Teilen bestehend erkennen.

1. „Urkunde“
2. Besitzverzeichnis/Urbar

Beide Teile müssen zunächst wiederum unabhängig voneinander interpretiert werden.

Teil 1. Die „Urkunde“ entspricht in Teilen in formaler Hinsicht durchaus solchen Urkunden, die im späten Mittelalter im näheren Umkreis von Wietzen ausgefertigt wurden⁷⁸.

Vorhanden sind, mehr oder minder formgerecht:

Invocatio
Arenga
Dispositio
Sanctio

Es fehlen mithin:

Intitulatio, Corroboratio, vor allem die Datierung⁷⁹.

Über das Epitaphium hinaus bzw. von ihm abweichend bietet die Fundatio folgendes:

⁷⁷ Vgl. oben bei Anm. 31.

⁷⁸ Herangezogen wurden die Fondseditionen der Klöster Bassum, Bücken, Heiligenberg, Heiligenrode, Nendorf und Schinna in: UBHoy II—VII.

⁷⁹ Vgl. hierzu den typologisch verwandten „Gründungsbericht des Klosters Reinhausen“ (s. Göttingen), in: E. von Uslar-Gleichen, Geschichte der Grafen von Winzenburg, 1895, Anhang, S. 308—312. — Dazu H. Patze, Die Entstehung der Landesherrschaft in Thüringen, I (MitteldtForsch 22), 1962, S. 582 ff. — Ders., Adel und Stifterchronik. Frühformen territorialer Geschichtsschreibung im hochmittelalterlichen Reich, in: BliDtLdG 100, 1964, S. 8—81; 101, 1965, S. 67—128; hier 1964, S. 46 f. — Ders., Klostergründung und Klosterchronik, in: BliDtLdG 113, 1977, S. 89—121, hier S. 97 f.

Bardo und Oda haben eine Holzkirche errichtet, die Ekbert und seine Gemahlin (sie heißt hier Gertrud) durch einen Steinbau ersetzen (Z. 6 f). Nachkommen bzw. Rechtsnachfolger der Stifter leben (Z. 16).

Die Fundatio erweckt in ihrem ersten Teil trotz einem Mehr an Einzelnachrichten nicht den Anschein, als vermittele sie unabhängig vom Epitaphium eigene Tradition⁸⁰. Die Frage nach Abhängigkeiten zwischen Epitaphium und Fundatio läßt sich nicht zuverlässig klären.

Teil 2. Die Güterliste, eine Mischung von Besitzverzeichnis und Urbar mit dem Versuch, am Schluß die jährlichen Einnahmen zusammenzuzählen, überliefert Besitz in 13 Orten, überwiegend weit außerhalb der Kirchspielgrenzen (Abb. 7). Nicht alle Orte lassen sich zweifelsfrei lokalisieren. Eine Besitzausstattung von der Art, wie sie die Fundatio in ihrem zweiten Teil bietet, paßt nach allem, was man überhaupt weiß, nicht zu einer „normalen“ Pfarrkirche bzw. Kapelle. Sie läßt sich am ehesten damit erklären, daß ein adeliger Besitzkomplex, insgesamt oder zu Teilen, in geistliche Hände gelangte⁸¹. Hatten die in Epitaphium und Fundatio genannten *fundatores* die Absicht verfolgt, in Wietzen ein Stift oder Kloster zu gründen?

Die über mindestens zwei Etappen vermittelte, der Absicht nach buchstabengetreue Kopie der Fundatio, so wie sie das ‚Corpus bonorum‘ des 18. Jahrhunderts bewahrt, deutet nicht daraufhin, daß die Fundatio wesentlich später als das Epitaphium aufgezeichnet wurde⁸². Dazu paßt auch das Formular der Urkunde. Teil 1 bietet keine Details, die sich für eine Datierung verwenden ließen. Anders Teil 2:

Es fehlt Dötlingen (sw. Oldenburg).

Besitz in diesem Ort wurde im Jahre 1276 verkauft⁸³.

Nennung von *Albi*.

Albi, besser bekannt unter der Bezeichnung Witten, wurden seit der Mitte des 14. Jahrhunderts geprägt⁸⁴.

Es fehlen mehrere Orte, die im Urbar des Pfarrgutes vom Jahre 1428 erscheinen⁸⁵.

80 Bei dem Hinweis auf die *ecclesia lignea* kann es sich bereits um einen Topos handeln; vgl. jedoch oben bei Anm. 15. — Allgemein: Frühe Holzkirchen (wie Anm. 24), S. 22 ff., und Lobbedey, Borgholzhausen (wie Anm. 15), S. 30 ff.

81 Vgl. jedoch den Besitz der Pfarrkirche Sommersdorf (nw. Oschersleben) im Jahre 1359: Pfarrkirche und Dorf. Ausgewählte Quellen zur Geschichte des Niederkirchenwesens in Nordwest- und Mitteldeutschland vom 8. bis zum 16. Jahrhundert, hg. von M. Erbe (Texte zur Kirchen- und TheologieG 19), 1973, 22.

82 Vgl. oben bei Anm. 55.

83 UBHoy V 27 (1276).

84 A. Su[hle], Witten, in: Wörterbuch der Münzkunde, hg. von F. Frhr. von Schrötter, 1930, S. 748 f.

85 Wietzen, Pfarrarchiv, Corpus bonorum, Bl. 1 v ff. u. ö. (neue Paginierung). Genannt worden nur noch Wietzen, Bötenberg, Bredenbeck, Drakenburg, Haßbergen, Mehlbergen; Orte in der Nähe Wietzens sind neu hinzugetreten.

Damit ergibt sich grob die Mitte des 14. Jahrhunderts als terminus post quem für die Entstehung von Teil 2, sehr wahrscheinlich auch für Teil 1 der Fundatio. Daß die Güterliste in sich uneinheitlich ist und unter Umständen noch ältere Teile enthält, legt der unterschiedliche Lautstand der Ortsnamengrundwörter nahe⁸⁶. Die Form *Widessen* — so die Fundatio — begegnet im Mittelalter zwar nur hier, ähnelt aber sehr den für das späte 13. und 14. Jahrhundert in zeitgenössischer Überlieferung bezeugten Formen⁸⁷.

IV. Zum Patrozinium

Das Patrozinium für St. Gangolf ist unabhängig vom Epitaphium für das Mittelalter nicht überliefert⁸⁸; am Wert des Epitaphiums als Quelle für die Patrozinienforschung ist gleichwohl nicht zu zweifeln. Das gleiche Patrozinium ist auch für Bau I (bzw. dessen Vorgängerbau) anzunehmen; das Altarsepulcrum, dessen Reste bei der Ausgrabung des Jahres 1958 zutage kamen, hat demnach sehr wahrscheinlich Reliquien dieses Heiligen enthalten.

In Nordwestdeutschland ist St. Gangolf als Patrozinium außerordentlich selten bezeugt, auch dies spricht dagegen, daß Epitaphium/Fundatio gefälscht sind. Dem maßgeblichen Nachschlagewerk zufolge kommen in Niedersachsen als (ausschließlich) diesem Heiligen geweihte Pfarrkirchen, unter Umständen aus einer Kapelle erwachsen, außer Wietzen lediglich Golmbach (nö. Holzminden) und Oerel (n. Bremervörde) in Betracht. Als alleiniges Kapellenpatrozinium ist St. Gangolf bezeugt in Harsefeld (s. Stade)⁸⁹. Alle drei genannten Orte werden bereits für die Zeit vor der Jahrtausendwende in schriftlichen Quellen erwähnt.

Die Verehrung des hl. Gangolf strahlte vor allem von Lothringen aus, nachdem in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts Bischof Gerhard den Leib dieses Heiligen von Varennes aus in seine Bischofskirche nach Toul hatte bringen lassen⁹⁰. Das Epitaphium von St. Gangolf in Wietzen ist dem derzeitigen Kenntnisstand zufolge der am frühesten bezeugte topographisch fixierbare Niederschlag der Gangolf-Verehrung im rechtsrheinischen Gebiet überhaupt.

C Besitzgeschichtliche Analyse: Wietzen/Burg Stumpenhusen in der Zeit vom 11. bis zum 13. Jahrhundert

Mit dem durch die Ausgrabung erschlossenen Bau I von St. Gangolf und der benachbarten, ähnlich früh bezeugten Burg Stumpenhusen gibt sich ein unter

86 -borch/-burg; -torp/-dorpe.

87 UBHoy, Register, s. v. Widessen. — Zusätzlich REBrem I 461 (um 1140): *Ecbertus de Widessen*.

88 E. Hennecke, Die mittelalterlichen Kirchen- und Altarpatrozinien Niedersachsens, hg. von H.-W. Krumwiede (StudKGndSachs 11), 1960, S. 203.

89 Hennecke-Krumwiede (wie Anm. 88), S. 180, 40.

90 Fridolin Mayer, Der heilige Gangolf, seine Verehrung in Geschichte und Brauchtum, in: FreiburgDiözArch 67, 1940, S. 90—139. — Diese Arbeit ist durch eine sehr uneinheitliche Quellenbasis gekennzeichnet. Wietzen als Ort der Gangolf-Verehrung wird nicht genannt.

landesgeschichtlichem Aspekt außerordentlich interessantes Ensemble zu erkennen; darauf wurde oben bereits hingewiesen. Im folgenden geht es nunmehr darum, Genese und Art des Funktionszusammenhangs dieses Ensembles aufzuhehlen.

In einer noch unveröffentlichten Dissertation hat kürzlich G. Streich für St. Gangolf eine primäre Funktion als „Burgkapelle“ in Betracht gezogen⁹¹, eine durchaus anregende Vermutung. Die Tatsache der räumlichen Trennung von Burg und „Burgkapelle“ bzw. adeliger „Hauskirche“ darf dabei den Blick auf den bestehenden Funktionszusammenhang nicht verstellen; dies erklärt sich in diesem Fall wie in vergleichbaren Fällen aus der räumlichen Enge früher Niederungsburgen, ist aber auch für Höhenburgen nachzuweisen bzw. zu erschließen⁹². Damit stellten sich folgende Alternativen:

St. Gangolf wurde von der Burg bzw. vom Hof Stumpenhusen aus gegründet. Dann wäre die Burg unter Umständen erheblich älter als die Ersterwähnung des Jahres 1091.

Burg/Hof Stumpenhusen trat zum bereits bestehenden Bau I (bzw. dessen Vorgängerbau) hinzu. Dann kommt ein Funktionszuwachs für St. Gangolf in Betracht.

Burg/Hof und Bau I (bzw. Vorgängerbau) entstanden gleichzeitig. Dann wäre Burg/Hof um etwa ein Jahrhundert in die Zeit vor der Ersterwähnung zurückzudatieren; die Burg gehörte damit möglicherweise zu den ältesten bisher bekanntgewordenen Motten überhaupt⁹³.

Die Quellenlage erlaubt es nicht, sich auf direktem Wege zugunsten einer der drei Alternativen zu entscheiden. Das Vorgehen von J. H. Hoffmann, W. von Hodenberg, J. Sommer und anderen, die sich zugunsten der dritten Alternative entschieden, hält der Kritik nicht stand⁹⁴. Die prosopographischen und besitzgeschichtlichen Quellen müssen weit kritischer ausgewertet werden, als dies die drei Autoren taten bzw. tun konnten.

Die für die Abwägung der drei Alternativen vorrangig in Betracht kommenden Quellen stammen, wie nicht anders zu erwarten, erst aus dem späten Mittelalter, d. h. sind um mindestens zwei Jahrhunderte jünger als die gesicherten Anfänge von Burg/Hof Stumpenhusen und Kirche St. Gangolf.

Von Interesse sind zunächst drei Urkunden bzw. mit ihnen zusammenhängende Quellen aus dem späten 13. und frühen 14. Jahrhundert.

91 G. Streich, *Burg und Kirche während des deutschen Mittelalters, I, Pfalz- und Burgkapellen bis zur Stauferzeit*, Diss. phil. Masch., Göttingen 1980, S. 359.

92 Vgl. die Überlegungen von Lobbedey, *Borgholzhausen* (wie Anm. 15), S. 29 f., zum Bezugs-paar Burg Ravensberg (nw. Bielefeld)/Kirche Borgholzhausen.

93 Last, *Burgen* (wie Anm. 1), S. 444: um die Jahrtausendwende. — H. Hinz, *Motte und Donjon. Zur Frühgeschichte der mittelalterlichen Adelsburg* (ZArchäolMA, Beih. 1), 1981, S. 119 ff.

94 Vgl. oben bei Anm. 65.

I. Grafen von Blankenburg-Regenstein

1. Eigenkirche, sonstiger Besitz

Im Jahre 1274 trug Graf Burchard von Wölpe (bezeugt 1257—1289)⁹⁵ mit Zustimmung von Gemahlin und Kindern dem Bischof von Minden das Eigentum an seinen Gütern in Wietzen einschließlich der Kirche auf:

*proprietatem bonorum in Widessen una cum ecclesia ac omnibus et pertinentiis suis et omnia bona nostra que habemus tam in villa, quam extra villam predictam integraliter*⁹⁶.

Diesen Besitz, so bekundet er, habe er zuvor vom Grafen von Regenstein gekauft und nach der Übereignung an den Bischof von diesem als Lehen zurückerhalten. Die Gegenurkunde vom folgenden Tage variiert in der Terminologie nur unwesentlich, sie nennt die (eine) *villa* in Wietzen mit der Kirche⁹⁷. Unter *villa* kann man dem Sprachgebrauch der Zeit entsprechend nicht nur „Dorf“, sondern auch das Zentrum einer grundherrlichen Eigenwirtschaft größeren Ausmaßes verstehen. Alles spricht dafür, daß diese *proprietates/villa* der zur Burg Stumpenhusen gehörende zentrale Hof ist, auf dessen Bedeutung in der Einleitung zu diesem Beitrag bereits hingewiesen wurde.

Burchard von Wölpe erscheint zwei Jahre später als Patron von St. Gangolf⁹⁸.

Das Lehnregister der Bischöfe von Minden aus dem frühen 14. Jahrhundert führt die Welfen als Inhaber der (einer) *curia* in Wietzen auf⁹⁹, eines Besitztitels, der hier in Betracht kommenden Überlieferung zufolge mit *villa* gleichzusetzen ist. Dies Lehnverhältnis war dadurch begründet worden, daß Herzog Otto (der Strenge) von Braunschweig-Lüneburg im Jahre 1302 (Jan. 30) die Grafschaft Wölpe gekauft hatte¹⁰⁰. Die Kirche St. Gangolf wird hingegen im Lehnregister nicht genannt, der Bischof von Minden scheint sie nach dem Heimfall der Grafschaft Wölpe nicht aufs neue ausgetan zu haben.

Herzog Otto hat die *curia* (in) Wietzen wiederum rasch weiter verliehen. In einem Lehnrevers vom gleichen Jahre (1302 Apr. 19) ist die Rede davon, daß der Herzog zusätzlich zu älteren Lehen den Grafen Gerhard und Otto von Hoya erstmalig die *curia* (in) Wietzen ausgetan habe¹⁰¹. Es folgt der erläuternde, in dem hier interessierenden Zusammenhang wichtige Zusatz:

Das ist Regensteiner Gut.

95 Europäische Stammtafeln. Stammtafeln zur Geschichte der europäischen Staaten, hg. von F. Baron Freytag von Loringhoven, III, 3. Aufl. 1955, Neudr. 1976, Taf. 49.

96 Regest: UBWestf VI 1024 (1274) mit Nachweis der Druckorte. — Volldruck: SubsDipl XI 49.

97 Regest: UBWestf VI 1025 (1274) mit Nachweis der Druckorte. — Volldruck: UBMarienr 51.

98 UBHoy V 27 (1276).

99 Münster, StA, Msc. VII 2404, Bl. 1 r: *Dux de Luneborch ... curiam in Widessen et cometia in Welpia*. — Vgl. UB Braunschweig-Lün I 184 (1304/24).

100 B. Engelke, Der Erwerb der Grafschaft Wölpe durch Herzog Otto den Strengen von Braunschweig-Lüneburg, in: HannGBll NF. 5, 1938/39, S. 69—75. — Vgl. oben Anm. 99.

101 UBHoy I 40 (1302, Apr. 23): *ab antiquo ... de novo ...*

Damit richtet sich der Blick notwendig auf die Grafen von Blankenburg-Regenstein und ihre Position in Wietzen/Stumpenhusen.

Bereits in der Zeit, bevor der ebengenannte Lehnsrevers ausgestellt und bevor die Grafschaft Wölpe an die Welfen gelangt war, hatte Graf Heinrich (V.) von Blankenburg-Regenstein dem eben genannten Grafen Gerhard von Hoya, seinem Schwager, geschenkt:

*proprietatem nostram in Wythesen ad nos a progenitoribus jure hereditario devolutam cum omnibus attinenciis tam in villis quam in campis et hominibus attinentibus*¹⁰².

Am gleichen Tage setzte Graf Heinrich (V.) von Blankenburg-Regenstein seine Lehnsleute davon in Kenntnis, daß er seinem Schwager *omne feudum nostrum si-ve bona nostra feudalia citra Wyseram ad nos spectancia* überlassen habe¹⁰³. Dieser Besitz ist in der Folgezeit nicht zuverlässig zu identifizieren; angesichts der gerade für die Grafen von Hoya außerordentlich reichhaltigen Quellen zum Lehnswesen auffällig genug¹⁰⁴.

Die Grafen von Blankenburg-Regenstein waren also von einem zunächst noch unbekanntem Zeitpunkt bis spätestens zum Jahre 1257 sowohl bedeutende Grundherren in Wietzen als auch Patrone von St. Gangolf. Sie haben innerhalb von ein/zwei Generationen ihre Besitzposition in Wietzen, bestehend aus *villa/curia* bzw. *proprietat* und Kirche in zwei Schritten geräumt, und zwar allem Anschein nach vollständig. Die Quellen geben jedenfalls keinerlei Hinweise auf verbleibende Besitzreste oder anderweitige Formen von Präsenz. Die Grafen von Hoya sind in diese Position eingerückt. Folgt man den Quellen, so sind also erstmals seit jener Zeit Burg/Adelssitz Stumpenhusen und grundherrlich nutzbarer Besitz in Wietzen im Umfeld der Burg in ein und derselben Hand.

Die Burg Stumpenhusen besaßen die Grafen von Hoya bzw. ihre Vorfahren im Mannesstamm, die Grafen/Edelherren von Stumpenhusen spätestens seit der Zeit um 1200, als der Herkunftsname *de Stumpenhusen/de Stumpenhusin* durch den neuen Herkunftsnamen *de Hoya* u. ä. abgelöst wurde. Dieser Herkunftsname bezog sich auf die allem Anschein nach kurz zuvor errichtete, im Jahre 1233 erstmals direkt erwähnte Burg^{104a}. Daß die Grafen/Edelherren zuvor keine Burg gehabt haben sollen, die auf ähnliche Weise den Herkunftsnamen abgab, ist schwer vorstellbar.

102 UBHoy I 35, 37 (1301). — Falsch datiert bei Grupen (wie Anm. 5), Sp. 1272.

103 UBHoy I 36, 38 (1301).

104 Verlehnter Besitz: UBHoy I 73 (1323) (*bona*). — UBHoy I, IV, S. 37, Z. 29 (14. Jh.): *domus* in Stumpenhusen; S. 75 (16. Jh.): Hof. — UBHoy III 152 (1522), 156 (1530). — Nicht verlehnter Besitz: UBHoy I, V, S. 30, Z. 12, 20 f. — S. 41 (16. Jh.): sieben Zinspflichtige in Wietzen.

104a REBrem I 817 (1233): *a castro Hoya*. — I 696 (1202): *comes de Hoyen*. — UBHoy VII 12 (1226): *comicia Hoyensis*.

Die Kirche St. Gangolf läßt sich diesem Komplex anhand der erhaltenen Quellen nicht direkt zuordnen, jedenfalls hat sie der Bischof von Minden im frühen 14. Jahrhundert nicht oder noch nicht den Grafen von Hoya überlassen.

Die Art des Besitzzusammenhanges stellt sich anhand der greifbaren Überlieferung also völlig anders dar, als J. H. Hoffmann, W. von Hodenberg und nach letzterem schließlich auch J. Sommer annahmen: Er ist Ergebnis eines relativ späten Prozesses. Damit ist ein vor das letzte Drittel des 11. Jahrhunderts zurückreichender Besitzzusammenhang allerdings keineswegs ausgeschlossen.

Für unsere Fragestellung ist die Tatsache von Belang, daß im späten 13. Jahrhundert die Grafen von Blankenburg-Regenstein nicht nur bedeutende Grundherren in Wietzen, sondern auch Patrone von St. Gangolf waren. Dieser Komplex wird als Erbgut bezeichnet. Eine solche Formulierung schließt bestehende passive Lehnsbindungen nicht aus, beweist aber immerhin, daß die Besitzposition in direkter Folge über mindestens zwei Generationen hinweg wahrgenommen wurde; d. h. mindestens seit dem frühen 13. Jahrhundert. Um zu klären, bis in welche Zeit hinein die Besitzposition der Grafen von Blankenburg-Regenstein in Wietzen zurückreicht, muß auf die frühe Geschichte dieser Grafen eingegangen werden.

Zunächst ist der Befund wichtig, daß die gerade für diese Grafenfamilie vorhandenen reichhaltigen besitzgeschichtlichen Quellen keine unmittelbare Antwort auf diese Frage ermöglichen; Besitz westlich der Weser erscheint in jenen Quellen nicht¹⁰⁵. Ebenso lassen sich für das 12./13. Jahrhundert keine Heiratsverbindungen erkennen, durch die der Besitz in Wietzen an diese Grafen gelangt sein könnte¹⁰⁶.

Wie für die weitaus meisten Grafengeschlechter des Mittelalters führt die Überlieferung für die Grafen von Blankenburg-Regenstein einigermmaßen verlässlich lediglich bis in die Generation, in der ein Mitglied erstmals mit Herkunftsnamen erscheint¹⁰⁷, d. h. in diesem Falle: bis auf Poppo (I.) von Blankenburg-

105 Wolfenbüttel, StA, VII A Hs. 27. — Edition: Das Güterverzeichnis und das Lehnregister des Grafen Sigfried II. von Blankenburg aus den Jahren 1209—1227, hg. von G. Bode und G. A. Leibrock, in: ZHarzV 2, 1869, 3, S. 71—94. — Neuedition zusammen mit A Hs 29, B. 1—48 (13. Jh.) durch L. Fenske, Göttingen, und U. Schwarz, Wolfenbüttel, in Vorbereitung. Nach Auskunft der Editoren erscheint Besitz westlich der Weser in letzterer Quelle nicht. — Ältester greifbarer Besitz an der mittleren Weser: Koldingen (b. Pattensen w. Hannover): H. Dobbertin, Der Lehns- und Eigenbesitz des Heinrich Hisse (um 1225) und die Erbauung der Burg Reden bei Pattensen (um 1230), in: NdSächsJbLdG 41/42, 1969/1970, S. 169—191, hier S. 189, 187 f.

106 Europäische Stammtafeln (wie Anm. 95), III, Taf. 49. — Vgl. unten Anm. 109.

107 Ph. Dollinger, Aspects de la noblesse allemande, XIe—XIIIe siècles, in: La noblesse au moyen âge, XIe—XVe siècles, Festschr. für R. Boutruche, Paris 1976, S. 133—149, hier S. 134 mit Literatur.

Regenstein¹⁰⁸. Er wird erstmals genannt zum Jahre 1123/4, erscheint im Jahre 1128 erstmals als *comes* und seit dem Jahre 1133 mit Herkunftsnamen *de Blankenburg*. Aus der nächst älteren Generation ist lediglich ein Onkel, Bischof von Halberstadt, bekannt¹⁰⁹. Die Vorrede zum Sachsenspiegel weist die Grafen von Blankenburg-Regenstein als Franken aus¹¹⁰, ein Sachverhalt, der sich anhand der greifbaren Überlieferung nicht kontrollieren läßt, mindestens aber in die Generation vor Poppo (I.) zurückführt.

Die Burg Blankenburg bzw. die bereits nach dieser Burg benannten oder sich nennenden Ministerialen erscheinen bereits ein Jahr vor der Ersterwähnung Poppo (I.), im Jahre 1122/1123, unter der Verfügungsgewalt Lothars von Süplingenburg¹¹¹. Wie für mehrere andere Grafengeschlechter, deren Herkunftsnamen auf Burgen am Harzrand oder im Harzvorland verweisen, hat man auch für die Grafen von Blankenburg-Regenstein angenommen, daß sie ihre Herrschaft der

108 Die wichtigste Literatur in zeitlicher Folge: Johann Georg Leuckfeld, *Antiquitates Blankenburgenses . . .*, Frankfurt und Leipzig 1708, S. 20 ff. — Johann Ludwig Levin Gebhardi, *Geschichte der ersten Grafen von Blankenburg*, in: ders., *Historisch-genealogische Abhandlungen*, IV, Lüneburg, Leipzig, Braunschweig und Hildesheim 1767, S. 1—119. — Gustav Schmidt, *Zur Genealogie der Grafen von Regenstein und Blankenburg bis zum Ausgange des 14. Jahrhunderts*, in: *ZHarzV* 22, 1889, S. 1—48. — R. Steinhoff, *Geschichte der Grafschaft — bzw. des Fürstentums Blankenburg, der Grafschaft Regenstein und des Klosters Michaelstein*, 1891, S. 14 ff. — Ders., *Stammtafel der Grafen von Regenstein und Blankenburg von ungefähr 1400 bis 1599*, in: *ZHarzV* 25, 1892, S. 146—167. — P. Zimmermann, *Quellen zur Genealogie der späteren Grafen von Regenstein*, in: *ZHarzV* 25, 1892, S. 132—145. — R. Steinhoff, *Zu Dr. Gustav Schmidt's „Zur Genealogie der Grafen von Regenstein und Blankenburg bis zum Ausgange des XIV. Jahrhunderts“*, in: *ZHarzV* 32, 1899, S. 318—336. — J. Studtmann, *Zur Stammtafel der Grafen von Regenstein*, in: *ZHarzV* 49, 1916, S. 32. — Ders., *Beiträge zur Genealogie der Grafen von Regenstein-Blankenburg*, in: *ZHarzV* 50, 1917, S. 124—136. — Ders., *Neue Beiträge zur Genealogie der Grafen von Regenstein-Blankenburg*, in: *ZHarzV* 54, 1921, S. 45—50. — Ders., *Zur Genealogie und Geschichte der Grafen von Regenstein-Blankenburg*, in: *ZHarzV* 62, 1929, S. 95—111. — A. Heinrichsen, *Süddeutsche Adelsgeschlechter in Niedersachsen im 11. und 12. Jahrhundert*, in: *NdSächsJbLdG* 26, 1954, S. 24—116, hier S. 101—105. — H. W. Vogt, *Das Herzogtum Lothars von Süplingenburg 1106—1125 (QDarstGndSachs 57)*, 1959, S. 35 f. — W. Wadle, *Reichsgut und Königsherrschaft unter Lothar III. (1127—1137) (Schrr. zur Verfassungsg 12)*, 1969, S. 226 ff. — W. Petke, *Die Grafen von Wöltingerode-Wohldenberg (VeröffInstHistLdForschUnivGött 4)*, 1971, S. 270 ff. — B. Schwineköper, *Blankenburg am Harz*, in: *Provinz Sachsen-Anhalt*, hg. von dems. (*Handbuch der hist. Stätten Deutschlands*, XI. Kröners Taschenausg 314), 1975, S. 46—47. — Ders., *Regenstein*, in: *Provinz Sachsen-Anhalt*, S. 386—387. — L. Fenske, *Adelsopposition und kirchliche Reformbewegung im östlichen Sachsen (VeröffMaxPlanckInstG 47)*, 1977, S. 172 ff. — B. Schwineköper, *Heinrich der Löwe und das östliche Herzogtum Sachsen*, in: *Heinrich der Löwe*, hg. von W.-D. Mohrmann (*VeröffNdSächsArchivverwaltung* 39), 1980, S. 127—150, hier S. 130.

109 von Uslar-Gleichen (wie Anm. 79), S. 301.

110 *Sachsenspiegel, Landrecht*, hg. von K. A. Eckhardt (*Germanenrechte NF., Texte und Übersetzungen. Fontes iuris Germanici antiqui NS. 1, 1*), 2. Bearbeitung, 1955, S. 53: *Der herren geburt . . . de van Blankenborch . . . dit sin . . . Vranken*. — Dazu Heinrichsen (wie Anm. 108), S. 48 ff., S. 101 ff.

111 Vogt (wie Anm. 108), S. 36, Regest 61.

— sogenannten — „Grafchaftsreform Lothars III.“ verdankten¹¹². Obwohl in diesem Falle manches für eine solche Annahme spricht, bleiben erhebliche Zweifel¹¹³, nicht nur angesichts der Tatsache, daß in den Urkunden des frühen 12. Jahrhunderts der Grafentitel in noch wenig systematischer Weise dem Namen hinzugefügt wurde. Auch das Nacheinander von Ministerialen und Edelherr/Graf mit jeweils auf die gleiche Burg bezogenen Herkunftsnamen will angesichts der schütterten Überlieferung des frühen 12. Jahrhunderts nicht viel besagen und darf — für sich genommen — nicht zu der Annahme verleiten, es habe ein Funktionswandel der Burg Blankenburg bzw. ein Wandel in der Verfassung der Burg und des auf die Burg bezogenen Umlandes stattgefunden. Die Frage nach der Heimat bzw. dem frühest nachweisbaren Wirkungsraum der Grafen von Blankenburg-Regenstein stellt sich gleichwohl und davon unabhängig, kann aber an dieser Stelle naturgemäß nur in sehr beschränktem Maße der Antwort nähergebracht werden. Im Rahmen der hier verfolgten Fragestellung gilt es zunächst ein weiteres Mal, aus dem Bistum Minden stammende Überlieferung heranzuziehen.

2. Mindener Tradition: Heinrich Tribbe

Verbindungen der Grafen von Blankenburg-Regenstein zum Bistum Minden sind für das Mittelalter in Quellen unterschiedlicher Art und unterschiedlichen Typs bezeugt. Urkunden und Besitzverzeichnisse des 13. und 14. Jahrhunderts kamen bereits zur Sprache; sie können im folgenden ausgeklammert bleiben. Dem ältesten Nekrolog des Mindener Domstifts zufolge, unter Einbeziehung älterer Vorlagen im späten 12. Jahrhundert niedergeschrieben und bis ins 15. Jahrhundert fortgeführt, schenkte eine Gräfin *Oda . . . in Blankenburch* dem Domstift einen großen Wandteppich, zwei „Rücklaken“ und eine silberne Marienfigur¹¹⁴. Dieser Eintrag gehört zur ältesten Schicht des Nekrologs; die Schenkun-

¹¹² Der Terminus „Grafchaftsreform“ wurde von Ruth Hildebrandt, *Der sächsische „Staat Heinrichs des Löwen“* (HistStudEbering 302), 1937, S. 364 ff., in die Forschung eingeführt, dann von K.-H. Mascher, *Reichsgut und Komitat im Südharz im Hochmittelalter* (Mitteldt-Forsch 9), 1957, S. 113 ff., passim, angewandt, bei leichter Kritik am Terminus selbst (S. 114: „nicht sehr glücklich“); für die Grafen von Blankenburg-Regenstein z. B. S. 113. — Kritik u. a. bei H. Eberhardt, *Rez. Mascher*, in: GGA 212, 1958, S. 221—225. — Vgl. Wadle (wie Anm. 108), S. 217 ff. — Petke (wie Anm. 108), S. 261 ff., besonders S. 271 f. mit Anm. 105. — Im Hinblick auf den Sachverhalt zustimmend K. Jordan, *Heinrich der Löwe* (Beck'sche Sonderausg.), 1979, S. 111. — Kritisch hingegen zum Terminus Grafchaftsreform ders., *Der Harzraum in der Geschichte der deutschen Kaiserzeit. Eine Forschungsbilanz*, in: Festschr. für H. Beumann, 1977, S. 163—181, hier S. 175 f.

¹¹³ Kritik bei H. Patze, *Friedrich Barbarossa und die deutschen Fürsten*, in: *Die Zeit der Stauer, Katalog der Ausstellung Stuttgart 1977*, V, Suppl.: *Vorträge und Forschungen*, 1979, S. 35—75, hier S. 36 mit Anm. 9.

¹¹⁴ Münster, StA, Msc. VII 2604, fol. 14 r (Juli 2): *Oda comitissa in Blankenburch, soror nostra, obiit, que contulit ecclesie magnam cortinam et duo dorsalia, argenteam ymaginem beate virginis . . .* — Hermanns von Lerbecks „*Catalogus episcoporum Mindensium*“ (Chron. I.; bisher „*Chronicon Mindense incerti auctoris*“ genannt), in: *Die Bischofschroniken des Mittelalters* (Hermanns von Lerbeck *Catalogus episcoporum Mindensium* und seine Ableitungen), hg. von K. Löffler (MindenGQ 1. VeröffHistKommProvWestf), 1917, S. XV—XXX, S. 17—90, hier S. 57 f., S. 57 mit Anm. 2.

gen der Oda müssen also in der Zeit vor dem späten 12. Jahrhundert erfolgt sein. Für diesen Zeitraum ist eine Oda (von Blankenburg-Regenstein) anderweitig zwar nicht bezeugt, doch will das angesichts der für diese Zeit spärlichen Überlieferung wiederum nicht viel besagen¹¹⁵.

Der Mindener Chronist Hermann von Lerbeck ordnet im späten 14. Jahrhundert die Schenkung der Oda der Amtszeit des Mindener Bischofs Anno (1143—1177) zu¹¹⁶, eines mutmaßlichen Grafen von Landsberg¹¹⁷, und beschreibt die von Oda herrührenden Gegenstände so genau, daß an ihrem Vorhandensein zu seiner Zeit kein Zweifel bleibt¹¹⁸.

Auch der in der Nachfolge Hermanns von Lerbeck um die Mitte des 15. Jahrhunderts schreibende Mindener Chronist Heinrich Tribbe hat allem Anschein nach zumindest einige der von Oda geschenkten Gegenstände vor Augen gehabt. Zusätzlich schreibt er ihr noch die Schenkung eines silbernen Kreuzes für den Hochaltar des Domes zu¹¹⁹. Dieser Chronist sah, abweichend von Hermann von Lerbeck, sehr wahrscheinlich irrtümlich, in Anno einen Grafen von Blankenburg(-Regenstein) und in Oda dessen Mutter¹²⁰.

Demnach hätte also Oda einen — dem Namen nach unbekanntem — Grafen von Blankenburg-Regenstein geheiratet. Über die — vermeintliche — Herkunft der Oda schweigt sich der Chronist leider aus. Beziehungen zwischen dieser Oda und jener des Epitaphiums von St. Gangolf liegen nahe, lassen sich naturgemäß aber nicht genauer darstellen. Jedenfalls gibt der Hinweis Heinrich Tribbes trotz aller Unwägbarkeit Anlaß, jene Oda nicht nur unter den Töchtern der Grafen von Blankenburg-Regenstein, sondern auch unter deren angeheirateten Frauen zu suchen.

Die Frage, ob diese der Überlieferung nach recht junge Tradition im Hinblick auf die Genealogie glaubwürdig ist, kann hier nicht erschöpfend behandelt wer-

115 Zum Vorkommen des Namens Oda bei den Grafen von Blankenburg-Regenstein vgl. Europäische Stammtafeln (wie Anm. 95), III, Taf. 49: Oda I. (1267—1274); Oda II., 1280—1308, Äbtissin von St. Jakob in Halberstadt. — K. Löffler, in: Hermanns von Lerbeck „Catalogus . . .“ (wie Anm. 114), S. 57, Anm. 4, unterschätzt die Lückenhaftigkeit der Informationen zur Genealogie der Grafen von Blankenburg-Regenstein, verkennt vor allem aber den Aussagewert des paläographischen Befundes, der sich dem Nekrolog-Eintrag entnehmen läßt.

116 Hermanns von Lerbeck „Catalogus . . .“ (wie Anm. 114), S. 57: *Item temporibus . . .*

117 K. Ortmanns, Das Bistum Minden in seinen Beziehungen zu König, Papst und Herzog bis zum Ende des 12. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Germania Pontifica (RForsch), 1972, S. 82. — Vgl. Die jüngere Bischofschronik von Heinrich Tribbe (Chron. II.; bisher als „Chronicum episcoporum“ des Hermann von Lerbeck bezeichnet), in: Die Bischofschroniken des Mittelalters (Hermanns von Lerbeck Catalogus episcoporum Mindensium und seine Ableitungen), hg. von K. Löffler (MindenGQ 1. VeröffHistKommWestf), 1917, S. XXX—XLVI, S. 91—258, hier S. 160 mit Anm. 4.

118 Hermanns von Lerbeck „Catalogus . . .“ (wie Anm. 114), S. 57 f.

119 Die jüngere Bischofschronik (wie Anm. 117), S. 164.

120 Die jüngere Bischofschronik (wie Anm. 117), S. 163: *Hic . . . pontifex a comitibus de Blankenborch ortum habuit . . . Huius mater domina Oda . . .*

den. Wichtig ist vielmehr die Tatsache, daß die genealogischen Details den Chronisten veranlaßt haben, eine nur an dieser Stelle bezeugte, bedeutsame Episode aus der Geschichte der Grafen von Blankenburg-Regenstein anzuschließen und als Exkurs in die Vita des Bischofs einzufügen¹²¹:

Huius [des Bischofs Anno] patrem comitem in Withesem¹ intellexi habitasse et est infra Erfordiae [!] et silvam Harte. Quo mortuo tres filii sui ad curiam imperatoris per promotionem nobilium consanguineorum venientes imperii negotiis et causis et strenui intendentes operam dederunt. Tandem comite de Regenstene Halberstadensis diocesis de medio per mortem absque herede sublato imperator horum^a servitii fideli [!] non immemor dicto dominio praedictos tres fratres infeodavit et heredes constituit. Ex hiis tribus hic Anno assumptus est et episcopus creatus. Nec praedicta lectorem moveant, in quibus aliquis contradictio videtur esse, sed minime. Hii enim relicto Withesen, suo patrimonio, titulum comitiae Regenstein^b qui comites tunc de Blankenborch dicebantur. Et istud Withesen fuit forte in ista^c cometia.

1 Weißensee? Die Quelle der folgenden Sage ist mir [H. LÖFFLER] nicht bekannt.

a B und C *eorum*.

b Hier fehlt etwa: *assumpserunt*.

c Fehlt B und C.

Bereits R. Steinhoff hat im Jahre 1899 diese Quelle für die Geschichte der Grafen von Blankenburg-Regenstein herangezogen und *Withesem/Withesen* zutreffend als Wietzen bestimmt¹²². Diese Identifizierung ist Heinrich Löffler, dem Herausgeber der Chronik Heinrich Tribbes, nicht bekanntgeworden¹²³. Gerade die Tatsache, daß Heinrich Tribbe *Withesem/Withesen* nicht zutreffend lokalisieren kann, spricht dafür, daß er diese Tradition bereits in ausgeformter Gestalt vorfand; andernfalls hätte er die Episode sicherlich mit der von ihm an anderer Stelle zutreffend geschilderten Schenkung des Grafen Burchard von Wölpe in Wietzen vom Jahre 1274 zusammengebracht¹²⁴.

Folgende Details interessieren im besonderen Maße:

1. Die Herrschafts- und Besitzposition der Grafen von Blankenburg-Regenstein in Wietzen wird bis in die Vater-Generation des Anno (von Blankenburg-Regenstein), d. h. bis mindestens in das frühe 12. Jahrhundert, zurückgeschrieben.

121 Die jüngere Bischofschronik (wie Anm. 117), S. 164 f. — Löffler, S. 164, Anm. 2, sprach von einer „Sage“, stellte sich aber nicht die Frage, ob in ihr ein historischer Kern enthalten sei.

122 Steinhoff, Zu: Dr. Gustav Schmidt's (wie Anm. 108), S. 319. — Die Form *Withesem* ist ähnlich — *Widesem* — nur für die Mitte des 12. Jh. bezeugt (vgl. oben Anm. 87). Dies ist ein erster Anhaltspunkt für das Alter dieser Tradition.

123 Löffler, in: Die jüngere Bischofschronik (wie Anm. 117), S. 164, Anm. 2.

124 Die jüngere Bischofschronik (wie Anm. 117), S. 191: *Withesem — et est in comitatu de Hoya —*

2. Der Terminus *patrimonium* wird auf Wietzen angewandt. Er meint mehr als „zufälligen Besitz“ und kann vorsichtig mit „Heimat“ übersetzt werden¹²⁵.
3. Die Grafen stehen auf seiten des „Kaisers“.
4. Die Tätigkeit im Dienste des Kaisers führte dazu, daß die Grafen die Herrschaft eines ohne Erben verstorbenen Grafen von Regenstein antreten konnten und sich in der Folge nach der Burg Regenstein benannten. Dieser Name wird gegenüber dem auf die Burg Blankenburg bezogenen Herkunftsnamen als älter angesehen.

Folgt man hingegen zeitgenössischen Quellen des 12. Jahrhunderts, dann nannte sich erstmals Konrad, Sohn Poppos (I.) von Blankenburg(-Regenstein), im Jahre 1169 nach der Burg Regenstein¹²⁶. Zwischen den Nachrichten Heinrich Tribbes und dem durch Urkunden gesicherten Sachverhalt bestehen also sichtliche Widersprüche: Dem Chronisten zufolge verlief die Herrschaftsbildung der Grafen im Harzraum in der Abfolge Regenstein-Blankenburg, den Urkunden zufolge, d. h. den in Urkunden bezeugten Herkunftsnamen zufolge, umgekehrt.

Macht man sich klar, daß zum *patrimonium* eines edelfreien Geschlechts ein adliger Wohnsitz, etwa seit dem späten 11. Jahrhundert auch eine Burg gehörte, das Vorhandensein einer „fremden“ Burg bzw. eines fremden Wohnsitzes in allernächster Nähe dieses *patrimonium* jedenfalls nicht vorstellbar ist, dann ergibt sich als terminus ante quem für die Verlagerung der Herrschaftsmittelpunkte der späteren Grafen von Blankenburg-Regenstein das Jahr 1091: In jenem Jahr gibt Stumpfenhusen den greifbaren Quellen zufolge erstmals den Herkunftsnamen ab für die Edelherren von Stumpfenhusen, Vorfahren der Grafen von Hoya im Mannesstamm.

Angesichts dieser Tatsache ist es auffällig genug, daß die Grafen von Blankenburg(-Regenstein) diesen allem Anschein nach isolierten Außenposten, fernab der seit dem frühen 12. Jahrhundert bezeugten (neuen) Stammburg Blankenburg, bis in das späte 13. Jahrhundert hinein behauptet haben.

Die Mobilität von Grafen und Edelherren in der Umbruchszeit des Investiturstreits wie auch in den Jahrzehnten danach ist für Nordwestdeutschland ein wohlbekanntes Phänomen¹²⁷. Eine Parallele zu dem Bezugspar Wietzen/Blan-

125 W. Weber, Handgemal, in: Handwörterbuch der Dt. RechtsG., I, 1971, Sp. 1960—1965. — Dollinger (wie Anm. 107), S. 135 f. (mit Literatur), S. 135 f.: „Enfin le Handgemal en tant que domaine, comporterait aussi . . . la chapelle familiale et les tombeaux du lignage.“ — Vgl. ergänzend: Codex Falkensteinensis. Die Rechtsaufzeichnungen der Grafen von Falkenstein, bearb. von Elisabeth Noichl (QErörtBayerG NF. 30), 1978, Wort- und Sachverzeichnis s. v. Handgemal, cyrographum, predium libertatis, patrimonium.

126 Schwineköper, Regenstein (wie Anm. 108), S. 386.

127 Leitfossil sind in der Regel ausschließlich wechselnde Herkunftsnamen: Heinrichsen (wie Anm. 108), S. 42 ff., S. 53 ff. u. ö. — Last, Burgen (wie Anm. 1), S. 450 ff. — Ders., Die Herkunft des Wernher von Elmendorf, in: ZDtPhilol 89, 1970, S. 404—418, hier S. 406 ff. — B. U. Hucker, Das Problem von Herrschaft und Freiheit in den Landesgemeinden und Adels-herrschaften des Mittelalters im Niederweserraum, Diss. phil., Münster 1978, S. 130 f. — Patze, Friedrich (wie Anm. 113), S. 36 mit Anm. 9.

kenburg/Regenstein bietet in jeweiliger Nachbarschaft z. B. Heiligenberg-Wernigerode: Das Kloster Heiligenberg (12 km nw. Wietzen) wurde vor den Jahren 1218/19 von den Grafen von Wernigerode in einem Burgwall gegründet und ausgestattet; in der Folgezeit sind diese Grafen westlich der Weser gleichfalls nicht mehr anzutreffen¹²⁸.

Die Mindener Tradition, von Heinrich Tribbe beiläufig überliefert, ist allem Anschein nach für den norddeutsch/mitteldeutschen Raum eine der sehr wenigen erzählenden Quellen des Mittelalters, die beschreiben, aus welchen Gründen und auf welche Weise die „Herrschaftsmitte“ eines dem hohen Adel zuzurechnenden Geschlechts im 11./12. Jahrhundert über eine größere Entfernung hinweg verlegt wurde¹²⁹.

Hält man sich primär an die von Heinrich Tribbe geschilderten Fakten und läßt den mitgeteilten chronologischen Kontext außer Betracht, dann kommt für das Ausweichen der Grafen von Blankenburg-Regenstein aus Wietzen — fort aus dem *patrimonium* (in) Wietzen hin in den Dienst des Kaisers — am ehesten die Zeit des Sachsenaufstandes unter Heinrich IV. in Betracht. Als „Konkurrenten“ im Bereich des *patrimonium*, die den Abzug bewirkt haben könnten, sind dann vor allem die Billunger anzusehen, die im Raum Wietzen die Grafenrechte wahrnahmen¹³⁰.

Aber auch die Zeit des Investiturstreits ist in Betracht zu ziehen. In diesen Jahrzehnten veränderte sich die Frontstellung zwischen Saliern, den sächsischen Herzögen und den Bischöfen von Minden mehrere Male. Herzog Magnus († 1106) stand seit dem Jahre 1079 auf seiten der Salier¹³¹; wie seine Erben bzw. sein Nachfolger im Herzogamt sich im Raum um Wietzen behaupteten, läßt sich anhand zeitgenössischer Quellen nicht ausmachen. Da allem Anschein nach der Askanier Bernhard nach dem Tode des Magnus eine starke Position an der mittleren Weser einnahm und in der Folgezeit dort jedenfalls askanischer Besitz und askanische Herrschaftsrechte in erheblichem Umfange bezeugt sind¹³², scheint die Position der Billunger auf Dauer nicht wesentlich geschwächt worden zu sein.

128 Brief des Gervasius von Tilbury an Papst Honorius III.: *Sacrae antiquitatis monumenta*, I, hg. von Carolus Ludowicus Hugo, *Stivagium* 1725, 14, S. 19 f. (1218/19). — UBHoy IV 1. — Nicht herangezogen von G. Bode, *Geschichte der Grafen von Wernigerode und ihrer Grafenschaft*, in: ZHarzV 4, 1871, S. 1—45.

129 Vgl. H. Patze, *Die Pegauer Annalen, die Königserhebung Wratislavs von Böhmen und die Anfänge der Stadt Pegau*, in: JbGMitteldtld 12, 1963, S. 1—62, hier S. 4 ff.

130 H.-J. Freytag, *Die Herrschaft der Billunger in Sachsen* (StudVorarbHistAtlasNdSachs 20), 1951, S. 20 f.

131 *Regelung betr. die Vogtei über das Stift Minden* (Herzog Magnus): UBWestf I, Cod. dipl. 156 (vor 1080). — Fenske (wie Anm. 108), S. 65 ff. — Vgl. unten bei Anm. 132.

132 *Die Herrschaftspositionen der Askanier geben sich in den Quellen zwar undeutlicher als die der Welfen zu erkennen, sollten aber nicht unterschätzt werden.* — Vgl. K. Boedler, *Die Gewalt der askanischen Herzöge in Westfalen und Engern bis zum Ausgang des 14. Jahrhunderts*, Diss. phil., Halle 1912, S. 34 f., S. 39 f., S. 44 f., S. 49, S. 45: „Die Herrschaft Hoya beruht in ihrer materiellen Zusammensetzung z. T. auf askanischen Hausbesitzungen.“ — A. K. Hömberg, *Westfalen und das sächsische Herzogtum* (SchrHistKommWestf 5), 1963, S. 21 f. mit Anm. 84.

Der Mindener Bischof Eilbert (1055—1080) zählte beim Sachsenaufstand zu den Gegnern Heinrichs IV. und scheint sich später allenfalls gezwungen dem König angeschlossen zu haben. Bischof Reinhard (1080—1089) gehörte hingegen zur gregorianischen Partei; der vom König gegen ihn nominierte Folkmar (1080—1095) konnte sich erst nach seinem Tode in der Diözese durchsetzen. Bischof Ulrich (1095—1097) hing mutmaßlich wiederum der gregorianischen Partei an, während Widelo (1097—1105, 1113—1120) auf seiten der Salier stand; gegen ihn konnte sich Bischof Gottschalk (1105—1120) auf Dauer nicht behaupten¹³³. In der benachbarten Diözese Bremen verlief die Entwicklung in ruhigeren Bahnen, zumindest im Hinblick auf die Position der Erzbischöfe: Die Bremer Erzbischöfe Adalbert (1043—1072), Liemar (1072—1101), Humbert (1101—1104) und Friedrich (1104—1123) standen sämtlich auf seiten der Salier¹³⁴.

Auf die Abfolge wechselhafter Parteiungen im Bereich der Diözese Minden hinzuweisen, ist wichtig, vor allem auch, weil das Schicksal des in der Diözese ansässigen oder aber berechtigten Adels dadurch nachhaltig geprägt worden sein muß. Das gilt auch für die Inhaber bzw. die Bewohner der Burg bzw. des adligen Wohnsitzes Stumpenhusen. Ein Konflikt der hier interessierenden Art ist für den ins Auge gefaßten Zeitraum bezeugt; er kommt im folgenden indirekt zur Sprache, weil die darauf bezogene Überlieferung die ältesten Nachrichten für die Edelherrn von Stumpenhusen bietet.

Fassen wir zunächst zusammen: In den Jahren zwischen 1257 (*terminus post quem*) und 1301 veräußerten die Grafen von Blankenburg-Regenstein ihre grundherrlichen Besitztitel und ihr Patronatsrecht in Wietzen. Alter und Genese dieser Besitzposition lassen sich nicht zweifelsfrei klären. Nachfolger im Besitz wurden mittelbar bzw. unmittelbar die Grafen von Hoya. Die Mindener Tradition, so wie sie Heinrich Tribbe im 15. Jahrhundert aufzeichnete, läßt die Präsenz der Grafen von Blankenburg-Regenstein in Wietzen bereits spätestens im frühen 12. Jahrhundert enden, schreibt ihr eine längere Dauer und — als *patrimonium* — indirekt eine zentrale Funktion für ihr Selbstverständnis zu.

Das Ende dieser Herrschaft fällt demnach etwa in die gleiche Zeit, in der mit Poppo von Blankenburg der „Spitzenahn“ dieses Grafengeschlechts in zeitgenössischen Urkunden erscheint.

II. Grafen von Stumpenhusen-Hoya

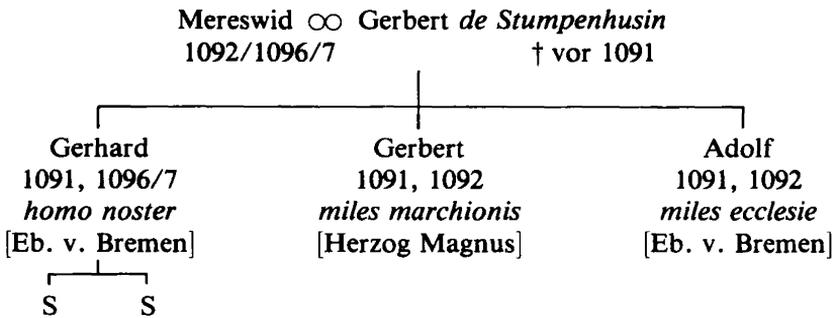
Die von Heinrich von Tribbe überlieferte Nachricht, die Grafen von Blankenburg-Regenstein hätten ihr *patrimonium* Wietzen verlassen, lenkt den

133 K. Löffler, Die westfälischen Bischöfe im Investiturstreit und in den Sachsenkriegen unter Heinrich IV. und Heinrich V. (MünstBeitrGForsch NF. 2), 1903, S. 55 ff. — E. Gisbert, Die Bischöfe von Minden bis zum Ausgang des Investiturstreits, in: MindenJb 5, 1933, S. 3—80, hier S. 20 ff. — Ortmanns (wie Anm. 117), S. 49 ff.

134 G. Glaeske, Die Erzbischöfe von Hamburg-Bremen als Reichsfürsten (937—1258) (QDarstGNdSachs 60), 1962, S. 55 ff.

Blick zunächst ein weiteres Mal auf die frühe Geschichte der Burg Stumpenhusen. Burgen waren seit den Jahrzehnten um 1100 ein bestimmendes Merkmal adliger Herrschaft und adeligen Lebens¹³⁵, Zubehör eines *patrimonium*, und möglicherweise war es schon — wie bereits eingangs kurz erwähnt — die Burg Stumpenhusen, die so außergewöhnlich früh einem edelfreien Geschlecht den Namen gab.

Vier Urkunden aus dem letzten Jahrzehnt des 11. Jahrhunderts¹³⁶ lassen folgende genealogische Konstellationen erkennen:



Der im Jahre 1091 bereits als verstorben genannte Gerbert von Stumpenhusen ist der „Spitzenahn“ der Edelherren/Grafen von Stumpenhusen-Hoya¹³⁷. Die „Vorgeschichte“ dieses Geschlechts — d. h. die Geschichte der Zeit vor Gerbert (I.) — ist nicht bekannt. Hier zeigt sich ein weiteres Mal, welch wichtige Aufschlüsse sich dem in den Jahrzehnten um 1100 vollziehenden Wandel der Namensgebung — von der Einnamigkeit hin zur Zweinamigkeit — entnehmen lassen.

In diesem Zusammenhang ist die Frage von Belang, ob und wie weit man die Burg Stumpenhusen in die hier vor allem interessierende Zeit vor 1100 zurückschreiben kann¹³⁸. Hier richtet sich der Blick auf die Erkenntnismöglichkeiten der archäologischen Burgenforschung; Ausgrabungen, die in dieser Frage weiterführen sollen, werden angestrebt¹³⁹.

135 Vgl. oben bei Anm. 125.

136 REBrem I 388 f. (1091; 1092 nach Jan. 15). — Volldruck: UBHoy VIII 14 f. — UBWestf I 1270 f. (1096; 1905/06); Volldruck: UBHoy VIII 16 f. — Zur Sache: Vogt (wie Anm. 108), S. 105 f. — Glaeske (wie Anm. 134), S. 117 f.

137 J. Hellermann, Die Entwicklung der Landeshoheit der Grafen von Hoya (BeitrGNDsachs-Westf 36), 1912, S. 15 f. — Als Quelle nicht ausgeschöpft von Freytag (wie Anm. 130), S. 43 f.

138 Vgl. oben bei Anm. 93.

139 Zum Stand der archäologischen Burgenforschung in Niedersachsen vgl. Last, Burgen (wie Anm. 1), S. 409 ff.

Nimmt man an, daß die Burg nicht vor dem zweiten Drittel des 11. Jahrhunderts gegründet wurde, und dafür spricht der derzeitige Stand der Burgenforschung, dann lassen sich die verfassungsmäßigen Rahmenbedingungen, die die Gründung und frühe Geschichte der Burg Stumpenhusen bestimmten, in Umrissen ausmachen, und zwar zunächst anhand königlicher Wildbann- bzw. Forstschenkungen:

Im Jahre 1029 schenkte Konrad II. der Mindener Kirche einen Wildbann westlich der mittleren Weser, zwischen der Warmen Aue im Süden, dem Ochsenbach im Westen, dem Zubehör der *curtis* Sulingen im Norden und dem Winterbach im Westen¹⁴⁰. Die Nordwestgrenze des Bannbezirks verlief weniger als 10 km südwestlich von Wietzen-Stumpenhusen. Bereits im Jahre 991 hatte die Mindener Kirche den Storingowald erhalten¹⁴¹, einen Forstbezirk nördlich der Diözesangrenze, mithin wiederum nur wenige km von Wietzen/Stumpenhusen entfernt. Die Forstrechte im Raum Wietzen schließlich fielen sehr wahrscheinlich im Jahre 1063 an die Bremer Kirche¹⁴².

Die in den vier zitierten Urkunden des späten 11. Jahrhunderts erkennbare Doppelbindung der Edelherren von Stumpenhusen — an den Herzog bzw. den Bremer Erzbischof — hat mutmaßlich in diesen Wildbann- und Forstschenkungen eine ihrer Ursache. Macht man sich klar, daß die Billunger im Raum Wietzen sowohl Inhaber der Grafenrechte als auch Vögte der Mindener und seit 1063 der Bremer Kirche waren, so kommen für die Gründung der Burg Stumpenhusen, nach mittelalterlichem Verständnis im Forst errichtet bzw. gelegen, vor allen anderen entweder die Billunger selbst, ihre Amtsnachfolger oder der von ihnen belehnte hohe Adel in Betracht¹⁴³. Gegen den Willen der Billunger bzw. ihrer Amtsnachfolger kann diese Burg jedenfalls kaum errichtet worden sein.

- 140 MGH DK II 137 (1029). — Topographische Nachweise: von Hodenberg, in: UBHoy VIII 8, Anm. 1 und 3 ff. — Der nur hier genannte Enterga (*in pago Entergouui*) ist ein „Kleingau“; er fehlt zu Unrecht in: Geschichtlicher Handatlas Niedersachsens, hg. von G. Schnath u. a. (VeröffHistKommHannOldenbBraunschwSchaumbLippeBrem 20), 1939, Karte 27 (Bearbeiter J. Prinz), und nachfolgenden Überarbeitungen dieser Karte. — Hermanns von Lerbeck „Catalogus . . .“, S. 44, hält diese Schenkung mißverständlich fest als . . . *foresta in Hesteberch*. — Heisterberg heißt bis weit in die Neuzeit hinein ein herrschaftlicher Forst in dem in Betracht kommenden Gebiet. — Zur Bedeutung dieser Forstschenkung für den Ausbau der Landesherrschaft des Mindener Bischofs vgl. B. Frie, Entwicklung der Landeshoheit der Mindener Bischöfe (MünstBeitrGForsch NF. 18), 1909, S. 36 ff. — R. Drögereit, Sulingen und das Sulinger Land im Mittelalter, in: Unter der Bärenklaue, Heimatbl. für das Sulinger Land 2, 1954/55, 11, 12; 3, 1955, 1, 2, Neudr. in: ders., Sachsen, Angelsachsen, Niedersachsen. Ausgewählte Aufsätze in einem dreibändigen Werk, III, 1978, S. 349—377, hier S. 350 f.
- 141 MGH DO III 73 (991). — Topographische Nachweise: von Hodenberg, in: UBHoy VIII 6, Anm. 1. — *Steiringa* nach Gewässername (Stuhr).
- 142 MGH DH IV 113 (1063): Grafschaft Bernhards in Engern mit dem Forstbann, ausgenommen die Jagden, die durch kaiserliches oder königliches Privileg anderwärts ausgetan sind. — Vgl. DH IV 115 (1063): Jagd im Gebiet zwischen Warmer Aue, Weser, Ollen, Hunte.
- 143 Vgl. Last, Burgen (wie Anm. 1), S. 496 ff.

III. Ministerialenfamilie „von Stumpenhusen“

Etwa zu dem Zeitpunkt, zu dem die Burg Hoya die Burg Stumpenhusen als namentgebendes Zentrum ablöste, also in den Jahrzehnten um 1200¹⁴⁴, erscheint im Dienste dieser Grafen ein Ministerialengeschlecht *de Stumpenhusen*, erstmals im Jahre 1194. Es ist bis in das späte 14. Jahrhundert nachweisbar¹⁴⁵. Dieses Geschlecht hat allem Anschein nach der Burg die endgültige Gestalt verliehen, jene Gestalt also, deren Reste noch die gelehrten Besucher der frühen Neuzeit antrafen¹⁴⁶ und die noch der in Abb. 2 wiedergegebene Kartenausschnitt vom Jahre 1802 in Grundzügen erkennen läßt.

IV. Zusammenfassung

Die zusammenfassende Betrachtung der urkundlichen Überlieferung für die Kirche St. Gangolf einerseits und für die Burg Stumpenhusen andererseits führte zu keinem gemeinsamen personalen Nenner, machte vielmehr genealogische „Brüche“ sichtbar, die bisher von der Forschung nicht wahrgenommen worden waren: Die Grafen von Blankenburg-Regenstein verfügten mindestens seit der Mitte des 13. Jahrhunderts, wahrscheinlich aber schon fast zwei Jahrhunderte zuvor, über die Kirche St. Gangolf und umfangreichen Besitz in Wietzen, während die Burg bzw. der adlige Wohnsitz Stumpenhusen vom späten 11. Jahrhundert bis in das späte 13. Jahrhundert und weit darüber hinaus im Besitz der Edelfherren/Grafen von Stumpenhusen/Hoya blieb.

Die Leitnamen im Mannesstamm der Grafen von Blankenburg-Regenstein einerseits und der Grafen von Stumpenhusen-Hoya andererseits¹⁴⁷ lassen keine Gemeinsamkeiten erkennen. Zu Bardo/Ekbert läßt sich weder von der einen, noch von der anderen Seite aus eine Brücke schlagen. Als eine alte, in der Zeit vor dem Beginn des 12. Jahrhunderts bestehende Besitzeinheit lassen sich die Teilkomplexe Burg und Kirche auf diese Weise nicht belegen. Wenn oben für den Ursprung der wechselseitigen Beziehung von Burg Stumpenhusen und Kirche St. Gangolf drei Alternativen als Erklärungsmodelle in Betracht gezogen wurden¹⁴⁸, so läßt sich angesichts der erzielten Befunde zumindest also für die Zeit vom späten 11. Jahrhundert an eine Entscheidung zugunsten einer von ihnen nicht fällen.

144 Hellermann (wie Anm. 137), S. 19 f.

145 UBHoy, Register, S. 382 f., s. v. *de Stumpenhusen*. — Das Register trennt Ministeriale und Edelfreie nicht. — Hinweis auf Lehen seitens der Bischöfe von Minden: N. N. [Christian Ulrich Gruppen], Beitrag zu den Nachrichten von denen von Stumpenhusen in der Grafschaft Hoya, in: HannGelAnz 1752 (1753), Sp. 1307 f.

146 Vgl. oben bei Anm. 4 f.

147 Europäische Stammtafeln (wie Anm. 95), III., Taf. 49 und Taf. 64: Poppo, Reinhard, Siegfried und Heinrich für die Grafen von Blankenburg-Regenstein; Wedekind und Gerhard für die Grafen von Stumpenhusen-Hoya. Der Name Heinrich kam durch eine Heirat aus dem Oldenburger Grafenhaus an die Grafen von Hoya.

148 Vgl. oben bei Anm. 93.

D Prosopographische Analyse: Bardo/Ekbert in Quellen des 10./11. Jahrhunderts

Die im vorangegangenen Abschnitt vorgelegten, insgesamt eher negativen Befunde bieten keine verlässliche Ausgangsbasis für den Versuch, die kargen Quellen des 10./11. Jahrhunderts zum Sprechen zu bringen und die Existenz von Bardo/Oda/Ekbert unabhängig von Epitaphium und Fundatio zu erweisen; d. h. vor allem, signifikante Vergesellschaftungen der Namen Bardo/Oda/Ekbert aufzuspüren. Wenn dieser Versuch hier überhaupt unternommen wird, so vor allem deswegen, weil die Methoden der Prosopographie gegenüber der Zeit von J. H. Hoffmann und H. W. H. Mithoff erheblich verfeinert und der Forschung neue Quellengruppen nutzbar gemacht wurden¹⁴⁹.

Die Möglichkeiten, die damit für die Erforschung des nordwestdeutschen Adels grundsätzlich gegeben sind, sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft; das kann auch in diesem Beitrag — vor allem aufgrund der umfangreichen ungedruckten Quellen — nicht geschehen.

Der Stand der Forschung befriedigt nicht. Die Arbeit von Ruth Schölkopf-Göbel vom Jahre 1957¹⁵⁰, auf die sich im Rahmen unserer Fragestellung zunächst der Blick richtet, hilft nur sehr begrenzt weiter; sie ist von der Forschung recht skeptisch aufgenommen worden¹⁵¹. Mit gewichtigen Gründen und deutlichen Formulierungen haben K. Schmid, A. K. Hömberg und F. von Klocke Kritik an Quellenschöpfung und Beweisführung der Verfasserin geäußert, unter anderem auch auf die Versäumnisse im Hinblick auf die Benutzung von Nekrologen hingewiesen, die letzteren gerade im Hinblick auf die „Bardonen“¹⁵². Für uns geht es zudem nicht — wie der Verfasserin — nur um das 10. Jahrhundert, sondern um ein Jahrhundert überlieferungsarmer Zeit zusätzlich, das zudem bisher in der Forschung recht stiefmütterlich behandelt worden ist.

149 Vgl. allgemein: K. Schmid und J. Wollasch, Die Gemeinschaft der Lebenden und Verstorbenen in Zeugnissen des Mittelalters, in: FrühMAStud 1, 1967, S. 365—405.

150 Ruth Schölkopf, Die Sächsischen Grafen (919—1024) (StudVorarbHistAtlasNdSachs 22), 1957, zu den „Bardonen“ S. 111 ff., Stammtafel im Anhang. — Danach unkritisch W. Heinemann, Das Bistum Hildesheim im Kräftespiel der Reichs- und Territorialpolitik, vornehmlich des 12. Jahrhunderts (QDarstGNdSachs 72), 1968, S. 24.

151 F. von Klocke, Prosopographische Forschungsarbeit und Moderne Landesgeschichte, in: WestfForsch 11, 1958, S. 195—206. — A. K. Hömberg, Grafensippen? Kritische Bemerkungen zu Ruth Schölkopf, Die sächsischen Grafen (919—1024), in: OsnabMitt 68, 1959, S. 361—366, zu Wietzen S. 363.

152 K. Schmid, Bemerkungen zu einer Prosopographie des früheren Mittelalters, in: ZWürttLdG 24, 1964, S. 215—227. — Hömberg, Grafensippen (wie Anm. 151), S. 362 ff. — von Klocke (wie Anm. 151), S. 199.

Die neuere Arbeit von R. Wenskus (1976)¹⁵³ hat ihr Schwergewicht in einem deutlich früheren als dem hier vorrangig interessierenden Zeitraum¹⁵⁴ und verfolgt zudem eine gänzlich andere Fragestellung. An mehreren Stellen rückt Wenskus das hier interessierende Bezugspaar Bardo/Ekbert in einen engen Zusammenhang; eine direkte Filiation, wie sie Epitaphium bzw. Fundatio bezeugen, begegnet in den von Wenskus herangezogenen Quellen nicht. Wenskus streift einmal kurz das Epitaphium und rückt Bardo/Ekbert dabei in eine Beziehung zum Bezugspaar Bardenburg (b. Oesede, s. Osnabrück)/Grafen von Tecklenburg, deren Leitname Ekbert ist¹⁵⁵ und die im Jahre 1184 über die Bardenburg verfügen¹⁵⁶.

I. Methodische Vorüberlegung

Um nicht allzusehr in Hypothesen auszufern, werden im folgenden bei der Analyse der einzelnen in Betracht kommenden Quellengruppen zwei Minimalkriterien beachtet¹⁵⁷:

1. Der Untersuchungsraum wird auf einen Radius von reichlich 100 km im Umkreis von Wietzen beschränkt.
2. Über diesen Raum wird lediglich in solchen Fällen hinausgegriffen, in denen gemeinsam in direktem Zusammenhang mindestens zwei der in Betracht kommenden Namen — Bardo/Oda/Ekbert — begegnen.
3. Besonderes Augenmerk wird auf Bardo gerichtet. Das ihm in Epitaphium/Fundatio beigegebene Prädikat *comes* schränkt die Zahl der in Betracht kommenden Personen gleichen Namens erheblich ein.

II. Die Quellen

1. Urkunden, Traditionen

Die folgende Übersicht bietet zunächst die Belege, die sich bei der Durchsicht von Urkunden für die in Betracht kommende Zeit (960—1100) ergeben. Diesen

153 R. Wenskus, Sächsischer Stammesadel und fränkischer Reichsadel (AbhAkad. Gött III, 93), 1976.

154 Wenskus (wie Anm. 153), zieht z. B. Quellen des 11. Jahrhunderts nur in begründeten Einzelfällen heran.

155 Wenskus (wie Anm. 153), S. 277 mit Anm. 1491. Der dort zitierte J. Prinz, Das Territorium des Bistums Osnabrück (StudVorarbHistAtlasNdSachs 15), 1934, Neudr. 1973, S. 101 mit Anm. 3, greift wiederum auf Holscher (wie Anm. 10) zurück und setzt die Gründung von St. Gangolf letztlich nach von Hodenberg in das frühe 11. Jahrhundert.

156 So schon *Calendarium et Necrologium vetustissimum ecclesiae cathedralis Osnabrugensis*, hg. von Diedrich Meyer, in: *OsnabMitt* 4, 1885, S. 1—231, hier S. 29 f.

157 Vgl. K.-F. Werner, Problematik und erste Ergebnisse des Forschungsvorhabens „PROL“ (Prosopographia Regnorum Orbis Latini). Zur Geschichte der west- und mitteleuropäischen Oberschichten bis zum 12. Jahrhundert, in: *QForschItalArchBibl* 57, 1977, S. 69—87. — Ders., Personenforschung: Aufgabe und Möglichkeiten, in: *Mittelalterforschung* (Forsch. und Information 29), 1981, S. 84—92.

Quellentyp an die Spitze zu stellen, ist sinnvoll, da auf diese Weise am ehesten verlässliche, datierte Orientierungswerte für Genealogie und Besitzgeschichte zu erzielen sind. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die urkundliche Überlieferung für den Raum des Bistums Minden gegenüber dem des benachbarten Bistums Hildesheim sichtlich unterrepräsentiert ist. Die meisten der im folgenden aufgelisteten Belege hat bereits W. von Hodenberg herangezogen.

Lfd. Nr.	Zeit	Name(n), Stand	Besitz/Wirkungsraum
1	um 990	<i>comites</i> . . . Bardo, Ekbert	Bistum Hildesheim/ Bistum Minden ¹⁵⁸
2	1001	Bardo, <i>comes</i>	zwischen Leine u. Weser ¹⁵⁹
3	1013	Gottfried <i>miles noster</i> (B. von Hildesheim), Vater Bardo <i>comes</i>	bei Hildesheim ¹⁶⁰
4	1055/1080	Gottfried, Vater Bardo, <i>comes</i>	Albringhausen (b. Bassum, nw. Nienburg, 20 km von Wietzen) ¹⁶¹
5	1091	Ekbert, <i>comes</i>	Erzbistum Bremen ¹⁶²
6	1092	Ekbert, <i>comes</i>	Erzbistum Bremen ¹⁶³

Von besonderem Interesse sind für die hier verfolgte Fragestellung zwei Belege bzw. Beleggruppen. Im Beleg Nr. 1 erscheinen Bardo/Ekbert unmittelbar benachbart unter den Grafen, die als Zeugen den Verlauf der Grenzen zwischen den Bistümern Hildesheim und Minden bzw. zwischen Westfalen und Engern festlegen halfen, beide darf man als in einer der beiden Diözesen ansässig ansehen. Der in Nr. 2 genannte Graf rückt auf diese Weise in das nächste Umfeld, vielleicht auch der in Nr. 3 genannte Graf Bardo mit seinem Sohn Gottfried. Der Beleg Nr. 4 führt unmittelbar in die Nähe von Wietzen; der hier genannte Gottfried könnte wiederum mit jenem identisch sein, der in Nr. 3 als Lehnsmann des Bischofs von Hildesheim genannt wird. Insofern rücken also letztlich die Belege Nr. 1—4 eng zusammen.

Interesse verdienen auch die Belege Nr. 5 und 6. Graf Ekbert war Spitzenzeuge im Gefolge des Bremer Erzbischofs. Er wird nur hier genannt. Über seine Identität bzw. seine Zugehörigkeit zu anderweitig bekannten Grafengeschlechtern herrscht keine Klarheit. Es ist durchaus möglich, daß es sich bei ihm um einen Nachkommen des in Beleg Nr. 1 genannten Grafen gleichen Namens han-

158 UBHHild I 35 (um 990). — Zum folgenden vgl. Schölkopf (wie Anm. 150), S. 112 f.

159 MGH DO III 45 (1001).

160 MGH DH II 263 (1013).

161 UBWestf, Cod. dipl. 147.

162 REBrem I 388 (1091). — UBHoy VIII 14.

163 REBrem I 389 (1092, nach Jan. 15). — UBHoy VIII 15.

delt. Ein Verwandter jenes jüngeren Ekbert wird wiederum jener *Ekbertus de Witessen* sein, der um das Jahr 1140 genannt wird, bezeichnenderweise wiederum in einer vom Bremer Erzbischof ausgestellten Urkunde¹⁶⁴. Dieser mit Herkunftsnamen, aber ohne Standesprädikat erscheinende Ekbert müßte auf jeden Fall schon der Sohnesgeneration des in Epitaphium/Fundatio bezeugten Ekbert angehören.

Geben die Urkunden also nur spärliche Hinweise und dies nur für das 11. Jahrhundert, so bieten die Traditionen des Klosters Corvey, die für den hier interessierenden Zeitraum lediglich bis zum Jahre 1036 erhalten sind, folgenden Ertrag¹⁶⁵:

Lfd. Nr.	Namen	Jahr	Ort
7	Ricbert, Bruder Bardo	979	+ Venredder (b. Bad Nenn- dorf, w. Hannover)
8	Bardo, Bruder Wybert	986	<i>Pathi</i>
9	Bardo, Onkel Walbert	988	Beverbeck, Tellmer (s. Lüneburg)
10	Walhberctus, Brudersohn Bardo	988	<i>Langalaua</i> (-leben-Ort? Langeleben b. Lelm, w. Helmstedt?)
11	Barda, Gemahlin Alfred	999	<i>Aldanthorpe</i>

Die in Nr. 7 genannte Schenkung erfolgte östlich der mittleren Weser, also in jenem Raum, der schon bei der Analyse der Urkunden Aufmerksamkeit erregte; dies bringt allerdings einen neuen Personennamen in den bisher bekannten Zusammenhang ein.

Wenskus weist die Namenskonstellation Bardo/Wigbert (Wybert) den von ihm so genannten „Jüngeren Bardonen“ zu¹⁶⁶. Dieser adelige Verband gewinnt für die Zeit, der sich Wenskus vornehmlich zuwandte, allerdings kaum feste Konturen. Bezieht man die eben erörterte urkundliche Überlieferung des 11. Jahrhun-

164 REBreM I 461 (um 1140). — Ein solcher Wechsel der Herkunftsnamen — *de Stumpenhusen* — *de Witessen* — kann angesichts der oben (bei Anm. 2 f.) beschriebenen Topographie nicht überraschen.

165 TradCorb II, A § 382, 419, 426, 432, 467. — Die Schenkung in *Langalaua* ist nicht zweifelsfrei mit einer Wüstung bei Wolfshagen zu identifizieren, wie dies Schölkopf (wie Anm. 150), S. 112, tut; gleiche Einwände betreffen die Lokalisierung von *Pathi* mit Pye (nw. Osnabrück).

166 Wenskus (wie Anm. 153), S. 299 f., S. 377 f., S. 383 f.

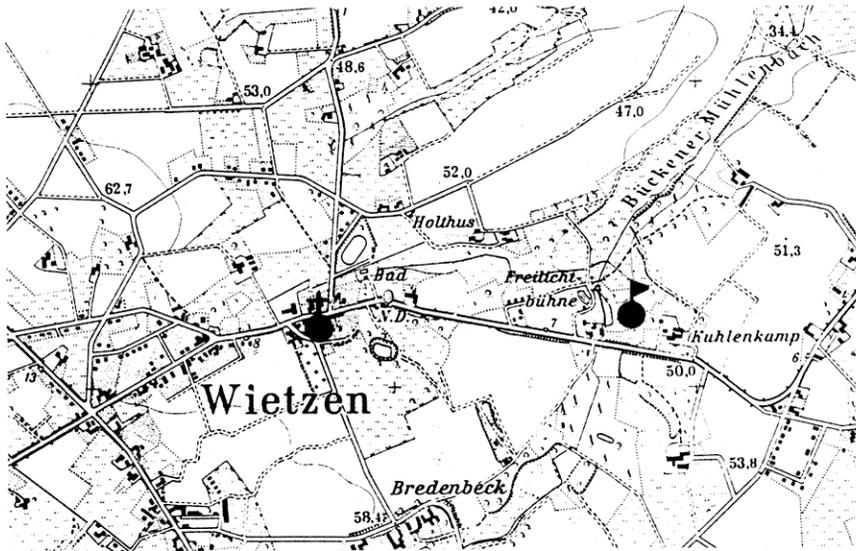


Abb. 1

Wietzen (nw. Nienburg/Weser).

Besonders hervorgehoben: Pfarrkirche St. Gangolf und Burgstelle Stumpenhäuser.
M. 1:25000. 1978.

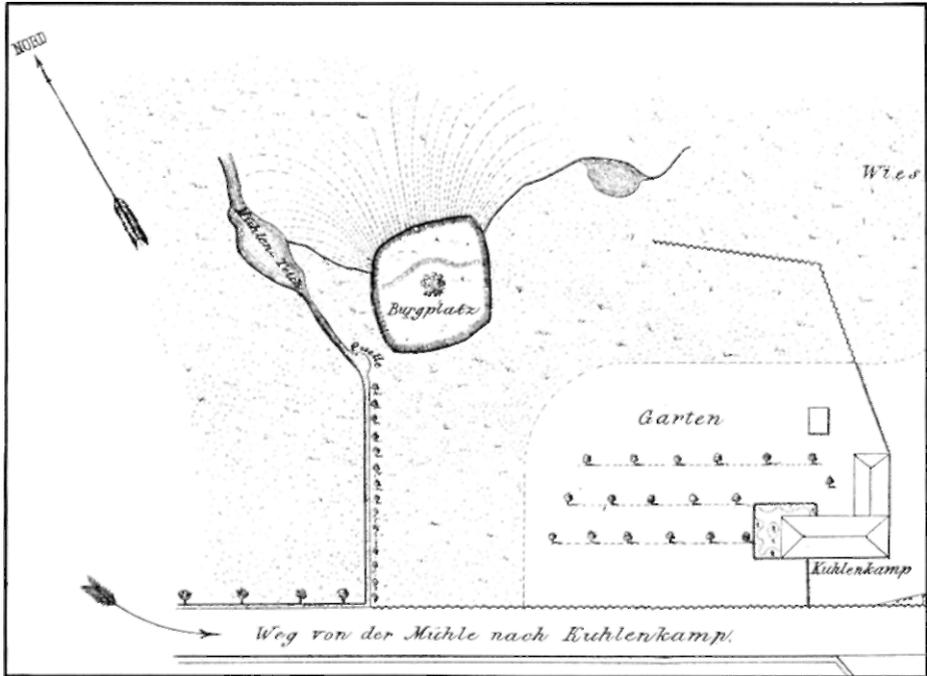


Abb. 3
Wietzen (nw. Nienburg/Weser).
Burgstelle Stumpenhusen und nähere Umgebung.
M. ca. 1:5000. 1855.

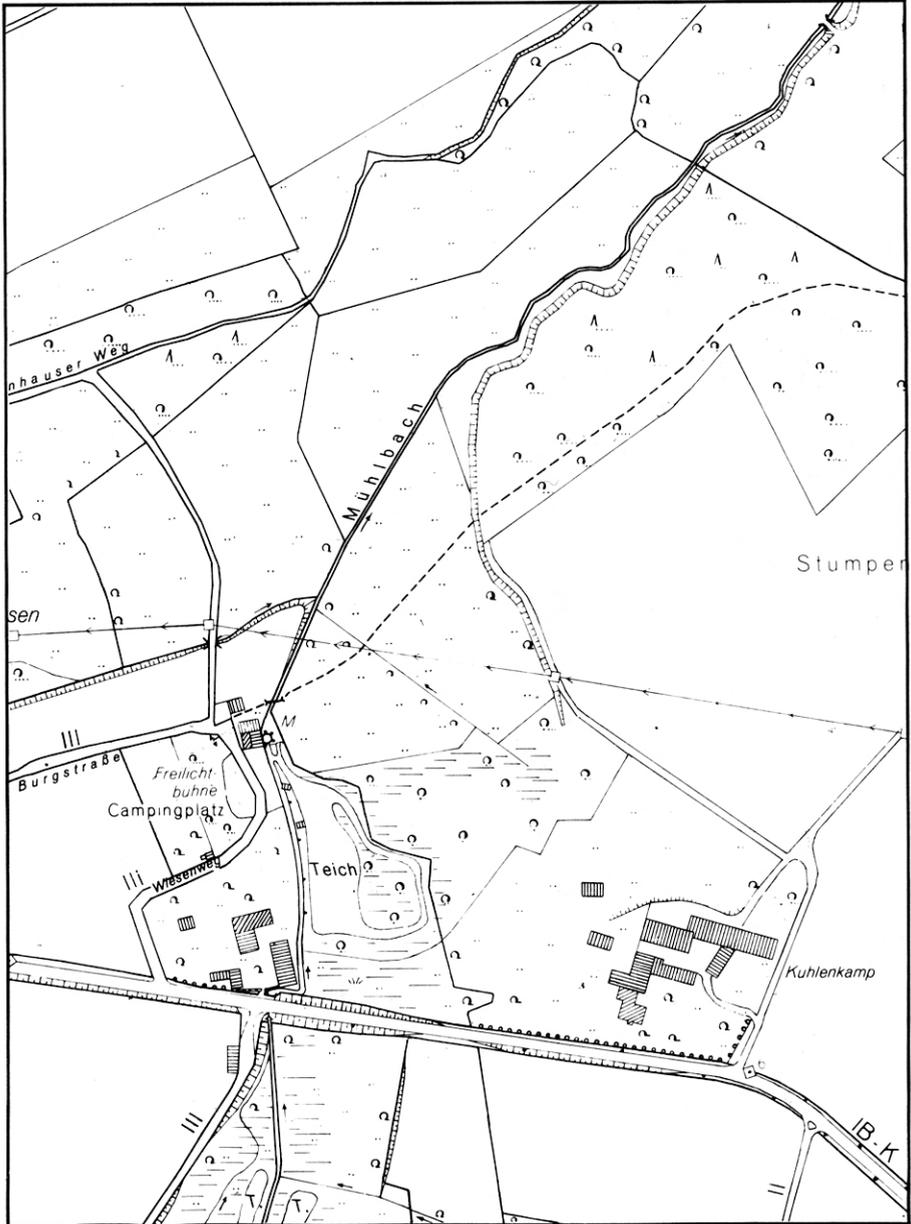
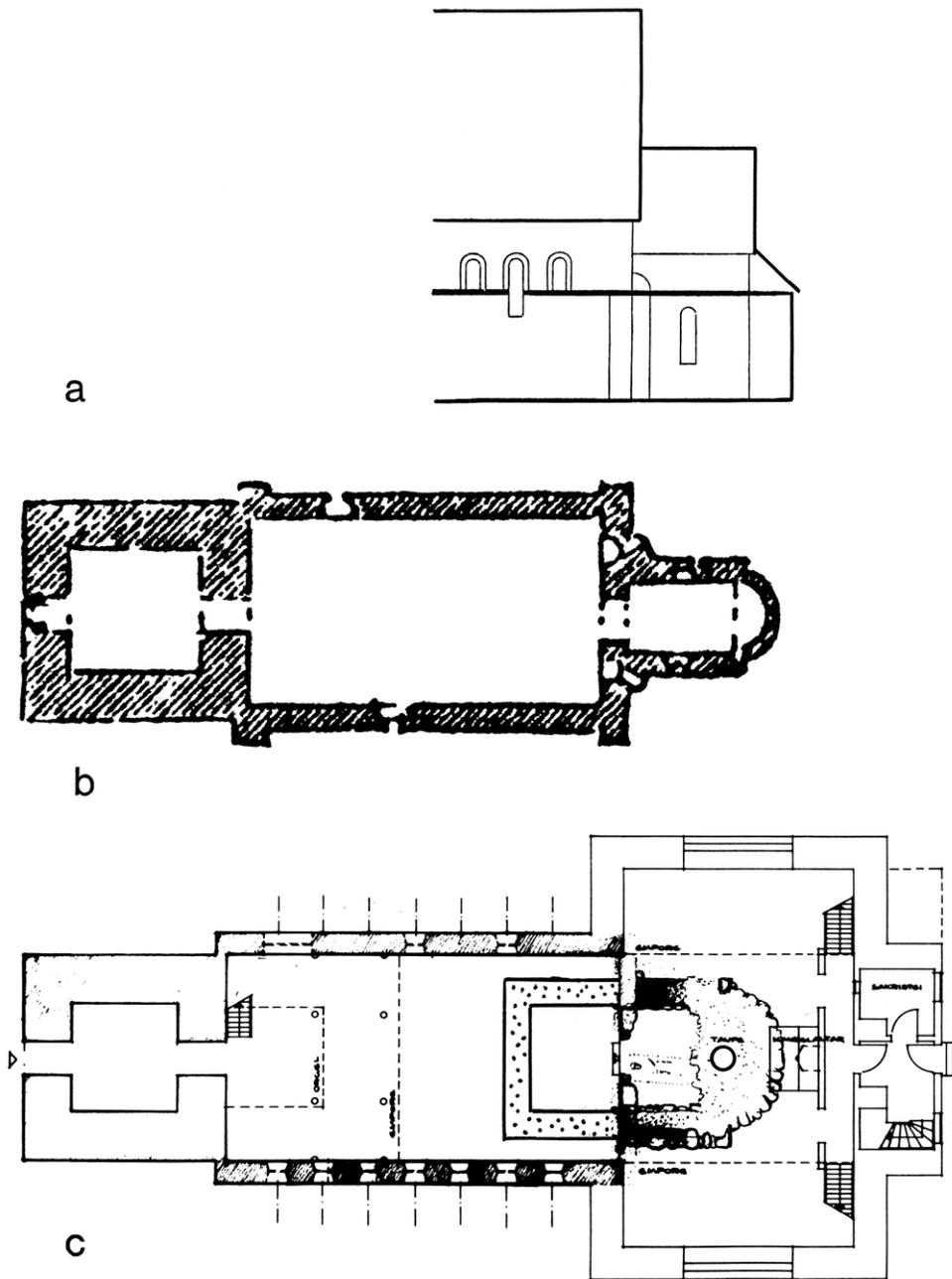


Abb. 4
Wietzen (nw. Nienburg/Weser).
Burgstelle Stumpenhusen und nähere Umgebung.
M. 1:5000. 1982.



a

b

c

Abb. 5

Wietzen (nw. Nienburg/Weser).

Pfarrkirche St. Gangolf.

a und b Grund- und Aufriß, vor 1830.

c Grundriß mit Einzeichnung der Ausgrabungsergebnisse des Jahres 1958.

M. ca. 1:350.

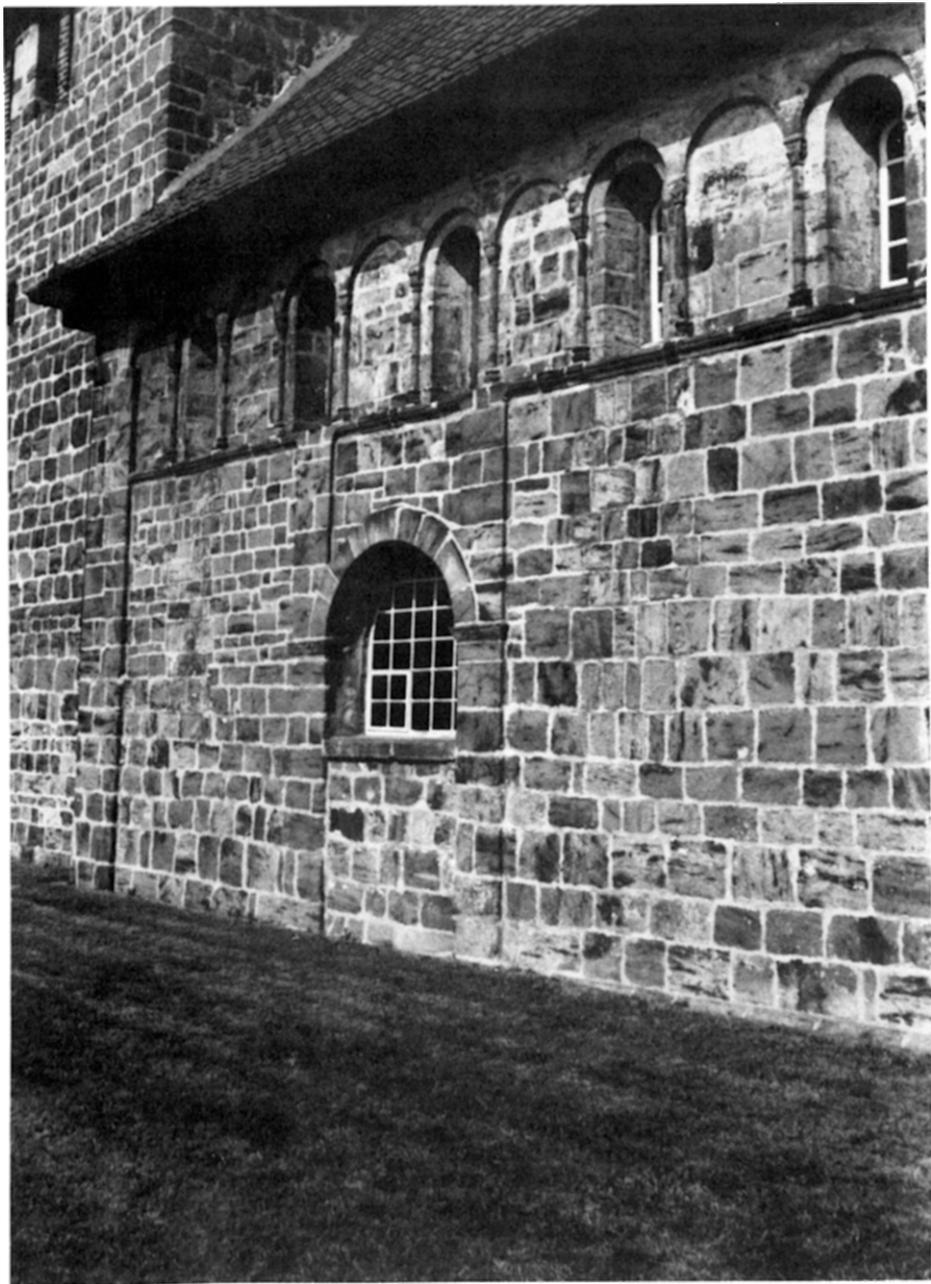


Abb. 6
Wietzen (nw. Nienburg/Weser).
Pfarrkirche St. Gangolf von Südwesten.
1983.

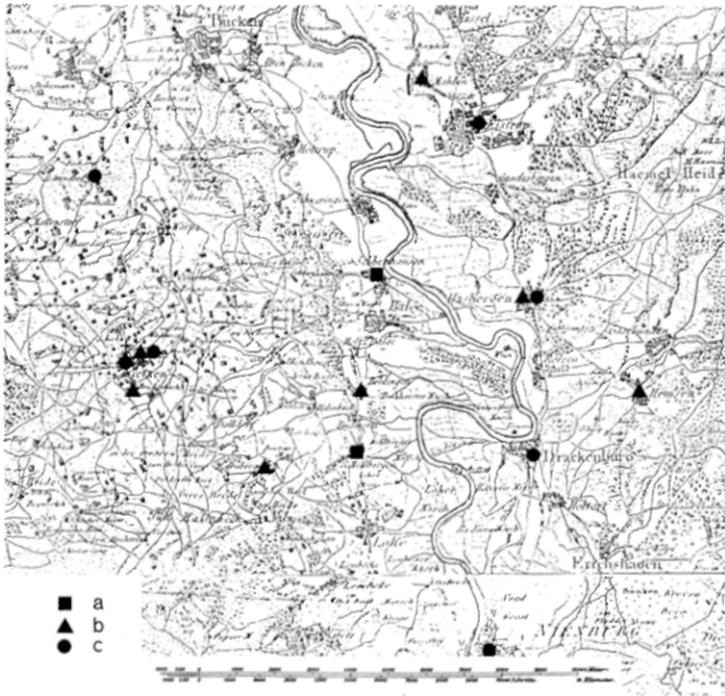


Abb. 7

Wietzen (nw. Nienburg/Weser).

Pfarrkirche St. Gangolf, Kirchengut nach der Fundatio.

a curia. b mansus. c Sonstiges.

M. 1:200000.

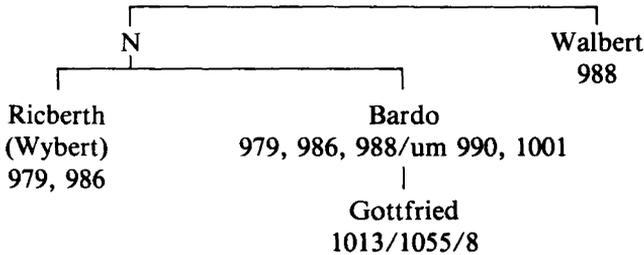
Siglenverzeichnis (Ergänzungen)

- REBrem = Regesten der Erzbischöfe von Bremen (VeröffHistKommNdSachs 11), I (787—1306), bearb. von H. O. May, 1937; II, 1 (1306—1327), bearb. von G. Möhlmann, 1953; II, 2 (1327—1344), bearb. von J. König, 1971.
- SubsDipl = Subsidia diplomatica . . . , hg. von Stephan Alexander Würdtwein, I—XIII, Heidelberg 1772—1780, Neudr. 1969.
- TradCorb = Das Verzeichnis der Corveyer Traditionen, hg. von K. Honselmann, in: Die alten Mönchslisten und die Traditionen von Corvey, I, hg. von dems. (VeröffHistKommWestf 10. Abhh. zur Corveyer Geschichtsschreibung 6), 1982, S. 59—184.
- UBBraunschLün = Urkundenbuch zur Geschichte von Braunschweig und Lüneburg und ihrer Lande, hg. von H. Sudendorf und C. Sattler, I—XI, 1859—1883.
- UBHHild = Urkundenbuch des Hochstifts Hildesheim und seiner Bischöfe, hg. von K. Janicke und H. Hoogeweg, I (PubllPreußStaatsarch 65), 1896, II—VI (QDarstGNdSachs 6. 11. 22. 24. 28), 1901—1911.
- UBHoy = Hoyer Urkundenbuch, hg. von W. von Hodenberg, I—VIII, Register, 1845—1856.
- UBMarienr = Marienroder Urkundenbuch, hg. von W. von Hodenberg (Urkundenbuch des HistVNdSachs 4), 1859.
- UBWestf = Westfälisches Urkundenbuch, hg. von H. A. Erhard u. a., I—VIII, X, Additamenta und Supplementa, 1847—1982 ff.

Abbildungsnachweise

Abb. 1 Topographische Karte 1:25 000 3220, 1978. Vervielfältigt mit Erlaubnis des Herausgebers: Nieders. Landesverwaltungsamt — Landesvermessung — B 5 — 168/82. — Abb. 2 Niedersächsische Landes- und Universitätsbibliothek Hannover, Karten, XIX, Braunsch.-Lün., G. Hoya 68 (Mappe 21., Nr. G 68), Ausschnitt, vergrößert. — Abb. 3 W. von Hodenberg, Die alte Burg Stumpenhusen, in: ZHistVNdSachs 1853 (1856), Taf. II nach S. 416, Ausschnitt. — Abb. 4 Deutsche Grundkarte 1:5000, Wietzen-Ost, Br. 3220/28, 1973, berichtigt 1982, Ausschnitt. Veröffentlicht mit Genehmigung des Katasteramtes Nienburg vom 7. 10. 1982. — Abb. 5 a. b H. W. H. Mithoff, Kunstdenkmäler und Alterthümer im Hannoverschen, V, 1878, Neudr. (BeitrGLdVolksKdeNdSachs A, Reprints 2), 1974, S. 200, Maßstab vereinheitlicht, Umzeichnung St. Mielke, Göttingen. c J. Sommer, Wietzen (Krs. Nienburg), in: Anfänge des Kirchenbaues in Niedersachsen, in: Vorchristlich-christliche Frühgeschichte in Niedersachsen, hg. von H.-W. Krumwiede (Beih. zum JbGesNdSächsKG 64), 1966 (1967), S. 79, verkleinert. — Abb. 6 Foto M. Last, Göttingen. — Abb. 7 UBHoy VIII 10. Ortsnachweise nach W. von Hodenberg, Die Diocese Bremen und deren Gaue in Sachsen und Friesland, I, 1858, S. 137, Anm. 92. Entwurf M. Last, Zeichnung St. Mielke, Göttingen. — Grundkarte: [K. L. von] Le Coq, Topographische Karte . . . von Westphalen . . . , 1805, Neudr. Münster o. J., Bl. 7 und 10 (Ausschnitt, verkleinert).

derts ein, so ergibt sich für die „Jüngeren Bardonen“ als „Leitfossil“, als möglicher Mindestbestand in drei Generationen



Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, daß statt der hier angenommenen Vater-Sohn-Beziehung zwischen Bardo und Gottfried auch ein lockereres verwandtschaftliches Band bestanden haben mag, etwa Onkel/Neffe oder dergleichen, greifen doch die spärlichen Quellen stets nur wenige Namensträger aus größeren, in Hinblick auf Verwandtschaft/Namengebung verbundenen Adelskreisen heraus. Das gleiche gilt für die Identität des Bardo:

Auch wenn man die Belege der Jahre 979 bis 988 mit einigem Recht ein und demselben Bardo zuordnen kann, so ist doch keineswegs sicher, daß dieser mit dem um 990/1001 bezeugten Bardo, dem Vater des Gottfried, identisch ist.

Ausgehend von den Belegen 1—11 fällt es andererseits schwer, anhand der jeweils greifbaren Personennamen die Brücke zu schlagen zu den (späteren) Grafen von Schwalenburg, die im 11./12. Jahrhundert Grafschaftsrechte im Marstemgau (zwischen Aue und Leine, w. Hannover) wahrnahmen¹⁶⁷.

2. Libri memoriales, Nekrologe

Aufgrund der signifikanten Vergesellschaftung von Personennamen richtet sich bei der Analyse der zum Zwecke des Totengedenkens entstandenen liturgischen Quellen der Blick vor allem auf die Eintragungen in die „Gedenkbücher“ (*libri memoriales*)¹⁶⁸. Die zahlreichen Libri memoriales vornehmlich aus dem schwäbisch-alemannischen Raum kommen aus chronologischen Gründen für die hier interessierenden Fragen überwiegend nicht in Betracht. Auf einen St. Galler Eintrag des frühen 11. Jahrhunderts, der im Rahmen der hier verfolgten Frage-

167 Frhr. von Dalwigk, Die ältere Genealogie des Gräflichen Hauses Schwalenberg, in: WestfZ 73, 1915, II, S. 142—214, Stammtafel nach S. 208. — Hömberg, Westfalen (wie Anm. 132), S. 32 Anm. 117, S. 49 Anm. 164. — F. Forwick, Die staatsrechtliche Stellung der ehemaligen Grafen von Schwalenberg (VeröffHistKommWestf 22. GeschichtlArbbWestfLdForsch 5), 1963, Stammtafel I nach S. 112; S. 23 f. Nachweise für grundherrliche Rechte. — Vgl. oben Anm. 60.

168 Schmid/Wollasch (wie Anm. 149), S. 365 ff. — Vgl. zuletzt G. Althoff, Unbekannte Zeugnisse vom Totengedenken der Liudolfinger, in: DA 32, 1976, S. 370—404. — Vgl. auch Schmid (wie Anm. 152), S. 219 ff.

stellung durchaus Interesse weckt, hat K. Schmid hingewiesen. Unter 82 Namen erscheinen — jeweils isoliert — Ekbert, Bardo, Oda je einmal¹⁶⁹.

Nordwestdeutschland ist arm an solchen Quellen. Der Eintrag des Jahres 1101 in das Evangelistar von St. Stephani in Bremen steht isoliert und bietet für unsere Zwecke keinen Ertrag¹⁷⁰.

Die Nekrologe sind schwer zum Sprechen zu bringen, weil die Todestage von Bardo/Oda/Ekbert nicht bekannt sind; der Verlust des „Missale“ aus St. Gangolf, das diese Todestage sehr wahrscheinlich besonders hervorgehoben hat¹⁷¹, ist auch unter diesem Aspekt besonders bedauerlich; das gleiche gilt für die nicht mehr erhaltene Grabplatte des Bardo mit der zu erwartenden Grabschrift.

Die folgende Übersicht bietet die Ausbeute aus der Durchsicht der Nekrologe. Sie wurden entsprechend den oben genannten Prämissen ausgewertet. Fragen nach Alters- und Eintragungsschichten konnten ebenso wie die nach möglicher Übernahme von Vorlagen¹⁷² im Rahmen der hier vorrangig verfolgten Fragestellung auch in den Fällen jeweils nicht zuverlässig geklärt werden, in denen Handschriften herangezogen werden. Das mindert naturgemäß das Gewicht der einzelnen aufgefundenen Belege.

Lfd. Nr.	Nekrolog	Bardo	Ekbert
12	Minden, Domstift	Nov. 4 ¹⁷³	
13	Fischbeck		Okt. 10 ¹⁷⁴
14	Möllenbeck	Jan. 19 Febr. 23 ¹⁷⁵	
15	Bremen, Dom		Febr. 17 ¹⁷⁶

169 K. Schmid, Neue Quellen zum Verständnis des Adels im 10. Jahrhundert, in: ZGORh 108, 1960, S. 185—232, hier S. 231. — Wenskus (wie Anm. 153), S. 379 ff.

170 Brüssel, Bibliothèque Royale, Ms. 9428. — Dazu zuletzt D. Upmeyer, Die Herren von Oldershausen und die Herausbildung des Gerichts Westerhof (VeröffInstHistLdForschUnivGött 10), 1977, S. 28 ff.

171 Vgl. oben bei Anm. 70.

172 Vgl. G. Althoff, Das Necrolog von Borghorst (Westf. Gedenkbücher und Nekrologien 1), 1978, S. 212 ff.: „Methodische Überlegungen zur Necrologanalyse“.

173 Münster, StA, Msc. VII 2604, fol. 22v.

174 Kalendarium Necrologium Monasterii Visbeccensis, hg. von J. F. Boehmer, in: FontRerGerm, hg. von d. m. s., 4, 1868, S. 495—500. — Wolfenbüttel, Herzog-August-Bibliothek, Cod. Guelf. 42, Gud. Lat. — Benutzt wurde eine Kopie im Diplomatischen Apparat der Universität Göttingen.

175 Das Necrologium des Klosters Möllenbeck, hg. von L. Schrader, in: ArchGAltertumskdeWestf 5, 1832, 4, S. 342—384. — E. F. Mooyer, Versuch eines Nachweises der in dem Tottenbuche des Klosters Möllenbeck vorkommenden Personen und Ortschaften, in: ZVaterländGMünster 2, 1839, S. 1—105, hier S. 15. — K. Falkenheiner und E. F. Mooyer, Fernere Mitteilungen über das Necrologium des Klosters Möllenbeck, in: ZVaterländGMünster 3, 1840, S. 89—119, hier S. 95, S. 100.

176 Diptychon Bremense, hg. von E. F. Mooyer, in: VaterlArchHistVNdSachs 1835 (1836), S. 281—309, hier S. 285.

16	Hildesheim, Dom	Apr. 4 ¹⁷⁷
17	Hildesheim, St. Michael	Febr. 12 Dez. 8 ¹⁷⁸
18	Lüneburg, St. Michael	Febr. 23
19		Apr. 17
20		Juli 16
21		Febr. 7
22		Febr. 13
23		Apr. 4
24		Juni 16 ¹⁷⁹
25	Osnabrück, Dom	Jan. 24
26		Juli 30 ¹⁸⁰

III. Zusammenfassung

Folgt man den im Druck zugänglichen Nekrologen aus dem Bereich des sächsischen Stammes, also weit über den hier zunächst berücksichtigten Raum hinaus, so wird deutlich, daß die in den Belegen Nr. 12—26 aufgelisteten, rund ein Dutzend Träger der Namen Bardo/Ekbert durchweg keine überregional bedeutsamen Personen waren; kaum einer von ihnen läßt sich außerhalb des oben beschriebenen Untersuchungsraumes wiederfinden. Das gilt jedenfalls dann, wenn man den Billunger Ekbert (den Einäugigen [† 994, Apr. 5]) aus dieser Analyse ausschließt¹⁸¹.

- 177 Auszüge: *Excerpta ex necrologio Hildeshemensis ecclesiae veteri*, hg. von Gottfried Wilhelm Leibniz, in: *Scriptores rerum Brunswicensium . . .*, bearb. von dems., I, Hannover 1707, S. 763—767. — Ergänzend wurde die Vorlage herangezogen: Wolfenbüttel, Herzog-August-Bibliothek, Cod. Guelf. 83. 30, Aug 2°, fol. 131r—162v (Mikrofilm). — Vgl. E. F. Mooyer, Auszüge aus dem Todtenbuche des hildesheimischen Domstifts, in: *VaterlArchHistVNdSachs* 1840 (1841), S. 49—118, der (S. 68) den Eintrag zu Apr. 4 zu Recht den Billungern zuweist.
- 178 Auszüge: *Excerpta ex monasterii S. Michaelis Hildeshemensis necrologio*, hg. von Gottfried Wilhelm Leibniz, in: *Scriptores rerum Brunswicensium . . .*, bearb. von dems., II, Hannover 1710, S. 103—110. — Ergänzend wurde die Vorlage herangezogen: Hannover, Niedersächsische Landes- und Universitätsbibliothek, Ms. XXI 1259 (Mikrofilm). — Vgl. E. F. Mooyer, *Das Necrologium des hildesheimischen St. Michaelisklosters Benedictiner-Ordens in Auszügen*, in: *VaterlArchHistVNdSachs* 1842, S. 361—463, 1843, S. 1—82.
- 179 *Necrologium des Klosters S. Michaelis in Lüneburg*, hg. von A. Ch. Wedekind (Ders., *Noten zu einigen Geschichtsschreibern des deutschen Mittelalters*, III, 9), 1833, S. 14, 29, 50; 11, 12, 26, 44.
- 180 *Calendarium* (wie Anm. 156), S. 20. — Vgl. Prinz (wie Anm. 155), S. 99, Anm. 6 — Hömberg, *Grafensippen* (wie Anm. 151), S. 363: [zum gleichen Tag — Juli 30 — im *Necrolog* des Klosters Borghorst] „und zwar folgt er [Bardo] hier auf die 992 gestorbene erste Äbtissin des Klosters“. — Dazu jetzt Althoff, *Das Necrolog* (wie Anm. 172), S. 181.
- 181 *Necrologium* (wie Anm. 179), S. 26.

E Schluß

Trotz aller Bemühungen will es also nicht gelingen, die im Epitaphium bzw. in der Fundatio bezeugte Personengruppe Bardo/Oda/Ekbert bzw. auch nur eine Person mit letzter Sicherheit in anderen Quellen wiederzufinden. Wie in zahlreichen anderen vergleichbaren Untersuchungen zur Landes- bzw. Territorialgeschichte Niedersachsens¹⁸² erwies es sich in diesem Falle als nicht möglich, verstreute genealogisch-besitzgeschichtliche Einzelnachweise für Adelige des 10./11. Jahrhunderts einerseits und vornehmlich anhand von Herkunftsnamen faßbare adelige Geschlechter des späten 11., des 12. Jahrhunderts und der Folgezeit zwingend zusammenzuordnen.

Immerhin ergaben sich im Laufe dieser Untersuchung im Hinblick auf Genealogie und Besitztopographie für die in Epitaphium und Fundatio genannten Personen signifikante Zusammenhänge mit den für die Diözesen Minden/Hildesheim bezeugten „Jüngeren Bardonen“. Daß die Namen Ekbert/Oda sich in diesem Milieu nicht wiederfinden lassen, darf angesichts der schütterten Überlieferung nicht überraschen. Wietzen ist damit letztlich — trotz aller Mängel der Überlieferung — als ein Traditionszentrum der „Jüngeren Bardonen“ anzusehen. Das aber ist ein wichtiger Befund, dem künftig mit Hilfe archäologischer Untersuchungen noch schärfere Konturen verliehen werden sollten.

182 Vgl. z. B. Arbeiten, die solche Edelherren und Grafen im Umkreis von Wietzen betreffen, die im frühen 12. Jahrhundert mit Herkunftsnamen erscheinen: W. Moormeyer, Die Grafschaft Diepholz (StudVorarbHistAtlasNdSachs 7), 1938, S. 27 ff. — Hellermann (wie Anm. 137), S. 15 f. — W. Hillebrand, Besitz- und Standesverhältnisse des Osnabrücker Adels. 800—1300 (StudVorarbHistAtlasNdSachs 23), 1962, S. 42 f., 54 f., 65 f., 73 f. — M. Last, Adel und Graf in Oldenburg während des Mittelalters (OldenbStud 1), 1969, S. 13 ff. — Petke (wie Anm. 108), S. 22 ff. — Hucker (wie Anm. 127), S. 75 ff. — Künftig M. Last, Untersuchungen zur frühen Geschichte der Oldenburger Grafen (OldenbStud 20), vorgesehen für 1984/85.

Ein Turnierbuch Herzog Heinrichs des Mittleren zu Braunschweig-Lüneburg (um 1500)

Von

Alheidis von Rohr

Mit 11 Abbildungen

Das reich bebilderte Turnierbuch Herzog Heinrichs des Mittleren (1468—1532, reg. 1486—1522 in Celle), auf das Albert Neukirch 1958 hinwies¹, ist nicht mehr nachweisbar. Es wurde bis zum Zweiten Weltkrieg in der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin (Libr. pict. A 2) aufbewahrt und läßt sich seitdem in keiner der beiden Staatsbibliotheken in Berlin-Ost oder -West auffinden; der Verlust ist ungeklärt. Neukirch ließ zwei Abbildungen drucken; ein drittes Foto befindet sich in Privatbesitz².

Ein weiteres Turnierbuch Heinrichs des Mittleren wird in Paris in der Bibliothèque Nationale (Cabinet des Manuscrits 4°-Pd 6) aufbewahrt³. In braunem Ledereinband mit der Rückeninschrift „LUDRICAЕ PUGNAE“ befinden sich 106 mit Deckfarben kolorierte Federzeichnungen auf Papier (32×20 cm)⁴. Die letzten vier Zeichnungen sind unfertig. Im Querformat ist jeweils ein Zweikampf in Renn- oder Stechzeug zu Pferde dargestellt. Während über dem einen Ritter jeweils der Name vermerkt ist, fehlt er bei dem Gegner. Es ist immer Heinrich der Mittlere. Auf den sonst leeren Rückseiten ist jeweils eine Ortsangabe, z. B. „zu Zelle“, notiert.

Nach den Texten auf den beiden Titelseiten, links in deutscher, rechts in italienischer Sprache, wurde dieses Exemplar des Turnierbuchs von dem in Harburg lebenden Enkel Heinrichs d. M., Herzog Otto II. (1528—1603), dem Herzog Alfons II. zu Ferrara (1533—1597) geschenkt. Tiburtius Dreifelder überbrachte das Buch im Dezember 1582. Die Bibliothek von Ferrara wurde 1598 durch César d'Este nach Modena transportiert. Zwei Briefe sind vorn in das Buch eingeklebt. Aus ihnen geht hervor, daß Dom. Bernard de Montfaucon (1655—1741) das

1 Albert Neukirch, Ein Ehrenwort, in: Niedersächs. Jahrbuch für Landesgeschichte 30, 1958, S. 245, Anm. 10, S. 257, Abb. 3, 4.

Negative Auskünfte von beiden Staatsbibliotheken 1981.

2 Im Bomann-Museum Celle lassen sich diese Fotos seit 1983 wieder nachweisen.

3 Frits Lugt, Inventaire général des Dessins des écoles du Nord, Bibl. Nationale Paris Cabinet des Estampes, Paris 1936, Nr. 34, S. 16.

4 Wasserzeichen: Zwei senkrechte Linien im Abstand von 2,9 cm werden überschritten von einem Kreis, in dem sich wie über einer flachen Schale eine Art Tannenbaum-Busch erhebt, bestehend aus einer senkrechten und je vier im Winkel zu 45° aufwärts gerichteten Linien.

Album am 23. 7. 1698 einsah⁵ und daß Rudolf Erich Raspe (1737—1794), der von 1762—67 als Sekretär der königlichen Bibliothek in Hannover mit der Leibniz-Edition betraut war, sich am 2. Jan. 1767 anmeldete und am 4. Febr. die Bibliothek wegen des Turnierbuches aufsuchte. Wann und wie das Turnierbuch von Modena nach Paris gelangte, ist unbekannt. Seit 1863 ist es im Dept. des Imprimés au Cabinet des Estampes (Marque L. 244) nachweisbar.

Heinrich d. M. wuchs, weil sein Vater Otto schon 1471 starb, unter der Regierung seines Großvaters Friedrich und seit 1479 unter der Regentschaft seiner Mutter Anna von Nassau auf. 1478 machte er einen Besuch in Meißen, und 1482 erhielt er auf seiner Reise nach Siegen und Bad Ems von seinem Oheim ein Pferd geschenkt. Als er 1486 volljährig wurde, übernahm er die Regierung. Impulsivität und ein Zug zu glänzender Hofhaltung werden ihm nachgesagt. Statt die wirtschaftspolitische Nüchternheit seiner Mutter Anna fortzuführen, sei er leichtfertig mit Geld umgegangen. Seine vielen Geldaufnahmen, die an ihn gestellten Schulforderungen und seine Gefangennahme 1511 belegen seine finanziellen Schwierigkeiten. Mit Lüneburg, der größten Stadt seines Landes, kam es verschiedentlich zu Spannungen. 1489 beteiligte er sich an Kriegszügen bei Buxtehude und im Alten Land, 1492 an der Braunschweiger Fehde, und 1500 half er seinem Braunschweiger Vetter Heinrich d. Ä. in dem Kriegszug gegen die Friesen. Seine Devise lautete „Meine Zeit mit Unruh“.

Eine Vorstellung vom Aussehen Herzog Heinrichs d. M. läßt sich aus seiner Grabplatte in der Kirche zu Wienhausen gewinnen⁶. Er ist vollbärtig und hat über seine Haare eine Netzkappe gezogen. Er trägt einen Riefelharnisch, wie er um 1510 getragen wurde, mit großen Achseln und Armkacheln sowie Kuhmaulschuhe. Der zu seinen Füßen abgestellte Riefelhelm hat ein vorspringendes Blasebalgvisier und ist mit drei Federn geschmückt. Der Herzog hat ein langes Schwert umgegürtet und hält mit der Rechten eine Streitaxt empor. Um den Hals trägt er eine vierfache Kette mit einem Anhänger. Das mehrfach herangezogene Altarbild aus der Kapelle der Burg Calenberg zeigt nicht das Celler Herzogspaar und seine Wappen, sondern Heinrichs Vetter Erich I., der in erster Ehe ebenfalls eine Herzogin von Sachsen zur Frau hatte⁷. Der Altar (heute in der Kirche der Marienburg) zeigt das Calenberger Stifterpaar, denn alle Heiligen der Mitteltafel haben einen Bezug zu den Gedenktagen des Paares⁸, und zudem beschrieb Bunting in seiner Chronik den Altar 1584 ausführlich⁹.

5 Bernard de Montfaucon, *Diarium Italicum* 1698—1701, Paris 1702, S. 33.

6 Die Kunstdenkmale des Landkreises Celle, Hannover 1970, I. S. 75, II. Abb. 62.

7 Otto v. Boehn, Anna von Nassau, in: *Nds. Jahrbuch* 29, 1957, S. 24—120; hier S. 49 Abb. 23; ebd. 30, 1958, S. 256 Abb. 1.

8 Heilige auf der mittleren Altartafel: Jacob d. Ä. (25. 7.): vermutlich der Tauftag der Herzogin Katharina, die am 24. 7. geboren war. Katharina: Namenspatronin der Herzogin; Juliana von Nikomedien, Märtyrerin (16. 2.): Geburtstag Herzog Erichs I.; Peter und Paul (29. 6): Heiratstag des Calenberger Herzogpaares.

9 M. H. Bunting, *Neue, vollständige Braunschweigische und Lüneburgische Chronica*, 1. Aufl. Magdeburg 1584 (2. 1620 S. 510). Bunting war von 1571—75 Prediger in der Calenberger Schloßkapelle.

Neben dem erhaltenen Turnierbuch Heinrichs d. M. gibt es einen weiteren Hinweis darauf, daß der Herzog an Turnieren stärkeres Interesse hatte. 1512 schickte Herzog Johann von Sachsen (1468—1532, Kurfürst 1525) seinem Schwager Heinrich d. M. einen Bericht über das Turnier und Gesellenstechen in Neuruppin und bat ihn im gleichen Brief um ein Verzeichnis seiner Fastnachtsveranstaltungen und von dem Stechen in Wolfenbüttel¹⁰. Da der erwähnte Bericht als Beilage des Briefes fehlt, ist anzunehmen, daß es sich um den Neuruppiner Turnier-Bericht des Publius Vigilantia, *Bellica progymnasmata*, Frankfurt/O. 1512, handelte¹¹. Der Verlauf des Turniers in Neuruppin wird vermutlich anderen Turnieren in Norddeutschland sehr geähnel haben, deshalb sollen hier die wichtigsten Punkte erwähnt werden. Kurfürst Joachim II. von Brandenburg und Herzog Heinrich von Mecklenburg hatten zu dem einwöchigen Turnier in dem Ländchen Lindow-Ruppin des noch minderjährigen Grafen Wichmann (der wenige Jahre später starb) rund 70 Ritter mit ihren Frauen eingeladen. In Wagen kamen sie am Sonntag, dem 22. Februar 1512, angereist. Herolde verkündeten ihre Ankunft und das Festprogramm. Die Schilde und Helme, erst der Fürsten, dann der Ritter, wurden am Rathaus aufgehängt. Die Gäste nahmen gemeinsam an einem Gottesdienst teil. Anschließend ritten die Teilnehmer, bewundert von den Zuschauern, zweimal um den Turnierplatz. Von Montag bis Freitag fanden die Wettkämpfe statt. Am ersten Tag war es ein Rennen, bei dem jeweils zwei Partner vehement aufeinanderzuritten und versuchten, die unter den Arm geklemmte, auf einem Rüsthaken aufliegende Rennlanze auf dem Brechschild des Gegners zu zerbrechen oder zumindest am geharnischten Oberkörper des Gegners die vordere Spitze der Lanze abzubringen. Am zweiten Tag fand ein Stechen statt, bei dem die Ritter versuchten, mittels einer unbiegsamen, baumstarken Stechlanze, die vorn mit einer dreifachen Spitze, dem sogenannten Krönchen, bewehrt war, den Gegner aus dem Sattel zu heben. An den folgenden drei Tagen fanden Einzel- und Massenkämpfe zu Pferde und zu Fuß statt. Der Dank wurde von den Herzoginnen überreicht. Der Sieger erhielt ein goldenes Kränzchen und eine Lanze, der zweite ein grünbemaltes Kränzchen und einen Dolch, und der dritte ein Kränzchen aus frischem Grün und einen Schild. Zum Abschluß fand ein Maskenfest mit Tanz fest. Bei der Verabschiedung wurde noch eine Verlobung verkündet: Herzog Heinrich der Fromme von Sachsen wolle im Juli Herzogin Katharina von Mecklenburg heiraten. Am Samstag brachen dann alle zur Heimreise auf. Zu diesem Turnier in Neuruppin hat sich neben dem Bericht auch ein Turnierzettel aus Mecklenburg erhalten¹². Dort sind die zwölf mecklenburgi-

¹⁰ HStA Hannover, Celle Br. 44 Nr. 843.

¹¹ Publius Vigilantius, *Bellica progymnasmata* ... Frankfurt/O. 1512, Neudruck hrsg. von Joh. Schultze, Verein f. Gesch. d. Mark Brandenburg Bd. 31, Sonderheft, Berlin 1937. Wagner, Das Turnierbuch zu Ruppin 1512, in: Hohenzollern-Jahrbuch 5, 1901, S. 99—120. A. Körte in: Zeitschrift für Histor. Waffen- und Kostümkunde 15, 1937. Drei Holzschnitte „Das große Turnier in Ruppin“ von Erhard Altdorfer, 26,6 × 90,3 cm (Abb.: Jürgens, E. Altdorfer und seine Bedeutung für die Bibelillustration des 16. Jhs., Marburg 1931, Nr. 89—91).

¹² Georg Chr. Fr. Lisch, *Urkundliche Geschichte des Geschlechts von Oertzen*, 2. Teil (1400—1600/1700) Schwerin 1860, S. 59.

schen Teilnehmer namentlich aufgeführt, und es geht daraus hervor, daß diese schon vorher zu sechs Paaren zusammengestellt wurden. Einer der Turnierere beteiligte sich an dem Zug nach Neuruppin mit fünf Pferden.

Das Turnierbuch Heinrichs d. M. zeigt ausschließlich Rennen und Stechen. Kämpfe mit Schwertern zu Pferde oder zu Fuß, die nach einem gleichwertigen Kampf zur Entscheidung führen konnten, sind nicht dargestellt. Zu beiden Turnierarten sind die Pferde mit über den Kopf gezogenen Roßdecken gekleidet. Die Pferde waren dadurch „geblendet und gethört“, d. h. ihre Augen waren verdeckt, so daß die beiden Reiter sie in gerader Linie aufeinander anrennen lassen konnten, ohne daß sie zurückscheuten, und der Schellenkranz um ihren Hals diente den Pferden als akustisches Signal, das sie vor einem Zusammenstoß bewahren sollte. Als Bewaffnung sind beim Rennen die vorn spitzen Rennstangen mit ihren geschweift ausladenden Brechschilden zu sehen und beim Stechen die Stechstange vorn mit einem Krönchen und zum Schutz der Hand mit einer runden Brechscheibe.

Offenbar sind in dem Turnierbuch verschiedene Rennarten dargestellt, z. B. das Scharfrennen, bei dem der Reiter ohne Arm- und Beinzeug kämpfte und die Tartsche des Gegners so treffen mußte, daß sie aus dem Haken gehoben wurde und herunterfiel (z. B. fol. 93). Da die Bewaffnung auf einigen Darstellungen in dem Turnierbuch in Paris bei einigen Reiterpaaren jedoch unterschiedlich in Lanze und Rüstung ist, fragt sich, ob tatsächlich solche gemischten Kämpfe stattgefunden haben, oder ob dies auf die Willkür des Zeichners zurückgeht (die sehr gleichmäßige Beschriftung im Vergleich zu den Abbildungen des verschollenen Berliner Turnierbuches scheint zudem auf einen Kopisten zu weisen). Deshalb soll auf eine differenzierende Beschreibung in der Bewaffnung z. B. zwischen Rennhut und Stechhelm, Renn- und Stechtartsche usw. hier nicht eingegangen werden¹³. Lediglich sei auf den Schutz für die Knie und Schenkel, die Dilgen, hingewiesen, die mit Riemen über dem Sattel befestigt wurden und bei einem Sturz vom Pferd oben blieben oder ebenfalls zu Boden fielen, wie dies auf einigen Abbildungen zu sehen ist.

Die Roßdecken waren überwiegend bemalt, ganz selten bestickt. Von den Malern des Celler Hofes kennen wir nur die Namen „Maler Bartold“, der überwiegend Goldschmiedearbeiten lieferte (1490/91, 1507), und „Maler Dietrich“ (1503, 1511), nichts aber über Aufträge zu Roßdecken¹⁴. Am sächsischen Hof wurden damit Lucas Cranach d. Ä., Meister Cuntz und Ludwig Maler beauftragt¹⁵. Ludwig Maler hat laut Rechnungsbuch von 1494/95 auf Befehl von

13 Über die Turnierarten siehe: Heidrun Wozel, Turniere, Exponate aus dem Histor. Museum zu Dresden, Berlin (DDR) 1979.

Alexander Freiherr von Reitzenstein, Rittertum und Ritterschaft, München 1972.

Heinr. Pallmann, Hans Burgkmair d. J. Turnierbuch von 1529, Leipzig 1910.

14 v. Boehn, wie Anm. 7, S. 67, 71, 73, 93, 95, 96 und S. 88, 94, 102.

15 Cornelius Gurlitt, Die Kunst unter Kurfürst Friedrich dem Weisen, Dresden 1897, S. 17.

Herzog Johann von Sachsen einmal *M(einen) gn(ädigen) Herrn von Lüneburg*, d. h. Herzog Heinrich d. M., begleiten müssen — vielleicht zur Vorbereitung eines Turniers? Im Turnierbuch Heinrichs d. M. finden sich keine Hinweise auf die Wappen, Wappenfarben oder Helmschmuck der Turnierer. Daß Heinrich d. M. wenige Male auf dem Helm Pfauenfedern trägt, mag eher Zufall sein. Etwa zwei Drittel der abgebildeten Roßdecken sind sehr farbig breitgestreift oder gemustert. Ein Drittel zeigt Buchstaben, Symbole, Figuren oder Genreszenen, hinter denen Herzensangelegenheiten oder launige Sprichwörter zu stehen scheinen. Bei einigen Decken finden sich zwar Spruchbänder, aber anders als z. B. im Turnierbuch von Herzog Wilhelm IV. von Bayern sind hier nie die Texte wiedergegeben¹⁶. Die großen, gekrönten Einzelbuchstaben auf den Roßdecken (mehrfach ein A bei Werner v. Oppershausen und je einmal bei Jörg v. Brandenstein und Henning Marschalk, ein S bei dem ersten Turnier des Herzogs Heinrich d. M. sowie ein K bei Jörg von Harras und Innocentus von Dorstedel) wurden von den Zeitgenossen sicher verstanden, vielleicht als Hinweis auf eine verehrte Person. Ähnlich finden sich Buchstaben auf Bildnis- und Turnier-Holzschnitten Cranachs d. Ä. von 1500 und 1506 (mit einem A) und von 1509 (dreimal mit einem G); aber vorerst gelingt es nicht, sie zu deuten¹⁷. Die Ligatur HK bei Jost v. Dragstorf kann ebenfalls nicht aufgelöst werden. Zu den Liebessymbolen auf den Roßdecken gehören ein flammendes oder ein geflügeltes Herz, Herzen in einer gezähnten Schere oder in einem Schraubstock, zwei verschlungene Hände, Kordeln mit dem sogenannten Liebesknoten sowie Darstellungen mit einem jungen Mädchen, das in einem geschlossenen Garten sitzt, das Körner streut, ein Schicksalsrad dreht, eine Tischuhr handhabt oder ein Feuer entfacht. Die Bedeutung eines Zaunes, einer Windmühle, von Dreschflegeln oder Rechen, Anker oder Klappsonnenuhr scheinen ebenso wie Sterne, Blüten, Rosen, Vergißmeinnicht, Disteln oder ein gestutzter Zweig Anspielungen auf das Verhältnis eines Ritters zu einer Dame zu sein. Zwei opponierende Hähne, gekreuzte Stecken, ein Mann zwischen zwei Stühlen, ein anderer festgesetzt in einem Stock oder vor einer Zugbrücke durch einen bellenden Hund vom Einlaß in eine Burg zurückgehalten, oder Gegenstände wie Würfel, Amboß, Wolfsangeln oder Krähenfüße könnten auf einen Wettstreit, Werbung oder Mißerfolg deuten. Ferner sind mal eine Hirschjagd, ein andermal eine Hatz mit Netz dargestellt. Unter den Gruppendarstellungen finden sich tafelnde Männer und Frauen, Bierbrauer, Bauern- und Moriskentanz (eine Frau mit Narr und Mohren), eine Frau mit Nachtwächter und Narr oder musizierende Esel. Als Helmschmuck sind meistens Straußenfe-

16 Theob. u. Cl. Senefelder/Friedr. Schlichtegroll, Turnierbuch Herzog Wilhelms IV. von Bayern 1510—1545, München 1817 (8 lithogr. Doppelblätter).

17 F. W. H. Hollstein, German Engravings, Etchings and Woodcuts, ca. 1400—1700, Bd. VI, Amsterdam o. J., Nr. 81, 110, 112, 116, 118, 119.
German. Nationalmuseum, Erwerbungen, Nürnberg 1980 S. 156 Abzeichen „A“ einer Rittergesellschaft oder Turnierabzeichen, Bayern um 1500 (Inv. Nr. HG 12181).

dern verwendet, aber es gibt auch einmal einen offenen Bierkrug (fol. 15)¹⁸, die Halbfigur einer Dame mit Pfeil oder mehrfach wiederkehrend ein Paar langer, gebogener Federn, die dem Helm das Aussehen einer Teufelskappe geben. Die Helmzierer zeigen ebenso wie der Schmuck der Roßdecken und Tartschen, daß die Turniere mit Verkleidung und Scherz zur Belustigung der Hofgesellschaft veranstaltet wurden. Die Hinwendung zur Verbindung von Turnieren mit „Mummereien“ hatte unter Kaiser Maximilian I. stattgefunden; im nicht zum Abschluß gekommenen „Freydal“, einem Turnierbuch des Kaisers, spiegelt sich dies¹⁹. Ähnlich ausgeprägt wie im Turnierbuch Heinrichs d. M. findet sich der scherzhafte Brauch im Turnierbuch des Kurfürsten Johann Friedrich des Großmütigen von Sachsen²⁰.

Die im Turnierbuch Heinrichs d. M. verzeichneten Reiterspiele werden überwiegend zur Fastnachtszeit stattgefunden haben²¹. Aber auch zu anderen Jahreszeiten gab es Anlässe, Turniere auszurichten, etwa zu Besuchen von hochgestellten Persönlichkeiten, zu Hochzeiten, Taufen, zum Regierungsantritt oder bei ähnlichen Ereignissen. Die 62 Turniere, an denen Heinrich d. M. teilnahm, fanden an 32 Orten statt (siehe Ortsverzeichnis S. 199). Am häufigsten turnierte der Herzog in Celle. In seinem Fürstentum kämpfte er zudem in den Städten Lüneburg und Uelzen sowie in oder bei den Burgen Lüchow²², Schnega und Grabow²³. Im Herzogtum Braunschweig-Lüneburg beteiligte er sich an Turnieren in Braunschweig und Ummendorf, Hannover, auf der Burg Lauenstein²⁴ und der Poppenburg²⁵. In den benachbarten Territorien besuchte er Turniere in Stolberg, Sondershausen, Stendal, Berlin²⁶ und Schwerin, im schauburgischen

18 Vergleiche den Schuh auf dem Helm in einem „Anzogen Rennen“, Holzschnitt von L. Cranach d. Ä. um 1516/17 (Ausstellungskatalog: D. Koeplin, T. Falk, Lucas Cranach d. Ä., Basel 1974, 1. Bd. Nr. 115).

19 Quirin v. Leitner, Freydal des Kaisers Maximilian I., Turniere und Mummereien, Wien 1880—82; vgl. auch Wien ÖNB cod. vind. 10831 (1512—1515).

20 Kunstsammlungen der Veste Coburg, Hrsg. H. Maedebach, Ausgewählte Werke, Coburg 1969 S. 112 (3 Farb-Abb. von Inv. Nr. Ms 2; Cranach-Schule 1521—1534).

21 v. Boehn, wie Anm. 7, S. 55. Absage einer Fastnachts-Einladung nach Schwerin (1483), weil Gäste nach Celle geladen sind.

22 Ebd. S. 39, 79: Lüchow, das Leibgedinge der Herzoginwitwe Anna, war 1474 an Ernst v. Bodendorf zu Woltersdorf verpachtet worden. Ab 1496 besuchte Anna ihren Besitz regelmäßig; Vogt war Ludeleff v. Harling.

23 Weil mehrfach Vivians v. Plato auftritt, wird wohl Lüchow-Grabow gemeint sein und nicht das mecklenburgische Grabow, das anderen Mitgliedern der Familie v. Plato gehörte.

24 Lauenstein war 1493 von Bischof Barthold II. von Hildesheim an die v. Salder verpfändet worden. 1498 wurde die Pfandschaft durch Heinrich d. M. gekündigt (Henning Brandis, Diarium 1472—1528, Hildesheim 1896, S. 152).

25 Nach einem seit 1488 sechs Jahre lang währenden Streit zwischen dem Bischof von Hildesheim und Hinrich v. Saldern war Margarete, die Witwe des 1495 gestorbenen Herzogs Friedrich turbulentes, Inhaberin der Poppenburg (H. Brandis, Diarium, S. 93, 210).

26 Vermutlich fand das Turnier vor dem Schloß zu Berlin statt. Vgl. den Kupferstich „Ringreiten“ von 1592 (E. Berckenhagen, Die Malerei in Berlin vom 13. bis zum ausgehenden 18. Jh., Berlin 1964, Nr. 34). Bei Rechnungsbelegen zum Besuch der Gräfin Anna zu Stolberg-Wernigerode im Juli 1508 vermutet der Bearbeiter bei der Angabe „in Frankenhausen, als das

Stadthagen, in Osnabück, im hessischen Obersfelde und in Kassel. Auf Grund seiner Heirat turnierte er recht häufig bei seinen sächsischen Verwandten in Torgau²⁷, außerdem in Leipzig, Halle und in Magdeburg. Hamburg und Kiel waren die nördlichsten Turnierplätze, München und Augsburg die südlichsten²⁸.

Zur Datierung der Turniere und zur Anlage des Buches gibt es zwar gewisse Anhaltspunkte, aber eine umfassende Einordnung ist nicht möglich. Hinter den Namen von zehn Turnierpartnern steht ein *Gnad i(h)m Gott*, d. h., diese waren bereits gestorben, als das Turnierbuch gezeichnet wurde. Soweit feststellbar, starben sie im Zeitraum von 1500 (fol. 27 Graf zu Anhalt) bis um 1509 (fol. 78 und 86 v. Reden). Von den Turnieren lassen sich nur zwei eindeutig datieren. Das Turnier in Halle 1507 (fol. 93), in dem Heinrich d. M. mit seinem Schwager Herzog Johann kämpfte, ließ dieser ebenfalls in seinem Turnierbuch festhalten²⁹. Das Osnabrücker Turnier (fol. 96, 98), auf das später eingegangen wird, fand 1509 statt. Möglicherweise nahm Heinrich d. M. schon vor seinem Regierungsantritt im Jahr 1486 an Turnieren teil. Zuletzt wird er sich um 1510/11 an Turnieren beteiligt haben³⁰.

Im folgenden soll auf einige Turnierorte und Turnierpartner näher eingegangen werden. In Celle erinnert die Bezeichnung „Stechbahn“, eine Straße, die sich in westöstlicher Richtung vom Schloßplatz vorbei an der Stadtkirche St. Marien bis zum Marktplatz erstreckt, daran, daß hier einst Turniere und Ringelstechen stattfanden. Urkundlich sind bisher aber keine Turniere in Celle nachgewiesen worden³¹. In der undatierten Liste der Hofhaltung in Celle (um 1510) wird allerdings ein „Herman Wapenmeister“ geführt³². Die Berufsbezeichnung deu-

Spiel gehalten“, daß es sich um Turnier- oder Ritterspiele gehandelt habe (Ed. Jacobs, Das Stolbergische Ratsjhrbuch mit Ausführung über Spiele und Gebräuche, in: Zs. des Harzvereins 17, S. 146—215; S. 176 siehe dort auch „Spiel in der Niedeck“ 1497 u. a.).

27 In Torgau fanden nachweislich in den Jahren 1487, 1488, von 1490 bis 1494 jährlich, 1496, 1500 (Hochzeit Johanns des Beständigen), 1502 und 1513 Turniere statt (Erich Haenel, Der Sächsischen Kurfürsten Turnierbücher, Frankfurt/M. 1910, S. 9).

28 Zu Kiel vgl.: Ludwig Andresen, Turniere in Kiel (1518, 1521), in: Die Heimat/Nordelbingen 42, 1932, S. 157. In Hamburg fand anläßlich der am 9. Okt. 1525 auf der Lauenburg vollzogenen Hochzeit Christians (III.) von Dänemark mit Dorothea von Sachsen-Lauenburg ein Turnier auf dem Pferdemarkt statt, der dazu *upgebraken unde geploget was*. Der Bräutigam *rennete mit zweien vom adel . . . denen er den sattel lerete* (Hamburgische Chroniken in nds. Sprache, Hrsg. J. M. Lappenberg, Hamburg 1861/62, S. 49, 276; Tratziger's Chronica der Stadt Hamburg, Hamburg 1865, S. 260). Zu München vgl. den Kupferstich „Das Turnier“ vom Meister MZ (Mathäus Zasinger?) von 1500 mit dem bayerischen Herzogspaar auf dem Balkon des Torbaues (M. Lehrs, Gesch. u. krit. Katalog des deutschen Kupferstichs im 15. Jh., Wien 1908—34, Bd. 8 T. 250).

29 Haenel, wie Anm. 27, Nr. 124.

30 Kurfürst Friedrich der Weise von Sachsen (1463—1525) turnierte noch im Alter von 47 Jahren gegen Kaiser Maximilian I. in Augsburg 1510. Schon 1494 war er sein Turnierpartner in Antwerpen (D. Koepplin, L. Cranach, Basel 1974, I. Bd. S. 190).

31 Das im Pflaster vor der Löwenapotheke (ehem. Hofapotheke) eingelassene Hufeisen soll an einen Herzog erinnern, der hier bei einem Turnier verletzt wurde und starb. Historisch ist diese Tradition nicht belegt.

32 Bunting, Chronik S. 437.

tet auf seine Aufgabe bei Turnieren hin, nämlich die Wappen der Gäste entgegenzunehmen und letztlich die Aufsicht bei dem Turnier zu führen. Nach dem Turnierbuch Heinrichs d. M. fanden in Celle mindestens 18 Turniere statt. Bei einigen beteiligte sich der Herzog nicht nur einmal, sondern zwei- oder dreimal. Wegen fehlender Nachrichten läßt sich nur vermuten, daß anlässlich seines Regierungsantritts 1486 und anlässlich seiner am 27. 2. 1487, dem „letzten Fastelabend“, ausgerichteten Hochzeit auch Turniere veranstaltet wurden. Zu den Hochzeitsgästen zählten als Geschwister der Braut Friedrich Kurfürst von Sachsen, Johann Herzog von Sachsen, Albrecht Kurfürst und Erzbischof von Mainz, Ernst Erzbischof von Magdeburg und Administrator von Halberstadt sowie Christine, Gemahlin des Königs Johann von Dänemark³³. Daß in Celle 1487 turniert wurde, belegt das Turnierbuch Herzog Johanns von Sachsen, bei dem er und sein Turnierpartner Götz von Ende beide im Sattel geblieben waren³⁴.

In Uelzen besaß der Herzog im Winkel der südlichen Stadtmauer ein Haus, dessen genauer Standort wegen der Brände von 1646 bis 1826 nicht bekannt ist. Sein Sohn Ernst (der Bekenner) wurde dort am 15. 6. 1497 geboren. Über die beiden im Turnierbuch notierten Wettkämpfe ist nichts überliefert; vielleicht fanden sie auf einer der breiteren Straßen statt³⁵.

Obwohl Heinrich d. M. bei vier Anlässen in Lüneburg turniert hat, ist hierin in den Stadtchroniken und Kämmerei-Rechnungen nichts überliefert. Als er im Jahr 1481 nach Ostern mit seiner Mutter Anna Lüneburg besuchte, wurden sie zu einem Gastmahl im Schütting empfangen³⁶; für die Teilnahme an einem Turnier wäre Heinrich, damals 12 Jahre alt, noch zu jung gewesen. 1518, als er mit seiner Frau, den beiden Söhnen Otto und Ernst und zwei Töchtern im Schlitten mit verkleideten Pferden überraschend in Lüneburg für drei Tage zur Fastnacht einzog, hatte die Stadt, angeführt vom Bürgermeister Lüdeke von Dassel, mit *Rennen und Steken und Gastebaden dat Beste getan*³⁷. Die Teilnehmer des Turniers sind nicht erwähnt; von der herzoglichen Familie könnten es schon die beiden Söhne gewesen sein. Der Veranstaltungsort ist nicht erwähnt; es käme der Markt in Betracht, der flankiert wurde vom Rathaus und dem 1508 neugebauten Fürstlichen Haus, das in der Verlängerung zum Herzogen Haus stand³⁸. Möglicherweise fanden auch zuweilen parallel zu den Veranstaltungen der Kopefahrt ritterliche Turniere statt³⁹. Bei diesem *edlen Ritter-Spiel* der lüneburgischen Pa-

33 HStA Hannover, Celle Br. 44, 905 fol. 3.

34 Haenel, wie Anm. 27, Nr. 5.

35 Auskunft von Fritz Roeber, Heimatmuseum Uelzen.

36 Wilh. Friedr. Volger, Besuch welfischer Fürsten in Lüneburg, in: Lüneburger Blätter 1, 1855, S. 58.

37 Stadtarchiv Lüneburg AB 1119; Ratsbücherei Lüneburg A2, 13 u. 14 „Hammenstedes Chronik“; Anm. 1 S. 59.

38 Grundrißplan Lüneburgs von Matth. Seutter, Augsburg, um 1750. Das herzogliche Haus gehörte zum Leibgeding der Herzoginwitwe Anna; 1496 ließ sie es instandsetzen.

39 W. Fr. Volger, Das Kopefahren, in: Lüneburger Blätter 1, 1855, S. 70.

trizier, zu dem man sich seit 1457 mit wenigen Ausnahmen jährlich bis 1629 in der Fastnachtszeit zusammenfand, führten die mit Lanzen ausgerüsteten Reiter, die Masken und Verkleidung trugen, den Umzug an, und sie gaben — nach Krünitz — Zeugnis ab von ihrer Kenntnis der *Waffen-Wissenschaft*⁴⁰.

In der Stadt Braunschweig, die dem Celler Herzog als Mitbesitzer weiterhin huldigte, turnierte Heinrich d. M. nur einmal, vermutlich vor 1500. Aber auch hier ist die Überlieferung spärlich. Nur über das Turnier von 1463 anlässlich des Besuchs des Erzbischofs Heinrich von Bremen⁴¹ und über eines von 1516 sind wir unterrichtet. Herzog Heinrich der Jüngere (1489—1568, reg. 1514) bat nämlich in diesem Jahr Graf Botho zu Stolberg-Wernigerode, ihm den Vogt und Hauptmann Wilken zu Elbingerode als *Wopemaister* (Wappenmeister) auszuleihen, da sein Hofmarschall Klaus von Mandelsloh und Jost von Steinberg beabsichtigten, eine *Fastnacht und Ritterschimpf in unserer Stadt zu Braunschweig* auszurichten⁴². 1517 bezog Herzog Heinrich d. J. Rennzeug vom Plattnermeister Wolff in Weimar — auch dies bezeugt seine Wertschätzung von Ritterspielen⁴³. In der Braunschweiger Altstadt stand südwestlich der Kirche St. Martin an der Ecke Turnierstraße/Heidenstraße das massive Turnierhaus⁴⁴. Turniere werden demnach wohl auf dem Platz vor der Kirche stattgefunden haben.

Über das Turnier in Osnabrück sind wir durch die von Dietrich Lilie fortgeführte Bischofschronik unterrichtet⁴⁵. Anlässlich des feierlichen Einzuges des Herzogs Erich zu Braunschweig-Lüneburg-Grubenhagen (1478—1532, Mitregent seit 1500) als Bischof von Osnabrück am 7. 9. 1508 fanden mehrere Tage lang Festlichkeiten statt. Unter anderem ließ man den Friedhof umbauen, bestreute ihn mit Haferstroh und errichtete hölzerne Barrieren für ein *Steckespiel* (Stechspiel mit „Stecken mit scharfen Speren“). Unter den Gästen wird der Herzog von

40 Kupferstich in: J. H. Büttner, *Genealogiae oder Stamm- u. Geschlechter Register . . . , Lüneburg 1704* (nach älteren Vorlagen). — Krünitz, *Oekonomisch-technologische Enzyklopädie* 43, Berlin 1788, S. 765. — W. Fr. Volger, *Das Kopefahren, Lüneburger Fastnachtsblatt* 1855.

41 Herm. Dürre, *Geschichte der Stadt Braunschweig im Mittelalter*, Braunschweig 1875, S. 235.

42 E. Jacobs, in: *Zeitschrift des Harzvereins* 6, 1873, S. 518.

Philipp J. Rehtmeyer, *Braunschweig-Lüneburgische Chronica*, Braunschweig 1722 Bd II. S. 781, 866 (1516 Fürstentreffen zu Fastnacht in Braunschweig mit Stechen auf dem Rathaus-Markt der Altstadt).

43 Gurlitt, wie Anm. 15, S. 97.

44 Zeichnung von A. A. Beck: „Turnierhaus“, ein gotischer fünfgeschossiger Steinbau mit einer hölzernen Galerie, der 1753 abgebrochen wurde. An der Stelle wurde 1767 das fürstliche Kammergebäude fertiggestellt (Gerd Spies, *Braunschweig, das Bild einer Stadt*, Braunschweig 1976, Abb. 134). — Heinr. Meier, *Straßenamen der Stadt Braunschweig*, Wolfenbüttel 1904, S. 104, bezweifelt den Zusammenhang zwischen der Straßenbezeichnung „Turnierstraße“ und mittelalterlichen Turnierspielen, weil auf Stadtplänen von 1606 und 1671 für diese Straße kein Name verzeichnet ist. — Es ist zu vermuten, daß die „fürstliche Rennbahn“ hinter dem Schloß in Wolfenbüttel, die 1609 und 1624 mit Bildwerken ausgestattet wurde, auf eine Anlage zurückgeht, die schon vor der Zerstörung Wolfenbüttels vorhanden war (Friedr. Thöne, *Wolfenbüttel*, München 1963, S. 241, 243 Abb. 190).

45 Runge, S. 189.

Lüneburg noch vor Erichs Bruder Philipp genannt, und unter den zehn anwesenden Grafen findet sich auch der von der Lippe eingereicht. Der Chronist, der offensichtlich mehr erwartete, kommentierte das Turnier: *De hertogen bleven sitten, de anderen vellen und Dar wordt in dussem steckespelle ein kint nicht gehouet edder boschediget.*

Obwohl Hildesheim nicht zu den Turnierorten Heinrichs d. M. gehört, sollen die Ritterspiele der benachbarten Stadt hier dennoch erwähnt werden. Für Hildesheim sind durch das von Henning Brandis geführte Tagebuch drei Turniere überliefert⁴⁶. Am 1. 3. 1473 kam dabei Plate Ruscheplate durch einen Lanzenstich zu Tode. 1503 nach der Wahlbestätigung des Bischofs Erich Herzog zu Sachsen-Lauenburg (1502—1503) gehörten zu den Festlichkeiten bei seinem Einzug vom 27. 2. bis 1. 3. am zweiten Tag ein Stechen zwischen acht Stiftsadligen und am dritten Tag ein Gesellenstechen zwischen Bürgern und Ritterknechten. Als Ort für das scharfe Stechen am 4. 3. 1512 — wiederum in der Fastnachtszeit — ist der Markt von Hildesheim erwähnt. Das neben dem Rathaus am Markt gelegene, gotische Patrizierhaus der Familie von Harlessem, das sog. Tempel-Haus (heute Buchhandlung Gerstenberg), zeigte früher am Giebel — wohl in Erinnerung an die dort stattgefundenen Turniere — eine Fassadenmalerei mit zwei aufeinander zureitenden Rittern mit Lanzen und über ihnen einen Balkon mit Zuschauern⁴⁷.

Heinrich d. M. hatte 56 verschiedene Turnierpartner. Am häufigsten kämpfte er mit Adligen aus seinem Fürstentum Lüneburg; unter ihnen stand mit zehn Wettkämpfen Werner v. Oppershausen vornan. Standesgleich waren ihm seine Vettern Heinrich d. Ä. aus Braunschweig-Wolfenbüttel und Philipp aus der Grubenhagener Linie sowie sein Schwager Johann von Sachsen. Ferner turnierte er mit Philipp zu Anhalt, Symon von der Lippe und mit den Grafen v. Beichlingen, Gleichen, Schwarzenburg und Wunstorf. Bevor die Übersicht über die Turnierpartner folgt, soll kurz ein Vetter Heinrichs d. M. erwähnt werden, der ebenfalls gern turnierte. Es ist Erich I. (1470—1540, reg. das Fürstentum Calenberg 1495), der jüngere Bruder Heinrichs d. Ä. Heinrich d. M. und Erich I. trafen verschiedentlich zusammen, aber es ist kein gemeinsames Wettspiel überliefert⁴⁸. Obwohl Erich I. viel außer Landes war (im Heiligen Land, in Rom, am Hof Kai-

46 Henning Brandis' Diarium, Hildesheimische Geschichten 1471—1528, hrsg. von Ludwig Haenselmann, Hildesheim 1896, S. 15, 175, 207.

Chronik des Johan Oldecop, hrsg. Karl Euling, Tübingen 1891 S. 21 (Gesellenstechen am 2. 8. 1504 in Hildesheim auf dem Markt zum Einzug des Bischofs Johann Herzog von Sachsen-Lauenburg).

47 Federzeichnung: Aufriß von Ludwig Siegener um 1850, Historisches Museum Hannover. — W. H. W. Mithoff, Kunstdenkmale im Hannoverschen, 3. Bd., Hannover 1875, S. 159. — Helmut Engel, Die Fassade des sog. Tempelhauses am Marktplatz in Hildesheim, In: Alt-Hildesheim 38, 1967, S. 41—48.

48 v. Boehn, wie Anm. 7, S. 75 (z. B. 1495 war Erich I. zweimal in Celle, und es fand ein Gegenbesuch bei ihm statt).

ser Maximilians und in den Schlachten gegen die Türken 1497, in der Schweiz 1499 und in Bayern 1503/4, und deshalb anfangs die Regierung seines Fürstentums Calenberg seinem älteren Bruder überließ), ist es möglich, daß er bei den Turnieren in Neustadt (falls die in Calenberg gelegene Stadt gemeint ist) und in Hannover anwesend war. Erich I. turnierte 1491 zweimal in Nürnberg mit Herzog Johann von Sachsen. Er ist in dessen Turnierbuch zwei Mal in gelber Kleidung mit Liebesallegorien dargestellt⁴⁹. Außerdem zeigt ihn ein auf Leinwand gemaltes Bild im Schloß Àsárvár in Ungarn (305 × 125 cm)⁵⁰ auf einem Turnier, das in Antwerpen aus Anlaß des Einzuges der Bianca Sforza, der zweiten Gemahlin Kaiser Maximilians, am 19. Oktober 1494 stattfand. Dargestellt sind dreißig Ritter in Rüstungen und zu Pferde, die unter der Führung des Erzherzogs Philipp von Österreich (1478—1506) und des Markgrafen Bernhard IV. von Baden (1474—1536) von der einen Seite und Herzog Erichs I. von der anderen Seite (nach dem Vorbild des „combat des Trente“ von 1351 in der Bretagne) mit langen Lanzen und danach zu Fuß mit Schwertern aufeinander zustürmen. Unter den durch Wappen gekennzeichneten Rittern auf der Seite Erichs I. nehmen ein von Pflugk und ein von Witzleben teil sowie Withold und Philipp von Schaumberg⁵¹. Daß Erich I. zum Turnieren gut ausgestattet war, geht auch aus einem Wolfenbütteler Zeughausinventar hervor, in dem durch Erbschaft aus seinem Besitz noch 1667 drei Stech- und fünf Rennzeugharnische geführt wurden⁵².

Verzeichnis der Turnierpartner Herzog Heinrichs d. M.

Alphabetisch geordnet; Angabe des Ortes, wie er auf der Rückseite jedes Blattes verzeichnet ist; dahinter die Blatt-Nummer, die sich in der Handschrift nur im ersten Viertel nachträglich zugefügt findet, sonst aber fehlt. „Gnad ihm Gott“ bzw. „Gnad dir Gott“ hinter dem Namen bedeutet, daß der Turnierpartner bereits verstorben war, als das Turnierbuch zusammengestellt wurde. Die Angaben zur Person sollen eine gewisse Vorstellung von dem Lebenskreis des Herzogs vermitteln; sie können in jeder Weise, insbesondere bei einigen Partnern aus den östlichen Territorien, ergänzt werden.

Anhalt, Graf Philipp zu G. i. G.	Torgau	27
(1468—1500) aus Köthen, turnierte von 1486 bis 1493 sieben Mal mit Herzog Johann von Sachsen ¹ .		

Abb. siehe: Fritz Lugt, *Inventaire Gen. des Dessins*, Paris 1936 T. 38 Nr. 34.

⁴⁹ Hänel, wie Anm. 27, Bl. 38, 39.

⁵⁰ *Recueil du 11^e Congrès international des Sciences Généalogique et Héraldique*, Liège 1972, S. 255—262: X. de Ghellinck Vaernewyck, *Une découverte héraldique belge en Hongrie, Le Tournoi devant Anvers le 19 Oct. 1494*.

⁵¹ Weitere Teilnehmer waren Michel Bam und Friedrich Wilnich (Beischrift), Philipp de Crèvecoeur (Ritter vom Goldenen Vlies 1468, gest. 1494), Jauche Mastaing sowie nach den Wappen nicht eindeutig bestimmbar vermutlich ein von Lüttichau, ein Luxembourg-Ligny und ein Bonstetten.

⁵² R. Bohlmann, in: *Zeitschrift für historische Waffen- und Kostümkunde* 14, S. 41.

- | | | |
|---|------------|----|
| Bartensleben, Busse von | Lüneburg | 89 |
| An 9. Stelle in der Celler Hofhaltung (um 1510) mit zwei Pferden ⁶ , bürgt für Heinrich d. M. 1510 ⁵ , Musterung 1519 ⁹ , Hauptmann der Altmark bei Kurfürst Joachim von Brandenburg 1522 ⁴ , in Hildesheim 1526 ¹¹ . | | |
| Bartensleben, Hans d. Ä. von | Ummendorf | 71 |
| Braunschweiger Fehde 1492/93 ² . | | |
| Beichlingen, Graf Adam von | Stadthagen | 11 |
| | Celle | 18 |
| | Hamburg | 32 |
| (1486—1538) aus Thüringen; turnierte 1489, 1491 und 1506 mit Herzog Johann von Sachsen ¹ . Erste Heirat 1502 mit Sophie Gräfin von Sayn, zweite 1511 mit Katharina Landgräfin von Hessen-Kassel. 1507 Kammerrichter zu Speyer. 1519—22 für Kurfürst Friedrich von Sachsen in der Hildesheimer Stiftsfehde tätig ⁴ . 1519 Verkauf der Grafschaft Beichlingen, 1520 Erwerbung von Gebesel und 1522 von Ceuburg a. d. Werra. | | |
| Bodendorf, Asche von G. i. G. | Lüneburg | 91 |
| 1500 Bürge in Lüchow ¹⁸ , 1502 für Clemens von Bülow ⁵ . | | |
| Bodendorf, Ernst von | Celle | 57 |
| | Ummendorf | 73 |
| | Poppenburg | 74 |
| | Berlin | 80 |
| Wohl namensgleicher Vater: Ernst auf Woltersdorf, pachtete 1474 Schloß Lüchow auf 7 Jahre ¹⁵ ; Rat am Celler Hof 1483 beim Heiratsvertrag für Heinrich d. M. ¹⁴ . Vater oder Sohn: 1495 Quittung ⁸ , „Ernst Hinrich“ Lüneburger Ritterliste um 1510 ³ , 1511 Bürge für Heinrich d. M. ⁵ . 1527 Harburger Abfindungsvertrag ²⁸ . | | |
| Brandenstein, Jorg/Georg von | Celle | 23 |
| | Magdeburg | 62 |
| | Celle | 63 |
| | Torgau | 65 |
| | Torgau | 67 |
| Torgau | 68 | |
| Nachweisbar 1483—1525 ²⁶ , herzogl. braunschweigischer Oberst der Kavallerie. Er turnierte 1505 mit Herzog Johann von Sachsen ¹ . Er war in der Hildesheimer Stiftsfehde 1519/21 besonders für ihn und auch mal als Bote seiner Schwester Margarethe tätig ⁴ . | | |
| Braunschweig, Herzog Heinrich d. Ä. zu | Stolberg | 49 |
| (1463—1514, reg. 1491), 1486 Heirat mit Katharina Herzogin von Pommern. Seine Mutter war Elisabeth Gräfin von Stolberg, gest. 1515. | | |
| Braunschweig, Herzog Philipp zu | Lüneburg | 90 |
| Linie Grubenhagen (1476—1551, selbständig seit 1495): Erste Heirat um 1508, zweite 1517 mit Katharina von Mansfeld. 1511 bedauert er, Heinrich d. M. nicht aus der Gefangenschaft helfen zu können ⁹ . | | |

Bülow, Clemens von	Celle	38
	Lüchow	52
1502 Schuldner bei v. Münchhausen, 1506 und 1511 Bürge für Heinrich d. M. ⁵ , Lüneburger Ritterschaftsliste um 1510 ³ ; Hildesheimer Stiftsfehde 1519—23 ⁴ ; 1527 Harburger Abfindungsvertrag ²⁸ ; 1528 Gläubiger des Herzogs Ernst und seiner Brüder.		
Bülow, Hans von gest. vor 1510 („Hanses Kinder“) ³ .	Celle	9
Canitz, Ludewig aus Meißen.	Celle	81
Deben, Götz/Göttsch von G. i. G.	Celle	21
	Celle	29
aus Meißen; Braunschweiger Fehde 1492/3 „Gödtze van Diben“ ² .		
Dorstedel, Innocentus von v. Dorstadt oder Innocentus von Starstedel? — der 1519 in der Hildesheimer Stiftsfehde zu Herzog Johann von Sachsen gesandt wird ⁴ .	Osnabrück	96
Dragstorf, Jost von aus Meißen.	Celle	56
Gleichen, Graf Ludewig von in Blankenhain, folgt 1495 in Kranichfeld; Heirat mit Magdalena Reuss; gest. 1522.	Celle	64
Grosse, Sigmund Er turnierte 1490, 1491 und 1497 mit Herzog Johann von Sachsen ¹ . Kurfürst Friedrich der Weise von Sachsen zahlte ihm 1499 eine bemalte Renndecke ⁷ .	Braunschweig	28
Grosse, Ulrich Heirat mit Margarethe v. Klencke; gest. 1529 (Grabstein in Loccum); Amtmann und Rat des Erzbischofs von Bremen Herzog Christoph zu Braunschweig-Lüneburg 1522 ⁴ .	Torgau	46
Harras, Jorg von aus Kursachsen, Schloß Lichtewalde. 1492/93 Braunschweiger Fehde (als „Arraßs“) ² , 1519 in der Hildesheimer Stiftsfehde zusammen mit Innocentus v. Starschedel wegen Georg von Sachsen an Herzog Johann von Sachsen geschickt ⁴ . Im „Freydal“ Kaiser Maximilians abgebildet bei einer „Mummerei“ in italienischer Tracht zusammen mit Erhard v. Polheim, Wilhelm Schurff v. Schönwert und Melchior von Massmünster ¹⁰ .	Kassel	51
Hermensgrün, Lippold von Er turnierte 1487, 1491 und 1493 mit Herzog Johann von Sachsen ¹ , 1493 begleitete er Friedrich den Weisen von Sachsen auf seiner Reise zum Hl. Grab.	Schwerin	40
Hülsing, Curt Lüneburger Ritterliste (um 1510) ³ .	Celle	61

- Lippe, Edler Herr Symon von der Osnabrück 98
 (1471—1536, reg. 1511, Graf 1528). Erste Heirat 1489/90 mit Walburg v. Bronkhorst, zweite 1523 mit Magdalena v. Mansfeld. 1504 beim Einzug des Bischofs Johann in Hildesheim¹¹, 1509 in Osnabrück¹², 1519 Hildesheimer Stiftsfehde⁴.
- List, Sigmund, Ritter Celle 77
 auf Rakib und Radis; Heirat mit Magdalena v. Kindsberg. Er turnierte 1498 in Innsbruck mit Herzog Johann von Sachsen¹. 1519 wird er in der Hildesheimer Stiftsfehde u. a. von Heinrich d. M. und Friedrich und Johann von Sachsen um Bereitstellung von Kriegsvolk gebeten⁴.
- Lotzer (Losser), Tham Stendal 58
Ummendorf 72
Celle 76
Lüneburg 88
- Beamter an 8. Stelle der Celler Hofhaltung (um 1510)⁶, 1513 Heirat mit Ermengard v. Estorff, 1516 und 1517 Bürge für Heinrich d. M.⁵, Drost zu Bodenteich, Musterung 1519⁹, Teilnehmer der Schlacht bei Soltau. 1527 Harburger Abfindungsvertrag²⁸. Seine Eltern waren Heinrich Löser, kursächsischer Erblandmarschall, und Anna v. Pflug.
- Marenholtz, Curt von Borstel 42
 Vermutlich nicht Curt d. Ä. (Curt's Sohn) in Mahrenholtz und Großbörsingen (1480—1503), sondern der Jüngere (Hans's Sohn) auf Neubrück und Großschwülper (1496; gest. vor 1558). Als Celler Räte zeichnen Curt d. Ä. 1483 an 3. Stelle und Curt d. J. an 10. Stelle den Heiratsvertrag Heinrichs d. M.¹⁴. Curt d. Ä. wird 1486 und 1488 als herzoglicher Rat geführt¹⁵.
- Marschalk, Henning G. i. G. Neustadt 4
Stadthagen 10
 von Bachtenbrock?
- Meusbach, Hans von Lindhorst 41
 Hildesheimer Stiftsfehde 1519: „die von Mewsbach zu Burgscheidungen“ (Thüringen) als bewaffnetes Kontingent⁴.
- Oberg, Fritz von Celle 60
 1490 zusammen mit seinem Bruder Bodo beteiligt an einem Überfall auf Hannover¹¹. Braunschweiger Fehde 1492/93 zusammen mit Hilmar von Oberg². 1502 Bürge für Clemens von Bülow. Er leiht 1503 Heinrich d. M. Geld bis 1505 und bürgt für ihn außerdem 1504, 1505 und 1506⁵. Hildesheimer Stiftsfehde 1520—22, Besetzung von Peine⁴.
- Oberg, Hilmar von G. i. G. Uelzen 39
 Braunschweiger Fehde 1492/93 zusammen mit Fritz (s. o.)². 1502 Bürge für Clemens v. Bülow, 1508 für Heinrich d. M.⁵.

Oertzen, Jasper von Ummendorf 70
 Nachweisbar als jüngster der Brüder auf Roggow in Mecklenburg von 1500 bis 1526. Er turnierte 1512 in Neu-Ruppin und in Freiberg/S. und 1513 in Wismar¹⁶.

Oppershausen, Werner von Magdeburg 1
 (Obbernhausen) Lüneburg 3
 Celle 7
 Celle 14
 Lauenstein 16
 Celle 22
 Leipzig 24
 Celle 31
 Leipzig 35
 Torgau 45

Braunschweiger Fehde 1492/93². Lüneburger Ritterliste um 1510³. 1510, 1511 und 1517 für Heinrich d. M. Musterung 1519⁹. 1527 Harburger Abfindungsvertrag²⁸. Im Totenbuch des Klosters Wienhausen (Nachbarort von Oppershausen) am 31. 1. und 17. 8. geführt.

Pflug, Andreas von Leipzig 47
 Fünfter Sohn aus Knautheim, nachweisbar von 1484 bis 1536. Heirat vor 1510 mit Elise v. Minkwitz, 1515—24 Amtmann zu Dornburg¹⁷. In der Hildesheimer Stiftsfehde 1519 zusammen mit seinen beiden älteren Brüdern Hans und Tham an Herzog Johann von Sachsen wegen Georg von Sachsen gesendet⁴.

Pflug, Haugold von Leipzig 25
 Vierter Sohn aus Knautheim, nachweisbar von 1484 bis 1506; Heirat mit einer von Schleinitz aus Ragwitz¹⁷. 1487, 1488 und 1490 bis 1492 turnierte er mehrfach gegen Herzog Johann von Sachsen¹. 1488 nahm er an einem Gesellenstechen in Dresden teil; 1488 zahlte ihm Herzog Johann von Sachsen einen Harnasch, und 1499 zahlte ihm Kurfürst Friedrich der Weise eine bemalte Renndecke⁷. Ihre Schwester Anna war die Mutter von Tham Loser (s. o.).

Plato, Vivians von Poppenburg 15
 (Plate) Hannover 43
 Schnega 69

Vierter Sohn des Pardam zu Grabow (Lüchow-Dannenberg), nachweisbar von 1476 bis 1519. 1497 wohnhaft auf der alten Burg; 1502 Verpfändung eines Hofes¹⁸. Musterung 1519⁹.

Quast, Thomas Celle 31
 Sondershausen 17
 Torgau 26
 Celle 30
 Lüneburg 34
 Berlin 79

Braunschweiger Fehde 1492/3².

Rantzau, Henneke	Lüneburg	33
Vermutlich der auf Neverstorf (Bad Segeberg), nachweisbar 1489 bis 1543; Heirat mit Margarethe Heesten. Er war 1489—93 Amtmann auf Gottorp und 1494—95 in Trittau. 1502 wird er auf Gottorp genannt ¹⁹ .		
Reden, Ernst von G. i. G.	Berlin	78
	Celle	86
Sohn des Bernd auf Steinbrück, nachweisbar von 1506 bis 1508, gestorben zwischen 31. Jan. und 25. April 1508. Heirat mit einer v. Offensen ²⁰ . In der Celler Hofhaltungsliste als Beamter an 6. Stelle ⁶ .		
Rosecker, Heintz	München	83
Rutenberg, Hans von	Uelzen	84
	Halle	92
Hans II. auf Rethmar, nachweisbar von 1494 bis 1539, Heirat mit Lucia v. Bartensleben (ihre Brüder s. o.). 1511, 1512 und 1518 bürgt er für Heinrich d. M. In der Hildesheimer Stiftsfehde 1520/21 blieb er mit seinem Bruder auf seiten des Stifts; 1526 in Hildesheim ¹¹ .		
Sachsen, Herzog Johann (Hans) zu Sachsen (1468—1532, Kurfürst 1525)	Halle	93
Erste Heirat 1500 mit Sophie von Mecklenburg, zweite 1513 mit Margarethe von Anhalt. Er turnierte anlässlich der Hochzeit seiner Schwester Margarethe mit Heinrich d. M. 1487 in Celle gegen Götz vom Ende und 1507 in Halle gegen Heinrich d. M. ¹ .		
Schenke, Hans	Celle	99
	ohne Ort	102
Herr zu Tautenberg, Hildesheimer Stiftsfehde 1519 ⁴ . Möglich ist, daß dieser identisch ist mit Hans Schenk, Wappenmeister, der nach dem Turnierbuch Herzog Wilhelms IV. von Bayern von 1510 bis 1524 an Turnieren teilnahm in München, Landshut, Augsburg, Stuttgart, Heidelberg und Wien ²² .		
Schilling, Bernhard	Grabow	53
	Grabow	54
	Torgau	55
	Celle	87
Seine Frau kaufte 1507 einen Hof in Kl. Gaddau von Hans v. Plato ¹⁸ . Lüneburger Ritterliste um 1510 ³ . Nach der Celler Hofordnung (um 1510) sollte er als Schenk Dienst tun. Musterung 1519 im Amt Winsen ⁹ .		
Schliefen (Sliben), Bernhard von	Celle	44
Braunschweiger Fehde 1492/93 ² . Zu Belitz 1512—15 ²⁷ .		
Schoweritz, Heinrich von wohl: Schochwitz?	Magdeburg	20

Schulenburg, Albrecht von der Vier gleichen Namens ²⁴ .	Lüneburg	8
Schulenburg, Fritz von der, Ritter G. d. G. Nachweisbar seit 1466, gestorben 1505; auf Beetzendorf und Brome; Wallfahrt zum Hl. Grab; Ritterwürde durch Markgraf Johann für Dienste in der Altmark. Heirat mit Armgard v. Alvensleben ²⁴ .	Celle	6
Schwarzburg, Graf Günther von	Celle	12
	Kassel	50
Wohl Günther XXXIX. (1451—1531, reg. 1493). Er turnierte 1489 mit Herzog Johann von Sachsen ¹ . Braunschweiger Fehde 1492/93 ² . 1493 Heirat mit Amalie von Mansfeld. Hildesheimer Stiftsfehde 1519—1522 ⁴ .		
Sebich, Christoph von	Celle	94
Steinberg, Jost von	Stadthagen	97
	Obersfelde	100
Sohn des Hans; seine Brüder sind Heinrich und Christoph. 1511, 1516 und 1517 Bürge für Heinrich d. M. 1514 leiht er Heinrich d. M. Geld gegen Pfandverschreibung von Amt und Vogtei Gifhorn, Schloß und Stadt Fallersleben und Wilsche ⁵ . 1517 ist er Schiedsrichter für Aertzen. In der Hildesheimer Stiftsfehde ist er für das Stift tätig ⁴ .		
Stockhausen, Johann von	Celle	5
Johann VII. (d. Ä. nachweisbar 1494—1525, Erbherr zu Wülmersen/Wüstung im Kreis Hötter) oder Johann VII. (d. J. nachweisbar 1471—1516 Hilwartshausen, Burgmann in Immenhusen, Rat Herzog Erichs 1514) ²⁵ ? Einer der beiden in der Hildesheimer Stiftsfehde 1519 für Herzogin Katharina nach Kassel zum Landgrafen gesandt ⁴ .		
Vogt, Volkmar	München	82
In der Celler Hofhaltung (um 1510) als Beamter an 7. Stelle geführt ⁶ . Während der Hildesheimer Stiftsfehde 1519 Amtmann des Kurfürsten Albrecht von Mainz im Eichsfelde ⁴ .		
Walstorf, Detlef G. d. G.	Stolberg	48
Wintzer, Caspar, Ritter	Augsburg	84
(1475—1542), 1498 mit Herzog Heinrich von Sachsen ins Hl. Land; dort zum Ritter des Hl. Grabes geschlagen. 1501 Innsbruck; 1504 im Landshuter Erbfolgekrieg Kriegsdienste geleistet; nach der Schlacht bei Schönberg von Kaiser Maximilian zum Ritter geschlagen; kurz in pfalzgräflicher Gefangenschaft. 1515 in Wien bei der Doppelhochzeit am Turnier teilgenommen. 1520 unter Wilhelm IV. von Bayern im Kriegszug gegen den Schwäbischen Bund, zuletzt als Kaiserlicher Oberst. „Habgieriger“ Beutemacher, 1527 Frontwechsel zu Johann von Zápolya, dem Gegner des Kaisers; später zurückgekehrt ^{10, 23} .		
Witzleben, Christoph von G. d. G.	Lüneburg	2

Witzleben, Gangloff von Torgau 66
 Gest. 1522. Er läßt 1513 am Dresdner Hof im Auftrag von Herzog Johann bei Lucas Cranach d. Ä. drei Wappen malen und veranlaßt 1514 eine Bezahlung des Plattnermeisters Wolff in Weimar⁷. Herzoglich sächsischer Kämmerer und Amtmann zu Wachsenburg.

Wunstorf, Graf Georg von Poppenburg 75
Uelzen 85
Celle 101

Nachweisbar 1466—1520, in Schladen und Heimburg, Heirat mit Anna Gräfin von Honstein. In der Celler Hofhaltung (um 1510) als Beamter an erster Stelle geführt⁶. In der Hildesheimer Stiftsfehde 1519¹¹ und 1520 gefangengenommen⁴.

- 1 E. Hänel, *Der sächsischen Kurfürsten Turnierbücher*, Frankfurt 1910.
- 2 C. L. Grotefend, *Die Braunschweigische Fehde von 1492 und 1493*, in: ZHVNDs 1863, S. 179 (Namensliste S. 194).
- 3 HStA Hannover, Celle Br. 46 Nr. 211, Teil II: Steuerliste „Upkomen van der Ridderschap“ (um 1510). Hans Mahrenholtz plant eine Publikation.
- 4 W. Roßmann u. R. Doebner, *Die Hildesheimer Stiftsfehde*, Hildesheim 1908.
- 5 E. v. Alten, *Urkundenbuch der ... von Alten*, Weimar 1901.
- 6 HStA Hannover, Celle Br. 44 Nr. 905 = Verzeichnis der Celler Hofhaltung (um 1510).
- 7 C. Gurlitt, *Die Kunst unter Kurfürst Friedrich dem Weisen* (Archival. Forschungen 2), Dresden 1897.
- 8 A. Neukirch, Ein Ehrenwort, in: Nds. Jahrbuch 30, 1958, S. 241—278 (HStA Hannover, Celle Br. 44 Nr. 757 und 1304).
- 9 HStA Hannover, Celle Br. 46 Nr. 211, Teil I: Musterungsliste 1519.
- 10 Qu. v. Leitner, Freydal, Wien 1880—82, S. 82.
- 11 H. Brandis, *Diarium (1471—1528)*, hrsg. L. Haenselmann, Hildesheim 1896, S. 179, 180, 231.
- 12 F. Runge, *Die niederdeutsche Bischofschronik*, Osnabrück 1894, S. 189.
- 13 H. J. von der Ohe, *Die Zentral- und Hofverwaltung des Fürstentums Lüneburg*, Celle 1955, S. 114, 115.
- 14 HStA Hannover, Celle Br. 44 Nr. 841, Heiratsvertrag 1486.
- 15 O. v. Boehn, Anna von Nassau, in: Nds. Jahrbuch 29, 1957, S. 24—120.
- 16 G. C. F. Lisch, *Urkundliche Geschichte des Geschlechts von Oertzen*, 2. Teil, Schwerin 1860, S. 53—65.
- 17 F. Fischer, *Ahnenreihenwerk ... Bd. 4, Teil I: Familie v. Pflugk*, masch. Rünigen 1964.
- 18 HStA Hannover, FA 204 v. Plato.
- 19 Auskunft von Dr. H. v. Rumohr, Drült.
- 20 Auskunft von H.-H. v. Reden, Hannover.
- 21 E. Frhr. v. Orgies-Rutenberg, *Geschichte der v. Rutenberg*, Doblen 1899, S. 118.
- 22 Th. Senefelder, *Turnierbuch Herzog Wilhelms IV. von Bayern*, München 1817.
- 23 H. Pallmann, *Hans Burgkmairs d. J. Turnierbuch von 1529*, Leipzig 1910.
- 24 Georg Schmidt, *Das Geschlecht von der Schulenburg*, Teil II, Beetzendorf 1899, Nr. 69, 70, 71, 87, 112.
- 25 *Stammtafeln der Familie v. Stockhausen*, 2 S. 35, 36.
- 26 *Genealog. Handbuch des Adels A V*.
- 27 Riedel, *Codex Diplomaticus Brandenburgensis*, C II 469.
- 28 D. Matthes, *Die welfische Nebenlinie in Harburg*, Hamburg-Harburg 1962, S. 93.

Orte	Blatt im Turnierbuch
Augsburg	83
Berlin (Berleyn)	78—80
Borstel, zu dem*	42
Braunschweig	28
Celle (Zell, Zelle)	5—7, 12—14, 18—19, 21—23, 29—31, 44, 56—57, 59—61, 63—64, 76—77, 81, 82, 86—87, 94, 99, 101
Grabow (Grabaw)*	53
Halle	92—93
Hamburg	32
Hannover (Hannuber)	43
Kassel (Cassel)	50—51
Keil, zu dem	47
Lauenstein, zu dem	16
Leipzig	35
Lindhorst*	41
Lüchow (Lüchaw)	52
Lüneburg	2—3, 8, 33—34, 88—91
Magdeburg	1, 20, 62
München	82
Neuenburg, zu der*	95
Neustadt (Newenstat)*	4
Obersfelde	100
Osnabrück (Osenbrug, -bruck)	96, 98
Poppenburg	15, 74—75
Schnega (Snege)	68—69
Schwerin	40
Sondershausen (Sun.)	17
Stadthagen, zu dem	10—11, 97
Stendal (Stendel)	58
Stolberg	48—49
Torgau (Torga)	26—27, 45—46, 55, 65—67
Uelzen (Ülsen)	39, 84—85
Ummendorf	70—73

* Orte, die nicht eindeutig zu bestimmen sind.

Das Turnierbuch Heinrichs d. M. und die vereinzelt Nachrichten über Turniere im niedersächsischen Raum lassen erkennen, daß hier in den Städten und Burgen ein ähnlich reges höfisches Treiben mit Turnierspielen und Verkleidungsfesten stattgefunden hat, wie wir es aus dem Umkreis Kaiser Maximilians, aber auch aus Süddeutschland und Sachsen kennen. Mit ähnlicher Begeisterung wie Heinrich d. M. muß sein Sohn Franz von Gifhorn (1508—1549) an Turnieren teilgenommen haben. Seine reiche Turnierausrüstung wurde 1550 in einem Inventar notiert⁵³. Vielleicht lebten in den ritterlichen Wettspielen, die in Nord-

53 Werner Siebarth, Herzog Franz und seine Zeit, Hannover 1953, S. 19, 41.

deutschland im Frühjahr veranstaltet wurden, auch ältere Fastnachtsbräuche weiter⁵⁴. Das Ausrichten der Spiele und der Besuch der Feste verursachten dem Herzog sicher beträchtliche Kosten. Neben der teuren Ausstattung für Rüstung und Pferde kamen die Ausgaben für die Begleitung hinzu. Ob in der Teilnahme an so vielen Turnieren mit ein Grund für die beträchtlichen Schulden lag, durch die Heinrich d. M. immer wieder in größte Schwierigkeiten geriet, etwa 1495, als seine Mutter für ihn eintrat, und 1511, als er gefangengenommen wurde, wird wegen des Verlustes der Rechnungsbücher kaum zu entscheiden sein. Uns ist das Turnierbuch ein Beleg für die lebenslustige Sportlichkeit des Celler Herzogs und für das gesellschaftliche Leben zur Wende des 15. zum 16. Jahrhundert.

- 54 Der Fastnachts-Abend war auch später noch Anlaß zu höfischen Festen mit Turnieren. HStA Hannover, Cal. Br. 21, Nr. 196—198 (Kammerbüchlein von 1552, fol. 130 r): Herzog Heinrich d. J. läßt seinen Söhnen Geld zur *Mummerei und zum Turnier* auszahlen; Cal. Br. 21, Nr. 593: *Fasselabende* von 1569—1585, ausgerichtet von Herzog Julius in Wolfenbüttel; u. a. Absageschreiben von Adligen, weil bereits eine andere Fastnachtseinladung eines benachbarten Fürsten vorliege, sowie Listen von 1575, nach denen 17 Paare zu einem Turnier „zu Roß“ zusammengestellt sind, und als Gäste weitere 49 Adlige und Amtsträger kommen sollten. Eine Briefstelle von 1546 scheint darauf hinzudeuten, daß es auch in der Stadt Braunschweig besondere Fastnachtsbräuche gab (Heinr. Mack, Mittelniederdeutsche Beispiele im Stadtarchiv zu Braunschweig, 1932, S. 90: *Si hedden vol einen spoelfogel up den narnavent*). Inwiefern die dörflichen Traditionen des Fasselabends (H. Plath, Fasselabend in Niedersachsen, in: Niedersachsen 44, 1939, S. 1—7), die bisher nur bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgt wurden, auf spätmittelalterliches Brauchtum in den Städten und an den Fürstenhöfen zurückgeht, wäre zu prüfen.

Wie mir erst nachträglich bekannt wurde, veranstaltete das Max-Planck-Institut für Geschichte, Göttingen, unter Leitung von Prof. Dr. Josef Fleckenstein vom 29. 9.—1. 10. 1982 ein Kolloquium „Das ritterliche Turnier“ (Zu Geschichte des Rittertums zwischen Alltag und Fest). Die Beiträge der 12 Referenten sollen 1983/84 publiziert werden.

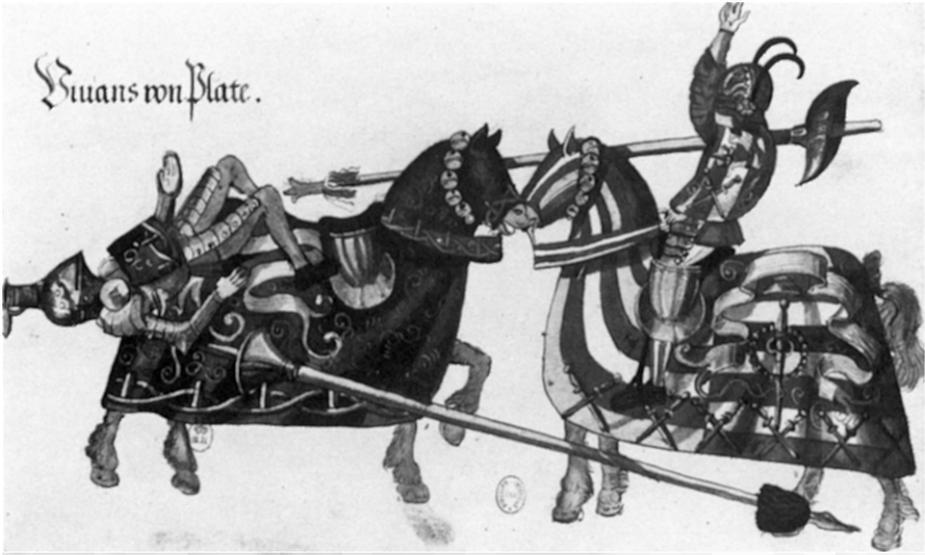


Abb. 1

Vivians von Plato wird von Heinrich d. M. aus dem Sattel gehoben.
Paris, Bibl. Nat. Res. 4° Pd 6 fol. 15.

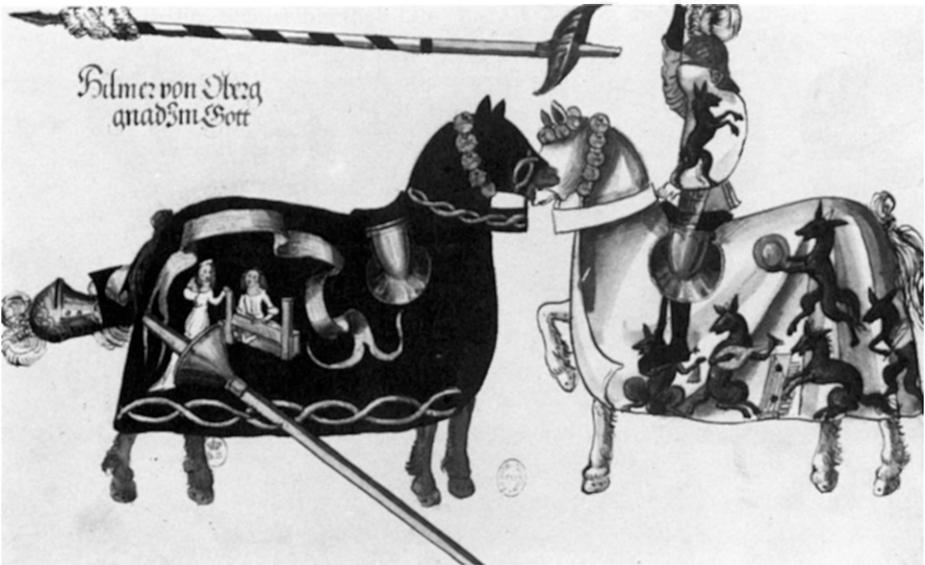


Abb. 2

Hilmer von Oberg fällt im Kampfspiel mit Heinrich d. M.
Paris, Bibl. Nat. Res. 4° Pd 6 fol. 39.

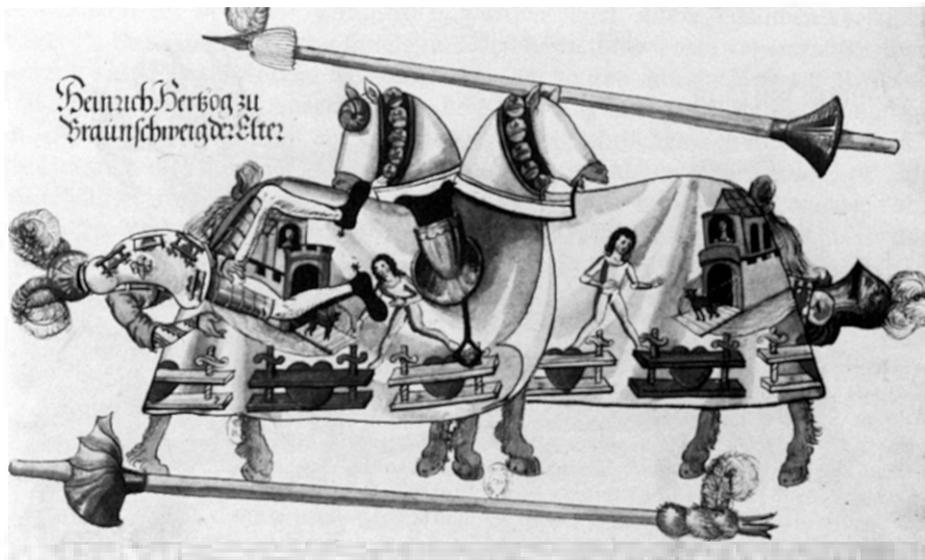


Abb. 3
 Heinrich d. Ä. und Heinrich d. M.
 Paris, Bibl. Nat. Res. 4° Pd 6 fol. 49.



Abb. 4
 Heinrich d. M. und Herzog Johann von Sachsen nach einem Scharfrennen.
 Paris, Bibl. Nat. Res. 4° Pd 6 fol. 93.

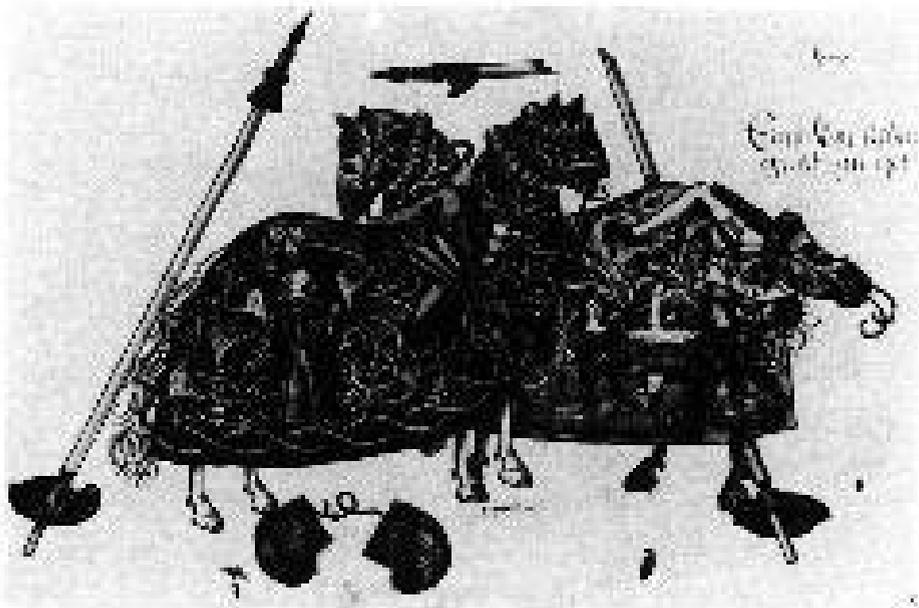


Abb. 5

Heinrich d. M. und Ernst von Reden fallen in einem Rennen.
Berlin, Staatsbibliothek Libr. pict. A 2 (z. Z. nicht auffindbar).



Abb. 6

Heinrich d. J. mit Wappen und Helmzier.

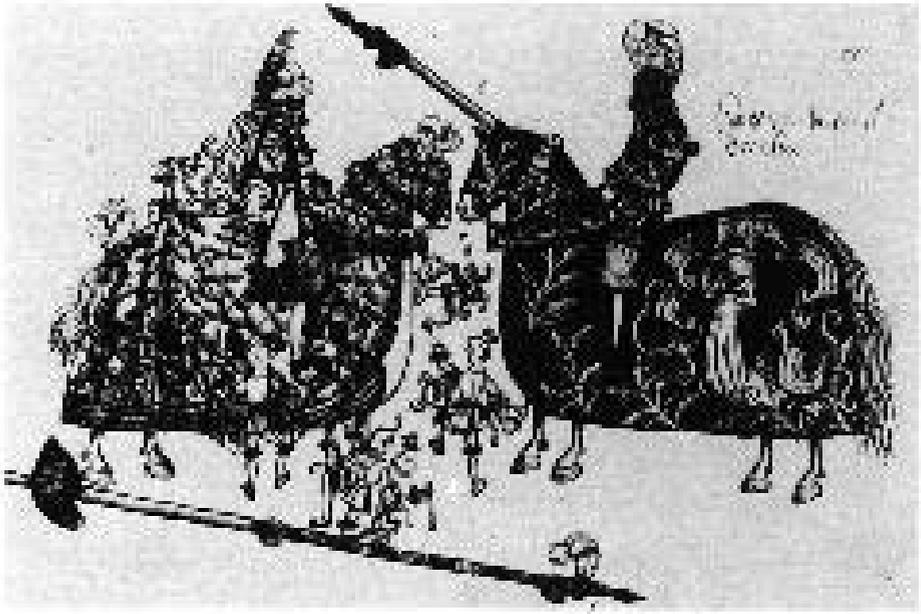


Abb. 7

Heinrich d. M. und Hans von Bartensleben d. Ä.
Berlin, Staatsbibliothek Libr. pict. A 2 fol. 73 (verschollen).

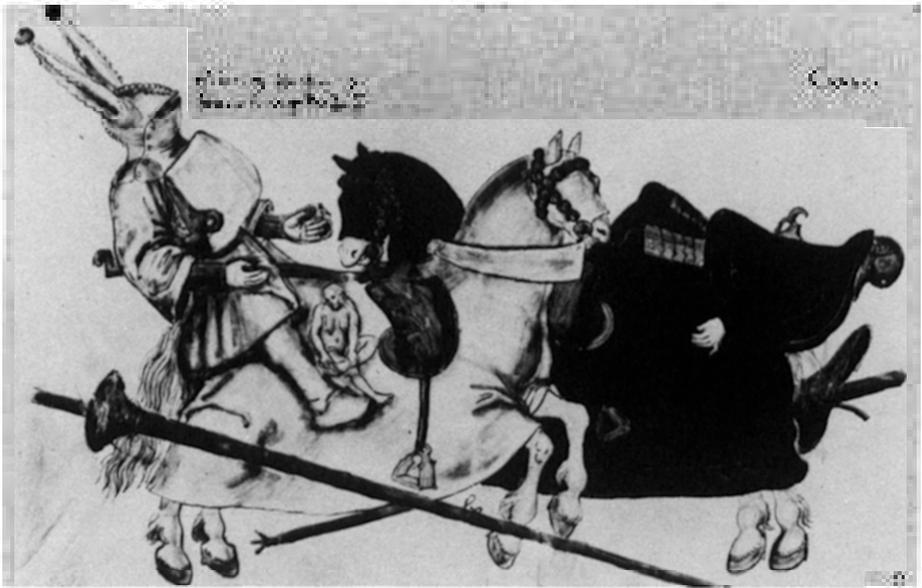


Abb. 8

Heinrich d. J. zu Braunschweig-Wolfenbüttel gegen seinen Vetter.
Berlin, Staatsbibliothek Libr. pict. A 2 fol. 137.

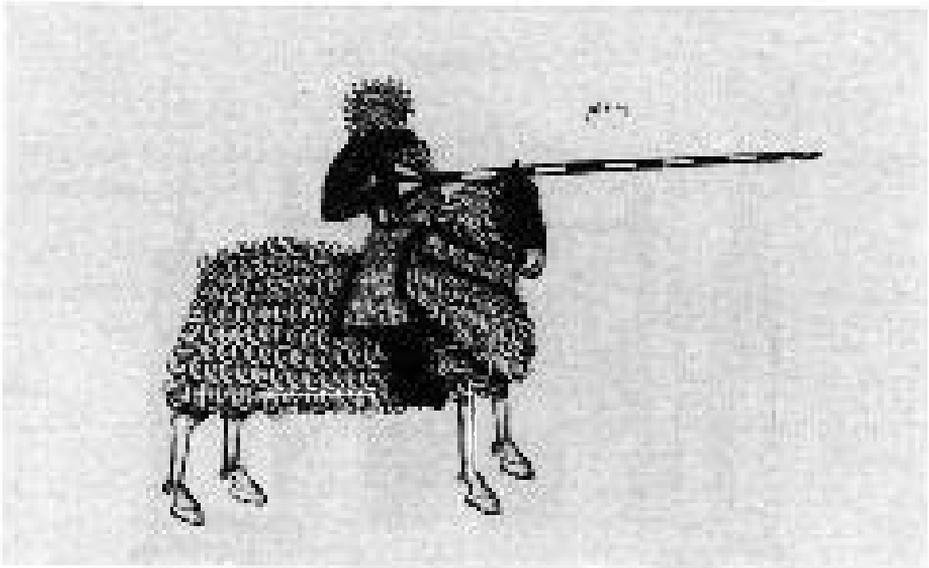


Abb. 9

Einzeldarstellung.

**Berlin, Staatsbibliothek Libr. pict. A 2 (verschollen).
Fotos im Bomann-Museum Celle.**



Abb. 10

Einzeldarstellung.

**Berlin, Staatsbibliothek Libr. pict. A 2 (verschollen).
Fotos im Bomann-Museum Celle.**

*Aufsicht
eineschematigen Tempelturms Haupts am. Markte
zu Hildesheim.*

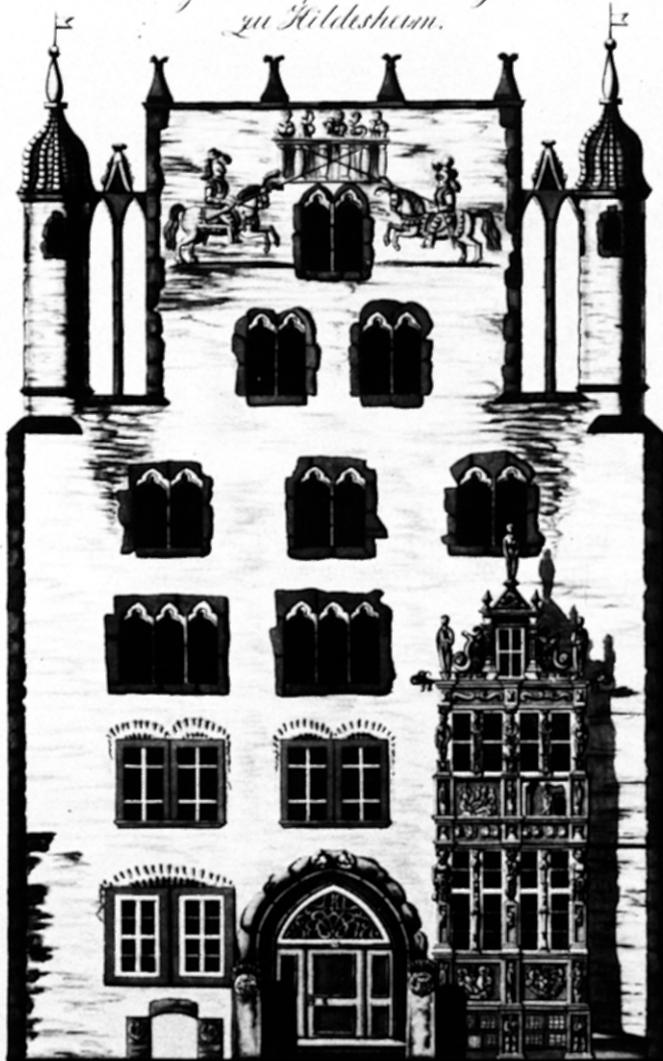


Abb. 11

Hildesheim, Patrizier-Haus am Markt mit Fassadenmalerei eines Turnierspiels.
Zeichnung von L. Siegner um 1850, Histor. Museum Hannover.

Nachtrag

Während der Drucklegung wies Herr Dr. Lent mich auf folgenden, bisher nicht zugänglichen Nachlaß hin, der hier noch berücksichtigt werden soll.

Abschrift nach dem Turnierbuch Heinrichs d. M. in Berlin
Staatsbibliothek Libr. pictur. A 2, angefertigt von Paul Zimmermann aus
Braunschweig um 1910 (StA Wolfenbüttel 249 vorl. Nr. 196):

Blatt:	Ort:	Partner im Turnier:
2	zu Tzelle	Werner von Obernshausen
3	zu Magdeburg	Christof von Witzleben
4	zu Lüneburg	Werner von Obernshausen
5	zu Lüneburg	Henning Marschalk g.i.g.
6	zu der Newenstadt	Jan von Stockhausen
7	zu Tzelle	Fritz von der Schulenburg Ritter g.i.g.
8	zu Tzelle	Werner von Obernshausen
9	zu Tzelle	Albrecht von der Schulenburg Fritzen Sun
10	zu Lüne	Hans von Bulaw g.i.g.
11	zu Tzelle	Henning Marschalk g.i.g.
12	zu dem Stadthagen	Adam Graf zu Beichlingen
13	zu dem Stadthagen	Günter Graf zu Swartzburg
14	zu Tzelle	Thomas Quast
15	zu Tzelle	Werner von Obernshausen
16	zu Tzelle	Vivian von Plate
17	zu Poppenburg	Werner von Obernshausen
18	zu dem Lauwensteine	Thomas Quast
19	zu Sundershausen	Adam Graf zu Beichlingen
20	zu Tzelle	Adam Graf zu Beichlingen
21	zu Tzelle	Heinrich von Schopperitz
22	zu Magdeburg	Gotzsch von Deben
23	zu Tzelle	Werner von Obernshausen
24	zu Tzelle	Jorg von Brandenstein
25	zu Tzelle	Werner von Obernshausen
26	zu Leiptzig	Haugolt Pflug
27	zu Leiptzig	Thomas Quast
28	zu Torga	Philip Fürst zu Anhalt
29	zu Torga	Sigmat Grosse
30	zu Braunswigk	Gotzsch von Deben

Blatt:	Ort:	Partner im Turnier:
31	zu Tzelle	Thomas Quast
32	zu Tzelle	Werner von Obernshausen
33	zu Tzelle	Adam Graf von Beichlingen
34	zu Hamburg	Henneke Rantzow
35	zu Lüneburg	Thomas Quast
36	zu Lüneburg	Werner von Obernshausen
37	zu Lüneburg	Werner von Obernshausen
38	zu Leiptzig	Adam Graf zu Beichlingen
39	zu Tzelle	Thomas Quast
40	zu dem Rotenberge	Clemens von Bulaw
41	zu Tzelle	Hilmer von Oberg (g.i.g.)
42	zu Ulsen	Lippolt von Hermensgrün
43	zu Swerin	Hans Meusbach
44	zu der Linthorst	Curt von Marnholtz
45	zu dem Klüvers Borstel	Vivian von Plate
46	zu Hannuber	Bernhart von Schliben
47	zu Tzelle	Werner von Obernshausen
48	zu Torga	Ulrich Grosse
49	zu Torga	Andres Pflug
50	zu dem Kile	Detlef Walstorf
51	zu Stolberg	Heinrich hertzog zu Braunswig der elter (g.i.g.)
52	zu Stolberg	Günter graff zu Swartzburg
53	zu Cassel	Jorg von Harras
54	zu Cassel	Clemens von Bulaw
55	zu Luchaw	Bernhard Schilling
56	zu Grabaw	Bernhard Schilling
57	zu Grabaw	Bernhard Schilling
58	zu Torga	Jost von Drackstorf
59	zu Tzelle	Ernst von Bodendorf
60	zu Tzelle	Tham Loser
61	zu Stendel	Adam Graf zu Beichlingen
62	zu Tzelle	Fritz von Oberg
63	zu Tzelle	Curt Hulsing
64	zu Tzelle	Jorg von Brandenstein
65	zu Magdeburg	Jorg von Brandenstein
66	zu Tzelle	Ludwig graf von Gleichen
67	zu Tzelle	Jorg von Brandenstein
68	zu Torga	Ganglof von Witzleben
69	zu Torga	Jorg von Brandenstein
70	zu Torga	Jorg von Brandenstein

Blatt:	Ort:	Partner im Turnier:
71	zu Snege	Vivian von Plate
72	zu Snege	Jasper von Ortzen
73	zu Ummendorf	Hand von Bertensleb der elter
74	zu Ummendorf	Tham Loser
75	zu Ummendorf	Ernst von Bodendorf
76	zu Ummendorf	Ernst von Bodendorf
77	zu Poppenburg	Jorg graf von Wunstorf
78	zu Poppenburg	Tham Loser
79	zu Tzelle	Sigmunt List Ritter
80	zu Tzelle	Ernst von Reden (g.i.g.)
81	zu dem Berlein	Thomas Quast
82	zu dem Berlein	Ernst von Bodendorf
83	zu dem Berlein	Ludewig Canitz
84	zu Tzelle	Volckmer Vogt Ritter
85	zu München	Heintz Rosecker
86	zu Augsburg	Casper Wintzer Ritter
87	zu Tzelle	Hans von Rutenberg
88	zu Ulsen	Jorg graf von Wunstorf
89	zu Ulsen	Ernst von Reden (g.i.g.)
90	zu Tzelle	Bernhart Schilling
91	zu Tzelle	Tham Loser
92	zu Lüneburg	Busse von Bertensleb Jacobs son
93	zu Lüneburg	Philip hertzog zu Brunswig
94	zu Lüneburg	Asschen von Bodendorf
95	zu Lüneburg	Hans von Rutenberg
96	zu Halle	Hans hertzog zu Sachsen
97	zu Halle	Christof von Sebich
98	zu Halle	Hans von Rutenberg
99	zu der Newenburg	Innocencius von Dorstedel
100	zu Osenbrug	Jost von Steinberg
101	zu Osenbrug	Symon Edelter von der Lippe
102	zu dem Stathagen	Hans Schenke
103	zu Tzelle	Jost von Steinberg
104	zu Obersfelde	Jorg Graf von Wunstorf
105	zu Tzelle	Hans Schenke
106	zu Warberge	Heinrich von Velten Heinrichs son
107	zu Werberge	Jost von Steinberg
108	zu Warberge	Jost von Veltem
109	zu Tzelle	Vivian von Plate
110	zu Tzelle	Tham Loser
111	zu Mynden	Ludlef von Marnholte

Blatt:	Ort:	Partner im Turnier:
112	zu Mynden	Jost von Veltem
113	zu Zelle	Heinrich hertzog zu Braunsweig etc. Junger
114	zu Zelle	Conrat Treysch
115	zu Tzelle	Conrat Treysch
116	zu Tzelle	Hans Schenke
117	zu Tzelle	Wolf von der Ulsnitz
118	zu Tzelle	Heinrich Reichenbach
119	zu Tzelle	Conrat Treysch
120	zu Tzelle	Hans Schenck
121	zu Tzelle	Hans von Rautenberge
122	zu Torga	Ort von Echeleben
123	zu Zelle	Jorg graf von Wunstorf
124	zu Czelle	Asch von Kram rittere
125	zu Coppenhagen	Tham Loser
126	zu Coppenhagen	Jorg von Brandenstein
127	zu Coppenhagen	Lippolt van Stockem
128	zu Coppenhagen	Hinrick Goye
129	zu Coppenhagen	Philipp von Dalberg
130	zu Coppenhagen	Wulf Borke
131	Oldeslo	Otto Pogewisch
132	zu dem Kile	Tham Loser
133	zu Czelle	Asch v. Kram ritter
134	zu Braunsweig	Heinrich Kraye
135	zu Braunsweig	Mathias von Veltem
136	zu Czelle	Tham Loser
137	zu Czelle	Heinrich hertzog zu Braunsweig der junger
138	zu Czelle	Wulf Treysch
139	zu Czelle	Tham Losehr
140	zu Luneburg	Wulff Treisch
141	zu Luneburg	Lippoltht von Stockem
142	zu Luneburg	Asch von Kram ritter
143	zu Czelle	Hans Schencke
144	zu Czelle	Tham Losehr
145	Saltzwedel	Hansz von Grawszwitz
146	Saltzwedel	Hansz von Grawszwitz
147	Saltzwedel	Tham Losehr
148	zu Czelle	Hans Schencke

Aus weiteren Notizen von P. Zimmermann sowie acht beiliegenden Fotos ist zu schließen, daß das Berliner Turnierbuch auf Grund von Eintragungen (die auf Bl. 179 mit dem Datum 25. 2. 1487 beginnen: „ist mein gemahel hiezu lande gekommen“ und mit Geburtsangaben zu den Kindern Anna 1492 bis Franz 1508 enden) dem Herzog Heinrich d. M. gehörte. Nach 1544 hat ein anderer Besitzer des Buches weitere Eintragungen hinzugefügt. Bei dem Berliner Turnierbuch scheint es sich um das Original gehandelt zu haben. Es sind 42 Turniere mehr als in dem Pariser Turnierbuch abgebildet. Die Zuordnung zwischen den Wettkämpfen und Orten ist um jeweils eine Angabe verschoben, d. h., daß vermutlich der auf der Rückseite verzeichnete Ort von Zimmermann auf das Bild der jeweils folgenden Seite bezogen wurde. Inwieweit die Abschrift von Zimmermann verläßlich ist, bleibt offen. Auf Grund der erhaltenen Fotos hat er bei Nr. 41, 51, 80 und 89 (und weiteren —) die Angabe g.i.g. zu notieren vergessen. Was es mit den alten, römischen Zahlenangaben unter den Pferden auf sich hat, weiß ich nicht. Die alte Follierung rechts oben in römischen Zahlen ist um eine Stelle geringer als die der arabisch gezählten Blattfolge, die Zimmermann benutzte. Im Berliner Turnierbuch war zum Schluß ein zweiter Zeichner tätig (Nr. 137, Blatt CXXXVI, unten LX). Die gemischte Bewaffnung findet sich auch im Berliner Buch, so bei Nr. 41 (XL, unten XVII) Lanze mit Krönchen gegen Lanze mit Spitze. Auf Blatt Nr. 36 finden sich neben den beiden Turnierern sechs Knaben mit Narrenkappe, die um das Pferd Heinrichs d. M. herumlaufen; diese Figuren fehlen im Pariser Buch. Das Foto „XIX“ zeigt den Herzog zu Pferde in voller Turnierkleidung mit dem braunschweig-lüneburgischen Wappen vorn und hinten auf der Roßdecke und auf dem Brechschild und mit der zugehörigen welfischen Helmzier mit dem springenden Roß vor der Säule und zwischen den beiden Sichel; solche Darstellung fehlt im Pariser Turnierbuch. Sollte das Berliner Turnierbuch einmal wiedergefunden werden, lassen sich die offenstehenden Fragen vielleicht eher beantworten.

Der Pflanzenbestand des Barockgartens zu Herrenhausen im frühen 18. Jahrhundert und heute

Von

Wolfgang Fiedler und Martin Heinzberger

Mit 10 Abbildungen

Neben den Bauwerken wie Kabinette, Grotten, Kaskaden, Kanäle u. a. m. sowie den Gartenplastiken sind die Pflanzen als eigentlicher Baustein eines architektonischen Gartens anzusehen. In der bisher erschienenen Literatur über den Großen Garten zu Herrenhausen ist den Pflanzen nur wenig Aufmerksamkeit zuteil geworden. Dieser Aufsatz soll zu einer besseren Übersicht über den Pflanzenbestand der Anlage im frühen 18. Jahrhundert beitragen.

Geschichtlicher Abriß der Gartenentwicklung

Im Jahre 1638 wird unter Herzog Georg von Calenberg, der 1636 Hannover zu seiner Residenz bestimmte, in Herrenhausen vor den Toren der Stadt ein Vorwerk angelegt¹. Nacheinander gelangen dessen Söhne Christian Ludwig (1641—1648), Georg Wilhelm (1648—1665), Johann Friedrich (1665—1679) und Ernst August (1679—1698) an die Regierung.

Die Geschichte des Großen Gartens beginnt im Jahre 1666 mit einer Anlage, etwa im Umfang des heutigen Parterres, vor der Südfront eines aus Lauenstadt bei Koldingen nach Herrenhausen translozierten, schmucklosen Fachwerkbaues. Diese erste Gartenanlage schuf Michael Grosse. Noch im selben Jahr wird Herrenhausen Sommerresidenz. Wenig später gestaltet der cellische Hofgärtner Henri Perronet die ursprüngliche Anlage weiter aus.

Der Beitrag entstand als Seminararbeit am Institut für Grünplanung und Gartenarchitektur der Universität Hannover, Lehr- und Forschungsgebiet Geschichte der Freiraumplanung (Prof. Dr. D. Hennebo). Er wurde für diese Veröffentlichung überarbeitet. Die Verfasser danken S. K. H. Prinz Ernst August von Hannover, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, für die Erlaubnis der Akteneinsichtnahme; ferner Herrn Prof. Hennebo und Frau Dipl.-Ing. Schmidt für die Durchsicht des Manuskripts sowie Herrn Dr. Herklotz für Auskünfte und die Überlassung von Planunterlagen.

¹ Zur Geschichte des Großen Gartens vgl. insbesondere Udo von Alvensleben und Hans Reuther, Herrenhausen, Hannover 1966; Kurt Morawietz, Glanzvolles Herrenhausen, Hannover 1981.

Seine endgültige Größe und Ausprägung erhält der Garten unter Herzog Ernst August (seit 1692 Kurfürst) und seiner Gemahlin, der Kurfürstin Sophie, wobei der im Jahre 1682 nach Herrenhausen berufene Gärtner Martin Charbonnier in den Jahren 1696—1714 den Garten um den ‚Nouveau Jardin‘ erweitert. Durch sein diagonales Wegesystem hebt sich dieser Gartenbereich deutlich von der älteren, auf orthogonalem Grundriß beruhenden Anlage ab. 1714 stirbt Kurfürstin Sophie. Ihr Sohn, Kurfürst Georg Ludwig, besteigt im selben Jahr als Georg I. den englischen Thron. Fortan werden Hannover und England in Personalunion regiert. Der Weggang des Hofes von Hannover stellt einen bedeutsamen Einschnitt in der Entwicklung des Großen Gartens dar und hat wohl seine Umgestaltung in einen Englischen Landschaftspark verhindert. Der Garten erfährt bis zum Regierungsantritt Georgs III. im Jahre 1767 eine planmäßige Pflege. Dann beginnt eine Zeit allmählichen Verfalls.

Im Jahre 1837 übernimmt König Ernst August — Hannover ist seit 1814 Königreich — die Regierung im welfischen Stammland, während in England Königin Viktoria den Thron besteigt. Ernst August wählt Herrenhausen wieder zu seiner Sommerresidenz und läßt den Garten anhand alter Pläne und Stiche restaurieren; freilich nicht nur im Pflanzenschmuck mit Zugeständnissen an die Zeit, die laut einem Bericht des damaligen Hofgarteninspektors Bayer als ‚wesentliche Verschönerung‘ aufgefaßt werden².

Mit dem Sturz der Welfendynastie 1866 beginnt eine zweite Verfallsphase, an deren Ende, nach dem Übergang des Gartens in das Eigentum der Stadt Hannover (1936), eine umfassende Restaurierung in den Jahren 1936/37 steht. Ihre Tendenz zeigt der folgende Satz: *Wenn es bei der Wiederherstellung des Großen Gartens auch in erster Linie galt, den Stilcharakter des Gartens unverfälscht zu erhalten, so durften doch die berechtigten Forderungen der Gegenwart nicht unberücksichtigt bleiben, daß alle öffentlichen Parkschöpfungen der Erholung und der Lebensfreude des Volkes zu dienen haben*³.

So werden Zutaten realisiert wie eine Orchestergrube vor dem Heckentheater, Heckenbögen im Theaterboskett, Irrgarten, Aussichtsterrasse, Sondergärten anstelle ehemaliger Bosketts, Säulentempel östlich und westlich der Sondergärten sowie technische Errungenschaften, z. B. elektrische Beleuchtung. Da mittlerweile die Detailzeichnungen des Parterres verlorengegangen sind, greift man auf gartenarchitektonische Vorlagewerke zurück⁴. Die Bepflanzung des Parterres sowie des ‚Nouveau Jardin‘ erfolgt ohne Orientierung am historischen Vorbild.

2 Zit. bei Hermann Kube, Die Herrenhäuser Gärten von 1720 bis 1936. In: Die Herrenhäuser Gärten zu Hannover, Hannover 1937, 43.

3 H. Wernicke, Die Wiederherstellung der Herrenhäuser Gärten. In: Die Herrenhäuser Gärten zu Hannover, Hannover 1937, 54.

4 Vgl. Will Siepen, Die Wiederherstellung des Großen Gartens zu Herrenhausen. In: Gartenkunst 1937, 201.

Die Bomben des Zweiten Weltkrieges machen das Ergebnis dieser Restauration weitgehend zunichte. Mit der Zerstörung des Schlosses wird der Große Garten seines architektonischen Bezugspunktes beraubt. Nach zweckentfremdender Nutzung als Anbaufläche für Nutzpflanzen in den ersten Nachkriegsjahren werden die Kriegsschäden in den 50er Jahren allmählich beseitigt. Innerhalb eines Sieben-Jahres-Planes gelingt von 1959 bis 1966, zum 300jährigen Bestehen, die völlige Wiederherstellung des Großen Gartens.

Als Maßstab der Restauration dient der Zustand von 1937. Der Garten erhält weitere Einbauten wie Probebühne, das Foyer, eine Stahl-Glas-Konstruktion, in der Längsachse des Galeriegebäudes, und Umkleideräume im Heckentheater. Völlig neu angelegt wird der Bereich vor der Südfront der Galerie als sogenannter geschachzabelter Garten⁵.

In den nachfolgenden Jahren bis heute werden vornehmlich die Bauwerke und Plastiken des Gartens grundlegenden Sanierungen unterzogen, da letztere aufgrund der zunehmenden Luftverunreinigung erhebliche Schäden aufweisen⁶.

Quellen zur Bepflanzung

Es wurde schon eingangs darauf hingewiesen, daß in der bisher vorliegenden Literatur über Herrenhausen nur spärliche Angaben zu den Pflanzenarten des Gartens gemacht sind. Daher mußten Primärquellen herangezogen werden.

Etliche Hinweise fanden sich im Depositum 103 (Archiv des hannoverschen Königshauses) des Niedersächsischen Hauptstaatsarchivs zu Hannover. Aus Zeitgründen mußte sich die Archivarbeit auf eine Durchsicht der Unterabteilung XXIV (Oberhofmarschallamt) beschränken, die die wesentlichsten Akten zum Gartenwesen enthält. Weitere Archivalien fanden sich im Bestand Hann. 92 (Deutsche Kanzlei in London). Ferner wurden die Karten und Pläne der Kartenabteilung (12c und 13c Herrenhausen) gesichtet. In Abhängigkeit vom Maßstab lassen sich aus ihnen wichtige Aussagen zu Groß- und Kleinstrukturen des Gartens ableiten.

Bei der Interpretation zeitgenössischer Ansichten ist eine gewisse Zurückhaltung am Platze, da dem Künstler nicht immer eine naturgetreue Wiedergabe der Realität vor Augen schwebte, sondern aus künstlerisch-ästhetischem Anspruch heraus Idealvorstellungen im Bild dargestellt sein können. Trotzdem sind die bekannten Stiche von J. van Sasse, die im Historischen Museum Hannover aufbewahrt werden, sowie die in der Landesbibliothek Hannover vorhandene Vogelschau eines unbekanntenen Künstlers (Abb. 1) nicht vollends als Quellen außer acht

5 Vgl. Karl-Heinrich Meyer, Der geschachzabelte Garten in Herrenhausen. In: Hannover, Hefte aus der Landeshauptstadt Niedersachsens, 3/1964; Morawietz, wie Anm. 1.

6 Vgl. Morawietz, wie Anm. 1, 189 f.

zu lassen. Rückschlüsse auf Pflanzenarten erlauben alle kartographischen wie bildlichen Darstellungen ohne eine ergänzende, textliche Erläuterung allerdings nicht.

Die Grobstruktur des Großen Gartens im 18. Jahrhundert

Durch die unterschiedliche Wegestruktur (orthogonal in der Nordhälfte, sowohl orthogonal als auch diagonal in der Südhälfte) zerfällt der Große Garten in zwei Teile.

Nordhälfte

Luststück

Den Kern der Nordhälfte bildet das in acht einzelne Parterrefelder aufgeteilte Luststück (7)⁷ mit zentral angeordneter Fontäne. An das Luststück grenzen südlich vier Fischteiche an, während seine Nordseite die ‚Schloßzone‘ einnimmt.

‚Schloßzone‘

Zwei Flügel des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Schlosses umgaben einen nahezu quadratischen Hof (2). Auf der Nordseite ist dem Bauwerk ein mit einer Mauer begrenzter, halbkreisförmiger Bereich, der Ehrenhof (Cour d'honneur), vorgelagert. Der Privatgarten (3) des Kurfürsten grenzt unmittelbar an den Ostflügel des Schlosses an. Daran anschließend, vor der Südfront der Galerie, erstreckt sich das Orangerieparterre (4). Der Bereich westlich des Schloßwestflügels dient der Anzucht edler Gewächse für die kurfürstliche Küche. Er gliedert sich in den Feigen- (5) und den Melonengarten (6).

‚Boskettzone‘

Hufeisenförmig umgibt eine Folge unterschiedlich ausgeprägter Bosketts das Luststück samt den Fischteichen; im östlichen Bereich: das Theaterboskett mit Königsbusch, Amphitheater und Bühne (8a). Gegenüber, auf der westlichen Seite liegen zwei größere Bosketts mit unterschiedlichen Grundrissen (8b). An diese schließt sich, wie auch an das Theater, nach Süden ein mit Linden bepflanzter Platz an. Eine sich über die gesamte Breite des Gartens erstreckende Folge geometrisch gegliederter Bosketträume (8) bildet den Übergang zum Nouveau Jardin.

⁷ Die Ziffern in Klammern verweisen auf Abb. 7

Südhälfte

Nouveau Jardin

Die südliche Teilhälfte des Gartens, der sogenannte Nouveau Jardin (9), ist in 32 Dreiecke, die Triangel, unterteilt. Die Wegeschnittpunkte sind durch Fontänen betont. Die Mittelallee mündet in einen leicht ovalen Platz, den Vollmond, während die Querallee in den sogenannten Halbmonden endet.

„Umfassung“

Eine dreireihige Allee (10) umschließt beide Gartenhälften. Einend wirkt auch das den Garten mit Ausnahme seiner Nordseite umgrenzende Gewässer, die Graft (11), die den Garten von seiner Umgebung abgrenzt.

Vergleichende Betrachtung des Pflanzenbestandes der einzelnen Gartenpartien

Im folgenden wird der Pflanzenbestand des Großen Gartens zu Herrenhausen nach dem Abschluß seiner endgültigen Ausgestaltung um das Jahr 1714 im Vergleich zu heute beschrieben.

Die überlieferten Originalquellen (Akten, Stiche, Pläne) machen jedoch die Hinzuziehung zeitlich früher oder später datierter Quellen unumgänglich, wenngleich für das Jahr 1714 in Form eines Pflanzeninventars der Orangerie, das auch andere Gartenteile berücksichtigt, eine brauchbare Quelle vorliegt. Bei der Skizzierung des heutigen Zustandes wird weitgehend an die Wiederherstellung des Großen Gartens anlässlich seines dreihundertjährigen Bestehens im Jahre 1966, teilweise auch an die Restaurierung von 1936/37, angeknüpft. Außer acht bleiben die Veränderungen des 19. Jahrhunderts.

Luststück

Die Vollendung der von Henri Perronet in den Jahren 1675—1678 erweiterten und gestalteten Anlage übernahm im Jahre 1682 Martin Charbonnier. In einem Schreiben mit der Bitte um Gehaltserhöhung aus dem Jahre 1689 heißt es: *Premierement je m'oblige a fournir toutes fleurs requisite pour Le jardin, tant pour les plat de bande des parterres que pour Le gazon & autres fleurs dans des pots, comme des tuberoses, jonquilles, rononcule, ensuite, Les tulipe jasinte, narcisse, et Semences de toutes sortes de fleurs pour l'ornement des parterres*⁸. Er verpflichtete sich also, alle für den Garten erforderlichen Blumen zu liefern, sowohl

8 Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Depositum 103, XXIV, Nr. 4552.

für die Plate-bande des Parterres als auch für den Rasen, und weitere Blumen in Töpfen, wie Tuberosen, Narcissus jonquilla, Ranunkeln. Außerdem Tulpen, Hyacinthen, Narzissen und Samen von Blumen aller Art für die Ausschmückung des Parterres.

Martin Charbonnier übernahm *die Anlage Perronets in ein größeres System von holländischem Gepräge nach dem Vorbild der oranischen Residenzen Hon-selaarsdijk, Het Loo und Zeyst, deren Mittelpunkt die ältere Fontaine bleibt*⁹. Alvensleben behauptet, daß man die Fläche, die das Luststück einnimmt, völlig eben ließ. *Die vier mittleren Parterrestücke wurden in kunstvollen Mustern ‚en broderie‘, d. h. stickereiartig, angepflanzt, die Verzierungen auf einem Grunde von weißem, leuchtendem Marmorkies mit niedrig geschnittenen Buchsrändern eingefast und in farbigen Steinarten ausgelegt*¹⁰.

Ob es sich bei den vier inneren Parterrefeldern tatsächlich um Broderiemuster gehandelt hat, scheint mehr als zweifelhaft. Lediglich die Darstellung in der auf um 1714 datierten Vogelschau (Abb. 1)¹¹ ließe sich als eine derartige Ausgestaltung deuten. Andere Dokumente wie der Plan von E. A. Charbonnier¹², der Plan von Landersheimer¹³ (Abb. 2), die Gesamtansicht des königlichen Schlosses und Gartens von Süden von Sasse (Abb. 3)¹⁴, der Sasse-Stich ‚Entree in die Mittelste Allee des Königlichen Gartens zu Herrenhausen‘¹⁵ und der ‚Plan du Château et Jardin Royal à Herrenhausen‘¹⁶ ergeben eine andere Parterreausstattung¹⁷.

Von den genannten Plänen und Ansichten zeigen die vier erstgenannten die größte Übereinstimmung. Die Verfasser neigen aufgrund dieser weitgehenden Übereinstimmungen dazu, die vier inneren Parterrefelder des Großen Gartens eher als ‚Parterres à l’Angloise‘ zu typisieren¹⁸.

Die äußeren Parterrefelder sind in den genannten Abbildungen — soweit sie dargestellt sind —, ausgenommen in der Vogelschau, stets ungegliedert. Das ent-

9 Morawietz, wie Anm. 1, 118.

10 Udo von Alvensleben, Der Große Garten zu Herrenhausen. In: Gartenkunst, 1937, 207.

11 Niedersächsische Landesbibliothek Hannover, XIX C, Mappe 18, Nr. 178.

12 Abgebildet bei von Alvensleben und Reuther, wie Anm. 1, 49. Die angegebene Datierung ‚um 1718‘ ist zu früh angesetzt, da bereits das Orangeriegebäude eingezeichnet ist, welches erst in den Jahren 1720—1723 errichtet wurde. Zur Datierung vgl. auch Hans Reuther, Pläne des Großen Gartens zu Hannover-Herrenhausen im Nationalmuseum zu Stockholm. In: Niederdeutsche Beiträge zur Kunstgeschichte, Bd. 15, 1976, 132.

13 Nds. Hauptstaatsarchiv Hannover, 12c Herrenhausen 4 pg, Anfang 18. Jh.; bei Reuther, datiert um 1710, wie Anm. 12, 129.

14 Wie Anm. 11, Nr. 176, um 1720; vgl. Reuther, wie Anm. 12, 138, Fußnote 12.

15 Abgebildet bei von Alvensleben und Reuther, wie Anm. 1, 43. Dort datiert auf 1751, sonst um 1740, vgl. Katalog, Herrenhausen 1666—1966, Hannover 1966, V/28.

16 Wie Anm. 11, Nr. 181, nach 1723.

17 Vgl. auch die bei Reuther abgebildeten Pläne, wie Anm. 12.

18 Vgl. A. J. Dezallier d’Argenville, La Théorie et la Pratique du Jardinage . . . , Paris 1760, Nachdruck Hildesheim und New York 1972, 46 und Tafel 12.

spricht einem allgemeinen Kompositionsprinzip der Zeit, wonach die reich ausgestatteten Felder in die Nähe des Schlosses oder der Hauptachse gelegt, die schmucklosen dagegen in einiger Distanz von beiden angeordnet werden.

Meyer bildet einen ‚Situationsplan von Herrenhausen‘ aus dem Jahre 1764 ab, der ebenfalls keine Ziermuster in den äußeren Feldern des Parterres zeigt¹⁹.

Diese Parterrefelder könnten als Boulingrin ausgebildet gewesen sein. Dafür spricht, daß am 10. Februar 1711 die kurfürstliche Kammer Mist zur *bedüngung der boulin grin* bewilligte²⁰.

*Boulingrins sind Geländevertiefungen mit ornamental ausgebildeten Böschungen und einer tieferliegenden ebenen Großfläche, seltener einem als Parterre ausgebildeten Feld*²¹. Der recht großmaßstäbige Plan von Landersheimer (Abb. 2) im Maßstab 1:860, wie die anderen oben angeführten Pläne, läßt aufgrund der zeichnerischen Darstellung auf eine vertiefte Lage der äußeren Parterrefelder schließen. Auch der bei Reuther abgebildete Grundriß, um 1710 zu datieren, der im Nationalmuseum zu Stockholm aufbewahrt wird, enthält um die innere Fläche einen Streifen, der als Böschung interpretiert werden könnte²². ‚*Plates-bandes*‘ genannte Rasenstreifen, mit *Taxusobelisken* und geschnittenen Zierbäumchen besetzt, faßten die Parterrestücke ein²³. Alvensleben und Reuther schreiben, daß die Rasenstreifen mit Pyramiden von Buchs, Wacholder und *Taxus* besetzt wurden²⁴. Für die Ausbildung der Plate-bande als Rasenstreifen spricht auch eine Bemerkung von Gartenmeister Tatter aus dem Jahre 1784, der von ‚Gras-Rabatten‘ spricht (s. u.). Die Buchsbaumpyramiden wurden eigens dafür aus den Niederlanden angekauft²⁵. Im Januar 1698 quittierte Martin Charbonnier den Empfang von hundert Körben mit *Taxus*. In einer anderen, undatierten Aufstellung schreibt er über benötigtes Material von *400 phühl bey die Pyramid bey die Taxus und Wacholder*²⁶. Breite Rasenteppiche in der Mitte der Hauptwege, das Bassin (heute Glockenfontäne) einschließend, trugen zur Vereinheitlichung des Gesamteindrucks bei (Abb. 4). An seinem Süd- und Nordende weitet sich der Rasenstreifen in der Hauptachse halbkreisförmig aus. Darin stimmen alle zeitgenössischen Darstellungen überein.

Vier isolierte Streifen, mit in verschiedenen Formen geschnittenen Zierbäumchen besetzt, schließen die Nordseite, eine in den Kronen gestutzte Lindenallee die Südseite des Parterres ab²⁷. Pyramiden und in Etagen geschnittene Bäume in diesen Streifen erkennt man auf der bereits erwähnten Vogelschau (Abb. 1).

19 Karl-Heinrich Meyer, *Königliche Gärten*, Hannover 1966, 185.

20 Wie Anm. 8, Nr. 4824.

21 Einleitung zu d'Argenville's, *La Théorie...* von Hans Foramitti, wie Anm. 18, XIV.

22 Vgl. Reuther, wie Anm. 12, 128.

23 Wie Anm. 10, 207.

24 Vgl. von Alvensleben und Reuther, wie Anm. 1, 61.

25 Vgl. Meyer, wie Anm. 19, 97.

26 Wie Anm. 20.

27 Wie Anm. 24.

Mit den Pyramiden gab es im Jahre 1716 erste Schwierigkeiten. So ergeht am 8. Oktober der Befehl an Charbonnier, *daß an Statt der erfrohrenen und ausgegangenen Pyramiden, er dannen Pyramiden hinsetze*²⁸. In der Folgezeit wurde verschiedentlich immer wieder eine größere Anzahl von Tannen zur Erziehung für Pyramiden in den königlichen Forsten beschafft. Am 31. März 1725 lautet der Befehl an den Oberforst- und Jägermeister Bülow von Celle, in Gegenwart eines Herrenhäuser Gärtnergesellen 100 junge Tannen zur Erziehung einiger Pyramiden für den Großen Garten in dessen Amt ausgraben zu lassen²⁹. Wenn hier von ‚Tannen‘ die Rede ist, dürfte weniger die Weißtanne (*Abies alba*) als vielmehr die Fichte (*Picea abies*) gemeint sein.

Einem Besichtigungsprotokoll vom 14. April 1766 ist zu entnehmen, daß die Wacholderpyramiden weggeräumt wurden. Wörtlich heißt es: *Da die im Lustgarten an der großen Parterre befindliche Statuen und Vasen, jetzo nachdem viele kostbar zu unterhalten gewesene Wacholder Pyramiden weggeräumt worden, mehr wie sonst in die Augen fallen, . . . so belieben der Hochwohlgeb. was beredte Statuen neu zu vermahlen kosten mögte . . .*³⁰.

Während die heutigen, auf der Plate-bande stehenden Taxuskegel etwa in Höhe der Oberkante der Figurenpostamente abschließen, zeigt der Sasse-Stich (Abb. 4) Pyramiden und Etagenbäumchen, wobei erstere die Figuren überragen. Unterstellt man selbst zeichnerische Übertreibung, so scheint ein Arbeitsvertrag E. A. Charbonniers mit Tagelöhnern über das Schneiden der Pyramiden auf eine übermannshohe Größe hinzudeuten, da ausdrücklich festgelegt wird, daß das Umstellen der Gerüste und Leitern eine von den Tagelöhnern zu erbringende Leistung sei³¹. Auch über die äußere Form der Pyramiden gibt dieser Vertrag vom 8. Juli 1743 Aufschluß, denn es *versprechen obengedachte Arbeitsleuthe sambt und sonders, alle im Garten befindliche große und kleine, runde und vierkantige Pyramiden von unten biß oben auf allen Seiten, der Anweisung und dem Begehren nach zu beschneiden . . .*

Die Tannenpyramiden des Luststücks wurden endgültig im Jahre 1784 beseitigt³². Man folgte also nicht dem Gutachten des Hofbaumeisters Mackensen, der am 30. Januar 1784 untersucht hatte, *wieviel Tannen Pyramiden in dem Luststück gantz abgängig und unbrauchbar worden, und befunden, daß in denselben 6 Reihen und in jeder Reihe 8 Tannen Pyramiden stehen, wovon in der ersten Reihe nach dem Theatro 4 Stück nur abgestorben, die übrigen aber noch etliche Jahr ihre Plätze grün bekleiden werden.*

Der Gartenmeister Tatter hatte in seiner Eingabe geschrieben: *In dem hiesigen Lustgarten, sind die auf den Gras Rabatten stehende Tannen Pyramiden, in sehr*

28 Wie Anm. 8.

29 Wie Anm. 8, Nr. 4554.

30 Wie Anm. 8, Nr. 4836.

31 Wie Anm. 29.

32 Nds. Hauptstaatsarchiv, Hann. 92, VII—IV, Nr. 20, Blatt 144.

schlechtem Zustande . . . Tatter unterbreitet daher den Vorschlag, die Tannenpyramiden alle herauszunehmen und, . . . *da nun aber dergleichen in denen Lustgärten anjetzo nicht mehr gebräuchlich* . . . , wo sie standen, Gras anzusäen³³.

Bei der Wiederherstellung des Parterres 1936/37 stieß man auf Schwierigkeiten, da in den Akten der Cumberländer Verwaltung außer dem Plan von Charbonnier und den Stichen von Sasse keine Detailpläne aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts mehr vorhanden waren³⁴. Insbesondere fehlte die Zeichnung des Parterres. Deshalb wurde auf gartenarchitektonische Nachschlagewerke, insbesondere auf J. A. Dezallier D'Argenville, *La Théorie et la Pratique du Jardinage* . . . , zurückgegriffen. *Damit waren Ideengrundlagen für den Entwurf von Bernhard Doerries gegeben*³⁵.

Bei der Restauration von 1936/37 wurde das nun angelegte Broderiemuster mit Heliotrop, Ageratum, Begonia ‚Helene Harms‘ und Begonia semperflorens in den Farben rosa bis rot bepflanzt, mit der Begründung, daß es, wie auf alten Stichen zu erkennen, in Holland üblich war, die Ornamente teilweise mit Blumen zu füllen³⁶. Die Plate-bande wurde mit Sommerblumen wie Pelargonium, Cineraria, Lantana, Heliotrop, Petunien, Tagetes, Löwenmaul, Verbena, Alyssum, Nemesis u. a. besetzt³⁷. Von 1950—1963 bestand eine bunte, den Anlagen auf der Insel Mainau ähnliche Teppichbeetbepflanzung, überwiegend aus Begonia semperflorens³⁸.

Bei der Wiederherstellung des Broderiemusters wurden 1966, wie auch bei der Restauration von 1936/37, Blumen verwandt. Nach einer Idee von Prof. K. H. Meyer erfolgte ein ‚Anstrich‘ des Parterrebereichs, d. h. eine flächige Verwendung mehrerer (aber weniger) Farben. Hierfür wurden eigens gezüchtete Sorten (Klone) verwandt: Ageratum ‚Herrenhausen‘ (hellblau) und Ageratum ‚Berggarten‘ (dunkelblau) für die Plate-bandes; die Palmetten in den äußeren Parterrefeldern wurden mit Alternanthera paronychioides ‚Aurea Nana‘ und ihr Zentralpunkt mit Alternanthera amoena ‚Juwel‘ besetzt. Die großen Kreise (Abb. 6) wurden mit Alternanthera amoena ‚Rosea‘ ausgefüllt. Für die Buchspflanzungen wurde Buxus suffruticosus in Handelsware herangezogen³⁹. Eine Auslegung des Musters mit Blumen in allen Parterreteilen erfolgte jedoch nur im Jubiläumsjahr.

33 Wie Anm. 29.

34 Wie Anm. 4. Diese Aussage kann so nicht aufrecht erhalten werden. So gibt es einen Detailplan von Ch. L. Rémy de la Fosse vom Theaterbereich aus dem Jahre 1706 (Abb. 5) im Staatsarchiv Marburg; einen vom Blumengarten von J. W. Tatter aus dem Jahre 1767 (Nds. Hauptstaatsarchiv Hannover, 12c Herrenhausen 11 pk); einen Detailplan der Lindenstücke aus dem Jahre 1796 von Tändler (Nds. Hauptstaatsarchiv, 12c Herrenhausen 10 pk).

35 Von Alvensleben und Reuter, wie Anm. 1, 80.

36 Wie Anm. 4, 202.

37 Vgl. Karl-Heinrich Meyer, Einsatz modernster Technik zur Pflege eines 300 Jahre alten Gartens. In: Garten und Landschaft, 1965, 286.

38 Mdl. Auskunft Dr. Herklotz vom 17. 1. 1983, Hannover-Herrenhausen.

39 Wie Anm. 37.

Bereits 1967 übernahm farbiger Kies diese Funktion. Dafür wird Marmor in verschiedenen Farbtönen aus Oberitalien bezogen.

Eine Abänderung der Zusammenstellung der Pflanzenarten war unumgänglich, als es 1975 wegen Bodenmüdigkeit zum ‚Zusammenbruch‘ der Sommerbepflanzung kam. Es wurden jetzt *Santolina chamaecyparissus*, die F_1 -*Tagetes* ‚Yellow Nugget‘ (später Wechsel zu *Tagetes* ‚Golden Boy‘ aufgrund des billigeren Saatguts) und *Heliotrop arborescens* ‚Herrenhausen‘ verwendet.

Seit der 300-Jahrfeier wird um den 20. Mai herum die große Sommerbepflanzung vorgenommen. Die Herbstbepflanzung mit Stiefmütterchen in den Farben blau, gelb und weiß erfolgte in der zweiten oder dritten Oktoberwoche. 1982 wurde die Herbstbepflanzung gemäß Ratsbeschuß aus Kostengründen erstmalig ausgesetzt⁴⁰.

Die isolierten Streifen nördlich des Luststücks sind im Jahre 1983 folgendermaßen bepflanzt: Die beiden äußeren mit sieben geschnittenen Linden; die beiden inneren mit Rasen, in dem vier Buchshalbkugeln stehen. Jede dieser Halbkugeln ist von einer kleinen Buchshecke quadratisch umrahmt. Die Fläche dazwischen ist mit Kies ausgelegt.

Unmittelbar südlich an die Parterrefelder grenzten vier quadratische Fischteiche, die seit 1936 in steingefäßte und von Wasserspielen belebte Wasserbecken umgeformt sind. Bei der Erneuerung der Lindenreihe, die als geschnittene Baumwand die Fischteiche vom Parterre abschirmt, konnte 1936 deren zunächst angezweifelte Originalität, nämlich das Pflanzjahr 1722, durch Jahrringanalyse nachgewiesen werden⁴¹. Trotzdem ließ man sie 1936 weg⁴². Im Jahre 1983 ist allerdings wieder eine entsprechende Pflanzung vorhanden.

‚Schloßzone‘

Gartenseitiger Schloßhof

Der Schloßhof war im 18. Jahrhundert in einem geometrischen Muster gepflastert und wurde zum Luststück durch ein schmiedeeisernes Gitter zwischen gequaderten, mit Vasen gekrönten Sandsteinpfeilern abgeschlossen⁴³. Über eine Aufstellung von Pflanzen in demselben ist aus dem 18. Jahrhundert nichts bekannt. Seit der Beseitigung des Trümmerschutts des kriegszerstörten Schlosses breitet sich hier eine Rasenfläche aus.

40 Wie Anm. 38.

41 Vgl. Meyer, wie Anm. 19, 197.

42 Vgl. Wernicke, wie Anm. 3, 56.

43 Vgl. von Alvensleben und Reuther, wie Anm. 1, 26.

Ehrenhof

Der Ehrenhof oder Cour d'Honneur war der Nordfassade des Schlosses vorge-lagert. Die halbkreisförmige Umfassungsmauer ist innen mit Nischen gegliedert, vor denen heute Lorbeer-bäume unterschiedlicher Formen aufgestellt sind.

Blumengarten

Zwischen Galeriegebäude und Schloß, hinter der Kaskade, erstreckte sich der Jardin secret, d. h. der Privatgarten des Kurfürsten bzw. Königs. In unmittelbarer Nähe der Kaskade lag ein kleinräumig aufgegliedertes Boskett, in Entsprechung zum gleichen Bereich um die Grotte (Abb. 2). *Der Jardin secret östlich des Schlosses umschließt ein kleines Blumenparterre und einen Laubengang vom Schloß zur Galerie*⁴⁴. In den Plänen sind allerdings stets Baumreihen dargestellt (Abb. 2).

Die Grundrißaufteilung der Rabatte ist in den Plänen unterschiedlich wieder-gegeben. Für das Jahr 1767 gibt ein Detailplan von Gartenmeister Tatter Aufschluß⁴⁵. Vier kleine, langgestreckte Felder werden von einer Plate-bande ge-säumt, die an jeder Längsseite einen Durchlaß besitzt. Die Ecken der Plate-bande sind durch Pyramiden betont. In der Flucht der Süd- und Nordwand des Galerie-gebäudes verläuft je eine Baumreihe bis zum Schloß. Ost- und Westseite des Jar-din secret sind von einer Allee begrenzt. Dabei handelte es sich um Kastanien (*Aesculus hippocastanum*), wie aus einem Schreiben an die Rentkammer zu Han-nover aus dem Jahr 1767 ersichtlich ist. Tatter wollte diesen Platz für die Aufstel-lung weiterer Orangeriepflanzen in Anspruch nehmen und umgestalten. Dies wurde nicht genehmigt. Vielmehr empfahl man (von London aus), wegen des Schattendrucks der Bäume den einen oder anderen herauszunehmen⁴⁶. Über die Bepflanzung der Rabatten konnte nichts in Erfahrung gebracht werden.

Im August 1965 wurde in der Längsachse der Galerie das Foyer in einer Stahl-Glas-Konstruktion gebaut. Ein vor der Südfront des Foyers platzierter gußeiser-ner Verbindungsgang, in Teilen vom Schloß Montbrillant stammend, knüpft funktional als verbindendes Element an die ehemals vorhandenen Baumreihen an. Das verbleibende Terrain des ehemaligen Blumengartens nimmt seit 1966 eine eingerichtete Cafeteria ein⁴⁷. Im Sommer beleben Palmen der Orangerie die Flä-che.

44 Von Alvensleben und Reuther, wie Anm. 1, 26.

45 Siehe Anm. 34.

46 Wie Anm. 32, Blatt 99/100.

47 Vgl. Morawietz, wie Anm. 1, 184.

Orangerieparterre

Die Gebäude und die Aufstellung der Kübelpflanzen

Ursprünglich überwinterten die Pflanzen der Orangerie in den Flügeln des Schlosses und wurden im Bereich des Blumengartens aufgestellt. 1695 legte Charbonnier vor dem 1694 begonnenen, zuerst als reiner Orangeriebau konzipierten Galeriegebäude das Parterre à Oranges an⁴⁸. Hier fanden die Kübelpflanzen eine Aufstellung im Quadratverband, wobei die Mitte des Parterres durch eine 1696 errichtete Fontäne, im Schnittpunkt eines von den aufgestellten Kübeln erst gebildeten Kreuzweges, markiert wird (Abb. 3)⁴⁹. Der ständig steigende Pflanzenbestand machte 1720–23 den Bau des heutigen Orangeriegebäudes erforderlich.

Um das Orangeriegebäude ganzjährig für Veranstaltungen nutzen zu können, errichtete man westlich, außerhalb des Großen Gartens, im Jahre 1970 für die Kübelpflanzen eigene Gewächshäuser⁵⁰.

Das Orangerieparterre wurde 1966 als sogenannter geschachzabelter Garten angelegt. Auf vier quadratischen Feldern, einem Schachbrett ähnlich, in 49 helle und dunkle Felder unterteilt, wurden in Terrakottakübeln aus Oberitalien und Sizilien beschaffte Orangen- und Zitrusbäumchen plaziert. In der Achse des Mittelrisalits des Galeriegebäudes legte man die in Buchs und farbigem Marmorkies ausgebildeten Wappen des Kurfürsten Ernst August von 1696 und der Stadt Hannover an, während sich in Ost-West-Richtung zwei Rechtecke zwischen die geschachzabelten Kompartimente schieben⁵¹.

Die 1963 gekauften 500 Orangenbäumchen sind in den nachfolgenden Jahren alle eingegangen, so daß sich das Orangerieparterre heute im Sommer dem Besucher ohne den kennzeichnenden Pflanzenschmuck präsentiert.

Von den übrigen Orangeriepflanzen werden die Großbäume in der Zone zwischen Orangerie und Galerie aufgestellt; die durch ihre Blüten besonders auffälligen in der Längsachse der Orangerie zwischen deren Westseite und der Ehrenhofmauer sowie vor der Nordfront des Foyers.

Der Pflanzenbestand der Orangerie

Bereits 1655 waren aus Venedig die ersten Orangen nach Herrenhausen gekommen⁵²; zwei Jahre zuvor Granatapfelbäume, von denen sich einer bis heute erhalten hat.

48 Vgl. von Alvensleben und Reuther, wie Anm. 1, 56 und 62.

49 Deutlich zu erkennen auch bei Sasse, „Faciata der Gallerie...“, um 1740; abgebildet bei von Alvensleben und Reuther, wie Anm. 1, 22; Katalog Herrenhausen, wie Anm. 15, 134.

50 Wie Anm. 38.

51 Wie Anm. 5.

52 Vgl. Morawietz, wie Anm. 1, 100.

Durch eigene Anzucht und Zuerwerb wurde der Pflanzenbestand der Orangerie bis Ende des 18. Jahrhunderts ständig vermehrt. *So fanden sich denn in Herrenhausen neben den reinen Kübelpomeranzen viele Auslese- und Zuchtformen, dazu vielfältige Variationen von Wildarten aus der gesamten Gattung Citrus*⁵³. Das eingangs zitierte Inventar von 1714 unterscheidet zwischen ‚wilden‘ und ‚oculirten‘ Pflanzen, insgesamt sind 389 Exemplare der Gattung Citrus verzeichnet⁵⁴.

Neben diesen ‚klassischen‘ Pflanzen der Orangerie umfaßt dieselbe zahlreiche zu Kugeln oder Pyramiden gezogene Lorbeerbäume, Granatäpfel, Oleander, Myrthen, Jasmin und Cypressen, Gewürzpflanzen wie Pfeffer und Rosmarin, Blumen wie gefüllte Levkojen, Malven, Primeln, Narzissen, Iris, Hyacinthen, Anemonen u. v. a. m. 1714 mußten aus Platzmangel 35 Granatäpfel weggeworfen werden. Zwei ‚verguldete‘ Buchsbäume werden wohl zur Markierung einer zu betonenden Situation (z. B. eines Eingangs) gedient haben.

Die Bäume erreichten im Laufe der Zeit eine stattliche Höhe, wie aus einem Besichtigungsprotokoll vom 23. Januar 1764 zu entnehmen ist, wo es heißt, daß in der Galerie Lorbeerbäume bis an den Plafond der Decke reichen⁵⁵.

Eine Übersicht des heutigen Pflanzenbestandes der Orangerie gibt die im Anhang stehende Liste. Hinsichtlich der Artenzusammensetzung lassen sich nur wenige Berührungspunkte zum frühen 18. Jahrhundert feststellen. Die für eine Orangerie namensgebenden Orangen- und Zitrusgewächse fehlen; ihre Stelle nehmen Palmen und zahlreiche Großbäume ein.

Während Stauden nur mit zwei Gattungen vertreten sind, fehlen (Zwiebel-) Blumen überhaupt. Die großblütigen, farbintensiven Pflanzen, wie z. B. die Fuchsia-Hybriden, repräsentieren heutige Züchtungserfolge.

Feigengarten

Der Feigengarten wurde an seiner Südseite durch ein Boskettquartier und die Grotte begrenzt (Abb. 2). An eine freistehende Schloßküche hatte man 1694 ein Gewächshaus zur Anzucht von Feigen errichtet, das drei Jahre später abbrannte, aber sofort wieder aufgebaut wurde⁵⁶. Wie der Melonengarten ist er durch Spalierwände und einen Laubengang geteilt⁵⁷. Die Vogelschau des Großen Gartens (Abb. 1) läßt einen Bogengang erkennen, woran wohl Wein emporgezogen wurde. 1713 bittet Charbonnier um 100 Stück solcher Bögen für den ‚Weinstock im

53 Karl-Heinrich Meyer, Ein ‚Parterre des Oranges‘ in Hannover-Herrenhausen. In: Garten und Landschaft, 1964, 35.

54 Siehe Anhang.

55 Wie Anm. 30.

56 Wie Anm. 8, Nr. 4824.

57 Wie Anm. 24.

Contrepaaille', da die alten veraltet seien⁵⁸. Es ist unklar, ob sich das ‚Contrepaaille' im Feigengarten befand.

Aus einer ‚Spezifikation' Brand Westermanns vom 3. Februar 1710 geht hervor, daß sich in dem ‚zweg (unleserlich) Apfelstück' (damit ist wohl der Feigengarten gemeint, da der angrenzende Melonengarten auch als ‚Apfelstück' bezeichnet wird) acht Riegen Weinstöcke befinden, jede 230 Fuß lang⁵⁹.

In der Legende der um 1714 gezeichneten Vogelschau des Großen Gartens ist der Melonengarten als ‚Le jardin à Fleurs et la Melonerie' bezeichnet. Das Inventarium von 1714 beschreibt ein Blumenparterre wie folgt (ob sich dieses Blumenbeet im Melonen- oder Feigengarten befunden hat, läßt sich nicht eindeutig feststellen):

Das Blumenbette so zwischen den Gewächshäuser und Schloß ist. So bestehet in Vier Theilung, welche Felder sind mit Buchsbaum bepflantz, auch um der Theilung der Rabatten, nemblich

1. Acht Felder mit guten Tulpen
2. Zehn Felder mit Hyacinten
3. Vier Felder mit Crocus
4. Drey Felder mit Colgicum (Colchicum autumnale)⁶⁰
5. Zwey Felder Tazetz Narzissen (Narcissus tazetta)
6. Zwey Felder mit Auricula (Primula auricula)
7. Zwey Felder mit Primula veris (Primula veris)
8. Ein halb Feldt mit Jonquillien (Narcissus jonquilla), das andere halbe Feldt mit Spanischen Iris (Iris iberica) und 20 Stück mit Dens caninis (Erythronium Dens-canis)
9. Ein Feldt mit jüngeren Tulipanen
10. Ein Feldt mit schlechten Iris Bulbosa (?)
11. Ein Feldt mit Hyacinten Muscata (Muscari)
12. Ein Feldt mit Iris Tatarica (?)

Die Rabatte und die Felder herum bestehen in Peonien, weißen Lilien, allerhand Iris, als Iris humilis (evtl. Iris pumila), Iris florentina, Iris Iberica (Iris iberica), Iris Germanica, Item Martegons (Lilium martagon), Weiß Narzissen, Auricula (Primula auricula) und Primula veris, auch Crona Imperialis (Fritillaria imperialis), Aculea (vermutlich Aquilegia vulgaris), Granis Aster (?), Rothe violen (evtl. Hesperis matronalis), Rabarberum verum (vermtl. Rheum rhaponticum). Noch ein Rabat unter den Indianischen Castanienbäumen (Aesculus hippocastanum),

58 Wie Anm. 8.

59 Wie Anm. 56.

60 Die Angaben in den Klammern sind von den Verfassern hinzugefügt und geben die heutigen botanischen Namen wieder. Zur Nomenklatur wurden die Werke von Heinrich Marzell, Wörterbuch der deutschen Pflanzennamen, Bd. 1—5, Leipzig 1943—1979; Alfred Rommel, Die Entstehung des klassischen französischen Gartens im Spiegel der Sprache, Berlin 1954; Robert Zander, Handwörterbuch der Pflanzennamen, Stuttgart 1979, 11. Aufl., verwandt.

welches die Hälfte gepflanzt ist mit allerhand Wein, oder Salat Kräuter. Die andere Hälfte ist ledig gewesen.

In diesen Feldern befinden sich 4 Stauden *Colutea* (*Colutea arborescens*) genannt⁶¹.

65 Stück Feigenbäume für die ‚Figerie‘ wurden noch am 25. April 1757 von den Erben des General-Auditeurs Reineken für 100 Reichstaler in Gold gekauft⁶².

1966 wurden im Feigengarten, nun eine lediglich mit Rasen begrünte Fläche, drei kleine Gewächshäuser für Melonenzucht hergerichtet⁶³. Ferner finden sich 1983 vor: acht Frühbeete sowie zur nördlichen Abschlußmauer hin eine Anzuchtfläche für Hainbuchen (Abb. 6).

Melonengarten

Dem Orangeriegarten, vor der Südfront des Galeriegebäudes, entspricht im Westteil des Großen Gartens der ‚Jardin à melons et fruits‘, auch das Apfelstück genannt. 1677 war hier ein erstes kleines Gewächshaus für Kübelpflanzen errichtet worden. Im Jahre 1706 wurde, zugleich mit dem Bau der nördlichen Abschlußmauer, dieser Bereich fertiggestellt, der durch Spaliermauern in drei Teilen geteilt wird⁶⁴.

Im Melonengarten kultivierte man Melonen, für deren Anzucht glockenförmige Melonengläser verwendet wurden. Ferner wurden Wein, Pfirsiche und Aprikosen gezogen. Am 3. Februar 1711 beurteilte Bauverwalter Brand Westermann ein Gesuch Charbonniers um Lieferung ‚zur Bebindung des Weinstocks im hiesigen Garten‘ abschlägig. *Es hat der Gärtner Charbonnier die Pfirsich und Aprikosenbäume, sambt den Weinstöcken, in denen Espaliers vollkommen mit alten Mist bedeckt . . . und bedarf es zur bedeckung der Bäume und Weinstöcke im Apfelstück über 20 Steigen Stroh nicht*⁶⁵.

Schilfwände schützten die empfindlichen Kulturen in den Mistbeeten gegen kalte Winde⁶⁶. Ein Teil der Pfirsich- und Aprikosenbäume sowie der Weinstöcke wurde unter Glas gezogen, wobei die erwähnten ‚Kasten‘ wohl als kleine Gewächshäuser vorzustellen sind.

An der Stelle des Melonengartens befindet sich seit 1936 der Werkhof und seit 1962 auch die Steuerzentrale für die technischen Einrichtungen des Großen Gartens⁶⁷.

61 Wie Anm. 8, Nr. 4657.

62 Wie Anm. 8, Nr. 4553.

63 Vgl. Morawietz, wie Anm. 1, 186.

64 Vgl. Morawietz, wie Anm. 1, 105 und 124.

65 Wie Anm. 20.

66 Wie Anm. 8.

67 Vgl. Morawietz, wie Anm. 1, 182.

„Boskettzone“

Heckentheater

Amphitheater und Theater wurden in den Jahren 1689—92 errichtet. Sie waren die einzige künstliche Erhebung im Großen Garten, wo zur Steigerung der Raumwirkung Treppen und Terrassierungen eingesetzt waren. Dennoch fällt gerade im Theaterboskett den Pflanzungen an der Raumbildung ein wesentlicher Anteil zu. Das Gartentheater *war durch Heckenwände, die in regelmäßiger Folge zu den Seiten hin Cabinets einschlossen, so gegliedert, daß ein zentralperspektivisch sich verjüngender Gartenraum entstand. . . . Verstärkt wurde der Tiefenzug des Raumes durch Baumreihen. Sie folgten in ihrem konvergierenden Verlauf der mittels Heckenkulissen gebildeten, sich verjüngenden Raumflucht, überschrmt den Raum partiell, bildeten die höchsten Seitenwände des Boskettraumes und betonten die zentrale Sichtachse. Vergoldete Bleifiguren schmückten und belebten den Prospekt im Wechsel mit kegelförmig und tellerförmig gestuft geschnittenen Taxussträuchern*⁶⁸.

Ein Stich von Sasse, um 1740 entstanden, veranschaulicht dies⁶⁹. Der Abstand der Kulissenhecken betrug vorn 16 m, hinten 8,50 m⁷⁰, die Anzahl der Hecken betrug nach dem Plan von Ch. L. Rémy de la Fosse aus dem Jahre 1706 (Abb. 5) 12 Stück.

Neben den seitlichen Futtermauern war auch die Stirnmauer der Bühne durch eine Hecke maskiert. In einem Kupferstich von Le Rouge von 1776⁷¹ ist sie mit über die Futtermauer hinausragendem Bogenabschluß dargestellt, während Sasse sie um 1740 mit einer geradlinigen Oberkante abbildet.

Bei einem Orkan wurden 1956 die mittlerweile durchgewachsenen Linden auf der Bühne des Theaters entwurzelt und mußten durch neue — nunmehr wieder geschnittene Linden — ersetzt werden, so daß der ursprüngliche Raumeindruck wiederhergestellt ist⁷². Zwischen den vergoldeten Figuren stehen heute nur noch kegelförmig geschnittene Taxusbäumchen. Die seitlichen Kabinette sind entfallen.

Die 1936 vor der Stirnmauer eingesenkte Orchestergrube war um 1966 noch mit einer Hecke maskiert; heute ist das nicht mehr der Fall. Statt dessen stehen während der Spielsaison niedrige Kugellorbeerbäume am vorderen Rand der Orchestergrube (Sommer 1983). Durch 1936 geschaffene Heckenvorräume, die

68 Dieter Hennebo und Erika Schmidt, Das Theaterboskett. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, 1978, 220.

69 Ebd., Abb. 6.

70 Vgl. von Alvensleben und Reuther, wie Anm. 1, 59.

71 Abgebildet bei Hans Reuther, Eine Darstellung des Herrenhäuser Gartentheaters in „Jardins Anglo-Chinois“ von Le Rouge. In: Niederdeutsche Beiträge zur Kunstgeschichte, Bd. 5, 1966, 199.

72 Vgl. Morawietz, wie Anm. 1, 174.

Theater und Amphitheater zu einer räumlichen Einheit verknüpfen, wird ein Charakteristikum des Großen Gartens, nämlich die Betonung der Querwege, empfindlich gestört.

Amphitheater

Der Zuschauerraum, das Amphitheater, erhebt sich sieben Stufen über das Niveau des Parterres empor. Es wurde seitlich und rückwärts durch eine halbkreisförmige, nach außen durch eine Hecke maskierte Futtermauer gefaßt, wobei die Hecken die Oberkante der Futtermauer überragten, auf der vergoldete Bleifiguren standen. *Parallel zur Stützmauer war eine Baumreihe gepflanzt, die den Raum partiell überschirmte und seine höchste Wand darstellte. . . . In der Symmetrieachse des Binnenraumes war eine von Figuren flankierte Sichtschneise in die Hecken geschnitten*⁷³. Sie ließ den Blick auf den Mittelrisalit des Galeriegebäudes frei.

Im wesentlichen präsentiert sich das Amphitheater auch heute in dem oben beschriebenen Zustand. Die vergoldeten Figuren auf der oberen Abschlußkante fehlen. *Eine wesentliche Verbesserung der Gesamtwirkung wurde sodann noch dadurch erreicht, daß eine enggestellte Reihe starker Linden, die schon in breite Kastenform geschnitten sind, auf der oberen Plattform des Zuschauerraumes angepflanzt wurden*⁷⁴. Dies, 1936 ausgeführt, ist bis heute übernommen, wobei die ursprünglich ausgebildete Sichtschneise in der Symmetrieachse fehlt.

Königsbusch

Nach Alvensleben und Reuther entstand dieses Kompartiment gleichzeitig mit dem Theater. *Ein System von Gängen mit ovalen, runden und rechteckigen Erweiterungen gliedert das Quartier in sich. Das Amphitheater schneidet halbkreisförmig hinein*⁷⁵ (Abb. 5).

Auf die Binnengliederung durch Heckenwände wurde 1936 verzichtet.

Spargelbusch

Die westlich des Luststücks liegenden Bosketts wurden nach Alvensleben und Reuther ‚später‘ als Spargelbusch bezeichnet⁷⁶. In einem Schriftstück vom 1. Dezember 1796 wird dieser Bereich als ‚materialienbusch‘ angegeben⁷⁷.

Das südliche dieser Bosketts war *mit Rundwegen erschlossen, die einen kreisförmigen Platz umgaben und in Heckenkabinetts führten. Das zweite bildete ein*

73 Wie Anm. 68, 219.

74 Wie Anm. 3, 60.

75 Von Alvensleben und Reuther, wie Anm. 1, 60.

76 Wann dieses ‚später‘ anzusetzen ist, wird nicht erläutert.

77 Wie Anm. 32, Blatt 154.

*System von einander überlagernden Rundwegen und orthogonal verlaufenden Wegen. Sie umgaben einen quadratischen Platz (Abb. 2)*⁷⁸.

1936 wurde anstelle des nördlichen Bosketts ein aus Hainbuchenhecken gebildetes Labyrinth auf oktagonalem Grundriß, mit zentralem Holztempel als Vogelvoliere und rahmenden Bosketträumen, angelegt. Vorbild war ein Entwurf zum Großen Garten aus der Zeit um 1674. Als Gegenstück zum Heckentheater wurde eine Aussichtsterrasse errichtet, die mit geschnittenen Linden bepflanzt ist. Den Raum dahinter nimmt seit 1965 eine Probehühne in den Abmessungen des Heckentheaters ein⁷⁹.

Lindenstücke

Östlich und westlich an die Fischteiche stoßen zwei mit Linden besetzte Flächen, die Lindenstücke. Der Plan von Landersheimer (Abb. 2) zeigt in diesen zwei heute fehlende Diagonalwege (Abb. 6). Nach einem Plan von Tänzler aus dem Jahre 1796 standen die Linden in elf Reihen, auf Lücke gepflanzt⁸⁰. Damals wurden die Lindenstücke zusätzlich rahmenden Hecken entfernt⁸¹.

Im Jahre 1983 stehen die Linden in sechs bzw. sieben Reihen (im westlichen Lindenstück) und sind kastenförmig geschnitten.

Bosketts

Zwischen Luststück und dem Nouveau Jardin befanden sich Bosketts. Von den acht kleineren, die die Breite des Luststücks einnahmen, waren die vier inneren und die vier äußeren im Grundriß einander spiegelbildlich zur Mittelachse des Gartens ausgeformt. Je ein großes Boskett schloß sich nach außen an diese acht kleinen an (Abb. 2).

Bei der Restaurierung des Gartens von 1936/37 blieben von diesen Bosketts nur das westliche und das östliche erhalten. Im Mittelpunkt dieser Heckenräume wurden Säulentempel aus Holz, angeblich nach holländischem Vorbild, als Zutat neu errichtet und die kleinen Innenräume durch runde Wasserbecken oder Buchsfiguren ‚verschönt‘⁸².

In den acht kleinen Bosketts wurden Sondergärten angelegt, die den Anspruch erheben, die Entwicklung der Gartenkunst von der Renaissance bis zum Ende des architektonisch geformten Gartens darstellen zu wollen.

Diese Sondergärten haben mit der ursprünglichen Struktur des Großen Gartens nichts zu tun. Bei der Restauration 1966 wurden sie unverändert übernommen.

78 Wie Anm. 68, 218.

79 Vgl. Morawietz, wie Anm. 1, 167 und 184.

80 Siehe Anm. 34.

81 Wie Anm. 32, Blatt 153.

82 Wie Anm. 4, 203.

Der niederdeutsche Blumengarten

Der niederdeutsche Blumengarten wird durch *verspielt geschnittene Buchsbäumchen* und eine *üppige Blumenfülle auf schlichten Vierecken* belebt⁸³. Heute befinden sich folgende Arten darin:

Heliotropium arborescens ‚Madame Poschinger‘

Heliotropium arborescens ‚Herrenhausen‘

Lantana camara

Begonia semperflorens

Lobularia maritima

Celosia argentea

Felicia tenella

Senecio bicolor

Helichrysum arenarium

Der Renaissancegarten

Dieser Garten ist dem 1620 angelegten Knotenparterre des Hortus Palatinus am Heidelberger Schloß nachgebildet⁸⁴. Er zeigt vier verschiedene, von Buchsbäumchen umsäumte Kreuzbandmuster von farbigem Kies. 1936 waren die Ecken der vier Felder durch Buchsbaumkugeln betont⁸⁵. Diese fehlen heute. Im Garten sind keine Blumen vorhanden.

Der Barockgarten

Auch hier ist in vertiefter Lage das Ornament nur mit Buchsbaum und farbigem Kies ausgelegt. Drei Ecken sind durch Taxuskegel akzentuiert.

Der Rokokogarten

Der Garten besteht aus Rasenflächen, die ein Stickereimuster aus Buchs ziert. Auf dem rahmenden Mäuerchen stehen im Sommer 1983 vier Schalen mit Pelargonien.

Der niederdeutsche Rosengarten

Er soll einem holländischen Bürgergarten nachgebildet sein. In mit Buchs eingefassten Beeten ist er mit Halb-, Hochstamm- und Beetrosen bepflanzt. Insgesamt werden hierfür etwa 4—5 Sorten, u. a. Polyantharose ‚Schneewittchen‘ und Edelrose ‚King Ransom‘, verwandt.

⁸³ Morawietz, wie Anm. 1, 168.

⁸⁴ Vgl. von Alvensleben und Reuther, wie Anm. 1, 83.

⁸⁵ Vgl. Abb. bei Wernicke, wie Anm. 3, 63.

Der Rasengarten

Er besteht aus einem vertieft angelegten Rasen mit Rasenböschungen und ist einem Gartenteil aus der Favorit in Mainz nachgebildet⁸⁶. 1983 sind hier vier säulenförmige Lorbeerbäume in Kübeln aufgestellt.

Der Inselgarten

Auf einer von einem Wassergraben umschlossenen Insel ist ein Buchsornament auf einen Kiesgrund gelegt. Im Sommer werden Kübel mit *Agapanthus praecox ssp. orientalis* aufgestellt.

Der Springwassergarten

Schmale Kanäle begleiten einen Rasenteppich, den ein Buchsornament auf hellem Kiesgrund nach einem Lenôtre'schen Vorbild ziert⁸⁷.

Nouveau Jardin

Der *Nouveau Jardin* ist durch Alleen geviertelt; jedes Viertel wird durch Diagonalen in teils abgestumpfte Dreiecke, die sogenannten Triangel, zerlegt (32 Stück). *Vier von diesen Triangeln stattet Charbonnier mit Bäumen aus und nennt sie ‚bosquets‘. Die anderen Triangel besetzt er mit Obstbäumen*⁸⁸. Der Plan von Landersheimer (Abb. 2) zeigt jedoch fünf Triangel als Bosketts ausgebildet; Sasse wiederum nur vier, die sich alle um den nördlichen Halbmond gruppieren (Abb. 3).

Im Inventarium von 1714 sind die Inhalte der einzelnen Triangel genau beschrieben. Zunächst werden die äußeren (19 Stück) aufgezählt. Hierin liegen auch die fünf Bosketts, die unerwähnt bleiben.

*In den Neuen Garten als In den ersten Triangel befinden sich allerhand Sorten Zwergbäume von Kirschen, so bestehen in 64 Stücke
In den andern Triangel, Birn und Appelbäume
In den dritten Triangel alles gegraben Land
In den vierten Triangel auch nichts als gegraben Land
In den 5 tn Triangel ebenmäßig gegraben land
In den 6 tn Triangel ist eine Ecke bepflanzet mit jungen Stämmen so sich befindet mit 8 jungen Kirschbäumen so gepfropft, Item hochstämmige Appelbäume
5 Stücke Niedrige Appelbäume
16 Stücke Hochstämmige Lindenbäume
In den 7 tn Triangel 47 Birn und Appelbäume
In den 8 tn Triangel 43 Kirschbäume*

⁸⁶ Wie Anm. 4, 204.

⁸⁷ Vgl. Wernicke, wie Anm. 3, 62.

⁸⁸ Von Alvensleben und Reuther, wie Anm. 1, 62.

*In den 9 tn Triangel befinden sich 2 Felder mit Tulpen, Crocus und Hyacinten
 In den 10 tn Triangel befindet sich nichts als eine gantze Partey vicebonen Stöcke
 (Phaseolus vulgaris)⁸⁹
 In den 11 tn Triangel befindet sich nichts
 in den 12 tn nichts
 In den 13 tn finden sich 44 Kirschbäume so Zwergbäume sind
 In den 14 Triangel sind 58 Appel und Birnbäume
 In den 15 Triangel sind Linden gepflanzt
 In den 16 tn Triangel ist nichts als Erbs Stiefeln so alt seyn
 In den 17 tn Triangel sind 6 Stück Süße Castanienbäume (Castanea sativa)
 In den 18 tn Triangel sind 56 Stück Birn und Appelbäume
 In den 19 Triangel sind 60 Stück Pflaumenbäume*

Anschließend werden die acht Triangel um die Fontäne herum beschrieben.

*Die Triangel um den großen Bassin Linkerhand
 In den Ersten ist nichts darin
 In den 2 tn sind drey Birnbäume
 In den 3 tn sind drey Aspargesbette (Asparagus officinalis) und 1 Feld mit Cogle-
 arium (Cochlearia officinalis), ½ Feld Rauchte (vermutlich Ruta graveolens),
 1 Feld Salvey (Salvia officinalis)
 In den 4 tn Triangel sind 42 wilde Appelbäume und 34 wilde Pflaumenstämme,
 19 Stücke wilde Kirschenstämme von die Süßen oder peiselbern (? , unleserlich)
 der 5 te ist ledig
 der 6 te ist halb bestellt
 der 7 te Triangel hat 20 Felder mit Holländischem Asparges und 1 Rumpf vicebo-
 nenstiefeln, so alt seyn
 In den 8 tn Triangel findet sich nichts . . .⁹⁰.*

Es ist anzunehmen, daß das ‚gegrabene Land‘ für die Bestellung mit Nutzpflanzen gebraucht wurde. Möglicherweise handelte es sich um Küchenpflanzen. Es ist noch nicht bestellt, da das Inventarium im April aufgenommen wurde.

Für die Bestellung mit Küchenpflanzen spricht eine Eingabe vom 20. September 1723 des Gärtners Löppentien an die Kammer, daß *Ihro Königl. Majestät resolviret, die im Lustgarten zu Herrenhausen befindlichen Triangul fortan nicht mehr mit Küchengewächsen, sondern statt dessen mit Obstbäumen zu bepflanzen*⁹¹. Löppentien hält das für vorteilhafter, weil dann das Mistfahren in den Garten entfalle, das stets Schaden auf den Alleen verursacht habe. Aus dem Jahre 1715 liegt eine Aufstellung über die Pflanzen des Küchengartens zu Herrenhausen vor, der im Bereich des heutigen Berggartens lag (siehe Anhang). Für die Triangel dürften die gleichen Pflanzen in Frage kommen.

89 Wie Anm. 60.

90 Wie Anm. 61.

91 Wie Anm. 62.

1723 fertigte Löppentien außerdem eine ‚Spezifikation‘ von Bäumen an, die er statt der Küchengewächse in die Triangel pflanzen möchte (siehe Anhang).

Die Anzahl der Triangel beträgt auch heute noch 32. Im Jahre 1936 waren von den Obstbäumen — es dürfte sich dabei kaum um die ursprünglichen gehandelt haben — nur noch kranke Reste vorhanden⁹². Daher wurden die Triangel 1936 mit einheimischen, teilweise aber auch mit fremdländischen Waldbäumen und Sträuchern bepflanzt. Dies geschah, um den Nouveau Jardin reizvoller zu gestalten und die Wirkung der Blicklinien in den breiten Wegen gewaltig zu steigern⁹³.

An Arten finden sich im Jahre 1983 u. a.: *Quercus robur*, *Acer platanoides*, *Carpinus betulus*, *Sorbus aucuparia*, *Sambucus nigra* und *Symphoricarpos*. Der Bestand soll demnächst gelichtet werden⁹⁴.

Vollmond und Halbmonde

Ursprünglich enthielten der Vollmond und die Halbmonde keine Bepflanzung (Abb. 2). Im Zuge der Restaurierung von 1936/37 wurden sie mit Rasen begrünt. Heute enthalten sie außerdem Beete und die Halbmonde auch noch ein Ornament mit *Tagetes*, *Ageratum*, ‚Herrenhausen‘ und Rosen in Sorten (Abb. 6).

Hecken

Auf der Vogelschau (Abb. 1) ist zu erkennen, daß alle geschnittenen Hecken von Kugelbäumen überhöht sind. Auch Alvensleben und Reuther schreiben, daß früher die obere Abschlußlinie der Hecken von Kugelbäumen belebt wurde⁹⁵. Diese Aussage wird unterstützt durch einen bei Le Rouge ausschnitthaft dargestellten Teil des Heckentheaters⁹⁶. Im Plan von Ch. L. Rémy de la Fosse (Abb. 5) sind deutlich Baumstandorte in den Hecken eingetragen. Die Annahme, daß auch die übrigen Hecken im Garten dergestalt behandelt waren, scheint berechtigt. Sasse zeigt um 1720 allerdings keine Bäume in den Hecken (Abb. 3).

Bei diesen Bäumen müßte es sich um Kastanien und Linden gehandelt haben.

Nach einem großen Sturm bittet Martin Charbonnier am 21. Februar 1715 um die Lieferung 200 junger Linden, am 22. Februar um Pfähle und Stangen, um die Bäume daran zu binden. Westermann prüft am 27. Februar die Angelegenheit und schreibt: . . . 2. *Im alten Garten, bey den Linden so in den Hecken stehen 16 Stk. Stangen . . .*⁹⁷. Am 16. Oktober 1717 bittet E. A. Charbonnier darum, *daß die Quadersteine, so in hiesigen Königl. Lust-Garten unten an den Hecken form Orannien Platz, und so genannnte Apfelstücke liegen, möchten weggebracht,*

92 Wie Anm. 4.

93 Wie Anm. 3, 63.

94 Wie Anm. 38.

95 Wie Anm. 24.

96 Wie Anm. 71.

97 Wie Anm. 8.

*und anderwärts employt werden, und zwar auß dieser Ursache: daß 1.) die Hecken Castanienbäume, so daselbst stehen, ihren besseren Wachsthumb erlangen und bekommen möchten, . . .*⁹⁸.

Es muß offenbleiben, ob mit ‚in den Hecken‘ oder ‚Hecken Castanienbäume‘ tatsächlich eine Baumstellung in den Hainbuchenhecken gemeint ist oder sich diese Aussage nicht auf den Raum zwischen Heckenwänden bezieht.

Ebenso wie früher bestehen die Hecken auch heute aus Hainbuchen, jedoch ohne Kugelbäume darüber. Ein Teil der Hecken stammt noch aus der Zeit der ersten Restauration zwischen 1831 und 1866. Während die Hainbuchen früher aus den kurfürstlichen bzw. königlichen Forsten bezogen wurden, kommen sie heute vom freien Markt oder aus der städtischen Baumschule⁹⁹.

‚Umfassung‘

Auf der äußeren Umfassungsallee haben, nach einem Stich von Sasse um 1740, kegelförmige (Taxus)-Bäumchen zwischen den Linden gestanden¹⁰⁰. Eine Baumreihe fehlt auf dem Sasse-Stich.

Ob, wie Alvensleben und Reuther behaupten, ursprünglich die Lindenalleen des Großen Gartens im Kontrast zu den geschnittenen Hecken frei wuchsen und erst um die Mitte des 18. Jahrhunderts gestutzt wurden, läßt sich aus den zeitgenössischen Ansichten schwerlich herauslesen¹⁰¹. Es ist ja auch zu bedenken, daß junge Bäume noch überhaupt keines Schnittes bedürfen, weil sie mit ihren kleinen Kronen die Blickachsen nicht beeinträchtigen. Die Unterlassung des Schnitts in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ist wohl weniger ein Aufgeben der ‚Stilisierung‘, als auf nachlassende Pflege zurückzuführen.

Zur Breite der Alleen und dem Abstand der Bäume in denselben schreibt E. A. Charbonnier 1726 folgendes: *Die Breite der Mittel Allée an dem großen Bassin ist 53 fuß. Die kleine Contre Allée hat 26 fuß. Die große Allée an dem Canal, und zwar die große Mittel Allée hält in die Breite 59 fuß. Die Contre Allée aber 27 fuß. Die Bäume, womit die Allée besetzt, stehen 21 fuß voneinander*¹⁰².

Im Jahre 1983 sind alle Alleen wieder geschnitten. Bei der Wiederherstellung der Wege wurden 1936/37 die stark staubenden Reit- und Radwege längs der Graft als Rasenstreifen angelegt oder in Fußwege umgewandelt. Die beiden Lindenalleen südlich und nördlich längs den Sondergärten sind eine Zutat aus den Jahren 1936/37¹⁰³.

98 Ebd.

99 Wie Anm. 38.

100 Abgebildet bei von Alvensleben und Reuther, wie Anm. 1, 51.

101 Vgl. von Alvensleben und Reuther, wie Anm. 1, 62.

102 Wie Anm. 8, Nr. 4555.

103 Vgl. Wernicke, wie Anm. 3, 56 f.

Charakterisierung des Pflanzenbestandes im frühen 18. Jahrhundert

Man ist heute geneigt, das Zeitalter des Barock mit seiner überschwenglichen Fülle in den architektonischen Erscheinungsformen als ein Zeitalter der reinen Repräsentation anzusehen, in dem alles auf diese eine Funktion ausgerichtet sein mußte.

Die voranstehenden Abschnitte über die Pflanzen des Großen Gartens, ihre Erscheinungsformen und Arten, lassen jedoch erkennen, daß weite Gartenteile der Anzucht von Nutzpflanzen vorbehalten sind.

Auch Nutzpflanzen unterliegen in ihrer Behandlung einer Rangfolge. Daher finden sich die edleren von ihnen wie Melonen, Feigen, Wein, Pfirsiche und Aprikosen in unmittelbarer Nähe zum Schloß in eigenen Gärten. Zweifellos sind sie auch als Repräsentationsobjekte zu betrachten, wurde doch z. B. die Melonenzucht im 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts geradezu als Kult betrieben. An die Stelle der Melone trat später die Ananasfrucht.

Für ihre Kultur in Hausnähe dürften daneben praktische Überlegungen eine Rolle gespielt haben, da diese Früchte zum Teil unter Glas herangezogen wurden und in der kalten Jahreszeit besonderer Kontrolle und Pflegemaßnahmen wie das Heizen der Glashäuser und anderer Vorkehrungen gegen den Frost bedurften.

Die einfachen Küchengewächse dagegen werden weit ab vom Schloß, hinter hohen Hecken versteckt, kultiviert. Auch bieten die Triangel hinreichenden Raum für die Anzucht von Obstbäumen, die zur Blütezeit im Mai zur farblichen Belebung des Nouveau Jardin, im Kontrast zu den um diese Jahreszeit sich allmählich begrünenden Hecken und Alleen, beitrugen. Ein Aspekt, der heute gänzlich fehlt.

Eindeutigen Repräsentationscharakter besitzen die Pflanzen der Orangerie. Mit ihnen konnte man nicht genug prunken. Nicht nur, daß man stets danach trachtete, die Zahl der Citrusgewächse zu vermehren, man scheute auch keine Kosten, sie in eigenen Bauwerken, den Orangerien, zur Schau zu stellen. Beides sind Entwicklungen, die auch in Herrenhausen zu beobachten sind.

Über die Vermehrung des Orangeriebestandes geben die Inventare hinreichend Aufschluß. Dabei waren nicht nur die Gehölze neben den obligatorischen Orangen- und Zitronenbäumchen vertreten, auch zahlreiche Stauden, vor allem ausländische, finden sich unter den Pflanzen der Orangerie. An Blumen und Zwiebelgewächsen verzeichnet ein Inventar aus der Mitte des 18. Jahrhunderts (1752)¹⁰⁴:

104 Wie Anm. 61.

	<i>Stk. Pflanzen</i>	<i>Stk. Zwiebeln</i>
<i>Ein Nelken Flohr der besten Sorten</i>	200	
<i>Ein Auriculn Flohr von 130 Sorten</i>	300	
<i>Ein rothe Lielien Flohr</i>		50
<i>Ein Hyacinthen Flohr</i>		200
<i>Ein gefüllte Tuberosen Flohr</i>		200
<i>Ein Tulipanen Flohr</i>		200

Welche Blumen im Privatgarten des Kurfürsten herangezogen wurden, wissen wir nicht. Auch die Bestellung des westlich des Schlosses gelegenen Blumenbeetes im Sommer — das Inventar von 1714 vermittelt lediglich den Frühjahrsaspekt — bleibt unklar.

Offen muß die Frage bleiben, in welcher Weise und mit welchen Blumen das Luststück geziert war. Eines dürfte allerdings aufgrund der alten Pläne sicher sein, daß nämlich seine Struktur eine völlig andere als die heutige war. Wie schon angedeutet, weisen die Pläne auf die Ausprägung der vier inneren Parterrefelder als Parterres à l'Angloise, der äußeren als einfache Rasenparterres, jeweils umgeben von einer mit Zierbäumchen besetzten Plate-bande, auf der nach d'Argenville Blumen stehen können¹⁰⁵.

Wenn die Plate-bande mit Blumen geziert war, war sie auch in Form eines sogenannten Eselrückens (dos d'âne) überwölbt und die Pflanzen nicht in perfekt ausgezirkelter Anordnung gepflanzt, wo die Einzelpflanze in der Masse untergeht (vgl. Abb. 8—10). War sie aber als Rasenrabatte ausgebildet, blieb sie ohne Blumen und völlig eben (plate-bande unie et plate)¹⁰⁶. Diese Ausprägung ist für Herrenhausen für das Ende des 18. Jahrhunderts überliefert (s. o.).

Gartendenkmalpflege und heutige Pflanzenverwendung im Großen Garten

Erst in jüngerer Zeit hat die Gartendenkmalpflege begonnen, auch hinsichtlich Pflanzenverwendung und Pflanzenanordnung in historischen Anlagen wissenschaftliche Maßstäbe anzulegen. Bei jeder der drei Restaurationen des Großen Gartens wurde der Anspruch erhoben, die Stilreinheit zu wahren, doch gleichzeitig nahm man sich stets die Freiheit, das eine oder andere zu verändern oder hinzuzufügen.

Wenn schon die Strukturen nicht gewahrt wurden, dann gilt das um so weniger für eine gartendenkmalpflegerisch korrekte Bepflanzung. Die Pflege des Großen Gartens wird heute in erster Linie als ein technisches und finanzielles Problem ge-

¹⁰⁵ Wie Anm. 18.

¹⁰⁶ Vgl. d'Argenville, wie Anm. 18, 49.

sehen. In dieser Hinsicht erfolgt auch die Auswahl der Blumen, für die die folgenden Kriterien erfüllt sein müssen¹⁰⁷:

- gute Vermehrbarkeit
- Krankheitsresistenz
- Blühwilligkeit
- gleichmäßige Wuchshöhe
- preiswertes Saatgut
- relative Pflegelosigkeit

Für den Buchs:

- keine Braunfärbung im Winter
- Schnittverträglichkeit

In ihrer flächigen Anordnung und einheitlichen Farbgebung vermitteln die Blumen zwar ein plakatives Bild, allein dem Wesen der auch im Zeitalter des Barock geschätzten und gesammelten Pflanze als ‚Eigenpersönlichkeit‘ sowie den Regeln barocker Gartenkunst wird eine derartige Behandlung nicht gerecht. In Teilen wie dem Luststück, den Halbmonden und dem Vollmond präsentiert sich der Garten ‚barocker als im Barock‘, in Teilen hat man ihn seiner Pflanzen beraubt (Werkhof, Cafeteria, Orangerieparterre), in anderen Teilen völlig verfälscht (Wasserbecken, Aussichtsterrasse, Sondergärten).

Im Nouveau Jardin haben die Baummassen die 1936 angestrebte *gewaltige Steigerung der Wirkung der Blicklinien* tatsächlich erzeugt; mit dem ursprünglichen Charakter des Gartens hat dieser Effekt jedoch nichts zu tun.

Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen — der Große Garten ist heute eben kein kurfürstlicher oder königlicher Garten mehr — scheint die Wiedereinbringung von Obstbäumen in die Triangel schwer vorstellbar, wenngleich sie wünschenswert wäre.

Im Parterrebereich wäre eine andersartige Bepflanzung nicht nur aus garten- denkmalpflegerischer Sicht wünschenswert, sie könnte sich vielleicht als notwendig erweisen, wenn man bedenkt, daß es erneut zu einem ‚Zusammenbruch‘ der ein ums andere Jahr gleichen Bepflanzung wie im Jahre 1975 kommen könnte. Vielleicht sollte man dann, bevor man mit Bodenaustausch und erneutem Wechsel der Artenzusammensetzung doch nur an Symptomen herumoperiert, einmal die erneute Gestaltung des Parterres in der Form des 18. Jahrhunderts erwägen. Schließlich erwarten die Besucher in Herrenhausen einen ‚Barockgarten‘ zu sehen.

Dem im ‚Großen Führer‘ gefällten Urteil zum Großen Garten: *Unter den großen Gartenanlagen geometrischen Stils in Deutschland ist er der einzige, der seinen ursprünglichen Stil rein bewahrt hat*¹⁰⁸, können die Verfasser aufgrund ihrer Nachforschungen hinsichtlich der Pflanzungen nicht zustimmen.

107 Wie Anm. 38.

108 Königliche Gärten Herrenhausen Hannover, Großer Führer, Hannover o. J., 2.

Anhang

1. Inventar von 1714

Inventarium der Orangerie zu Herrenhausen, wie solches den 10. April A. 1714 von dem Gärtner Anthon Spannuth abgenommen und dem Gärtner Hinrich Jacob Löppentin überlieffert worden

alß

- 19 Oranienbäume (Citrus sinensis)¹⁰⁹ so aus den großen Kasten nach dem alten Inventario in mittelmäßige Kasten gepflanzt sein, so sich richtig befinden*
- 60 mittelmäßige Kasten so vermahlet mit Oranienbäumen, nach dem alten Inventarium sind richtig und stehen in Runde Tubben gesetzt, anjetzo jede Kasten 2 Fuß breit, 1½ Fuß hoch*
- 2 Kasten so nicht vermahlet gewesen, finden sich, davon sind solche bäume in runde Tubben gesetzt. In diesen 62 Kasten sind 39 gute Pomerantzenbäume (Citrus aurantium)*
- 5 wilde Pommerantzenbäume*
- 1 Citronenbaum so gut ist*
- 4 wilde Citronenbäume*
- 9 Mittel Kesten, die vermahlt sind mit Oranienbäume worunter 6 Stück wild seyn*
- 7 Mittel Kesten so vermahlet, mit Pomerantzenbäume, sind richtig geliefert*
- 60 Oranienbäume so sich richtig befinden*
- 9 wilde Citronenbäume (Citrus medica) so aber anjetzo sich oculirt befinden Vor die schlechte Pomerantzenbäume befindet sich vor 1 Pomerantzenbaum*
- 14 kleine Oranienbäume so oculirt sind*
- 9 kleine Töpfe mit wilden Oranienbäumen so noch nicht oculirt sind*
Nota: 50 Stück Oranienbäume nach dem alten Inventario so nach Zelle sollen kommen sein, wie gesaget wird.
- 3 Vasen, Rot und verguldet, davon ein sich nicht findet und Citronen rin sind, sind also nur zwei Vasen*
- 10 Citronenbäume in Runde Kasten; 1 Vase so blau angestrichen so sich findet*
- 50 Stück Oranienbäume so aus den runden Kasten sind, in viereckige Kasten gesetzt, sind Italienische bäume so alle gut sein*

Ferner ist zu lieffern

- 2 große vierkante vermahlte Kasten mit Cupressen (Cupressus sempervirens), so sich finden*
- 4 Lauriers (Laurus nobilis) in vier großen Kasten, so anjetzo in Pyramiden gezogen sind*
- 1 Lorberbaum so in schlechtem Stande gewesen ist in mittelmäßigem Stande*

109 Wie Anm. 60.

- 24 *Granatbäume (Punica granatum) in runden Kasten*
- 11 *St. in großen Steinern Töpfen*
Nota: Weil kein Raum gewesen sind solche 35 St. verworffen
- 6 *runde Kasten mit Genista Hispani (Cytisus hispanicus)*
- 20 *Stücke in kleine Töpfe*
- 9 *Stücke Jucca Gloriosa (Yucca gloriosa), als 8 in Töpfe und eine in runde Tubben*
- 9 *Stücke Nerio oder Oleander (Nerium oleander)*
- 4 *Stücke in runde Kasten*
- 9 *Stücke in runde Töpfe*
- 8 *Myrtenbäume (Myrtus communis) groß und klein so in Töpfe stehen*
- 2 *Zwerg Lorberbäume*
- 13 *Stücke selbst gezogener Lorberbäume welche in zwey runde Tubben stehen, so wie ein kleiner Finger dick unten am Stamm*
- 17 *Stücke große Malva (Altaea rosea) sind nach dem alten Inventarium außgangen, und werden jährlich von Samen gezogen*
- 2 *Cupressen davon einer in runden Tubben und einer in Vierkanten Kasten, ist nach dem Invent. richtig*
- 39 *Töpfe mit oculirten Jasmin (Jasminum spec.)*
- 2 *wilde Töpfe mit Jasmin*
- 29 *Cupressenbäume mit großen und kleinen*
- 7 *Töpfe mit Limonium Syricum (Citrus limonum)*
- 1 *runder Kasten mit Laurus Thinus (Viburnum tinus)*
- 2 *runde Kasten mit Muscat Rosen (Rosa moschata)*
- 1 *Topf mit Acacia (möglich: Acacia, Robinia pseudacacia, Tamarindus indica, Prunus spinosa), so anjetzo wieder auß samen tun gezogen werden, und gesetzet ist.*
- 6 *Töpfe mit Jasmin Arabicum (Jasminum sambac)*
- 1 *Topf mit Jasmin Catalonicum (Jasminum grandiflorum)*
- 5 *Töpfe mit Cotinus Plyny (Cotinus coggygia)*
- 3 *Töpfe mit gelben violen (möglich: Viola lutea, Cheiranthus cheiri)*
- 82 *Töpfe mit doppelten Leucoyen (Matthiola incana) so gefüllt sein*
- 15 *runde Kasten mit Roßmarin (Rosmarinum officinalis), so in schlechten Stande sein, und scheineth, daß sie ausgehen werden*
- 2 *Töpfe mit Cyclamen (Cyclamen europaeum) so außgangen seyn*
- 8 *Töpfe mit Jonquillen (Narcissus jonquilla) gefüllt so im Land stehen sollen*
- 2 *Töpfe mit Cana Indica (Canna indica) sind außgangen und ist ein Sommergewächse*
- 423 *Töpfe mit Nägelchen (möglich: Cheiranthus cheiri, Hyacinthus orientalis, Muscari, Narcissus, Syringa vulgaris, vermtl. aber Dianthus caryophyllus)*
- 5 *runde Kasten mit Nerio oder Oleander*
- 2 *vermahlte Kasten, so noch in gutem Stande*
- 8 *Töpfe mit Flos passionis (Passiflora) alhie ist Neu zu kommen*
- 52 *große Oranienbäume so von Zelle kommen*

- 103 Stücke hochstämmige Italienische oranienbäume so angekauft sind
 20 Stücke hochstämmige Lorberbäume so zu gekauft sind
 8 hochstämmige Myrtenbäume
 4 große bäume in töpfen *Cytisus genandt* (vermutlich *Laburnum spec.*)
 8 Töpfe mit *Ramnus Indicus* (*Ramnus alaternus*)
 3 Töpfe mit *Lita Persica* oder *Lygustrum persicum* (?)
 1 Runder Kasten mit *Piper Malabarica* (*Piper nigrum*)
 6 Töpfe mit *Ketmia Arabica* (*Hibiscus syriacus*)
 1 Topf mit einem Brasilienbaum (*Caesalpina brasiliensis*)
 2 Töpfe mit *Arbor Juda* (*Cercis siliquastrum*)
 4 Töpfe mit *Leonoris* (*Leonotis leonurus*)
 3 Töpfe mit *Salvi verbascum* (*Salvia verbascifolia*)
 6 Töpfe mit *Camfer Stautten* (*Artemisia abrotanum*)
 4 Töpfe mit *Geranium Arborescens* (*Geranium arborescens*)
 4 Töpfe mit *Laurus Alexandrina* (?)
 1 Topf mit *Pimpinella Arborescens* (*Pimpinella anisum* oder *P. major*)
 1 Topf mit *Plantago Indicus* (?)
 2 Citronenbäume oder *Adams appel* (*Citrus aurantium* ssp. *decumana*)
 1 Topf mit *Pyraster* (*Pyrus pyraister*)
 2 Fremde quittenbäume
 2 Töpfe mit *Cypressenkrautt* oder *Aprotonum Cyparissinum* (*Santolina chamaecyparissus*)
 3 Töpfe mit *Finca Persica* oder *Laurus Dafinoides* (?)
 1 Topf mit *Teucrium verum* (*Teucrium chamaedrys*)
 1 Topf mit *Iacobeia Marina* (*Senecio jacobea*)
 2 Töpfe mit *Cali* (?)
 3 Töpfe *Valeriana Greca* (*Polemonium caeruleum*)
 1 Topf mit *Spicanarde* (*Lavandula latifolia*)
 1 Topf mit *Laurus Americanus*, *falscher Canelbaum* (möglich: *Cinnanonum ceylanicum*, *Canella winterana*)
 2 Töpfe mit *Iris Triangulosa* (?)
 2 Töpfe *Cicoides Arborescens* (?)
 1 Topf mit *Campanula Peregrina* (*Campanula peregrina*)
 1 Topf mit *Calendula Peregrina* (*Calendula*)
 1 Topf *Sedum Arborescens* (*Sedum moranense*)
 2 Töpfe mit *Iris sasianna*
 1 Topf mit *lasoroli benandt* (*Crataegus azarolus*)
 6 Töpfe mit *Auricula* (*Primula auricula*)
 4 Töpfe mit *Buxbaum* als 2 groß und zwei kleine so verguldete Pyramiden sein
 7 Töpfe mit *Aloe* noch

- 3 *Aloe Arborescens* (*Aloe arborescens*)
- 1 *Topf Aloe Succatrina* (*Aloe succotrina*), *so sehr schlecht ist*
- 2 *Töpfe mit Ranuccul* (*Ranunculus asiaticus*)
- 4 *Töpfe mit Anemonen*
- 2 *Töpfe mit Jonquillen*
- 4 *Töpfe mit Hyacinten*
- 1 *Topf von Tatalus* (?)

Daß Blumenbette so zwischen den Gewächshäuser und Schloß ist. . . .

In den Neuen Garten. . . ¹¹⁰. Von hier geht man nach dem Maulbergarten.

Der Maulbergarten ist rund um her mit einer Weißdörner Hecke bepflanzt. In demselben befinden sich 459 Stücke weiße hochstämmige Maulberbäume.

Es sind noch eine gantze Parthey so noch zu Hecken gepflanzt werden, auch noch eine ganze Parthey so zu hochstämmigen können gepflanzt werden

In der Mitte des Maulbergartens ist eine pur Hecke so in Weißdorn bestehet

- 6 *Felder mit Maulber Samen besähet*
 - 2 *Felder mit jungen Asparges* (*Asparagus officinalis*), *besehet voriges Jahr*
 - 1 *Feld mit Birn Kern*
 - 1 *Feld mit süßen Castanien* (*Castanea sativa*)
 - 2 *Felder mit Sauer Amper* (*Rumex acetosa* var. *hortensis*)
 - 2 *Felder mit Salvey* (*Salvia officinalis*)
 - 1 *Feld mit Tymian gesehet* (*Thymus vulgaris*)
 - 1 *Feldt Raute gepflanzt* (*Ruta graveolens* var. *vulgaris*)
- Hier folget von Geschier und was sonst gefunden. . . ¹¹¹*

Solches Inventarium ist von uns beyden verfertigt im beysein des Neuen Gärtners Hinrich Jacob Löppentin und von uns unterschrieben Hannover d.

April A° 1714

*gez. Westermann
Conrad Weffer
Gärtener zu Linden*

Additamentum

Die Orangerie bestehet darin als von Oranienbäumen

- 1. *52 Stück große oranienbäume so von Celle kommen, etwas ein oder zwey gelb sein, sonst alle gantz voll in Chronen das kein Fehler daran zu merken scheint
N. B. Unter diesen sind 2 Citronenbäume so gantz gut sein*
- 2. *45 Stück hochstämmige Italienische Oranienbäume, woran man urtheilt, das kein Fehler daran sich findet, oder sonst etwas tadelhaftes sich sollte hervorthun*

110 Die Beschreibung des Blumenparterres aus dem Inventar erfolgte bereits im Abschnitt Feigen-garten; das gleiche gilt für die Bepflanzung der Triangel, die im Abschnitt Nouveau Jardin beschrieben ist.

111 Auf die Auflistung der Gartengeräte wird verzichtet.

3. *Noch anderer Art so ein wenig niedrig sein, so in 50 Stücke bestehen, unter welchen 5 oder 6 ein wenig gelbblättrig sein*
4. *Noch 63 Stück so noch etwas niedriger, worunter 10 oder 11 Stück etwas gelbblättrig sein, doch nicht schädlich ist*
5. *61 Stück noch niedrige so Citronen und Orannienbäume, worunter 12 oder 13 Stücke gelbe Bletter haben, doch aber nicht schädlich scheinnet*
6. *54 Stücke orannien noch geringer, wovon 4 oder 5 Stück gelbigte bletter haben, so doch aber gut sein*
7. *43 Stück orannien worunter 10 bis 11 gelb seyn, worunter 4 Stück sein, davon man nicht urtheilen wie daß sie gut bleiben*
8. *31 Stücke orannien so wildt und zahm so hier erzogen seyn
Alle das under Gewächs so alhir sich befinde, ist zusammen gut*

Hannover d. 20. April 1714

*gez. Westermann
Conrad Weffer
Gärtener zu Linden*

2. Pflanzenliste des heutigen Orangeriebestandes¹¹²

Abutilon Hyb. in mehreren Sorten
 Abutilon striatum var. ‚Thompsonii‘
 Abutilon striatum var. ‚Spurium‘
 Acanthopanax trifoliatum
 Araucaria heterophylla
 Arbutus unedo
 Callistemon pendulus
 Camellia japonica
 Cassia didymobotrya
 Cassinia aethiopica
 Cestrum aurantiacum
 Cestrum elegans
 Cestrum purpureum
 Cupressus macrocarpa
 Euonymus japonicus ‚Aureomarginatus‘
 Fatsia japonica
 Fuchsia Hyb. in mehreren Sorten
 Fuchsia boliviana ‚Luxurians‘
 Griselinia littoralis
 Hebe x Andersonii
 Hibiscus rosa-sinensis in mehreren Sorten
 Iochroma coccineum

¹¹² Wie Anm. 38. Angegeben sind nur die Orangeriepflanzen, die im Großen Garten zur Aufstellung gelangen.

Laurus nobilis ‚Angustifolius‘
 Leonotis leonurus
 Maurocena frangularia
 Melaleuca hypericifolia
 Metrosideros excelsa
 Myrsine africana
 Myrtus communis
 Myrtus communis ‚Latifolia‘
 Nerium oleander
 Ocotea foetens
 Olea europaea
 Pistacia lentiscus
 Plumbago auriculata
 Plumbago capensis
 Plumbago capensis ‚Alla‘
 Podocarpus neriifolius
 Punica granatum
 Quercus ilex
 Quercus suber
 Royena lucida
 Schinus molle
 Solanum rantonnetii
 Syzygium paniculatum
 Viburnum odoratissimum

Palmen

Chamaerops humilis
 Phoenix canariensis
 Trachycarpus fortunei
 Washingtonia filifera

Stauden

Agapanthus praecox ssp. orientalis
 Crinum x powellii

3. Samenliste des Küchengartens zu Herrenhausen, aufgestellt vom Gärtner Löppentien, aus dem Jahre 1715¹¹³

4 B. gelben Prael.
 4 B. grünen Prael.
 4 B. braunen Prael.
 4 B. Printzen Krop
 4 B. Montreu
 4 B. Eyer Salath

113 Wie Anm. 8.

- 8 B. runde meyradies
- 8 B. lange meyradies
- 4 B. Basilicum
- 4 B. Meyran
- 4 B. Timian
- 4 B. Portulack
- 8 B. Krause Winter Endivien
- 4 B. Engl. Endivien
- 12 B. Holl. Blumenkohl
- ½ Pfd. Weißen Kohl
- ½ Pfd. Sarvoy Kohl
- ½ Pfd. Rothen Cabus
- ½ Pfd. gelbe holl. Zippoln
- ½ Pfd. Petersilien Wurzeln
- 4 Pfd. Meyrüben
- 4 Pfd. Botfelsche rüben
- 4 Pfd. Märcksche rüben
- 4 Pfd. Hornsche Rothe Wurzeln Sahmen
- 4 Pfd. Balsternacken
- 4 Pfd. Rothe rüben
- 4 B. Wurtzeln rapuntzeln¹¹⁴

4. Obstbaumliste des Gärtners Löppentien aus dem Jahre 1723¹¹⁵

Specification

Derer jenigen Obst-Bäume welche in denen 14 Trianguln auf Sr. K. M. allergdgst. Befehl, zu verpflantzen und zu verschreiben, wolten erfordert werden

Aus Frankreich

Hochstämmige Birnbäume

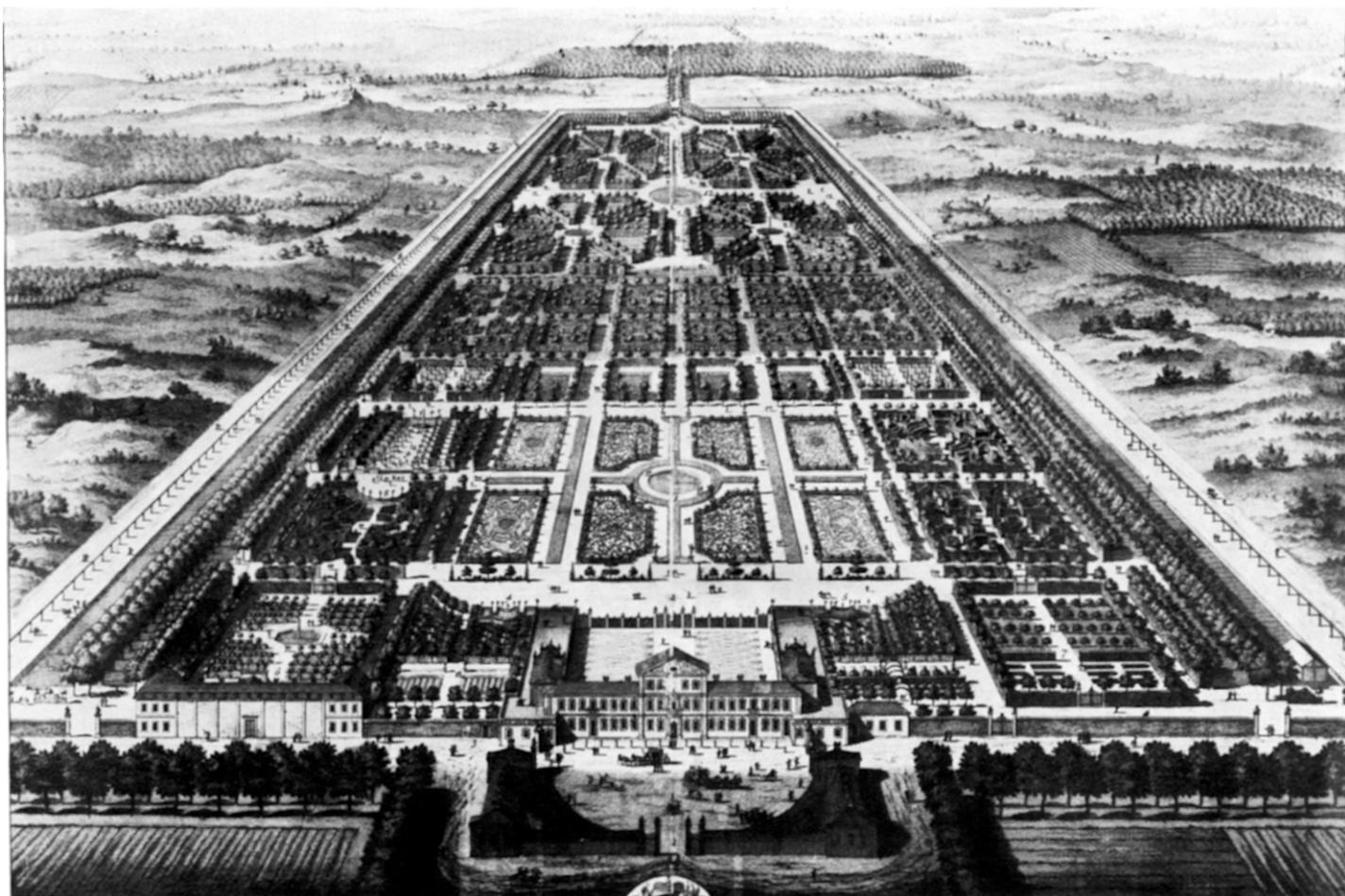
- 4 Stück *Le petit Muscat de Septenguele*
- 4 Stück *Le Citron des Carmes*
- 4 Stück *bourdon Musqué*
- 3 Stück *bellissime*
- 4 Stück *Carisse Madame*
- 3 Stück *poire á la Reyne*
- 4 Stück *orange verte*
- 4 Stück *Roy d'Ete*
- 4 Stück *Epargne*
- 4 Stück *Mouille bouche*
- 3 Stück *Chair Adame (Chair á Dames)*¹¹⁶

¹¹⁴ Prah: eventuell Prahbohne (*Phaseolus coccineus*), Feuerbohne; Kropp-salat (*Valerianella locusta*), Feldsalat; Eiersalat (*Valerianella olitrius*); Portulack (*Portulacca oleracea*); Zipolle (*Allium cepa*), Küchenzwiebel; Mairübe (*Brassica rapa* var. *rapa*) nach Marzell, wie Anm. 60.

¹¹⁵ Wie Anm. 62.

¹¹⁶ Die Liste wurde vom Leibarzt Hugo geprüft und mit Korrekturen, Abänderungen und einigen Anmerkungen versehen.

- 6 Stück *gros Rousselet de Rheims*
- 4 Stück *petit Rousselet*
- 3 Stück *Cassolette*
- 3 Stück *L'incomue Cheneau*
- 3 Stück *d'orange*
- 3 Stück *sans peau*
- 3 Stück *bon chretien Musqué*
- 6 Stück *gratiale, ou bon chretien deté*
- 4 Stück *Le gros, et petit blanquet*
- 3 Stück *Saviate*
- 4 Stück *verte Longue*
- 3 Stück *Angleterne*
- 3 Stück *beure rouge*
- 6 Stück *beure gris*
- 4 Stück *beure verd*
- 3 Stück *Soyenne*
- 4 Stück *Mesire-jean dore*
- 4 Stück *Caillot rosat*
- 4 Stück *Mesire-jean gris*
- 4 Stück *Suire verd*
- 4 Stück *bergamotte d'Automne*
- 4 Stück *bergamotte d'Suisse*
- 4 Stück *beri de la motte*
- 3 Stück *beri d'Sherry*
- 3 Stück *Chat-brule*
- 4 Stück *Amadotte*
- 4 Stück *Lanfac*
- 4 Stück *La Virgoulé*
- 3 Stück *Ambrette*
- 4 Stück *Marquise*
- 4 Stück *Epine d'Hyver*
- 4 Stück *Louise bonne*
- 4 Stück *Martin Leo*
- 4 Stück *bery de quefloy*
- 4 Stück *bery de Chasserie*
- 4 Stück *verte Longe d'Hyver*
- 3 Stück *portail*
- 6 Stück *S. Germain*
- 4 Stück *bon chretien d'Espagne*
- 4 Stück *bon chretien sans pepin*
- 4 Stück *Le bon chretien vert*
- 4 Stück *Le bon chretien d'Angleterre*
- 6 Stück *Gros beuré d'Hyver*
- 4 Stück *orange d'Hyver*
- 4 Stück *Rousselet d'Hyver*
- 6 Stück *bergamotte buggy*
- 6 Stück *Collmar*



MAISON DE PLAISIR D'HERRENHAUSEN DE
 S.A. ELECTORALE DE BRUNSWIC LUNEBURG No. 100. 104.
*1. L'Entrée 2. Le Musée d'Herrenhausen vers le Sud 3. Vue de la Maison vers le Sud 4. L'Entrée à la Maison vers le
 5. La Grande de la Cour 6. Haine 7. Le grand Canal et la Rivière 8. La Maison d'aujourd'hui 9. La Maison de l'ancien Duc de Brunswick 10. Le grand Canal*



ZYNE CEURVORSTELYKE DOORLUGTIGHEID VAN BRUNSWIC LUNEBURG VOORTREFFELYKE JUSTPLAATS GENAAMT HERRENHAUSEN.
1. De Groote deuren 2. De Groote deuren 3. De Groote deuren 4. De Groote deuren 5. De Groote deuren 6. De Groote deuren 7. De Groote deuren 8. De Groote deuren 9. De Groote deuren 10. De Groote deuren 11. De Groote deuren 12. De Groote deuren 13. De Groote deuren 14. De Groote deuren 15. De Groote deuren 16. De Groote deuren 17. De Groote deuren 18. De Groote deuren 19. De Groote deuren 20. De Groote deuren 21. De Groote deuren 22. De Groote deuren 23. De Groote deuren 24. De Groote deuren 25. De Groote deuren 26. De Groote deuren 27. De Groote deuren 28. De Groote deuren 29. De Groote deuren 30. De Groote deuren 31. De Groote deuren 32. De Groote deuren 33. De Groote deuren 34. De Groote deuren 35. De Groote deuren 36. De Groote deuren 37. De Groote deuren 38. De Groote deuren 39. De Groote deuren 40. De Groote deuren 41. De Groote deuren 42. De Groote deuren 43. De Groote deuren 44. De Groote deuren 45. De Groote deuren 46. De Groote deuren 47. De Groote deuren 48. De Groote deuren 49. De Groote deuren 50. De Groote deuren 51. De Groote deuren 52. De Groote deuren 53. De Groote deuren 54. De Groote deuren 55. De Groote deuren 56. De Groote deuren 57. De Groote deuren 58. De Groote deuren 59. De Groote deuren 60. De Groote deuren 61. De Groote deuren 62. De Groote deuren 63. De Groote deuren 64. De Groote deuren 65. De Groote deuren 66. De Groote deuren 67. De Groote deuren 68. De Groote deuren 69. De Groote deuren 70. De Groote deuren 71. De Groote deuren 72. De Groote deuren 73. De Groote deuren 74. De Groote deuren 75. De Groote deuren 76. De Groote deuren 77. De Groote deuren 78. De Groote deuren 79. De Groote deuren 80. De Groote deuren 81. De Groote deuren 82. De Groote deuren 83. De Groote deuren 84. De Groote deuren 85. De Groote deuren 86. De Groote deuren 87. De Groote deuren 88. De Groote deuren 89. De Groote deuren 90. De Groote deuren 91. De Groote deuren 92. De Groote deuren 93. De Groote deuren 94. De Groote deuren 95. De Groote deuren 96. De Groote deuren 97. De Groote deuren 98. De Groote deuren 99. De Groote deuren 100. De Groote deuren

Abb. 1
 Maison de Plaisir d'Herrenhausen . . .
 Kupferstich unbek., um 1714.
 Niedersächsische Landesbibliothek, Hannover.

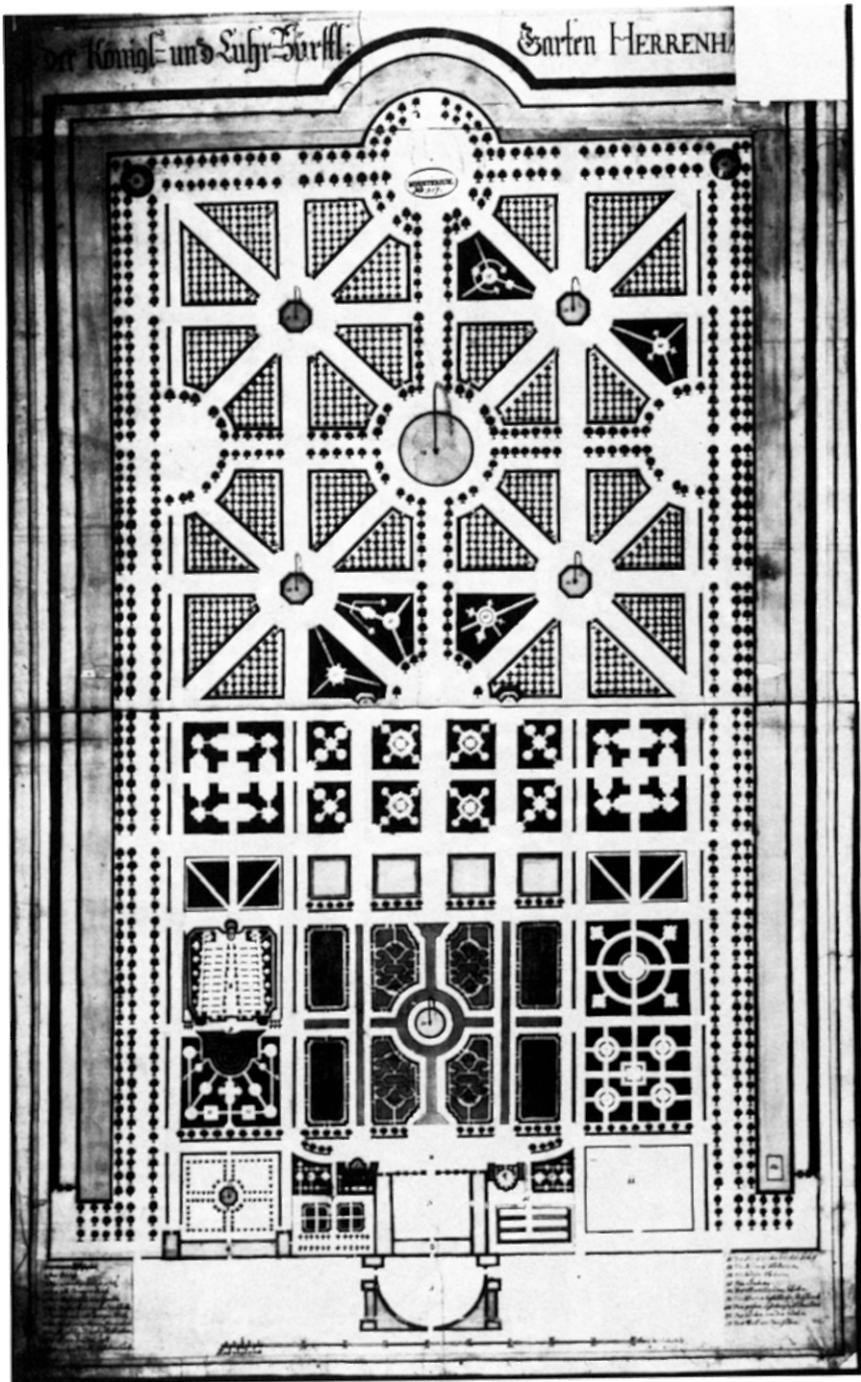


Abb. 2

Der Königl. und Cuhr-Fürstl Garten HERRENHA(USEN).
 Anfang 18. Jahrhundert, Zeichnung von Landersheimer.
 Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv, Hannover.

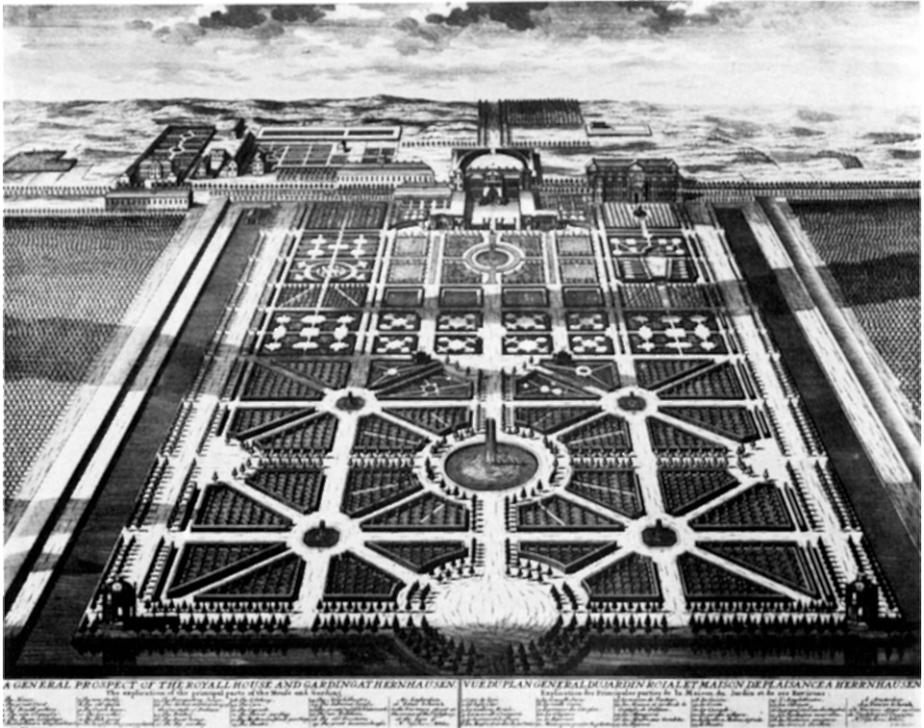


Abb. 3

**A GENERAL PROSPECT OF THE ROYALL HOUSE AND GARDING AT
HERRNHAUSEN, um 1720.**

Kupferstich nach J. J. Müller von J. van Sasse.
Niedersächsische Landesbibliothek, Hannover

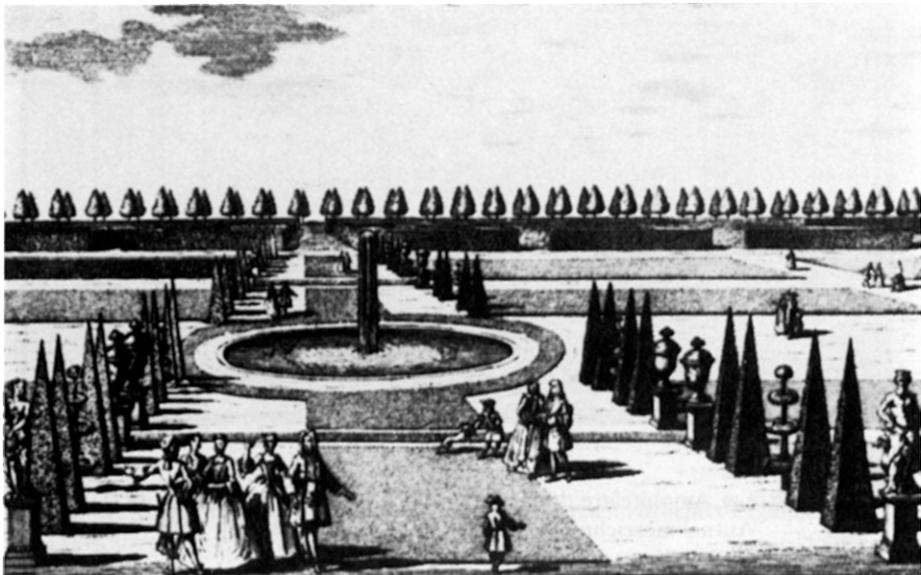


Abb. 4

Allée zwerg über vorann in dem Königlichen Garten.
Kupferstich nach J. J. Müller von J. van Sasse, um 1740.
Historisches Museum am Hohen Ufer, Hannover.

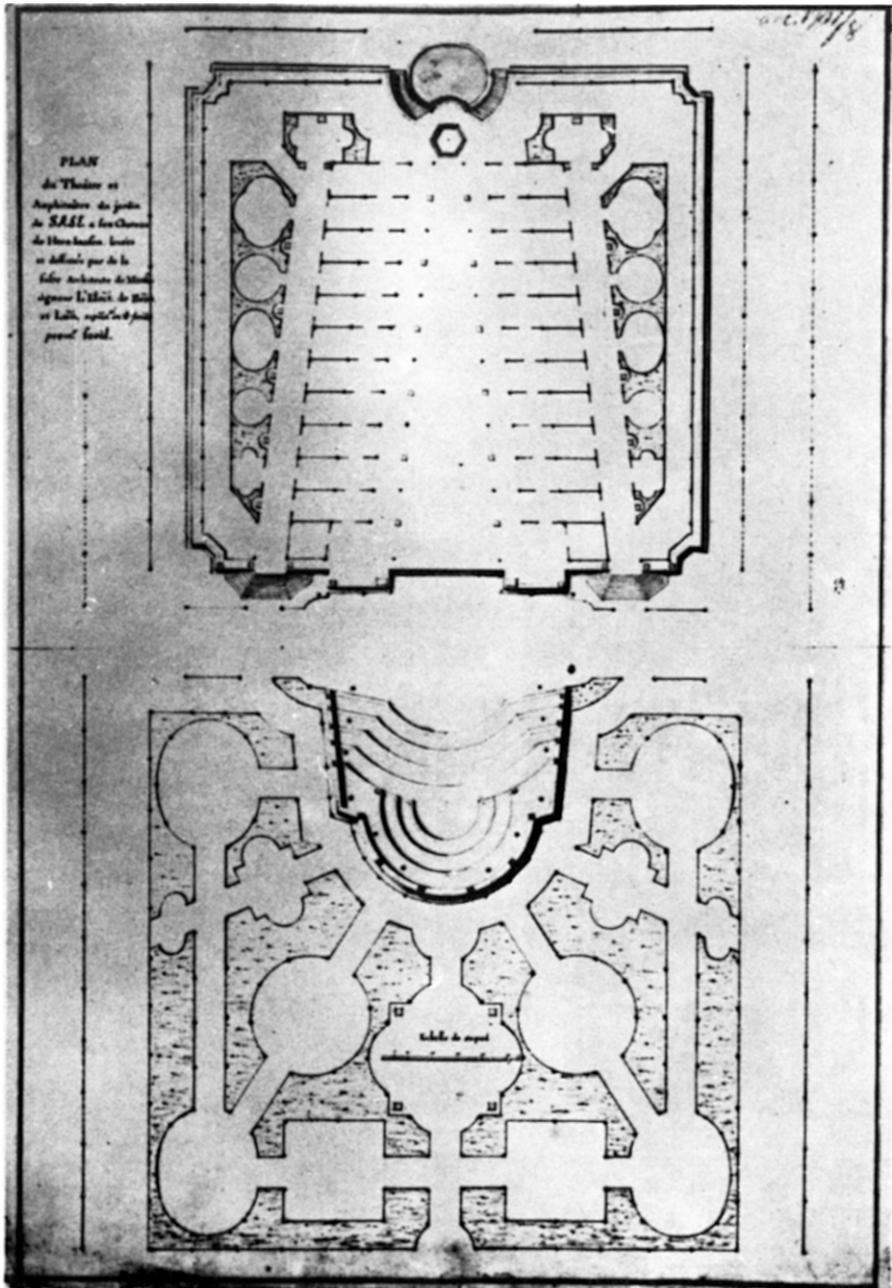


Abb. 5

Plan du Théâtre et Amphithéâtre du jardin de S. A. S. E. a son Chateau de Hernhausen.
 Aufnahmezeichnung von Ch. L. Remy de la Fosse, 1706.
 Staatsarchiv Marburg/Lahn.

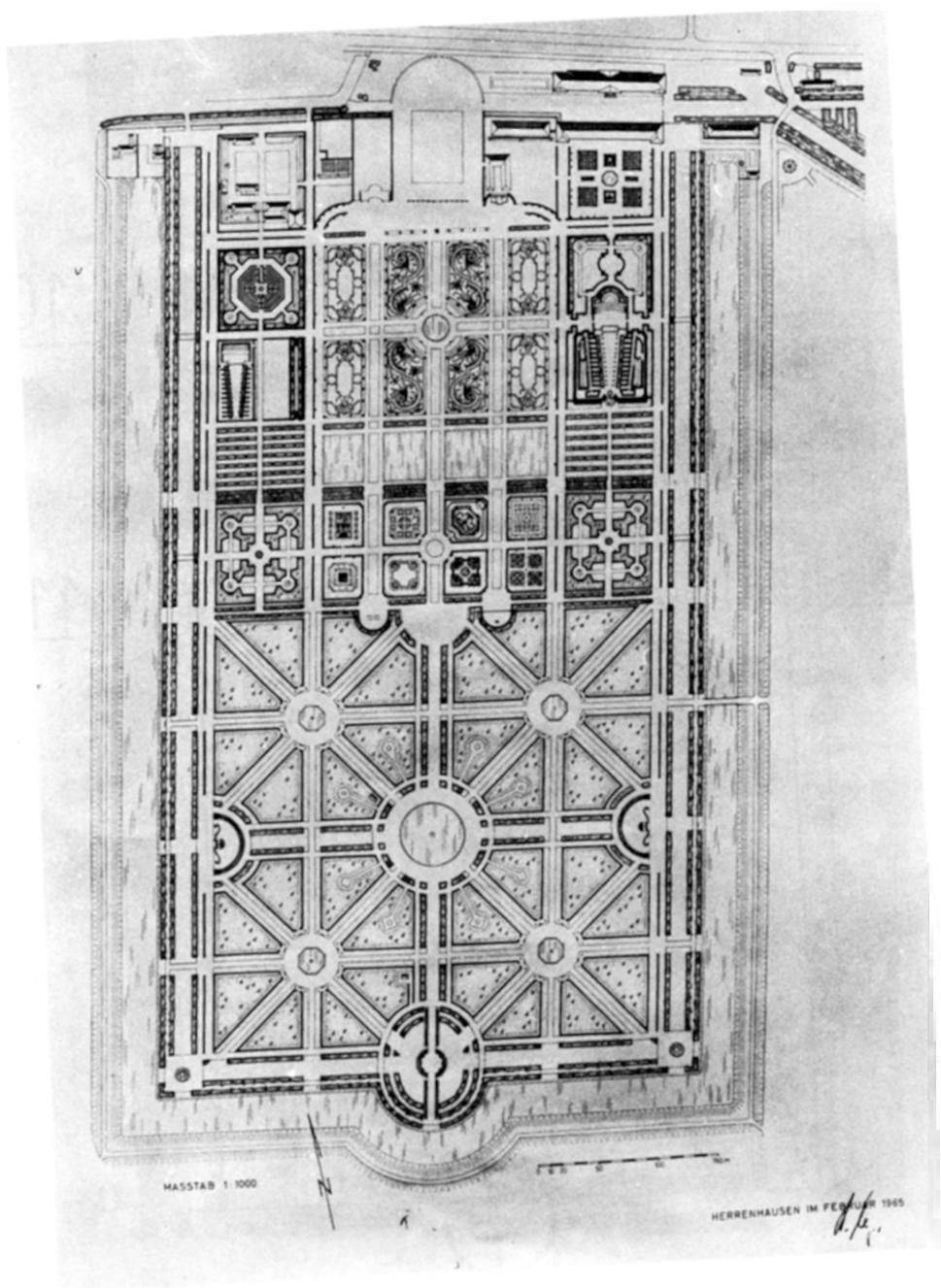


Abb. 6
 Plan des Großen Gartens aus dem Jahre 1965 mit nachträglichen Ergänzungen.
 Stadtverwaltung Hannover.

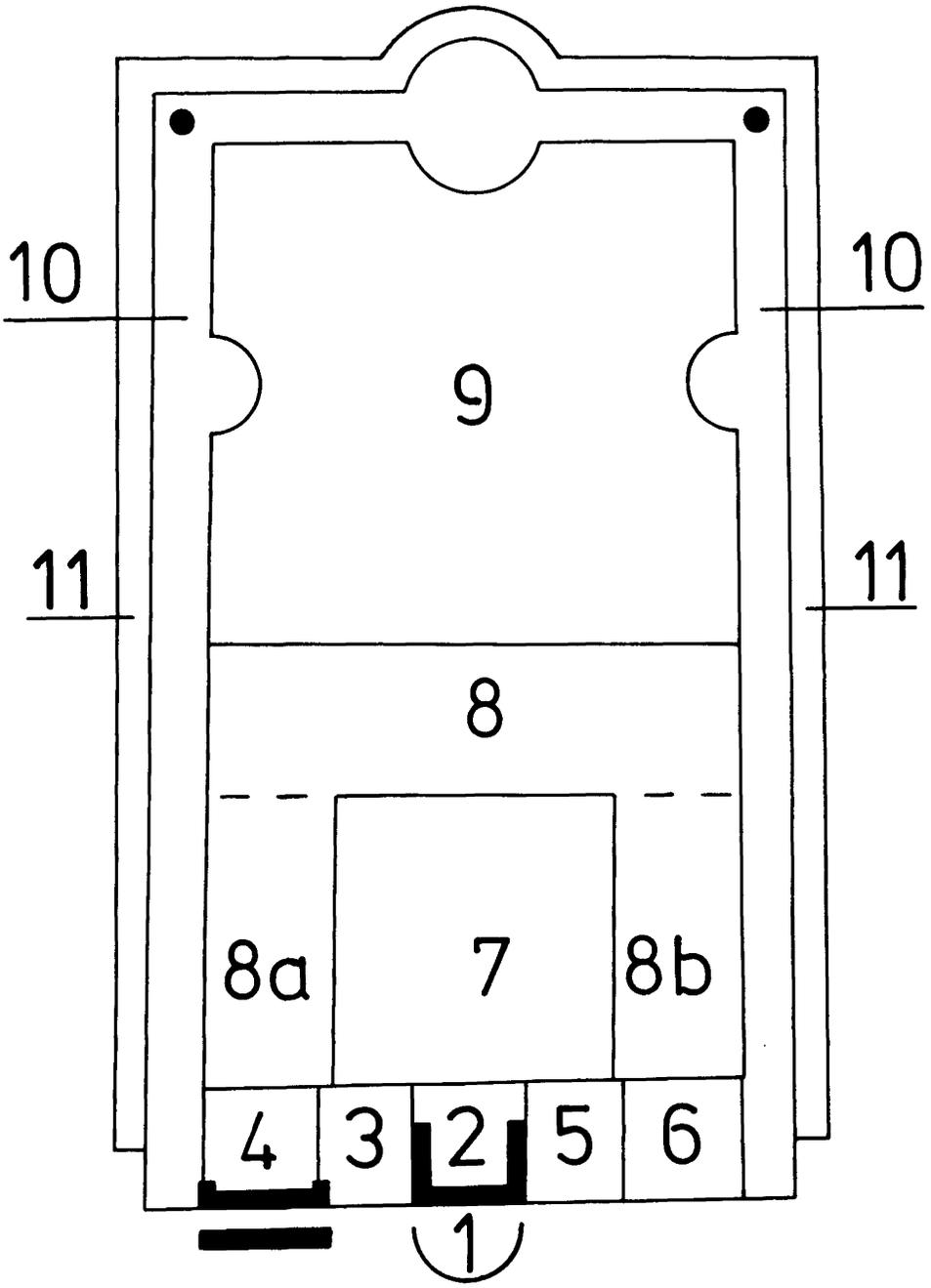
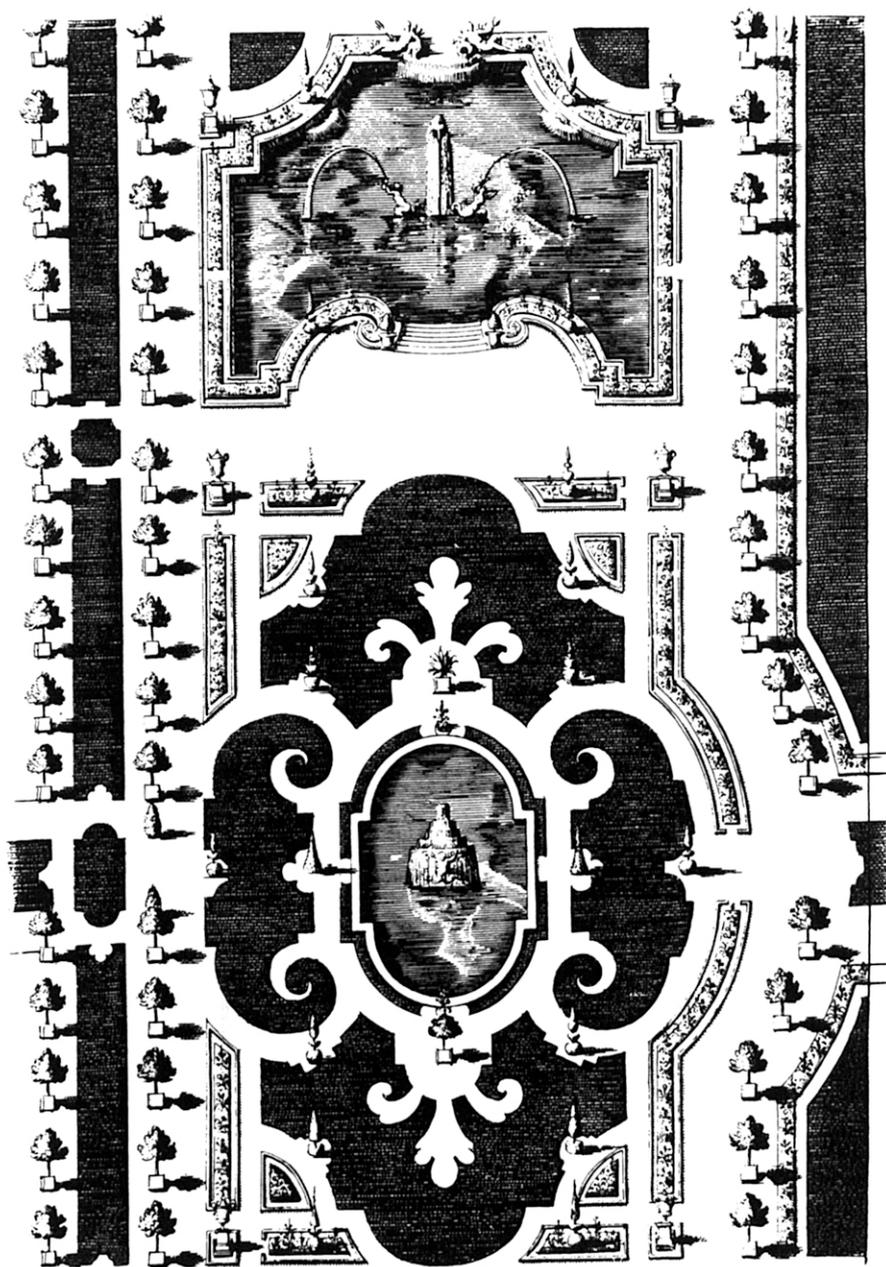


Abb. 7

Schematische Darstellung der Grobstruktur des Großen Gartens.
 Zeichnung: Verfasser.



D. Marot fecit

Pieces d'Ecoupe en gazon.

avec Privilege 1715

Abb. 8

Parterre „Pieces d'Ecoupe en gazon”.
Kupferstich von Daniel Marot.

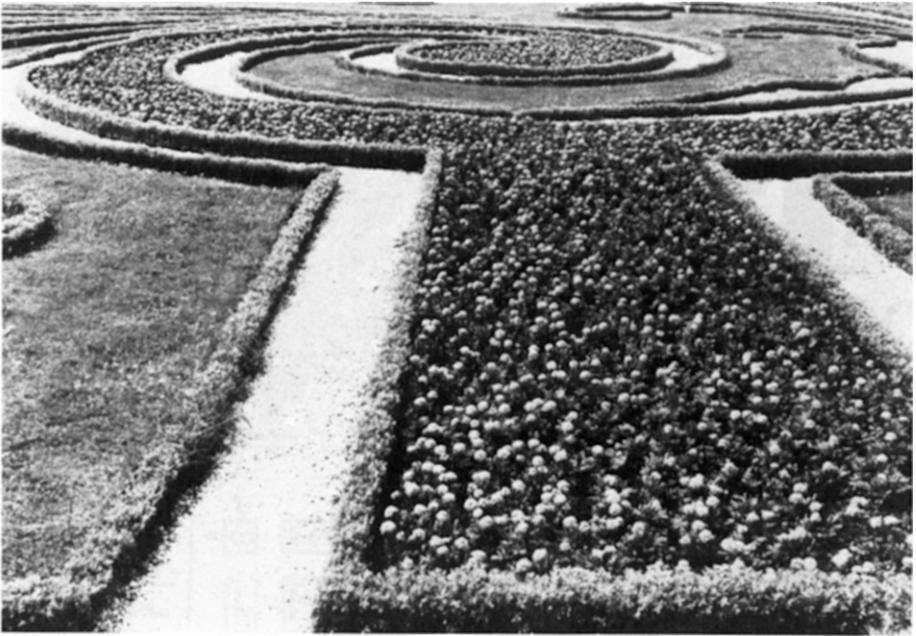


Abb. 9
Ornament des Broderieparterres.
Aufnahme Verfasser, Juni 1983.

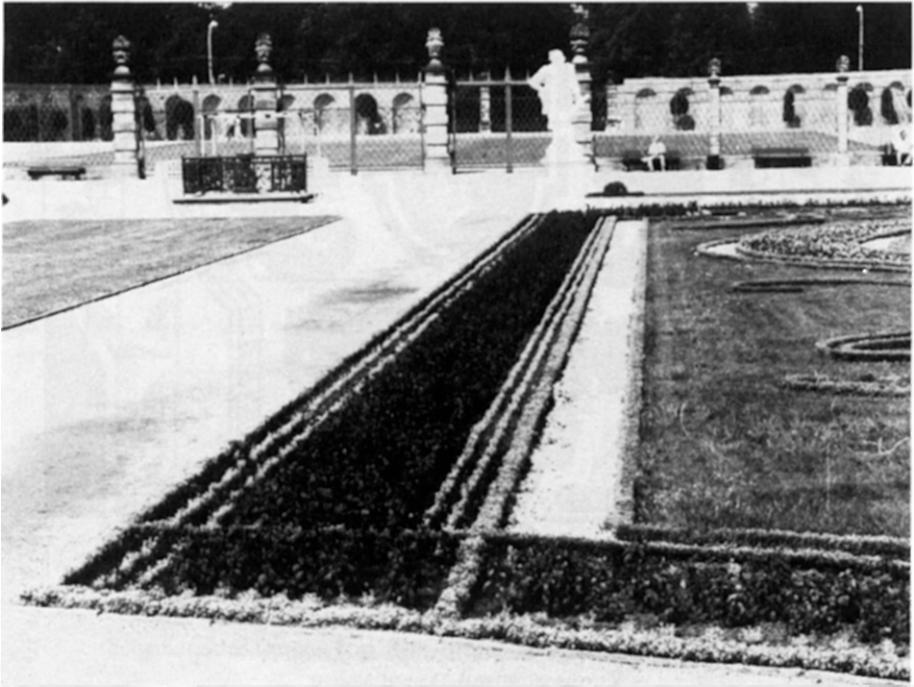


Abb. 10
Plate-bande des Broderieparterres
Aufnahme Verfasser, Juni 1983.

*Aus Frankreich**Hochstämmige Apfel*

- 2 Stück *La passe pomme rouge*¹¹⁷
- 2 Stück *passe pomme blanc*
- 2 Stück *passe pomme d'Autonne*
- 8 Stück *Calville d'Eté*
- 6 Stück *Cousinatte*
- 8 Stück *Rambour*
- 8 Stück *Rambour blanc*
- 8 Stück *Rambour Rouge*
- 8 Stück *Reinette blanc*
- 16 Stück *Reinette grise*
- 16 Stück *Reinette franche*¹¹⁸
- 8 Stück *Reinette d'ore*
- 8 Stück *Reinette rouge*
- 8 Stück *pepin d'Angleterre*
- 8 Stück *Courpandu gris*
- 8 Stück *Courpandu rouge*
- 8 Stück *Tenouillet gris*
- 8 Stück *Tenouillet blanc*
- 8 Stück *d'Apies rouge*
- 2 Stück *pigeon blanc*¹¹⁹
- 8 Stück *Reinette platte jaune*
- 8 Stück *Calvil blanc*
- 8 Stück *Calvil rouge*
- 8 Stück *pomme de paradis*
- 10 Stück *Borsdorfer*¹²⁰
- 8 Stück *Moseewitischer Eis Apfel od. Glas Apfel*
- 8 Stück *Grünecker* (unleserlich)
- 8 Stück *Süße Citron apfel*
- 8 Stück *Englische Klock Apfel*
- 8 Stück *weißer Kaut Apfel*

Aus Frankreich hochstämmige Pflaumen

- 3 Stück *damas noir*
- 3 Stück *damas rouge*
- 6 Stück *damas violet*
- 3 Stück *damas jaune*
- 3 Stück *d'Apricot*
- 3 Stück *Roche Courbon*
- 3 Stück *diapree violette*

117 Die folgenden drei Sorten wurden von Dr. Hugo von acht in je zwei abgeändert, da sie weniger lagerfähig seien.

118 Nach Ansicht von Dr. Hugo müsse man von Reinette grise und Reinette franche mehr als acht Stück haben (abgeändert von 8 in 16 Stück); Reinette franche wurde von Dr. Hugo hinzugefügt.

119 Abgeändert von 8 in 2 Stück.

120 Nach einer Anmerkung von Gärtner Löppentien sind die nachstehend genannten sechs Sorten nicht in Frankreich erhältlich.

6 Stück mirabelle
3 Stück perdrigon blanc
3 Stück perdrigon violet
3 Stück perdrigon noir
3 Stück Imperial
3 Stück Royall
3 Stück maugeron
6 Stück Reyne Claude est verte ronde
3 Stück Saint Catherine

Aus Engelandt

Hochstämmigte Kirschen

60 Stück von die besten Sorten

noch aus Engelandt

50 Stück hochstämmigte schwartze Maulbirnen Bäume

Aus der Pfaltz

50 Stück süße Castanien Bäume

60 Stück große welsche Nußbäume

60 Stück süße Amandeln Bäum

Herrenhausen d. 19 Sept 1723

H. J. Leppentien

Who's Who in Lower Saxony

Ein politisch-biographischer Leitfaden der britischen Besatzungsmacht 1948/49

Von

Andreas Röpcke

Einleitung

Mit Scheiben vom 15. Dezember 1948 wurden aus dem Büro des Regional Intelligence Officer in Hannover Ergebnisse nachrichtendienstlicher Fleißarbeit versandt: Angaben über 100 führende Persönlichkeiten der landespolitischen Szene, handlich aufgemacht als Orientierungshilfe in der zumal für Ausländer recht unübersichtlichen politischen Landschaft des jungen Landes Niedersachsen. Das Begleitschreiben stuft die Sammlung wegen einiger darin enthaltener Informationen als „Vertraulich“ ein, wenngleich, wie einschränkend bemerkt wird, das meiste allgemein bekannt sei. Nach dem Verteiler wurden insgesamt 52 Exemplare verschickt, u. a. an den Regional Commissioner, Land Niedersachsen, und seinen Vertreter, an das Hauptquartier der Intelligence Division in Herford, an die Nachrichtendienststellen auf Regierungsbezirksebene in Niedersachsen, an verschiedene Stellen in Lübbecke, nach Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin, Frankfurt und Bremen — dort an das Bipartite Liaison Office, die Verbindungsstelle mit den Amerikanern. Das der Veröffentlichung zugrunde liegende Exemplar fand sich in den mikroverfilmten Akten der amerikanischen Besatzungsverwaltung in Bremen¹ und dürfte eines der drei Stücke aus dem Bremer Liaison Office sein.

Die Sammlung kommentierter Kurzbiographien gliedert sich formal in drei Teile, von denen Teil I und II aber nur Hilfsfunktionen haben.

Teil I bietet als Findhilfe ein alphabetisches Namenverzeichnis der 100 behandelten Personen. Das Verzeichnis beschränkt sich auf die Angabe des Nachnamens und eines Vornamens — weitere Vornamen und akademische Titel fehlen

¹ Staatsarchiv Bremen 16, 1/2—6/124—3/16. Der Bestand ist im Rahmen des OMGUS-Projektes in den USA gesichtet und in wesentlichen Teilen verfilmt worden, die in Form von Mikrofilm in Bremen seit 1979 benutzt werden können. Vgl. A. Röpcke, Dienstberichte der Besatzungsmacht. Die zentralen Berichtsserien der amerikanischen Militärregierung in Bremen (1945—1949) als historische Quelle, in: Bremisches Jahrbuch 57, 1979, S. 289—316, hier bes. S. 292, und zum OMGUS-Projekt allgemein J. Henke, Das amerikanisch-deutsche OMGUS-Projekt. Erschließung und Verfilmung der Akten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland 1945—1949, in: Der Archivar, 35. Jg. 1982, Sp. 149—158.

hier. Abweichungen von dem Prinzip finden sich nur bei Pastor Heinrich Albertz und Prof. Herman Nohl. Ob das Zufall ist oder interpretationsfähig, sei dahingestellt. Teil II liefert ein sehr knapp gehaltenes Abkürzungsverzeichnis, das dem britischen Leser fremde Abkürzungen erläutert. Teil III enthält dann die kommentierten Kurzbiographien in alphabetischer Folge.

Der politisch-biographische Leitfaden stieß auch auf Kritik. Bereits am 13. Januar 1949 ging eine in Teilen revidierte Fassung in die Post mit der Bitte, die entsprechenden Seiten auszutauschen². Man hatte einige sachliche Irrtümer korrigiert und in verschiedenen Fällen den Stand aktualisiert; man hatte aber auch Gelegenheit genommen, im Lichte weiterer Informationen, wie es heißt, einige Kommentare zu revidieren. Tatsächlich handelt es sich meist um eine Abschwächung scharfer und zugespitzter Formulierungen mit dem offensichtlichen Ziel, den Text nüchterner und im Ton verbindlicher zu gestalten, aber auch um Korrekturen in der politischen Aussage: Bei dem Kommunisten Erich Jungmann z. B. mochte man eine positive Wertung nicht so stehen lassen und schob eine Warnung nach, bei den CDU-Politikern Fricke, Hofmeister und Rönneburg milderte bzw. entschärfte man das kritische Urteil. Die Veröffentlichung folgt der revidierten Fassung vom Januar 1949. Die textlichen Abweichungen der Erstfassung werden — soweit es sich nicht lediglich um die Korrektur sachlicher Irrtümer handelt — in den Anmerkungen angegeben.

Geschrieben wurden die biographischen Texte wohl im Sommer und Herbst 1948 — in einen Fall (Nr. 40) läßt sich der September als Abfassungsmonat bestimmen³. Die Aktualisierungen der revidierten Fassung erreichen z. T. noch Ereignisse aus dem Dezember 1948 — wie das Ausscheiden von Heinrich Rönneburg aus dem Parlamentarischen Rat und das Nachrücken von Dr. Hofmeister, oder die Wahl Otto Bennemanns zum Braunschweiger Oberbürgermeister —, doch ist der Stand keineswegs einheitlich. Auch die zweite, am 13. 1. 1949 versandte Fassung berücksichtigt nicht die Berufung von Richard Voigt zum neuen Kultusminister in Niedersachsen am 10. 12. 1949, also mehr als einen Monat vorher, und erwähnt nicht die Ablösung des Göttinger Oberbürgermeisters Arnholdt am 17. 12. 1948. Geradezu schlafmützig wirken die britischen Bearbeiter im Falle des Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsidenten Wilhelm Mansfeld: Anzeichen für altersbedingten Verfall konstatieren sie bei ihm und geben die Auffassung wieder, er sollte nun in Pension gehen — was tatsächlich bereits zum 31. Juli 1948 geschehen war⁴, nur hatten es die Nachrichtendienstler in Hannover bis zum Jahresende offenbar noch nicht bemerkt.

Ausgehend von orthographischen (Groß- und Kleinschreibung) wie stilistischen Merkmalen kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß die

2 Fundort wie Anm. 1.

3 Bei Adolf Grimme heißt es in Fassung A: *At the time of writing he has just been elected Director of NWDR*. Grimmes Wahl erfolgte im September 1948.

4 Laut Auskunft des Oberlandesgerichts Braunschweig vom 23. 8. 1982.

Biographien nicht alle aus einer Hand stammen, sondern auf mehrere Verfasser zurückgehen. Ich könnte mir vorstellen, daß die regionalen Intelligence Offices Zubringerdienste leisteten und Beiträge lieferten, die in der hannoverschen Zentrale gesichtet und zusammengestellt wurden. Die meisten biographischen Daten mußten vor Ort erhoben werden, und die Beurteilungen — sollten sie sinnvoll und für andere nützlich sein — mußten aus möglichst genauer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse, des unmittelbaren Tätigkeitsfeldes des Beurteilten heraus erfolgen. Weiterhin ist eine Aufteilung nach sachlichen Gesichtspunkten denkbar, indem etwa die Vertreter der Kirchen, der Rechtsprechung, der Presse, der Wissenschaft, die Politiker der einzelnen Parteien etc. jeweils ihre Bearbeiter hatten. Für eine solche Aufteilung spricht, daß der Berichtersteller über die Persönlichkeiten der Braunschweiger politischen Szene sich auffällig gut unterrichtet zeigt, andererseits aber, wie schon angemerkt, die Pensionierung des Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsidenten übersehen wurde.

Sprachliche Wendungen machen deutlich, daß mehrere Beiträge deutschen Textvorlagen verpflichtet sind. Sie wirken in Teilen übersetzt⁵. Dies kann durch die Anlehnung an herangezogene Quellen verursacht sein, doch ist auch nicht auszuschließen, daß deutsche Mitarbeiter Artikel beisteuerten. Diese Feststellung gilt allerdings nur für den biographischen Teil der Personenbeschreibungen — die englischen Idiome in den Beurteilungen machen eine Übersetzung aus dem Deutschen unwahrscheinlich und schließen sie manchmal geradezu aus. Als Beispiele mögen dienen die Charakterisierung des SPD-Politikers Otto H. Greve als *stormy petrel of the party*, des SPD-Politikers Fritz Heine als *blinkered political dogmatist* und des Publizisten Henri Nannen als *matinée idol in appearance*; der FDP-Politiker Martens *fails to put over his points*, der CDU-Politiker Rönneburg *hobnobs with local aristocratic families* und der sozialdemokratische Publizist Spengemann *does not toe the party line* — dies wird zur Veranschaulichung des Gesagten genügen, weitere Beispiele ließen sich unschwer finden.

Ob die vermutlich im wesentlichen regional erarbeiteten Texte in Hannover lediglich zusammengestellt und alphabetisch gereiht wurden, oder ob die Schlußredaktion dort eine kritische Sichtung, Überprüfung und Bearbeitung der Manuskripte einschloß, kann nicht mehr festgestellt werden. Die Tatsache, daß bereits kurz nach der Herausgabe Korrekturen anzubringen waren, spricht jedoch eben-

⁵ Die Genitivbildung bei Kurt Müller, . . . *chairman of the Kommunistische Jugendverbandes*, ist dafür ein sicheres Indiz, ebenso die Verwendung des deutschen Wortes „emeritiert“ bei Herman Nohl. Die Mitarbeit von geflüchteten Deutschen in Großbritannien wird direkt erwähnt bei der Beamtenliste von 1945, die Schneider, wie Anm. 41, bekannt macht: „Note: The phrases ‚it is reported‘ or ‚according to reports‘, ‚reliable source‘ etc should be taken to mean that the information derives from reliable refugees in Great Britain. Where such phrases do not occur, the information comes from Corps . . . summaries and other British or Allied Intelligence Reports“ (S. 44). Analog dürften solche allgemeinen Wendungen in unserem Text auch nicht Gerüchte irgendwelcher Art wiedergeben, sondern Hinweise von deutschen Informanten, die als verläßlich galten.

so wie die keineswegs einheitliche äußere Gestalt der Texte eher für eine oberflächliche Schlußredaktion.

Leider muß auch die Frage offenbleiben, wie die Auswahl der vorgestellten *Top Hundred* zustande gekommen ist. Aber ob auf Vorschlägen aus den Regionen beruhend, oder an zentraler Stelle vorab erarbeitet — die Auswahl ist und bleibt eine Zusammenstellung der Personen, die von berufener Stelle auf britischer Seite zur politischen Führungsschicht Niedersachsens gezählt wurden. Das bereits hat Quellenwert. Ob uns die Zuordnung zu dieser Hundertschaft im Einzelfall berechtigt erscheint oder nicht, steht auf einem ganz anderen Blatt. Einige Auffälligkeiten der Auswahl sollen immerhin angesprochen werden. Von den Ministern der ersten beiden Kabinette Kopf fehlt in der Sammlung nur einer: August Block von der Deutschen Partei, Minister für Landwirtschaft⁶. Zwar gehörte er dem ab Juni 1948 regierenden 3. Kabinett Kopf nicht mehr an, doch gilt das auch für Karl Abel, der nichtsdestoweniger als Ex-Minister aufgenommen ist. Wurde Block nun schlicht vergessen oder als unerhebliche politische Kraft bewußt ausgelassen? Auf der anderen Seite wurde mit Curt Staff ein Mann aufgenommen, dessen Wirkungskreis schon seit Januar 1948 nicht mehr in Niedersachsen sondern in Köln lag und bei dem mit einer Rückkehr nicht ohne weiteres zu rechnen war. Im Grunde Fehlanzeige erstattet wurde bei Franz Henkel, dem abgewählten Parteivorsitzenden der FDP, der als *spent political force* beschrieben wird, und bei Bischof Erdmann, von dem es heißt: . . . *wields no influence*. Wie es um den regionalen und parteipolitischen Proporz bestellt ist, wird gleich noch näher zu untersuchen sein. Ein Mann wie Ernst Martens hat sich offenbar auch aus solchen Gründen in der Auswahl behauptet: Er war 1947 kurz Minister in Hannover und ist als Landrat des Kreises Wesermarsch bereits außer Diensten. Er ist ein ruhiger Typ und als Redner nicht beeindruckend, aber, wie der Berichtserstatter fast entschuldigend hinzufügt, er ist der bedeutendste der örtlichen FDP-Politiker⁷. Demgegenüber fand mit Albin Karl einer der führenden Gewerkschafter Niedersachsens⁸ keine Berücksichtigung, und selbst die Regierungspräsidenten von Stade⁹ und Lüneburg¹⁰ fehlen in der Auswahl. Merkwürdig auch, daß mit Egon G. Rosenberg der abgewählte Oberbürgermeister von Emden behandelt wird, während der 1948 amtierende nicht erscheint. Schematisch nach Amt und Würde ist man jedenfalls nicht vorgegangen.

6 Vgl. *Regenten u. Regierungen der Welt (Minister-Ploetz)* Teil II Bd. 4, bearb. v. B. Spuler, 2. Aufl. Würzburg 1964, S. 406 ff.

7 . . . *the most outstanding of the local FDP politicians*, siehe Nr. 65. Die FDP hatte bei der Landtagswahl 1947 im Bezirk Oldenburg 22 % der Stimmen erhalten (siehe Marten, wie Anm. 41, S. 198) und sollte deshalb wohl personell hier besondere Berücksichtigung finden.

8 Kurzbiographie bei Hartman, wie Anm. 41, S. 525 f. Karl war 1945 Leiter des Ausschusses für Wiederaufbau in Hannover u. empfahl Bratke als OBM; 1946 Leiter des Sekretariats Niedersachsen der zentralen Einheitsgewerkschaft, Mitglied des Landtags und des Zonenbeirats, 1947 stellv. Gewerkschaftsvorsitzender der Brit. Zone, 1949 in den Bundesvorstand des DGB gewählt.

9 Johann Thies, 1945—49 Regierungspräsident.

10 Dr. Walter Harm, von Mai 1946 bis 1949 Regierungspräsident in Lüneburg, 1950—54 in Stade.

Etwa zwei Jahre nach dem britischen Leitfaden war die erste Nachkriegsausgabe von „Wer ist Wer?“ auf dem Markt¹¹, einem aktuellen biographischen Nachschlagewerk für den deutschsprachigen Raum, das sich als deutscher Ableger des berühmten „Who's Who“ versteht. Die Ausgabe behandelt nahezu 6500 Personen. Von den 100 aus britischer Sicht prominenten Niedersachsen erscheinen jedoch 36, also mehr als ein Drittel, darin nicht.

Um konkretere Vorstellungen über die Zusammensetzung der prominenten Hundertschaft zu gewinnen, soll sie im folgenden unter regionalen, parteipolitischen und funktionalen Gesichtspunkten aufgegliedert werden. Bei der regionalen Zuordnung gilt der Wirkungskreis nach dem Zweiten Weltkrieg als Hauptkriterium. Zum Vergleich wird der prozentuale Anteil der jeweiligen Region an der niedersächsischen Gesamtbevölkerung (nach dem Stand von 1950) hinzugesetzt.

	Personen (Anzahl)	Anteil an Ges.-Bev. 12
Reg.-Bez. Hannover (einschl. Schaumburg-Lippe) ¹³	32	20,5 %
Reg.-Bez. Hildesheim ¹⁴	12	15,0 %
Reg.-Bez. Lüneburg ¹⁵	5	14,5 %
Reg.-Bez. Stade ¹⁶	6	9,5 %
Reg.-Bez. Osnabrück ¹⁷	7	10,0 %
Reg.-Bez. Aurich ¹⁸	3	5,5 %
Verw.-Bez. Braunschweig ¹⁹	17	13,0 %
Verw.-Bez. Oldenburg ²⁰	11	12,0 %
Keine sinnvolle Zuordnung möglich ²¹	7	—

Die Übersicht zeigt, daß die dichter besiedelten Bezirke Hannover und Braunschweig im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil deutlich überrepräsentiert sind. Oldenburg und Hildesheim sind noch fast angemessen vertreten, in Osnabrück und Stade verschlechtert sich die Relation bereits, Aurich und Lüneburg kommen am deutlichsten zu kurz.

11 Wer ist Wer? 11. Ausgabe von Degners Wer ist's?, hrsg. von W. Habel, Berlin 1951 (laut Vorwort abgeschlossen mit dem Jahre 1950).

12 Auf ganze und halbe Prozentpunkte auf- bzw. abgerundet; Quelle: Brockhaus Enzyklopädie, 17. Aufl. 1971, Artikel Niedersachsen.

13 Personen Nr. 1, 8, 11, 16, 20, 22, 25, 29, 31, 33, 34, 39, 40, 41, 42, 44, 51, 52, 55, 57, 59, 61, 67, 68, 69, 74, 85, 88, 92, 95, 97, 100.

14 Personen Nr. 5, 6, 18, 27, 32, 38, 60, 63, 71, 72, 77, 84.

15 Personen Nr. 3, 7, 21, 47, 79.

16 Personen Nr. 4, 19, 24, 43, 73, 78.

17 Personen Nr. 10, 15, 45, 50, 58, 75, 76.

18 Personen Nr. 13, 14, 81.

19 Personen Nr. 9, 12, 17, 30, 35, 36, 48, 56, 62, 64, 80, 82, 83, 86, 93, 96, 99.

20 Personen Nr. 2, 23, 28, 46, 53, 54, 65, 70, 89, 91, 98.

21 Personen Nr. 26, 37, 49, 66, 87, 90, 94.

Parteibindungen werden bei 84 der 100 Personen erwähnt. Setzt man diese 84 gleich 100, so ergibt sich ein Parteienproporz von

SPD	50,0	% ²²	(43,4 %)	FDP	9,52	% ²⁵	(8,8 %)
CDU	17,86	% ²³	(19,9 %)	KPD	7,14	% ²⁶	(5,6 %)
NLP/DP	13,1	% ²⁴	(17,9 %)	Zentrum	2,38	% ²⁷	(4,0 %)

Die Prozentzahlen in Klammern geben den Stimmenanteil bei der Landtagswahl vom 20. 4. 1947 wieder²⁸.

Gemessen am Wahlergebnis haben die Linksparteien also zuviel Gewicht erhalten, die SPD sogar erheblich; die FDP ist etwa adäquat vertreten, die übrigen Parteien fallen hinter ihren Stimmenanteil zurück.

Ordnet man die Auswahl nach den Funktionen im öffentlichen Leben, die den Personen als Attribute beigegeben sind, so beherrschen Politik und Verwaltung das Bild ganz eindeutig. Dreiundachtzig der Hundert kommen aus diesen Bereichen, wenn man die Rechtspflege mit einbezieht. Außerdem sind noch sieben Vertreter der Gewerkschaften²⁹, fünf der beiden Kirchen³⁰, drei der Presse und zwei der Wissenschaft³¹ dabei. Zwei weitere Pressevertreter und ein Industrieller könnten noch aus dem Lager der Politiker herausgenommen werden³², ohne daß diese ihre absolute Mehrheit verlören, die sich aus zehn Regierungsmitgliedern³³ und 46 Politikern aus Parlament und Parteien³⁴ zusammensetzt.

Die Kommunalverwaltung ist mit den Oberbürgermeistern der neun Städte Hannover, Göttingen, Lüneburg, Cuxhaven, Osnabrück, Braunschweig, Delmenhorst, Oldenburg und Wilhelmshaven vertreten, sowie den Oberstadtdirektoren von Hannover und Braunschweig³⁵. Von den größeren Städten (über 50000 Einw.) fehlen somit nur Salzgitter, Hildesheim und Celle. Auf der anderen Seite fanden von den Landräten nur vier³⁶ Berücksichtigung. Daß von den Präsi-

22 Personen Nr. 3, 5, 9, 11, 12, 16—23, 27, 29, 33, 36, 38—40, 42, 45, 46, 51—53, 55, 56, 62, 69, 70, 73, 74, 78, 79, 82—85, 92, 93, 97.

23 Personen Nr. 10, 25, 28, 34, 35, 37, 48, 75, 76, 80, 87, 89, 91, 95, 96.

24 Personen Nr. 4, 7, 24, 31, 41, 43, 57, 60, 66, 86, 100.

25 Personen Nr. 2, 13, 32, 44, 65, 81, 88, 94.

26 Personen Nr. 1, 49, 58, 59, 67, 99.

27 Personen Nr. 50, 54.

28 Siehe Marten, wie Anm. 41, S. 198.

29 Personen Nr. 11, 16, 22, 23, 78, 82, 84.

30 Personen Nr. 15, 30, 61, 63, 72.

31 Personen Nr. 68, 79, 92; Nr. 71, 77.

32 Wilhelm Korpeter (Nr. 52) und Emil Kraft (Nr. 53) werden jeweils als *Politician and Journalist* geführt, Dr. Kuhlemann (Nr. 57) als *DP Politician and Business Magnate*.

33 Personen Nr. 3, 18, 35, 37, 40, 48, 50, 51, 56, 96.

34 Personen Nr. 1, 2, 4, 7, 13, 17, 25, 27, 29, 31—34, 36, 39, 41—44, 49, 52—55, 57—60, 65—67, 69, 74, 75, 80, 81, 85—89, 91, 94, 95, 99, 100.

35 Personen Nr. 5, 12, 20, 21, 28, 45, 46, 62, 70, 73, 97.

36 Personen Nr. 10, 19, 24, 38.

dentent der acht Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirke nur sechs³⁷ behandelt werden, ist schon als auffällig herausgestellt worden. Weiter finden sich zwei hochrangige Mitarbeiter der Staatskanzlei, zwei Beamte aus den Sektoren Polizei und Justiz und die Präsidenten der Oberlandesgerichte in Braunschweig und Celle (der Oldenburger fehlt)³⁸.

Die einzelnen biographischen Artikel lassen sich grob gliedern in eine Lebensbeschreibung und eine knappe Beurteilung am Schluß. Die Lebensbeschreibung enthält die wichtigsten Laufbahndaten unter besonderer Berücksichtigung der politischen Tätigkeit vor und während der NS-Zeit.

Die Angaben sind nicht frei von Fehlern und Irrtümern, aber insgesamt doch recht zuverlässig — sie brauchten in der Hinsicht einen Vergleich etwa mit „Wer ist Wer?“ nicht zu scheuen. Ihr Informationswert ist in vielen Fällen — gerade bei den bekannteren Persönlichkeiten — sicher nicht hoch zu veranschlagen, aber gänzlich wertlos sind sie nicht, wie das Beispiel von Maria Meyer-Sevenich zeigt³⁹.

In der Beurteilung wird demokratisches Verhalten bewertet, politischer Einfluß und die Einstellung zur britischen Besatzungsmacht. Dinge des Privatlebens werden nur dort erwähnt, wo sie eine gewisse politische Dimension erreichen, wie die zwielichtigen Geschäfte des Braunschweigers Lotz, der Weinkeller des ehemaligen Justizministers Ellinghaus und die Tatsache, daß Ministerpräsident Kopf seine Ehefrau an seinen Kabinettskollegen Grimme verlor, ohne daß das freundschaftliche Verhältnis der beiden Männer dadurch sichtbar Schaden nahm. Die Urteile fallen überwiegend freundlich aus, wobei gemäßigte Sozialdemokraten und Gewerkschafter am besten abschneiden. Beispiele für sehr positive Beurteilungen sind die SPD-Politiker Albertz (*an extremely intelligent and reasonable man*), Bratke (*an excellent and tolerant man*) und Grimme (*a man of splendid character*); kritisch gesehen werden z. B. die CDU-Minister Fricke und Dr. Hofmeister, der Leiter der Staatskanzlei Skiba und der KPD-Politiker Abel, wobei der persönliche Stil, die persönliche Vertrauenswürdigkeit wesentlich das Urteil mitbestimmen. Die Einschätzung des künftigen Werdeganges der Auserwählten wird durch die tatsächliche Entwicklung mehrfach in eindrucksvoller Weise bestätigt — so bei Alfred Kubel und bei Dr. Gereke. Deutliche Abweichungen finden sich bei den SPD-Politikern Erich Gerlach und Egon Franke, von denen der erste weniger, der zweite mehr erreicht hat, als ihm die Briten seinerzeit zutrauten.

37 Nr. 6 RB Hildesheim, 8 RB Hannover, 14 RB Aurich, 76 RB Osnabrück, 83 VB Braunschweig, 98 VB Oldenburg.

38 Personen Nr. 26, 90; Nr. 9, 93; Nr. 47, 64.

39 Ihren politischen Werdegang in der Weimarer Zeit aufzuhellen, ist Franke, wie Anm. 41, S. 364 Anm. 143 trotz intensiver Bemühungen nicht gelungen, so daß er über die Angaben im Handbuch des Niedersächsischen Landtags nicht hinauskam. Die britische Lebensbeschreibung bietet doch einige konkrete Anhaltspunkte und ergänzt auch den Artikel im Biogr. Handbuch der deutschspr. Emigration (s. Anm. 41).

Die Edition folgt, wie schon eingangs erwähnt, der revidierten Fassung vom Januar 1949. Abweichungen von der Erstfassung (A) werden durch Kursivdruck kenntlich gemacht, und die Formulierung von A erscheint als Anmerkung, es sei denn, es handelte sich lediglich um die Korrektur eines sachlichen Irrtums. Ebenso wurden offensichtliche Schreibfehler stillschweigend berichtigt; nur fehlerhafte Schreibung von Personennamen wird vermerkt, da sie ein gewisses Indiz für den Informationsstand und die Genauigkeit der Verfasser darstellt. Die deutschsprachigen Überschriften der Teile I, II und III stammen vom Herausgeber.

Abkürzungen, die nicht im Abkürzungsverzeichnis (Teil II) Aufnahme gefunden haben, wurden entweder in Volltext aufgelöst oder durch eine Anmerkung erläutert. Das Verzeichnis wurde in Kursivdruck ergänzt um einige Abkürzungen, deren Aufschlüsselung den britischen Verfassern seinerzeit nicht erforderlich schien. Ergänzungen des Herausgebers stehen sonst in eckigen Klammern. Die gerade bei Ämtern und Institutionen ganz uneinheitlich gehandhabte Groß- und Kleinschreibung wurde vorsichtig reguliert.

Die biographischen Anmerkungen sollen dem Leser helfen, die behandelten Personen einzuordnen. Sie bieten die wichtigsten Lebens- und Laufbahndaten nach 1948/49, soweit diese zu ermitteln waren, greifen in den von der Quelle erfaßten Lebensabschnitt ergänzend aber nur dann ein, wenn für das Gesamtbild wesentliches ausgelassen scheint. Festgestellte Fehler und Irrtümer in den Kurzbiographien werden angemerkt. Ansprüche an die Ausführlichkeit und Vollständigkeit der biographischen Erläuterungen, die über die Förderung des Textverständnisses hinausgehen, waren im Rahmen dieser Edition nicht zu stellen. Deshalb fehlen auch gezielte Hinweise auf biographische Literatur, die in mehreren Fällen vorhanden ist⁴⁰. Sonst fußen die Anmerkungen zu den Lebensbeschreibungen auf gängigen Nachschlagewerken und Hilfsmitteln wie den amtlichen Handbüchern des Niedersächsischen Landtages und des Bundestages, „Wer ist Wer?“, der Brockhaus-Enzyklopädie und dem Munzinger-Archiv⁴¹; in zahlrei-

40 Die für unser Thema bedeutendste Monographie: Th. Vogelsang, *Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen*, Hannover 1963; weitere Beispiele (auch Festschriften): L. J. Edinger, Kurt Schumacher. *Persönlichkeit und politisches Verhalten*. Köln/Opladen 1967; Ludwig Luckemeyer, Wilhelm Heile 1881—1981, hrsg. v. d. Karl-Hermann-Flach-Stiftung, Wiesbaden 1981; Hanns Lilje, *Memorabilia. Schwerpunkte eines Lebens*, Nürnberg 1973.

41 Ein wichtiges Hilfsmittel war weiterhin das *Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, Bd. 1 (Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben), bearb. v. W. Röder, Herbert A. Strauss u. a., München 1980. Die *Niedersächsischen Lebensbilder*, hrsg. im Auftrage d. Histor. Kommission f. Niedersachsen u. Bremen, enthalten Beiträge über Alpers in Bd. 7, J. Berghaus in Bd. 3 und Machens in Bd. 9. Für die Gewerkschafter hilfreich und weiterführend Franz Hartmann, *Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Niedersachsen nach dem Zweiten Weltkrieg*. Maschschr. Diss. phil., Göttingen 1977 (in diesem Zusammenhang bes. die Sammlung von Kurzbiographien S. 518 ff., die leicher auch vermeidbare Fehler enthält). Vertiefend für eine ganze Reihe von Politikerbiographien sind die Arbeiten von Heinz Georg Marten, *Die unterwanderte FDP*, Göttingen 1978 (Göttinger Politikwissenschaftliche Forschungen 1), Konrad Franke, *Die niedersächsische SPD-Führung im Wandel der Partei nach 1945*, Hildesheim 1980 (Veröffentlichungen der Histor. Kommission f. Nieder-

chen Fällen war es trotzdem notwendig, mit lästigen Fragen Hilfe zu suchen. Ich danke hier allen Betroffenen, insbesondere den Kollegen in den Staats- und Kommunalarchiven Niedersachsens, für klaglos gewährte wertvolle Hilfestellung. Ohne diese Hilfsbereitschaft wäre die Abrundung sehr vieler biographischer Artikel nicht möglich gewesen.

Lohnt nun die Bearbeitung und Veröffentlichung eines Aktenstückes, dessen Entstehungszusammenhänge nicht ganz klar, dessen Verfasser anonym und dessen historische Wirkungen ungewiß sind? Ich meine, daß trotz dieser zugegebenermaßen unangenehmen Blößen sich der Text als Quelle sehen lassen kann. Er vermittelt in seiner Gesamtheit wie in vielen Einzelheiten bemerkenswerte Aufschlüsse über die Ausrichtung und das Selbstverständnis britischer Besatzungspolitik in Niedersachsen zur Jahreswende 1948/49. Sowohl die Auswahl der *Top Hundred* als auch die einzelnen Beurteilungen durch eine zentrale Stelle der Besatzungsverwaltung in Niedersachsen, den britischen Nachrichtendienst, dürfen mit Interesse rechnen und sollen sich den Fragen der zeitgeschichtlichen Forschung stellen.

Quellentext

I Namenindex

- | | |
|------------------------------|----------------------------------|
| 1. Abel, Karl | 8. Bähnisch, Thea |
| 2. Albers, Johann | 9. Bärensprung, Horst |
| 3. Albertz, Heinrich, Pastor | 10. Beckmann, Rudolf |
| 4. Alpers, Ludwig | 11. Beermann, Hermann |
| 5. Arnholdt, Franz | 12. Bennemann, Otto |
| | 13. Berghaus, Jann ⁴² |
| 6. Backhaus, Wilhelm | 14. Berghaus, Mimke |
| 7. Bahlburg, Wilhelm | 15. Berning, Wilhelm |

sachsen u. Bremen XXXV), Albrecht Lein, Antifaschistische Aktion 1945. Die „Stunde Null“ in Braunschweig, Göttingen 1978 (Göttinger Politikwiss. Forschungen 2) und Ullrich Schneider, Britische Besatzungspolitik 1945, Diss. phil. Hannover 1980 (Schneider behandelt S. 42 ff. eine inhaltlich offenbar ähnlich aufgebaute Personenliste, die der Nachrichtendienst des Foreign Office im November 1945 vorlegte unter der Überschrift „Senior Administrative Officials in Germany British Zone appointed by Military Government“). Sie enthält aus dem nieders. Gebiet 79 Namen von Ober-, Minister- und Regierungspräsidenten, Landräten und Oberbürgermeistern u. geht in wesentlichen Teilen auf Informationen zurück, die bereits vor Beginn der Besetzung gesammelt worden waren. Naturgemäß finden sich auf dieser Liste auch einige Personen aus unserer Hundertschaft — erwähnt werden z. B. Heile, Kopf und Schlebusch). Personengeschichtlich wenig ergiebig ist H. Meyn, Die Deutsche Partei, Düsseldorf 1965, einige Details bietet der Beitrag von N. Rode, Zur Entstehungsgeschichte der Niedersächsischen Landespartei/Deutsche Partei (NLP/DP), in: Nieders. Jb. f. Landesgesch. 53, 1981, S. 289—300. Für die CDU zu nennen Arnold Fratzscher, Die CDU in Niedersachsen, Demokratie der ersten Stunde, Hannover 1971.

⁴² Vorlage: Jan.

- | | |
|---|---------------------------------|
| 16. Böcker, Louis | 52. Korpeter, Wilhelm |
| 17. Böhme, Ernst | 53. Kraft, Emil |
| 18. Borowski, Richard | 54. Krapp, Otto |
| 19. von Borstel, Nicolaus ⁴³ | 55. Kriedemann, Herbert |
| 20. Bratke, Gustav | 56. Kubel, Alfred |
| 21. Braune, Ernst | 57. Kuhlemann, Christian |
| 22. Brenner, Otto | 58. Landwehr, Ludwig |
| 23. Buchardt, Valentin | 59. Lehmann, Robert |
| 24. Burfeindt ⁴⁴ , Joachim | 60. Lessmann, Horst |
| 25. Cillien, Adolf | 61. Lilje, Hanns ⁴⁶ |
| 26. Danckwerts, Justus | 62. Lotz, Erich |
| 27. Diederichs, Georg | 63. Machens, Joseph |
| 28. Diekmann, Walther | 64. Mansfeld, Wilhelm |
| 29. Ellinghaus, Wilhelm | 65. Martens, Ernst |
| 30. Erdmann, Martin | [Meyer-Sevenich siehe Sevenich] |
| 31. Farke, Ernst | 66. Mühlenfeld, Hans |
| 32. Föge, Hermann | 67. Müller, Kurt |
| 33. Franke, Egon | 68. Nannen, Henri ⁴⁷ |
| 34. Fratzscher ⁴⁵ , Arnold | 69. Nau, Alfred |
| 35. Fricke, Otto | 70. Nieter, Reinhard |
| 36. Fuchs, Martha | 71. Nohl, Prof. Herman |
| 37. Gereke, Günther | 72. Offenstein, Wilhelm |
| 38. Gerlach, Erich | 73. Olfers, Karl |
| 39. Greve, Otto Heinrich | 74. Ollenhauer, Erich |
| 40. Grimme, Adolf | 75. Otto, Paul |
| 41. Heile, Wilhelm | 76. Petermann, Johannes |
| 42. Heine, Fritz | 77. Raiser, Ludwig |
| 43. Hellwege, Heinrich | 78. Reubold, Otto |
| 44. Henkel, Franz | 79. Riggert, Ernst |
| 45. Herlitzius, Heinrich | 80. Rönneburg, Heinrich |
| 46. Heyde, Wilhelm von der | 81. Rosenberg, Egon |
| 47. Hodenberg, Hugo | 82. Rosenbruch, Franz |
| 48. Hofmeister, Werner | 83. Schlebusch, Hubert |
| 49. Jungmann, Erich | 84. Schmalz, Fritz |
| 50. Kassenbrock, Georg | 85. Schumacher, Kurt |
| 51. Kopf, Hinrich | 86. Seebohm, Hans-Christoph |

43 Vorlage: Niklaus.

44 Vorlage: Burfeindt.

45 Vorlage: Fratzscher.

46 Vorlage: Hans.

47 Vorlage: Henry.

- | | |
|----------------------------|-----------------------|
| 87. Sevenich, Maria Meyer- | 94. Stegner, Artur |
| 88. Siemann, Johannes | 95. Storch, Anton |
| 89. Siemer, Hermann | 96. Strickrodt, Georg |
| 90. Skiba, Richard | 97. Weber, Wilhelm |
| 91. Söhlmann, Fritz | 98. Wegmann, August |
| 92. Spengemann, Walter | 99. Wiesener, Rudolf |
| 93. Staff, Curt | 100. Wilke, Friedrich |

II Abkürzungsliste

- | | | |
|------|--------------|---|
| CDU | = | Christlich-Demokratische Union |
| DDP | = | Deutsche Demokratische Partei |
| DGB | = | Deutscher Gewerkschaftsbund |
| DHP | = | Deutsch-Hannoversche Partei |
| DP | = | Deutsche Partei |
| DNVP | = | Deutschnationale Volkspartei |
| DVP | = | Deutsche Volkspartei |
| FDP | = | Freie Demokratische Partei |
| ISK | = | Internationaler Sozialistischer Kampfbund ⁴⁸ |
| KPD | = | Kommunistische Partei Deutschlands |
| NLP | (later DP) = | Niedersächsische Landespartei |
| OBM | = | Oberbürgermeister |
| SAP | = | Sozialistische Arbeiterpartei |
| SPD | = | Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| USPD | = | Unabhängige Sozialdemokratische ⁴⁹ Partei Deutschlands |

Ergänzung:

- | | | |
|----------------|---|---|
| <i>Gestapo</i> | = | <i>Geheime Staatspolizei</i> |
| <i>NSDAP</i> | = | <i>Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei</i> |
| <i>NWDR</i> | = | <i>Nordwestdeutscher Rundfunk</i> |
| <i>q. v.</i> | = | <i>quod vide (siehe dort)</i> |
| <i>RB</i> | = | <i>Regierungsbezirk</i> |
| <i>SA</i> | = | <i>Sturmabteilung(en der NSDAP)</i> |
| <i>SS</i> | = | <i>Schutzstaffel(n der NSDAP)</i> |
| <i>TU</i> | = | <i>Trade Union (Gewerkschaft)</i> |
| <i>VB</i> | = | <i>Verwaltungsbezirk</i> |
| <i>ZAC</i> | = | <i>Zonal Advisory Council (Zonenbeirat)</i> |

Nur in den Anmerkungen:

- | | | |
|--------------|---|--|
| <i>Geb.</i> | = | <i>geboren</i> |
| <i>Gest.</i> | = | <i>gestorben</i> |
| <i>MdL</i> | = | <i>Mitglied des Niedersächsischen Landtags</i> |

48 Vorlage: Kämpferbund.

49 Vorlage: Sozialistische.

III Biographische Artikel

1 Abel, Theodor Hermann Karl Ex-Cabinet Minister: KPD

Born 1897 in Obernkirchen⁵⁰, son of a miner. Was apprenticed to a cobbler. From 1916—18 on active service, wounded and buried alive. After release from the army tramped for two years and then worked as a miner for eight years. In 1935 he resumed his former trade, and in 1940 was called up to the army, from which he was discharged in 1941. In 1916 he joined the Sozialistische Arbeiterjugend and in 1920 became leader of the Obernkirchen branch. In 1921 he joined the KPD. In the trade union, he became leader of the Miners' Youth in Schaumburg-Lippe, and later chairman of the Miners' General Assembly in that area. From 1924—32 he sat on the Obernkirchen town council and Schaumburg Kreistag. In 1924 he was also elected to the Diet⁵¹. Imprisoned 1933—34 by the Nazis, and again in Oranienburg Concentration Camp, 1938—40⁵². Appointed Minister of [Health]⁵³ in the nominated post-war Diet⁵⁴, he gave up his portfolio after the 1947 elections whilst retaining his position in the Cabinet. In 1947 he was removed⁵⁵ after protesting against the vote of confidence in Ministerpräsident Kopf when the Polish Government demanded the latter's extradition⁵⁶.

A good orator, Apel is intelligent and well-informed. His decent character and friendly manner have misled some people into assuming that he is not 100 % Communist. On the contrary, he is a strict adherent to the party line and will repeat the most crass misrepresentation of facts if in accordance with dictated party policy.

2 Albers, Friedrich Johann Ex-Cabinet Minister: FDP

Born 1890 in Jever⁵⁷, Kreis Friesland, a country blacksmith by trade. After leaving Volksschule, he remained in Jever to follow the trade of blacksmith. From 1913—19 a member of the Liberale Partei and from 1919—33 of the Demokrati-

50 Geb. 10. 2. 1897, gest. 20. 4. 1971 in Obernkirchen.

51 Hier: Preuß. Landtag.

52 Richtig wohl: 1938—40 und 1944—45 KZ Sachsenhausen sowie div. Gefängnisse. Vgl. Handbuch des Niedersächsischen Landtags, I. Wahlperiode, 1948, S. 42.

53 Lücke im Text; gemeint ist: Volksgesundheit und -wohlfahrt, 1946/47.

54 Zuvor bereits Mitglied des Hannoverschen Bezirkstages 1945/46.

55 Richtig: Februar 1948. Die Bezeichnung „Rücktritt“ als offizielle Version für Abels Entfernung aus dem Amt ist eine mißverständliche Beschönigung. Abels eigene Darstellung in nachgelassenen Aufzeichnungen bestätigt die Formulierung des britischen Textes (frdl. Mitteilung von Dr. Poestges, Staatsarchiv Bückeburg).

56 Vgl. Nr. 51. Abel blieb MdL bis 1951. Er war ferner Stadtverordneter in Obernkirchen 1945—56 u. Kreistagsabgeordneter des Kreises Grafschaft Schaumburg 1945—52. Seit 1952 Geschäftsführer der Niedersächs. Gemeinschaft zur Wahrung demokrat. Rechte bis zu deren Verbot 1958.

57 Geb. 16. 10. 1890, gest. 19. 4. 1964 in Jever.

sche Partei⁵⁸. Arrested by the Nazis in 1933, he was deprived of all his public offices. After the capitulation he re-entered public life, becoming Landrat⁵⁹, and, during its existence, chairman of the Oldenburg Diet. He was elected FDP chairman in Kreis Friesland and subsequently of the Bezirksverband VB Oldenburg. Elected in 1947 to the Lower Saxon Diet, he was appointed Minister without Portfolio, relinquishing office in the reconstituted Government of June, 1948⁶⁰.

Albers enjoys public esteem locally. Self-made and energetic, he is considered a good administrator but somewhat unscrupulous.

3 Albertz, Heinrich Ernst Friedrich Cabinet Minister: SPD

Born 1915 in Breslau⁶¹. Studied at the local university before going on to Halle and Berlin. Ordained in 1937 and became a curate in Priebus [Schlesien] in 1938. The following year he was given a curacy in Wuppertal, and later in the same year returned to Breslau⁶². From 1941 until the capitulation he served in the army on both the eastern and western fronts, and was finally taken prisoner by the Americans in 1945. After release he came to Celle to continue his calling. He took great interest in the refugee problem and in October, 1945, was put in charge of the Refugee Office of that town. A year later he became manager of the Refugee Office of RB Lüneburg. Joining the SPD in 1946 he stood for the Celle municipal elections but failed to gain a seat. In 1947, the SPD nominated him as a Landtag candidate and he was returned at the April elections. In the reconstituted government of June, 1948, he was appointed to the newly created post of Minister for Refugees. Member of a number of refugee committees, Albertz is SPD representative on the Interzonal Advisory Council and president of the „Arbeitskreis Pastor Albertz“, an organisation which looks after the cultural interests of refugees in Niedersachsen⁶³.

He is an extremely intelligent and reasonable man. Although not a radical socialist, he has thrown his weight behind the left wing of the SPD on such issues as Land Reform.

58 Er war schon 1923 auf dem Landtagswahlvorschlag der DDP.

59 1945 bis zu seinem Tode 1964 Landrat des Kreises Friesland.

60 MdL 1946—1959, 1956—60 Bürgermeister der Stadt Jever.

61 Geb. 22. 1. 1915, lebt 1982 in Berlin.

62 Ab 1939 Vikar u. Pfarrer der Bekennenden Kirche in Breslau u. im Kreis Kreuzburg (Oberschlesien), mehrfach verhaftet, 1943 Freiheitsstrafe wegen eines Fürbittegottesdienstes für Martin Niemöller.

63 Mitte Juni 1951 Sozialminister, im Mai 1955 Rücktritt mit der Regierung Kopf. Ab 1. 8. 1955 Senatsdirektor beim Senator für Volksbildung in Berlin (West), 1959 Chef der Berliner Senatskanzlei. Ende 1961 Innensenator, 1966 Nachfolger Willy Brandts als Regierender Bürgermeister Berlins. Rücktritt am 26. 9. 1967, schrittweise Niederlegung der Parteiämter, 1970 auch des Abgeordnetenmandats; Wiederaufnahme der Tätigkeit als Pfarrer, 1971 Übernahme einer Pfarrstelle in Berlin, 1979 Eintritt in den Ruhestand.

4 Alpers, Ludwig Politician: DP

Born 1866⁶⁴. In 1893 he became editor of the Guelph publication „Was wollen die Welfen?“ and made regular contributions to Hanoverian newspapers. After an unsuccessful attempt in 1898, he entered the Reichstag in 1911, remaining there for twenty years as member for Harburg⁶⁵. In 1920 he founded the League of German Federalists and continued to oppose Prussian domination until his retirement from active political life in 1931. In spite of surveillance by the Nazis, who banned his paper „Der Länderstaat“, his house was used as a meeting place by the sincere if ineffective Hanoverian opposition. In 1946 he was made honorary president of the NLP and in the following year reestablished his League of German Federalists.

Politically a Hanoverian of the most orthodox and old-fashioned type, Alpers regrets bitterly that the ancient connections between England and Hannover have apparently been forgotten by the British. He describes himself none-the-less as an old friend of England, and it is true that he spoke up for us in the Reichstag in 1912 and 1913. He feels this gives him the right to make friendly criticism, which usually concerns the alleged British pre-disposition for the SPD. Alert and vigorous in spite of his advanced age.

5 Arnholdt, Franz OBM Göttingen: SPD

Born 1885 in Leipzig⁶⁶. Apprenticed as a metalworker and worked with various firms in the Jena and Leipzig districts until 1907, when he came to the Göttingen Aluminiumwerke. A trade unionist of long standing, he acted as Geschäftsführer of the German Metalworkers' Union from 1920 to 1933. Member of the SPD since 1905. Dismissed by the Nazis in 1933, he spent the next twelve years in political obscurity and varying employment.

Arnholdt is not an outstanding figure among SPD leaders in Göttingen and bears no comparison with his dynamic predecessor, Prof. Düker⁶⁷, who left for a post at Marburg University. He is easily influenced by his stronger colleagues. His lack of academic standing in a university town is compensated by his undoubted good character and long record of democratic integrity⁶⁸.

64 Geb. 15. 12. 1866 in Drochtersen bei Stade, gest. 15. 8. 1959 in Bremervörde. Ausbildung u. Tätigkeit als Lehrer.

65 Wahlkreis 17 (Rotenburg, Harburg, Zeven), mit Unterbrechung 1924/25.

66 Geb. 1. 1. 1885 in Leipzig-Plagwitz, gest. 5. 12. 1951 in Göttingen. Gelernter Fräser.

67 Prof. Heinrich Düker, geb. 24. 11. 1898 in Dassel, Göttinger OBM 1. 11. 1946—31. 10. 1947, wird ordentlicher Prof. für Psychologie in Marburg/Lahn; emeritiert 1967.

68 A. war Göttinger OBM 31. 10. 1947—17. 12. 1948. Nachfolger wurde sein Vor-Vorgänger Hermann Föge (Nr. 32).

6 Backhaus, Wilhelm
Regierungspräsident Hildesheim

Born in 1911 at Malmedy⁶⁹, son of a Verwaltungsinspektor. In 1924 he came with his family to Hildesheim, where he attended the Gymnasium. He intended to study law, but owing to his father's death the family had no money and in 1927, whilst still at school, he earned his living as a cafe musician. After matriculating he went to work in a chemist's shop. From then on he continued to work his way by playing in an orchestra and night-study, and finally in 1938 passed the state examination for chemists. He ran his own chemist shop up till 1944, when he was called up, served in East Germany, and finally [was] taken prisoner in Kurland.

Although interested in the socialist youth movement in the 20's, Backhaus has never belonged to a political party. He is on the Hildesheim town council and was chairman of the former Bezirkslandtag. His election as Regierungspräsident in 1945 occasioned some surprise in Hildesheim in view of his lack of political and administrative experience, but he has shown a natural aptitude for the job. He has depth of character and a pleasing manner. An able speaker, he is a man who, though not outstanding, is likely to rise further in public life⁷⁰.

7 Bahlburg, Wilhelm Hermann
Politician: DP/NLP

Born 1888⁷¹. A builder by occupation, he took little interest in politics until 1920, when he became a member of the DHP. Elected as representative for the Kreistag and Gemeinde Committee in Harburg, he was subsequently discharged by the Nazis as politically unreliable. In April 1935 an order for his arrest was issued by the Gestapo but never implemented. Re-emerging after the capitulation, he became chairman of the NLP in Kreis Harburg, member of the local Bezirkstag and Kreistag and Landrat for Harburg⁷².

Respected in DP/NLP circles, Bahlburg is regarded by others as a local dictator. After a prolonged campaign against the Oberkreisdirektor to gain control of the local administration, he was finally forced to resign his position as Landrat in March, 1948, whilst still remaining active in party politics⁷³.

⁶⁹ Geb. 18. 9. 1911, lebt 1982 in Hildesheim.

⁷⁰ Regierungspräsident bis 1954, als er in den Wartestand versetzt wird. 1956—1976 Leiter des Versorgungsamtes in Hannover.

⁷¹ Geb. 27. 10. 1888 in Jesteburg, Kreis Harburg (in „Wer ist Wer?“, 1951, wird fälschlich Hameln angegeben), gest. 17. 2. 1958.

⁷² Seit 28. 10. 1946.

⁷³ Mitglied des Hannoverschen und Nieders. Landtags 1946—1951; Mitglied des Bundestags 1949—1953, seit 1951 als fraktionsloser Abgeordneter.

8 Bähnisch, Thea

Regierungspräsident Hannover

Born 1899 in Beuthen in Upper Silesia⁷⁴, the daughter of a schoolteacher. After attending school in Cologne she studied law at Münster University. She passed the *Gerichtsreferendar* examination in 1922, and in 1923 became the first woman *Regierungsreferendar* of the Münster administration. In 1926 she passed her *Assessor's* examination and was appointed to the Berlin *Polizeipräsidium*. She gave up her job owing to the regulation affecting the salaries of married women⁷⁵, since her husband had been appointed *Landrat* of Merseburg. In 1931 she founded the „*Freiheitsverlag*“ and published anti-Nazi pamphlets. In 1932 she began to practise again as a lawyer and from 1935 onwards worked in Cologne⁷⁶. During the war she was connected with Ernst von Harnack's resistance group⁷⁷. In 1946 she moved to Hannover, where in November she became *Regierungspräsident*⁷⁸.

Her greatest interest is non-political women's organisations. In this sphere she has frequently clashed with Herta Gotthelf of the SPD Zonal Committee⁷⁹ and their feud has become legendary in Hannover. She is chairman of the *Frauenring* and, thanks to her violently anti-communist attitude, the organisation has been preserved from communist influence. Undoubtedly an extremely talented woman and one of Hannover's most colourful characters, she has an attractive, if at times overpowering, personality. She is not above personal intrigue but has a high standard of official integrity.

9 Baerensprung, Horst Wolfgang

Police Chief Brunswick

Born 1893 in Torgau⁸⁰. After serving in the First World War, he studied law, history and political economy, obtaining *Dr. iur.* at Göttingen in 1920. In 1923 he passed the *Assessor* examination in Berlin. In the following year he helped to found the *Reichsbanner*, and became its first general secretary. His legal career

⁷⁴ Geb. 25. 4. 1899, gest. 9. 7. 1973 in Hannover.

⁷⁵ 21. 11. 1930.

⁷⁶ Laut *Auskunft d. Staatsarchivs Hannover* vom 13. 9. 1982 *Verwaltungsrätin* 6. 9. 1932—14. 3. 1946.

⁷⁷ Vorlage: Harnack's. Harnack, 1888—1945, war in der Verwaltung rasch aufgestiegen, bis er 1929 *Regierungspräsident* von Merseburg wurde. Als Sozialdemokrat wurde er im Juli 1932 in den Ruhestand versetzt. Danach als *Tuchhändler* in Berlin tätig, gehörte bereits vor *Kriegsausbruch* zum Widerstand, brachte 1938/39 sozialistische und bürgerliche *Widerständler* zusammen; aktiv in der Vorbereitung des 20. Juli, als *Widerstandskämpfer* hingerichtet.

⁷⁸ Bis 1959; dann *Bevollmächtigte Niedersachsens* beim Bund im Rang eines *Staatssekretärs* 1959—1964.

⁷⁹ Herta Gotthelf, 1902—1963. Seit 1920 SPD, emigrierte 1934 nach London; 1946 Rückkehr, ab Juli 1946 *Leiterin* des *Zentralen Frauensekretariats* beim SPD-Partei Vorstand in Hannover, 1947—1958 Mitglied des *geschäftsführenden Parteivorstands*.

⁸⁰ Geb. 27. 3. 1893, gest. 29. 11. 1952 in Braunschweig.

began in Magdeburg, where he became Police President in 1929⁸¹. Removed from office by von Papen in 1932, he practised law until the following year when he was arrested by the Nazis, but managed to escape and fled to the USA. From 1933 until 1940 he lived in China⁸², where he held the posts of Advisor to the Chinese Government (1933—34)⁸³, Professor of International Law (Shanghai 1934—1937) and finally Police Advisor to Chiang-Kai-Shek. Returning to the States in 1940, he spent the next six years lecturing on China⁸⁴, and from 1942—44 broadcasting to Germany on the Far East situation. He went back to Germany in 1946, and was first employed producing police handbooks for Land Niedersachsen. In 1947 he was appointed Chief of Police, Brunswick⁸⁵.

An honest and open character, he is respected in official circles. A pre-1933 member of the SPD, he is still very much politically inclined and would be active if his position allowed. His ambitions are directed by his sponsor, Oberstadtdirektor Lotz (q. v.), who hopes to secure for him the appointment of Police Chief for Land Niedersachsen.

10 Beckmann, Rudolf
Landrat Bentheim: CDU

Born 1903 in Münster⁸⁶. Managing director of a Bentheim textile mill. Educated at a Catholic school and Gymnasium in Münster, he proceeded to the universities of Münster and Freiburg in Breisgau. In 1926 he passed his Referendar examination and in 1930 that of Assessor⁸⁷. He held the post of Chief Assessor in the Münster administration from 1930 until 1936, when he became managing director of the firm of Rawe⁸⁸ at Nordhorn. After the capitulation he was appointed Landrat for Kreis Bentheim.

Beckmann is popular neither with the general public nor with his own workers. His firm has a bad name locally for lack of consideration towards its employees, who during the war included many foreign workers, and is known as „die Braune Firma“. He is recognised as an efficient business man and administrator, but considered to be Landrat merely to safeguard his own interests. Of CDU sympathies, he has a fairly clean political record. He has set himself up as spokesman of opposition to the Dutch frontier claims, and was host and principal speaker at the conference of 12th February, 1947, at which the Bentheim Declaration was adopted. He was re-elected Landrat in October, 1947. The voting was unani-

⁸¹ 1930 laut Biogr. Handbuch der deutschspr. Emigration (wie Anm. 41), S. 32.

⁸² Ebd.: 1934—39.

⁸³ Ebd.: 1934—35.

⁸⁴ Ebd.: Rückkehr in die USA 1939, Dozent für preuß. Verwaltungsgeschichte in Harvard bis Kriegsende.

⁸⁵ 1. 9. 1947—31. 3. 1951.

⁸⁶ Geb. 24. 3. 1903, lebt 1981 in Nordhorn.

⁸⁷ 1928 Promotion zum Dr. iur. in Würzburg.

⁸⁸ B. Rawe & Co., Baumwollindustrie.

mous, whereas a year before the SPD and NLP fractions had abstained from voting. This consolidation of his position is probably due to the appeal to nationalist — and parochial — sentiment made by his championship of resistance to the Dutch frontier claims. His activity in this field was even more intense in the second half of 1947. Personal attacks were made on him by the Dutch press in December, 1947, as a result of a dossier in Dutch hands which was alleged to contain the official views of the Bentheim Committee. Beckmann claimed that the document in Holland was a draft based on the views of members of the Committee and that he was not in agreement with some of the offending paragraphs, which he would have had modified. In any event, there is no doubt that he has made every effort to mobilise public opinion throughout Western Germany against the Dutch demands⁸⁹.

11 Beermann, Hermann

Trade Unionist: SPD

Born 1903 in Hannover⁹⁰, son of an artisan. His career as a trade unionist and socialist began in 1919, when he joined the SPD and became an unpaid official in the Wood Workers' Union. In 1925 he joined the ISK, subsequently carrying out underground activities during the Hitler regime through contacts in Switzerland and Holland. He was twice arrested on charges of high treason by the Gestapo, first in February, 1938, and again in 1942; on each occasion he was sentenced to two years imprisonment. On the first trade unionists in Hannover to resume activity after the capitulation, he rose soon to a leading position, serving on the preparatory committee formed in 1945 to study the re-establishment of trade unions in Niedersachsen. On the formation of the Free General Trade Union, the first postwar trade union body in Niedersachsen, he was appointed general secretary. When subsequently trade unions were organised on a zonal level, he was the natural choice for his present position of DGB [chairman] for Niedersachsen⁹¹.

A man of sober and quiet habits, he devotes his entire life to the trade union movement. He is much in demand as an adviser at trade union councils and at public meetings, where his clear and reasoned oratory appeals to the rank and file. Is a strong supporter of trade union policy as expounded by Böckler and Karl⁹², both of whom trust him implicitly.

89 Landrat bis 1948. Präsident der Industrie- und Handelskammer Osnabrück 1950—1973, der Deutsch-Niederländischen Handelskammer 1965—68. 1961 Königl.-niederländ. Konsul.

90 Geb. 28. 8. 1903, gest. 18. 8. 1973.

91 Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Niedersachsen-Bremen bis 1956; 1956—1969 im DGB-Bundesvorstand, seit 1962 als stellv. DGB-Vorsitzender. 1953—1967 Vorsitzender des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit. 1968 Vizepräsident der Internationalen Arbeitskonferenz.

92 Hans Böckler, 1875—1951, Funktionär im Dt. Metallarbeiter-Verband, 1947 DGB-Vorsitzender d. Brit. Zone, 1949 der Bundesrepublik; zu Albin Karl siehe Anm. 8.

12 Bennemann, Otto

OBM [Brunswick] and SPD Chairman, VB Brunswick

Born 1903 at Brunswick⁹³. Until 1938 he was employed in electricity departments at Brunswick and Hannover. A trade unionist since 1919 and an early member of [the] SPD⁹⁴, he joined the ISK in 1926 and rose to be Brunswick chairman. During the first five years of the Hitler regime he organised illegal ISK groups in Brunswick and Hannover, and took part in illegal trade union activities. In 1938 he was forced to leave Germany through Gestapo persecution and went to England, remaining there until 1945 in various jobs ranging from poultry farming to clerical work. During this period he was an active member of the German trade union group and of the Union of German Socialist Organisations in Great Britain. Returning to Germany in 1945, he became chairman of the Brunswick SPD and a member of the Lower Saxon Diet.

Recognised by all parties as a capable and honest politician, Bennemann is a party intellectual of unassuming nature. A man of strong principles⁹⁵, he is a genuine democrat and undoubtedly pro-British. *He was elected Oberbürgermeister in December, 1948*⁹⁶.

13 Berghaus, Jann⁹⁷

Politician: FDP

Born 1870 at Schirum, Kreis Aurich⁹⁸, son of a farmer. Attended the teacher's training college in Aurich from 1885 to 1890⁹⁹, and in the latter year became 2nd teacher at the Volksschule at Werdum, Kreis Wittmund. In 1893 he transferred to a school in Oldenburg¹⁰⁰, and ten years later was appointed headmaster in Norderney. Elected Bürgermeister in 1918, he was responsible for putting the island on its feet. He was politically active in the eighteen nineties when he was known as a left-wing Liberal. He stood for the Prussian Diet in 1908 and was elected in the following year¹⁰¹. In 1922 he was elected Regierungspräsident of Aurich. Pensioned off ten years later on the orders of von Papen, he was subsequently dismissed as a civil servant together with two of his sons. After the capitulation he became chairman of the local FDP and entered the Lower Saxon Diet, where he had the function of Alterspräsident¹⁰².

93 Geb. 27. 9. 1903, lebt 1981 in Braunschweig. Kaufmännische Lehre, Industriekaufmann.

94 Seit 1923.

95 Einschub in A: „in striking contrast to the better known members of the SPD clique in Brunswick”.

96 1948—1952 und 1954—59 Braunschweiger OBM, 1959—1967 Innenminister von Niedersachsen; Rücktritt aus Altersgründen. 1968 Ehrenbürger Braunschweigs. MdL 1947—1974.

97 Vorlage stets: Jan.

98 Geb. 19. 8. 1870, gest. 19. 2. 1954.

99 1884—87 Präparandenanstalt, 1887—90 Lehrerseminar Aurich.

100 Richtig: Oldeborg, Kreis Aurich.

101 Erst ab 1919 zwei Jahre für die DDP im Preuß. Landtag.

102 Im ernannten Landtag 1946/47.

The „Grand Old Man” of Ostfriesland politics, Berghaus is respected as a genuine democrat by all parties including the KPD. Although handicapped by age he remains an efficient political leader and is used as a figure-head by the more reactionary and nationalist elements in his party. One of his sons (q. v.) is now Regierungspräsident of RB Aurich.

14 Berghaus, Mimke, Dr.
Regierungspräsident Aurich

Born 1899 in Oldenburg¹⁰³. Educated at Göttingen University, where in 1921 he passed his Dr. iur. examination. After a training period he worked as a lawyer in Berlin and Aurich until 1933, when he was dismissed for alleged communist sympathies. In 1944—45 he was imprisoned in Oranienburg. After the capitulation he was appointed Regierungspräsident of Aurich, a position previously held by his father (q. v.).

Berghaus has a smooth character and is reputed to be a dishonest lawyer, who uses his present office to further private interests. His political sympathies are vague, but approximate to the left wing of the FDP. Although unpopular locally, he is reasonably efficient as an administrator¹⁰⁴.

15 Berning, Wilhelm, Dr.
Roman Catholic Bishop of Osnabrück

Born 1877 in Lingen in Emsland¹⁰⁵. He attended the elementary school and Gymnasium there and studied at the universities of Münster and Breslau. He took his doctorate in divinity and was ordained in 1900. For some years he taught at the Meppen Gymnasium and in 1914 became Bishop of Osnabrück at the early age of 37. His political leanings correspond to his station: until 1933 he supported the Centre Party; after the war he threw his weight behind the CDU. In 1933 Göring invited him to join the Prussian State Council. He accepted, after consultation with the Vatican, hoping to exercise a moderating influence on Nazi policy in Prussia. Although a nominal member of this body until 1945, he was inactive from 1934 onwards. The fact that he held this important position in the Nazi state has not contributed to his general popularity with the German population, nor has it put him in a favourable light with the occupying power. However, there seems to be no doubt that he acted in good faith at the time. Apart from political considerations, he is not fervently admired by the majority of his flock, although he is held in respect and awe as a senior dignitary of the church¹⁰⁶.

103 Geb. 27. 4. 1899, gest. 14. 3. 1955.

104 Regierungspräsident 1945—1951.

105 Geb. 26. 3. 1877, gest. 23. 11. 1955.

106 1950 Erzbischof. Ehrenbürger von Lingen und Osnabrück.

16 Böcker, Louis

Trade Union Secretary: SPD

Born 1893 in Helstorf, Kreis Neustadt am Rbg.¹⁰⁷. Before the First World War he was employed as a rubber worker at the firms of Conti and Excelsior in Hannover. In 1910 he joined the trade union and became a member of the SPD. After military service he returned to the Excelsior Works where in 1919 he was elected Works Committee Chairman and in the following year chairman of the Works Council. He was appointed a member of the Trade Union Committee for Hannover in 1920, working in the Propaganda Section. In 1929 he was elected to the Vorstand. His activity as a trade unionist and member of the SPD continued until 1933, when he was dismissed. During the early stages of the Third Reich he was associated with an underground group. Called up for service in 1938. After the capitulation Böcker was largely responsible for re-establishing the trade union movement in Hannover and acted as chairman of the preparatory committee. Rejoining the SPD in an active capacity he became a member of the local Party Vorstand in Hannover and is SPD member of the Landtag¹⁰⁸.

Reliable and conscientious, he is a trade unionist first and foremost. He has proved very co-operative with Military Government.

17 Böhme, Ernst

Politician¹⁰⁹: SPD

Born 1892 in Magdeburg¹¹⁰. He studied law between 1912 and 1916 at the universities of Göttingen, Munich, Berlin and Halle, when not on active service. In 1917 he passed the Referendar examination and in 1922 that of Assessor. An early member of the SPD (1912) he helped to found the Reichsbanner, and in 1920, as local Arbeiter-Sekretär, instigated a general strike in Mecklenburg-Strelitz against the Kapp Putsch¹¹¹. In 1928 he was elected Oberbürgermeister of Brunswick, retaining this office until removed in 1933. Arrested and expelled from the city, he migrated to Berlin, where he spent the next ten years as a tax adviser. In 1945 he returned to Brunswick at popular request to resume his former office. In 1947 he was elected SPD member of the Diet.

A cultured and intelligent man, Böhme was a good but uninspiring Oberbürgermeister. His position was¹¹² weakened by his poor health and by comparison

107 Geb. 17. 2. 1893, gest. 4. 11. 1950.

108 1946—47 Ratsherr in Hannover, 1946—1950 MdL.

109 A statt dessen: OBM Brunswick.

110 Geb. 23. 1. 1892, gest. 20. 7. 1968 in Braunschweig.

111 1926 Stadtrat in Magdeburg.

112 A statt dessen: is.

with the forceful Oberstadtdirektor Dr. Lotz (q. v.)¹¹³. *He was replaced as Oberbürgermeister by Bennemann (q. v.) in December 1948*¹¹⁴.

18 Borowski, Richard
Cabinet Minister: SPD

Born 1894 at Hettstedt, Kreis Mansfeld¹¹⁵, son of a miner. Began life as a miner 1908—14. After war service he took a job in salt mine in Kreis Einbeck, until dismissed for taking part in a strike¹¹⁶. Turning to journalism and politics he became editor of the Göttingen „Volksblatt“ in 1925 and in 1928 secretary of the local SPD. In 1933 he was arrested and sent to Moringen concentration camp; there followed a three year period of intermittent arrest and release. From 1936 onwards he worked in local cement factories, but was again interned in 1944 in Neuengamme. In 1945 he was appointed Landrat of Kreis Einbeck. In 1946 he became chairman of the SPD Hannover Bezirk, and later of the party Land Committee for Niedersachsen. Elected to the Landtag in 1947¹¹⁷, he became a member of the Ältestenrat and the Verfassungsausschuß. He was appointed Minister without Portfolio. In the reconstituted government of June 1948 he was appointed Minister of Interior¹¹⁸.

A humanist and loyal social-democrat, he is a great asset to the SPD in Niedersachsen. His talents lie primarily in negotiation and administration.

19 von Borstel, Nicolaus¹¹⁹
Landrat Stade: SPD

Born in Stade 1885¹²⁰. In spite of his name, he is of humble origin. At the age of 14 he became a carpenter's apprentice and followed this trade until 1914, when he was called up for military service. In 1912 he joined the SPD¹²¹. From 1918—33 he was first employed as secretary to the Stade co-operative society and subsequently went to Peine, where he was elected deputy-burgomaster. He also became a member of the Hannover Diet. Dismissed by the Nazis, he had to earn his living by various odd jobs. From 1939 until 1944 he held a minor post in the Stade finance office. In 1944 he was incarcerated in the Farge concentration

113 In A folgt: who is his enemy.

114 OBM von Braunschweig 1. 6. 1945—17. 12. 1948. 1948 Ehrenbürger von Braunschweig. MdL 1946—1955. Seit 1957 Mitglied des niedersächs. Staatsgerichtshofes.

115 Geb. 27. 9. 1894, gest. 30. 6. 1956.

116 Seit 1919 SPD, 1925 SPD-Kreisvorsitzender in Einbeck.

117 Auch Mitglied des ernannten Landtags 1946.

118 Bis Mai 1955.

119 Vorlage: Niklaus.

120 Geb. 17. 11. 1885, gest. 5. 11. 1963 in Stade.

121 Richtig: 1910.

camp after the July Plot. In 1946 he was elected Landrat of Stade and in April of the following year he entered the Diet¹²².

Although a man of little formal education, he is extremely well-informed on many subjects and possesses a very sound judgement. His avoidance of extremes has enabled him to render particularly good service in the invidious position of RB Inspector of Denazification. A sense of humour and a willingness to co-operate in any constructive task have found him many friends among the British.

20 Bratke, Gustav
Oberstadtdirektor Hannover

Born 1878 in Hannover¹²³. Was apprenticed for four years as a lithographer. From 1896 to 1903 he travelled throughout Europe, working as a „Gehilfe”. Already a member of the SPD, he entered the Co-operative Movement in 1903 and began to take an active interest in politics. After the First World War he became Bürgermeister of Misburg and was elected to the Provincial Diet. In his capacity as president of the Provincial Administration, a post which he held until 1933, he was responsible for several important projects, including the building of the Soesen Dam (also known as the Harz Project) and the supply of water to Bremen. Dismissed from office by the Nazis, he was imprisoned for 9 months. After release, he joined a building contractor's firm and became business manager of Hannover. An excellent and tolerant man¹²⁴.

21 Braune, Ernst
OBM Lüneburg

Born 1879 in Bremen¹²⁵. Apprenticed to a bricklayer, he spent a number of years as a journeyman mason, eventually becoming a foreman. In 1920 he was appointed building overseer with the town administration of Lüneburg, and later became building controller and inspector of building safety precautions. Dismissed in September, 1933, as politically unreliable, he was unemployed for 3½ years. In 1937 he went back into the building trade until pensioned off in January, 1946. Trade union member since 1899, he was for several years chairman of the Building Trade Union. An old member of the SPD, his public offices included those of member (until 1933) of the Provincial Diet and honorary Senator of Lüneburg from 1924 to 1933. In 1946 he was elected Oberbürgermeister by the Lüneburg Town Council¹²⁶.

122 1945 bereits Leiter der Stadtwerke Stade. MdL bis 1959. Bis 1952 auch Ratsherr der Stadt Stade.

123 Geb. 29. 7. 1878, gest. 24. 10. 1952 in Coburg.

124 1945 OBM in Hannover, 1946 Oberstadtdirektor, Oktober 1949 Eintritt in den Ruhestand bei weiterer Tätigkeit im Niedersächsischen und Deutschen Städtetag.

125 Geb. 2. 9. 1879, gest. 8. 10. 1954 in Lüneburg.

126 1946 bis November 1949. MdL 1946—1954.

22 Brenner, Otto Friedrich
Trade Unionist: SPD

Born 1907 in Hannover¹²⁷. An electrician by occupation, he is one of the leading trade unionists in Niedersachsen. His political career dates from 1926, when he joined the Sozialistische Arbeiter-Jugend. An early member of the SAP (and subsequently of the SPD)¹²⁸ he was active as a public speaker. Arrested on a charge of high treason, he was sentenced to two years in Buchenwald. After the capitulation he took a leading part in the rebirth of the trade union movement and was one of the main organisers of the Hannover metal workers branch of the Free Trade Unions (forerunners of the industrial trade unions in Lower Saxony). At a zonal meeting of metal workers' representatives in February, 1947, when it was decided to set up a metal workers' industrial trade union on a zonal basis, Brenner was elected chairman of the Lower Saxon Branch, which position he still occupies.

From the outset of his career he has had the confidence of his colleagues and, in spite of extremist attempts to dislodge him, remains firmly established in his position. He is level-headed and experienced¹²⁹.

23 Buchar dt, Valentin
Landrat Wilhelmshaven¹³⁰: SPD

Born 1902 in Bant/Oldenburg¹³¹. Educated from 1908 to 1916 at the local Volksschule, and from 1916 to 1920 at the training school in Wilhelmshaven. From 1920 to 1936 he worked in many parts of Germany as a fitter in metal factories. In 1936 he entered employment at the Marine Dockyard in Wilhelmshaven, remaining there for ten years with final rank of senior book-keeper. He began his political career as a member of the Sozialistische Arbeiter-Jugend from 1916 to 1923, followed by four years in the USPD. From 1924 till 1933 he played an active part in trade unions. In 1928 he joined the SPD¹³². In 1945 he became an SPD town councillor and deputy chairman of the Naval Dockyards Works Council. He later gave up these positions to devote himself to trade union affairs in Wilhelmshaven, becoming successively secretary of the local AFG¹³³, DAG¹³⁴ chairman and finally in December, 1947, General Secretary of the local DGB¹³⁵.

127 Geb. 8. 11. 1907, gest. 15. 4. 1972 (bei Hartmann, wie Anm. 41, S. 521, steht fälschlich 1973).

128 Nach Hartmann, wie Anm. 41, S. 520, 1921 SAJ, 1926 SPD, 1931 Mitbegründer der SAP.

129 1951—54 MdL. Seit Dezember 1952 Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall, seit 1961 Präsident des internationalen Metallarbeiterbundes.

130 Korrigiert aus „Landrat Bremervörde“ in A; auch der „Landrat“ hätte korrigiert werden müssen, etwa zu „Trade Unionist“, denn einen Landkreis Wilhelmshaven gab es gar nicht.

131 Heute Teil von Wilhelmshaven; geb. 8. 4. 1902, gest. 11. 10. 1979 in Hildesheim.

132 Nach Hartmann, wie Anm. 41, S. 521, Mitgliedschaft in der SAP seit 1930.

133 Allgemeine Freie Gewerkschaft, Vorläuferorganisation des DGB.

134 Deutsche Angestellten-Gewerkschaft.

135 DGB-Sekretär bis 1952; nach Zwischenstation in Bremerhaven Richter an den Sozialgerichten Lüneburg und Hildesheim bis zur Pensionierung 1967.

An exceptionally active trade unionist. Buchardt shines in debate rather than public speaking. Intelligent and capable of quick decisions, he is highly strung and inclined to be temperamental. Left wing member of the SPD, he is suspected of SED inclinations and known to be sympathetic to the FDJ. Commands strong support among trade union members in his area.

24 Burfeindt ¹³⁶, Joachim
Landrat Bremervörde: DP

Born 1892 in Kreis Stade ¹³⁷. By occupation a lawyer and farmer, he entered his father-in-law's firm of solicitors in 1919. Between the wars he became a freemason and occupied many public positions including membership of the Kreistag. From 1933 until 1945 he concentrated entirely upon his legal work. A former member of the DHP, he joined the NLP in 1945. In November 1946 he was elected Landrat, and in 1947 he became member of the Landtag ¹³⁸.

Burfeindt is a typical small-town solicitor, who combines his work with the office of Landrat. Somewhat sly by nature, he is not fond of voicing his opinions. Politically he is a Hannoverian of the most conservative type and a fervent admirer of the Duke of Brunswick. He has a clean record and co-operates with the British within the limits of his cautious nature.

25 Cillien, Adolf Gustav
Oberkirchenrat, Politician: CDU

Born at Diedenhofen in Lorraine in 1893 ¹³⁹. Studied theology at Straßburg and Göttingen. His studies were interrupted by the war, in which he served as a tanker in a Hussar regiment. From 1921 until the present day, he has been a pastor at various places in Lower Saxony ¹⁴⁰. Now chairman of the CDU group in the Landtag, he claims that he is no politician ¹⁴¹. As [a] young pastor he developed a deep interest in social questions, which brought him very close to the Social Democrats. But he is opposed to the latter's Marxism and considers that the CDU's Ahlen Programme offers social progress on Christian lines. His honesty and integrity command universal respect.

136 Vorlage: Burfeindt.

137 Geb. 11. 1. 1892 in Schwinge, Kreis Stade, gest. 17. 1. 1982 in Bremervörde.

138 MdL 1947—1959, Landrat 1946—1964.

139 Diedenhofen war Schulort, Geburtsort hingegen Volksberg im Elsaß; geb. 23. 4. 1893, gest. 29. 4. 1960.

140 Nach der 2. theolog. Staatsprüfung in Hannover 1920 Pastor in der Hannoverschen Landeskirche, dann 1935 Superintendent und 1943 Oberkirchenrat. 1945 Mitbegründer der CDU in Niedersachsen.

141 1946—1951 MdL, CDU-Fraktionsvorsitzender. 1949 Vorsitzender der CDU Niedersachsens, dann Mitglied des CDU-Bundesvorstands. Seit 1953 Mitglied des Bundestags, stellv. Fraktionsvorsitzender der CDU.

26 Danckwerts, Justus, Dr.

Born in 1887¹⁴². After studying at Heidelberg and Berlin, entered the Prussian civil service. After serving in various positions, including the Prussian Ministry of the Interior, he was appointed in 1923 to the Regierung in Stade as Vice-President. It was there that he first made the acquaintance of Kopf, who was at one time Landrat of Kreis Land Hadeln in the same RB. In 1937 he was appointed principal liaison officer between the civil authorities and the Wehrmacht and worked under General Beck in the OKH¹⁴³. During the war he became one of the chief advisors on administration in the occupied territories and held the equivalent rank of Major-General. He was later employed both in France and Yugoslavia and was finally captured by the Americans in July, 1945. He remained a prisoner of war for two years and his release was assisted by Kopf's personal representations to the British. In February, 1948, he was appointed by Kopf to work in the closest co-operation with him in the Staatskanzlei¹⁴⁴.

Danckwerts is a man of great ability *though of somewhat obsequious manner*¹⁴⁵. In his present job he is one of a small group of men selected by Kopf to be his immediate advisors¹⁴⁶. *It is assumed that the Minister President is fully aware of Danckwerts background and takes it into consideration.*

27 Diederichs, Georg, Dr.

Politician: SPD

Born 1890 at Northeim, RB Hildesheim¹⁴⁷. Son of an apothecary. Studied pharmacy and then political economy. Became a Diplom-Volkswirt in 1926 and took his doctorate in 1930. From 1930 till 1939 he worked in the chemical industry on the advertising side. During the war he served in the army as an apothecary. On his return from British captivity in 1945 he was made Bürgermeister of Northeim¹⁴⁸. He was originally a member of the DDP and chairman of the local group at Northeim from 1926 to 1930. He was also a member of the Reichsbanner. He joined the SPD in 1930. In the early days of the Nazi regime he was arrested by the Hamburg Gestapo for illegal activity on behalf of the SPD. He was sent to a concentration camp and then to prison for one year. After his release he was immediately re-arrested and sent to a concentration camp in East Friesland.

142 Gest. 27. 5. 1969.

143 Generaloberst Ludwig Beck war 1935—38 Generalstabschef im Oberkommando des Heeres; er trat während der Sudetenkrise im August 1938 zurück und zählte danach zu den führenden Persönlichkeiten des Widerstandes gegen Hitler. Tod am 20. 7. 1944.

144 1951 Staatssekretär u. Leiter der Vertretung des Landes Niedersachsen in Bonn, 1954 pensioniert, danach noch ein Jahr Landesbeauftragter für Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung.

145 In A steht statt dessen: *and of smooth if not soapy manner.*

146 In A folgt statt dessen: *but his record gives rise to grave doubt whether his advice is either disinterested or democratic.*

147 Geb. 2. 9. 1900, lebt 1981 in Laatzen bei Hannover.

148 1945/46 Bürgermeister von Northeim, Juni bis November 1946 Landrat Kreis Northeim.

Dr. Diederichs is an able and ambitious man with an exceptionally high opinion of himself. He was elected to the Diet in April, 1947, and is a powerful force in the SPD fraction. He leans towards the left wing of his party¹⁴⁹. In August 1948 he was appointed Niedersachsen representative to the Bonn Parliamentary Council¹⁵⁰.

28 Diekmann, Walther
OBM Oldenburg: CDU

Born 1898 in Bünde, Westphalia¹⁵¹. From 1915 onwards he worked as book-keeper to a number of Oldenburg firms until 1941, when he became Abteilungsleiter in the local Landessparkasse. Before 1933 he was a member of the DVP in Oldenburg. He helped to found the CDU branch in Oldenburg after the capitulation and later became local chairman¹⁵². In October, 1946, he was appointed Oberbürgermeister¹⁵³. He is also on the committee of the trade unions in Oldenburg, which he helped to re-establish in 1945.

Diekmann is a quietly-spoken man, a careful thinker und good speaker. He is popular even amongst his political opponents and was elected Oberbürgermeister in spite of an SPD majority in the town council. Overburdened by his many official tasks, he devotes himself untiringly to his duties in spite of poor health.

29 Ellinghaus, Wilhelm
Ex-Cabinet Minister: SPD

Born at Coesfeld in Westphalia in 1888¹⁵⁴, and matriculated at the Gymnasium there in 1907. He then studied law at Freiburg, Berlin, Munich and Münster. In August 1914, he joined the army, was severely wounded in the first battle of the Marne, and was invalided out. He was thus able to continue his studies and in 1917 passed his final examinations. He went into practice in Hagen, Westphalia, and became an SPD member of the town council. In 1928 he was appointed Landrat of Angerburg in East Prussia und three years later became Regierungspräsident of Gumbinnen in the same province. He was suspended by von Papen in 1932 and dismissed from office by the Nazis in the following year. (His notice of dismissal was signed by Danckwerts, q. v.). He practised as a lawyer in Hannover throughout the Nazi régime. He has been a member of the SPD since 1915 and was an active member until 1933. In 1945 he was made Regierungspräsident

149 Er stimmte 1949 gegen Kurt Schumacher.

150 MdL bis 1974, 1955—57 als Vizepräsident. 1957 Sozialminister im Kabinett Hellwege, 1961—1970 Ministerpräsident.

151 Geb. 29. 6. 1898, gest. 8. 12. 1959 in Oldenburg.

152 Auch Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Oldenburg als Vorgänger des Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers, mit dem er befreundet war.

153 22. 10. 1946—22. 6. 1950 OBM, Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen; bis November 1952 noch Ratsherr. MdL 1947—1951.

154 Geb. 27. 6. 1886, gest. 8. 9. 1961 in Karlsruhe.

of Hannover and was then for a short time Inspector General of Denazification for the Land. From November, 1946, until April, 1947, he held the portfolio of Justice in the nominated government. He is now an SPD delegate in the Landtag¹⁵⁵.

Ellinghaus belongs to the right wing of the SPD; he is a Christian Socialist. He is also an ardent pacifist and has been a member of the Deutsche Friedensgesellschaft since 1916. He is an admirable and kindly man, but his work suffers from his excellent wine-cellar.

30 Erdmann, Martin Friedrich Julius Evangelical Bishop of Brunswick

Born 1896 in Helmstedt¹⁵⁶. Educated at Göttingen and Halle, where he studied theology. Ordained in 1924 he was appointed to a living in the Gemeinde of Räbke, Kreis Helmstedt. He also taught in the Haushaltungsschule Helmstedt from 1933 until 1935, when he was dismissed because his wife was non-Arian. A member of the NSDAP (1933—35) and of the Glaubensbewegung Deutscher Christen, he swore on oath of loyalty to Hitler in April, 1938. Four months later, however, he was interrogated by the Gestapo for anti-Nazi statements, having fallen out with the Party over his wife's persecution. In 1945 he was appointed Landeskirchenpräsident Brunswick, and in 1947 Landesbischof¹⁵⁷. He was a delegate to the World Lutheran Conference, Lund, Sweden, in 1947.

He is respected in his own circles, but wields no influence. A colourless personality, he is more an administrative ecclesiastic than a spiritual leader. He is cooperative with Military Government, particularly in youth problems. His see includes Kreis Blankenburg in the Russian Zone, which he visits once a month to preach.

31 Farke, Ernst-August Politician: DP

Born 1895 in Hameln¹⁵⁸, he trained as a teacher. From 1915—1918 he served in the army and was wounded. He entered political life in 1919 as a member of the DHP. He worked as a teacher until 1924, when he was removed from his post for illegally agitating for a plebiscite for the severance of the Province of Hannover from Prussia. Although subsequently cleared before the Landgericht in Hannover, he was compulsorily transferred to Silesia, where he remained until 1945. In spite of a denial in his fragebogen, Farke is shown by the Berlin Documents Centre to have been a member of the NSDAP. Legal Branch rules that in the absence

155 MdL 1947—1951, Vorsitzender des Rechtsausschusses. 1951—55 Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

156 Geb. 23. 7. 1896 in Ingeleben, Kreis Helmstedt, gest. 1. 9. 1977 in Braunschweig.

157 Bis 1965. Ehrendoktor der Universität Erlangen.

158 Geb. 19. 3. 1895, gest. 9. 5. 1975 in Bad Pyrmont.

of supporting evidence there is no case for prosecution; enquiries in the Russian Zone have hitherto proved fruitless. After the capitulation he returned to Western Germany, where he soon gave up teaching for politics. Joining the central committee of the NLP, he rose rapidly to the position of second zonal chairman¹⁵⁹. His speeches have frequently been marked by violent criticisms of Military Government. There is reason to doubt his mental stability.

32 Föge, Hermann
Politician: FDP

Born 1878 in Schleswig¹⁶⁰, son of [a] technical teacher. Educated at Goslar Gymnasium and Berlin where he studied law and political economy. In 1909 appointed assistant judge at Gieboldshausen. Later took up private practice in Göttingen and became a notary in 1923. A member of the DDP since 1919 he soon became local Fraktionsvorsitzender¹⁶¹, retaining this position until the party's dissolution. In the files of the NSDAP in Göttingen he is described by the Kreisleiter as „ein scharfer Gegner der NDSAP". After the occupation he was nominated Oberbürgermeister¹⁶², until the Kreis elections in 1946 produced a SPD majority. He had joined the FDP and was appointed party chairman for Stadtkreis Göttingen, a position which he still holds. In the 1947 Landtag election he won the important seat of Göttingen for the FDP against Dr. Grimme (SPD) and Fratzscher (CDU)¹⁶³. Despite his 70 years he is a very energetic and capable Fraktionsvorsitzender of the FDP in the Landtag. His influence in the party, however, has been deplorable. A militarist and anti-semitic outburst at a Landesparteitag in 1947¹⁶⁴ contributed to that gradual paralysis of the liberal elements which has resulted in the Niedersachsen FDP becoming a torn and impotent imitation of the DNVP¹⁶⁵.

33 Franke, Egon
Politician: SPD

Born 1913 in Hannover¹⁶⁶. A carpenter by trade, Franke was a leader of the Sozialistische Arbeiter-Jugend in Hannover until 1933 when he joined the SPD. In 1935 he was arrested on a charge of high treason and sentenced to 2½ years imprisonment in Celle. After release he resumed his former occupation and was employed from 1942 until 1943 at Dniepropetrovsk. Called up in 1943 into E. and A. Battallion¹⁶⁷ 999, the „Bewährungseinheit" of criminals and political un-

159 MdL 1946—1951, stellv. Fraktionsvorsitzender der DP. Mitglied des Bundestages 1949—1953.

160 Geb. 25. 2. 1878, gest. 21. 10. 1963.

161 Gemeint ist die DDP-Fraktion im Hannoverschen Provinziallandtag.

162 OBM 3. 1. 1946—1. 11. 1946.

163 Bereits Mitglied des ernannten Landtags 1946; MdL und FDP-Fraktionsvorsitzender bis 1955.

164 Am 28. 5. 1947; das Referat im Auszug bei Marten, wie Anm. 41, S. 151 f.

165 Als Nachfolger von Franz Arnholdt erneut OBM von Göttingen 17. 12. 1948—27. 11. 1956.

166 Geb. 11. 4. 1913, lebt 1982 in Hannover und Bonn.

167 Ersatz- und Ausbildungs-Bataillon.

reliables, he served in Greece, where he was wounded, and later on the Western front. He is now on the SPD Zonal Committee in Hannover, where he is regarded as a coming man¹⁶⁸. A pleasant but rather ineffective personality.

34 Fratzscher¹⁶⁹, Arnold
Politician: CDU

Born 1904 at Boitin/Mecklenburg¹⁷⁰. Educated at Tübingen, Munich and Rostock, where he studied law. He worked in Rostock until 1931, when he moved to Hannover and became Assessor/Dozent at the Volkspflegeschule des Stephani-stifts. He remained in this post until 1945, and from 1939—46 also acted as an instructor at a corrective school for juvenile delinquents. A pre-1935 member of the Christliche Soziale Volksdienst, he joined the CDU in 1945 and early in the following year was appointed secretary-general of the CDU Landesleitung¹⁷¹. In March 1948 he made a public speech attacking Military Government policy for which he was reprimanded by the Regional Government Officer. A „Gereke man“.

35 Fricke, Otto
Cabinet Minister: CDU

Born 1902¹⁷². Educated at the Goslar Gymnasium and at Munich and Göttingen, where he studied law. Dr. iur. 1925. In 1925 he entered business as a builder's merchant and in 1932 became chairman of the Goslar Chamber of Commerce¹⁷³, a position which he resumed in 1947. Member for a brief period of the DNVP and Stahlhelm (1932—33). In 1945 he joined the CDU, and he was elected Landtag representative for Stadtkreis Goslar in 1947. In June, 1948, he was appointed Minister of Economics in the Niedersachsen Government.

Fricke is respected locally for forcing the Nazi commandant to declare Goslar an open town on the Americans' approach in April, 1945. He frequently intervened with Military Government in favour of persons arrested by Intelligence in Goslar in the summer of 1946. He is of the¹⁷⁴ *right wing of the party and an authorita-*

168 1945 Mitbegründer der SPD in Hannover, bis 1947 Bezirkssekretär, 1947—1952 hauptamtliches Mitglied im Parteivorstand. Bezirksvorsitzender, dann Landesvorsitzender der SPD in Niedersachsen bis 1970. 1945—47 Ratsherr in Hannover, 1946—1951 Mitglied des Hannoverschen und Niedersächsischen Landtags, seit Mai 1951 im Bundestag. 1967 bei der Kandidatur um den niedersächs. Innenministerposten durchgefallen, stellv. Fraktionsvorsitzender im Bundestag. 1969—1982 Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen.

169 Vorlage stets: Fratzscher.

170 Geb. 15. 3. 1904, lebt 1982 in Hannover.

171 CDU-Generalsekretär des Landesverbandes Niedersachsen u. Hrsg. der „Niederdeutschen Rundschau“ bis 1968. Mitglied im Rundfunkrat des NDR (zeitweilig Vorsitzender). MdL 1949—1951, 1955—1970.

172 Geb. 10. 3. 1902 in Lengde, Kreis Goslar, gest. 3. 9. 1972 in Bad Harzburg.

173 Seit 1936 Vorsitzender des Dt. Zementhändlerbundes e. V.

174 In A folgt: *extreme right wing, non-democratic and domineering.*

*rian of somewhat truculent disposition. Nevertheless Ministers Kopf, Kubel and Strickrodt all pleaded on Fricke's behalf in 1947 that he be allowed to stand as Landtag candidate*¹⁷⁵.

36 Fuchs, Martha
Politician: SPD

Born 1892 near Bautzen¹⁷⁶. After attending the local Handelsschule, she worked in her parents' business (public house). In 1919 she married an SPD editor. On her husband's death in 1930 she became Gewerbeaufseherin in the Brunswick Gewerbeaufsichtsamt. Her political career began in 1927 when she was elected to the Brunswick Landtag¹⁷⁷. 1944—45 she was imprisoned in Ravensbrück. In 1946 she was appointed Minister of Education in the Brunswick Cabinet, and in the following year Kommissarin für Flüchtlingswesen for Niedersachsen¹⁷⁸. She represents Wolfenbüttel in the Landtag¹⁷⁹.

Esteemed by the general public, who appreciate the thanklessness of her job, she is a forthright energetic character with a sincere social conscience.

37 Gereke, Günther, Dr. Dr.
Cabinet Minister: CDU

Born 1893 at Gruna, near Halle¹⁸⁰. His father was a landowner, and he was brought up on the family estate. After his father's death in 1906 he went to Berlin to continue his schooling. He then attended the universities of Leipzig, Munich, Würzburg and Halle, where he studied law, political science and national economy. His studies were interrupted by the war. He was wounded several times on the eastern front and finally discharged. He was able to continue his studies and took a double doctorate: Dr. iur. and Dr. rer. pol. He first worked in the Ministry of the Interior in Berlin but in 1919 he was unanimously elected Landrat of Torgau, his native Kreis, and held this office until 1922. During this period he had already begun to work on the foundation of a Union of Prussian Rural Communities which was designed to represent the joint interests of the Landgemein-

175 MdL 1947—1951, 1955—1970. 1948—1950 Minister für Wirtschaft und Verkehr. Seit 1946 Vorsitzender zentraler Verbände des Baustoffgroßhandels, seit 1949 des Bundes dt. Baustoffhändler. Seit 1963 Präsident der Industrie- und Handelskammer Braunschweig. — 1949 Kreisvorsitzender der CDU in Goslar, seit 1952 Vorsitzender des Landesverbandes Braunschweig der CDU, Mitglied der Landesleitung Niedersachsen der Partei; 1960—68 Landesvorsitzender der CDU Niedersachsens.

176 Geb. 1. 10. 1892 in Grubschütz bei Bautzen, gest. 8. 1. 1966 in Braunschweig.

177 Bereits 1925 Stadtverordnete in Braunschweig.

178 Ab Dezember 1945 Ratscherrin in Braunschweig; Mai—November 1946 Kultusministerin des Landes Braunschweig, Januar 1947—Juni 1948 Staatskommissarin für das Flüchtlingswesen von Niedersachsen.

179 MdL 1947—1951, seit 9. 11. 1952 wieder Ratscherrin in Braunschweig, 1959 Vorsitzende des Stadtparlaments, 1959—1964 OBM von Braunschweig.

180 Geb. 6. 10. 1893 in Gruna, Kreis Delitzsch, gest. 1. 5. 1970.

den and Landkreise with Government and Parliament. After resigning his post of Landrat, he took over the chairmanship of this Union and was subsequently elected president of the German Landgemeindetag¹⁸¹. Later, as a honorary professor of administrative law, he gave lectures at the Agricultural High School in Berlin. At the beginning of the 1931 labour depression, he produced the so-called „Gereke Plan”, a scheme for comprehensive employment. This aroused interest both in Germany and abroad and was accepted by the Brüning Cabinet, but could not be put into operation because of the fall of the latter. In December, 1932, he was appointed Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung (with Cabinet rank) under General von Schleicher and retained his post in the Hitler Government of 30th January, 1933. It is said that he agreed to his re-appointment against his conscience, pressed by friends who expected him to „prevent the worst”. On 8th February, 1933, the first clash occurred between him and Hitler, and at the end of the month he was arrested and charged with embezzling the Hindenburg Election Funds. He was tried in the following year and sentenced. After his release, he returned to his property at Pressel. Subsequently he was twice arrested and imprisoned, once, allegedly, for erecting over his pig-sty a notice „The inhabitants of this house stand united behind Adolf Hitler”, and again after the 1944 Plot. His estate was divided up in the Soviet Zone Land Reform. After serving as Minister of the Interior in Thüringen¹⁸², he moved to the British Zone in 1946. In December, 1946, he was appointed Minister of the Interior for Niedersachsen, but as a result of KPD attacks on his membership of the first Hitler Cabinet and alleged embezzlement, it was decided by Military Government that he must resign from the Cabinet whilst his case was being decided by a specially created Denazification Panel¹⁸³. The latter declared itself unable to categorize him. As a compromise he was permitted by the Regional Commissioner to be elected to the Landtag, but only by direct vote and not on the reserve list, and forbidden to be a Cabinet Minister in the first elected Landtag. He was duly elected, soon proved himself the outstanding character in the Niedersachsen CDU — of which he is now chairman — and became Minister of the Interior and Deputy Ministerpräsident when the new cabinet was formed this year¹⁸⁴. This suave and witty man is possessed of immense ability and unlimited ambition¹⁸⁵, *which render his future political career quite unpredictable*¹⁸⁶.

181 Mitglied des Sächs. Provinziallandtags, 1924—28 des Reichstags für die DNVP. 1928 Übertritt zur Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei, für die er 1930—1932 im Reichstag saß.

182 Präsidialdirektor u. Leiter der Innenabteilung der Provinzregierung von Sachsen-Anhalt, Dezember 1945.

183 April 1947.

184 Juni 1948—Juni 1950 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Niedersachsen.

185 In A folgt: *the latter have regrettably little in common with the aims of the British occupation.*

186 1950 Rücktritt u. Ausschluß aus der CDU wegen Verhandlungen mit Ulbricht; im Oktober 1950 Übertritt zum BHE, im November wieder ausgeschlossen. 1951 als einziger Abgeordneter der Deutschen Sozialen Partei im Landtag, 1952 Wechsel in die DDR und Eintritt in die Ost-CDU. Wird Präsidiumsmitglied des Nationalrats der Nationalen Front und Präsident der Zentralstelle für Pferdezucht.

38 Gerlach, Erich
Landrat Northeim: SPD

Born 1910 in RB Düsseldorf¹⁸⁷. Educated at Berlin University, where he studied political economy, philosophy and law. Excluded for political reasons in 1934, he went to Bern University 1935—36, where he took his final examinations in political economy. His political activity dates from 1930 when he joined the KPD and various left wing student groups such as Roter Studentenbund and Freier Sozialistischer Studentenbund. He also acted as a party speaker and training leader. Expelled from the Communist Party in February, 1932, he joined the SAP and became Schulungsleiter for the Sozialistischer Jugendverband in Frankfurt. During the Nazi regime he went underground and was on the Gestapo wanted list for illegal political activities. Called up during the war he served for a time on the Russian front at Murmansk and was finally taken prisoner by the British. After release in 1945 he revived the SPD in Kreis Northeim, where he became party chairman in January, 1946. In October of the same year he became Landrat for Northeim¹⁸⁸, and in 1947 was returned as SPD representative to the Diet¹⁸⁹.

Gerlach is held in high regard by the general public, his integrity and scrupulousness winning him the respect even of political opponents. A thoroughgoing socialist of the SPD left wing, he has an impressive grasp of political theory. Retiring and unobtrusive in character, he has carried out his postwar duties in a brilliant and conscientious manner, and may achieve a position of importance in German politics.

39 Greve, Otto Heinrich
Politician: SPD

Born 1908 at Rostock¹⁹⁰. Educated at the Gymnasium Rostock, he afterwards studied law, obtaining his doctorate in 1935. He was first employed as a deputy barrister at the Ministry of Justice in Schwerin and subsequently from 1937—38 by the Generalstaatsanwalt in Rostock. Dismissed for political reasons in 1938, he joined a local firm as legal adviser. From 1939—43 he was employed as departmental manager at the Gustloff-Werke at Meuselwitz and during the next two years was a chief buyer and director of another firm. He was a member of the Jungdemokraten in Rostock, being chairman in 1926—27 and again from 1930—33. During the early years of the Third Reich he belonged to an anti-Nazi group known as the „Demokratische Widerstandsgruppe“. In 1946¹⁹¹ he became head of the political department of the FDP, and chairman of the Co-ordinating Committee of the West and Eastern Zones. He was subsequently elec-

187 Geb. 17. 10. 1910 in Rheinhausen, Kreis Moers, gest. 13. 11. 1972.

188 Bis 1953.

189 Blieb MdL bis zu seinem Tode 1972.

190 Geb. 30. 1. 1908, gest. 11. 6. 1968 in Hannover.

191 1945 zunächst Landrat in Greiz (Thüringen), seit 1946 Rechtsanwalt in Hannover.

ted FDP member of the Lower Saxon Diet. In June, 1948¹⁹², he left the FDP and went over to the SPD. In August, 1948, he was appointed Niedersachsen SPD representative on the Bonn Parliamentary Council¹⁹³. After being the chief instrument in ejecting Heile (q. v.) as zonal chairman of the FDP, Greve became the stormy petrel of the party in Niedersachsen, at loggerheads not only with the Landtagsfraktion but also with the rebellious party newspaper, the „Abendpost“, of which he was one of the original licensees. An astute and agreeable man.

40 Grimme, Adolf Berthold Ludwig, Dr.
*General Director NWDR*¹⁹⁴; SPD

Born in Goslar 1889¹⁹⁵. After matriculating at Hildesheim, he studied philosophy at Halle, Aurich and Göttingen. He qualified as a high school teacher in 1914. From 1919 till 1923 he worked in Hannover, where he progressed to Oberstudienrat. He became a Schulrat and then an Oberschulrat on the Magdeburg Education Committee and was in charge of girls vocational schools in that province. In 1927 he was transferred to the Prussian Ministry of Education and was promoted to Ministerialrat. Subsequently he managed the ministerial press department in addition. In 1930 he became Prussian Minister of Education. He remained in this office until 1933¹⁹⁶, when he suffered nothing more than surveillance until his arrest in 1942, charged with high treason. The death penalty was recommended but he escaped with three years hard labour and was liberated by the British. Before 1933 Grimme did a considerable amount of writing on educational themes and from 1929 until 1933 he edited the „Monatsschrift für Höhere Schulen“. During his years of liberty under the Nazi regime he devoted much of his time to cultural research. In spite of the fact that he was connected with the „Rote Kapelle“ organisation, he has always been a Christian Socialist¹⁹⁷. He was given the portfolio for Education in the Lower Saxon Cabinet in August, 1946¹⁹⁸, *remaining in the Cabinet until becoming General Director of the NWDR*. Late in 1947 he eloped with the wife of Ministerpräsident Kopf and later married her. It was expected that this would be exploited by the right wing to bring about a political crisis but they took a relatively indulgent view of the affair and surprisingly few adverse comments were heard. Kopf and he remain good

192 Am 1. 5. 1948. Siehe dazu Marten, wie Anm. 41, S. 220 ff.

193 Mitglied des Bundestags 1949—1961, Vorsitzender des Ausschusses für Wiedergutmachung.

194 In A statt dessen: *Cabinet Minister*.

195 Geb. 31. 12. 1889, gest. 27. 8. 1963 in Degerndorf/Inn.

196 Richtig: 1932 amtsenthoben.

197 SPD seit 1918.

198 In A folgt: *and has retained this post ever since*. Er war 1946 bereits Volksbildungsminister für das Land Hannover.

friends¹⁹⁹. One of Germany's leading educationalists, he is a man of splendid character.

41 Heile, Wilhelm
Politician: DP

Born 1881 at Diepholz²⁰⁰. Studied engineering at the Technische Hochschule, Hannover, where he was leader of the Liberal Students' Society. In 1906 he gave up engineering for political journalism and was in 1912 appointed assistant editor of the Liberal paper „Die Hilfe". In the same year he made his political debut as secretary to the Democratic leader Friedrich Naumann²⁰¹. Heile was himself Democratic Party leader in the National Assembly of 1919—20, and represented the party during the next four years in the Reichstag, where he was chairman of the Foreign Affairs Committee. A keen supporter of the federalist movement, he founded several societies in the interwar period, including the „International Association of Liberal and Democratic Parties" and the „International Committee for European Co-operation". Two of his most cherished aims were a European Customs Union and a unified railway system for Western Europe. In 1933 he was obliged to give up politics for farming and was kept under Gestapo surveillance. When in 1936 his estate in Brandenburg was finally confiscated, he removed to Hoya where he earned a meagre livelihood as a proof-reader during the remainder of the Hitler regime. In July, 1945, he was appointed by Military Government Landrat of Kreis Hoya, which office he still holds. In January, 1946, he was elected FDP chairman for the British Zone and in May of the same year party president. Internal difference arose and in November, 1946, a vote of no confidence in him was passed by the FDP Central Executive. As a result he left the party and shortly afterward joined the NLP. He has been a Landtag member since August, 1946, and originally was Minister without Portfolio and Deputy Ministerpräsident²⁰². In January, 1947, he was elected chairman of the newly formed „Europa Union". Although subsequent mergers have ousted him from the leading position he still retains an active interest in the movement. His post-war political record has been marked by his incessant and unscrupulous intrigues to achieve personal domination in Kreis Hoya, both through the use of family connexions and through support from former Nazis. His fine record in Weimar times is a tragic contrast to his present senile megalomania²⁰³.

199 In A folgt: *At the time of writing he has just been elected Director of NWDR*. Seine Wahl erfolgte auf der 5. Sitzung des Verwaltungsrats des NWDR am 8. Sept. 1948. Grimme schied am 14. Nov. 1948 als Kultusminister aus. Generaldirektor des NWDR bis 1956.

200 Geb. 18. 12. 1881, gest. 17. 8. 1969 in Harpstedt.

201 Vorlage: Neumann.

202 In der hannoverschen Regierung.

203 1946—1951 Mitglied des Hannoverschen, dann Niedersächsischen Landtags, 1948/49 des Parlamentarischen Rates in Bonn. Eine Beurteilung Heiles durch den Nachrichtendienst des Foreign Office vom November 1945 zitiert Schneider, wie Anm. 41, S. 46: „It should be pointed out that he is very difficult to deal with. He is the personification of a pig-headed Hanoverian, an attitude accentuated by severe wounds which he received in 1916."

42 Heine, Friedrich (Fritz)

Politician: SPD

Born 1904 in Hannover²⁰⁴, son of an organ-builder. His father was a member of the SPD and also chairman of a works council. Heine was educated at the Hannover Volksschule until 1919, when he spent a year at the Handelsschule. Between 1920—22 he worked in Hannover as an apprentice in trade and was employed by a number of firms, including the Dresdener Bank. In 1925 he went into politics²⁰⁵, becoming eventually a member of the SPD Berlin Committee. He was later appointed editor of a provincial SPD newspaper. In 1933 he left Germany for Prague where he was prominent in the party. In 1938 he left for Paris with the exile party committee and in 1941 escaped to England and worked for a year in the Labour Party offices. In the following year he obtained a position in the Political Intelligence Department of the Foreign Office, where he remained until returning to Germany in February, 1946. Since his return he has worked on the SPD Zonal Committee in Hannover as head of the Press and Propaganda Department²⁰⁶. His ability, energy and loyalty to Schumacher are beyond dispute, but he is a *rigid*²⁰⁷ political dogmatist.

43 Hellwege, Heinrich

Politician: DP

Born 1908 in Neuenkirchen near Stade²⁰⁸. At the age of 17 he left the Stade Gymnasium after disputing with his masters over their Prussian interpretation of history. From 1927 to 1933 he was an independent merchant in Hamburg but after the Nazis took power was forced to go into local trade in Neuenkirchen. Called up in 1939 he spent most of the war on garrison duty in France. Shortly before the collapse he was able to organise his political sympathisers of the so-called „Niedersächsische Freiheitsbewegung“ which removed mines before the advancing allies in the Stade area. Stepped from childhood in the Guelph tradition, he was chairman of the DHP in Hamburg from 1930 to 1933 and his house was searched by the Gestapo on more than one occasion. He came rapidly to the fore in the NLP²⁰⁹ and was elected zonal chairman in 1946, a position he has retained since. Appointed Landrat of Kreis Stade by Military Government, he resigned after the SPD victory in the Kreis elections in October, 1946²¹⁰. He makes an impression of weakness, querulance and parochialism but he is a man of open and upright character. His genuine anglophilism is tempered by continuous com-

204 Geb. 6. 12. 1904, lebt 1981 in Bad Münstereifel.

205 SPD seit 1922.

206 Bis 1958 Pressesprecher des SPD-Parteivorstandes; Mitherausgeber der „Hannoverschen Presse“, des „Neuen Vorwärts“ und des „Sopade“.

207 In A statt dessen: *blinkered*.

208 Geb. 18. 8. 1908, lebt 1983 in Neuenkirchen.

209 2. Vorsitzender 1945.

210 Mitglied des ernannten Hannoverschen Landtags und MdL 1947—1952.

plaints of alleged discrimination *against the DP resulting from a fancied bias*²¹¹ of Military Government in favour of the SPD²¹².

44 Henkel, Franz Wilhelm

Politician: FDP

Born 1892 in Oschersleben²¹³. Apprenticed in 1896 to a local firm, he attended evening classes and acquired²¹⁴ a knowledge of book-keeping, economics and politics. In 1912 he founded the firm of Orpil-Seifen-Werke, Hannover, which he developed from very small beginnings into a business of some importance. At the same time he joined the Naumann wing of the progressive Volkspartei. In 1918 he helped to found the DDP, serving on its Vorstand until [the] party was finally dissolved. During this period he was also chairman of the Republican Club in Hannover. His other pre-Nazi activities included membership of the Kartell der Republikanischen Verbände, Liga für Menschenrechte, Reichsbanner and Verein gegen Antisemitismus. For this he claims to have been arrested by the Gestapo on six occasions between 1933 and 1938. In April, 1945, he became president of the chamber of commerce and member of the Advisory Council for Hannover²¹⁵. He was, until recently, chairman of the FDP in Niedersachsen but at the last Parteitag he was only elected to be a simple member of the Land Committee; there had been much criticism of his lack of energy. A spent political force.

45 Herlitzius, Heinrich

OBM Osnabrück: SPD

Born 1887²¹⁶. Educated at elementary school and trade school in Osnabrück, he learned the trade of compositor and worked in it until 1936. An old member of the SPD and a trade unionist since his apprentice days, he was for many years chairman of the Verband der Deutschen Buchdrucker in Osnabrück. After a short period of unemployment he started with the local newspaper and has remained in this occupation to the present day. After the capitulation he was appointed Oberbürgermeister of Osnabrück, and was unanimously re-elected at the end of 1947²¹⁷. He comes of an old-established family of Osnabrück artisans and his devotion to the interests of his own town and trade is unquestionable. He is popular with most sections of the community for his rough honesty and humour, but he lacks the intelligence and self-control to handle sessions of the town council with dignity.

211 Formulierung in A: *discrimination of the DP by the supposed bias*...

212 1949 Mitglied des Bundestags, Minister für Angelegenheiten des Bundesrats. 1955—59 niedersächs. Ministerpräsident. 1961 Rücktritt als Vorsitzender der DP, Übertritt zur CDU, aber Verzicht auf öffentliche Ämter. 1979 Austritt aus der CDU.

213 Geb. 19. 3. 1882 (!), gest. 14. 6. 1959 in Hannover.

214 Vorlage: acquitted.

215 OBM von Hannover Januar—Oktober 1946, MdL der I. Wahlperiode (1947—1951).

216 Geb. 31. 10. 1887 in Osnabrück, gest. 13. 9. 1953.

217 OBM von 1946 bis 1951 (Rücktritt); MdL 1951—53.

46 von der Heyde, Wilhelm
OBM Delmenhorst: SPD

Born 1885 at Hadmersleben²¹⁸. He was apprenticed to the municipal building department at Wernigerode in the Harz. In 1907 he transferred in the same capacity to Delmenhorst, where he remained until 1933 as a municipal employee²¹⁹. An old and reliable member of the Delmenhorst SPD, where he is at present second chairman, he represents the right wing of the party. Appointed Oberbürgermeister after the capitulation²²⁰, he is universally popular and enjoys the confidence of Military Government. Well informed politically, and a good speaker and administrator, he does not allow party matters to interfere with his duties as Oberbürgermeister. More pro-British than most German officials.

47 Baron von Hodenberg, Hodo²²¹ Hermann Heinrich Luthard
Oberlandesgerichtspräsident Celle

Baron von Hodenberg is neither popular nor an outstanding democrat. Nevertheless, he ranks among the prominent figures of Lower Saxony by virtue of his office and his forceful personality.

Born in Leipzig in 1887²²², he studied law at Munich, Göttingen and Heidelberg. He took his doctorate at Heidelberg in 1909 and qualified as an assistant judge in Berlin in 1913. As a young lawyer, he was liked by his Hanoverian colleagues, particularly for his rebellious attitude to Prussia. In those days even socialists regarded him as moderately progressive. By present day standards, however, he is a reactionary and an autocrat. He was certainly never a Nazi, but he typifies that species of anti-Nazi who had little understanding of democracy. Before 1933, he was a member of the DHP. Today he plays no active role in politics but is traditionally loyal to the Deutsche Partei. He is distantly related to the House of Brunswick. People who have known him for years say he has an „Adelsdünkel“, the false pride of a nobleman. Critics²²³ of the Niedersachsen judiciary have him in mind when they allude to the „Spirit of Celle“²²⁴.

218 Geb. 14. 12. 1885, gest. 24. 2. 1972 in Delmenhorst.

219 Mitglied des Stadtrats 1919—1933, danach mehrfach verhaftet, Gefängnis u. KZ Farge bei Bremen.

220 Mitglied der am 26. 9. 1945 eingesetzten Stadtvertretung, zum OBM gewählt am 29. 10. 1946. Amtiert bis 1955 und wieder 1956—1968. MdL 1947—1959, 1968 Ehrenbürger von Delmenhorst.

221 Vorlage: Hugo.

222 Geb. 13. 4. 1887, gest. 26. 12. 1962 in Hannover.

223 In A: *Justified critics*...

224 Präsident des Oberlandesgerichts 1945—1955. CDU-MdL 1955—59.

48 Hofmeister, Werner, Dr.

Cabinet Minister *and member of Parliamentary Council*: CDU

Born 1902 in Brunswick²²⁵. From 1922 till 1925 studied jurisprudence at Göttingen. He took his doctorate in 1930. He worked in the Brunswick judiciary as an assistant judge. During the Nazi regime he practised privately as a lawyer. After the war he returned to the legal administration. Worked in the Brunswick Amtsgericht. Before 1933, he was a member of the Deutsche Volkspartei. In 1931 he had had frequent disagreements with prominent Nazis in Holzminden; these largely contributed to his dismissal from office in 1933. As a member of the Brunsviga students' club, he went into the SA for several months. He is the chairman of the CDU in Brunswick and in 1947 was elected to the Landtag²²⁶, *when he became Minister of Justice and subsequently also of Denazification. His administration has been subject to very scorching criticism, to which Hofmeister's membership of the SA and a speech in which he described lawyers who joined the NSDAP as victims of Nazism have added fuel. He succeeded Landrat Rönneburg (q. v.) in the Parliamentary Council in December, 1948*²²⁷.

49 Jungmann, Erich

Politician: KPD

Born July 1907 at Reichenberg, near Dresden²²⁸. Became a salesman and was employed from 1928—29 by the Naumann paint factory in Dresden. He lost his job in the economic crisis and was unemployed for the next two years. A member of the KPD since 1927²²⁹, he was youth secretary of Bezirk Niederrhein from 1931—32 and in the latter year became a member of the central committee and also Reichstagsabgeordneter. During the early days of the Nazi regime he worked for the KPD underground movement in Germany, but soon emigrated to Holland where he lived for several years²³⁰. He subsequently moved to France, and in 1938 went to the United States as delegate to the World Youth Congress for Peace in New York. Arrested together with other German émigrés by the Vichy government, he escaped being handed over to the Gestapo by the intercession of Mrs. Roosevelt, whom he had met in New York. He went to Mexico, where he

225 Geb. 23. 2. 1902, lebt 1981 in Braunschweig.

226 Schlußsätze in A: *He has been Minister of Justice ever since. A weakling. It is a matter for bitter reflection that although the humblest member of a Kreis Denazification Panel is supposed to be a proven anti-Nazi, the man who became Minister of Denazification for Niedersachsen at the beginning of this year was once in the SA and, in a speech some months ago, described lawyers who joined the NSDAP as rightly considered, victims of the Nazi régime.*

227 MdL 1947—1967. Juni 1947—August 1950 sowie Dezember 1957—Mai 1959 Minister der Justiz, bis Mai 1949 auch Minister für die Entnazifizierung. Mai 1955—Dezember 1957 Präsident des Niedersächs. Landtags. Seit 1967 Geschäftsführer der Niedersächs. Hochschul-Baugesellschaft mbH.

228 Geb. 31. 7. 1907, lebt 1977 als Arbeiterveteran in Berlin (Ost).

229 Im kommunist. Jugendverband seit 1920.

230 1934 nach Moskau, 1935—37 Amsterdam.

acted as secretary to the „Free Germany” movement. In 1946 he returned to Germany to take up a position in the KPD Landesleitung Niedersachsen. In 1947 he became deputy chairman for Niedersachsen, and is now chairman. *Although ostensibly he is a quiet-spoken, reasonable man with an international outlook, there are nevertheless indications that appearances belie his true character*²³¹.

50 Kassenbrock, Georg

Cabinet Minister: Zentrum

Born at Iburg in the Teutoburger Forest, 1899²³². He was educated locally and embarked on a career in the civil service. For many years he was Inspector of Taxes in Landkreis Osnabrück. In 1938 he saw no prospect of further promotion, since he had been classified as „politically unreliable”, an accordingly resigned from the civil service to practise privately as an accountant. After the capitulation he soon became a leading figure in Zentrum circles. He is chairman of the party in RB Osnabrück and a member of the Central Executive Committee. In April, 1947, he was elected to the Diet and is now Minister without portfolio²³³. He enjoys universal popularity and respect.

51 Kopf, Hinrich Wilhelm

Minister President of Lower Saxony: SPD

Kopf was born in 1893 in Kreis Hadeln²³⁴. He studied law and economics, and served in the German Navy from 1917 to 1918²³⁵. In 1919 he joined the SPD, was a Stadtrat at Bielefeld and later the right-hand man of Dr. David, first president of the Nationalversammlung²³⁶. Following the Kapp-Putsch, which ended Dr. David's ministry, Kopf was imprisoned by the Kappists in Dresden and Stuttgart. After his release he joined the Provincial Prussian Ministry under Severing²³⁷ and held several offices in 1920/21. Kopf then left the government service for banking, but soon returned to his former interests and [1928] became Landrat of Kreis Hadeln. In 1932 he was made Regierungspräsident of Oppeln. In 1933 he was dismissed by the Nazis and was relieved of his passport. Together with a partner, Kopf then founded Kopf & Bohne, Credit Adjusters and Official Receivers. During the entire Nazi regime Kopf maintained contact with SPD friends.

231 Später Wechsel in die DDR. Bis 1953 Chefredakteur des SED-Bezirksorgans „Volkswacht” in Gera; 1953 suspendiert, 1956 rehabilitiert. 1956—60 stellv. Chefredakteur der „Berliner Zeitung”, ab 1972 Intendant Radio Berlin International.

232 Geb. 17. 3. 1899, gest. 25. 5. 1950.

233 Seit 1946 Mitglied des Hannoverschen u. Niedersächs. Landtags, ab April 1947 Fraktionsvorsitzender. Minister ohne Geschäftsbereich bzw. für Sonderaufgaben von Juni 1947 bis Mai 1950.

234 Geb. 6. 5. 1893 in Neuenkirchen, Kreis Land Hadeln, gest. 21. 12. 1961 in Göttingen.

235 Bei Kriegsende Mitglied des Soldatenrats in Cuxhaven.

236 Eduard David, studierter Philologe, aktiv in der hessischen Sozialdemokratie, Mitglied des Landtags und des Reichstags, kam 1918 ins Auswärtige Amt, wurde 1919 erster Präsident der Nationalversammlung in Weimar, dann Reichsminister des Innern. Nach seiner Ablösung als Prof. in München tätig.

After the war, Kopf was Regierungspräsident in Hannover from May until 19th September, 1945, when he became Oberpräsident of the Province. In November, 1946, Kopf became Ministerpräsident of Land Niedersachsen and head of the nominated Government²³⁸. In April, 1947, he formed an all-party coalition Cabinet after the Landtag elections. This Cabinet resigned 11th March, 1948, and Niedersachsen was without a real Government until 8th June, when Kopf succeeded in forming the present Cabinet.

A Polish demand for this extradition on war crimes charges was rejected after the Chief Judge of the Control Commission Supreme Court had ruled that no prima facie case existed. Kopf is by no means a professional politician. He belongs to the moderate wing of the SPD, a fact which makes him more acceptable to the other parties. He is a tireless worker and his open and agreeable manner has enabled him to overcome many difficulties with which as Minister President he has been confronted. Since the capitulation Kopf has rendered good service to Niedersachsen and this has earned him the respect of members of all parties²³⁹.

52 Korspeter, Wilhelm

Politician and Journalist: SPD

Born 1897 in Westerkappeln, near Osnabrück²⁴⁰. Went from his school into the army. After the war he studied political economy and qualified as a Diplom-Volkswirt. In 1924 he joined the editorial staff of the „Volkswacht“ in Bielefeld and by 1933 was its leading political editor. He had joined the SPD in 1921 and in 1928 was elected to the Bielefeld town council, subsequently to become chairman of the SPD faction. During the Nazi régime he was almost constantly in trouble and was once tried for planning high treason. At the outbreak of war he was called up for military service but was discharged as unfit in 1943. At the capitulation he was in charge of the raw material department of Schäffer & Budenberg in Magdeburg. In 1945, he was appointed City Councillor in Magdeburg by British Military Government, later becoming vice-president of the Wirtschaftskammer of that town. He finally fled in February, 1946, to the British Zone after clashing with the Soviet Military Administration over the question of SPD-KPD amalgamation. After a period during which he was employed by the local authority at Tecklenburg (Westphalia) he was appointed chief editor of the SPD „Hannoversche Presse“ in June, 1947²⁴¹. Korskpeter is a prominent mem-

237 Carl Severing, 1875—1952, Gewerkschaftssekretär in Bielefeld und Redakteur der dortigen „Volkswacht“, 1920—26 mit kurzen Unterbrechungen und 1930—32 preuß. Innenminister, 1928—1930 Reichsinnenminister.

238 1946 zuvor Ministerpräsident des Landes Hannover.

239 Regierungschef in Niedersachsen bis 1955, ab 1957 stellv. Ministerpräsident und Innenminister, 1959 wieder Regierungschef.

240 Geb. 19. 10. 1897, gest. 21. 1. 1967.

241 Chefredakteur dort von Juli 1946 (!) bis 1956.

ber of the Lower Saxon Diet and his influence on the SPD faction is great²⁴². He was largely instrumental in bringing about the downfall of the all-party coalition earlier this year and was one of the principal protagonists of a SPD-CDU coalition. Although an extreme left-wing radical, he is a virulent anti-communist and the „Hannoversche Presse“ contains more fundamental attack on the KPD than any of its right-wing contemporaries. Whilst at times not hesitating to criticise the methods of Allied control, he is none the less exceptionally loyal towards the Occupying Power. Of strongly independent character, he jealously preserves his freedom as an editor against undue demands on the part of the SPD party machine. Korpeter has one hobby-horse: the German judiciary, the alleged turpitude of which he attacks at every opportunity.

53 Kraft, Emil

Politician and Journalist: SPD

Born August, 1898, in Wilhelmshaven²⁴³. Educated at a local elementary school, he began work in the naval dockyard in Wilhelmshaven in 1913, first as apprentice and later as shipbuilder. In 1933, he was forced to leave the dockyard on political grounds and obtained work in the Norddeutscher Eisenbau, Wilhelmshaven. A member of the SPD and of trade unions²⁴⁴, he was a Leiter des Bildungswesens in the party before 1933 and also a member of the Stadtrat. After the capitulation he resumed his political activity and was elected chairman of the SPD in Wilhelmshaven and for Unterbezirk Oldenburg and Bezirk Weser-Ems. In 1947 he was elected to the Landtag²⁴⁵. He is now political editor of the „Nordwestdeutsche Rundschau“ which is published in Wilhelmshaven. An energetic and ambitious personality.

54 Krapp, Otto, Dr.

Politician: Zentrum

Born 1903²⁴⁶. Studied law at Freiburg, Berlin and Göttingen 1923—26. From 1931 until he was called up to the Navy in 1941, he practised as a lawyer in Oldenburg. He was employed in the legal division of the Navy throughout his service. Before 1933 he was a member of the Zentrum. He was not inclined to become politically active again after the war but gave way after considerable pressure from the party, and he became chairman for Kreis Vechta²⁴⁷. In 1947 he was elected to

242 MdL der I. Wahlperiode (1947—1951).

243 Geb. 10. 8. 1898, gest. 20. 2. 1982 in Lübeck.

244 Seit 1918.

245 Zuvor (1946/47) Mitglied des ernannten Oldenburgischen und Niedersächs. Landtags; MdL bis 1955. In dem Jahr Übersiedlung nach Lübeck, wo er als Arbeitsdirektor der Metallhüttenwerke tätig wird.

246 Geb. 19. 5. 1903 in Steinfeld i. O., lebt 1982 in Oldenburg.

247 23. 10. 1945—2. 2. 1946 Oberkreisdirektor Vechta, gründete am 16. 7. 1945 in Vechta das Zentrum wieder.

the Landtag and is now leader of his Fraktion²⁴⁸. An able lawyer and an advocate of political moderation, he is liked and respected but is rather colourless.

55 Kriedemann, Herbert

Politician: SPD

Born 1903 in Berlin²⁴⁹, he specialised in agriculture and economics and qualified as a Diplom-Landwirt. In 1925 he joined the SPD. From 1933 he carried on illegal activities, but in 1934 emigrated to Czechoslovakia and the next year to Amsterdam, where he remained until the fall of Holland. In 1940 he was condemned to five years' imprisonment by the Volksgericht in Berlin and subsequently spent nineteen months in a Gestapo prison. In September, 1946, he was publicly accused by the KPD of having acted as a Gestapo informant against his former SPD colleagues but he was firmly supported by the SPD Zonal Committee. He acted as deputy to Schumacher on the Zonal Advisory Council. Has been economic and agricultural advisor to the SPD since 1945, and in 1947 was nominated to the Bizonal Economic Council²⁵⁰.

56 Kubel, Alfred

Cabinet Minister: SPD

Born 1909 in Brunswick²⁵¹. Apprenticed to a wholesale chemist. After attempting to organise a general strike in Brunswick in 1933, he was forced to flee to Berlin where he became a commercial traveller. From 1934 until the capitulation he worked for a Berlin rubber-boat manufacturer, Schelbert. In 1927 he joined the Jungsozialisten and subsequently the ISK. During the Nazi régime he remained in contact with a group of anti-Nazis whom he supported in publishing an illegal newspaper entitled „Reinhardbriefe". After serving a term of imprisonment in 1937, he returned to his job with Schelbert, after which his income rapidly rose to 49000 Reichsmark as a result of royalties from a rubber welding invention. After the capitulation he became successively Second Bezirksvorsitzender of the SPD in Brunswick, Minister and Ministerpräsident of the Brunswick Diet until its dissolution in November, 1946. He held office as Minister of Economics in the Niedersachsen Government from November, 1946, until June, 1948 when he was appointed Minister for Labour and Reconstruction²⁵². *Although a vain and bumptious man, he is extremely able and energetic. At the time of the Cabi-*

248 MdL 1947—1953. 1950 Minister für Sonderaufgaben, 1950—1953 Minister der Justiz. Danach Generalstaatsanwalt in Oldenburg.

249 Geb. 1. 3. 1903, gest. 20. 1. 1977 in Bad Nauheim.

250 1947 MdL, 1949—1972 Mitglied des Bundestags.

251 Geb. 25. 5. 1909, lebt 1981 in Braunlage/Harz.

252 Bis 1951. In A folgt: *Vain and bumptious, he is regarded by the SPD as one of its coming men.*

*net crisis in the spring of this year he was considered by a section of the SPD as possible Minister-President*²⁵³.

57 Kuhlemann, Christian, Dr.

Politician and Business Magnate: DP

Born 1891 in Misburg²⁵⁴. Educated in Hannover at the Technische Hochschule. In 1919 he obtained a diploma in technical chemistry, and entered the firm of Buderussche Eisenwerke at Wetzlar. Later, from 1922—25²⁵⁵, he joined the Bergwerk AG at Gelsenkirchen, where he established a new cement factory. In 1926, upon his father's death, he was appointed a director of the family business, the Hannover Portland Cement Factory at Misburg. Before 1933 a member of the DVP. He is said to have applied for membership of the NSDAP in 1937, and specifically for the post of Ortsgruppenleiter Misburg, but to have been turned down as unsuitable. After the capitulation he became Vice-President of the Hannover and Zonal Chambers of Commerce. He is DP representative on the Bizonal Economic Council. One of the leading figures in the North German cement industry, and formerly a director of Steine und Erden in Berlin, he is reliably reported to have indulged in doubtful business transactions since the war²⁵⁶.

58 Landwehr, Ludwig

Politician: KPD

Born 1897 in Osnabrück²⁵⁷. After a short period of apprenticeship to a merchant he worked as assistant cashier at the Stadthauptkasse in Osnabrück from 1913—15. From 1919—23 he was a clerk on the Osnabrück town council. Joining the KPD Bezirksleitung in Bremen he worked until 1926 on the party newspaper

253 1951—55 Minister für Finanzen; lange Jahre Aufsichtsratsvorsitzender der Dt. Messe- und Ausstellungs-AG, Hannover. 1957 Minister für Wirtschaft und Verkehr, 1959 für Landwirtschaft, 1965 für Finanzen. 1970—76 niedersächs. Ministerpräsident.

254 Geb. 4. 2. 1891, gest. 3. 9. 1964.

255 Richtig: 1921—25 (nach eigenen Angaben im Parlamentsarchiv des Dt. Bundestages).

256 Mitglied des Bundestages 1949—1953, ferner u. a. Vorsitzender der Vereinigung der techn. Überwachungs-Vereine im Bundesgebiet, Vorsitzender des Industrievereins Hannover und Umgebung, Mitglied des Hauptausschusses des NWDR. Kuhlemann war auch Gegenstand einer Anfrage der amerikanischen Militärregierung in Bremen bei den britischen Kollegen in Hannover. Die britische Auskunft wird am 13. 1. 1949 wie folgt zitiert: . . . *Kuhlemann is a DP member and has never belonged to the CDU. His membership of the former party is undoubtedly merely a matter of convenience as he is an industrial magnate first and foremost. His reported close informal connections with the Nazi party . . . no longer endanger his career and he continues to enjoy the confidence of Economics officers . . . Kuhlemann is one of the comparatively few important industrialists in Niedersachsen and receives our continual attention. As far as can be seen at present he is politically active merely to further his economic aims.* Staatsarchiv Bremen 16, 1/2—6/91—1/24.

257 Geb. 13. 5. 1897, gest. 10. 8. 1981 in Osnabrück.

„Arbeiterzeitung“²⁵⁸. Owing to differences in policy he was obliged to leave the KPD in 1926. He attempted to renew his membership in 1929, and after a period of probation was elected Unterbezirksleiter. After the Reichstag fire he was arrested and sentenced to two years' imprisonment. Re-arrested on the outbreak of war, he was interned at Buchenwald where he remained until the entry of the Allies. In December, 1945, he became an official of the newly formed KPD branch in Osnabrück. He subsequently joined the KPD Zonenleitung as „Leiter für Ernährungswirtschaft und Kommunalpolitik“. Member of the Lower Saxon Diet²⁵⁹.

59 Lehmann, Robert
Politician: KPD

Born 1910 in Hannover²⁶⁰. He worked as a painter from 1925—32. In 1927 he joined the Sozialistische Arbeiterjugend. He became a district leader of the Communist Youth Organisation in 1929, and in 1932 officially joined the KPD. From 1933—34 he was engaged in illegal political activities in Leipzig, where he led the local Communist Youth Movement, and Berlin. He later lived abroad, in Czechoslovakia (1937) and in France (1938) where he was a delegate of the émigré German Youth Movement. In 1939 he moved to Holland, where he joined the Dutch underground resistance movement „Vryje Groepen Amsterdam“ and helped to spread defeatist propaganda among the German Army. He lived as a Dutch subject during the war, and in 1945 returned to Hannover where he helped to revive the KPD in Niedersachsen. He is at present Propagandaleiter of the KPD Landesleitung, Niedersachsen, and licensee of the „Niedersächsische Volksstimme“²⁶¹. A smooth and capable man.

60 Lessmann, Horst, Dr.
Political: DP

Educated between 1927—34 at five universities including Bonn, where he received diploma in agriculture in 1931. Has since been a farmer, except for a short spell of military service 1943—45. A pre-1933 member of the DHP, he is now chairman of the RB Hildesheim DP Committee and a member of the Zonal Committee²⁶². Although fairly popular in right-wing farming and industrial cir-

258 Vorlage nur: „Arbeiter“. Seit 1911 in der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, seit 1918 USPD, seit 1920 KPD.

259 Mitglied des Hannoverschen Landtags und des Niedersächs. Landtags 1947—1959.

260 Geb. 23. 11. 1910, lebte 1979 in Berlin (Ost).

261 MdL 1947—1951, 1952 in die DDR, bis 1957 Leiter der Abt. Kultur beim Rat des Bezirks Gera, 1957—1964 Vorsitzender der Zentrallleitung der Pionierorganisation Ernst Thälmann, 1958—1967 Mitglied des Zentralkomitees der SED und der Volkskammer, 1964—66 stellv. Minister für Kultur. Seit 1972 Mitglied des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front.

262 Geb. 20. 7. 1907 in Oberg, gest. 19. 3. 1975 in Peine. Mitglied des Zonenbeirats seit 1948, 1950—51 MdL; Mitglied des Gemeinde- bzw. Ortsrates Oberg 1948—56, 1964—1975, Mitglied des Rates der Gemeinde Lahstedt 1971—75; 1946—1972 Mitglied des Kreistages, 1955—57 Landrat des Kreises Peine. 1960—1975 ferner Tätigkeit als Verwaltungs- und Arbeitsrichter. Im Direktorium der DP von der Parteigründung bis zur Auflösung.

cles in those parts of RB Hildesheim where his party has a standing, he is unpopular with the trade unions, disliked by the SPD, and hated by the KPD. Dr. Lessmann is a very intelligent man with strong conservative convictions, which he expresses with considerable vigour. He is accused of being a scheming politician even by some of his own party colleagues, who claim that he conspires against more liberal members.

61 Lilje, Hanns, Dr.

Evangelical Landesbischof of Hannover

Born 1899 in Hannover²⁶³. Educated at Göttingen and Leipzig. Ordained at the age of 25, he became a Studentenpfarrer at the Technische Hochschule in Hannover. From 1927—35 he was General Secretary of the Deutsche Christliche Studentenvereinigung, Berlin. In 1932 he became Doctor of Theology at Zürich. In the same year he was appointed Vice-President of the „Christlicher Studentenvahlbund“, and Secretary General of the Lutheran „Weltkonvent“²⁶⁴. At this time, he travelled widely in Europe, America and India. In 1933 he founded the Jungreformatische Bewegung in collaboration with Niemöller and Künneth²⁶⁵. His speeches led to a Gestapo ban on his preaching and publications. In 1944 he was arrested for complicity in the July plot, to be released only after the capitulation. Since then he has been Oberlandeskirchenrat, President of the Central Committee of the Innere Mission, and member of the Executive Committee of the Lutherischer Weltbund, among other offices. In April, 1947, he was elected Landesbischof of Hannover²⁶⁶. Author of a number of theological works, including „Das Technische Zeitalter“, „Luthers Geschichtsanschauung“ and „Christus im deutschen Schicksal“. Dr. Lilje enjoys a wide reputation both in Germany and abroad as one of Europe's outstanding theologians. He received an honorary degree of DD²⁶⁷ from Edinburgh University in 1947²⁶⁸.

62 Lotz, Erich Walter

Oberstadtdirektor Brunswick

Born 1896 at Aschersleben/Harz²⁶⁹. Educated at the Reichsfachschule in Heidelberg, he spent the interwar years in local government service, first in the Öffentli-

263 Geb. 20. 8. 1899, gest. 6. 1. 1977 in Hannover.

264 Letzteres 1935—1945.

265 Martin Niemöller, geb. 1892, 1924—1930 Geschäftsführer der Inneren Mission in Münster, 1931 Pfarrer in Berlin-Dahlem, war führendes Mitglied der Bekennenden Kirche; 1934 zwangsweise in den Ruhestand versetzt, 1937 verhaftet, langjährige KZ-Haft. Walter Künneth, geb. 1901, war 1932 Leiter der apologet. Zentrale in Berlin-Spandau; nach dem Krieg Theologieprofessor in Erlangen.

266 Bis 1971 im Amt.

267 Doctor of Divinity.

268 Seit 1950 Abt zu Loccum, 1952—57 Präsident des Lutherischen Weltbundes, 1955—1969 Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands, seit 1968 Mitglied des Präsidiums im Weltrat der Kirchen.

269 Geb. 11. 2. 1895 (!), gest. 20. 12. 1966 in Braunschweig.

che Schuldienst (1919—30) and subsequently as Direktor in the Provinzialverwaltung Sachsen, Landeserziehungsheim, Nordhausen. During the same period, he was a member of the SPD and of the Provinziallandtag for Saxony. Arrested by the Nazis, he was later released under observation. In May, 1945, he was appointed Landrat of Eutin, and later Oberstadtdirektor, until dismissed by Military Government in May, 1946, for black market activity. He came to Brunswick in July, 1946, where he was appointed Oberstadtdirektor, which position he retains today²⁷⁰. Recognized as an efficient „Go-Getter” who has been the force behind reconstructing in Brunswick²⁷¹, he has also been described as „Diktator” and *black-marketeer*²⁷² by large sections of the local public²⁷³. *Nevertheless special enquiries by the SPD into his past and present activities proved inconclusive. He is undoubtedly ambitious and opinionated with a taste for personal intrigue.*

63 Machens, Joseph Godehard, Dr.

Roman Catholic Bishop of Hildesheim

Born 1886 in Hildesheim²⁷⁴. Studied philosophy and theology at Münster and Bonn. Was ordained in 1911 and was a priest in Hildesheim until 1920, when he became professor of theology at the Episcopal Seminary in that town. In 1934 he was appointed Bishop of Hildesheim²⁷⁵. Political leaders of non-Catholic persuasion maintain that he exerts too much influence in the political sphere. Dr. Machens has a wide knowledge of European affairs. He possesses a dry sense of humour. He does not lay claim to any martyrdom under the Nazis but, without provoking reprisals upon his church, he openly preached against the things which offended his faith. In 1943 he was publicly threatened by the Gauleiter at a meeting on the market square, because he had spoken against concentration camps and the persecution of the Jews. He was subsequently threatened by the NSDAP on various other accounts. In 1946 he issued a public statement urging all Catholics to join the CDU, but well-informed Catholics do not exclude the possibility of his later preferring the Zentrum.

64 Mansfeld, Wilhelm

Oberlandesgerichtspräsident Brunswick

Born 1875 in Wolfenbüttel²⁷⁶. Educated at Brunswick and at the universities of Munich, Kiel and Berlin where he studied law. From 1901—06 he worked as

²⁷⁰ Bis 1960.

²⁷¹ 1954 Ehrendoktor der Techn. Hochschule Braunschweig, 1960 Ehrenbürger von Braunschweig.

²⁷² In A: „Schieber”.

²⁷³ In A folgt: *He is a time-serving opportunist and intriguer of the first order, ambitious and conceited. His abundance of energy continually encroaches on the duties of Oberbürgermeister Böhme and has overflowed into commerce.*

²⁷⁴ Geb. 29. 8. 1886, gest. 14. 8. 1956.

²⁷⁵ Erzbischof vom 13. 7. 1956 an.

²⁷⁶ Geb. 16. 10. 1875, gest. 25. 12. 1955 in Braunschweig.

Hilfsrichter at Brunswick Landgericht and various Amtsgerichte in the Land. In 1907 he was appointed Regierungsassessor in Brunswick Staatsministerium. In the following year he was appointed Landrichter and in 1913 promoted to Landgerichtsrat. He continued to rise steadily in his profession until removed from subsidiary offices in 1933 and forbidden to train Referendare. In 1939 he was pensioned off at his own request, after having been persecuted for his Jewish descent. In May, 1945, he was appointed Oberlandesgerichtspräsident of Brunswick. He commands general respect for having resumed his legal duties at an advanced age after the war, but it is felt now that he should retire²⁷⁷. A man of fine character, he is experienced and mature in his pronouncements, but showing signs of senility.

65 Martens, Ernst Georg
Politician: FDP

Born 1883 in Butterburg, Kreis Wesermarsch²⁷⁸. After studying at schools of technology at Darmstadt and Berlin he qualified in 1907 as engineer. In 1910 he entered the civil service, occupying various positions in railway administration and the Ministry of Public Works in Berlin until 1920, when he resigned at his own request to take up a commercial post. In 1921 he joined the firm of Julius Berger Tiefbau AG Berlin-Grünwald as a member of the board of directors. During the next fifteen years he supervised numerous building operations both in Germany and abroad. In January, 1946, he became a member of the Diet in Oldenburg, and of the Kreis Wesermarsch Council. Minister of Transport in the first Hannover Cabinet and ex-Landrat for Wesermarsch²⁷⁹, Martens is fairly well-liked by the local population. A quiet man, he is not a convincing speaker, and fails to put over his points, but is the most outstanding of the local FDP politicians.

66 Mühlenfeld, Hans, Dr.
Politician: DP

Born 1901 in Hannover²⁸⁰. Educated in Hannover and at Göttingen University. Doctor of Law 1937. After leaving university he worked as a clerk in the banking firm of Gumbel, Hannover. He was also employed for some time in the Finanzamt, Hannover-Nord. He acted as Referendar on the Amtsgericht in Peine until 1934. A former member of the Stahlhelm, he severed connections with it when it became part of the SA. He was unemployed from 1934/35, and left positions with various firms up to 1942 owing to his anti-Nazi views. Worked for a Berlin

277 Laut Auskunft des Oberlandesgerichtes Braunschweig vom 23. 8. 1982 war Mansfeld bereits zum 31. 7. 1948 in den Ruhestand getreten!

278 Geb. 24. 6. 1883, gest. 11. 10. 1981 in Nordenham-Alt-Treuenfeld.

279 Januar 1947—1951 MdL. Seit 1945 Bauer auf seinem Hof in Alt-Treuenfeld.

280 Geb. 11. 9. 1901, gest. 14. 10. 1969.

firm 1942—44, in whose behalf he made surveying tours through the Ukraine. In July, 1945, he founded the „Hannoversche Bewegung“ in Isernhagen and subsequently organised the NLP in Kreis Burgdorf. In April, 1946, he was appointed secretary-general of the zonal party. In the following year, disillusioned with politics, he became Oberkreisdirektor in Bremervörde, but no man was ever less fitted by temperament to be a civil servant, and after a few months he returned to the arena and became a member of the Bi-zonal Economic Council²⁸¹. A volatile, unbalanced, outspoken and likeable man, and a genuine democrat in his own intolerant fashion.

67 Müller, Kurt
Politician: KPD

Born 1903²⁸². He joined the KPD as a youth of 15. Until 1932 he was chairman of the Kommunistische Jugendverbandes Deutschlands, and from 1933—34 Bezirksleiter of the illegal KPD in Western Germany. Arrested by the Gestapo in 1934 he was sentenced to 6 years penal servitude in Kassel-Waldheiden. This was followed by 5 years in Sachsenhausen. After the capitulation he was appointed to the Zonal Committee of the KPD and given the post of party chairman for Niedersachsen²⁸³. Recently transferred to Frankfurt as one of the two deputy chairmen of the tri-zonal KPD headquarters. An unimpressive personality but a capable and dangerous man.

68 Nannen, Henri²⁸⁴
Editor

Born 1913 in Emden²⁸⁵. After attending the Humanistische Gymnasium in Emden, he worked for a time as a farm-labourer. After a short spell of employment in a bookshop, he went to Munich to study aesthetics and philosophy. Forced to abandon his studies when his father, a social democrat and town councillor, was ousted by the Nazis, he took to writing. In 1935, whilst under Gestapo surveillance, he left Munich and went to Switzerland, where he met Erich Maria Remarque, who supplied him with funds to go to the Istituto Germanico della Storia dell'Arte. Lacking a permit to work he was soon afterwards expelled and forced to return to Germany. He worked for a time at a publishing firm²⁸⁶ until called

281 Zuvor 1947 MdL, nach der Berufung in den bizonalen Wirtschaftsrat ausgeschieden. 1949 Mitglied des Bundestages, Fraktionsvorsitz bis 1952; später FDP. Ende 1952 in den diplomatischen Dienst, 1953 Botschafter in Den Haag, 1958 in Canberra. Juni 1963 Kultusminister in Niedersachsen, im April 1965 Rücktritt von der SPD gefordert wegen Niedersachsen-Konkordats, Zusammenbruch der SPD/FDP Koalition. 1967 Austritt aus der FDP.

282 Geb. 13. 12. 1903 in Berlin, lebt 1982 in Konstanz-Dingelsdorf.

283 Auch MdL, ausgeschieden durch Berufung in den bizonalen Wirtschaftsrat.

284 Vorlage: Henry.

285 Geb. 25. 12. 1913, lebt 1982 in Hamburg.

286 Schriftleiter der Zeitschrift „Die Kunst“.

up for war service in August, 1939. He finished the war as a captain of the paratroops in Italy. After the capitulation he was given the post of editor of the „Hannoversche Neueste Nachrichten“ by Military Government. In 1947, when this paper was given to the CDU, Nannen became licensee of the „Abendpost“, which rapidly came into conflict with the increasingly reactionary Niedersachsen FDP. An attempt by the Land Committee to have him removed by Military Government failed, and he pursued his own independent and liberal line until he resigned in September, 1948, when the paper's financial difficulties became overwhelming²⁸⁷. A *matinée* idol in appearance, he is vain and hot-headed, but he is a man of genuinely liberal and pro-British outlook.

69 Nau, Alfred
SPD Official

Born 1906 in Wuppertal²⁸⁸, son of a SPD official. He attended the Volksschule in Wuppertal from 1913—21, after which he became apprenticed as a stampmaker with the firm of Korten-Endlein, with whom he remained until 1928. In 1926 he attended a term at the Sozialistische Volksschule, where he studied Economics and Social Law. Member of the SPD since the age of sixteen²⁸⁹, he worked at the party office Bezirk Niederrhein from 1928—33²⁹⁰. The banning of the party in 1933 cost him his job, but he soon found employment with an insurance company. He took part in illegal activities for the party, making several journeys to Prague and Zürich to contact the SPD émigrés. Arrested by the Gestapo in 1934, he was put on trial after 14 months confinement, but was acquitted by a non-Nazi judge. In February, 1936, he resumed work with Barmenia until called up in 1942 into the Luftwaffe. To avoid compulsory transfer into the SS, he became a parachutist and was subsequently taken prisoner by the British at Weser-Ems. Released in July, 1945, he got in touch with Kriedemann (q. v.) and is now the Party Treasurer for the three western zones. A devoted follower of Dr. Schumacher²⁹¹.

70 Nieter, Reinhard Bruno
OBM Wilhelmshaven: SPD

Born 1883 in Brunne/Osthavelland²⁹². He was apprenticed from 1895—1902 in a machine tool shop, and after a period of service with the Navy, worked for eighteen years in a machine tool factory in Wilhelmshaven. From 1926 until 1933 he

287 1948 Gründer und Chefredakteur der Illustrierten „Der Stern“; ihr Verleger bis heute.

288 Geb. 21. 11. 1906 in Barmen, lebt 1982 in Bonn.

289 Später Vorstand des Ortsvereins Wuppertal der SPD.

290 Richtig: Er war Sekretär des Parteivorstands in Berlin!

291 Seit Mai 1946 Mitglied des Parteivorstands der SPD, seit 1958 Mitglied des Präsidiums. Herausgeber des „Vorwärts“, geschäftsführender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung.

292 Geb. 16. 10. 1883, gest. 8. 6. 1964 in Wilhelmshaven.

was editor of the „Volksblatt“ in Wilhelmshaven²⁹³. He subsequently set up his own business as tobacconist, which he continues today. Nieter joined the SPD and Deutscher Metallarbeiterverband in 1914, and during the interwar years was member and eventually chairman of the local town council²⁹⁴. In 1945 after the capitulation he was appointed Oberbürgermeister of Wilhelmshaven²⁹⁵. He is popular amongst a large section of the population, although many would prefer a younger and more energetic man. His political integrity is undoubted. Represents the moderate wing of the SPD.

71 Nohl, Herman

University Professor

Born 1879 in Berlin²⁹⁶. Educated at Berlin University. Professor der Pädagogik at Göttingen University since 1920, he was compulsorily retired for political reasons in 1933. His views on education were consistently opposed to Nazi theories whilst in addition his wife was of Jewish extraction. After the Allied occupation he returned to his old chair in Göttingen, and was „emeritiert“ in October, 1947. He still continues to hold lectures and seminars, and since the end of the war has edited the educational periodical „Die Sammlung“, many of the regular contributors being his former pupils. Professor Nohl is held in high esteem by both British and German educational authorities, and greatly revered by his pupils. An optimist with regard to the „Geistige Lage im gegenwärtigen Deutschland“ (the title of a lecture which he delivered in London in the summer of 1947) he appears to think that Germany's spiritual sickness, if this exists, will right itself without British interference. He has frequently defended members of the teaching-staff against charges of National Socialist or anti-democratic sympathies, and contributed an article to „Die Welt“ in defence of the present generation of Göttingen students.

72 Offenstein, Wilhelm, Dr.

Vicar-General [Hildesheim]

Born 1889 at Hannover-Linden²⁹⁷. Educated in Hannover and the Gregorian University in Rome, 1909—15, where he studied philosophy and theology. He was ordained in Rome 1914. Doctor of Philosophy 1911, and Theology 1915. In 1915 he was appointed inspector of the Episcopal Training College for boys at Hildesheim. At this time he began intensive political activity for the Zentrum party. In March, 1920, he was appointed Chaplain at Göttingen where he was in

293 Nach anderer Quelle war Nieter seit 1927 Redakteur des Blattes „Republik“, vgl. Wilhelmshavener Heimatlexikon, hrsg. v. W. Brune, Bd. 2, Wilhelmshaven 1973, S. 25.

294 1919 für die SPD im Stadtrat von Rüstringen, 1920 Stadtratsvorsitzender.

295 Bis 1952 und wieder 1956—1961.

296 Geb. 7. 10. 1879, gest. 27. 9. 1960.

297 Geb. 2. 7. 1889, gest. 26. 2. 1964 in Hildesheim.

charge of religious teaching in all Catholic educational establishments. After three years as a parish priest in Hamburg he was appointed 1st chairman of the Union of Catholic Associations in Hannover. From 1930 to 1933 he was Zentrum member of the Reichstag for Süd-Hannover/Braunschweig. Since March, 1936, he has been Vicar-General to the Bishop of Hildesheim²⁹⁸. In February, 1942, he was appointed Honorary Prebendary of the Cathedral and in April of the following year became a papal Prelate. An *éminence grise*, he is not widely popular in Hildesheim, where he is regarded as directing political catholic policy. Although he has carefully refrained from public participation in post-war politics, Zentrum party members maintain that he is still a strong supporter of their cause and that but for the ban imposed by the church on political activity he would by now be a prominent figure in political life of the Western Zones.

73 Olfers, Karl

OBM Cuxhaven: SPD

Born at Dorum, near Bremerhaven, 1888²⁹⁹. Since his early youth an active socialist³⁰⁰. After the First World War he entered a building firm but after two years became prominent in SPD and trade union circles and assisted in the production of an SPD newspaper. He also became deputy Oberbürgermeister of Cuxhaven³⁰¹. From 1933 till 1935 he was unemployed and underwent several short prison sentences on political charges. In 1935 he secured a job as an insurance agent and worked in this capacity until 1944, when he was called up to the army. In 1945 he served on the nominated representative council of Cuxhaven and in 1946, as a result of the elections, became Oberbürgermeister³⁰². In 1947 he was elected to the Landtag and became its Speaker³⁰³. His position as Speaker indicates the respect he enjoys among the parliamentary parties. His sound knowledge of procedure and his strong personality make him a great asset to the House. He belongs to the Christian Socialist right wing of his party. He has always shown sympathy towards the British, even on such issues as dismantling. He is an orator of great skill who can be expected to exercise a moderating influence in any time of difficulty³⁰⁴.

74 Ollenhauer, Erich

Politician: SPD

Born 1901³⁰⁵ in Magdeburg. He trained first as a commercial clerk and later as a journalist and was sub-editor of the Magdeburg „Volksstimme“ in 1919—20.

298 Bis November 1960; August 1956 bis Mai 1957 Kapitelvikar.

299 Geb. 14. 4. 1888, gest. 22. 4. 1968 in Cuxhaven.

300 Seit 1907 in der Gewerkschaft, seit 1912 SPD.

301 1925—1933 Geschäftsführer der „Bauhütte Cuxhaven“.

302 Bis 1952, dann erneut 1956—Februar 1966.

303 Bereits Mitglied des Hannoverschen Landtags und des ernannten Niedersächs. Landtags 1946. Landtagspräsident bis 1955 und wieder 1959—1963.

304 1962 Ehrenbürger von Göttingen, 1966 von Cuxhaven.

305 Vorlage: 1907; geb. 27. 3. 1901, gest. 14. 12. 1963.

From 1920 onwards he was editor of „Arbeiter-Jugend”, the organ of the SPD Youth Organisation, of which he became chairman in 1930³⁰⁶. In 1933 he was elected to the Party Executive and went into exile in April of the same year in Prague, where he remained until 1938. He spent the next two years with the émigré committee in Paris and crossed to London in 1940. There he worked as managing secretary of the Party Executive and was also manager of the „Socialist Union”, an association which included the SPD and three smaller groups of German socialists in Great Britain. He returned to Germany in January, 1946, since when he has been deputy chairman of the party. A man of great integrity and considerable ability³⁰⁷.

75 Otto, Paul, Dr.

Politician: CDU

Born at Ulm in 1903³⁰⁸ and attended an elementary school at Bochum and the Gymnasium at Arnsberg. In 1933 he took his first state examinations in law at Bonn and in 1934 his doctorate at Cologne. Then worked in various commercial capacities in Westphalia and Lower Saxony. Formerly a member of the Deutsche Volkspartei, he helped to form the CDU in Osnabrück. Was a member of the Zonal Advisory Council and the Lower Saxon Diet³⁰⁹, from which he resigned to become a member of the Frankfurt Bi-zonal Economic Council. Chairman of the Niedersachsen CDU 1947—48. Dr. Otto's political past is entirely clean; he was too great an individualist to be attracted to the Nazi creed. His integrity and intelligence are highly respected. His mordant and irreverent wit is feared by the staid, his haughty inaccessibility is resented by the importunate, and his anti-socialist convictions are detested by the Left.

76 Petermann, Johannes, Dr.

Regierungspräsident Osnabrück

Born 1886 in Sendenhorst in the Münsterland³¹⁰, the son of a general practitioner. Attended elementary and secondary schools in Sendenhorst and Dortmund and from 1905—08 studied law and economics at the universities of Freiburg, Berlin, Munich and Münster. In 1911 he took his doctorate. Worked in the municipal administration of Dortmund and then acted for a time as commercial lawyer to a mining company. In the war he served with distinction as an artillery officer, and then returned to the civil service. In 1919 he was elected as a senator of

306 Richtig: 1928.

307 1949 Mitglied des Bundestages, stellv. Fraktionsvorsitzender. Von 1952 bis zu seinem Tode Fraktions- und Parteivorsitzender der SPD. 1951 Vize-Präsident, 1963 Präsident der Sozialistischen Internationale.

308 Geb. 21. 5. 1903, gest. 24. 1. 1979 in Georgsmarienhütte.

309 Bereits Mitglied des Hannoverschen Landtags und des ernannten Niedersächs. Landtags 1946; erneut MdL 1955—1963.

310 Geb. 25. 2. 1896, gest. 22. 6. 1961 in Osnabrück.

Osnabrück and in 1926 he was made deputy Oberbürgermeister. Under the Nazi régime he became increasingly unpopular with the party, and he was not re-elected in 1938. He therefore left the civil service. At the outbreak of war he was called up as a temporary civil servant and was employed in the town administration. When Osnabrück was occupied by British troops in April, 1945, he was nominated Oberbürgermeister. In October he replaced the acting Regierungspräsident³¹¹, who had been removed from office. Dr. Petermann has a thoroughly democratic outlook and is a most satisfactory example of the non-political civil servant. He is a strong Catholic and an inactive subscribing member of the CDU. Before 1933 he belonged to the Centre Party. He is popular with both Germans and British and has a strong sense of humour. The only criticism of him is that his good nature often prevents him from taking a firm stand on matters of policy.

77 Raiser, Ludwig

Rector of Göttingen University

Born 1904 in Stuttgart³¹². Educated from 1910—22 at the Volksschule and Humanistische Gymnasium in Stuttgart, he spent one year being trained in a local insurance company before proceeding in 1923 to study law in Munich, Geneva and Berlin. He took his finals in Berlin 1927, and then underwent a period of practical training in Berlin courts. From 1927 until 1930 he was an assistant in the Legal Faculty of Berlin University and at the Kaiser Wilhelm Institute Berlin for foreign and international private law. In 1931 he became Doctor of Law at Berlin³¹³. Classified by the Nazis as „politically unreliable” and prohibited from holding any university post, he continued training as a lawyer in Berlin until 1934 when he was compelled to cease. From 1935—37 he was in the Magdeburg Fire Insurance Company and made trips to London, Geneva and Paris. He spent the next six years as deputy committee member of the Magdeburger Rückversicherungs AG, and held various other positions in the insurance world. In October, 1945, he joined the staff of Göttingen University, firstly as a Lehrbeauftragte and in December, 1945, as Professor of Rechts- und Staatswissenschaft. In April, 1948, he was elected Rector of the University³¹⁴. Raiser is considered young for his position but is popular and respected by both staff and students. Outwardly stiff, he proves very sympathetic on closer acquaintance. He is straightforward to deal with and fearless in expressing an opinion. Is in full agreement with British aims for the future of German education.

311 Amtiert bis 5. 3. 1951.

312 Geb. 27. 10. 1904, gest. 13. 6. 1980 in Tübingen.

313 Habilitation 1933.

314 Bis 1950. 1952—55 Präsident der „Deutschen Forschungsgemeinschaft”, seit 1955 Ordinarius in Tübingen, 1968/69 Rektor. 1961—65 Vorsitzender des Deutschen Wissenschaftsrates. 1973 emeritiert.

78 Reubold, Otto

Trade Union Official: SPD

Born 1890 in Wilhelmshaven³¹⁵. Apprenticed to the shipbuilding trade in Wilhelmshaven, he eventually became a foreman. He has been a member of the SPD since 1914³¹⁶ and a trade unionist since 1908; in 1918 he became Geschäftsführer of the Deutsche Metallarbeiter-Verband and chairman of the Wilhelmshaven Allgemeine Gewerkschaftsbund. During the Third Reich he was arrested on seven occasions by the Gestapo and served various short sentences including seven months in Oranienburg. He was forced to leave Wilhelmshaven and in 1939 obtained employment at the Beckmannswerft at Cuxhaven³¹⁷, where he remained until the capitulation. He then set about reforming the SPD and trade unions in his area; at present he is chairman of the trade union and committee member of the local SPD³¹⁸. Held in great respect owing to his experience and excellent record, Reubold is one of the most able trade union leaders in the area. He is level-headed, co-operative, and trustworthy. His position in Cuxhaven is of some importance, since any strike there would imperil the supply of fish for the British Zone. By his personal intervention he has prevented at least one serious strike from materialising.

79 Riggert, Christoph Ernst

Editor

Ernst Riggert is, without doubt, one of the best exponents of democracy in Lower Saxony. Many factors have contributed to this: his democratic background, his wide knowledge and manifold connections with western countries, and his inherent tolerance. Born 1902 near Stade³¹⁹, he went to school in Lüneburg. Subsequently attended a teachers' training college and from 1924 to 1929 worked in various capacities, latterly as a teacher in Hamburg. During this period he joined the SPD³²⁰ and became interested in trade union activities. He was appointed to the schoolteachers' union and attended several international trade union congresses. In 1929 he embarked on a journalist's career and wrote for the „Hamburger Echo“ and „Volksblatt“. Between 1929 and 1933 he had articles published in

315 Geb. 17. 3. 1890, gest. 2. 11. 1960 in Cuxhaven an Spätfolgen erlittener KZ-Haft.

316 Richtig: 1910.

317 R. wechselte 1939 von Halle nach Cuxhaven; die Episode im Bezirk Halle, wo er bis 1933 als Gewerkschafter u. SPD-Politiker führend tätig war, ist hier ganz ausgelassen.

318 Geschäftsführer der Gewerkschaft ÖTV; 1945—1952 Ratsherr der Stadt Cuxhaven; 1945—1954 Mitglied des Verwaltungsrates des Seefischmarktes Cuxhaven; Gesellschafter der „Cuxhavener Presse“ von 1945 bis zu seinem Tode; 1946 bis zum Tode Aufsichtsratsvorsitzender der „Wohnstätten Cuxhaven e.G.m.b.H.“. Ferner Tätigkeit an der von ihm mitbegründeten Volkshochschule und 1955—59 ehrenamtlicher Prozeßvertreter in Entschädigungssachen für während der NS-Herrschaft politisch Verfolgte.

319 Geb. 1. 11. 1902 in Kutenholz bei Stade, gest. 12. 11. 1977 in Hamburg.

320 1927.

trade union newspapers of Holland, Denmark and Sweden³²¹. When the SPD was banned in 1933, he took an active part in attempts to establish an underground movement. In the autumn of the same year he evaded the Gestapo by going to Strasburg. In 1933 and 1934 he lived in Strasburg and Switzerland and earned his living by writing for Swiss newspapers. In 1935 he went to Denmark and until 1940 wrote for Swiss papers and several anti-Nazi organs. When the Germans invaded Denmark, he was arrested by the Gestapo and remained in custody until 1943, when he was drafted to Lüneburg to work in a factory. He was arrested again after the plot in 1944 and sent to Neuengamme. In March, 1945, he was released on condition that he joined the army. He promptly disappeared and sought refuge with friends in the country until the Allies arrived. After the capitulation he was employed as a librarian and interpreter in the forces' centre at Lüneburg. In August, 1945, he became political editor of the „Lüneburger Post“, which was at that time the local organ of British Military Government. He later became a licensee and the chief editor of the „Lüneburger Landeszeitung“ when it replaced the former paper³²². Riggert is an extremely hard worker and carried the whole burden of the newspaper himself. He tends at times to be somewhat dogmatic but is a cordial hater of party discipline and a strong critic of the doctrinaire elements of the SPD. He is genuinely anglophile.

80 Rönneburg, Heinrich

Politician: CDU

Born 1887 in Brunswick³²³. He began life as a teacher, until his career was interrupted by the First World War. In 1918 he joined the Educational Department of Brunswick State Ministry, and in the following year was appointed Minister for Food, Economics and Interior, Land Brunswick, retaining this post until 1920³²⁴. From 1924—28 he was Reichstag deputy of the DDP, and during the next four years a Landrat in Pommern. Dismissed by the Nazis in 1933, he spent the next three years conducting tours of American students and teachers through Europe, and at the end of 1936 founded the „Deutsch-Amerikanische Beratungs- und Vermittlungs-Gesellschaft“. From August, 1938, until the capitulation he worked in the „Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Reichshauptstadt“. From October, 1944, until March, 1945, he was in prison, allegedly for political reasons. In July, 1945, he was appointed Landrat in Wolfenbüttel, later becoming Oberkreisdirektor, but failed to secure re-election in the SPD-dominated Kreistag of August, 1947. One of the co-founders of the CDU as a zonal party, he is a member of the Zonal Committee and since his rejection as Oberkreisdirektor has been very active as local CDU Kreis Chairman. Appointed

321 1930—33 Chefredakteur von „Der Volkslehrer“.

322 Später publizistische Tätigkeit vor allem auf dem Gebiet der Wehrpolitik.

323 Geb. 8. 1. 1887, gest. 1. 9. 1949 in Wolfenbüttel.

324 1919—1920 Kultusminister, 1922—24 Minister für Inneres, Polizei und Wirtschaft des Landes Braunschweig.

Niedersachsen CDU member of the Bonn Parliamentary Council in August, 1948, *he has had to resign for health reasons being succeeded by Minister Hofmeister (q.v.) in December, 1948.* An efficient speaker with a wealth of experience and thought behind his utterances. Distrusted by a large section of the public in Wolfenbüttel because he hobnobs with local aristocratic families, he commands right-wing respect and wields considerable influence in local CDU circles³²⁵.

81 Rosenberg, Egon Gerrit
Politician: FDP

Born 1895³²⁶, in Emden from 1909 until 1915 when he was called up for military service. After a short period of employment with an import and export firm from 1919—20 he started his own corn business in 1921, of which he is still the owner. In 1919 he joined the DDP, in which he was closely associated with the late OBM of Emden, Georg Frickenstein³²⁷. He succeeded Frickenstein as Oberbürgermeister of Emden but failed to secure re-election in the subsequent Kreistag elections³²⁸. He enjoys a good reputation locally, both among political parties and administrative officials. During his period of office as Oberbürgermeister he showed a complete lack of political bias.

82 Rosenbruch, Franz
Trade Unionist

Born 1898. He has lived in Brunswick since 1904³²⁹. He became a turner, continuing in this occupation until 1934, when he entered the local firm of Büssing Nag as a revisor. A member of the Deutscher Metallarbeiter Verband from 1916 and of the SPD since 1920, he was arrested in April, 1933, and mishandled by the SS. During the Third Reich he was subjected to frequent house searches and threats. In 1945 he was appointed president of the local DGB Committee, and in 1947 elected vice-chairman of the Brunswick Handelskammer³³⁰. Honest and outspoken, Rosenbruch gives the impression of being a strong character. He is democratic and appears to be an efficient administrator. Is pro-British, but our virtual abandonment of socialisation has severely shaken his faith in British policy.

325 In A folgt: *A time-serving sycophant.*

326 Geb. 5. 9. 1895 in Emden, gest. 27. 12. 1976.

327 OBM 1945—46, gest. 5. 10. 1946.

328 Jedoch erneut OBM von Emden 1952—56. Ferner: Vorsitzender der Bezirksgruppe Ostfriesland der FDP seit 1946, Vorstandsmitglied der Industrie- und Handelskammer Ostfriesland, MdL 1947—1955.

329 Nach anderen Quellen geb. in Braunschweig, vgl. *Wer ist wer?*, 12. Ausgabe 1955 u. Hartmann, wie Anm. 41, S. 529: geb. 28. 6. 1898, gest. 20. 2. 1958 in Braunschweig.

330 1946 Mitglied des Braunschweigischen Landtags, später Ratsherr in Braunschweig und Dezember 1949—Dezember 1950 stellv. OBM.

83 Schlebusch, Hubert Verwaltungspräsident Brunswick

Born 1893 in München-Gladbach³³¹. Educated at Volksschule and teachers' seminary, he passed his first teachers' examination in 1913 and obtained a teaching diploma in 1925. Became a teacher in München-Gladbach. His political career began in 1919 when joined the SPD, and in the following year he was elected Stadtverordneter in München-Gladbach and Fraktionsvorsitzender for the SPD on the town council. Subsequently he became SPD Reichstag member for Düsseldorf-West. Dismissed from office and arrested in 1933, he was ordered to leave the district and transferred to Brunswick. In 1935 he was interned in Dachau, and during the remainder of the Nazi régime was subjected to repeated arrest and interrogation. At the outset of his career as VB Präsident he commanded general respect³³², which has since diminished as a result of corruption in the city's administrative circles. A weak character, Schlebusch is now a spent force. All his activities are conducted with a view to furthering his own and his friends' interests. Despite friendship with influential party leaders, he is not expected to have much influence in future political developments.

84 Schmalz, Fritz Trade Unionist: SPD

Born 1897³³³. A merchant by profession, he is trade union leader in Göttingen³³⁴. Educated at Volksschule and Kaufmann Berufsschule³³⁵, he attended trade union courses at an early age and entered active politics in 1917. He was a member of the USPD and from 1920—23 Bezirksleiter in the Zentralverband der Angestellten. From 1923—25 he edited the SPD party paper, and was co-founder of ISK. Schmalz is now a member of the left wing of the SPD. After the capitulation he served on the Advisory Board for Trade Unions in the British Zone. Normally of a quiet and serious disposition, Schmalz is capable of becoming aggressive where he feels workers' rights are threatened. In September, 1945, he brought a suit against the chief of the Göttingen police for alleged embezzlement, and was subsequently arrested by way of reprisal. The dispute, in which the Oberbürgermeister was also involved, finally reached a settlement. In 1947 Schmalz attended Wilton Park³³⁶.

331 Geb. 28. 6. 1893 in Mönchengladbach, gest. 20. 10. 1955 in Mehlem bei Bonn.

332 Mai 1945—Mai 1946 Ministerpräsident des Landes Braunschweig. Verwaltungspräsident bis zu seinem Tode.

333 Geb. 14. 1. 1897 in Varel, gest. 4. 5. 1964. 1908 Umzug nach Göttingen, wo der Vater ein Geschäft eröffnete.

334 Bleibt DGB-Vorsitzender in Göttingen bis zu seiner Pensionierung.

335 Gemeint ist wohl: kaufmänn. Berufsschule.

336 Das ehemalige Kriegsgefangenenlager Wilton Park bei Beaconsfield, Buckinghamshire, wurde seit November 1945 als Schulungszentrum für die Umerziehung deutscher Kriegsgefangener genutzt und verstand sich als eine Art „Kriegsgefangenenuniversität“. Ab Januar 1947 nahmen mit den Kriegsgefangenen auch Zivilisten aus Deutschland an den Kursen teil.

85 Schumacher, Kurt, Dr.
Chairman of the SPD

The SPD leader, Dr. Kurt Schumacher, is the outstanding political figure in Germany today. His activities have been and still are curtailed as a result of illness, but his drive and influence remain undiminished. He was born on 13th October, 1895, in Kulm (West Prussia)³³⁷ and studied law at Munich, taking the degree of Dr. rer. pol., later obtaining a post as an assistant in the Economic Department of the Reich Labour Ministry. From 1914—1918 he served in the German armed forces and was severely wounded, losing an arm. On 1st December, 1920, he became political editor of the SPD newspaper „Schwäbische Tagwacht“ in Stuttgart. This was the real beginning of his political career and from 1924—31 he was a member of the Württemberg Diet, from 1930—33 a member of the Reichstag and deputy chairman of the Württemberg branch of the Association of War Wounded. Schumacher achieved fame as an anti-Nazi, when, at a Reichstag session, he denounced the Nazi doctrines as „an appeal to the inner beast in man“. He was dismissed from the Reichstag when the Nazis came to power, and, for his continued opposition to National Socialism between 1933 and 1945, he spent some ten of these years in various concentration camps. He became chairman of the executive of the SPD in the Western Zones in May, 1945³³⁸, and member of the Zonal Advisory Council in March, 1946. In November, 1946, he headed an SPD delegation which visited London at the invitation of the Labour party; he spent five weeks in America in late 1947, and subsequently visited Norway and Sweden. While attending the Socialist International in London in May, 1948, he was stricken with thrombosis. Since that time he has had two operations and at the second, on 25th September, his left leg was amputated. Schumacher is outspoken in criticism of the Occupying Powers and is a bitter opponent of the KPD. Criticism within the party has taken the form of allegations that he is dictatorial and intolerant, and it had been alleged that, prior to his illness, he was becoming increasingly inaccessible to his subordinates. Nevertheless, Schumacher was unanimously re-elected chairman of the SPD at the Party Convention held in Düsseldorf in August this year³³⁹.

86 Seebohm, Hans-Christoph Hermann
Politician: DP/NLP

Born 1903 at Emanuelssegen, Oberschlesien³⁴⁰. Educated from 1915—21 at the König Georg Gymnasium at Dresden, and from 1922 at the universities of Frei-

337 Gest. 20. 8. 1952 in Bonn.

338 Gemeint ist wohl das „Büro Dr. Schumacher“ in Hannover, das als inoffizielle Parteizentrale fungierte; Sch. wurde erst im Oktober 1945 zum Bevollmächtigten der SPD für die Westzonen bestellt und im Mai 1946 zum Vorsitzenden der Partei gewählt.

339 Sch. war führendes Mitglied des Parlamentar. Rates und ab September 1949 Oppositionsführer im Bundestag.

340 Geb. 4. 8. 1903, gest. 17. 9. 1967.

burg and Munich, he also studied at technical high schools in Munich and Berlin-Charlottenburg, obtaining a diploma as mining engineer in 1928, and his doctorate in 1933. From 1928 to 1931 he trained as Bergreferendar in Halle. In 1931 he was appointed Bergassessor in the Prussian Handelsministerium in Berlin. His pre-War political activity was confined to membership of Pan-Europäische Union, to which he belonged from 1923 until 1933. He claims to have been under Gestapo observation during the war because of his friendly connections with Jews, and with Britain and Holland. He is president of the Brunswick Chamber of Commerce, member of various Employers' Associations, and has numerous business interests in the district. In 1946 he became a member of the Zonal Committee of the Deutsche Partei and chairman of the Brunswick branch³⁴¹. He was Minister for Labour, Reconstruction and Health in Niedersachsen from 1946 until June, 1948, when his party withdrew from the Government, and is DP representative on the Parliamentary Council in Bonn³⁴². Vain and ambitious, he prides himself on his family connections in Britain (the Rowntrees)³⁴³. Extremely critical of British Labour policy both in England and Germany, he was reprimanded by the Regional Commissioner in October, 1947, for unfair criticism of Military Government.

87 Meyer-Sevenich, Maria
Politician: CDU

Born April, 1907³⁴⁴. After studying philosophy and jurisprudence, she joined the Communist Youth in 1923 but left it in 1925 to join a radical socialist students' league in Cologne. Subsequently, whilst a student in Frankfurt, she helped to found the Sozialistische Arbeiterpartei. In 1928 she joined the SPD but became dissatisfied with her lack of progress and went over to the KPD in 1930. At that time her defection was given considerable publicity in the Communist press in Frankfurt. Six month later she transferred her loyalties to the Communist Party of Austria. She remained a member of that party for only four months and then returned to the fold of the Sozialistische Arbeiterpartei. In 1933 she went into exile in Switzerland, where she claims to have conducted illegal activity against the NSDAP. In 1935 she became a convert to the Roman Catholic Church. She was arrested by the Gestapo in France in 1942 and spent the remaining war years in prison in Germany. After the capitulation she soon became prominent in CDU circles in the American Zone. Her gifts as an orator soon won her notoriety there and the US authorities lodged a complaint with the CDU about the increasingly nationalist tone of her speeches. The party accordingly requested her to refrain from public activity for the time being and she transferred her attentions to the

341 Bis 1955 2. Vorsitzender der DP, 1960 Übertritt zur CDU.

342 Seit 1949 Mitglied des Bundestags und Bundesverkehrsminister (bis 1966).

343 Beispiel: Benjamin Seeböhm Rowntree, geb. 1871, leitete 1925—1941 die Firma Rowntree & Co. Ltd., in der Kakao und Schokolade produziert wird.

344 Geb. 27. 4. 1907 in Köln, gest. 3. 3. 1970 in Hannover.

British Zone. In Lower Saxony she played an active role in the formation of the Junge Union. In October, 1946, she started a hunger strike as a protest against the food situation in Germany. It lasted thirty days and excited considerable comment, which was predominantly hostile. In 1947 she entered the Landtag, but left the CDU Fraktion in 1948 after declaring that that party's policy had abandoned Christian principles. She remains in the Landtag as an independent. In the summer of 1947 she married Dr. Werner Meyer, at that time Land chairman of the Junge Union. The future political vicissitudes of this unstable and histrionic character are unpredictable³⁴⁵.

88 Siemann, Johannes
Politician: FDP

Born 1893 in Plön (Holstein)³⁴⁶. Educated at Plön Gymnasium and the universities of Munich and Kiel, where he studied law. From 1922 he practised as a lawyer before the Hannoversche Amts- und Landgericht and became a Notar in 1931. From May to September, 1945, he was a member of the Military Government legal advisory board in Hannover³⁴⁷. Siemann was one of the three founder members of the FDP in Hannover and is a member of the party's zonal executive. FDP leader in the first nominated Landtag, he failed to retain his seat in the elections of April, 1947. He is chairman of the Deutsche Friedensgesellschaft in Hannover, licensee of the „Freie Demokrat“, and of the „Abendpost“. Siemann has always belonged to the more democratic and progressive wing of the FDP in Niedersachsen, but he is basically a weak man and a compromiser.

89 Siemer, Hermann, Dr.
Politician: CDU

Born 1902 in Damme (Oldenburg)³⁴⁸. After completing his studies, he went into commerce. In 1936 he bought the present Siemer Textile Factory and in 1938 he inherited his estate from an uncle. In 1935 he was declared politically unreliable by the Gestapo and remained under surveillance until 1939. He was implicated in the July plot in 1944 and was arrested in consequence. He was subsequently released owing to absence of evidence. For the remainder of the war he was in hiding. After the armistice he was made Landrat of Vechta³⁴⁹. He belongs to the

345 Seit Oktober 1949 SPD, MdL 1947—1970. 1965—67 Minister für Bundesangelegenheiten, Vertriebene und Flüchtlinge, Februar 1970 Austritt aus der SPD und Rückkehr zur CDU.

346 Geb. 6. 8. 1893, gest. 11. 5. 1960 in Hannover.

347 Bereits 1945 in den Vorstand der Rechtsanwaltskammer für den Oberlandesgerichtsbezirk Celle berufen, wurde er später deren Vizepräsident und langjähriger Schriftführer der Bundesrechtsanwaltskammer.

348 Geb. 19. 1. 1902 in Bergfeine bei Damme, lebt 1982 auf Hof Strohe bei Langförden, Stadt Vechta.

349 Landrat 24. 4. 1945—31. 3. 1946.

right wing of the CDU and was elected to the Landtag in 1947³⁵⁰. For a time he was under the influence of Maria Sevenich. He is respected and admired by the local population. A possible CDU Minister of Agriculture. Reactionary and ambitious.

90 Skiba, Richard
Civil Servant

Born 1900 in Münster, Westphalia³⁵¹. Educated at the Domschule and Humanistische Gymnasium in Münster, and at the universities of Münster and Bonn, where he studied law. Entering government service, he was employed as an administrative official in the districts of Münster, Cosel and Arnsberg. From 1930—32 he was Regierungsassessor at Oppeln, and was later appointed Regierungsrat serving in RB Osnabrück (1934—37), Köslin (1937) and Stade (1937—45). Skiba claims that his attitude to the NSDAP led to his disciplinary transfer to Köslin and Stade where he was allotted to inferior jobs. He was a member of the SS from 1933 until July, 1937, but states that he withdrew on religious grounds. He is now head of the Staatskanzlei in Hannover, under Ministerpräsident Kopf³⁵². A pre-1933 supporter of the Zentrum, he now professes no party membership, but has leanings towards the CDU. An untrustworthy man.

91 Söhlmann, Fritz
Politician: CDU

Born 1905 in Hannover³⁵³. Educated at Berlin University. From 1928 until 1932 he acted as Youth Secretary of the Freie Jugend (YMCA) in Berlin. From 1933 he edited the „Junge Kirche“, the journal of the Confessional Church, Niemöller's sect³⁵⁴; after frequent difficulties with the Nazi authorities, it was forbidden publication in 1941. Söhlmann was then called up into the Army and, on his own account, was sent unarmed into the fighting line, because of his pacifist principles, and severely wounded. After the occupation, having hesitated whether to join the SPD or the CDU, he became for a time chairman of the CDU for Land Oldenburg; he resigned this post after a feud with Siemer (q. v.). Is CDU member of the Landtag³⁵⁵. A keen organiser but a poor public speaker. Stands on the ex-

350 Bis 1951 MdL; 1946/47 bereits im Oldenburger Landtag. Mitglied des Bundestages 1953—1972. Langjähriger Inhaber einer nach ihm benannten, noch produzierenden Fruchtsaftfirma in Sprenda bei Vechta.

351 Gest. 22. 12. 1969.

352 1945 Leiter der Provinzialkanzlei, 1946 der Staatskanzlei bis zur Pensionierung 1959. Danach Geschäftsführer der Niedersachsen GmbH und des Industrievereins Hannover.

353 Geb. 14. 4. 1905, gest. 30. 9. 1977 in Hannover.

354 Gemeint ist die Bekennende Kirche; zu Niemöller s. Anm. 265.

355 MdL der I. Wahlperiode (1947—1951), davor bereits Mitglied des Oldenburger Landtags. Seit Januar 1949 wieder Herausgeber von „Junge Kirche“, seit März 1950 Leiter des Landesjugendamtes Hannover.

treme left of the CDU. An entirely honest man, there is a touch of the fanatic about him.

92 Spengemann, Walter Friedrich Wilhelm
Editor

Born 1904 in Hannover³⁵⁶. Educated at the universities of Hamburg (1925) and Göttingen (1926—27). Entered journalism and worked from 1928—33 as a reporter on various SPD newspapers. When the party was suppressed in 1933 Spengemann was thrown out of work, but remained politically active as a member of the illegal „Sozialistische Front“. Arrested in August, 1936, on a charge of high treason he was interned at Hameln, and in September of the following year sentenced by a Volksgericht to ten years' imprisonment. Released on the arrival of the allies, he was entrusted in May, 1945, with the editorship of the first postwar Hannover newspaper, the „Neuer Hannoverscher Kurier“. In July, 1946, it was renamed „Hannoversche Presse“ and licensed as a party organ of the SPD. Spengemann remained chief editor but increasing differences of opinion with Heine of the SPD Vorstand over political control of the paper led finally to his resignation in May, 1947. During the next twelve months he held an appointment at the Nordwestdeutsche Rundfunk. Later in the same year he approached PRISC³⁵⁷ with a request for a license to publish an independent paper, and in May, 1948, the „Norddeutsche Zeitung“ appeared. Spengemann is also editor of a political weekly, „Kommentar“, which he founded concurrently with the „Norddeutsche Zeitung“. Although a member of the SPD he does not toe the party line³⁵⁸. One of the ablest journalists in Niedersachsen, he has an unfortunate ingratiating manner.

93 Staff, Curt
Legal Official

Born 1901 at Grevenbroich, Rheinland³⁵⁹. He studied law in Göttingen. In 1927 he obtained his doctorate, and in the same year he was appointed Regierungsassessor in the Polizeipräsidium, Brunswick, as chief of the Landeskriminalpolizei. In 1930 he became prosecuting attorney at the Landgericht in Brunswick, but was removed from office three years later and arrested by the Gestapo. After internment in Dachau (1935—36), he became private secretary to Pferdenges³⁶⁰. In 1945 Staff was appointed Generalstaatsanwalt at the Oberlandesgericht Brunswick, and nominated Landrat for Gandersheim. In 1946 he was appointed chair-

356 Geb. 21. 7. 1904, gest. 23. 3. 1969.

357 Public Relations/Information Services Control.

358 1956—1968 SPD-Ratsherr in Hannover, besonders kulturpolitisch aktiv.

359 Geb. 4. 10. 1901, gest. 22. 8. 1976 in Kelkheim/Taunus.

360 Vorlage: Pferdenges. Wohl Robert Pferdenges (1880—1962), Bankier in Köln, Mitbegründer der CDU im Rheinland u. Vertrauter Adenauers.

man of the Zonal Advisory Council in Hamburg but left the city because of unsatisfactory living conditions and returned to Brunswick. On 1st January, 1948, he was appointed president of the Strafsenatkammer in Köln³⁶¹. A member of the SPD (from 1920) he became chairman of the Republikanisches Studentenkartell which he was instrumental in founding in the German universities. He is generally esteemed for his legal ability and his hostility towards national socialism. A strong domineering character of the Prussian type, he has a great capacity for work. Ambitious and conceited, but a force for good.

94 Stegner, Artur Erich Kuno, Dr.

Politician: FDP

Born 1907 in Kattowitz³⁶². Studied science until 1932, when he set up as a chemist on his own account. Five years later he spent a year in Düsseldorf studying commercial science. In 1938 he became owner of a firm producing chemical preparations. During the war he served in the infantry as an NCO³⁶³ from 1941 to 1943. After the capitulation he entered political life as a member of the FDP Zonal and Land Committee³⁶⁴. He stood for the Landtag, but was unsuccessful. At the FDP Parteitag in June, 1948, he was elected chairman for Niedersachsen³⁶⁵. Genial and reactionary.

95 Storch, Anton

Politician: CDU

Born 1892 in Fulda³⁶⁶. A cabinet maker by trade. Active from an early age in the Christian trade union movement, he was appointed in 1921 Bezirksleiter des Zentralverbandes der christlichen Holzarbeiter, and from 1921—1933 held the rank of Gauleiter in the same union. During the same period he was also an active member of the Zentrum. In 1933 he became an insurance agent, working for various companies until directed in 1939 into the fire service. In 1945 he was instrumental in the re-organisation of the trade union movement in Hannover and became head of of the social-political department of the DGB in the British Zone. He was also a co-founder of the CDU, and is a member of both the Niedersachsen and Zonal Party Vorstand. He has been a member of the Bizonal Economic Council since its formation and in August, 1948, was elected Direktor of the „Verwaltung für Arbeit“³⁶⁷. Storch is regarded in Hannover as being an „Ade-

361 1950 Honorarprof. Köln, ab 1951 dann Präsident des Oberlandesgerichts und Honorarprof. in Frankfurt/M.

362 Geb. 10. 6. 1907, lebt 1982 in Piding/Oberbayern.

363 Non-commissioned officer = Unteroffizier.

364 Zunächst Wiederaufbau einer chemischen Fabrik in Holzminden, dort 1946 Stadtrat und Kreistagsabgeordneter.

365 1949 und 1953 in den Bundestag gewählt, 1953 als Landesvorsitzender und Mitglied im Gesamtvorstand der FDP. Seit Januar 1954 fraktionslos.

366 Geb. 1. 4. 1892, gest. 26. 11. 1975 in Fulda.

367 Für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, Sitz Frankfurt/M.

nauer man'', although in view of his strong trade union background one might have expected to have found him, like so many other CDU Trade Unionists, on the left of his party³⁶⁸.

96 Strickrodt, Georg Karl Kurt, Dr.
Cabinet Minister: CDU

Born 1902 in Kassel³⁶⁹. A lawyer by profession, he was employed in the Prussian civil service from 1926 at Kassel, Cologne, and other cities. Joining the Demokratische Partei in 1920, he was an active member of youth and student groups. He served successively on Party Committees for Leipzig, Sensburg [Ostpreußen] and Schwelm [Westfalen] from 1925 until its final dissolution in 1933. During the same period he was an active member of the Reichsbanner. He claims to have been dismissed from the civil service in August, 1936, as „politically unreliable''. In February, 1937, he became legal adviser in the Wirtschaftsgruppe Eisen, Blech und Metallindustrie, and subsequently in the Hermann Göring Werke (now Reichswerke) in Watenstedt-Salzgitter, a position which he held from August, 1937, until May, 1945. After the capitulation he was appointed director of the Reichswerke and later trustee. In 1946 he became a member of the CDU Zonal Committee and was appointed party chairman for Land Brunswick. In May, 1946, he was appointed Minister of Economics for Land Brunswick, and in November of the same year became Finance Minister in the new Diet for Lower Saxony, a position which he still retains³⁷⁰. His political orientation during the Nazi régime is obscure. He has been denounced as a pro-Nazi and his employment as a Prokurist at the Reichswerke at a time when the concern was staffed by Nazis is significant. Since the war his interest in the Reichswerke has tended to overshadow his political ambitions. As a personality he makes a pleasant impression, but is criticised by locally prominent CDU members for indifferent leadership of the party. He is a staunch Protestant and politically a progressive Right-winger.

97 Weber, Wilhelm
OBM Hannover: SPD

Born 1879 in Hamburg³⁷¹. Spent four years 1893—97 as a bakers' apprentice. Settling in Hannover in 1903 he became chairman of the Zahlstelle of the Baker's Union. In 1906 he became a paid official of the Union, holding this post until dismissed in 1933. From 1933—40 he was a business representative in the bakery trade and from 1940—45 worked in a tax office. Weber has been a member of the

368 1949—1957 Bundesminister für Arbeit; Mitglied des Bundestages 1949—1965.

369 Geb. 5. 3. 1902, lebt 1982 in Salzgitter.

370 Bis August 1950.

371 Geb. 6. 1. 1879, gest. 12. 7. 1961 in Hannover.

SPD since 1903. He was arrested by the Gestapo in 1936 and sentenced to one year's imprisonment. In 1944 he spent five weeks in Neuengamme. He is at present Oberbürgermeister of Hannover³⁷².

98 Wegmann, August
Civil Servant

Born 1888 at Dinklage, Kreis Vechta³⁷³. After passing his Abitur, he studied law at Freiburg, Berlin, Munich and Münster. In 1914 he joined the Army and served with distinction in a cavalry regiment. In 1920 he was called to the bar and in 1921 entered the legal administration in Oldenburg. In 1923 he was promoted to Ministerialrat. The following year he was elected to the Reichstag as a Zentrum delegate and retained his seat until 1933. During this period he was almost continually resident in Berlin. When the NSDAP came to power, he returned to Oldenburg to practise privately as a solicitor. On the outbreak of war he was permitted to take over the practices of several lawyers who had been called up to the armed forces. In July, 1944, he was arrested in connection with the conspiracy but was released because he was ill with diphtheria and was not re-arrested. Wegmann is almost universally admired in the Oldenburg area. He has a strong personality and is a most competent official. He leans towards the CDU but has by no means broken with his old Zentrum connexions. He is at present Verwaltungsbezirkspräsident of Oldenburg³⁷⁴.

99 Wiesener, Rudolf
Politician: KPD

Born 1899 at Brunswick³⁷⁵. A printer by profession, he worked for various firms in Brunswick from 1913 until 1933. During the same period he played an active role in Left Wing politics, firstly as a member of workers' youth movements and subsequently in the KPD in Brunswick, of which he was a co-founder. He occupied various positions in this organisation until 1928 when he joined the Kommunistische Partei Opposition and the Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). In the latter, he held the office of Bezirk chairman until 1933. During the twelve years of the Nazi régime he lived abroad as a political emigrant, in Czechoslovakia, Norway and Sweden. In 1945 he returned to Brunswick and was appointed Minister of Labour in the local Landtag. From November, 1946, until April, 1947, he was KPD deputy for Brunswick in the Lower Saxon Diet. While not necessarily

372 Nach dem Krieg Sekretär der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten. Januar 1946 Ratsherr in Hannover. OBM 1946—1956.

373 Geb. 21. 10. 1888, gest. 6. 6. 1976 in Oldenburg.

374 1946 Innenminister von Oldenburg. 1947—1953 VB-Präsident. 1955—57 niedersächs. Innenminister, 1957—59 Finanzminister. 1955—1970 CDU-MdL. Aufsichtsratsvorsitzender der Oldenburg. Landesbank AG.

375 Geb. 1. 8. 1899, gest. 14. 8. 1972 in Bad Harzburg.

hostile to Russia, he opposes undue subservience of the KPD to Stalin's foreign policy³⁷⁶.

100 Wilke, Friedrich
 Politician: DP

Born 1906 in Hannover³⁷⁷. After leaving school, he entered his father's business of a brush factory as salesman, later rising to the position of general manager. Before 1933 he was a member of the DHP, and belonged to the party's youth organisation in Hannover which was subsequently taken over by the SA. In 1930 was blacklisted by the NSDAP and classified as an anti-Nazi. During the Second World War he served in the Luftwaffe with the rank of Unteroffizier. Released in 1945, he returned to the family business as joint owner and general manager. In the following year he became a member of the NLP and is chairman of Bezirk Stadt Hannover. Member of the Lower Saxon Diet³⁷⁸. Has made several speeches offensive to Military Government. A man of radical temperament who by the accident of his political upbringing is a member of a conservative party.

376 1949 Ausschluß aus der KPD, seit 1953 Arbeitsdirektor Harz-Lahn Erzbergbau in Bad Harzburg.

377 Geb. 15. 9. 1906, lebt 1982 in Hannover.

378 Mitglied des Hannoverschen Landtags und des ernannten Niedersächs. Landtags seit 1946, 21. 3. 1951—30. 4. 1951 Fraktionsvorsitzender von DP/CDU, 30. 5. 1951—5. 5. 1955 Vizepräsident des Landtags.

Goslars Bemühungen um den Reichsehrenhain

Von
Friedrich Deininger
Mit 4 Abbildungen

I. Das Reichsehrenmal: Aufruf zu seiner Stiftung und erste Gestaltungsvorschläge (1924—1926)¹

Anläßlich der Gedenkfeier am 3. August 1924 zur zehnjährigen Wiederkehr des Kriegsausbruchs von 1914 erließen Reichspräsident Friedrich Ebert und die Regierung des Reichskanzlers Dr. Marx einen Aufruf an das deutsche Volk:

„In tiefem Ernst gedenkt Deutschland heute des großen Krieges und seiner unendlichen Opfer . . . Die im gewaltigen Ringen unseres Volkes Gebliebenen sind nicht vergessen. Überall in den deutschen Landen hat der pietätvolle Sinn der Bevölkerung zahlreiche Ehrenstätten und Ehrenzeichen der Gefallenen errichtet, die ihr durch die Gemeinschaft der Heimat, durch Beruf und Kameradschaft besonders nahe standen. Noch aber fehlt das Ehrenmal, welches das ganze deutsche Volk gemeinsam allen Gebliebenen schuldet. Deshalb rufen wir am heutigen Tag unsere Volksgenossen zur

Sammlung für ein Denkmal

auf, das in schlichter und würdiger Form aus freiwilligen Beiträgen geschaffen werden soll. Dieses Lebenszeichen der Treue soll zugleich die Lebenskraft und den Freiheitswillen des deutschen Volkes verkörpern.

Berlin, 3. August 1924

gez. Ebert

gez. Marx²

Beim Reichsrat wurde 1925 ein besonderer Ausschuß für das Ehrenmal geschaffen. Er stand unter der Federführung des Reichsministers des Inneren, sein künstlerischer Berater war der Reichskunstwart Dr. Redslob. Die Aufgabe des Ausschusses war die Sichtung und Bewertung der eingereichten Vorschläge und Bewerbungen. Er sollte zu gegebener Zeit dem Reichskabinett Vorschläge machen; beim Kabinett sollte dann die endgültige Entscheidung liegen.

¹ Eine zusammenfassende und wertende Darstellung fehlt bisher. In Zusammenhang mit der Flaggenfrage: Wolfgang Ribbe, Flaggenstreit und Heiliger Hain, Bemerkungen zur nationalen Symbolik in der Weimarer Republik, in: Festschrift für Hans Herzfeld, Berlin 1972, S. 175—188.

² Goslarsche Zeitung (GZ) 4. 8. 1924.

Ribbe³ sieht in dem Aufruf zur Stiftung des Ehrenmals *einen erfolgversprechenden, historiographisch bisher kaum beachteten Versuch . . . , die divergierenden politischen Kräfte an ein nationales Symbol zu binden*. Die Folgen des Aufrufs widersprechen aber dieser These, denn sowohl die Wahl des Ortes für ein Reichsehrenmal wie die Frage seiner Gestaltung waren für die junge deutsche Republik eher ein weiterer Streitpunkt als eine Chance zur Integration, der sie in der Tat dringend bedurfte.

Schon die Frage der Gestalt eines Reichsehrenmals brachte die deutschen Künstler in große Verlegenheit. Örtliche Gedenkmale für die Gefallenen waren überall in höchst verschiedenen Formen entstanden, oft nur als Namenstafeln oder schlichte Gedenksteine in den Gemeinden, in Schulen und Kirchen, in den Garnisonen der Reichswehr, in den Versammlungsstätten der Verbände und Vereine⁴. Aber in welcher Form konnte man sich ein Denkmal für ganz Deutschland vorstellen, für alle Waffengattungen und alle Herkunftsgebiete der „Geblienen“, wie der Aufruf formulierte, damit wohl auch die Ziviltoten einbeziehend, wenngleich ihre Zahl im Ersten Weltkrieg vergleichsweise gering war?

Dabei gilt es zu bedenken, daß das Gefallenen-Denkmal, historisch gesehen, eine relativ neue Form des Denkmals war. Natürlich kann man auf Chäronea verweisen, wo die Thebaner für ihre in der Schlacht gegen Philipp von Makedonien 338 v. Chr. gefallenen Bürger ein Denkmal in der Gestalt eines sitzenden Löwen über dem Massengrab von 260 Toten errichteten⁵. Aber im Mittelalter und zunächst auch in der Neuzeit gab es keine Gefallenenmale, etwa für die Kriegstoten des Dreißigjährigen Krieges im 17. Jahrhundert oder für die des Siebenjährigen im 18. Jahrhundert. Allenfalls gab es Hinweise auf Schlachtorte oder Epitaphie für Heerführer oder Fürsten, die bei den Schlachten ums Leben kamen. Erst mit der „Demokratisierung des Krieges“, d. h. mit dem Auftreten revolutionärer oder nationalbewußter Patrioten als Freiwillige oder Wehrpflichtige in den europäischen Heeren, entstand der Gedanke, ihnen ein Denkmal zu setzen, also nach 1789 bzw. mit dem Kampf der französischen „levée en masse“, des revolutionären Volksheeres gegen die aus Söldnern gebildeten Fürstenheere Preußens und Österreichs und ihrer Verbündeten im Sommer 1792⁶. Bei diesen Gedenkmalen setzte sich eigentlich die Nation selbst ein Denkmal, oder genauer: ihrem Willen zur Verteidigung oder zur Erringung der Freiheit. Nipperdey⁷ spricht in diesem

3 Ribbe, wie Anm. 1, S. 181. R. datiert den Aufruf versehentlich auf den 10. 8.; es war der 3. 8., wie auch aus dem Zusammenhang bei R. hervorgeht.

4 Eine gute Übersicht über die Vielfalt dieser Male gibt der Band „Deutscher Ehrenhain für die Helden von 1914—1918“, Leipzig 1931, herausgegeben vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

5 Dieses Denkmal wurde erst 1880 wieder ausgegraben, s. Ernst Holler in „Kriegsgräberfürsorge“, Febr. 1955.

6 Goethe nahm im Sept. 1792 an der Kanonade von Valmy teil, die ihn zum bekannten Wort vom „neuen Zeitalter“ veranlaßte.

7 Thomas Nipperdey, Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: HZ 206, 1968, S. 529 ff.

Zusammenhang vom *Nationaldenkmal der demokratisch konstituierten Nation* und führt seinen Ursprung auf die Freiheitskriege 1813/14 zurück. Ernst Moritz Arndt hatte schon 1814 den Plan, in Leipzig ein Denkmal zu errichten, das *nicht dem Gedenken an die Fürsten und Feldherrn, sondern dem Gedenken an die Gefallenen und das Volk geweiht (sei): das Volk ist Täter der denkwürdigen Tat, Stifter des Denkmals und Adressat seiner Kult- und Erziehungs-idee*⁸.

Wie bekannt, wurde dieser Plan im 19. Jahrhundert nicht ausgeführt; erst 1913 wurde das „Völkerschlachtdenkmal“ bei Leipzig eingeweiht. Doch konnte man gedanklich an Arndt und andere anknüpfen. Ausgeführt wurde zunächst 1821 das Denkmal auf dem Tempelhofer Berg in Berlin, dem späteren Kreuzberg. Die Idee eines Denkmals für die Gefallenen des vergangenen Krieges ging von Rauch und der Berliner Bürgerschaft aus. In der Praxis der Ausführung wurde dann allerdings im Zeitalter der Restauration aus dem *Befreiungs- und Volksdenkmal* ein monarchisch geprägtes, in dem allein die Form der gotischen Spitzsäule die Nation symbolisierte, da Schinkel *damals mit seiner Generation die Gotik für den spezifisch deutschen Baustil hielt*⁹.

Insgesamt war das 19. Jahrhundert ein Jahrhundert der Denkmale und der Denkmalsbauer. Nipperdey spricht von einer *Inflation der Individualdenkmäler* ...; *1800 gab es 18, 1883 etwa 800 öffentliche Standbilder in Deutschland*. Er unterscheidet unter den Nationaldenkmälern fünf verschiedene Gruppen¹⁰ und nennt als Beispiele die Fülle der Denkmäler für Wilhelm I. (Berlin, Deutsches Eck, Porta Westfalica, das Kyffhäuser-Denkmal), die Walhalla bei Regensburg, die Kehlheimer Befreiungshalle, das Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald und schließlich das Völkerschlachtdenkmal. Aber mit der Fülle dieser Beispiele ist weniger eine günstige Situation für 1924 beschrieben als vielmehr die Verlegenheit, in die dieser Aufruf Eberts die deutschen Künstler brachte. Konnte man an diese Tradition anknüpfen? Wie sollte das Denkmal aussehen, und wo konnte es stehen? Nipperdey zählt am Schluß seiner Ausführungen einige gemeinsame Merkmale der Nationaldenkmäler auf: Sie entstanden unter dem Eindruck der Französischen Revolution und der Freiheitskriege und hatten einen *spezifisch national-pädagogischen Sinn*, sie hatten häufig kultisch-mystisch-religiöse Züge — man könnte von einer religiösen „Überhöhung“ sprechen —, fast durchgängig war eine *Vorliebe für das stadtferne Denkmal, das Bergheiligtum* zu erkennen. (Diese Vorliebe führte dann nach 1924 zum Vorschlag des „Ehrenhaines“.) Als negative Kennzeichen stellt Nipperdey fest, daß sie oft *mehr Idee und Anspruch als anerkannte Wirklichkeit* verkörpern, daß eine *immer noch ansteigende Stilunsicherheit* sich im *Stilpluralismus* offenbarte, eine Unsicherheit, die sich

8 Ebd., S. 560. Dazu ausführlich Reinhart Kosellek, Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden, in: Poetik und Hermeneutik, Bd. 8, Böhlau Verl. 1979.

9 Ebd., S. 541 u. S. 559.

10 Das monarchische, die Denkmalskirche, das der Bildungs- und Kulturnation, das der demokratisch konstituierten Nation und das der deutschen Sammlung.

auch in der Indifferenz des Inhalts äußerte: *Kein Ereignis und keine Person, keine Allegorie und keine Sammlung der großen Deutschen (hatte) eindeutig den Rang eines nationalen Symbols errungen*¹¹. So kam häufig ein Konglomerat an Symbolen zustande; man denke an das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig mit der *verquollenen Weiheschrift*¹², in der A. Spitzner die politischen Ideen dieses Denkmals zusammenzufassen versucht. Man kann auch von einer „Überstrukturierung“ sprechen.

Gerade das Völkerschlachtdenkmal hatte im Zusammenhang mit dem Reichsehrenmal eine gewisse Bedeutung. Eberts Aufruf zur Schaffung eines nationalen Erinnerungsmales gab den deutschen Künstlern die erste Gelegenheit nach der Einweihung des Leipziger Denkmals im Jahre 1913, nun zu zeigen, welche Form des Denkmals die neue deutsche Republik hervorbrachte. War eine Anknüpfung möglich oder auch nur ratsam, oder mußte man sich bewußt und deutlich von den Traditionen des Denkmals im 19. Jahrhundert absetzen? Die von Nipperdey genannten „positiven“ und die „negativen“ Merkmale mit ihren vielfältigen Problemen kennzeichnen durchweg die Diskussion um das Reichsehrenmal sowie die Frage der Anknüpfung oder Abgrenzung.

Der erste, der sich zur Frage des Reichsehrenmals grundsätzlich äußerte, war Cornelius Gurlitt¹³ in der Zeitschrift „Stadtbaukunst“. Er lehnte Berlin als Standort rundweg ab — hier waren der Pariser Platz, die Museumsinsel und das Schloß Bellevue vorgeschlagen —, *denn, wie nun einmal die Stimmung z. B. in Süddeutschland ist, wird man schwerlich Lust haben, Berlin als den richtigen Ort für das Denkmal anzusehen . . .*¹⁴. *Stände es dort nicht besser, wo die Kriegs- und Nachkriegsleiden am größten waren, im besetzten Gebiet am Rhein?*¹⁵ *Oder in der Mitte Deutschlands, wo es das Ziel in stiller Sammlung Hinpilgernder werden würde?* Nicht eine Behörde — Gurlitt meinte den Reichsrat-Ausschuß —, auch nicht der Reichstag könnte die Lösung finden, alle Künstler, ja das ganze Volk sei zu Äußerungen über das Denkmal aufgerufen. Er regte eine *dynamische Lösung* an: *eine Ehrung, . . . die man nicht bloß ansieht, sondern die dauernd lebt, dauernd Gegenstand des Denkens des deutschen Volkes . . . ist. Also ein wachsender Organismus, eine Schöpfung besonderer Art, etwa eine Heimstätte für Leidende, für Waisen und überalterte . . . und dann, wenn einmal 100 Jahre verflossen sind, dann setze man in die Mitte des Geschaffenen jenes künstlerische Denkmal als Bekrönung der Dankbarkeit, wie man auf dem Schlachtfelde von Leipzig 100 Jahre später das riesige Denkmal errichtet hat.*

11 Nipperdey, wie Anm. 7, S. 583 f.

12 Ebd., S. 574.

13 G. (1850—1938), Kunsthistoriker, 1893—1920 Prof. an der TH Dresden, Spezialgebiet Bauten des Barock und Rokoko, 1924 Vorsitzender des Bundes Deutscher Architekten. Wiedergabe seines Aufsatzes in der GZ, 19. 12. 1924.

14 In seiner Denkschrift zur Frage des Ehrenmals 15. 2. 1926 erwähnt der Reichskunstwart, daß sich die süddeutschen Staaten gegen Berlin aussprachen, s. Ribbe, wie Anm. 1, S. 184.

15 Dieses Argument führte die Rheinprovinz in ihren Vorschlägen für ein Ehrenmal am Rhein an (Inseln bei Lorch u. a.).

Ganz ähnlich äußerte sich dann der Reichsrat-Ausschuß selbst, der zu seiner ersten Sitzung am 21. 11. 1925 in Berlin zusammentrat. *Der Beratung lagen die zahlreichen der Reichsregierung und dem Ausschuß zugegangenen Vorschläge zur Denkmalsfrage zu Grunde. Der Ausschuß vertrat übereinstimmend den Standpunkt, daß die Errichtung eines kostspieligen monumentalen Bauwerks mit Rücksicht auf die schweren Zeitverhältnisse nicht in Frage kommen kann. Unter den Vorschlägen erschien der Mehrheit des Ausschusses die Schaffung einer Weihestätte in der Reichshauptstadt oder die Errichtung eines Heiligen Haines im Herzen Deutschlands am geeignetsten*¹⁶. *Auf Vorschlag des Ausschusses wurde der Reichskunstwart beauftragt, die in dieser Richtung sich bewegenden Pläne in Fühlungnahme mit Vertretern der deutschen Künstlerschaft für die weitere Behandlung der Angelegenheit zu prüfen*¹⁷.

Mit dem Stichwort „Heiliger Hain im Herzen Deutschlands“ war eigentlich die Lösung schon genannt, um die sich die Diskussion in den nächsten Jahren bewegen sollte. Auch in der Besprechung beim Reichspräsidenten v. Hindenburg im Februar 1926 *gaben die anwesenden Vertreter der Frontkämpferverbände übereinstimmend zu verstehen, daß als Reichsehrenmal . . . allein ein Hain mit einem schlichten, aber eindrucksvollen Ehrenmal im Herzen Deutschlands, etwa in der Gegend von Bad Berka (bei Weimar) in Frage komme. Als Grund führten die Verbände an, daß eine solche Kultstätte abseits des Lebens und der Unruhe der Großstädte in der freien Natur liegen und Gelegenheit geben müsse, daß Tausende zu ihr pilgern könnten*¹⁸.

Die Entwicklung der Vorschläge bis zu dieser Lösung schilderte der Reichskunstwart sehr anschaulich in einem Vortrag in der Vorstandssitzung des Deutschen Bundes Heimatschutz Mitte Mai 1926 in Goslar¹⁹: *Zunächst gilt es jetzt, die Idee eines ragenden Denkmals zu bekämpfen*²⁰. . . *Dieses Riesemonument ist ja letzten Endes nur geeignet, die Natur zu verkleinern. Hier handelt es sich nicht darum, auf die Natur etwas hinaufzusetzen, sondern in die Natur hineinzugreifen. Und so steht heute der Gedanke des Hains im Mittelpunkt der Erwägungen.*

Wenn wir dem „Unbekannten Soldaten“ etwas gegenübersetzen wollen, so hatte ich zunächst unter dem Eindruck des Males von Paris gesagt: Dieser Unbekannte unter dem Triumphbogen marschiert noch immer gegen Deutschland. So kam ich darauf, den Rhein für das Erinnerungsmal vorzuschlagen, um gleichzeitig auf die Grenze hinzuweisen und auch ein verbindendes europäisches Moment zu geben. Der Rhein ist ja für uns Deutsche dasselbe, was für

16 Am 11. 3. 1926 schlug der Ausschuß dann mit 4:2 Stimmen die Errichtung eines Ehrenhaines in Mitteldeutschland vor. Ribbe, wie Anm. 1, S. 183.

17 GZ 23. 11. 1925; s. auch Denkschrift in Anm. 14, Ribbe, S. 182.

18 Ribbe, wie Anm. 1, S. 182. — Hindenburg zog übrigens bei dieser Gelegenheit seinen Vorschlag des Ausbaus der Schinkelschen Wache zurück.

19 GZ 19. 5. 1926.

20 Die Hervorhebung im 1. Satz durch die Zeitung, die übrigen durch den Verfasser.

den Franzosen Paris, für den Engländer London. Durch ein plötzliches allgemeines Schweigen beim Vorüberkommen an der geweihten Stelle, ein Schweigen, das auch auf den Schiffen jede fröhliche Musik hätte verstummen machen, würde dort ein großer Eindruck erreicht und ein Brauch geschaffen worden sein, der eine schöne Verkörperung jener Ehrfurcht wäre, an der es jetzt vielfach so völlig fehlt; denn wer z. B. zieht in Berlin auch nur den Hut, wenn ein Toter über die Straße gefahren wird?

Später, bei der Berührung mit all den Kräften, die hinter der Aufgabe stehen, entwickelte sich dann die Idee weiter. Dem unbekanntem Soldaten etwas gegenüberzusetzen, ist schwer möglich. Aber wir müssen doch folgendes bedenken: Wir haben den Krieg zwar nicht gewonnen, aber wir sehen unsere Leistung doch als die größte an. Das deutlichste Symbol dafür ist die Tatsache, daß unsere Toten jenseits der deutschen Grenzen liegen: in Rußland, in den Alpen, in den Vogesen und wo sonst noch, und ferner auf dem Boden des Meeres; das besiegelt für Zeit und Ewigkeit die ungeheure Leistung unserer Kameraden.

Was aber sollen wir nun als sichtbares Zeichen vorsehen? Mein Gedanke geht dahin: Eine Flamme²¹, die aus dem Boden schlägt. Wenn dann dereinst der letzte Teilnehmer des großen Krieges gestorben sein wird, so erlöscht die Flamme, indem man ihn an dieser Stelle beisetzt; dann wird der Unbekannte überboten von dem letzten deutschen Mitkämpfer . . .

Die Idee kann das Symbol einer neuen Naturauffassung werden, wie sie auf die verschiedenste Weise bereits vorbereitet ist, so z. B. durch die Naturtheater, die sportlichen Dinge usw.; allerdings eine etwaige Verbindung des Reichsehrenmals mit einem Stadion ist von vornherein als Fehler anzusehen²². Der wichtigste Gesichtspunkt ist die Beziehung des Ortes auf ganz Deutschland: infolgedessen schalten eine ganze Reihe von Plänen aus, die sehr fein sind im Sinne eines Ortes oder einer Gegend, aber nicht für ganz Deutschland. Ferner muß die Stätte von ganz Deutschland aus leicht erreichbar sein können²³.

Fragen des Heimatschutzes werden bei der Planung aber nicht nur im großen, sondern auch bezüglich der Einzelheiten berührt, so wenn der Gedanke erwogen wird, die Augustusburg²⁴ zu wählen, die von Sachsen sozusagen als Mitgift gegeben werden würde und nun eine Umwandlung erfahren müßte. Oder in anderer Weise, wenn z. B. die Pfalz von Kaub vorgeschlagen wird, ein Bau, der seinen bestimmten Charakter als Denkmal der deutschen Geschichte trägt und als solches in Ruhe gelassen werden muß. So ist jedes einzelne Projekt von den Gesichtspunkten des Heimatschutzes aus zu prüfen. Dabei muß stets die Frage aufgewor-

21 Ein Gedanke, der in den Vorschlägen für Bad Berka 1933 enthalten ist.

22 Eisenach und Weimar zielten mit ihren Vorschlägen 1928 in diese Richtung.

23 Damit schied Tannenberg, der einzige damals auf dem Boden des Reichs befindliche Schlachtort, zunächst für das Ehrenmal aus. Das 1927 errichtete Tannenbergdenkmal wurde von Hitler am 2. 10. 1935 zum „Reichsehrenmal“ erklärt, aus anderen Gründen, wie noch darzustellen ist.

24 Im Erzgebirge östlich von Chemnitz.

fen werden: wird das, was wir an dieser Stelle planen, eine Steigerung oder eine Minderung bedeuten? Es spielen hier auch ganz wesentliche Rücksichten des Naturschutzes hinein, so wenn kürzlich ein Waldgebiet für das Reichsehrenmal angeboten wurde, das man unbedingt unberührt erhalten muß²⁵.

Seine konkreten Vorstellungen über den Ehrenhain faßte Dr. Redslob kurz nach diesen Ausführungen in seiner „Denkschrift über das Ergebnis der in Mitteleuropa vorgenommenen Prüfung der Vorschläge zum Reichsehrenmal vom 21. Mai 1926“²⁶ zusammen: *Mittel- und Zielpunkt des Haines sollte eine symbolische Gedächtnisstätte für die Kriegsoffer werden, der eine Darstellung des Opfertodes zugrunde liegen solle, symbolisiert durch einen Sarkophag, einen Altar, die bildliche Darstellung eines toten Soldaten, ein ewig brennendes Feuer.* Der Vorhof zum Hain war als Stätte innerer Sammlung gedacht; im Hain selbst galt *unbedingtes Schweigegebot*. Der Besucher sollte dabei unmerklich geleitet, auf die gewissermaßen kultischen Formeln hingelenkt und die angesichts des Gedankens an die Toten notwendige Weihe erreichen.

Damit war im Grunde schon die Idee des „national-pädagogischen Lehrpfades“ oder eines „Wallfahrtweges an den Leidensstationen der Nation“, wie man auch sagen könnte, entwickelt, die in den Goslarer Werbeschriften immer wieder auftrat. Seltsamerweise sah der Reichskunstwart die eigentliche Problematik nicht deutlich genug. Wie konnte ein solcher Hain die geforderte *Ruhe und Abgeschiedenheit* bewahren, wenn er gleichzeitig Versammlungs- und Gedenkort der großen Veteranenverbände werden sollte, die doch Träger des Gedankens eines nationalen Ehrenmales waren und seine praktischen Förderer, wie sich in diesen Jahren immer deutlicher herausstellte?

Sehr viel deutlicher traf Prof. Bodo Ebhardt²⁷ das Dilemma in seiner „Denkschrift zur Frage der Errichtung eines Reichsehrenmals“, die in einem Sonderheft der Zeitschrift „Deutsches Bauwesen“ im Juni 1927 in Berlin erschien. *Kreise, die nicht ohne Einfluß in einem Teil des deutschen Volkes sind²⁸, bestreiten, daß es angebracht sei, ein Denkmal zu errichten und Mittel für einen Riesenbau aufzuwenden, solange noch die Not an die Türen der Kriegsverletzten, Kriegserwitwen und -waisen pocht und solange auch sonst noch so unendlich viele soziale Aufgaben aus Mangel an Mitteln nicht erfüllt werden könnten . . .*

Aus einer solchen Einstellung . . . ist vielleicht auch der Vermittlungsvorschlag geboren worden, nicht ein Denkmal für die gefallenen und überlebenden Helden

25 Redslob bezieht sich damit auf die Bewerbungen von Bad Berka und Goslar.

26 Ribbe, wie Anm. 1, S. 183.

27 E. (1865—1945), Geh. Hofrat, Architekt, bekannt als Wiederhersteller von Burgen („Burgen-Ebhardt“), so der Hohkönigsburg 1899 im Auftrag Wilhelms II., der Feste Koburg, Neuenstein (Württ.) und vieler anderer. 1927 im Vorstand des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieursvereine.

28 Ebhardt meinte damit die SPD und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das der SPD nahestand.

zu bauen, sondern einen Ehrenhain anzulegen, der in wehevoller Stille das trauernde Gedenken des deutschen Volkes an seine Opfer beweisen soll. Aber auch dieser Gedanke kommt nicht rein zum Ausdruck in den bisher bekannt gewordenen Vorschlägen; denn in Verbindung mit dem Haine sollen große Versammlungsplätze, ungeheure amphitheaterartige Anlagen für Zehntausende von Personen geschaffen werden, deren Aufzug doch mehr oder weniger eine Demonstration selbst bei den heiligsten Handlungen bilden würde. Darin scheint ein Widerspruch zu liegen.

Ein heiliger Hain kann nur ein Ort tiefster Stille und wehevollen Gedenkens sein, wenn sein innerster Kern, seine heiligste Weihestätte nicht der Schauplatz großer Volksversammlungen, sondern irgendeines wehevollen Ehrenmales ist, das wohl jahraus, jahrein von tausenden deutscher Volksgenossen besucht werden sollte, das aber sorgfältig den Anschein vermeiden müßte, eine Stätte großer Demonstrationen sein zu wollen.

Schon die Anlage mächtiger Zufahrtsstraßen von den Grenzen des Heiligen Haines aus nach den Versammlungsplätzen dürfte geeignet sein, die wehevolle Stimmung zu stören. Scheuen Fußes nur über unberührten Waldboden oder auf bescheidenen Pfaden dürfte ein solcher Hain betreten werden.

Damit soll nicht die Unmöglichkeit der Anlage eines Heiligen Haines behauptet werden. Man könnte sich vorstellen, daß ein großes Waldgebiet der Erinnerung an die Toten des Weltkriegs geweiht würde und in der Art eines Naturschutzparkes vollständig vom allgemeinen Verkehr abgeschlossen würde. In welcher Art in einem solchen Heiligen Hain Denkmäler aufgerichtet werden sollten, ist eine Frage, die nur mit höchster künstlerischer Feinfühligkeit zu behandeln wäre. Soll er das Gedächtnis an die Toten und die dankbare Erinnerung, die wir Lebenden diesen Toten weihen, der Nachwelt übermitteln, so müssen innerhalb des Weihebezirkes Denksteine mannigfacher Art von stiller Größe und Erhabenheit errichtet werden, aber sie brauchten nicht das Ziel ungeheurer Massenversammlungen zu sein.

Alles sollte getan werden, um die Unberührtheit des Waldes zu bewahren und die naturgemäße Entwicklung dem kommenden Jahrhundert zu überlassen. Dann können unsere Nachkommen einmal eine so großartige Weihestätte vorfinden, wie sie den ersten Findern des Gedankens eines Heiligen Haines vorgeschwebt haben dürfte. Je abgelegener ein solcher Heiliger Hain ist und je weniger ‚Verkehrsmöglichkeiten‘ in seiner Nähe liegen, desto reiner wird der Gedanke, dem er gewidmet ist, zum Ausdruck gelangen.

Werden solche Vorbedingungen als richtig erkannt, so wird mit einem Schlage auch alles das verhindert, was gegen die ganze Anlage so oft ins Feld geführt wird, d. h. Bewerbung um die Verlegung des Reichsehrenmales an eine Stelle, die ihren Nachbarn und der ganzen Gegend die Möglichkeit einer ‚wirtschaftlichen Ausnutzung eines erhöhten Fremdenverkehrs‘ geben würde.

Damit traf Ebhardt natürlich einen weiteren wunden Punkt. Denn niemand konnte es wohl einer Gemeinde, einer Stadt oder einer Region verübeln, wenn sie mit ihrer Bewerbung um das Ehrenmal oder den Ehrenhain nicht ganz den Gedanken an wirtschaftliche Vorteile aus ihrem Vorschlag verbannen wollte, der ja auch materielle Opfer von ihr verlangte. Davon wird bei Goslars Bewerbung noch die Rede sein.

Ebhardt stellte seinen Lesern im Hauptteil seiner Ausführungen einige ihm wichtig erscheinende Bewerbungen²⁹ vor, so in Berlin den Schloßpark von Bellevue, die Schinkelsche Wache und die Pichelsberge, in Sachsen die Augustusburg im Erzgebirge, fünf Plätze am Rhein (Godesberg und die Inseln Grafenwerth und Nonnenwerth, die Insel zu Füßen des Hammerstein und die beiden Inseln bei Lorch, die man als „Toteninseln“ ausgestalten wollte), mehrere Plätze an der Weser (bei Rinteln und bei Bückeberg, im Reinhardtswald bei der Sababurg, die Rabenklippen bei Höxter), in Thüringen Berka bei Weimar und Eisenach und schließlich im Harz die Ratsschiefergrube bei Goslar. Gerade dieser Vorschlag kam seinen Ausführungen über den Heiligen Hain sehr nahe. Ebhardt sprach sich in der Folge jedenfalls zunächst mehrfach nachdrücklich für Goslar aus.

Über den bisherigen Gang der Verhandlungen in der Frage der Gestaltung und der Wahl des Standortes zeigte sich Ebhardt in seiner Denkschrift sehr unzufrieden. Das ganze deutsche Volk sei bisher gar nicht gehört worden; vor allem die Künstler selbst forderten eine stärkere Vertretung in den Auswahlgremien. Ebhardt machte sich damit zum Sprecher der Architektenvereine. Man befürchtete auf der einen Seite einen zu starken Einfluß des Reichskunstwarts³⁰, dessen Stellung als „oberste Kunstbehörde“ man sowieso mit äußerstem Argwohn betrachtete, auf der anderen Seite das Vorwiegen partikularer Interessen der Ländervertreter im Ausschuß des Reichsrates und vor allem den stärker werdenden Einfluß der Frontkämpferverbände auf den neuen Reichspräsidenten von Hindenburg, den Nachfolger des 1925 gestorbenen Friedrich Ebert.

29 Im Oktober 1928 lagen für die Standortwahl etwa 300 Vorschläge beim Reichskunstwart, s. „Der Reichskunstwart“, Bundesarchiv Koblenz, Ribbe, wie Anm. 1, S. 184.

30 Diese Dienststelle im Reichsministerium des Inneren wurde 1920 auf der Grundlage der Weimarer Verfassung eingerichtet; am 1. 3. 1933 wurde die Stelle von Reichsminister Dr. Frick aufgelöst. Ab 22. 9. 1933 übte dann die Reichskulturkammer, die dem Reichspropagandaministerium unterstellt war, eine rigorose Aufsicht über die deutsche Kunst aus.

II. Goslars Bewerbungen um den Reichsehrenhain 1926—1934³¹

1. Die Bewerbung von 1926

Die Anregung, das Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges in Goslar zu errichten, folgte dem Aufruf des Reichspräsidenten vom 3. 8. 1924 schon nach wenigen Tagen, und zwar um 7. 8. durch einen Artikel des Redakteurs Ernst Kummer in der „Goslarschen Zeitung“ und am 10. 8. durch einen Beitrag der Reichstagsabgeordneten für Magdeburg und Goslar, Katharina von Oheimb (Deutsche Volkspartei), in einer Umfrage der „BZ am Mittag“³². Da beide Artikel in mancher ihrer Äußerungen den Stil der politischen Kultur ihrer Zeit charakterisieren, werden sie hier teilweise wörtlich wiedergegeben.

Das Reichsdenkmal für die Kriegsoffer — Eine Aufgabe für Goslar so lautet die Überschrift des Artikels im Lokalteil der GZ. Es habe zwar mit der *Errichtung eines Ehren- und Gedenkmales noch keine große Eile*, beginnt der mit „K.“ gezeichnete Artikel, doch müsse man sich *mit der Tatsache abfinden, daß die Frage der Schaffung eines Nationaldenkmals bald weitere Kreise ziehen wird.*

Wo soll das Denkmal stehen? Die bis jetzt laut gewordenen Vorschläge, das Denkmal nach Berlin oder Frankfurt zu legen, können natürlich nicht ernsthaft zur Erörterung gelangen. Das scheint man in Berlin auch einzusehen, denn es lassen sich schon Stimmen vernehmen, die den gegebenen Platz zwar im Herzen Deutschlands, aber nicht in der Hauptstadt suchen. Das ist durchaus zu begrüßen, denn ein Nationaldenkmal gehört nicht auf einen Platz, wo die Wogen des modernen Geschäfts- und Gesellschaftslebens die höchste Höhe erreichen³³. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß für das Denkmal ein Platz in der deutschen Landschaft gesucht werden muß, wo es unberührt von dem lauten Getriebe des Alltags, auf freier Bergeshöhe weithin sichtbar vom umgebenden Lande aus

31 Schon 1918 bestand in Goslar der Gedanke, einen „Ehrenhain“ für die Kriegstoten zu errichten. Der Senator und Fabrikbesitzer Hermann Borchers erklärte am 10. 6., er wolle der Stadt *zur Anlegung eines Heldenhaines eine am ‚Blauen Haufen‘ gelegene Grundfläche von 6 Morgen Wiese als Geschenk* anbieten und die ersten 100 Eichen selbst pflanzen. So der Aktenvermerk des Bürgermeisters Klinge, der Borchers am 12. 6. dankt: *Wenn auch die Anlegung eines Heldenhaines bereits vor längerer Zeit (!) Gegenstand von Erwägungen gewesen ist, ... so glauben wir doch, mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Zeit, insbesondere auch im Hinblick auf die ungeklärte Frage einer im vollen Sinne würdigen Heldenehrung z. Zt. von der Durchführung des Planes absehen zu sollen ...* (Stadtarchiv Goslar, Akte betr. Schenkung ..., Abt. III, Fach 67, Nr. 4). — Zum Thema sonst: In der Arbeit von Helmut Plumeyer, *Die Rolle Goslars in der Zeit des Nationalsozialismus*, 1977, Päd. Hochschule Braunschweig, Manuskript, sind im Abschnitt über den Ehrenhain Goslars Bemühungen auf die Zeit von 1933/34 beschränkt. Im Goslarer Stadtarchiv ausführliche Akten „Reichsehrenhain“ (Abt. I, Fach 56, Nr. 3, 4, 5, C 4425 [Verschiedenes], 4426 Entwurf Migge, 4427 Sitzungen, 4428 Besichtigungen, weiter Niederschriften der städt. Körperschaften und des Magistrats u. ä.).

32 Wiedergegeben in der GZ, 11. 8. 1924.

33 Ganz ähnlich Gurlitt in „Stadtbaukunst“ 1924.

thront³⁴, aber doch den großen Verkehrsadern so nahe liegt, daß es mühelos erreichbar, dennoch das Ziel Tausender und Abertausender Wallfahrer³⁵ sein kann, für die, frei von ihren Berufsverpflichtungen und willens, sich einige Tage oder Stunden der Ruhe zu gönnen, der Besuch der Gedenkstätte zu einem inneren Erlebnis werden muß.

Und wenn wir uns einmal nach einem Ort umsehen, der zur Errichtung des Denkmals erreichbar wäre, so können wir ohne großes Überlegen sagen, daß Goslar in ganz hervorragendem Maße die erforderlichen Vorbedingungen erfüllt.

In landschaftlich unvergleichlicher Lage, auf einem Boden, der mit der Geschichte des deutschen Volkes und des deutschen Reiches Jahrhunderte lang in engsten Beziehungen gestanden hat, kann Goslar noch den weiteren Vorteil aufweisen, daß es an einer Stelle liegt, wo große durchlaufende Verkehrswege von Ost nach West und von Nord nach Süd sich treffen.

Auf die Platzfrage selbst wollen wir heute nicht eingehen. Es könnte der Steinberg gewählt werden, vielleicht noch besser der Sudmerberg, auf dem eine Denkmalsanlage in ganz besonderem Maße zur Geltung kommen würde . . . Doch dies alles kommt erst in zweiter Linie in Betracht, Hauptsache ist zunächst, daß die Stadt, die am Fremdenverkehr interessierten Verbände und auch alle anderen Vereinigungen sich zusammentun und sich über die Werbetätigkeit einig werden³⁶, damit dieses Ziel einheitlich und Hand in Hand verfolgt wird. Vor Jahren ging der große Plan der Schaffung eines großen Stadions für Goslar verloren, sorgen wir dafür, daß Goslar diesmal besser abschneidet³⁷.

Katharina v. Oheimb³⁸ ging in ihrem Vorschlag für Goslar auf den allgemeinen politischen Zusammenhang ein und machte sich auch über die Gestaltung des Denkmals Gedanken: Bedeutung und Ansehen des Staates sind geschwunden, das deutsche Volk in seiner wirtschaftlichen und geistigen Not sieht nichts als düstere Nacht um sich und wagt kaum, auf einen Wiederaufstieg zu hoffen. Wenn in dieser Zeit der Aufruf zur Errichtung eines nationalen Ehrenmals für die Op-

34 Eine der Tendenzen des deutschen Denkmalbaus, s. Nipperdey, wie Anm. 7.

35 Bei Gurlitt heißt es „Hinpilgernder“ — die Tendenz zu kultischer „Überhöhung“ ist deutlich.

36 Vgl. Ebhardts Bemerkungen über Fremdenverkehr und Reichsehrenmal in „Deutsches Bauwesen“, Juni 1927, S. 39.

37 Goslar hatte sich 1897 vergeblich als Standort für die „Deutschen Nationalfeste“ beworben. Gewählt wurde 1898 Rüdeshcim mit dem Niederwalddenkmal; ausgeführt wurde der Plan eines „deutsch-nationalen Olympia“ dann erst 1922—1938 als „Deutsche Kampfspiele“.

38 Begründete 1919 den „Nationalverband deutscher Frauen und Männer“, führte in Berlin einen politisch bedeutenden Salon (Meyers Gr. Lexikon, 1981). In 4. Ehe war sie mit dem Vizepräsidenten des deutschen Reichstages v. Kardorff verheiratet. „Erinnerungen und Lebensbeichte“, Tübingen 1965. Redslob, Von Weimar nach Europa, Berlin 1972, S. 253: *Da war die Reichstagsabgeordnete Katharina von Oheimb, genannt Katinka, die ihre unbedingte Natürlichkeit und den gesunden Menschenverstand der Frau dem wichtigtuenden Ernst der Männer mit solcher Selbstverständlichkeit, aber auch mit so bewußt weiblichen Mitteln entgegensetzte.*

fer des Weltkrieges ergeht, so muß dieses Ehrenmal die Gestalt des einfachen deutschen Kriegers³⁹ vor unserem geistigen Auge entstehen lassen, der auf dem Schlachtfelde ohne Besinnen sein Leben hergab in dem Vertrauen auf die Tatkraft und Weisheit unserer militärischen und politischen Führung, von der er erwartete, daß sie aus seinem Opferblute das größere und stärkere Vaterland schaffen würde. Neben den militärischen Führern fehlte uns diesmal das Genie, das die Erfolge auf den Schlachtfeldern diplomatisch ausmünzte und andererseits der Wahrheit Geltung zu schaffen verstand, daß Kriege nicht allein auf den Schlachtfeldern entschieden werden. So sehen wir uns dem Ziel, das dem brechenden Auge des Kriegers vorschwebte, ferner als je.

Einfach und in schlichter Würde, wie der Mann im Graben und in der Schützenlinie seine Pflicht erfüllte, soll das Ehrenmal sein, das in Anlage und Aufbau auch die Größe und Würde seiner Taten erkennen lasse. Wenn das Nationaldenkmal nicht nur bloße Gedächtnisstätte, sondern ein Mahnmal für das verlorene Ziel darstellen soll, so muß ein Ort gewählt werden, wo der Deutsche sich hingezogen fühlt durch seine in tiefster Seele schlummernde Sehnsucht nach dem deutschen Walde, wo ihm Zeugen aus der Vergangenheit ins Gedächtnis rufen, daß Zwiespalt und Parteiengezänk, Sklavenketten den Untergang, und nur Einigkeit, Recht und Freiheit den Aufstieg bringen. Also eine Stätte, die zum Nachdenken zwingt und Vergangenheit und Zukunft in der Geschichte harmonisch verbindet.

Eine solche Stätte bietet die alte Reichs- und Kaiserstadt Goslar am Harz.

Wie vor tausend Jahren dröhnt durch die Wälder der Harzberge und Täler der nächtliche Schrei des Edelhirsches⁴⁰. Die Schatten der finsternen Tannen schlagen nicht nur den Jäger in seinen Bann, sondern ziehen zu jeder Jahreszeit mit unwiderstehlicher Gewalt die Tausende hinaus, die dem Lärm und Hasten der Großstädte entfliehen wollen. Seit tausend Jahren fördern im Bergwerk Arbeiter unermüdlich Silber- und Kupfererze zutage, um die Macht des Staates zu vergrößern. Goslars Türme und Mauern erinnern an das fortwährende Auf und Nieder der deutschen Geschichte, die hier mit tausend Fäden verknüpft ist. Bei Betrachtung der im Kaiserhaus zwischen Barbarossa und dem Welfen Heinrich dem Löwen ausgetragenen Auseinandersetzung⁴¹ tritt das Ergebnis der in diesem Jahre stattgehabten Abstimmung in Erinnerung, mit der einer der tüchtigsten deutschen Volksstämme alter Fehde absagte, um dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß dieser Volksstamm das Werk Bismarcks als treues Erbe hüten und nicht durch

39 Hervorhebungen durch die Zeitung im Fettdruck.

40 K. v. Oheimb hatte in diesen Jahren für 2000, — RM jährlich die gesamte Goslarer Stadtforst als Jagd gepachtet; am „Auerhahn“ hatte sie ihre Jagdhütte.

41 Die Vfn. kann nicht den Vorfall selbst meinen — beide haben sich in Goslar nie getroffen —, sondern die Darstellung auf dem Bild von Wislicenus, „Barbarossas Fußball vor Heinrich dem Löwen“, in der Kaiserpfalz (bei M. Arndt, Die Goslarer Kaiserpfalz als Nationaldenkmal. Eine ikonographische Untersuchung, Hildesheim 1976, S. 238). Dieser „berühmt gewordene Fußball“ ist historisch umstritten.

*neue Zersplitterung gefährden wolle*⁴². *Es wird schwer sein, eine Stadt zu finden, in der die landschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen für die Anlage des Nationaldenkmales günstiger vereint sind, als in dem alten, dem Reichsgedanken sonder Wanken zugetanen Goslar*⁴³.

Welches Echo beide Zeitungsartikel in Goslar auslösten, ist unklar⁴⁴. In der Tagesordnung für die Magistratssitzung am 15. 10. 1924 findet sich als Punkt 4 „Eingabe der Frau v. Oheimb betr. Standort des Deutschen Gefallenendenkmales“, im Protokoll selbst ist der Punkt 4 gestrichen. Im Jahresrückblick der „Goslarschen Zeitung“ vom 31. 12. wird erwähnt, daß die *einleitenden Schritte* für die Werbearbeit getan seien, daß man aber zunächst noch abwarten müsse, bis Näheres über *die Durchführung der Anregung des Reichspräsidenten* bekannt sei.

Erst ein Jahr später, am 5. 9. 1925, wurde Oberbürgermeister Klinge durch Magistratsbeschluß mit der Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Reichsinnenministerium beauftragt, jedoch drang darüber so wenig an die Öffentlichkeit, daß die GZ am 12. 9. angesichts der Nachricht, der Reichskunstwart Dr. Redslob bereise in diesen Tagen die Oberweser und das Weserbergland, um das Gelände für das Reichsehrenmal zu besichtigen, einen mahnenden Artikel veröffentlichte. *Wollen wir oder wollen wir nicht?* fragte der Redakteur Ernst Kummer. Ein Jahr sei seit dem Aufruf Eberts verstrichen, zahlreiche Orte bewürben sich um den Standort, Goslar mache *zu wenig Propaganda* und müsse seine *Werbung auch insofern vergrößern, als man für unseren Plan auch die Nachbarschaft, insbesondere das Harzgebiet* interessieren sollte. Vom Rathaus kam prompt die Nachricht, eine intensivere Werbearbeit sei verfrüht, da vom Reichsinnenminister noch keine Klarheit über die Gestaltung vorliege. Nachdem diese Frage durch die Sitzung des Reichsrat-Ausschusses im Sinne eines „heiligen Haines“ geklärt war, wurde Goslars Bewerbung im Jahresrückblick am 31. 12. 1925 angekündigt.

Endgültige Klarheit brachte die Vorlage des städtischen Haushaltes am 29. 3. 1926. Der Oberbürgermeister kündigte *noch einen Gesichtspunkt* an: *Der Reichspräsident Ebert hat den Gedanken der Errichtung eines Reichsehrenhains*⁴⁵ *dem deutschen Volk gegeben, der jetzige Reichspräsident von Hindenburg will den Gedanken zur Tat werden lassen. Die großen Verbände der Frontkämpfer haben sich geeinigt in erfreulicher Einmütigkeit, und auf Grund dieser Einmütigkeit hat*

42 In der Provinz Hannover hatte am 18. 3. 1924 eine Vorabstimmung über die Errichtung eines eigenen Staates Niedersachsen auf Betreiben der Deutsch-Hannoverschen Partei stattgefunden. Sie ging gegen diese Partei aus.

43 Der Beitrag K. v. Oheimbs wäre ein dankbares Objekt für eine Stilanalyse zur Rhetorik und Metaphorik der politischen Rede der Zeit. K. v. Oheimb hatte nach 1918 auf eigene Kosten politische Fortbildungskurse in Goslar veranstaltet, bei denen sie regelmäßig selbst als Rednerin auftrat.

44 Die Akten zum Ehrenhain im Stadtarchiv Goslar beginnen erst 1925.

45 Klinge schreibt diese Formulierung, die erst das Ergebnis der Diskussion seit 1924 war, schon Ebert selbst zu.

das Reichsministerium des Inneren vorgeschlagen, einen Reichsehrenhain zum Gedenken für die Gefallenen des Krieges, zur ehrenden Erinnerung an den großen Weltkrieg 1914/18 zu errichten. Wo soll der Ehrenhain stehen? Der Reichsehrenhain muß im Herzen Deutschlands, an der Stelle, an der eine 1000jährige Kultur gelebt hat und am Leben erhalten ist, mit der Jahrhunderte lang die große deutsche Geschichte aufs engste verbunden war, aus der sie in Phasen ihrer Entwicklung hervorgegangen ist, stehen — in Goslar. Die Stadt bietet dem Reich im Angesicht der 1000jährigen Stadt einen 100 Morgen großen würdigen Ehrenhain an. Der Platz muß sein in der Hohekehl (Weidmannsheil) mit der Ratsschiefergrube. Überlassen wir die Ausgestaltung des Reichsehrenhains dem feinen Empfinden und der Gestaltungskraft eines Künstlers⁴⁶; aber seien wir uns klar darüber und fest in dem Willen, daß dieser Plan im dunklen, heiligen Tannenwald des Harzes eine deutsche Opferstätte innerer Einkehr und willensstarken Zukunftsglücks für das deutsche Volk sein wird. Die Zukunft des deutschen Volkes muß durch das feste Zusammenstehen aller gesichert werden, und in dieser deutschen Zukunft soll auch ein glückliches Goslar sein mehr als 1000jähriges Leben weiter führen können⁴⁷.

Es fällt auf, daß der Oberbürgermeister die Auswirkungen auf den Fremdenverkehr nur im Schlußsatz sehr allgemein andeutet; er erwähnt auch nicht den Urheber des Gedankens, die Ratsschiefergrube als Hain vorzuschlagen. In dem Artikel „Goslar und der Reichsehrenhain“ im Goslarer Bergkalender 1927, dessen Titelbild den „Eingang zur Ratsgrube“ wiedergibt, wird dies nachgeholt. *Sein (Goslars) feinsinniger Leiter der städtischen Forsten, Herr Forstmeister Grundner-Culemann, (hatte) auf die Ratsgrube hingewiesen . . . als einen Platz von seltener Eignung: Wunderbare Ruhe voll romantischem Reiz . . . Dieser Vorschlag fand begeisterte Aufnahme, nicht nur in den städtischen Körperschaften, sondern auch in weiten Kreisen führender Persönlichkeiten . . .*^{47a}.

Am 12. 4. fand auf Einladung des Magistrats im Beratungssaale des Rathauses eine Sitzung statt, an der Vertreter aller dem Vaterländischen Verbands angeschlossenen Vereine, ferner des Reichsbanners, des Bundes jüdischer Frontsoldaten und des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten teilnahmen⁴⁸. Klinge konnte darauf hinweisen, daß sich die Frontkämpferverbände von der *äußersten Rechten bis zur Linken auf die Schaffung eines Ehrenhains geeinigt hätten*, so daß vom Reichsausschuß für die Errichtung eines Ehrenmales der Beschluß gefaßt

46 Der Gartenarchitekt Leberecht Migge, Worpsswede, war 6 Tage vorher, am 23. 3., von Klinge um einen *kraftvollen Entwurf gerade von Ihrer Hand* gebeten worden, und Klinge schlug am gleichen Tag dem Magistrat vor, Migge zu beauftragen. M. war auch durch seine „Siedlungsphilosophie“ bekannt: Neubausiedlungen sollten, mit Nutz- und Ziergärten verbunden, die Trennung von Stadt und Land, von Zivilisation und Natur überwinden und zu einem neuen harmonischen Lebensgefühl führen.

47 GZ 30. 3. 1926.

47a Der Artikel wird später noch kurz erwähnt.

48 Ausführlicher Bericht in der GZ vom 13. 4. 1926.

sei, diesen im mittleren Deutschland zu errichten. Nachdem Goslar von Anfang an auf den Plan getreten sei und keine Gelegenheit versäumt hat, in dieser Frage mit den zuständigen Behörden Fühlung zu behalten⁴⁹, ist es jetzt Zeit, mit einer energischen Werbetätigkeit für den Gedanken der Errichtung des Ehrenhains bei Goslar auf den Plan zu treten⁵⁰. . . Der Magistrat ist inzwischen mit einem namhaften Gartenarchitekten in Fühlung getreten und läßt von diesem ein Vorprojekt ausarbeiten. Es sei nicht zu verkennen, daß auch innerhalb der Frontkämpferverbände große Neigung für die Errichtung des Ehrenhains in Thüringen besteht⁵¹. . .

Für die Durchführung der Werbearbeit wurde auf der Sitzung ein engerer Arbeitsausschuß gebildet, dem Oberstudiendirektor Dr. Heiligenstaedt vom Ratsgymnasium, Obersekretär Bernecker, Oberstudienrat Dr. Kassebaum (auch vom Ratsgymnasium) und Bergmann Rudolf Bosse als Bürgervorsteher angehörten; der Vorsitz lag bei Klinge. Außerdem wurde ein erweiterter Ausschuß eingesetzt, dem die Bürgervorsteher-Worthalter (heute Fraktionsvorsitzende), der Kommandeur des in Goslar stationierten Jägerbataillons und Vertreter der einzelnen Verbände angehören sollten.

Rat und Verwaltung handelten nun zügig. Am 8. 4. war der Gartenarchitekt Leberecht Migge aus Worpswede auf Einladung Klinges in Goslar gewesen und hatte mit ihm das Gelände der Ratsschiefergrube besichtigt. Nach der Aktennotiz von Klinge hielt er das Gelände für sehr geeignet und schlug vor, die hohe Wand an der Nordseite unberührt zu lassen und das Haldengelände gegenüber für eine Massenaufstellung herzurichten. Auch die Honorarfrage wurde bei dieser Vorbesprechung weitgehend geklärt. Am 13. 4., dem Tage nach der Sitzung mit den Verbänden im Rathaus, beschloß der Magistrat, das Hauptprojekt . . . Migge zu übertragen . . . Im übrigen wird seinen Vorschlägen zugestimmt. Die laufenden Ausgaben sollen zunächst aus dem Mag. Dispos. Fonds bestritten werden⁵². Am 22. 4. unterschrieb Migge den ihm vom Magistrat vorgelegten Vertrag. Danach erhielt er den Auftrag für ein Vorprojekt, das nach Erhalt der erforderlichen Unterlagen Pläne und Ansichten in skizzenmäßiger Darstellung enthalten sollte. Als Honorar wurden 3000,— RM festgelegt (Anzahlung 1000,—, Rest bei Ablieferung). Migge solle auch das Hauptprojekt übertragen bekommen, wenn das Reichsministerium des Inneren oder die zuständige Stelle die Vorlage eines solchen durch die Stadt Goslar verlangt, ebenso die Oberleitung der Gesamtausführung des Reichsehrenhains, soweit dieses in ihrer Macht liege. Für den Fall, daß die Stadt aus dem Wettbewerb ausscheidet oder ein Hauptprojekt nicht aufgestellt wird, zahlt der Magistrat . . . Herrn Migge ein weiteres Abstandshonorar von 2000,— RM⁵³.

49 Nach dem Magistratsbeschluß vom 5. 9. 1925 kann man annehmen, daß Klinge schon seit Beginn des Jahres 1925 mit dem Reichsinnenministerium verhandelt hatte.

50 Hervorhebung durch die Zeitung.

51 Berka bei Weimar.

52 Akte Stadtarchiv Magistratsbeschlüsse 1924—1933.

53 Text in Akte C 4426 „Entwurf Migge“ im Stadtarchiv Goslar.

Alles kam nun darauf an, daß Goslar sich im Wettbewerb mit Berka in Thüringen und den Vorschlägen für die Rheinprovinz durchsetzte. Anfang Mai hatten sich die Vertreter der Frontkämpferverbände angesagt, Mitte Mai wollte der Reichskunstwart das Gelände besichtigen, und im weiteren Verlauf des Jahres war mit dem Besuch des Reichsrat-Ausschusses zu rechnen, der noch 1926 seine Entscheidung fällen wollte.

Ein wichtiger Schritt bei der Vorbereitung für diese Entscheidung war die außerordentliche Mitgliederversammlung, zu der der Harzer Verkehrsverband seine Mitglieder am 20. 4. einberief. Sie sollten zu der Frage Stellung nehmen, welcher Platz im Harz oder Kyffhäusergebiet sich in bezug auf die Verkehrslage wie auf die Schönheit des Geländes am besten für den Reichsehrenhain eigne⁵⁴. Man entschied sich für den Goslarer Vorschlag, den der Vorstand des Verkehrsverbandes am Vortage besichtigt hatte. *Dieser Beschluß . . . schränkt die Reihe der Bewerber um den Reichsehrenhain um einige Orte und Landschaften ein, denn außer Goslar war es nicht nur Bad Harzburg, das sich bemühte, den Ehrenhain in seine Nähe zu erhalten, sondern gleichartige Bestrebungen waren auch in Bad Lauterberg zu verzeichnen, während Nordhausen die Verbindung des Ehrenhains mit dem Kyffhäuser propagierte. Man darf es deshalb begrüßen, wenn der Harzer Verkehrsverband als Unparteiischer zu der Angelegenheit Stellung genommen und dem Reichskunstwart Dr. Redslob, der augenblicklich die angebotenen Plätze in Augenschein nimmt und dessen Besuch in Goslar Anfang Mai⁵⁵ in Aussicht steht, die Arbeit im Harzgebiet erleichtert hat . . .*

Trotzdem aber wird der kürzlich ins Leben gerufene Arbeitsausschuß für den Reichsehrenhain alle Hände voll zu tun haben, um die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit, insbesondere aber der Frontkämpferverbände auf das Angebot von Goslar zu lenken, denn nach dem Urteil des Reichskunstwarts wird die Entscheidung dieser Verbände bei einer Auswahl des Platzes . . . wahrscheinlich sehr ins Gewicht fallen. Wer aber die lebhaftige Tätigkeit des Wesergebietes und des Thüringerlandes für deren Projekte beobachtet hat, darf sich nicht allein darauf verlassen, daß die unvergleichliche Lage des von Goslar angebotenen Gebietes schon genügt, um die Entscheidung in wünschenswerter Weise zu sichern.

Über die Ausgestaltung des Haines teilte Oberbürgermeister Klinge in dieser Sitzung nur mit, *die eigentliche Gedächtnis- oder Opferstätte zu errichten, sei es in Gestalt eines Altars, eines Sarkophags für den Gefallenen des Krieges oder in anderer Form, sei noch offen.* Er erwähnte die *vorzügliche Akustik* der Grube: Bei einer der vielen Vorschläge für die Ausgestaltung der Weihstätte sei angeregt worden, einen Tempelbau zu errichten und dort zu gewissen Stunden von einem Meister der Orgel die unsterblichen Werke deutscher Tonkünstler vortragen zu lassen. Vom Auftrag an Migge sprach Klinge nicht.

⁵⁴ Ausführlicher Bericht in der GZ am 23. 4. 1926.

⁵⁵ Es wurde dann der 13. und 14. 5.

In Verbindung mit den bevorstehenden Besuchen der Vertreter der Frontkämpferverbände und des Reichskunstwarts erschienen in der Presse am 6. und 7. Mai zwei längere Aufsätze, der erste von Dr. H. Kassebaum, einem Mitglied des Werbeausschusses, der zweite von Dr. C. Borchers, der in diesen Jahren viele lokalgeschichtliche Studien veröffentlichte⁵⁶. Beide Aufsätze sind in gewisser Weise Vorstudien für die Werbeschrift Goslars, die erst Anfang Juni vorliegen sollte, für die Besichtigungen im Mai also noch nicht zur Verfügung stand.

Kassebaum ging in seinem Aufsatz „Wohin mit dem Reichsehrenhain?“ davon aus, daß *unter den Orten, die sich um die Ehre bewerben, viele von gutem Klang seien, so die Höhen des Wesergebirges, eine Insel im grünen Rhein, die alte Kaiser- und Reichsstadt Goslar, Weimar, der Kyffhäuser ... Abseits des lärmenden Alltags ... und doch leicht und schnell erreichbar ... (habe) Goslar in der Zeit der sächsischen, fränkischen und ersten Stauferkaiser mehr als 30 große Reichsversammlungen in seinen Mauern gesehen und (spiegle) in reinster Form Wesen und Eigenart einer deutschen Stadt alter Zeiten (wider) ... Als Gelände (werde) ein Waldkomplex von 300 Morgen angeboten ... am sog. Hessenkopf zwischen Taubenstieg, Hohekehl, Margaretenklippen und Sennhütte. Den Kern (bilde) die alte Ratsschiefergrube, ... ein ungeheurer Hohlraum 200 zu 80 Meter im Geviert ... Nicht auf ragenden, himmelanstrebenden Bergeshöhen wollen wir mit unseren Brüdern stille und weihevoll Zwiesprache halten, nein, die Erde, in deren Schoß ein unerbittliches Schicksal sie bettete, sie soll uns den Tempel bereiten, in dem wir jener gedenken ... musikalische Darbietungen edelster Art ... machtvolle Choräle einer Riesenorgel ... ein gottbegnadeter Redner (könne dann) aus der Tiefe zu einer Gemeinde von Hunderttausenden sprechen.*

Der Aufsatz von Carl Borchers „Der Reichsehrenhain in Goslar“ schildert nach einer kurzen Einleitung eine Wanderung in den Hain. *Wir wandern dem Gebirge zu ... Wie zwei riesige Pylone eines altägyptischen Tempels ragen rechts und links der Straße zwei gewaltige graue Steinhalden empor; zwischen ihnen hindurch treten wir in das Waldesinnere. Wenn, wie das früher bereits einmal der Fall war, der mittlere Grund des weiten Bruches wieder mit Wasser gefüllt sein wird und die tiefgrüne, spiegelglatte Fläche eines Bergsees uns geheimnisvoll anblickt, wird die friedetiefe Einsamkeit, ein Königssee im kleinen, noch märchenhafter sein und Stimmungen wachrufen, wie sie Böcklin in seiner Toteninsel festgehalten hat. Die Abgeschlossenheit dieses alten Bruches, seine Lage inmitten des alten Waldgebietes ist einzigartig ... etwas von dem Stimmungsgehalt eines gotischen Domes ... Heiliger Hain ist dies Stück schweigender Natur, das an die deutsche Heldensage, an Germanias Wälder erinnert, in deren schauerlichen*

⁵⁶ Der Aufsatz von Kassebaum erschien in der „Harzer Volkszeitung“, dem Organ der SPD. Zur Haltung der SPD allgemein und in Goslar s. unten. Der Aufsatz von Borchers erschien im gleichen Wortlaut in der GZ und in der „Harzer Volkszeitung“, außerdem gekürzt in der Sondernummer der Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Ausland „Deutsche Welt“, Juni/Juli 1927, als Vorbereitung auf die Pfingsttagung in Goslar. B. war Studienrat an der Christian-von-Dohm-Schule in Goslar.

Schluchten Lindwurm und Drache hausten, die von den Recken, wie Siegfried, im Kampfe überwunden wurden . . . In kirchenstiller Einsamkeit dieses Stück großer, einfacher Natur, dieser Naturdom . . . Hier könnte etwa ein riesiger Sarkophag aufgestellt oder aus dem Schiefergestein herausgemeißelt werden, der Mittelpunkt der Heldenverehrung wird . . . mit dem stimmungsvollen Naturdom. Der Aufsatz schließt: Uns ist die Geschichte der alten Reichsstadt ein Abbild der Reichsgeschichte, von dem wir die Zuversicht mitnehmen, daß auf das Niedersinken des Vaterlandes bald sein Aufstieg aus der leidvollen Gegenwart folgen muß.

*Was gilt uns Tod und Fährde,
wenn dich mein Arm nur frei erhält,
geliebte deutsche Erde!*

In beiden Aufsätzen fällt die metaphysische Überhöhung auf: Tempel, Dom, Kirche werden in Vergleichen genannt, dazu bei Borchers noch die deutsche Saugwelt, die sich für ihn mit dem Hain verbindet.

Im Vergleich mit diesen umfangreichen Einführungen für die Besichtigungen des Geländes durch die Frontkämpferverbände und den Reichskunstwart sind die Zeitungsberichte hierüber auffällig zurückhaltend. In Verbindung mit der Meldung anderer Zeitungen, die Sababurg im Reinhardtswald habe günstige Aussichten, schreibt die Goslarsche Zeitung am 14. 5.: *Diese Meldung greift den Tatsachen weit voraus, . . . die Entscheidung (ist) durchaus noch nicht gefallen. Auch in Goslar hat dieser Tage eine Besichtigung durch Vertreter der Frontkämpferverbände stattgefunden, und man darf wohl sagen, daß diese Herren hier durchaus keinen unbefriedigenden Eindruck gewonnen haben.* Am 9. 5. heißt es: *Nachdem die Frontkämpferverbände eingehend das Gelände besichtigt und dabei die Bedeutung des Goslarschen Projektes für die ganze Frage voll erkannt hatten, besuchte am 13. und 14. 5. 1926 der Reichskunstwart Dr. Redslob unser Gelände und unsere Stadt. Dr. Redslob ist beauftragt, die vielen Anträge zu sichten und Vorschläge für eine engere Wahl zu machen. Wir möchten uns im Einvernehmen mit dem Arbeitsausschuß für den Reichsehrenhain in Goslar aus begreiflichen Gründen über das Ergebnis der Verhandlungen Zurückhaltung aufzulegen, werden aber unsere Leser über neue Tatsachen und besondere Ereignisse auf dem laufenden halten.*

Dazu gehörte am 5. 6. die Mitteilung Klinges vor dem Ehrenhain-Ausschuß, daß der Stand der Angelegenheit für Goslar als recht günstig zu bezeichnen sei und daß die Entscheidung offenbar nahe bevorstehe. Deshalb komme es darauf an, *alle Kräfte für die Erreichung dieses Zieles heranzusetzen. Zur Unterstützung der Werbetätigkeit hat die Stadt eine vornehm ausgestattete Werbeschrift herausgegeben.*

Die Herausgabe dieser Werbeschrift, die eigentlich schon für den Besuch der Verbände und des Reichskunstwarts vorliegen sollte, hatte größere Schwierigkeiten gemacht, als zu vermuten war. Das lag in erster Linie am Vorprojekt Migges.

Trotz seiner schnellen Arbeit — er hatte erst am 21. 4. die letzten Unterlagen, die Luftaufnahmen des Geländes, erhalten — lagen seine Pläne und Skizzen erst am 5. 5. in Goslar vor. Vorgesehen war, daß für die Werbeschrift Dr. Kassebaum den einleitenden allgemeinen Teil schreiben sollte, dem sich als 2. Teil die Pläne und Skizzen für die Gestaltung des Haines von Migge mit einer Legende des Gartenarchitekten anfügen sollte. Am 11. 5. war Migge mit Dr. Kassebaum in Goslar bei der Firma F. A. Lattmann, die den Druck übernehmen sollte. Im Brief vom 12. 5. teilte die Firma dem Magistrat mit, daß die Besprechung, *in der auch die Unterlagen, welche eventuell für die Druckschrift in Frage kommen, vorliegen müßten, . . . kaum über Andeutungen hinaus(kam), und alle unsere Bemühungen, Herrn Migge, wie verabredet, noch nach dem Vortrage auf dem Rathaus⁵⁷ oder im Achtermann zu treffen, waren vergeblich. Herr Migge ist, ohne auf die Angelegenheit zurückzukommen, abgefahren. Herr Dr. Kassebaum sagte uns heute, daß er nur über den von ihm bearbeiteten Teil der Schrift unterrichtet sei . . .* Migges Beschreibung seines Projektes kam dann erst am 7. Juli nach Goslar. Inzwischen war die Werbeschrift Anfang Juni bereits erschienen, und zwar ohne jede Erwähnung oder Andeutung über Migges Pläne, obwohl die Pläne und Skizzen, insgesamt 15 Blätter, seit dem 5. Mai in Goslar vorlagen.

Das bedarf sicherlich einer Erklärung, die jedoch aus den Akten nicht so ohne weiteres hervorgeht, denn weder über die Magistratssitzung noch über die des Ausschusses existiert ein Protokoll oder eine Aktennotiz. Aus dem Briefwechsel Migges mit Klinge geht hervor, daß Migge befürchtete, mit der Art seines Projektes nicht auf der künstlerischen Linie des Reichskunstwarts zu liegen. Klinge hatte am 23. 3. seine Frage, ob Migge den Auftrag übernehmen wolle, mit der Mitteilung des Reichskunstwarts eingeleitet, *Goslar (gehöre) mit zu den Städten, die zur Schaffung eines Ehrenhains in erster Linie in Frage kommen.* Migge bezweifelte dies in seinem Brief vom 25. 5.: *Ich kann es von hier aus nicht beurteilen, inwieweit diese Äußerung des Reichskunstwarts mehr als eine unverbindliche Höflichkeitsformel bedeutet. Aus der Zurückstellung unserer Denkschrift (!) möchte ich schließen, daß der Herr Reichskunstwart der von mir gefürchteten Anschauung von „Pan-Natur“⁵⁸ huldigt und diesen Standpunkt auch bei der Bewertung der Konkurrenten vertreten wird. Aus genauer, besonders auch gefühlsmäßiger Erkenntnis des vorliegenden kann ich mir nicht versagen, darauf hinzuweisen, daß unter solchen Umständen Goslar keine Aussicht haben dürfte. Unser Gelände ist nur als gestaltete Landschaft erstklassig.*

Zwei Grundforderungen:

- 1) Der Reichsehrehain ist, an welchem Ort und von welcher Anschauung auch immer, ein Gebilde, das für die Aufnahme von Hunderttausenden von Besu-*

⁵⁷ Migge sollte die Pläne am frühen Nachmittag dem Magistrat vorstellen, zwischen 17 und 18 Uhr im Achtermann dann dem Arbeitsausschuß Reichsehrehain, der dazu ohne Bürgervorsteherkollegium und ohne Presse zu einer nichtöffentlichen Sitzung eingeladen war (Protokoll der Sitzung vom 4. 5. 26 in Akte C 4427).

⁵⁸ Diese Hervorhebung durch den Verfasser, die folgenden von Migge.

*chern technisch organisiert werden muß. Jede lediglich anpassende Naturdu-
selei muß praktisch zu einem Fiasko führen.*

- 2) *Aber auch abseits dieser sachlichen Durchorganisation, die bestimmte bauliche und pflanzliche Gestaltung unerläßlich macht, muß die Forderung auf bildmäßige, monumentale Steigerung der Landschaft eben zu einem heiligen Hain in den Vordergrund geschoben werden. Es erscheint nach aller Kenntnis von Kunst und nach aller Erkenntnis von Massen-Psychologie ganz und gar ausgeschlossen, daß eine schöne Landschaft — die schönste der Welt — nur als solche dargeboten, dauernd Einfluß und Bewegung auf Gemüt und Sinne, auf Jugend und Menschen ausüben wird. Die Millionen Kriegsteilnehmer sollten und die Jugend wird es verlangen, daß der Reichsehrenhain nicht auch so ein faules Grün sei, daß die Gedanken zufrieden einlullt, sondern daß es ein Menschenwerk werde, so groß und bedeutsam, daß Geschlechter daran schaffen und Zukunft aufgebaut werden könnte.*

...

Ich bin meinerseits nach wie vor bereit, Sie in Ihrem großzügigen Bestreben zu unterstützen. Zu diesem Zweck habe ich die Absicht, mit einem Presse- und Redefeldzug nach außen zu treten⁵⁹, und ich bitte Sie, mich hierin zu unterstützen.

Dieser Brief brachte Klinge in einige Verlegenheit. In der Tat hatte der Reichskunstwart in seiner Rede in Goslar am 14. 5. von den *Gesichtspunkten des Heimatschutzes* gesprochen, von denen aus jedes Projekt, besonders ein *Waldgebiet für das Reichsehrenmal* geprüft werden müsse, ob nämlich der Plan eine *Steigerung oder Minderung* der Natur bedeute. Migges weitgehend „gestaltete Landschaft“, von der noch bei der Darstellung seines Projektes die Rede sein muß, war schwerlich mit diesen Vorstellungen in Einklang zu bringen. Daher war offensichtlich weder bei den Gesprächen mit den Vertretern der Frontkämpferverbände noch mit Dr. Redslob Migges Projekt auch nur erwähnt worden, auch fehlt in der Presse darüber jeder Hinweis. Klinge schrieb Migge am 3. 6., daß dem Reichskunstwart nach wie vor *Goslar für die Verwirklichung seines Planes außerordentlich günstig erscheint*⁶⁰. *Wenn wir trotzdem eine Denkschrift, die mit dem Projekt an die Öffentlichkeit geht, vorläufig zurückstellen, so tun wir dies, weil wir die Gewißheit haben, daß es sich bei der Wahl des Ortes vorläufig darum dreht, welche Landschaft von Natur aus den geeignetsten Platz für den Ehrenhain abgibt . . . Wir haben unsere Werbemaßnahmen sorgfältig erwogen und sind durch alles, was wir von maßgeblicher Seite hörten, überzeugt worden, daß es einstweilen lediglich darauf ankommt, die für die Entschei-*

⁵⁹ Hervorhebung durch den Verfasser.

⁶⁰ Klinge bezog sich damit auf einen Brief vom 17. 5. 1926, in dem Redslob an ihn schreibt: *Den Nachtrag zu meinem Bericht habe ich bereits aufgesetzt und darin betont, daß ich Goslar aus den mit Ihnen besprochenen Gründen für besonders berücksichtigungenswert halte* (Akte C 4427, Besichtigungen).

derung maßgebenden Persönlichkeiten für unsere Sache zu gewinnen. Zunächst geben wir anliegende von Herrn Oberstudiendirektor Dr. Heiligenstaedt geschriebene Denkschrift heraus.

Auf diese für Migge enttäuschende Nachricht erfolgte zunächst keine Antwort; Migge schickte dem Oberbürgermeister am 7. 7. ohne Kommentar die *Abschrift meines Berichtes Projekt Reichsehrehnain*, die als Ergänzung seiner Pläne und Skizzen noch ausstand. Teil I des „Berichtes“, der im ganzen 7 Schreibmaschinenseiten DIN A5 umfaßt, bringt im wesentlichen die Gedanken, die Migge dem Oberbürgermeister in seinem Brief vom 25. 5. entwickelt hatte. Im Teil II, der „Legende“, wird deutlich, wie sich Migge die „gestaltete Landschaft“ vorstellte: Er unterscheidet neben der „Basis“ (= die *Touristen- und Kurstadt Goslar*) drei Zonen, nämlich die *Große Freiheit*, die *Kleine Freiheit*, den *Heiligen Wald*, außerdem den *Vorhof mit dem Zeichen*. Außerhalb dieser 3 Zonen liegen die *Zuführer*, d. h. die Straßen und Wanderwege zum Hain, und die *Entfaltung*.

Die sogenannte Entfaltung nennen wir das, dem eigentlichen Ehrenhain malarisch vorgelagerte Gelände. Es ist insbesondere der Gruppierung von Festzügen, sowie als Lagerplatz der Fahrten-Jugend vorbehalten. Hier soll und darf sich bewegtes, farbiges Leben entfalten. Mitten durch die Entfaltung erzwingt die alte Harzstraße den Zugang zum grünen Reservat, dem eigentlichen Ehrenhain.

Ein rd. 220 ha großer Wald hochragender Fichten auf Schiefergrund. Nach örtlichen Eigenheiten und Sachfordernissen gliedert er sich in 3 Hauptteile: die Große Freiheit, die Kleine Freiheit und der Heilige Wald.

In der Großen Freiheit, in die jedermann jederzeit durch offene Tore Zutritt hat, soll der einzelne auf stillen Pfaden ungestört lustwandeln, aber auch die Abteilung, die Horde, der Verein ihren Lagerplatz im schattigen Walde finden. Hier soll dem Volke seine Freiheit voll verstattet sein, natürlich in den Grenzen, die die Stätte erlaubt. Eine hohe Mauer — der Kranz — meilenweit um den ganzen Hain gezogen, soll diese sittlichen Grenzen auch dinglich und erzieherisch in Erinnerung bringen.

Anders in der Kleinen Freiheit. Hier gibt es keine Lagerung und kein Papier. Hier tritt man nach Passieren eines weiteren, dieses Mal aber breiten niederen Gemäuers ein zur Vorbereitung und Sammlung auf das Außerordentliche — den grünen Tempel, den Heiligen Wald.

Als Kernstück des ganzen Gebietes wird der Heilige Wald von der Kriegsgedenkmauer umfriedet, deren Tore sich aber nur bei besonderen Anlässen öffnen: Gestaffelte Wandflächen, die die Namen der Gefallenen tragen zwischen Pfeilern, die die Taten der Regimenter und Verbände künden. Von hier wenige Schritte — und wir gelangen zum Allerheiligsten: man sieht turmhoch unter sich die Sohle des alten Bergwerks als schimmernden Bergsee, in dem sich blumenübersäte Felswände spiegeln. Im See rauscht die reine Quelle und gegenüber auf

der großen Wasserterrasse flammt das ewige Feuer auf erhöhtem Altar — ... Rings über den Felswänden, auf den Haldenterrassen hier und im ansteigenden schattigen Walde drüben können Hunderttausende dem Wort des Führers⁶¹ aus der Schlucht her lauschen, das die steilen Wände auffangen und übernatürlich weit und empor tragen.

Den Schlüssel zum Heiligen Walde bildet der Vorhof, der am Eingang des Haingebietes liegt. Er trägt, der aufsteigenden Sonne und Goslar zugewandt, als weithin erkennbares „Zeichen“ ein Säulenrund einfachster Formung, aus dem 2 adlergekrönte Obeliskten wachsen: Heer und Marine. Von hier aus eröffnet sich dem Beschauer ein entzückendes Bild auf die sonnendurchflutete Harzlandschaft mit der turmreichen Stadt im Hintergrunde, indessen zu Füßen sich farbenfrohe Jugend tummelt. Hier im Vorhof finden die gewöhnlichen Repräsentationsversammlungen statt, wozu die natürlichen, übereinandergelagerten Terrassen aufs beste einladen. Von hier aus soll dann und wann ein feierlicher Umzug zum Heiligen Wald die Gemüter erheben und stärken. —

Verlassen wir den Ehrenhain mit seinen gehegten Zonen durch eines seiner vielen Ringtore, so soll uns keineswegs der Alltag gleich wieder überfallen: Ein weites Waldgebiet rings um den Hain soll als öffentliches Naturschutzgebiet erklärt und demgemäß von allen profanen Dingen, wie Gasthöfen und Schankstätten, Autoverkehr u. a. m. frei gehalten werden, lediglich für die unumgänglichen Bedürfnisse der technischen Verwaltung sowie des sanitären Dienstes kann, nächst den Hauptzugängen, eine kleine Ökonomie errichtet werden.

Im nächsten Absatz geht der Gartenarchitekt Migge auf die Vegetation ein: Flora des Waldes und der Waldwiesen, besonders auch der Blumenbewuchs an der großen sonnigen Felswand im Heiligen Hain, sowie Wasserrosen und Mummeln in den Wässern. Im III. Teil entwickelt er seine Gedanken über den Aufbau: Könnte man natürliche Schönheit und Erhabenheit in ein Glashaus setzen, so wäre der Reichs-Ehrenhain zu Goslar schon heute fertig. Aber auch die unumgänglichen Gestaltungen für seinen „Betrieb“ und seine Sicherung können mit verhältnismäßig geringen Mitteln und vor allem nach und nach errichtet werden. Generationen können notfalls an dieser gewaltigen Stätte deutschen Glaubens bauen — das Volk kann sich sein Heiligtum selber erbauen. Eines der besten Baumaterialien der Welt: Schiefer, tritt überall im Gelände zutage. Auch Holz bietet der umliegende Harz in Hülle und Fülle. — Was hindert den ehemaligen Frontkämpfer, die Ringmauern gemeinsam Stück für Stück, Jahr für Jahr weiterzuführen, was die Jugend, ihre Tingstätten und Nester auf den Höhen zu türmen. Zu den Schrifftafeln der Gedenkmauer kann die Kriegerwitwe ihr Scherflein herzutragen und das ragende Mal mag aus den gesammelten Spargroschen der Millionen Bürger entstehen. Dieses Tor mag den (ungeschriebenen) Namen eines Stifters tragen (?) und jene Promenade als Patin eine Stadt nennen. Solcher

61 Der Ausdruck ist allgemein gemeint, so hatte der „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“, einen „Bundesführer“.

Art soll das ganze deutsche Volk an seinem Werk mitbauen — am Reichsehrenhain, der dem ehrenvollen Gedenken der Kämpfer geweiht ist und bestimmt, den Geist der Wiedergeburt einer großen Nation zu beschwören:

*,Verbrannt zu Asche
Hebt der Phönix sich,
Verklärt durch Schmerz,
in Himmelshöh'n'
Peter Altenberg⁶²*

Bei den Plänen und Skizzen, die Migge am 5. 5. dem Magistrat zugesandt hatte, handelt es sich

- 1) um den *großen Plan*⁶³ im Maßstab 1:1000. Als Gesamtfläche sind 200 800 qm ausgewiesen, von denen 10920 auf den „Vorhof“, 42920 auf den „Heiligen Wald“ und 146 690 auf die „Kleine Freiheit“ entfallen. Unter dem Plan sind 2 Schnitte skizziert (ein großer Nord—Süd, ein kleinerer des Tunnels Ost—West unter der „Autostraße“ — heutige B 241) und eine Ansicht des „Zeichens“ mit den Obelisken. Im ganzen sind 16 Objekte farbig eingezeichnet⁶⁴ und in einer Übersicht genannt;
- 2) die *große Vogelschau* aus dem Südosten der Grube, eine Kohlezeichnung auf gelblichem Karton. Im Vordergrund sind die Zugangswege mit einzelnen Marschkolonnen zu sehen, dazu drei Tore, in der Mitte das *Zeichen* (der Säulenbogen) mit den beiden Obelisken, dazu Teile der Terrassen, die *Kriegsgedenkmauer* und die Mauer um die *Kleine Freiheit*, weiter sind der Tunnel, die Wasserterrassen und die Kanzel nur sehr undeutlich mit Strichen markiert, deutlich ist die *Felsblütenwand* im Norden und die Wasserfläche des *Grundsees*;
- 3) die Detailskizzen zu den im Plan eingezeichneten Objekten, insgesamt 11, von denen im Archiv nur 9, und zwar nur als kleine Farbfotos erhalten sind.

Aus der „Legende“ und dem Plan wird deutlich, wie sehr Migges „Vorprojekt“ von den Vorstellungen des Reichskunstwarts („Pan-Natur“) abweichen. Allein schon der dreifache Mauerkranz, die Tore und Tunnel der Zufahrtswege waren Eingriffe in die Natur, bei denen man zweifeln konnte, ob es sich um „Steigerung“ oder „Minderung“ der Natur handelte, und schließlich war das „Zeichen“ doch das „ragende Mal“, auf dessen Verzicht sich Reichskunstwart und Veteranenverbände geeinigt hatten. Konsequenterweise weigerten sich daher auch Oberbürgermeister und Magistrat, die Pläne zu veröffentlichen oder gar mit ihrer Hilfe Goslars Bewerbung zu unterstützen. Auf den privaten Brief Migges an

62 A. (1859—1919), Wiener Schriftsteller, bekannt durch seine impressionistischen Skizzen des Wiener Kultur- und Gesellschaftslebens.

63 Bezeichnungen von Migge.

64 Wasser: blau, Wege: gelb, Baumgruppen: grün, Bauten: rot, Felsen: schwarz, Wald: braun.

Klinge⁶⁵, er sei bereit, auch nach der Entscheidung des Reichsrat-Ausschusses für Berka, die *grundlegenden Fragen* des Hains erneut publizistisch *aufzurollen*, antwortete der Goslarer Magistrat am 21. 7. sehr kühl, er habe sich *entschlossen, das von Ihnen bearbeitete Projekt z. Zt. nicht zu veröffentlichen, ... da anzunehmen ist, daß die deutschen Künstler sich der Frage annehmen und ein Wettbewerb ausgeschrieben wird.*

In der ersten Goslarer Werbeschrift vom Juni 1926, der Ende 1927 in Verbindung mit der Pfingsttagung des VDA in Goslar eine zweite und 1933 eine dritte folgen sollte, beschränkt man sich ganz auf die Vorstellung der Stadt Goslar mit dem Haingelände. Der Schrift mit dem Titel „Das Reichsehrenmal in Goslar“ (Entwurf und Druck bei F. A. Lattmann, Goslar) sind 8 Fotos beigelegt: Blick auf die Stadt vom Osten, die Kaiserpfalz, Rathaus und Marktkirche, Blick von einem der Wege zum Ehrenhain, im Gelände des Ehrenhains, Blick von den Halden auf Goslar, Eingang der Ratschiefergrube, der Ehrenhain. Die Anlage zum siebenseitigen Text ist eine einfache Skizze der Bahnverbindungen nach Goslar und eine Karte der Stadtforst 1:30000, in der grün das *Schutzgebiet* und rot *Mittelpunkt des Hains mit Ratsgrube* gestrichelt sind.

Im 1. Teil des Textes werden *tausend Jahre Stadtgeschichte mit tausend Jahren Volksgeschichte* gleichgesetzt. Heinrich I., *der erste deutsche König aus reinem deutschen Stamm*, gründete Goslar, *nach dem Willen Heinrich III. sollte Goslar des ‚Rikes Palasse‘, Herz und Mittelpunkt des deutschen Reiches werden ... um Goslar wurden der Rotbart und der Löwe Todfeinde.* Im Mittelalter entwickelte sich das *kraftvolle Bürgertum* der Stadt. *Das Gepräge der Reichsstadt hat sich hier erhalten wie in Rothenburg, Dinkelsbühl und Nördlingen*, dann kamen die *Stürme der Reformation ... Georg Siemens, der erste Bürgermeister Steinschen Geistes.* Zum Abschluß des 1. Teiles: *Und die Gegenwart, die jüngste Vergangenheit. Tausend und Abertausend, auf bequemen und raschen Eisenbahnverbindungen von Nord und Süd, von Ost und West herangeführt, spüren den Zauber dieser tausendjährigen Stadt, die in ihrer Vergangenheit nicht einrostet, sondern frisch voranschreitet:*

*froh und kraftvoll wandernde deutsche Jugend
am rauschenden Marktbrunnen
unter dem uralten Reichsadler —
das Sinnbild Goslars.*

Der 2. Teil führt zum Reichsehrenhain. *So verkörpert Goslar die glanzvollste Zeit des mittelalterlichen deutschen Kaisertums ... ein treues Spiegelbild vom*

65 Brief vom 13. 7. — Am 29. 7. beklagte sich Migge bitter bei Klinge: *Sie werden später noch einmal einsehen, wie taktisch falsch es war, Ihnen selbst gewählten Sachbearbeiter bei der entscheidenden Propaganda auszuschalten.* Wieweit bei der Ablehnung der Pläne Migges auch die Frage der Finanzierung selbst eine Rolle gespielt hat, ist nicht zu beantworten, da in den Akten darüber nichts zu finden ist. Immerhin hatte die Stadt allein für die Pläne insgesamt 5000,— RM an Migge zu zahlen, da Anfang 1927 auch das „Abstandshonorar“ fällig wurde.

Werden und Wesen des deutschen Volkes, und so mußte Goslar seiner Sendung, seiner Vergangenheit treu bleiben, als der Ruf nach einem Gedächtnismal für die deutschen Toten des Weltkrieges immer lauter wurde. — Acht Jahre tragen sechzig Millionen Ketten. Ketten kann man zerbrechen, wenn alle Muskeln, alle Nerven sich straffen, wenn ein Wille will. Aber können wir noch wollen? Da reckt sich in Wolken und Himmelshöhen über uns eine Gestalt auf, in zerrissenem, grauem Rock, mit abgekehrtem, gefurchtem Antlitz, vom Tode gezeichnet, und hinter ihm ein endloser grauer Zug, immer mehr und immer mehr, und das tote Auge des Kameraden läßt uns nicht wieder: Das tat ich für Euch — Und was tut Ihr für uns?

Wo liegt die Gruft des deutschen Streiters, das Mal seiner Größe?

Wir lassen Goslar hinter uns und wandern die . . . (alte) Harzstraße . . . hinan. Nach drei Viertel Stunden Weg steigen links und rechts, gewaltigen Torpfeilern vergleichbar, zwei Halden aus stahlgrauem Schiefer an: Wir sind an der Pforte zum heiligen Bezirk. Vieljährige hohe Fichten bewachen ernst und streng den Eingang . . . dann umfängt uns die Stille des Gebirgswaldes. Weiter geht es empor — und vor uns öffnet sich in gewaltiger Tiefe, zweihundert Meter lang, die alte Ratsgrube. . . . Das ist die Stätte, die Tausende stumm und ergriffen betreten sollen, wo die Erhabenheit der Natur Sinnbild werden mag für die Größe der Tat — die Größe des deutschen Streiters. Die Tausende, die dem Opfergang ihrer Brüder angesichts der steil und wuchtig aufsteigenden Wände der Gruft beiwohnen, werden fast noch mehr durch das Erlebnis gebannt: vor ihnen in der Tiefe die heilige Handlung⁶⁶, über sich der dunkle Kranz der Tannen und der weite Himmel, sonst nichts, was den Blick ablenken, die Andacht stören könnte. Aber diese Gruft umgibt ein weiteres Waldgelände, das uns vorbereiten und erst allmählich an die Gruft heranzuführen soll. Es umschließt in breiter Ausdehnung älteste Bestände und Lichtungen, Taleinschnitte und Höhen mit Fernblicken von höchster Schönheit. Was beim Totenopfer verhaltene Wehmut und gepreßtes Leid war, löst sich in dieser Umgebung zu friedvollem Dank, zu stillem Gedenken, ringt sich aus der Tiefe des Herzens als heiliges Gelöbnis empor.

Und dann wenden wir unsere Schritte rückwärts. Wieder grüßen wir die Türme Goslars, und wir verstehen, was sie uns zu sagen haben:

*Gesegnet mit der Kraft
und dem Willen der Toten lebe!
Lebe für Dein Volk!*

Unverkennbar ist in dieser Darstellung, daß der Hain ohne jedes Denkmal auskommen sollte; es sollte keine Ablenkung der Andacht zugelassen werden. Unverkennbar ist auch der pädagogisch-didaktische Sinn im Wandern durch Wald und Hain mit Blick auf das historisch geprägte Goslar; ein nationalpädagogischer Lehrpfad wird entwickelt, der aber mehr durch inneres Erlebnis

66 Wie sie sich im einzelnen vollziehen soll, wird nicht mitgeteilt.

als durch äußere Hinweise wirkt, wie das bei den späteren Entwürfen für Berka der Fall ist.

2. Berka oder Goslar — SPD und Reichsehrenhain

Noch bevor der Reichsrat-Ausschuß Anfang Juli 1926 dem Reichskabinett seine Empfehlung für Ort und Art des Ehrenmals gab, erfolgte am 17. 6. eine wichtige Vorentscheidung. Der Reichsminister des Inneren Dr. Külz besprach die Angelegenheit mit Vertretern der verschiedenen Frontkämpferverbände. *Völlige Übereinstimmung herrschte von vornherein darüber, daß für das Ehrenmal lediglich eine Gegend in Betracht kommen könnte, wo die Ehrung der Gefallenen in die Form eines Ehrenhains gekleidet werden könnte, ohne dabei den Gedanken der Heldenehrung in denkmalsähnlicher Form, wenn auch in schlichtester Weise, auszuschließen. Von den zahlreichen Orten wurden . . . lediglich der Wald bei Berka und die Gegend bei Goslar für geeignet gehalten.*

Der Stahlhelm, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Deutsche Reichskriegerbund Kyffhäuser, der Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten, die Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Kriegsgefangener erklärten sich für die Gegend bei Weimar. Der Tannenbergbund, der Deutsche Offiziersbund, der Nationalverband Deutscher Offiziere, der Bund Deutscher Marinevereine, der Marine-Offiziers-Verband und der Reichsoffizierbund erklärten, daß sie Goslar den Vorzug geben würden, aber auch einer Heldenehrung von Weimar ihre Mitwirkung nicht versagen würden⁶⁷.

Damit war Weimar von den mitgliederstärksten Soldatenverbänden ausgewählt, und es war unwahrscheinlich, daß der Reichspräsident von Hindenburg, den das Reichskabinett vor seiner Entscheidung sicherlich befragen würde, sich gegen das Votum der Soldatenverbände aussprechen würde, hatte er doch bereits in einer Besprechung mit den Frontkämpferverbänden im Februar 1926 seine ursprüngliche Idee, die Schinkelsche Wache auszubauen, zugunsten des Haingedenkens aufgegeben⁶⁸.

Natürlich wollte man in Goslar die Entscheidung nicht so ohne weiteres hinnehmen, zumal sie auch noch nicht die endgültige war. *Wie uns von unterrichteter Seite geschrieben wird, teilt die GZ am 19. 6. mit, habe der Beschluß der Frontkämpferverbände manches Befremden ausgelöst, wenn man die warme Stellungnahme ihrer Vertreter vor einigen Wochen zugunsten Goslars bedenkt und wenn man das recht harmlose und ausdruckslose Gelände bei Weimar-Berka mit dem . . . Waldgebiet hier vergleicht, das eine gewaltige heroische Landschaft darstellt. Ähnlich äußerte sich auch der Architekt Hans v. Nickisch-Roseneck, Berlin, in einem ausführlichen Artikel am 30. 6.: allein in Frage kämen Goslar und Berka, doch sei die Gegend um Berka mit der Schönheit hier nicht vergleichbar.*

⁶⁷ Meldung von Wolffs-Telegraphen-Büro in der GZ 18. 6. 1926, s. auch Ribbe, wie Anm. 1, S. 186/87.

⁶⁸ Ribbe, S. 182.

Noch massiver gegen Weimar sprach sich „Dr. K.“ in einem Artikel in der GZ am 2. 7. aus⁶⁹: *Weimar, die Stadt der Dichter und Denker . . . Daß sie in sturm- bewegter Zeit gegenüber der unsicheren Reichshauptstadt eine wenigstens leidliche Ruhe verhieß, um dem neuen Deutschland eine Verfassung zu schaffen, gewiß, dieses Verdienst fällt ihr zu*⁷⁰ . . . *Gerade die Unruhe, die Thüringen (in den folgenden Jahren) mehr und mehr durchwühlte, spricht gegen Weimar. In dem Städtchen Berka sei die Unterbringung der großen Massen im übrigen noch unerfindlich, es sei zwar ein liebliches Tal, das für den Ehrenhain angeboten werde, aber ich will es gestehen: diese Ausdruckslosigkeit . . . befremdet am meisten an dem Berkaer Vorschlage . . . Und nun zu Goslar . . . Hier wird nie der Terror verhetzter Menschen herrschen. In Goslar ist der Friede. So spricht alles, mag man es nehmen, wie man will, für Goslar und gegen Berka*⁷¹.

Inzwischen hatte sich auch der Provinzial-Ausschuß für das Ehrenmal in Hannover für Goslar ausgesprochen: *Mit tiefer Ergriffenheit haben wir die Werbeschrift gelesen . . . So halten wir in der Tat die alte Ratsgrube Goslars . . . für die geeignetste uns bekannte Stelle* (gez. Bratke und v. Campe)⁷².

Am 6. und 7. Juli war der Reichsrat-Ausschuß auf seiner Reise, die ihn zunächst an den Rhein und die Weser geführt hatte, in Goslar, von wo er über Eisenach, Augustsburg, Coburg nach Weimar reisen wollte, um dort die Entscheidung zu treffen. Neben dem Reichsminister des Inneren Dr. Külz und seinem Staatssekretär Weismann, den Oberregierungsräten Scholz und Wienstein und dem Reichskunstwart Dr. Redslob bestand der Ausschuß aus den Reichsratmitgliedern Dr. Prager, v. Briegerleben, Minister Gradnauer, Dr. Münzel und Senator Dr. h. c. Strandes. Der eingehenden Besichtigung am 7. 7. schlossen sich der Oberpräsident Noske aus Hannover, der Regierungspräsident Dr. v. Haltern aus Hildesheim und der Stadtgartendirektor Kube aus Hannover an. Die örtliche Führung lag beim Oberbürgermeister Klinge. Wie beim Besuch des Reichskunstwarts im Mai formulierte auch hier die GZ vorsichtig⁷³, die uralte Ratsgrube und das unvergleichlich schöne Waldgebiet habe den stärksten Eindruck bei allen Beteiligten hinterlassen, dann am 9. 7. etwas kräftiger, die Beteiligten seien ergriffen gewesen: *Bei der Besichtigung der Ratsgrube fiel kaum ein Wort.*

69 Wer „Dr. K.“ war, ist unklar. Dr. Walther Krause, der Verlagsleiter der GZ, zeichnete mit seinem Namen, Dr. Hermann Kassebaum im allgemeinen auch. Dem Stil nach spricht aber einiges für ihn als den Verfasser.

70 Dieses Argument wurde ab 1933 dann gegen Weimar angeführt als der Stadt, in der sich das verhaßte „System“ seine Verfassung gegeben hatte.

71 Der Artikel findet sich fast wortgleich in der „Harzer Volkszeitung“ am 3. 7. Es fehlt allerdings der Satz vom *Terror verhetzter Menschen*. Dagegen ist als Schlußsatz angefügt: *Und fällt die Entscheidung von berufener Seite, wie sie unbefangene und sachliche Prüfung eingeben soll und muß, dann wird des Reiches Ehrenhain im Waldgebiet des Hohen Kehl und des Hessenkopfes bei Goslar errichtet.*

72 GZ 2. 7. 1926.

73 GZ 8. 7. 1926.

Offenbar hielten sich auch Vertreter der Frontkämpferverbände bei dieser Gelegenheit in Goslar auf. Klinge berief sich in seinen späteren Bemühungen, den „Stahlhelm“ auf die Goslarer Seite zu ziehen, mehrfach auf eine Besprechung am Abend des 7. 7. mit den „Bundesführern“, die sich dabei für Goslar ausgesprochen hätten. In der Presse findet sich darüber allerdings keine Meldung.

Die Entscheidung des Reichsrat-Ausschusses teilten GZ und „Harzer Volkszeitung“ am 12. 7. fast wortgleich mit. *Weimar, 10. Juli. Der Ausschuß zur Vorbereitung der Errichtung eines Ehrenmals hielt heute am Ende seiner Besichtigungsreise, die ihn vom Rhein über die Wesergegend bei Höxter und Rinteln nach Goslar und Eisenach und Weimar geführt hat, seine abschließende Sitzung ab. Nach sorgfältiger Prüfung der Projekte kam er zu dem Beschluß, der Reichsregierung in erster Linie einen Ehrenhain im Herzen Deutschlands, wie er in der Gegend von Berka bei Weimar gegeben ist, vorzuschlagen. Daneben wurde von gewichtigen Stimmen auch das Projekt der Toteninseln von Lorch am Rhein für eine würdige Form der Heldenehrung gehalten. Über diesen Vorschlag des Reichsrat-Ausschusses wird das Reichskabinett endgültig zu entscheiden haben.*

Der anschließende Kommentar von Dr. W. K.⁷⁴, in beiden Zeitungen fast wortgleich⁷⁵, bedauerte diese Entscheidung, die Goslar *um so schmerzlicher trefte*, da es eine erste und ernste Anwartschaft erhoben habe. *Wir (kehren) aus diesem Wettstreit erhobenen Hauptes zurück.* Der Aufwand an Arbeit, Zeit und Geld sei jedoch nicht fruchtlos gewesen. *Eine wirkungsvollere Art der Fremdenwerbung — die natürlich nicht Selbstzweck war — konnte für Goslar gar nicht erdacht werden.* (Dies ist fast wörtlich das „Trostpflaster“, das die GZ am 24. 3. 1898 ihren Lesern nach der Wahl von Rüdesheim zum Ort der Deutschen Nationalfeste mitgab⁷⁶.) Der Kommentar schließt mit dem Dank an Oberbürgermeister Klinge, Oberstudiendirektor Dr. Heiligenstaedt und Oberstudienrat Dr. Kassebaum, deren Bemühungen *der erhoffte Erfolg versagt blieb.*

Gerade wegen des Zusammenspiels der GZ mit der „Harzburger Volkszeitung“ ist es erforderlich, kurz auf die Haltung der örtlichen SPD zum Ehrenmalsgedanken einzugehen. Die SPD befand sich allgemein im Reiche und erst recht in Goslar in einer schwierigen Lage. Auf der einen Seite stammte der Aufruf zur Stiftung des nationalen Ehrenmales von einem der ihren, vom Reichspräsidenten Ebert; auch war die SPD zu Anfang des Krieges nicht als absoluter Kriegsgegner bei der Bewilligung der Kriegskredite aufgetreten, wenn sie auch im Verlauf des Krieges immer stärker auf eine politische Lösung unter Verzicht auf

74 Dr. W. K. ist Dr. Walther Krause, der Verlagsleiter der GZ.

75 In der „Harzer Volkszeitung“ fehlt das Kürzel des Verfassers und auch die übrigen Namen. Dafür ist der etwas pathetische Schlußsatz angefügt, man dürfe den Gedanken nicht verloren geben, *daß dieses Stück Goslarscher Erde für alle Zeiten geweiht ist, geweiht durch die Arbeit vergangener Generationen, geweiht durch den frommen Willen unseres Geschlechts, den Toten des großen Krieges hier eine Ehrenstätte zu bereiten. Die Aufgabe der ganzen Bürgerschaft Goslars muß und wird es sein, diesem Gedanken bleibende Gestalt zu geben.*

76 S. Anm. 37.

einen „Siegfrieden“ gedrängt hatte. Andererseits wußte gerade sie, daß die „Aufbruchstimmung“ des August 1914 eben nicht den Krieg geprägt hatte, sondern vielmehr die Materialschlachten mit tagelangem Trommelfeuer und dem Opfer Hunderttausender um einen Geländestreifen von einigen hundert Metern. Die in diesen Jahren erscheinenden literarischen Darstellungen des Krieges zeichneten ein anderes Bild des Krieges, als es bisher in der bürgerlichen Presse erschienen war.

Angesichts der Notlage, besonders auch der hinterbliebenen Kriegsoffer, kam für sie ein großes und kostspieliges Denkmal nicht in Frage; Heime für Witwen, Waisen und Kriegsversehrte mußten ihr mehr am Herzen liegen. Der Gedanke eines Haines, der keine großen Kosten verursachte, kam der SPD also entgegen, zumal sie ja grundsätzlich gegen ein Gedenkmal im Sinne eines Mahnmales nicht das geringste hatte. Allerdings mußte sie in diesen Jahren mit ansehen, daß der Gedanke der Ehrung der Kriegsoffer immer mehr die Vorstellung einer Helden-ehrung annahm, z. T. mit politischem Akzent oder einer metaphysischen Überhöhung, an der ihr nichts liegen konnte, da besonders auch in den örtlichen Gremien für die Gestaltung der Ehrenmale sich mehr und mehr die bürgerlichen Parteien und die „vaterländischen Verbände“ einsetzten und die Vorarbeit übernahmen. Aus dem „Volkstrauertag“ wurde schon in der Weimarer Zeit immer mehr der „Heldengedenktag“, wie ihn dann Hitler auch 1934 einführte.

So erklärt sich auch ein Kommentar, wie ihn die „Harzer Volkszeitung“ am 10. 5. 1926, also kurz vor dem Goslarbesuch des Reichskunstwarts, unter der Überschrift *Das Ehrenmal — Goslars Tagesgespräch* veröffentlichte: *Die Sache des Ehrenmals an und für sich findet in dieser Form der Ausführung nicht die allgemeine Übereinstimmung . . . Eine große Gruppe unserer Mitbürger (will) das Andenken in derjenigen Form gewahrt wissen, daß für die Hinterbliebenen ihrer engeren Volksgenossen⁷⁷ Waisenhäuser, Altersheime . . . als Dankesschuld errichtet werden sollten. Auf keinen Fall aber gehöre das Denkmal an die gefährdete Grenze, den Rhein . . . in ganz Mitteldeutschland kann es nur sein, aber der Harz hinwiederum muß es sein! (gez. Grimbarth)⁷⁸.*

Als 1928 die Entscheidung für Berka endgültig schien, wurde die Ablehnung schärfer, so die „Harzer Volkszeitung“ vom 18. 10. 1928: *Man solle Wohnungen und Heime (bauen) für alle, die durch den Krieg in tiefste Not und tiefstes Elend gestoßen wurden . . . Errichtet Gärten und Erholungsstätten, baut Straßen und Heime des Friedens und der Wohlfahrt. Dann ist mehr und besseres getan als mit der Errichtung eines Denkmals in Bad Berka getan werden kann.*

77 Der Ausdruck war damals allgemein gebräuchlich. In programmatischen Äußerungen der SPD dieser Jahre wird auch der Ausdruck „Volksgemeinschaft“ sehr häufig benutzt.

78 Hervorhebungen durch die Zeitung.

Die Haltung der SPD kann man im ganzen so skizzieren: Etwas Unbehagen zu Anfang dem ganzen Projekt gegenüber, das sich von 1924 bis 1926 und danach weiter steigerte, als sich die bürgerlichen Parteien und die Soldatenverbände der Sache annahmen und sie in ihrem Sinne interpretierten, verstärkt durch die Tatsache, daß mit Hindenburg ein früherer Generalfeldmarschall nun Reichspräsident war. Wenn aber schon Denkmal, dann in der Form eines Haines und bei Weimar. Die Sitzung der Frontkämpferverbände mit dem Reichsinnenminister Dr. Külz am 17. 6. 1926 in Berlin wurde in der „Harzer Volkszeitung“ wie folgt kommentiert: *Die republikanischen Verbände⁷⁹ sind mit Recht für Weimar. Weimar hat den Vorzug einer guten Verkehrslage, trotzdem ist es keine Stadt, die von einem großen Fremdenstrom überflutet wird. Der Ehrenhain soll ein Ort stillen Gedenkens an unsere Toten sein und nicht ein Geschäftsobjekt für Hoteliers und Gastwirte.*

Für die SPD in Goslar ergab sich die zusätzliche Schwierigkeit, daß sie auch mit der Vorentscheidung für Berka nicht einverstanden sein konnte, so der zitierte Artikel vom 10. 5. 1926. In der Sitzung der städtischen Körperschaften am 30. 7. 1926 dankte Oberbürgermeister Klinge besonders auch den Bürgervorstehern Schacht und Bosse⁸⁰ für ihre Mitarbeit in der Sache des Ehrenhains. Die Stadt werde trotz der Vorentscheidung für Berka ihre Bewerbung *mit der gleichen Sachlichkeit und Zurückhaltung weiter verfolgen. Sie hätte ähnliche Schritte wie die Rheinprovinz⁸¹ unternehmen können, aber sie sehe davon im Interesse der Sache ab.*

Der Vorsitzende des Ortsvereins der SPD Wilhelm Schacht äußerte sich in der Versammlung der SPD am 6. 8. 1926 zur Haltung seiner Fraktion: *In der Frage des Ehrenhains habe die sozialdemokratische Fraktion eine zurückhaltende und abwartende Haltung eingenommen. Anders hätte die Fraktion gehandelt, wenn sie über die Schaffung oder Nichtschaffung eines Reichsehrenhains in Deutschland zu entscheiden gehabt hätte. Da aber die Frage eine bejahte Tatsache gewesen sei, wäre es Pflicht der sozialdemokratischen Fraktion gewesen, in den Ausschüssen vertreten zu sein⁸².*

Wie schon an dem Protest der Rheinprovinz zu erkennen war, entwickelte sich nun ein recht unerquicklicher Streit der Länder und Landschaften um den Ort des Ehrenhains. Wohl als Versuch der Versöhnung zwischen dem Rheinland und Thüringen schlug der preußische Ministerpräsident vor, die Schinkelwache in

79 Damit war in erster Linie das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gemeint.

80 Wilhelm Schacht war Vorsitzender des Ortsvereins der SPD, Bergmann Bosse war Mitglied der SPD-Fraktion im Goslarer Rathaus.

81 Nach der Entscheidung für Berka am 11. 7. hatte die Rheinprovinz heftig protestiert. Der Hintergrund für diesen Protest war die Räumung der „Kölner Zone“ durch die alliierten Truppen Dez. 1925/Jan. 1926 und die „Befreiungsfeier“ am 21. 3. 1926, bei der Hindenburg vom Rhein als dem „deutschen Schicksalsstrom“ sprach.

82 „Harzer Volkszeitung“, 7. 8. 1926.

Berlin zu einem Erinnerungsmal für die preußischen Gefallenen umzugestalten⁸³. Trotzdem wurde gegen Ende des Jahres 1926 immer deutlicher, auch in der Presse, der Wunsch laut, die Entscheidung zu überprüfen — das Reichskabinett hatte die fällige Zustimmung vertagt — und als Entscheidungshilfe ein Gremium unabhängiger, vor allem auch künstlerisch interessierter Persönlichkeiten hinzuzuziehen. Anregung und Unterstützung dafür kamen besonders von den Verbänden der Architekten und Bauingenieure.

3. VDA-Tagung in Goslar — Werbeschrift vom Dezember 1927 — Löbe in Goslar 1928—

Ebhardtts „Reichsausschuß für den Ehrenhain e. V.“

Die Zusage Klinges in seiner Etairede am 31. 3. 1927, die Werbung *in vornehmer, aber großzügiger Weise* fortzusetzen, fand Auftrieb und Gelegenheit durch die Pfingsttagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland, die in Goslar stattfand⁸⁴. Zunächst war die Werbeschrift von 1926 Teil des „Goslarer Bergkalenders 1927“ mit dem Titelbild „Eingang zur Ratsgrube“ und einer Einleitung, in der seltsamerweise dem *Führer des Stahlhelms* der Gedanke des *nationalen Denkmals* zugeschoben wird, den *die deutsche Regierung* aufgegriffen habe. Eberts Aufruf wurde also bereits verschwiegen, wie das in der Folge immer häufiger der Fall war. Im Streit um den Ort des Ehrenmales habe dann *die schon sprichwörtlich gewordene deutsche Uneinigkeit ... Triumphe (gefeiert) ... Der Parteigeist behielt die Oberhand. Berka in Thüringen wurde von der eingesetzten Reichskommission gewählt, um dadurch das Land zu bevorzugen, in dem die deutsche Republik ihre Verfassung fand*. Im Zusammenhang des Textes war dies eindeutig als Vorwurf gemeint, wie er dann nach 1933 besonders in Goslar wieder aufgegriffen wurde (s. auch S. 337, Anm. 70).

Die Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Ausland brachte zum Juni/Juli 1927 als Sondernummer ein „Goslar-Heft“ heraus, das neben den üblichen Vereinsnachrichten Goslar und dem Harz gewidmet war. Der „Einführung“ durch Oberbürgermeister Klinge folgt das „Grußwort“ von Prof. Dr. Reichardt für die Ortsgruppe des VDA, danach ein Aufsatz von 18 Seiten „Das tausendjährige Goslar“ von Dr. C. Borchers mit vielen Bildern. Die Mitte des Heftes nimmt die Schilderung „Die alte Ratsgrube bei Goslar“, ebenfalls von Dr. Borchers, ein mit dem Einleitungssatz: *In der im Mittelpunkt des*

83 S. auch Ribbe, wie Anm. 1, S. 182/183, Anm. 39. — In einer Aussprache, zu der der Reichsminister des Inneren am 9. 12. 1927 Klinge gebeten hatte, erfuhr dieser: 1. Hindenburg sei für Berka mit Rücksicht auf Stellungnahme der Frontkämpferverbände; 2. „Der Rhein“ (= die Rheinprovinz) sei nicht mehr für Lorch, wenn statt Berka in Berlin die Schinkelwache eingerichtet wird und unmittelbar danach ein „Reichsdenkmal am Rhein“ geschaffen würde (Aktennotiz Klinges in C 4425 Stadtarchiv Goslar vom 20. 12. 1927).

84 S. Ribbe, S. 184/185. Daß die „Morgenandacht“ des VDA in die Ratsgrube gelegt wurde, um die Eignung dieses Platzes für Massenversammlungen zu erweisen, läßt sich aus den Akten nicht belegen, dennoch spricht einiges für diese Vermutung.

Reichsehrenhain-Vorschlag der Stadt Goslar stehenden Ratsschiefergrube findet die Morgenfeier der Tagung statt. Der Aufsatz selbst entspricht mit wenigen Kürzungen dem Artikel vom 7. 5. 1926 in der GZ und der „Harzer Volkszeitung“ (s. S. 327).

Die Pfingsttagung am 5. und 6. Juni 1927 wurde in der GZ und in der „Harzer Volkszeitung“ ausführlich in einleitenden und begrüßenden Artikeln gewürdigt, vor allem die Feierstunde am Pfingstsonntag in der Ratsschiefergrube. *Dem VDA zum Gruß* heißt es am 4. 6. in der GZ, die auf der Titelseite auch das Grußwort des Reichspräsidenten wiedergibt. *Glückauf zur Haupttagung des VDA in Goslar* ist die Überschrift in der „Harzer Volkszeitung“ am 4. 6., die in einem ausführlichen Artikel *Auslandsdeutschtum und großdeutscher Gedanke* schreibt: *Wir hängen keinen romantischen Gedanken nach, wir wollen die verfassungsmäßigen Rechte wie deutsche Schulen, deutsche Kultur.* „Die Morgenfeier des deutschen Volkes“ nennt die GZ am 7. 6. die Jugendkundgebung in der Ratsschiefergrube, in der nach dem Liede „Wir treten zum Beten“ der Bischof von Braunschweig (früher Landesbischof von Kurland) Bernewitz und der Domherr Huber aus Oedenburg in Westungarn sprachen. *Ein Naturwunder ist die Akustik* der Ratsgrube, die mit Leichtigkeit die Masse von 20000 jungen Menschen gefaßt habe. Diese Bemerkung findet sich wörtlich am gleichen Tag in der „Harzer Volkszeitung“, die außerdem von einem *Anblick von unerhörter Stimmungskraft und Farbigkeit* spricht. Hier sei *unter freiem Himmel ein Festraum geschaffen, wie er in Deutschland kaum ein zweites Mal vorhanden sein dürfte*⁸⁵.

Allerdings fügte die „Harzer Volkszeitung“ dann kritisch eine *notwendige Bemerkung* hinzu: *Einige Gruppen huldigten offensichtlich nationalistischen Tendenzen . . . (so) im Singen hurrapatriotischer Lieder, die erkennen ließen, wie der Geist an manchen höheren Schulen noch in der Republik beschaffen ist.* Viele schwarz-weiß-rote Fahnen seien zu sehen gewesen, und der ganze *nationalistische Spuk* schade der *Sache des Deutschtums im Auslande und dem großdeutschen Gedanken.*

Hierzu muß bemerkt werden, daß der „Flaggenstreit“ dieser Jahre in Goslar besonders heftig ausgetragen wurde. Der Reichspräsident hatte am 5. 5. 1926 in einer „Flaggenordnung“⁸⁶ festgelegt, die Reichsflagge sei Schwarz-Rot-Gold, die

85 Ein verspätetes Echo findet sich im Januarheft 1928 der Zeitschrift „Der Harz“ von dem Maler Reinecke-Altenau als „Eindrücke eines Malers zur Frage des Reichsehrenhains“: *Ich war dabei, als am Pfingstsonntag 1927 die gewaltigen Scharen . . . über 20000 stark . . . heraufwanderten und sich zur Morgenfeier in der Ratsgrube zusammenfanden . . . Für sie alle war die Grube das sammelnde Meer, das sie in seine grünen Arme schloß. Die Grube füllte sich und blieb doch z. T. noch leer. Blauäugiger, blondhaariger Idealismus marschierte, hüpfte, drängte, sprudelte herein . . .*

86 Es war die 2. Flaggenverordnung, die erste war vom 11. 4. 1921, dazu Ribbe, wie Anm. 1, S. 177/178: *Die Doppelbeflaggung demonstrierte nun den inneren Zwiespalt auch nach außen.* (Die Verordnungen waren nötig, da die Weimarer Verfassung im Artikel 3 nur von den schwarz-rot-goldenen Reichsfarben sprach.)

deutschen Botschaften und Konsulate im Ausland seien aber ermächtigt, im Interesse des deutschen Handels und der Deutschen im Ausland auch die alten Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot zu zeigen. Das gab natürlich einigen Bürgern, auch in Goslar, Auftrieb, die alten Fahnen als Protest gegen die neue, die ungeliebte Republik zu zeigen, zumal sie dies auch schon vor 1926 bei bestimmten Anlässen immer wieder und gern getan hatten. Bekannt dafür war in Goslar z. B. der Hotelier Heinrich Pieper vom „Achtermann“. Bei der Einweihung des Denkmals für die im Weltkrieg gefallenen Jäger — in Goslar war das Jägerbataillon des IR 17 stationiert — am 19. 9. 1926 hatte die „Harzer Volkszeitung“ von einem *schwarz-weiß-roten Rummel* in Goslar gesprochen. Im August 1929 kam es zu dem „Goslarer Schulfall“, weil Gymnasiasten bei den Reichsjugendwettkämpfen die schwarz-rot-goldenen Schleifen an den Ehrenkränzen der Preisträger abrisen und auf die Straße warfen. Der Schulleiter wurde versetzt, der preußische Kultusminister Becker mußte sich einer offiziellen Anfrage im Landtag stellen, weil die Rechtsparteien ihn wegen seiner Maßnahmen angriffen.

Goslars Werbeschrift von 1926 hatte in der „Denkschrift zur Frage der Errichtung eines Reichsehrenmales“ von Prof. Bodo Ebhardt im Juniheft 1927 des „Deutschen Bauwesens“ ein Echo gefunden. Nach seinen allgemeinen Ausführungen über die Gestaltungsmöglichkeiten (s. o. S. 317) stellt Ebhardt die verschiedenen Objekte vor. Am Schluß nennt er *den ganz anders gearteten Platz* (im Vergleich zur Sababurg im Reinhardtswald) bei Goslar, der noch eine eingehende Würdigung verdiene: *Ein schöner Zugang führt durch das Gosetal zu einem gewaltigen, uralten Schieferbruch auf halber Höhe. Von Menschenhand geschaffen, aber jetzt dicht bewachsen, wirkt er als ein heiliger Raum in einem heiligen Haine, als Opferstätte von fast unheimlich zwingender Wucht.* In der Denkschrift sind auch drei Fotos vom Hain enthalten, die z. T. aus der Werbeschrift von 1926 stammen.

Klinge dankte Ebhardt für die Übersendung dieser Sondernummer am 2. 7. und fügte zwei Fotos von der Morgenfeier des VDA bei, auf die Ebhardt in seiner Erwähnung des Haines bei Goslar schon hingewiesen hatte⁸⁷. Klinge zitierte einige lobende Pressestimmen, so auch die der „Jenaischen Zeitung“, die *mit Rücksicht auf Berka keine Veranlassung hat, Goslars Eignung als Platz für das Reichsehrenmal zu betonen*, und bat Ebhardt um Rat, *was zur Erreichung des Ziels noch zu tun ist.* Ebhardt wies ihn in seinen Antworten auf den *Kreis der Persönlichkeiten* hin, den er bilden wolle, damit die Entscheidung von anderer Seite beeinflußt werden könne, zumal die Frontkämpferverbände nach wie vor für Berka plädierten⁸⁸.

87 Mit dem Satz . . . *werden sich zu Pfingsten schon 15 000 Mitglieder des Vereins für das Deutschtum im Auslande zu einem Festgottesdienst vereinen.*

88 Klinges Versuch, den früheren Reichsinnenminister Dr. Külz, der als Mitglied des Hauptausschusses des VDA in Goslar gewesen war, zu einer positiven Aussage zu bewegen, schlug fehl. Külz antwortete diplomatisch: . . . *starker Eindruck, auch für eine solche Feier kaum ein besserer Ort zu finden, jedoch damit kein Werturteil für das Geeignetsein der Ratsschiefergrube für den Reichsehrenhain, da hierfür doch z. T. noch andere Momente maßgebend sind* (Brief vom 22. 7. 27 in Akte C 4425).

Immerhin schien es noch Hoffnung für Goslar zu geben, und der Verkehrsausschuß der Stadt beschloß am 14. 7. 1927 eine neue kurze Denkschrift herauszugeben, wofür er 9500,— RM bewilligte. Sie erschien im Dezember mit der rhetorischen Frage als Überschrift *Hat der Goslarer Reichsehnhain-Vorschlag seine Eignung erwiesen?* Im gleichen Format wie 1926, auch bei F. A. Lattmann gedruckt, bringt die Schrift im wesentlichen die recht geschickt angeordneten positiven Pressestimmen zur VDA-Tagung, besonders zur Morgenfeier des 6. Juni, die einer Schilderung des Anmarschweges und des Verlaufs der Feierstunde laufend zugeordnet sind⁸⁹. Die „Inhaltsübersicht“ macht den Aufbau deutlich: dem Vorwort⁹⁰ folgt ein Überblick über die „Großdeutsche Tagung des VDA in Goslar“ — die starke Beteiligung der „Deutschen Presse“ wird hervorgehoben, über 60 Zeitungen, auch aus Österreich, waren vertreten —, dann die „Morgenfeier“ selbst, die „Anmarschwege“, „Der Ehrehain“, „Die Weihstätte“, „Die Weihstunde“, die „Raumwirkung der Weihstätte“ und ihre „Akustik“, ihr „Fassungsvermögen“, schließlich „Nachhall und Erinnerung“ sowie ein Hinweis auf den „Deutschen Felsendom und die Gruft des deutschen Streiters“ mit der „Ausgestaltung der Weihstätte“. Die beiden letzten Punkte bleiben aber sehr allgemein: *In ganz Deutschland wäre kein besserer Platz zu finden gewesen als dieses von Menschenhand angelegte, von der Natur längst wieder zurückeroberte riesige Felsenrund mitten im Walde* (Zitat aus der „Württembergischen Zeitung“ in Stuttgart). *Ohne alle Repräsentations- und Symbolformen hat diese Weihstätte bereits tief in die (!) deutsche Seele gepackt. — Hier ist ein Dom entstanden*, schreibt das „Düsseldorfer Tageblatt“, und der Verfasser fügt hinzu, *in dem als Symbol der deutschen Heldenehrung ein Altar mit lodender Flamme oder ein schlichter Sarkophag, bedeckt mit dem Stahlhelm, stehen mag*. Der Schrift ist ein vierseitiges Faltblatt im Zeitungsdruck beigelegt mit Auszügen aus Schreiben, die der Magistrat im Anschluß an die VDA-Tagung bekam, so z. B. von Dr. Groß, dem Vorsitzenden des Deutschen Schulvereins in Österreich.

Die Schrift bringt die beiden Pläne, die auch der Werbeschrift von 1926 beigelegt sind, außerdem acht Bilder: 1. vor dem Titel auf einer Doppelseite „Die Morgenfeier des VDA Pfingsten 1927 in der Goslarer Ratsgrube“, 2. Blick von Osten auf Goslar (gleiches Foto wie 1926), 3. Bild von F. Sülter (Altona): „Gosetal, in der Mitte das Ehrenhaingebiet“, 4. Bild von L. Richter (1837): „Blick auf Goslar (von der Höhe des Ehrenhaingebiets)“, 5. „Fliegeraufnahme: Die Gosla-

89 Der Text ist von Dr. C. Borchers. Eigentlich sollten sich Dr. H. Kassebaum und Dr. C. Borchers auf einen gemeinsamen Text einigen. Dieser kam aber nicht zustande, beide reichten eigene Entwürfe ein, von denen der von Borchers in der Sitzung des Ehrehain-Ausschusses am 17. 10. ausgewählt wurde.

90 Aus dem „Vorwort“: *Ein dunkelgrüner Forst von stiller Größe ... Schon Goethe widmete 1784 auf seiner Harzreise diesem eigenartigen, stimmungsvollen Stück Natur seine besondere Aufmerksamkeit, und Ludwig Richter zeichnete 1837, begeistert von dieser deutschen Landschaft, den Blick von der Höhe des Ehrenhaingebietes auf Goslar ... Doch nicht einzelne Persönlichkeiten wollen wir zu Worte kommen lassen ... Goslar ist in der glücklichen Lage, für seinen Reichsehnhain-Vorschlag den Beweis erbringen zu können ...*

rer Kaiserpfalz'', 6. bis 8. Bilder von Reinecke-Altenau: „Mittelstück der Ratsgrube'', „Blick von den Halden auf den Herzberg'', „Blick von den Halden auf Goslar''⁹¹.

Auch in der Werbeschrift von 1927 sind Migges Pläne weder im Text noch in den Bildern erwähnt oder wiedergegeben. Im November 1926 war im Reichstagsgebäude die Ausstellung „Die künstlerische Formgebung des Reiches'' zu sehen, die *das Schaffensgebiet des Reichskunstwarts umfaßte*. In einer besonderen Abteilung waren die „Planungen für das Reichsehrenmal'' angefügt. Es war *erfreulich zu sehen, wie vorteilhaft die schönen Aufnahmen des Goslarer Geländes im Vergleich zu denen anderer Orte wegkommen*⁹². Auch hier waren nur die Fotos ausgestellt, die in der Werbeschrift von 1926 enthalten waren, nicht die Ansichten und Skizzen Migges⁹³.

Die Pläne von Prof. Bodo Ebhardt zur Gründung eines *unabhängigen und sachkundigen Ausschusses* für das Reichsehrenmal nahmen Anfang 1928 Gestalt an. Zum 13. 1. 1928 hatte Ebhardt zu einer Sitzung des „Parlamentarischen Ausschusses des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieursvereine (VDAl)'' nach Berlin eingeladen⁹⁴. Er stellte zu Anfang fest, daß *die Angelegenheit bezüglich des Reichsehrenmals gründlich verfahren sei und daß die Reichsregierung offenbar froh sei, wenn ihr ein gangbarer Weg zur Erledigung der Angelegenheit gezeigt werde*. Das war wohl mehr Wunsch als Tatsache, denn die Reichsregierung äußerte sich später zur Arbeit des Ausschusses sehr distanziert (s. u.). Ehelolf konnte auf der Sitzung Goslars Vorschlag vortragen; dann wurde beschlossen, einen „Reichsausschuß für das Reichsehrenmal'' zu bilden, dem Goslar beiträt. Der „Stahlhelm'' hatte Ebhardt vor dieser Sitzung bereits schriftlich erklärt, daß er bei Berka bleibe.

Die erste Sitzung dieses neuen Ausschusses fand am 10. 2. 1928 in Berlin statt, *etwa 50 Herren*⁹⁵ nahmen daran teil, für Goslar Oberbürgermeister Klinge. V. Briegleben aus Hessen, Mitglied des Reichsrat-Ausschusses, teilte zur Lage mit, eine Mehrheit dieses Ausschusses habe sich für Berka entschieden. Die Vertreter des „Stahlhelm'', Dr. Brauweiler und Hauptmann a. D. Ausfeld, erklärten daraufhin, daß sie an der Sitzung überhaupt nur teilnehmen könnten, wenn es sich

91 Die Bilder von Sülter und Reinecke-Altenau wurden von der Stadt angekauft, zunächst im Senatorenzimmer, später im „Harzzimmer'' der Kaiserpfalz aufgehängt (Akte C 4425, 7. 12. 1927).

92 GZ 30. 10. 1926.

93 Migge beschwerte sich darüber beim Magistrat am 16. 11. 1926; der Magistrat antwortete am 24. 11., der *Zeitpunkt zur Veröffentlichung des Projektes ist noch nicht gekommen. Wir bitten, einstweilen hiervon Abstand zu nehmen*.

94 Als Vertreter Goslars nahm der Senator und Architekt Ehelolf an der Sitzung teil, der am 16. 1. Klinge ausführlich berichtete, u. a. das Kuriosum, daß *ein anwesender Kapitän — ein Mann mit einem großen wallenden Vollbart* — nicht eingeladen war und *trotz deutlicher Hinweise seitens des Vorsitzenden die Versammlung nicht verließ, nachdem er einige nicht recht verständliche Laute murmelte*.

95 Ausführlicher Bericht Klinges bei den Akten.

um Beratungen über Berka handele. Da ihnen das nicht zugesichert wurde, verließen sie den Raum.

Damit war für Klinge klar, daß man den Hebel zunächst beim „Stahlhelm“ ansetzen müsse, da der Reichsrat-Ausschuß seine Arbeit mit dem Vorschlag Berka abgeschlossen und das Reichskabinett die Entscheidung vertagt hatte. Im neuen Ausschuß des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieursvereine wollte Goslar zwar mitarbeiten, konnte sich aber Entscheidendes nicht erhoffen. Klinge schrieb im Februar 1928 an die „Bundesführung“ des „Stahlhelm“, *die drei Bundesführer und der Bundesgeschäftsführer (hätten) sich am Abend des 7. 7. 1926 mündlich und später schriftlich⁹⁶ für Goslar entschieden*. Der „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“ antwortete am 27. 2., die Erklärung des 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes, des Rechtsanwalts und Notars Büniger, sei privat aufzufassen und habe *keinerlei amtlich-dienstliche Bedeutung*. Auch Klinges Bitte an den General v. Oven, sich beim „Stahlhelm“ für Goslar einzusetzen, nutzte nichts: Die Bundesführung erklärte am 18. 4. 1928 endgültig, sie bleibe bei Berka.

Inzwischen war Anfang Januar 1928 Reichstagspräsident Paul Löbe (SPD) in Goslar gewesen. Am 6. 1. hatte die SPD eine „öffentlich-politische Kundgebung“ im Kaisersaal veranstaltet, und die Stadt hatte Löbe am nächsten Tag zur Besichtigung der Ratschiefergrube und Einsicht in die Pläne eingeladen⁹⁷. Er habe sich *wie so viele andere Besucher der Ratsgrube und ihrer Umgebung über den Goslarer Vorschlag sehr befriedigend geäußert, und aus seinen Worten war zu schließen, daß die Vorzüge unseres Vorschlages auf ihn nicht ohne Eindruck geblieben sind*.

Ob es sich bei dem „Vorschlag“ auch um die Pläne Migges gehandelt hat, geht aus den Zeitungsmeldungen nicht hervor. Nach der „Harzer Volkszeitung“ vom 9. 1. erläuterte Oberbürgermeister Klinge im Sitzungssaal an Hand von Plänen und Gemälden (!) den Reichsehrenhain-Vorschlag. Nach der Rundfahrt durch Goslar fuhr man *zur Ratsgrube hinaus, die in stiller Winterschönheit lag*. Bei den „Gemälden“ handelte es sich sicherlich um die von Reinicke-Altenau, die zur Werbeschrift von 1927 gehörten; bei den Plänen kann auch der neue „Vorschlag zum Reichsehrenhain“ gemeint sein, der im Januar 1928 vom Stadtbauamt vorgelegt wurde. Das Original, von dem mehrere Lichtpausen auf bräunlichem Papier gemacht wurden, ist eine Kohlezeichnung auf dünnem Glanzpapier, mit Blick zwischen den Fichten, die häufig auf den Fotos ‚Eingang zur Ratsgrube‘ abgebildet sind, auf den Grund des Ehrenhaines. Dort steht, teils aus dem Schiefer herausgearbeitet, teils aufgesetzt ein großer Sarkophag (etwa 35 m hoch) mit einem Kreuz als Relief auf der Stirnseite. Auf dem Sarkophag liegt auf einer flachen Platte ein Soldatentornister, darauf ein Stahlhelm, mit der Stirnseite nach

⁹⁶ Anlässlich des Besuchs der Kommission des Reichsrat-Ausschusses.

⁹⁷ GZ 9. 1. 1928; Eintragung Löbes im „Goldenen Buch“ im Rathaus am 7. 1. 1928.

vorn. Unter dem Sarkophag ist eine etwa 8 m tiefe Terrasse mit mehreren Personen angedeutet, die Größenvergleiche zulassen⁹⁸.

An den Besuch von Löbe im Januar 1928 schloß sich im November/Dezember 1928 eine heftige Kontroverse zwischen der Rathausfraktion der SPD und der „Goslarschen Zeitung“, die für die Stadt sehr peinliche Folgen haben konnte. In der wöchentlichen Glosse „Der Scheiterhaufen“ der „Harzer Volkszeitung“ hatte der „Rote Heinrich vom Rammelsberge“ (Pseudonym für den Redakteur Hans Pasch) am 17. 11. vermerkt, *die Aktivität der sozialdemokratischen Fraktion sei einigen Leuten auf die Nerven gegangen, als sie Sparsamkeit bei bestimmten repräsentativen Ausgaben gefordert habe*. Die „Goslarsche Zeitung“ sah sich daraufhin zu einer *offenen Anfrage* veranlaßt, die sie am 20. 11. veröffentlichte. Am 6. 12. 1928 wurde sie in der gemeinsamen Sitzung der städtischen Körperschaften verhandelt. Die GZ fragte: *In welcher Weise haben die Herren der sozialdemokratischen Fraktion ihren Unmut darüber kundgetan, daß zur Ehrung eines ihrer prominenten Genossen, der hier in Goslar als Redner aufgetreten war, ein Frühstück dargeboten wurde, bei dem es neben anderen delikatzen Dingen sogar Kaviar auf Eis gab, ein Brotaufstrich, der sonst von Genossen als unerhörte Schlemmerei bezeichnet zu werden pflegt?*

Für seine Fraktion wandte sich Bürgervorsteher Schacht heftig gegen die polemische Form der Anfrage: Löbe sei nach der politischen Veranstaltung *Gast der Stadt* gewesen, die ihn zur *Besichtigung des Ehrenhains eingeladen hatte* . . . *Als das zu Ehren des Reichstagspräsidenten veranstaltete Frühstück, das als einfaches in Aussicht genommen war, aufgetragen wurde, war der Oberbürgermeister sehr erstaunt und hatte die Frage aufgeworfen, wer das Frühstück in dieser Form bestellt habe. Vom Oberkellner ist daraufhin die Antwort erteilt worden, daß dies Herr Pieper angeordnet habe*⁹⁹. Im übrigen habe die GZ sonst nie *Empfänge prominenter Persönlichkeiten aus Anlaß der Reichsehrenhainpropaganda* kritisiert und sogar selbst daran teilgenommen.

Der Oberbürgermeister trat nun selbst sehr massiv für alle Fraktionen des Rates ein. *Der Magistrat hatte den Reichstagspräsidenten eingeladen* . . . *Ich nehme für die Stadt das Recht in Anspruch, den Reichstagspräsidenten seiner Stellung nach entsprechend zu begrüßen, (der selbst) betont habe, daß er nicht als Politi-*

98 Die Monatszeitschrift „Der Harz“, Jahrgang 1928, Heft 5, enthält folgende Meldung: *Um zu zeigen, welche Möglichkeiten einer künstlerischen Gestaltung die von der Stadt als Kernstück eines Reichsehrenhaines bei Goslar vorgestellte Ratsschiefergrube bietet, hat das Stadtbauamt Goslar unter Leitung von Stadtbaurat Schneider einen Entwurf für die Gedächtnisstätte hergestellt. Der Entwurf sieht an der Nordwand einen aus dem Felsen herausgearbeiteten monumentalen Block vor, der von einem Stahlhelm gekrönt wird. Die Tiefe der Grube wird gekrönt von einem gewaltigen Kreuz, das aus der Frontseite des Blocks plastisch hervortritt.* — Dieser Entwurf wird sonst an keiner Stelle erwähnt; daher ist nicht bekannt, ob und bei welcher Gelegenheit er gezeigt wurde. Dies war aber — im Gegensatz zu Migges Plänen — offenbar der Fall, wie die Zahl von 7 Lichtpausen, davon eine auf Leinwand aufgezogen, im Stadtarchiv nahelegt.

99 Daß Pieper dies nicht ohne Hintergedanken tat, ist anzunehmen.

ker, sondern als Präsident des deutschen Reichstages den Reichsehrenhain be-
sichtige. Es war daher für die Stadt eine angenehme Pflicht, den Empfang würdig
zu gestalten. Ich halte es überhaupt für unwürdig, bei den häufigen Besuchen
prominenter Persönlichkeiten diese Angelegenheit in die Öffentlichkeit zu zer-
ren. Man sollte von den Veranlassern dieser Anfragen so viel Takt erwarten, daß
sie die Stadt nicht schädigen. Dieser Satz war natürlich der GZ in das Stammbuch
geschrieben, und in der Tat konnte es für die Stadt nicht sehr angenehm sein,
wenn man ihren Gästen die genossenen Gerichte nachträglich in der Presse vor-
rechnete.

Für Klinge war die Angelegenheit besonders peinlich. Einmal hatte ihn der sehr
korrekte Löbe schon bei der Ankündigung seines Kommens auf die Trennung von
Parteiveranstaltung und Hainbesichtigung hingewiesen¹⁰⁰. Zum anderen hoffte
er ganz allgemein auf Löbes Hilfe für Goslar¹⁰¹ und hatte gerade in diesen Tagen,
und zwar am 29. 10., Löbe um seine Vermittlung beim neuen Reichsinnenmini-
ster Severing gebeten, damit er Klinge zum Vortrag über den Ehrenhainvorschlag
empfangen sollte, um den er in einem gleichzeitigen Brief den Minister gebeten
hatte. Klinge wollte seine Teilnahme an der Sitzung des neuen Ausschusses des
VDAI am 8. 11. 1928 mit einem Besuch im Reichsministerium des Innern verbind-
den. Deutlich wurde damit, daß Goslar weiterhin zweigleisig fahren wollte: a)
Teilnahme und Mitarbeit im neuen (privaten) Reichsausschuß des VDAI und b)
weitere Einwirkung auf den maßgeblichen Reichsminister, nachdem der „Stahl-
helm“ eine kühle Absage erteilt hatte.

In der Einladung zur Sitzung am 8. 11. 1928 betonte Prof. Ebhardt, der Ge-
danke des Ehrenmales sei bisher nicht verwirklicht worden, weil Zersplitterung
und Uneinigkeit die Ausführung gelähmt habe. Es komme nun darauf an, einen
Ausschuß aus *verantwortungsfreudigen, tatkräftigen und unabhängigen Män-
nern* zu bilden, dessen *Mitglieder keinerlei Aufträge oder Bindungen annehmen
sollten*. Als Unterzeichner dieser Einladung, die eigentlich mehr ein Aufruf war,
konnte Ebhardt eine Reihe prominenter Persönlichkeiten gewinnen, so den
Reichskanzler a. D. Dr. Luther, den Generaloberst a. D. v. Seeckt, den Bankier
Dr. Arthur Salomonsohn, Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten, Ernst Fürst zu
Hohenlohe-Langenburg, den früheren Oberbürgermeister von Berlin, Mitzlaff,
und Vizeadmiral v. Trotha.

In der Sitzung beschloß man, einen unabhängigen „Reichsausschuß für das
Reichsehrenmal“ zu gründen, der in erster Linie zu einem Wettbewerb der gan-

100 Löbe an Klinge 31. 12. 1927: *Darf ich Sie aber darauf aufmerksam machen, daß wir am besten
meine Versammlung und diese Angelegenheit streng getrennt halten. In die Versammlung kom-
me ich als sozialdemokratischer Abgeordneter und Parteiredner.*

101 Löbe an Klinge 9. 1. 1928: *Dank für die überaus lebenswürdige Führung und Aufnahme in Gos-
lar . . . Als ich gestern mit Herren vom Reichsrat sprach, hörte ich, daß Ihr Vorschlag gar nicht
so ungünstig aufgenommen ist, als es früher hier in Berlin schien. Ich werde demnächst wieder
einmal weiter herumhorchen und Ihnen Bescheid geben, falls ich noch etwas Wichtiges erfahren
sollte . . .* (beide Briefe Akte C 4428 Stadtarchiv).

zen deutschen Künstlerschaft aufrufen solle, damit die Reichsregierung nicht allein entscheide und sich in ihrer Entscheidung nicht zu sehr von den Frontkämpferverbänden leiten ließe, die nicht das ganze Volk verkörperten. Dazu sei auch eine breite Öffentlichkeitsarbeit in möglichst vielen, noch zu gründenden Ortsausschüssen notwendig, in denen man sich gegen die bisherige *bürokratische Erledigung der Platzfrage* wenden sollte¹⁰².

Goslar konnte dies nur recht sein. Die Stadt zahlte im Dezember 1928 500,— RM ein, die für 1928 und 1929 als Vereinsbeitrag verrechnet wurden, da sich der Ausschuß Anfang 1929 als eingetragener Verein konstituierte. Sein 1. Vorsitzender war nun der Reichskanzler a. D. Dr. Cuno, der stellvertretende Vorsitzende Dr. Drews, Staatsminister a. D. und Präsident des Preußischen Oberverwaltungsgerichts, der geschäftsführende Vorstand Prof. Bodo Ehardt. Die zum Beitritt auffordernde Liste der Mitglieder enthielt außer den oben genannten weitere 180 Namen, darunter Dr. Brüning, den späteren Reichskanzler, Franz v. Epp, von der Goltz, Graf Hardenberg, Generalfeldmarschall a. D. v. Mackensen. Für die Stadt Goslar gehörten Klinge und der Senator und Architekt Ehelolf dem Verein an.

Da der „Reichsausschuß für das Ehrenmal“ als Verein mit seinen vielen Mitgliedern, darunter auch viele Städte als korporative Mitglieder, recht unbeweglich war, rief er einen „Engeren Kunstauschuß“ ins Leben. Ihm gehörten neben Prof. B. Ehardt Prof. Wilhelm Kreis (Dresden), Architekt Prof. Friedrich Paulsen (Berlin), Prof. Hermann Hosaeus (Berlin), der künstlerische Berater des Kyffhäuser-Bundes, und der Maler Prof. Dr. h. c. Ludwig Dettmann (Berlin) an. Am 13. 9. 1929 kam dieser Ausschuß nach Goslar, und zwar mit den Herren Ehardt, Hosaeus, Kreis und Dettmann, mit ihnen außerdem der Chef der Preußischen Bauverwaltung, Ministerialdirektor Kießling. Von der Stadt Goslar nahmen an der Besichtigung des Ehrenhain-Geländes Oberbürgermeister Klinge, Stadtsyndikus Dr. Wandschneider, Senator Schwikkard, Forstmeister Grundner-Culemann und Baurat Schneider teil. Es fällt auf, daß in der „Goslarschen Zeitung“ der Besuch zwar angekündigt und am 14. 9. auch mitgeteilt wird; es fehlt aber jeglicher Kommentar. Man darf annehmen, daß die Äußerungen der Ausschuß-Mitglieder zurückhaltend und unverbindlich waren.

Mit seinen Besichtigungen nahm sich der „Engere Kunstauschuß“ viel Zeit. Er besuchte neben Goslar Berka, Eisenach¹⁰³, Rinteln, den Reinhardtswald, die

102 Sitzungsniederschrift von Klinge, die durch einen Brief von Ehardt ergänzt wurde, da Klinge nicht an allen Beratungspunkten teilnahm. Über Aufruf und Beschluß der Sitzung berichtete auch die lokale Presse, so die „Harzer Volkszeitung“ am 12. 11. 1928.

103 Der Vorschlag von Eisenach wurde in der „Deutschen Zeitung“ am 26. 2. 1928 und in der „Münchner Illustrierten“ am 27. 2. 1928 ausführlich mit vielen Bildern vorgestellt. Der neue Platz, das hintere Johannistal, sei von Dr. Ernst Wachler, dem Schöpfer des Harzer Bergtheaters (1907 erstes deutsches Freilichttheater in Thale eröffnet), entdeckt und sei zunächst als „Deutsches Olympia“ im Gespräch gewesen. Nunmehr verbinde der Eisenacher Vorschlag Totenehrung und Kampfstätte in glücklicher Weise. Neben der Kampfstätte der deutschen Ju-

Rabenklippen bei Höxter, Grafenwerth, Eisenholz, Lichterkopf, den Ehrenbreitstein und Hammerstein (alle letzteren Orte am Rhein) und kam erst am 16. 4. 1930 zu einer Entscheidung. Daß sie gegen Goslar ausfiel, konnte nach dem Vorspiel niemanden wundern. Der „Engere Kunstauschuß“ sprach sich zunächst gegen Berka aus: Dies sei eine *vollkommen unheroische Landschaft*. Als besonders geeignete Weihestätte empfahl er 1. die Rabenklippen bei Höxter an der Weser, 2. den Ehrenbreitstein über Koblenz am Rhein, und zwar letzteren besonders *angesichts der bevorstehenden Befreiung der besetzten Gebiete am Rhein*¹⁰⁴. Mit dem 2. Vorschlag wollte man offensichtlich einem erneuten Protest der Rheinprovinz zuvorkommen, die bekanntlich die Entscheidung des Reichsrats-Ausschusses für Berka bis zur Stunde blockiert hatte. Übrigens wurde bekannt, daß sich Ebhardt ausdrücklich für den Ehrenbreitstein eingesetzt hatte. Wahrscheinlich sah er in dieser *politischen Entscheidung* die einzige Möglichkeit, das ungeliebte Berka in Thüringen aus dem Rennen zu bringen¹⁰⁵.

Die GZ kommentierte die Meldung durch E. Kummer. Es sei erfreulich, daß das *gänzlich ungeeignete Berka ausgeschieden, weniger erfreulich, daß Goslars Werbearbeit ebenfalls vergeblich gewesen* sei. Tröstlich sei allerdings, daß durch den *geplanten Neubau eines Erholungsheimes am Hessenkopf die Eignung des Vorlandes für das Reichsehnenmal* sowieso *erhebliche Einbuße* erlitten habe.

Klinge bemühte sich sehr, Einblick in die Gutachten des Kunst-Ausschusses zu erhalten, da das allgemeine Gutachten vom 25. 2. 1930, das der Presse zugeleitet war, nur Anmerkungen über die beiden ausgewählten Standorte enthielt. Ebhardt sandte Klinge am 15. 5. 1930 die Gutachten von Hosaeus und Kreis mit der Bitte um Vertraulichkeit zu. Hosaeus¹⁰⁶ über Goslar: *Soweit die Unterlagen erkennen lassen, verdient der bei Goslar vorgeschlagene Ort die Ratsgrube stärkste Beachtung. — Der Platz kann wahrscheinlich in der Hauptsache als reine Naturstätte erhalten bleiben; mit verhältnismäßig geringen Mitteln können zweckmäßige Umformungen der Natur vorgenommen werden. — Die Örtlichkeit läßt aber auch die Verwendung künstlerischer Ausdrucksformen zwecks ihrer Bereicherung zu. — Gebilde aus reinen Kunstformen größeren Maßstabes, die Selbst-*

gend, die schon Hölderlin gefordert habe (*Wo ist dein Delos, wo dein Olympia, daß wir uns alle finden beim höchsten Fest?*), das Ehrenmal in Form eines Sarkophags im *waldumrandeten Felsenkessel*, das *Ehrenmal der deutschen Frau* und der *Gedenkstein der verlorenen Gebiete am Seebecken mit hoher Fontäne*.

104 Am 30. 6. 1930 wurde die 3. und letzte Zone gemäß der Ratifizierung des Young-Planes durch Deutschland und Frankreich vollständig von französischen Truppen geräumt.

105 Die Ablehnung Berkas nahm z. T. groteske Formen an. So verbreitete ein Oberstleutnant a. D. Corsep aus Erfurt einen Zeitungsartikel gegen Berka, in dem er Redslöbs Stellung *ein Produkt der Revolution* nannte; R. propagiere das *Zerrbild des Expressionismus* u. ä. m. (Brief an Klinge vom 8. 1. 1928).

106 H., geb. 1875 in Eisenach, Bildhauer, Schüler von R. Begas, schuf u. a. den Moritzbrunnen in Dresden 1902, Kriegerdenkmäler in Norderney, Rheinsberg; künstlerischer Berater des Kyffhäuser-Bundes. Datiert ist das Gutachten 7. 3. 1929, also vor der Besichtigung.

zweck sind, erscheinen nicht angebracht und würden die Romantik des Ortes als Fremdkörper stören. — Nach den Unterlagen entsteht das Bedenken, daß die Örtlichkeit keinen gleichmäßigen gestalteten „Raum“ darstellt, sondern durch den alten Schieferbruch einseitig wirkt und eine Art Reliefwirkung erhält. Unerfreulich würde auch sein, wenn durch den schwarzen Schiefer und das dunkle Tannengrün eine düstere Stimmung erweckt würde, die zu einem einseitig empfundenen Trauerdenkmal Veranlassung geben könnte. — Besonders hohe Mittel dürfte die Situation nicht erfordern, Bahnverbindungen sind gut, desgleichen die Anmarschstraßen zum Denkmalplatz. Zu einer Ortsbesichtigung muß sehr geraten werden.

Kreis¹⁰⁷ über Goslar: *Der bei Goslar vorgeschlagene Platz im Walde liegt in einem verlassenem alten Steinbruch, der in seiner Umrahmung von hohen Fichten gewiß außerordentlich stimmungsvoll erscheint. — Auch die Möglichkeit der Ausgestaltung ist hier eindeutig gegeben und der Versammlungsraum mit dem Ehrenmal zweifellos ebenso gut gestaltbar wie verwendbar. Der Zugang etwas nahe der Stadt gelegen ist zwar nicht unschön, entbehrt aber der Feierlichkeit, wie sie andere Plätze auszeichnet.*

Kreis gibt am Schluß seines Gutachten in einer tabellarischen „Zusammenstellung“ sein Urteil aus den verschiedenen Aspekten wieder¹⁰⁸, beschränkt auf die 6 zur engeren Auswahl stehenden Objekte:

	Stimmung	Gestaltungsmöglichkeit	Verwendbarkeit	geograf. Lage	Summe
Ehrenbreitstein	2	1	1	1	5
Reinhardtswald	1	2	2	2	7
Rabenklippen	2	2	2	2	8
Hammerstein	1	3	4	2	10
Inseln bei Lorch	2	3	4	2	11
Goslar	2	3	2	3	10

Kreis schließt sein Gutachten mit der Reihenfolge der Wertungen: 1. Ehrenbreitstein, 2. Reinhardtswald, 3. Rabenklippen, 4. Goslar, 5. Hammerstein, 6. Lorch.

Für den Fortgang der Ereignisse um das Reichsehrenmal sollte allerdings die Entscheidung des „Engeren Kunstausschusses“ ohne Bedeutung bleiben, zumal der „Reichsausschuß e. V.“ in der Öffentlichkeit zunehmend kritisch betrachtet

107 K., geb. 1873 in Eltville, Baumeister, seit 1926 Prof. der Akademie in Dresden, seit 1941 Generalbaurat für die Ausgestaltung der Kriegerfriedhöfe des Zweiten Weltkrieges. Bauten: u. a. Neubau der Augustusbrücke in Dresden, Bismarck-Halle bei Stettin, Wilhelm-Marx-Haus in Düsseldorf, Hygienemuseum und Bauten der NSDAP in Dresden. Sein Gutachten ist datiert vom 5. 12. 1930, also nach der Besichtigung.

108 K. verwendet die damals gebräuchlichen Schulnoten: 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = genügend, 4 = mangelhaft.

wurde. Die Bundeszeitschrift „Der Stahlhelm“ schrieb am 27. 4. 1930 unverblümt, dieser Ausschuß sei eine private Gründung, die *keinerlei Kompetenzen* habe. Der „Stahlhelm“ wünsche weiterhin, auf *jegliche Architektur zu verzichten . . . Den Gedanken der Ehrung der Gefallenen . . . wünschen wir jedenfalls nicht um irgendwelcher, hier nicht berechtigter Interessen verbogen und verdorben zu sehen*. Damit wurde deutlich, daß man im „Reichsausschuß e. V.“ einen Interessenverband der Architekten sah, der gegen den reinen Haingedanken ohne jede Architektur eintrat.

Kritisch war auch die Einstellung des Reichsinnenministers. Auf Severing war Ende März 1930 mit dem Kabinett Brüning an die Spitze des Ministeriums Dr. Wirth gekommen; aus dem Oberregierungsrat Scholz war inzwischen der Ministerialrat Scholz geworden, mit dem Klinge sofort nach der Entscheidung des „Engeren Kunstausschusses“ hilfe- und ratsuchend telefonierte. Scholz teilte ihm mit, das Ministerium werde *demnächst die Frage des Reichsehrenmals entscheiden, das Gutachten des Kunstausschusses werde lediglich als Material berücksichtigt, . . . im übrigen habe das Ministerium zu dem Künstlerausschuß, der eine Privatorganisation sei, keinerlei Fühlung*. Scholz empfahl der Stadt Goslar, erneut unter Bezug auf frühere Anträge die Bitte vorzutragen, *bei der Festlegung des Platzes in erster Linie berücksichtigt zu werden*¹⁰⁹. Klinge reagierte mit der Übersendung von 12 Denkschriften von 1927.

Daß es auch in dieser Zeit vor der Kabinettsentscheidung nicht an neuen Vorschlägen fehlte, beweisen die beiden folgenden, die insofern interessant sind, weil sie später, jeder auf seine Art, Wirklichkeit wurden. In der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ vom 14. 12. 1928 schloß Oberbürgermeister Zülch aus Allenstein seinen längeren Artikel mit den Sätzen: *Zehn Jahre sind seit dem Krieg vergangen. Wenn Deutschland seine Toten ehren will, so ist es an der Zeit. Genug ist geplant und beraten. Erklären wir das Tannenberg-National-Denkmal¹¹⁰ zum Reichsehrenmal und zeigen wir zugleich unverkennbar aller Welt, daß Alldeutschland fest zu seiner umdrohten Ostmark steht*. Der bekannte Bildhauer Fritz Klimsch endete seinen Aufsatz über „Das Reichsehrenmal“ am 9. 5. 1930 mit dem Vorschlag: *Nehmen wir Schinkels Wache Unter den Linden als das, was sie jetzt ist, als ein schönes Gebäude von größter Einfachheit und Kultur, als im Mittelpunkt der Reichsstadt gelegen, durchaus geeignet dafür, das Gefallenen-symbol für alle Deutschen¹¹¹ in sich zu bergen. Eine Figur würde darinnen ergreifend und erhebend wirken*.

109 Aktenvermerk Klinges vom 19. 4. 1930 in Akte 5 Stadtarchiv.

110 Am 18. 9. 1927 war es vom Reichspräsidenten v. Hindenburg eingeweiht worden.

111 Am 2. 6. 1931 wurde Schinkels Wache im Beisein des Reichspräsidenten durch den preuß. Ministerpräs. Braun als preußische Gedächtnisstätte für die Gefallenen eingeweiht. (Braun, Von Weimar bis Hitler, New York 1940, S. 334. — Dort auch Wiedergabe des Gesprächs Otto Brauns mit Hindenburg, in dem sich B. gegen ein *Ehrenmal . . . auf einem gottverlassenen Hügel des Thüringer Waldes* aussprach. *Da . . . würden vornehmlich die militanten Verbände aller Richtungen hinpilgern, die einen ihre Racheschwüre, die anderen ihr: Nie wieder Krieg! erschallen lassen . . .*)

Auch der Oberharz mit dem Brocken wurde als Standort vorgeschlagen. *Reichsehrenmal auf dem Brocken?* fragten am 19. 9. 1930 die „Braunschweigische Neueste Nachrichten“: *Es fehlt überall die zwingende Idee . . . Da meldet sich nun plötzlich der frühere Berliner Polizeipräsident Dr. Traugott von Jagow zu Wort: Das Ehrenmal (gehört) auf den deutschen Berg, dessen Gipfel unter allen Höhen am weitesten sichtbar ist. Die „Harzburger Zeitung“ vom 8. 11. 1930 berichtet von dem Entwurf für den Brocken von Prof. Walter Schott, einem gebürtigen Ilsenburger: Ein 125 m hoher Bau, auf dessen Höhe 15 m hohe, streng geschnittene deutsche Soldatenfiguren mit Sturmhauben nach Norden, Süden, Westen, Osten ‚Das große Wecken‘ über unser deutsches Vaterland blasend, stehen. In der Gräberstraße . . ., die von allen vier Seiten hinausführt, erheben sich 12 m hohe viermal 26 Kriegergestalten, die alle Porträtköpfe erhalten von denjenigen deutschen Männern, die mitgeholfen haben, das deutsche Reich aufzuwecken . . . In der Mitte des Bauwerks eine Riesenhalle, geschmückt mit Gemälden und einer Kolossalstatue des Kaisers Barbarossa. Das Gestein für die Bauten solle aus Findlingen zusammengetragen werden¹¹².*

Aus den Plänen für den Brocken wurde nichts, da sich der Heimatschutz, die örtlichen Kulturvereine, der Harzer-Schiverband und schließlich auch der Besitzer, der Fürst Stollberg-Wernigerode, gegen Projekte dieser Art wandten¹¹³.

Die Entscheidung blieb aber immer noch aus, und es fragte sich, ob das Kabinett und der Reichspräsident nicht doch noch möglichst bald ein Schlußwort sprechen sollten. Diese Meinung vertrat auch der frühere Reichsinnenminister Dr. Külz in einem Aufsatz im „Berliner Tageblatt“ vom 2. 11. 1928: Er erinnerte an Eberts Aufruf von 1924. Nun sei ein neuer „Reichsausschuß für das Ehrenmal“ an die Öffentlichkeit getreten und vermehre die Verwirrung. Es seien grundsätzlich drei Arten *ehrender Dankbarkeit* denkbar, die soziale, die monumentale und die kultische¹¹⁴. Die soziale sei die schönste, jedoch hätte sie, z. B. als großes Heim für Kriegerwaisen, früher errichtet werden müssen, die monumentale sei keinesfalls erstrebenswert, da sie viel Aufwand erfordere und eine architektonische Lösung zur Zeit kaum vorstellbar sei. Aber gerade dies fordere der neue „Reichsausschuß“, der von einem *Reichsehrenmal groß und hehr* spreche¹¹⁵. Es sei auch *nicht glücklich, daß der neue Reichsausschuß lediglich von Angehörigen der obersten sozialen und gesellschaftlichen Schichten gezeichnet*

112 Das Projekt ist kennzeichnend: ein Konglomerat aus „Walhalla“ bei Regensburg, nationalpädagogischen Gemälden ähnlich der Goslarer Kaiserpfalz mit Anknüpfung an den Kyffhäuser.

113 S. auch GZ 21. 11. 1981 „In alten GZ-Bänden geblättert“. — Übrigens hatte sich die „Harzburger Zeitung“ erst am 24. 4. 1930 scharf gegen *jede Profitgier beim Reichsehrenmal* und gegen Pläne für den Oberharz ausgesprochen. Das sei *wohl der unglücklichste Platz, den man sich im Harz aussuchen könnte*.

114 Külz übernahm damit die drei Kategorien, die der Reichskunstwart in einer Denkschrift zur Frage des Ehrenmals am 15. 2. 1926 unterschied. Ribbe, wie Anm. 1, S. 182.

115 Der „Reichsausschuß“ sprach im letzten Satz seines Gutachtens vom 25. 2. 1930 vom *allmählichen Ausbau einer deutschen Ehren-Akropolis*.

würde¹¹⁶. Der kultische Gedanke eines Grabes des unbekanntes Soldaten im Herzen der Hauptstadt wäre *kein undeutscher Gedanke* gewesen, doch müßte es heute als Nachahmung des Auslandes erscheinen, wollte man in Deutschland etwas Ähnliches einrichten. Schinkels Wache in Berlin biete sich zwar an, sei aber zu klein und in ihrer Art ganz auf Preußen ausgerichtet¹¹⁷. Als Lösung biete sich daher ein *Ehrenhain im Herzen Deutschlands* an. Die Vertreter sämtlicher großer Frontkämpferverbände seien kürzlich beim Reichspräsidenten erschienen und hätten *mit einer sonst nie für möglich gehaltenen Einmütigkeit, neben dem Stahlhelm das Reichsbanner, neben dem jüdischen Frontkämpferverband der Kyffhäuserbund*, für Berka plädiert. Dieser Vorschlag habe daher *spruchfrei im Schoße der Regierung* gelegen, bis eine *Gegenpropaganda vom Rhein* her einsetzte und auch aus anderen Gegenden Deutschlands: *eine wie Fremdenindustrie anmutende Aktion*. Daher habe das Kabinett die Entscheidung vertagt. Külz schlug vor, angesichts dieser Sachlage solle der Reichspräsident selbst — wie sein Vorgänger — die Sache in die Hand nehmen, mit einem Aufruf vor das Volk treten und zu einer „Volksspende“ aufrufen, damit in Berka der Hain geschaffen werden könne.

4. Die Entscheidung für Berka 1931

Am 28. 3. 1931 traf das Kabinett Brüning die längst fällige Entscheidung. *Das Reichsehrenmal kommt nach Berka*, verkündete die „Goslarsche Zeitung“ in ihrer Schlagzeile auf der ersten Seite, darunter als Erklärung *Der Vorschlag der gesamten Frontkämpferverbände*. Die Meldung selbst war kurz: *Das Reichskabinett befaßte sich in seiner letzten Sitzung vor den Osterferien am Freitag u. a. mit der Frage des Reichsehrenmals. Es wurde beschlossen, daß das Reichsehrenmal in Berka in Thüringen errichtet werden soll.*

Die GZ bemerkte dazu, daß eine erste Stellungnahme lediglich von der „DAZ“¹¹⁸ vorliege. Mit dieser Entscheidung, so der Kommentar der „DAZ“, erhalte Deutschland endlich eine Stätte der Gefallenen-Ehrung, wie sie alle anderen Länder längst besitzen; damit sei auch ein Konfliktstoff aus der öffentlichen Diskussion verschwunden, der seit Jahren vorhanden war. *Unter Hinweis darauf, daß sich schon vor längerer Zeit die sämtlichen Frontkämpferverbände auf Berka als den Standort des Reichsehrenmals geeinigt und die Zustimmung des Reichspräsidenten gefunden haben, vertritt das Blatt die Ansicht, daß schon um der Würde des behandelten Gegenstandes willen nach einmal erfolgter Entscheidung nunmehr alle Sonderwünsche zu schweigen haben*¹¹⁹.

116 Den gleichen Vorwurf erhob die Deutsche Turnerschaft 1898 gegen den Ausschuß für Deutsche Nationalfeste.

117 Ab 1934 sprach die deutsche Presse gemäß Anweisung des Propagandaministeriums von der *Kranzniederlegung im Ehrenmal Unter den Linden* am „Heldengedenktag“, ohne auf Preußen hinzuweisen.

118 GZ 28. 3. 1931 — „DAZ“ = Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin.

119 Ribbe erwähnt diese Kabinettsentscheidung nicht, nur die darauf folgende Stiftung des Reichspräsidenten (S. 187).

Mit diesem Zitat aus einer Berliner Zeitung konnte sich die GZ einen eigenen Kommentar sparen. Sie beschränkte sich auf den Zusatz, die Regierung Brüning scheine mit allen schwebenden Angelegenheiten gründlich aufräumen zu wollen und deshalb auch mit dieser *lang- und heißumstrittenen Frage*. Erfreulich sei allein, daß der Wettbewerb um das Reichsehrenmal endlich aufhören müsse. Zu den Bewerbern habe auch die Stadt Goslar gezählt. *Goslar mit seinen landschaftlichen Vorzügen, dem geschichtlich wichtigen Boden und seinen überaus günstigen Verkehrsverhältnissen hätte den Reichsehrenhain zu dem werden lassen, was er sein soll: ein Wallfahrtsort für das ganze deutsche Volk. — Es hat keinen Zweck mehr, so schließt der kurze Artikel, heute nochmals die Vorzüge und Nachteile der einzelnen Projekte gegeneinander abzuwägen. Deshalb wollen wir die Akte ‚Reichsehrenhain in Goslar‘ schließen und nur wünschen, daß Berka nicht die Hoffnungen derer enttäuscht, die dieses Projekt befürwortet und vertreten haben.*

Die Autorität dieser Entscheidung war unantastbar, zumal sie vom Reichspräsidenten selbst geteilt wurde, dessen Gewicht in politischen Fragen aufgrund seines fast mythischen Ansehens das seines Vorgängers übertraf. Der Reichspräsident errichtete am 1. 5. 1931 die „Stiftung Reichsehrenmal“ und *übertrug ihr das vom Landkreis Weimar bestimmte Gelände für den Ehrenhain sowie einen zum Teil im Lande Thüringen gesammelten Geldbetrag*¹²⁰. Er erklärte sich bereit, den Ehrenvorsitz der Stiftung zu übernehmen. Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung wurde der Staatssekretär im Innenministerium Zweigert, der im Namen des Vorstandes am 20. 8. 1931 die deutschen Künstler zu einem „Allgemeinen Ideenwettbewerb zur Ausgestaltung des Reichsehrenmals“ aufrief, natürlich auf das Gelände bei Berka beschränkt. Das Preisgericht für den Wettbewerb tagte vom 2.—13. Mai 1931 in Berlin und wählte 20 Entwürfe aus, die Anerkennungspreise erhielten. Im Juni wurden sie mit ihren Modellen, Skizzen und Einzelzeichnungen in Berlin ausgestellt. Dort sah sie auch der Goslarer Oberbürgermeister, der kritisch feststellte, selbst *eine Planung, wie sie Kreis*¹²¹ *gemacht hat, die mir am meisten gefallen hat, kann sich von der Betonung des Bildlichen nicht fernhalten. Auch er stellt den vorhandenen Wald um ein Denkmal der Weihestätte*¹²².

Verständlich ist, daß auch der „Reichsausschuß e. V.“ sich kritisch zu diesen Vorgängen äußerte¹²³. Ebhardt trat weiterhin in Zeitungsartikeln für Höxter und

120 Ministerialblatt für die Preuß. Innere Verwaltung 12. 9. 1931. Zum Vorstand gehörten der Reichskanzler, der Reichsinnenminister, der Reichswehrminister, das Thüringische Staatsministerium, der Landkreis Weimar, der Reichskriegerbund Kyffhäuser, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Stahlhelm, der Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten, die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, der Reichsverband der Kriegsteilnehmer-Akademiker.

121 S. Anm. 107.

122 Aktennotiz Klinges vom 7. 6. 1931 in Akte 5 Stadtarchiv Goslar.

123 Er rief am 1. 2. 1932 zur Weiterarbeit auf, da die Lösung durch Berka *nicht befriedigend* sei, ermäßigte die Beiträge um die Hälfte (Folge der Wirtschaftskrise und der Brüningschen Notverordnungen) und bat um Anträge für einen neuen Arbeitsplan.

den Ehrenbreitstein gegen Berka ein¹²⁴. Gewichtiger waren vielleicht die Überlegungen, die Prof. Hosaeus, der künstlerische Berater des Kyffhäuser-Bundes, zum Wettbewerb vorbrachte¹²⁵. Richtig sei es, daß der *Ehrenhain* auch eine *Gedenkstätte* sein müsse, problematisch werde es, wenn man damit einen *riesigen Versammlungsort* fordere, der mit der *Stille des Naturdenkmals* nicht übereinstimme. Damit hatte Hosaeus den neuralgischen Punkt der Ehrenhainpläne schlechthin getroffen, auch der Goslarer Vorschläge von 1927 und 1933, die gleichzeitig und eigentlich widersprüchlich auf die Waldeinsamkeit und die hohe Kapazität der Ratsgrube für Massenversammlungen hinwiesen. Insgesamt wandte Hosaeus gegen den „Ideenwettbewerb“ ein, daß er eben keine Generallinie angedeutet habe. So *ohne Marschrichtung tappt jetzt die arme deutsche Kunstler-schaft . . . in ein wildes und richtungsloses Durcheinander*. In dieser Situation müßten die Soldatenverbände auf die *innere Würde* bei der Gestaltung drängen. Es komme dabei darauf an, *in künstlerischer Form . . . einen soldatischen Geist zu umschließen*. Als Gegenbeispiel nannte er *die ohne ihr (der Soldatenverbände) Mitwirken umgebaute Neue Wache Unter den Linden, die nur dumpfe Trauer ausdrückt*. Konkrete Beispiele gab aber auch Hosaeus nicht an; er warnte nur sehr allgemein vor *problematischen Kunstäußerungen modischer Art*.

Auf den Wettbewerb und auf die preisgekrönten Vorschläge soll hier nur kurz eingegangen werden, etwa in soweit, als sich Vergleiche mit dem Gelände bei Goslar bzw. mit den Vorschlägen Migges ergeben. Im „Zentralblatt der Bauverwaltung“ vom 13. 7. 1932 äußerte sich sein Schriftleiter Dr.-Ing. Gustav Lampmann grundsätzlich und ausführlich zu den Vorschlägen, von denen 1828 eingegangen waren, *eine Zahl, deren absolute Größe jenseits aller Wertung schon symbolhaft anmutet und zugleich die Wirkungsweite des Vorhabens im Geistig-Gefühlsmäßigen wie im Materiellen vor Augen führt*. Der entscheidende Satz in der Ausschreibung lautete: *Der Vorschlag muß dem Gedanken des Ehrenhains für die gefallenen deutschen Krieger und dem Waldgelände angepaßt sein. Er soll sich im Rahmen der durch die Not der Zeit und der inneren Würde der Aufgabe gebotenen Einfachheit halten*. Zum Gelände sagte Lampmann, es handele sich um eine schöne, in sich geschlossene Waldgegend, *keineswegs von besonderen Reizen, eher lieblich und bescheiden . . . Ihre verhaltene Stille* weise von vornherein alle Gedanken von auftrumpfender heroischer Monumentalität von sich. *Drei Täler durchziehen es, die drei mäßig hohe Hügel deutlich von einander abgrenzen . . . Aus den Vorberatungen und Vorentwürfen war ferner in die Unterlagen der Gedanke einer ‚Heiligen Straße‘ aufgenommen worden, die sich vom Rande des abgeholzten Rückens in den alten Hochwald hineinziehen sollte, etwa zu einer allerheiligsten Gedächtnisstätte führend. Sehr viele Entwürfe, so meinte Lampmann, hätte die sich anbietende Anordnung — Aufmarschgebiet im Tal, Mal auf den Hügelrücken, heiliger Weg anschließend — dazu verführt, ein monu-*

124 So in der „Braunschweigischen Landeszeitung“ vom 20. 4. 1931.

125 „Hannoverscher Kurier“ 19. 2. 1932.

*mentartiges Gebilde in übersteigertem Maßstab zum Zentrum des Ganzen zu machen*¹²⁶.

In einem „Engeren Wettbewerb“ wurden vom Preisgericht, das vom 18. bis 24. 1. 1933 tagte, unter den 20 dann drei mit einem Preis von je 3000,— RM ausgezeichnet, wobei allerdings in der Vorstandssitzung der „Stiftung Reichsehrenmal“ am 3. 2. 1933 Einstimmigkeit bestand, daß eine *voll befriedigende Lösung* auch hierbei nicht gefunden wurde¹²⁷. Der erste von Wackele/Bieber sah eine *Kriegerpfalz* vor, bestehend aus Turm, Halle und Wohnhaus, zeigte aber keine rechte Gestaltung des Hains. Der dritte von Kreis sah ein Monument vor, eine tempelartige Ausgestaltung der offenen Halle, dort ein *geweihter Raum*, der ein Grab mit der Erde aus den Schlachtfeldern bergen sollte¹²⁸. Der zweite Entwurf von Janssen/Wetzel enthielt nach Meinung des Preisgerichts die beste Erfüllung des Haingedankens. Er wäre wohl zur Ausführung gelangt, wenn nicht andere Umstände eintreten sollten („Machtergreifung“ Hitlers 1933), da der erste nach Meinung des Innenministeriums in der Öffentlichkeit allgemein abgelehnt wurde und der dritte zu sehr Monument war.

Aus dem Erläuterungsbericht des Entwurfs von Bildhauer Prof. Ulfert Janssen und Architekt Prof. H. Wetzel, beide Stuttgart: *Alle Bestandteile des Ehrenmals sind in erster Linie als Wegweiser gedacht, um auf ausschließlich bereits vorhandenen Wegen den Wanderer zu den besonderen Erlebnissen zu führen*¹²⁹. *Der Turm markiert den Angelpunkt der drei Täler. Sein Standort, als Bug eines bestehenden Hochwaldkeils . . . , als Unterstreichung des Aufbaus der Landschaft, nicht als Fremdkörper, . . . ist als Markierung der Eingangspforte unbedingt notwendig. Um den Terrassen*¹³⁰ *die Schwere zu nehmen (sind sie) im Tiefschatten des Waldessaumes in Form eines kasemattenartig durchgebildeten Hallenmotivs (vorgesehen) . . . Der Heilige Weg in seinem geheimnisvollen Dunkel ist eingespannt zwischen Malstein und einer sockelartig aus dem Waldboden aufsteigenden großen Steinplastik, die als Mutter oder Norne gedeutet werden kann. Bei der Norne angekommen, wird der Wanderer durch eine Lichterscheinung überrascht, und eine Flut von Helligkeit fällt in eine Waldlichtung halb links und verrät den Platz des Allerheiligsten.*

Das Allerheiligste: Eine räumliche Steigerung und ein kräftiger Akzent werden erreicht durch eine gemauerte Trommel, die das Heilige Rund umschließt. Inmitten des Rundes ein altarartiger Opferstein, auf dem bei besonde-

126 Hervorhebung durch den Verfasser.

127 Dieser Bericht mit Darstellung der Entwürfe im 2. Teil von Lampmanns Aufsatz im „Zentralblatt der Bauverwaltung“, 1933.

128 Dieser Entwurf hatte dem Goslarer Oberbürgermeister am besten gefallen.

129 Hier wird der „kultische“ Gedanke deutlich, wie ihn Redslob und Külz forderten, Gurlitt hatte 1924 von einer „dynamischen Lösung“ gesprochen.

130 Sie sollten, wie an anderer Stelle deutlich wird, Platz für 30000 Personen *in geschlossenen Formationen* (!) bieten.

ren Anlässen die „Heilige Flamme“ entzündet werden kann. Unter dem Stein ist auch hier das Symbol der „Heiligen Erde“ möglich. Kragsteine in den Stützmauern geben Gelegenheit zum Niederlegen von Kränzen. Der „Heilige Grund“ ist mit Rasen und Efeu bedeckt und soll nicht betreten werden. Durch den Ausgang, wo eine Brunnenquelle das Feuersymbol des Innenraumes mit dem Symbol des Wassers ergänzt, tritt man in die Schlucht und gelangt im Hinabschreiten — dem rieselnden Brunnenbach entlang — über den Kohlgrund zum Ausgangspunkt, dem Turm, zurück. Der Turm ist lediglich Glockengehäuse, jede Minute ein Schlag, da im Schnitt in den Kriegsjahren jede Minute ein deutscher Soldat fiel; als zusätzliches Geläut¹³¹ sind zwei kleine Glocken vorgesehen, unter ihnen eine Rednerkanzel, von hier aus eine gute Akustik zu den Terrassen¹³².

In vielen Punkten sind Übereinstimmungen mit dem „Vorprojekt“ von Migge festzustellen. Der *Heilige Grund* war bei Migge der kleine Quellsee, darüber Altar und Kanzel. Bei Migge war allerdings kein *Allerheiligstes* oder irgendeine Steinplastik im Mittelpunkt vorgesehen, dafür das *Zeichen* (Rundbogen und zwei Obeliske) am Ostrand des Haines. Im ganzen sind die Vorstellungen von einem Hain sehr ähnlich; die kultische Idee ist bei dem Entwurf von Janssen/Wetzel wohl noch deutlicher: bei fast allen Objekten erscheint das Attribut „heilig“. Die Figur der *Norne* oder der *Mutter* sowie die elementaren Symbole (Erde der Schlachtfelder, Wasser, Feuer) sind kultische Merkmale, die den Wanderer (oder Pilger) zu *besonderen Erlebnissen* führen sollen. Die Idee des *nationalpädagogischen Lehrpfades* — s. Text der Goslarer Werbeschrift von 1926 — ist hier kultisch überhöht. Die Parallele zu den Leidensstationen am Kalvarienberg der Wallfahrten drängt sich auf.

Es wäre sicherlich aufschlußreich, die Reaktionen der christlichen Kirchen zu diesen Formen des Haingedankens zusammenzustellen. Der nicht-christliche, eher heidnisch-germanische Charakter dieser Art der Haingestaltung fällt auf¹³³. Auch in Migges „Vorprojekt“ fehlt das Kreuz als Symbol, während es im Entwurf des Goslarer Stadtbauamtes von 1928 auf dem Sarkophag erscheint. Daß die SS auf ihren Kriegsgräbern nachträglich das Kreuz entfernte, falls es zunächst dort angebracht war, ist bekannt. War es ein Zufall, daß im Vorstand der „Stiftung Reichsehrenmal“ kein Vertreter der Kirchen, etwa der Landesbischof von Thüringen, saß?

131 Wohl für besondere Feiern.

132 Hervorhebungen im Original.

133 Arndt sprach in seinem Denkmalsplan für Leipzig 1814 von einem *echt germanischen und echt christlichen Denkmal, wohin unsere Urenkel noch wallfahrten gehen würden*, Nipperdey, wie Anm. 7, S. 560.

5. Goslars Werbeschrift von 1933 — Tannenberg als Reichsehrenmal 1935

Zu Anfang des Jahres 1933 ist das Reichsehrenmal in Goslar nur insofern ein Thema, als die GZ am 25. und 27. 1. von den Entscheidungen im Wettbewerb um die Gestaltung des Haines bei Berka berichtet und die drei preisgekrönten Entwürfe mit Fotos vorstellt. Zum Entwurf von Kreis heißt es: „Der Entwurf sieht den Bau einer monumental gegen den Himmel sich abhebenden Säulenhalle vor, in deren Mitte eine Kammer mit der trauernden Mutter Deutschland errichtet werden soll.“ Ein Leserbrief an die GZ vom 28. 1. bestätigt die Meinung des Reichsinnenministeriums, der Entwurf von Bieber/Wackerle sei nicht populär. Der Goslarer Briefschreiber meint, der Bau ähnele einem „altägyptischen Tempel“ oder einem „Wüstenfort“ und eigne sich allenfalls für eine „Denkstätte für Fremdenlegionäre“, nicht aber für die Opfer des Weltkrieges.

Im Zuge der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ in Goslar, über die im einzelnen hier nicht berichtet werden kann, wurde der seit 1917 amtierende Oberbürgermeister Klinge am 5. 4. 1933 zunächst beurlaubt und dann am 19. 9. vom preußischen Innenminister in den Ruhestand versetzt. Sein Nachfolger Droste, zunächst kommissarisch bestellt, am 5. 10. vom Bürgervorsteherkollegium zum Oberbürgermeister gewählt, griff wenige Wochen nach seiner Amtsübernahme die Frage des Reichsehrenhains wieder auf. Zwei Umstände kamen ihm dabei zu-statten: einmal fand am 1. Mai in der Ratsschiefergrube eine große Kundgebung der Hitler-Jugend statt, bei der der Reichsjugendführer Baldur v. Schirach sprach; zum anderen konnte man behaupten, die Wahl von Berka bei Weimar sei politisch bestimmt gewesen, der Bruch mit dem „Weimarer System“ könne nun eine neue Entscheidung nötig machen. Ein dritter Umstand konnte allerdings dem Reichsehrenhain-Projekt schaden, nämlich der Gedanke einer „großen Reichs-Hitler-Ehrung“, von der in der Presse und in der Sitzung des Rates am 30. 3. die Rede war. Zwei große Projekte gleichzeitig konnte Goslar wohl nicht durchsetzen.

Am 27. 4. 1933 versammelten sich im Jägerheim des Achtermann zahlreiche Parteigenossen und Parteigenossinnen sowie künstlerisch interessierte Goslarer Bürger, um aus dem Munde des Schöpfers der Goslarer Hitlerehrung, Senator Huxhagen, über Sinn und Gestaltung des Projektes nähere Einzelheiten zu erfahren¹³⁴. Huxhagen erläuterte anhand von Skizzen des Malermeisters J. Fahrig die Ehrenstätte, die am Sudmerberg entstehen sollte. Im Anschluß an die Sudmerbergwarte würde sich die Form Deutschlands auf dem Rücken des Berges darstellen lassen, wenn auch nicht in der Größe eines Quadratkilometers. Der Steinbruch auf der Goslar zugewendeten Seite würde bei Verwendung des dort vorhandenen Materials die eigentliche Hitler-Ehrung (in der Mitte ein riesiger Adler mit Treppenstufen zur Aufnahme von Fahnenabordnungen usw. und an beiden Seiten die Eingangstore zu Ehren Hitlers und seiner Mutter) ermöglichen.

134 GZ 28. 4. 1933, s. auch Darstellung bei Plumeyer, wie Anm. 31, S. 56 ff.

Ein riesiges Hakenkreuz sowohl auf der Goslarer Seite wie auf der nach Oker liegenden Seite des Berges würde schon aus großer Entfernung dem Ankommenden Sinn und Bedeutung des Berges ankündigen. Gedacht ist auch an eine auf dem Gipfel des Berges liegende Feuerstätte (Opferstein, Thingstätte). Für die Durchführung des Planes wurde ein Ausschuß gebildet, dem neben Huxhagen und anderen Vertretern der NSDAP auch Mitarbeiter des Reichsehrenhain-Ausschusses angehörten wie Prof. Dr. Kassebaum und Forstmeister Grundner-Culemann.

Etwa um die gleiche Zeit hatte aber Droste den Gedanken, Goslars Bewerbung um den Reichsehrenhain erneut zu betreiben. Meldungen in der Presse, die Errichtung des Haines bei Berka sei noch nicht endgültig entschieden, die kühle Aufnahme der drei preisgekrönten Entwürfe für Berka in der Öffentlichkeit und die Möglichkeit, der Entscheidung für Berka nachträglich politische Motive zu unterschieben, gaben ihm Mut zu einem erneuten Vorstoß. Er wandte sich an den ihm gut bekannten Dr. Gillen bei der GZ, der auf seine Anregung hin¹³⁵ am 22. 4. einen Artikel „Goslar und das Reichsehrenmal“ veröffentlichte. Die Stimmung sei neuerdings wieder *für die alte Kaiserstadt Goslar und die dortige alte Ratschiefergrube*, behauptete Dr. Gillen. Berka sei von dem *nun glücklicherweise überwundenen Weimarer System . . . als der Ort (gewählt), dem die aus der November-Revolution geborene Verfassung ihren Namen verdankt. Dieser Name sollte durch das Ehrenmal noch eine besondere Weihe erfahren und den Namen Weimar der Nation in lebendiger Erinnerung behalten*¹³⁶. Goslar habe gegenüber Berka auch den Vorteil, daß hier *ein klares Symbol an einer Stelle möglich sei (in Berka dagegen die Verzettelung der ganzen Anlage), nämlich an einer bevorzugten Stelle der Schiefergrube, etwa in der Mitte, ein in Naturstein bereits vorhandener ‚Katafalk, (wo) sich ein . . . aufgebahrter Krieger im Stahlhelm einhauen (ließe).*

Wenige Tage später meldete sich in der GZ Dr. Kassebaum zu Wort mit „Erinnerungen und Anregungen“ über „Goslar und das Reichsehrenmal“¹³⁷. Auch er setzte mit dem politischen Argument ein: *Kein Zweifel, Weimar, die Stadt, in der die deutsche Republik von den Systemparteien geschmiedet war, mußte unter allen Umständen den Vorrang vor dem reaktionären Goslar haben! Nun sei aber praktisch . . . der Zustand von 1926 wieder hergestellt, der Wettbewerb kann aufs neue beginnen. Wir hätten dann, wenn man den einstweilen nur in großen Zügen umrissenen Plan eines Hitlerparks¹³⁸ einbezieht, gleich zwei gewaltige Aufgaben zu gleicher Zeit zu lösen.*

135 Aktennotiz Drostes am 22. 4. (Akte 4): *Ich halte es für meine vornehmste Pflicht, den in Frage kommenden Regierungsstellen erneut die Anregung zu unterbreiten, das Reichsehrenmal in der Ratschiefergrube in Goslar zu errichten.*

136 Damit war einer Legende Ausdruck gegeben, mit deren Hilfe Goslar in den nächsten Monaten seine erneute Bewerbung um den Reichsehrenhain den neuen Machthabern schmackhaft zu machen versuchte, insofern etwas töricht, da Weimar als Goethe- und Schillerstadt sowieso im „Gedächtnis der Nation“ seinen festen Platz hatte.

137 GZ 28. 4. 1933.

138 K. meinte damit die „Reichs-Hitler-Ehrung“ auf dem Sudmerberg.

Kassebaum hatte damit aber auch das Problem beschrieben, das so nicht zu lösen war. Entsprechend reagierte auch der Regierungspräsident in Hildesheim. Droste hatte am 24. 4. an den Reichsminister des Inneren Dr. Frick, an den preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Rust und den Finanzminister über den Hildesheimer Regierungspräsidenten Anträge eingereicht, *bei der Wahl eines Ortes (für das Reichsehrenmal) die alte Kaiserstadt Goslar in Erwägung zu ziehen*. Auch Droste argumentierte politisch, aber nicht negativ gegen Weimar, sondern positiv für Goslar: *Die Überlieferung einer großen deutschen Geschichte ist noch heute in der Einwohnerschaft Goslars fest verwurzelt, und selbst in den letzten 14 Jahren deutschen Niedergangs hat sich die Bevölkerung Goslars ihr nationales Empfinden und Denken erhalten. Mehr als Zweidrittel der Goslarer Wähler haben sich zur nationalen Erhebung bekannt und den unwiderlegbaren Beweis erbracht, rechte Hüter und Pfleger einer Weihestätte zu sein, die dem Andenken der zwei Millionen Gefallenen des großen Weltkrieges gewidmet werden soll*. Droste fügte die beiden Werbeschriften von 1926 und 1927 bei mit der Bitte um gefällige Kenntnisnahme¹³⁹.

Dr. Muß, der Regierungspräsident von Hildesheim, leitete die Anträge mit wärmster Befürwortung weiter und wollte sich für den Ehrenhain Goslar einsetzen, fügte jedoch ein gewichtiges „Aber“ hinzu: *Aber weder ich selbst, noch die maßgeblichen Stellen in Berlin oder sonst im Reiche, noch überhaupt Außenstehende würden es verstehen, wenn diesem wahrhaft großartigen Plane ein zweiter ähnlich gearteter nur im Ziele etwas von ihm verschiedener in Goslar selbst an die Seite gestellt würde ... (Dadurch) Zersplitterung der Durchschlagskraft des Reichsehrenstättenvorschlages Goslars ... Ich empfehle sehr dringend, den Gedanken einer zweiten Ehrenstätte, Sudmerberg, zurückzustellen ... Auf das schärfste mißbilligen muß ich aber jedenfalls die in dem Zeitungsaufsätze berichtete Verquickung des idealen Gedankens der Ehrenstätte mit dem an ihren Wert für Goslar. Es genügt, daran zu erinnern, daß Werbung nur die Verdeutschung von Reklame ist ... eine Verquickung daher eine Herabziehung des Gedankens der Ehrenstätte (bedeutet)*¹⁴⁰.

Damit wandte sich der Regierungspräsident gegen den „Ausschuß für die Reichsehrenhain-Werbung“, den der Verein für Fremdenverkehr inzwischen am 16. 5. in Goslar gebildet hatte und der laut Zeitungsmeldung vom 17. 5. hier ein reiches Betätigungsfeld mit Werbematerial, Werbeartikeln und Werbeanzeigen sah, und zwar besonders als Gegengewicht zu Orten wie Wernigerode und Harzburg, die sich in der niedersächsischen Presse hervordrängten. An die Stelle die-

139 Für den ganz anderen politischen Stil spricht Drostes Begleitschreiben an Rust: *Als langjähriger Kampfgenosse gestatte ich mir, Ihnen Abschrift eines Antrages ... mit der Bitte, meinen Antrag über das einflußreiche Preußenkabinett bei den zuständigen Reichsstellen unterstützen zu wollen. Die ... von jeher nationale Bevölkerung (Goslars) und darüber hinaus alle Niedersachsen als alte und treue Kämpfer für Deutschlands Erneuerung würden sicherlich rechte und würdige Hüter und Pfleger der gedachten Weihestätte sein.*

140 Brief vom 26. 5. in Akte 4.

ses Werbeausschusses trat nun im Juni ein von Droste selbst gebildeter „Ausschuß für das Reichsehrenmal in Goslar“, an dessen erster Sitzung am 24. 6. 1933 als Vertreter des Regierungspräsidenten der Oberregierungs- und Baurat Gensel teilnahm. Nach seinem umfangreichen Bericht¹⁴¹ an die Regierung in Hildesheim konnte sich der Präsident mit seiner Empfehlung durchsetzen: *Die gleichzeitige Verfolgung des Gedankens einer Hitler- oder Deutschlandehre auf dem Sudmerberg wurde einstimmig als zur Zeit sehr unerwünscht und unzweckmäßig abgelehnt. Man entschloß sich aber, auch die Weiterverfolgung des Reichsehrenmal-Vorschlages Ratsschiefergrube nur mit größter Zurückhaltung und möglichst nicht in der Öffentlichkeit zu betreiben, da stärkeres Hervortreten ein verstärktes Aufleben anderer Orte — vor allem von Berka und Höxter — zur Folge haben würde. Auch erscheine eine lebhaftere öffentliche Werbetätigkeit der Sache unwürdig . . . Das vergrößerte Bild der Feier der Hitler-Jugend am 1. Mai in der Grube wurde als seiner packenden und überzeugenden Wirkung wegen als sehr zweckmäßig bezeichnet.*

In dem starken Einfluß des Hildesheimer Regierungspräsidenten auf Goslarer Vorgänge wurde auch der Unterschied der Tätigkeit Drostes zu der seines Vorgängers Klinge deutlich. Klinge hatte im Jubiläumsjahr 1922 — Goslar feierte sein tausendjähriges Bestehen als Stadt — die Kreisfreiheit durchgesetzt, aber darüber hinaus mindestens z. T. — und die Verhandlungen über den Reichsehrenhain sind ein gutes Beispiel dafür — fast so etwas wie die alte Reichsunmittelbarkeit der Kaiserstadt in seinen direkten mündlichen und schriftlichen Verhandlungen mit dem Reichinnenminister verwirklicht, wobei er den Regierungspräsidenten und gelegentlich auch den Oberpräsidenten in Hannover übergang, was dort durchaus, und zwar negativ, zur Kenntnis genommen wurde.

Die Hitler-Jugend-Kundgebung am 1. 5. war für den Regierungspräsidenten wie für den kommissarischen Oberbürgermeister der konkrete Anlaß, die Bewerbung um den Hain erneut aufzunehmen, wozu Dr. Muß in seinen Briefen vom 19. 5. und 22. 7. Goslar direkt aufforderte. Bei dieser Kundgebung handelte es sich um den Aufmarsch des Jugendbannes Süd-Hannover-Braunschweig und eine Ansprache des Reichsjugendführers Baldur v. Schirach, die ursprünglich auf allen deutschen Sendern übertragen werden sollte. Dies wurde aber zurückgestellt, da am gleichen Tage eine Jugendkundgebung mit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg und dem Minister Dr. Goebbels im Lustgarten in Berlin stattfand, der im Rundfunk der Vorzug gegeben wurde. Die GZ berichtete über die Feier in Goslar am 2. 5.: *Wohl über 10000 im Kessel des Schieferhains . . . nach der Begrüßung des Reichsjugendführers gab der Rundfunksprecher . . . sein Stimmungsbild vom Aufmarsch der Hitlerjugend und des unbeschreiblich schönen Schauplatzes, und der Kreispropagandaleiter Woltjes (Goslar) vertraute . . . den Rundfunkwachsplatten für spätere Übertragung seine Werbeworte für Goslars Reichsehrenhain-Vorschlag an . . . Ansprache Schirachs: „In dieser Stunde, da*

141 Vom 20. 7. 1933 (Akte Nr. 3).

sich nationalsozialistische Jugend in Deutschland versammelt, in solcher Stunde, da sich der Jugendbann auf diesem durch die Geschichte dieser alten Kaiserstadt geheiligten Boden zusammenfindet, da muß in jedem Herzen und Hirn lebendig werden der Glaube, daß Deutschland nichts ist ohne Hitler.'

Die GZ knüpfte am 3. 5. in ihrer „Nachlese zum 1. Mai“ unmittelbar an diese Kundgebung an: *In Goslar hat man den Reichsehrenhainvorschlag mit frischem Mut aufgenommen . . . Die Erkenntnis von dem Wert unseres Reichsehrenhainvorschlags ist wohl am 1. Mai zur Hitler-Jugendfeier jedem wieder klar aufgegangen*¹⁴². Zum Gedenken des zehnjährigen Todestages von Schlageter am 26. 5.¹⁴³ richtete die Hitlerjugend von Goslar *in seiner Todesstunde um 4 Uhr* bei einer Gedenkfeier *ein schlichtes Holzkreuz aus einem 8 Meter hohen schweren Birkenstamm* in der Ratsschiefergrube auf. Für die Stadt nahm Referendar Mühlenberg *dieses Heiligtum* in die Pflege. *Dieser Weihe wegen ist die Ratsschiefergrube auch mit Erlaubnis des Reichsjugendführers Baldur von Schirach zum Ehrenhain der Hitlerjugend erklärt*, meldete die GZ ein Jahr später¹⁴⁴.

In der Ehrenmalsfrage hatte sich im Reich im ersten Halbjahr 1933 außer der Preisverleihung im Januar nichts getan. Am Volkstrauertag, dem 12. 3.¹⁴⁵, der gleichzeitig der Tag der Kommunalwahlen in ganz Deutschland war, hatte eine Gedenkfeier in der Staatsoper Berlin stattgefunden und anschließend die Kranzniederlegung durch Hindenburg im „Ehrenmal Unter den Linden“. Angesichts der innenpolitischen Ereignisse bestand offenbar nirgends das Bedürfnis, die Pläne für Berka in kurzer Zeit zu verwirklichen¹⁴⁶. In der deutschen Presse gab es eine ganze Anzahl von Artikeln zu dieser Frage, die sich vorwiegend gegen Berka aussprachen. Am wichtigsten waren wohl die Ausführungen von Prof. Dr. Schoenichen, des Direktors der staatlichen Stelle zur Naturdenkmalspflege in Preußen, der sich im Oktober 1932 und im März 1933 in der Zeitschrift „Naturschutz“ gegen Berka und für den Kyffhäuser als Standort für einen Ehrenhain geäußert hatte. In der Mai-Nummer 1933 der Monatszeitschrift des Harz-Clubs „Der Harz“ sprach er sich in gleicher Weise aus, was die Goslarer Dr. Kassebaum und Dr. Gillen in der September-Nummer 1933 dieser Zeitschrift zu einer

142 *Staatskommissar Droste hat sich mit allen maßgeblichen Stellen in Verbindung gesetzt, und seine Verbindung zu Dr. Goebbels und Minister Rust werden schließlich nicht ganz nebensächlich sein. . . . auch Senator Huxhagen, der als Reichskommissar direkt mit Reichspropagandaminister Goebbels zusammenarbeitet, (wird) für Goslar eintreten.* GZ, 3. 5. — Gerade diese Sätze konnte der Regierungspräsident in Hildesheim nur mit großem Unbehagen lesen.

143 Am 26. 5. 1923 auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf hingerichtet.

144 GZ 27. 5. 1933 und 25. 5. 1934.

145 1934 hieß er bereits „Heldengedenktag“.

146 So auch die Auskunft, die Droste am 14. 8. 1933 im Reichsinnenministerium in Berlin erhielt: *daß der Minister Frick als wohl der Führer selbst die Frage des Reichsehrenmals als z. Zt. nicht vordringlich ansehen. Es sei unerwünscht, daß jetzt in der Öffentlichkeit wieder ein Disput über das Wohin entstehe . . . Vom Plan Berka werde man wohl sicher abrücken, z. Zt. bestehe zwar noch der alte Werbe- und Gutachterausschuß für Berka, wenn auch tatenlos* (Aktennotiz Drostes vom 22. 8. über Auskunft des Ministerialrates Scholz).

Entgegnung herausforderte¹⁴⁷. Kassebaums Aufsatz „Die Frage des Reichsehnhains. Wohin mit dem Reichsehnhain?“ und Gillens Darstellung „Die Goslarer Ratschiefergrube“ bringen kaum neue Gesichtspunkte im Vergleich zu den Bewerbungen von 1926 und 1927; die nationalen Argumente werden stärker als vorher betont und besonders auch die Feier der Hitlerjugend am 1. Mai 1933 im Hain bei Goslar erwähnt¹⁴⁸.

Sehr viel mehr versprach sich die Stadt von einer neuen Werbeschrift, die mit dieser Bezeichnung allerdings nirgends erwähnt wurde — das Wort „Werbung“ war, wie der Regierungspräsident deutlich gemacht hatte, verpönt —, sondern den neutralen Namen „Album“ erhielt. Stadtbaurat Schneider übergab am 18. 7. 1933 dem kommissarischen Oberbürgermeister Droste seinen Vorschlag zur Ausgestaltung der Mappe mit 22 Fotos und schlug als Verfasser einer *Einführung aus berufener Feder* Dr. Kassebaum vor. Daß diese neue Schrift an Ausstattung und Umfang die bisherigen übertraf, wurde deutlich an der Zahl der 22 Fotos und 40 Seiten, wie Kassebaum am 28. 8. Droste mitteilte.

Das „Album“, wie es dann im Oktober fertig vorlag, war eine in graues Leinen gebundene Schatulle, die auf Großformat DIN A3 den 16seitigen Text und 24 auf gelblichem Karton angebrachte Fotos mit Inhaltsverzeichnis enthielt. Die Deckseite der Schatulle schmückt ein Wappen mit dem Reichsadler, darunter die Aufschrift „Reichsehnhainvorschlag der Stadt Goslar“.

Der Text enthält eine Einführung von Hermann Kassebaum, der auf eineinhalb Seiten das Projekt des Ehrenhains vorstellt, mit einem Rückblick auf den Weltkrieg und sein Ende. Er schließt: *So soll ein Hain gewählt werden, als Wallfahrtsort für das ganze deutsche Volk. Und die schönste, hehrste Stätte wird dazu gerade recht sein.* Die folgenden Teile I, II und III entsprechen in etwa den drei Teilen der Bilderfolge. I enthält zunächst in einem Absatz eine kurze Schilderung der Stadt Goslar mit ihren Kirchen, den Befestigungen und der Kaiserpfalz, der auf vier Seiten ein Rückblick auf Goslars Geschichte folgt; II schildert auf zweieinhalb Seiten die Straßen und Wege, die zur Ratschiefergrube führen; III bringt auf zwei Seiten eine ausführliche Darstellung der Grube selbst. Kassebaum gibt dann noch Hinweise auf die gute Akustik der Grube, auf Goslar als Fremdenstadt, die *eine bedeutende Zahl von Fremden* unterbringen könne, auf seine verkehrstechnisch ausgezeichnete Lage und die Tagungen des VDA 1927 und der Hitlerjugend am 1. Mai 1933. Er gibt kurze Zitate der deutschen Presse über die

147 Titelbild „Die Ratschiefergrube, die zum Reichsehnhain vorgeschlagen wurde“ (Kohlezeichnung von Reinecke-Altenau).

148 Kassebaum wendet sich mit Schoenichen gegen Berka, ist aber gegen ihn, wenn er sich für den Kyffhäuser ausspricht: a) sei im Kyffhäuser vorwiegend Laubwald, den K. als zu lieblich für einen Gedächtnishain hält, b) könne ein *kleines Waldgebirge von noch nicht 80 Geviertkilometern Umfang* nicht zwei *Gedächtnisstätten* enthalten, ohne daß sie sich *gegenseitig Abbruch tun*. Ähnlich setzte sich auch Wilhelm Hochgreve in Artikeln in den „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ vom 7. 6. und in der „Braunen Post“ vom 6. 8. gegen Berka und für Goslar ein (Zeitungsausschnitte in Akte 4).

VDA-Tagung wieder und schließt: *Als diese Stimmen erklangen, war die Wahl bereits auf einen anderen Vorschlag gefallen. Ob die Männer, die das Reich damit beauftragt hatte, alles richtig und gewissenhaft erwogen haben, was für ihren Entschluß entscheidend sein mußte, bleibe hier unerörtert. — Das deutsche Volk durfte es freilich erwarten. Goslar bietet mit seiner alten Ratsgrube und den Wäldern, die es wie ein köstliches Kleinod umfassen, aus der Fülle der Schätze, die es sein eigen nennt, ein Juwel dar, wie es sich in deutschen Wäldern nur noch selten finden wird. Die alte Ratsschiefergrube inmitten weiter schöner Wälder wird als Weihegeschenk dargereicht aus dem heißen Wunsche heraus, die Stätte zu schaffen, die das Andenken an seine gefallenen Söhne wacherhalten soll und wird. — Mag das deutsche Volk entscheiden, ob es die Gabe dieses hohen Zieles für würdig erachtet.*

Im Vergleich zu den Werbeschriften von 1926 und 1927 hatte das Album nur eine sehr beschränkte Auflage, insgesamt wurden 10 Exemplare hergestellt und nach einer Aufstellung aus dem Jahr 1937 wie folgt verteilt: 1. Führer und Reichskanzler Adolf Hitler, 2. Reichsbauernführer R. W. Darré¹⁴⁹, 3. Staatsrat Meinberg, 4. Reichsführer der NSKOV¹⁵⁰ Oberlindober, 5. Ausschuß für den Reichshrenhain, 6. Oberpräsident Hannover, 7. Regierungspräsident Hildesheim, 8. Stadtarchiv Goslar, 9. Internationales Büro für Bauerntum, Goslar, 10. Stadtbauamt Goslar.

Echo und Erfolg dieser letzten Anstrengung Goslars um den Reichshrenhain waren für die Stadt enttäuschend. In den Akten findet sich nur ein einziges Schreiben, das auf die Mappe einging, und das hatte im wesentlichen einen negativen Inhalt. Zwar bestätigt der Regierungspräsident Dr. Muß in Hildesheim dankend den Empfang und schließt die 3 Seiten seines Briefes vom 14. 11. 1933¹⁵¹ mit voller Anerkennung der geleisteten Arbeit, aber er spart nicht an Kritik: *Ich werde (die Mappe) in meinem Vorzimmer (!) auslegen und hoffe, daß sie dort die Aufmerksamkeit manches Besuchers auf sich zieht und so dem Vorschlag Goslars neue Freunde und Förderer gewinnen wird. Ich fürchte aber, daß von meinen Besuchern wenige die Zeit haben werden, die 14 Seiten langen gedruckten Ausführungen zu lesen oder die 25 Blatt Bilder und Pläne durchzusehen. Ebenso wird es aber, was noch weit mehr ins Gewicht fällt, den Männern gehen, die für Ihre Sache zu gewinnen, nach der dortigen Besprechung¹⁵² der Hauptzweck der Darstellung sein sollte: den führenden Persönlichkeiten an den zentralen Stellen und sonst im Reiche. Diese führenden Männer haben, besonders heute, wo alle mit Arbeiten riesigen Ausmaßes von früh bis spät in Anspruch ge-*

149 Goslar war seit 1936 „Reichsbauernstadt“.

150 NSKOV = Nationalsozialistische Kriegsoferversorgung.

151 Brief in Akte 3.

152 Gemeint ist wohl die Sitzung am 24. 6. 1933.

*nommen sind, nicht die Zeit, solche ausführlichen Darlegungen zu lesen. Ist es mir selbst bisher doch ebenso ergangen*¹⁵³.

Der Regierungspräsident empfiehlt im folgenden, eine Mappe mit ein bis zwei Sätzen auf der Außenseite mit Hinweis auf die Ratsschiefergrube, die ein „heiliger Hain“ weihevollster Art sei, und die alte Kaiserstadt Goslar, in der Mappe ein Blatt, das in 1—2 Minuten zu lesen sei und *eine sachlich packende, nicht romantische Darstellung* dessen, worauf es ankomme. *Unvorteilhaft ist es, daß das so ungeheuer eindrucksvolle Bild der Hitler-Jugend-Kundgebung am 1. Mai so versteckt und gefaltet erst als letztes auftritt . . . in der dortigen Besprechung war es als das Wesentlichste der ganzen Vorlage gedacht . . . Zu warnen ist auch vor dichterischen Übertreibungen, wie z. B. wenn auf S. 13 der Denkschrift die Fichten an der Ratsschiefergrube, die doch an Alter und Größe die in deutschen Wäldern vorhandenen nicht übertreffen, ‚Altersriesen‘ und ‚Kolosse‘ genannt sind*¹⁵⁴. *An solchen dichterischen Übertreibungen krankt die kleine Denkschrift von Berka, die Ihnen mein Sachbearbeiter kürzlich zusenden ließ. Sie erreichen praktisch das Gegenteil Ihres Zwecks: Eine Enttäuschung des Besuchers.*

In einem Brief vom 27. 12. 1933 kündigte dann der Regierungspräsident an, sein Oberbaurat Gensel werde *zwecks Umgestaltung der Mappe und ihres Inhalts* Ende Januar 1934 nach Goslar kommen, ein deutliches Zeichen, an welch kurzer Leine der Präsident die Stadt Goslar halten wollte. In dieser Besprechung ging es dann aber nur noch um die ersten Baumaßnahmen, die mit der *Umsiedlung des Reichsnährstandes* nach Goslar zu tun hatten¹⁵⁵. Der Ehrenhain war bereits kein Thema mehr; Goslars neue Aufgabe als „Reichsbauernstadt“ war in der Tat für die Stadt wichtiger als ein Projekt, in dem das Reich zunächst nichts festlegen wollte.

Neue Hoffnung, daß die Frage des Reichsehrenhains doch noch akut werden könnte, schöpfte man in Goslar vorübergehend aus der Ankündigung des Reichskriegeropferführers¹⁵⁶ Oberlindober bei der Tagung der NS Kriegsoferversorgung (NSKOV) am 20. 4. 1934 in Berlin. Oberlindober erklärte *unter stürmischem Beifall*, die nunmehr in einem Verband zusammengeschlossenen Frontsoldaten wollten dem Führer, *der selbst das Schicksal der Kriegsblindheit kennengelernt hat*, ein Heim für Kriegsblinde zum Geburtstagsgeschenk machen (Hitler wurde am 20. 4. 1934 45 Jahre alt) und in diesem Jahr das Reichsehenmal er-

153 Stadtbaurat Schneider vermerkt hier mit Bleistift am Rande: *Das war also ein Reinfeld mit Herrn Kassebaums pathetischer Abhandlung* — Schneider hatte jedoch Kassebaum selbst vorgeschlagen!

154 Der Präsident hatte offenbar doch noch Zeit gefunden, den Text durchzulesen, was er vorher in Frage gestellt hatte.

155 Vermerk darüber von Stadtbaurat Schneider vom 31. 1. 34 in Akte 3.

156 So die amtliche Bezeichnung!

richten¹⁵⁷. Droste schickte Oberlindober daraufhin am 5. 5. die neue Mappe über Goslars Vorschlag zu.

Am 4. 6. 1934 fand noch einmal eine Hauptversammlung des „Reichsausschusses für ein Ehrenmal e. V.“ statt, und zwar in Koblenz. Aufgrund der neuen Hoffnung nahm Droste an der Versammlung teil. Vom Vorstand war Prof. Ebhardt anwesend, ferner der Oberpräsident der Rheinprovinz Frhr. v. Lünigk, der Koblenzer Oberbürgermeister, der Landrat und der Bürgermeister von Höxter und Dr. Reuter aus Rinteln, der sich für Höxter stark eingesetzt hatte, alles Vertreter der beiden Projekte, für die sich der Reichsausschuß gegen Berka entschieden hatte: die Rabenklippen bei Höxter und der Ehrenbreitstein über Koblenz. *Nach der Darlegung des Oberpräsidenten wurde man sich darüber klar, daß der Reichsausschuß im heutigen autoritären Staat (sic!) seine Arbeiten anders einzustellen habe und auch seine Bezeichnung als Reichsausschuß fehl sei . . . Trotz der Pressemeldung Oberlindobers über die baldige Errichtung des Reichsehrenmals wird die Errichtung maßgeblich doch nicht als akut angesehen. . . . Der Vorsitzende unterband die weitere Diskussion über Einzelvorschläge und brachte nochmals zum Ausdruck, daß die Hauptarbeit erst einmal sei, alle maßgeblichen Stellen vom Berkaer Vorschlag abzubringen. Damit wurde die Sitzung geschlossen*¹⁵⁸. Mit diesem für Goslar auf jeden Fall unbefriedigenden Schluß war eine weitere Teilnahme Goslars am „Reichsausschuß e. V.“ uninteressant.

Das Jahr 1935 brachte dann die Entscheidung. Das Deutsche Nachrichtenbüro gab am 2. 10. bekannt: *Der Führer und Reichskanzler erläßt folgende Kundgebung: Die sterbliche Hülle des im vorigen Jahre heimgegangenen Generalfeldmarschalls von Hindenburg¹⁵⁹ ist heute, an dem Tage, an dem er vor 88 Jahren geboren ist, in die für ihn im Tannenbergdenkmal errichtete Gruft überführt worden . . . Die Bettung dieses großen Deutschen in den Mauern des gewaltigen Schlachtendenkmals gibt diesem eine besondere Weihe und erhebt es zu einem Heiligtum der Nation. Um dieser Bedeutung des Tannenbergdenkmals sichtbaren Ausdruck zu verleihen, erkläre ich es zum ‚Reichsehrenmal‘ und lege ihm den Namen ‚Reichsehrenmal Tannenberg‘ bei . . . Das Deutsche Reich übernimmt das ‚Reichsehrenmal Tannenberg‘ mit dem heutigen Tage in seine Obhut und wird es als Wahrzeichen deutscher Treue, Kameradschaft und Opferwilligkeit in alle Zukunft zu wahren und zu schirmen wissen*¹⁶⁰.

Nicht ganz zehn Jahre später, im Frühjahr 1945, wurde das Denkmal von deutschen Soldaten gesprengt und Hindenburgs Sarg nach Marburg überführt.

157 Übereinstimmende Meldungen darüber in der „Harz-Wacht“ und im „Hannoverschen Tageblatt“ vom 20. 4. 34 (in Akte 4).

158 Ausführliche Aktennotiz Drostes vom 14. 6. 34 in Akte 3.

159 Daß Hindenburg von 1925 bis 1934 Reichspräsident war, wurde schon gar nicht mehr erwähnt.

160 Ribbe, wie Anm. 1, scheint diese Meldung übersehen zu haben, denn er schreibt S. 188: *An seine Stelle (Berkas) trat stillschweigend das bereits 1927 vollendete Nationaldenkmal für den Sieger von Tannenberg.*

Nach der Ankündigung vom 2. 10. 1935 mußte nun auch die von Hindenburg selbst ins Leben gerufene „Stiftung Reichsehrenmal“ sich auflösen. Sie gab am 31. 10. bekannt: *Der Herr Reichs- und Preußische Minister des Inneren hat daher ... die Stiftung Reichsehrenmal aufgelöst.* — In der politischen Praxis wurde das Tannenbergsdenkmal als Reichsehrenmal kaum beachtet. In den auf 1935 folgenden Jahren und auch in den Kriegsjahren nach 1939 legte Hitler am „Heldengedenktag“, dem Sonntag Reminiscere, einen Kranz am Katafalk in der Neuen Wache Unter den Linden nieder, die damit praktisch als Ehrenmal für die Kriegstoten, auch des neuen Weltkrieges, angesehen wurde.

Die Abbildungen stellte Herr Kurt Tempes, Goslar, zur Verfügung. Die Vorlagen befinden sich im Stadtarchiv Goslar; ihr Erhaltungszustand ließ eine bessere Wiedergabequalität nicht zu.

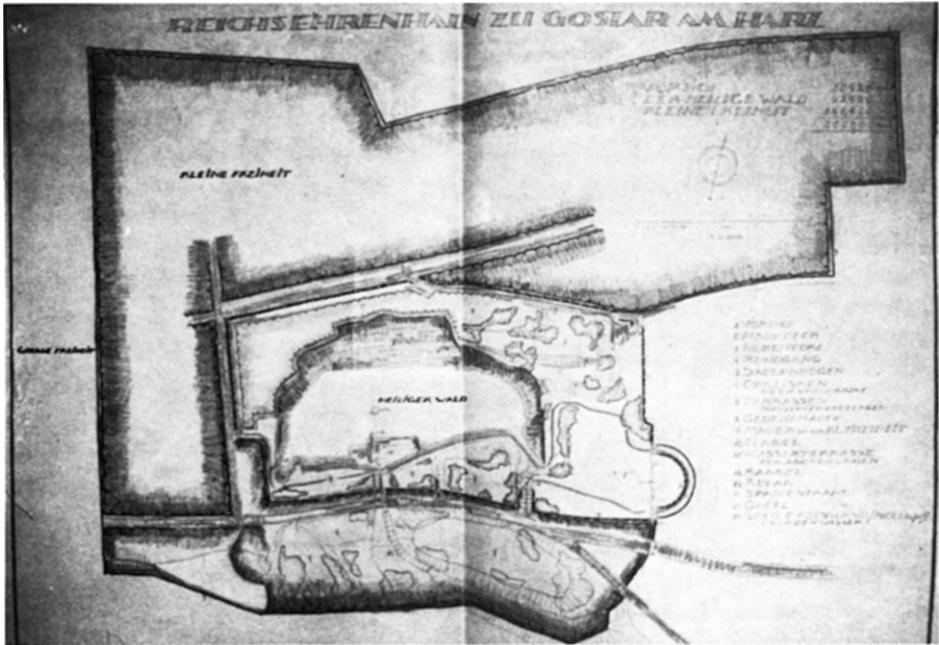


Abb. 1
Migges „Großer Plan“.
M. 1:1000.

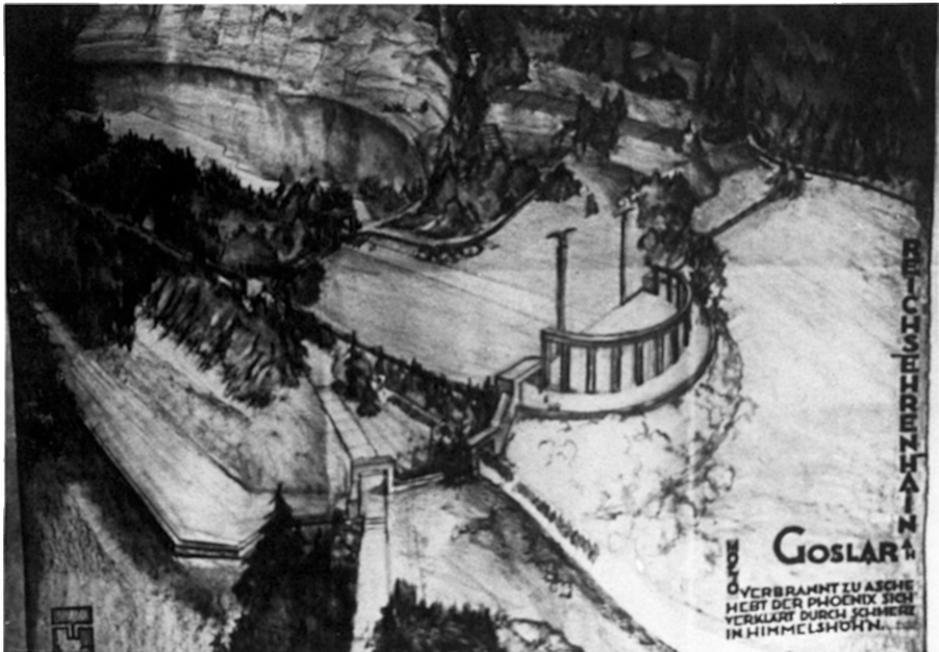


Abb. 2
Migges Vogelschaubild mit Säulenhalle und Obelisken.

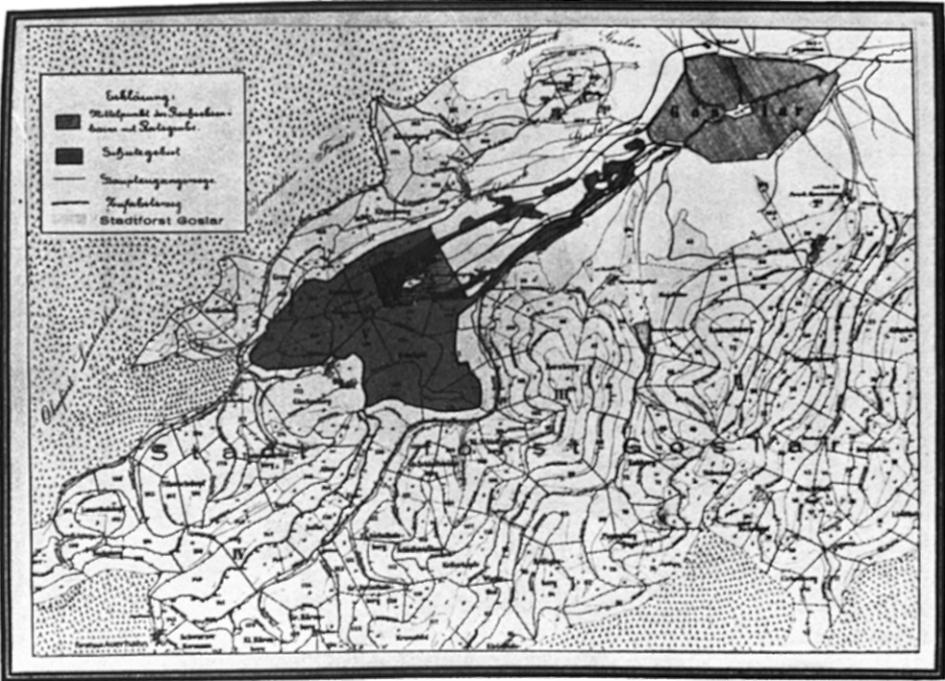


Abb. 3

Karte der Goslarer Stadtforst mit Reichsehrenhain (aus Werbeschrift 1926).



Abb. 4

Sarkophag im Ehrenhain (Vorschlag des Goslarer Stadtbauamtes Januar 1928).

Pferdebedarf und Pferdeinkauf im 15. Jahrhundert am Beispiel der Stadt Göttingen

Von
Dieter Neitzert

Quantitativ auswertbare Nachrichten über Viehhaltung und Viehhandel setzen in der Regel erst mit dem 16. Jahrhundert ein, so daß zeitlich weiter zurückreichende Darstellungen für Gebiete außerhalb des Ordensstaates fehlen¹. Zum Pferdehandel wurden mir nur zwei, das 15. Jahrhundert betreffende Veröffentlichungen bekannt: Lothar Schwetliks Auswertung der Gottorfer Zollregister von 1484—1519 und Franz Irsiglers Beschreibung der Geschäfte zweier kölnischer Pferde- und Tuchhändler der Jahre 1428—1430². Die Gottorfer Zollregister belegen eindrucksvoll neben dem auch dort überwiegenden Rinderhandel die große Bedeutung eines überregionalen Pferdehandels. In Gottorf wurden jährlich zwischen 2500 und 5400 Pferden verzollt, die von dänischen, flandrischen und deutschen Kaufleuten gehandelt wurden³. Wichtigster Abnehmer für dänische Pferde war Lübeck, dessen Funktion als Zwischenhandelsplatz für das Binnenland auch aus unserem Material sprechen wird. Daß der Zwischenhandel mit großen Distanzen rechnete, veranschaulicht Irsiglers Karte über das Absatzgebiet der Kölner Kaufleute Johann van Nuyss und Dietmar Bungart. Die von ihnen fast ausschließlich in Flandern aufgekauften Pferde wurden in der Mehrzahl im Köln-Bonner Raum und in der Eifel, aber auch am Niederrhein oder in Diedenhofen und Speyer weiterverkauft⁴. Unsere Karte ergänzt das Bild: Sie zeigt das Versor-

1 Fritz Rünger, Herkunft, Rassezugehörigkeit, Züchtung und Haltung der Ritterpferde des Deutschen Ordens. Ein Beitrag zur Geschichte der ostpreußischen Pferdezucht und der deutschen Pferdezucht des Mittelalters. In: Zs. f. Tierzüchtung und Züchtungsbiologie 2, 1925, S. 211—308. — Die einschlägigen Arbeiten über Rinderhandel streifen zwar das 15. Jahrhundert, widmen sich jedoch verstärkt der späteren Zeit: H[einz] Wiese u. J[ohann] Böltz, Rinderhandel und Rinderhaltung im nordwesteuropäischen Küstengebiet vom 15. zum 19. Jahrhundert (QForschAgrarg 14) 1966; Internationaler Ochsenhandel, hg. v. Ekkehard Westermann (Beitr-Wirtschaftsg 9) 1979.

2 Lothar Schwetlik, Der hansisch-dänische Landhandel und seine Träger 1484—1519. In: ZGesSchleswHolstG 85/86, 1961, S. 61—130; Franz Irsigler, Leben und Werk eines spätmittelalterlichen Kaufmanns am Beispiel von Johann van Nuyss aus Köln. In: JbKölnGV 42, 1968, S. 103—136.

3 Schwetlik, wie Anm. 2, S. 91.

4 Irsigler, wie Anm. 2, S. 114.

gungsgebiet eines Konsumenten, der zwar auch weiterverkauft hat, dies aber in der Regel nicht tat, um Gewinn zu erwirtschaften, sondern um sich von Pferden zu trennen, die seinen Zwecken nicht mehr dienlich waren.

Die hier vorgelegte Karte über auswärtige Pferdekäufe des Göttinger Rates wurde aus den für das 15. Jahrhundert fast vollständig erhaltenen Kämmereregistern erarbeitet, die die Kosten für die Einkäufe wie auch die Einnahmen für Weiterverkäufe der abgedienten Pferde in geschlossenen Rubriken überliefern⁵. Bei insgesamt 777 Käufen und Beleihungen wurden mindestens 302 auswärts oder mit auswärtigen Verkäufern getätigt; davon sind 260 Abschlüsse lokalisierbar und bilden das Ausgangsmaterial für die Karte. Im gleichen Zeitraum wurden 507 Pferde vom Göttinger Rat verkauft bzw. von ihren Eignern aus göttingischem Pfandbesitz eingelöst⁶.

Den Ausgaben in Höhe von 9092,4 Mark gött. standen 2078,6 Mark Einnahmen gegenüber, so daß die Nettoausgaben 7013,8 Mark betragen⁷. Die beigegebene Tabelle zeigt, wie bei schwankenden und gegen Ende des Jahrhunderts deutlich steigenden, die Geldentwertung widerspiegelnden Kosten die Relation zu den städtischen Ausgaben insgesamt erstaunlich konstant blieb. Sie lag nach anfänglich höheren Werten seit der Jahrhundertmitte bei etwa 5,5 Prozent der um Bede, Rentenkäufe und -ablösungen, Zinslasten und um die Rückzahlung hereingekommener Gelder verminderten städtischen Ausgaben, bzw. bei gut 4 Prozent, wenn die Verkaufserlöse in die Rechnung einbezogen werden. Diese Mittelwerte errechnen sich bei einer Schwankungsbreite der Jahreswerte von 14,6 bis 0,1 Prozent der Ausgaben (Käufe/Beleihungen) bzw. 13,9 Prozent der Ausgaben an Kosten bis 3,6 Prozent Gewinn (dgl. nach Abzug der Verkaufserlöse).

5 StadtAGö, Kämmerei-Register (KR), Sign. Kä 1, 8 ff.: Verloren sind die Jahrgänge 1418/19, 1446/47, 1459/60, 1482/83, 1488/89; der Jahrgang 1407/08 kann wegen Restaurierungsarbeiten z. Z. nicht benutzt werden. Diese Jahrgänge fallen für die Feststellung der Stückzahlen gekaufter und verkaufter Pferde aus. Für die statistischen Mittelwerte wurden die Zehnjahresdurchschnitte ergänzt. Weil in Göttingen seit etwa 1410 die jährlichen Aufrechnungen der Haushalte als sog. „Kleine Rechnung“ dem folgenden (und in der Regel erhaltenen) Register beigeheftet wurden, sind die Salden der einzelnen Rubriken und das Gesamtvolumen der verlorenen Jahrgänge beinahe lückenlos bekannt, so daß bei der Frage der Kosten nur der z. Z. unzugängliche Jahrgang 1407/08, für den die Kleine Rechnung nicht erhalten ist, und der Jahrgang 1487/88, der zwar vorliegt, für den aber jede Aufrechnung fehlt, unberücksichtigt bleiben.

6 Der Göttinger Rat nahm gelegentlich Pferde in Pfandbesitz und führte darüber in denselben Rubriken wie über Käufe/Verkäufe Buch. Die Beleihungen, anfangs häufiger, später selten, werden in diesem Beitrag nicht gesondert gekennzeichnet, weil die Pferde während der Pfandschaft auf der Basis beiderseitigen Risikos im Dienste der Stadt eingesetzt wurden. Ging ein Pferd verloren, so waren die ausgegebene Pfandsumme einerseits, wie andererseits alle Schadensersatzansprüche des Eigners verfallen. Statistisch erscheinen die Pfandnahmen als Käufe bzw. die Einlösungen als Verkäufe. (Das Original eines Pfandvertrages zwischen dem Rat und dem Domherrn Gefferd von Hardenberg ist erhalten als Loseblatt in KR 1476/77, fol. 67.)

7 Die Göttinger Mark war eine Rechnungseinheit aus 48 Schillingen zu je 12 Pfennigen (im folgenden abgekürzt: m, s, d).

Tabelle 1

Käufe und Pfandnahmen von Pferden durch den Göttinger Rat im 15. Jahrhundert
(in Zehnjahresdurchschnitten)

	Anzahl	Preis je Pferd Mark gött.	Kosten des Einkaufs		Kosten des Einkaufs abzügl. Verkaufserlöse	
			Mark gött.	in % der städt. Ausg. abzügl. der Kapital- dienste	Mark gött.	in % der städt. Ausg. abzügl. der Kapital- dienste
1400/01—/10 ⁸	13,1	6,2	81,5	9,5	66,9	7,4
1410/11—/20	8,7	9,4	82,0	8,5	60,5	6,2
1420/21—/30	6,4	10,8	68,9	6,4	56,2	5,2
1430/31—/40	8,9	13,2	117,8	7,6	95,4	6,2
1440/41—/50	8,3	10,2	84,9	4,4	69,7	3,7
1450/51—/60	8,4	9,2	77,4	5,4	67,9	4,2
1460/61—/70	8,8	9,4	82,7	5,4	70,3	4,5
1470/71—/80	8,0	9,3	74,3	5,7	60,9	4,7
1480/81—/90 ⁸	9,8	12,5	122,2	5,9	60,9	3,9
1490/91—/1500	6,2	19,4	120,2	5,3	87,6	3,9

In Göttingen wurden Pferdekäufe meist in heimischer Währung abgeschlossen, aber die häufig gebrochenen, in glatte Guldenbeträge verrechenbaren Preise lassen vermuten, daß auch hier am Ort in Gulden, der überregionalen „Leitwährung“ des Pferdehandels, gerechnet wurde, jener Währung, mit der die Göttinger bei auswärtigen Käufen arbeiten mußten. Für einen Preisvergleich ist es daher angezeigt, die Preise in Gulden darzustellen, also die in Mark überlieferten Preise entsprechend umzurechnen⁹.

Wegen eindeutiger Währungsverhältnisse bei einem Kurs von 15 s je Gulden eignet sich das Jahrzehnt von 1410/11 bis 1419/20 für eine solche Umrechnung besonders gut und wurde deshalb für eine Preiszusammenstellung gewählt¹⁰. Bei 78 Käufen und Beleihungen lagen zwei Drittel der Abschlüsse zwischen 21 und 40 Gulden. Das billigste Pferd war für 11 Gulden zu bekommen, für das teuerste mußten 60 Gulden bezahlt werden¹¹. Diese Preise sind denen vergleichbar, die

8 S. Anm. 5.

9 Die Gegenrechnung der in beiden Währungen, Gulden wie Silbermark, überlieferten Pferdepreise führt zu genaueren Währungsrelationen als bisher bekannt. Eine gesonderte Publikation ist geplant. Vgl. bislang noch: Günther Meinhardt, Münz- und Geldgeschichte der Stadt Göttingen (StudGStGött 2) 1961, S. 186.

10 Eine Ausnahme bildet der Jahrgang 1410/11 mit 15,5 s je Gulden.

11 KR 1410/11, fol. 37b, l; KR 1416/17, fol. 55a, l.

1428—1430 von Köln aus in Flandern gezahlt wurden, wenn eine Abwertungsrate der Mark gegen den Gulden in Höhe von 20 Prozent berücksichtigt wird¹².

Tabelle 2

**Käufe und Pfandnahmen von Pferden
durch den Göttinger Rat zwischen 1410/11 und 1419/20¹³**

Preise in rhein. Gulden	Anzahl der Pferde	Preise in rhein. Gulden	Anzahl der Pferde
11—15	6	36—40	16
16—20	9	41—45	5
21—25	10	46—50	1
26—30	13	51—55	2
31—35	14	55—60	1

Die Differenzierung der Preise wäre ausgeprägter, wenn nicht für 35 Pferde Durchschnittswerte aus 8 verschiedenen Rechnungsposten angegeben werden müßten. Z. B. liegt der Preisgruppe von 41—45 Gulden ein einzelner Abschluß über 5 Pferde zu Grunde, in dem außerdem 8 Gulden Trinkgeld und zusätzliche Nebenkosten enthalten sind¹⁴.

Bei den Verkäufen war in den seltensten Fällen das investierte Geld wieder einzunehmen, dies zeigt die Skala der Verkaufs- und Einlösungssummen. Hier lagen mit 30 von 38 Abschlüssen mehr als drei Viertel im Bereich zwischen 5 und 20 Gulden, das sind 25—50 Prozent der entsprechenden Einkaufspreise. Zwei Hengste allerdings und ein nicht näher bezeichnetes Pferd wurden dem Herzog mit 60, 64 und 70 Gulden zu Spitzenpreisen verkauft¹⁵.

12 Seit 1426 notierte der Gulden in Göttingen zwischen 16 und 18,5 s, um sich ab 1434 bei 18 s zu stabilisieren. — Kölner Käufe in Flandern: Irsigler, wie Anm. 2, S. 106.

13 Es konnten nur neun Jahrgänge ausgewertet werden, weil die Kämmererechnung 1418/19 verloren ist; vgl. Anm. 5.

14 KR 1417/18, fol. 33b, l u. 96a, r.

15 KR 1413/14, fol. 22a, r; KR 1416/17, fol. 36b, r; KR 1419/20, fol. 42a, l.

Tabelle 3

Verkäufe und Pfandablösungen von Pferden
durch den Göttinger Rat zwischen 1410/11 und 1419/20¹⁶

Preise in rhein. Gulden	Anzahl der Pferde	Preise in rhein. Gulden	Anzahl der Pferde
1—5	7	36—40	3
6—10	10	41—45	—
11—15	8	46—50	—
16—20	5	51—55	—
21—25	1	56—60	1
26—30	1	61—65	1
31—35	—	66—70	1

Für welchen speziellen Zweck die eingekauften Pferde vorgesehen waren, geht aus den Abrechnungen nicht hervor. Jedoch finden sich bei den Aufzeichnungen über die Verkäufe kurze Bemerkungen darüber, wer das Pferd bislang geritten habe. Das waren in der Regel Stadtsoldaten, so daß vermutlich die Mehrzahl der angekauften Pferde für die Reisigen bestimmt war, die teils eigene Pferde in den Dienst mitbrachten, teils stadteigene ritten oder auch ihre mitgebrachten Pferde der Stadt verkauften bzw. in Pfand gaben, um das finanzielle Risiko eines Verlustes auf die Stadt zu verlagern.

Da weder Rassen noch andere qualitative Merkmale der Pferde erwähnt werden, fehlen alle Anhaltspunkte für eine weitere Klassifizierung. Die städtischen Schreiber notierten bei der Rechnungslegung allenfalls die Farben der Tiere, woraus sich jedoch keine Preisklassen ableiten lassen¹⁷.

Hingegen geben die Göttinger Stadtrechnungen genaue Auskunft über die Kosten der Pferdehaltung. Welche Arbeiten und Anschaffungen damit verbunden waren, vermittelt beispielhaft die Auswertung einer Jahresabrechnung der Rubrik „De diversis necessariis stabuli“¹⁸. 1419/20 erhielt der Stallknecht über sein

¹⁶ Wie Anm. 13.

¹⁷ Von den zwischen 1410/11 und 1419/20 gekauften bzw. beliehenen 78 Pferden wurden 41 nach Farbe unterschieden: 13 rote, 10 braune, 10 graue, je 2 schwarze, fahle und schimmelfarbene, 1 rotbraunes, 1 weißes. Vgl. Irsigler, wie Anm. 2, S. 106; Rütger, wie Anm. 1, S. 249 f.

¹⁸ KR 1419/20, fol. 53b u. 55a, l.

Gehalt hinaus zwölf Gelegenheitstrinkgelder, das waren mit denen für seinen Helfer und für Tagelöhner 6 s 8 d. Die Kosten für Fuhrlohn, Mengenkontrolle und Lagerung des Hafers betragen 22 s 3 d, der Stall brauchte 2126 Bund Stroh für 2,5 m 6 d. Zur Pflege der Pferde und zur Behandlung von Krankheiten wurden 3 Striegel, etwa 3 Pfund Butter, Hundefett¹⁹, Kleie, Eier (?), Essig, Bier und Mehl, außerdem 2 Pfund Kupferrauch aus Goslar²⁰ und nicht näher bezeichnete Medizin für zusammen 14 s 9,5 d beschafft, ein Hengst wurde für 26 s beim Hardegser Schmied 14 Tage lang in Pflege gegeben²¹. Anfallende Reparaturen am Stall und die Reinigung der Miste kosteten 1 m 43 s 7 d, Neuanschaffungen, vor allem aber Reparaturen von Sätteln und Zaumzeug 3 m 21 s 1 d, darunter ein neuer Sattel zu 12 s, ein Paar Bügel zu 20 d, neue Sattelkissen zu 2,5 s das Stück. Neben geringen Beträgen für auswärtigen Hufbeschlag standen 6,5 m 20 d für 941 Hufeisen zu Buche. Verbleiben 10,5 s 4 d für 5 Ellen graues Wand und, nach Abzug eines Fehleintrages über 16 s, für Verschiedenes 9 s 7 d.

In diesem Kaleidoskop der Einzelausgaben spiegeln sich die Bedürfnisse des Alltags spätmittelalterlicher Pferdehaltung, wobei die hierfür benötigten Beträge, zusammen mit dem bescheidenen Gehalt des Stallknechts und seines Helfers, weit hinter den Futterkosten, den Ausgaben für Hafer, zurückbleiben, deren überragende Bedeutung im Rahmen der Gesamtkosten aus Tabelle 4 zu ersehen ist.

Da in Göttingen, wie andernorts, die Getreidepreise während der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts fielen, im hier untersuchten zweiten Jahrzehnt die Ausgaben für den Hafer jedoch tendenziell stiegen, läßt sich diese Tatsache nicht aus der Preisskala erklären²². Es mag sein, daß die extremen Ausgabenschwankungen, die bis zum Achtfachen des Tiefstwertes reichten, mit dem Zwang zur Auf-

19 Hundefett wurde beim Schinder gekauft und muß, nach Ausweis der immer wiederkehrenden Rechnungseinträge, ein wichtiges Arzneimittel gewesen sein. In der Humanmedizin wurde es als Einreibmittel gegen Tuberkulose eingesetzt; welche Verwendung es in der Tiermedizin fand, blieb mir unbekannt. Vgl. Wolfgang Schneider, *Lexikon der Arzneimittelgeschichte*, 7 Bde., 1968—1975, hier: Bd. 4, S. 60, Nr. E 252; Hermann Schelenz, *Geschichte der Pharmazie*, 1904 (Nachdruck 1962), S. 373, mit Bezug auf Görlitzer Stadtrechnung von 1428.

20 Kupferrauch als Ausgangsprodukt für grünen (Eisen-)Vitriol vom Rammelsberg bei Goslar: Wilhelm Bornhardt, *Geschichte des Rammelsberger Bergbaues von seiner Aufnahme bis zur Neuzeit* (Archiv für Lagerstättenforschung H. 52) 1931, S. 169—172; Erika Hickel, *Chemikalien im Arzneischatz deutscher Apotheken des 16. Jahrhunderts, unter besonderer Berücksichtigung der Metalle* (Veröff. a. d. Pharmaziegesch. Seminar d. TH Braunschweig 7) 1963, S. 127 f.

21 Schmiede als Pferdeärzte: Reinhard Froehner, *Kulturgeschichte der Tierheilkunde* 2, 1954, S. 25 ff., mit anschaulichen Abbildungen.

22 Horst Kullak-Ublick, *Wechselagen und Entwicklung der Landwirtschaft im südlichen Niedersachsen vom 15. bis 18. Jahrhundert*, Diss. agrar. (masch.) Göttingen 1953, S. 46; darauf fußend: Wilhelm Abel, *Agrarkrisen und Agrarkonjunktur*, 3. Aufl. 1978, S. 64.

Tabelle 4

**Kosten der Pferdehaltung
zwischen 1410/11 und 1419/20²³**

	Kosten des Pferdekaufs abzügl. Verkaufserlöse	Wochenlohn Stallknecht u. Helfer	Stallbedarf	Hafer
1410/11	122 m 27 s 6 d	3 m 12 s	15 m 2 s 6 d	173,5 m 6 s 1 d
1411/12	—1 m 3 s	3 m 12 s	14 m	68,5 m 8 s
1412/13	54,5 m 22 s	3 m 17 s	15 m 14 s 4 d	31,5 m 9 s 1 d
1413/14	23 m 2 s 4 d	4 m 16 s	12 m 23 s 7 d	56 m 2 s
1414/15	69 m 4 s 6 d	4 m 16 s	15,5 m 15 s 6 d	263 m 15 s 3 d
1415/16	63,5 m 1 s 7 d	3,5 m 21 s	19 m 15 s	86,5 m 9 s 4 d
1416/17	68 m 7 s 9 d	4,5 m 6 s	15 m 5 s 6 d	229 m 17 s 6,5 d
1417/18	100 m 18 s 4 d	4 m 12 s	21 m 19 s 10 d	157,5 m 22 s 6 d
1418/19	61 m 21 s	4,5 m 3 s	24,5 m 8 s 8,5 d	119,5 m 4 s 6 d
1419/20	43,5 m	4 m 12 s	17 m 20 s 2,5 d	106 m 9 s 5,5 d

	Städtische Ausgaben abzügl. Kapitaldienste	Gesamtkosten der Pferdehaltung	Gesamtkosten der Pferdehaltung in Prozent der städtischen Ausgaben abzügl. Kapitaldienste
1410/11	1007,5 m 6 d	314,5 m	31,2
1411/12	685,5 m 22 s 5 d	84,5 m 17 s 1 d	12,4
1412/13	619,5 m 14 s 10 d	105 m 14 s 5 d	17,0
1413/14	655 m 14 s 7,5 d	95,5 m 19 s 11 d	14,4
1414/15	1055,5 m 4 s 11 d	352,5 m 3 s 3 d	33,4
1415/16	942 m 14 s 8,5 d	173 m 11 d	18,4
1416/17	1371,5 m 6 s 4 d	317 m 12 s 7,5 d	23,1
1417/18	1220,5 m 10 s 3 d	284 m 8 d	23,3
1418/19	930,5 m 17 s 0,5 d	210 m 13 s 2,5 d	22,6
1419/20	976 m 1 s 6 d	171 m 17 s 8 d	17,6
			Durchschnitt 21,3

23 Die Werte des Jahres 1418/19 stammen aus der Kleinen Rechnung; vgl. Anm. 5.

füllung der Vorräte nach Fehden zusammenhängen²⁴. Doch müßte dieser vermutete Zusammenhang über einen längeren Zeitraum beobachtet werden, was beim Stand der Göttinger Stadtgeschichtsschreibung nur mit erheblichem Zeitaufwand durchgeführt werden könnte und im Rahmen dieser Arbeit noch nicht geschah. Ebenfalls wäre zu überprüfen, wieweit der Mittelwert von 21 Prozent der gesamten Sach- und Personalausgaben der Stadt für Kauf und Unterhalt der Pferde zu verallgemeinern ist. In dem von uns gewählten Jahrzehnt setzten erst gegen Ende, seit 1419, außerordentliche Ausgaben für die Errichtung der großen Wallanlage ein, die in den folgenden Jahrzehnten den städtischen Haushalt belastet haben, während die Haferpreise nach 1450 zusammenbrachen, um dann gegen Ende des Jahrhunderts die Ausgangswerte wieder zu erreichen²⁵. Man wird wohl nicht fehlgehen, den langfristigen Mittelwert bei 10—15 Prozent der Ausgaben zu suchen.

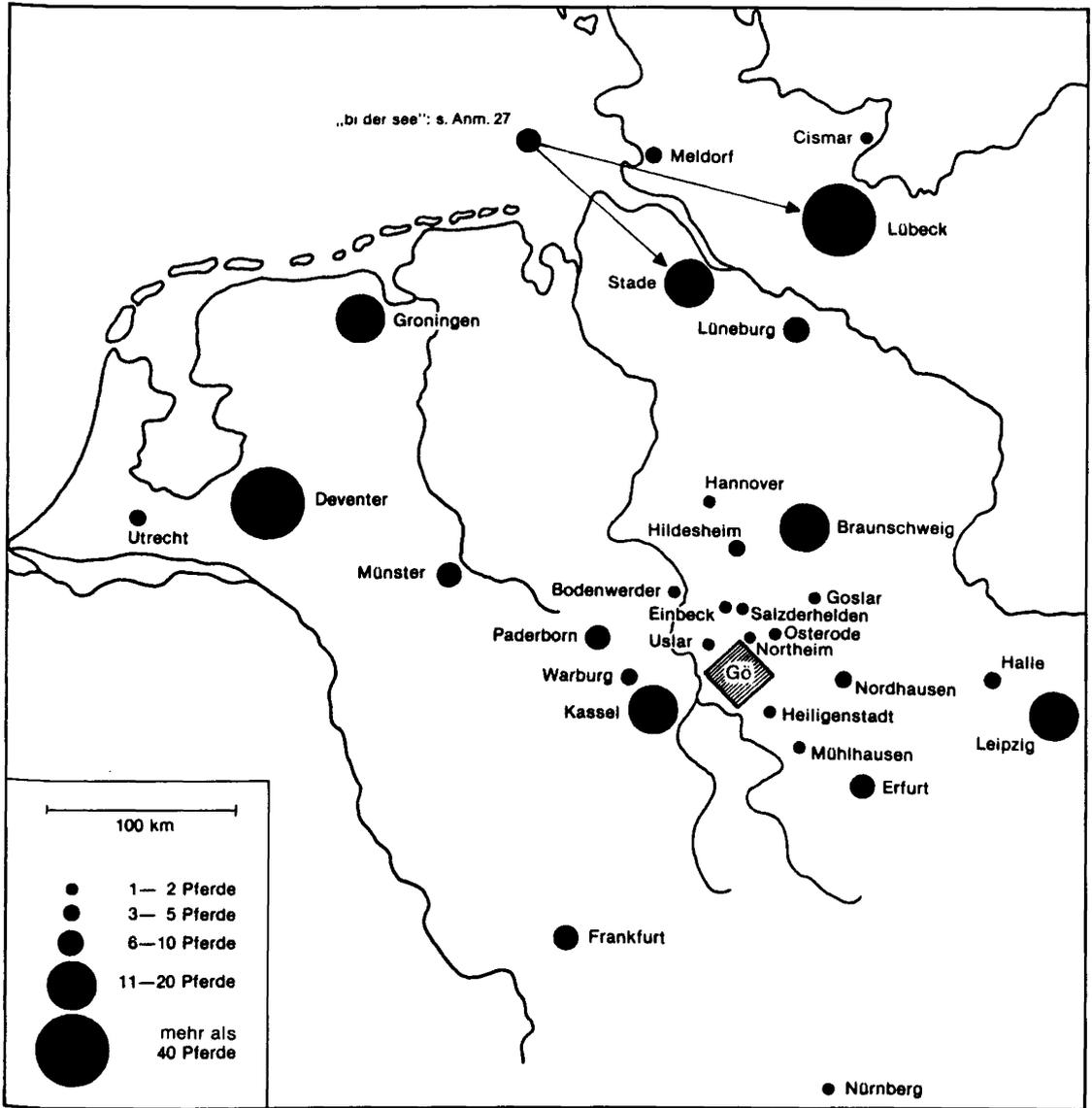
Mit welchen Distanzen man im Göttingen des 15. Jahrhunderts beim Pferdeeinkauf zu rechnen hatte, veranschaulicht die Karte. In unmittelbarer Nähe der Stadt entwickelte sich erst während der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraumes im landgräflichen Kassel ein Göttingen interessierender Pferdemarkt, wo auf 11 Reisen 14 Pferde gekauft wurden, je Reise also nur ein bis zwei Stück^{25a}. Ein ähnlicher Befund ergibt sich für Braunschweig. Auch dort kaufte man, wohl mehr als Nebenerscheinung der sonstigen engen Messeverbindungen, auf 11 Reisen 12 Pferde, und zwar auch diese, bis auf eines, in der zweiten Jahrhunderthälfte, während — im Gegensatz zum schwach vertretenen Frankfurt als Haupthandelspartner Göttingens — die Abschlüsse am Messeplatz Leipzig von anderem Gewicht waren, wenn anlässlich von nur 5 Reisen 19 Pferde gekauft wurden. Die für Göttingen wichtigsten Märkte aber lagen im Norden, in der Nähe noch heute bestehender Zuchtgebiete der Marschenzone, und in Lübeck als Umschlagplatz für dänische Importe²⁶. Dort, in Lübeck, kauften die Göttinger auf 17 Reisen 42 Pferde, davon die Mehrzahl während der ersten Jahrhunderthälfte, und alle, bis auf eines, vor 1470. Den größten Posten bildeten 7 Pferde auf einer Reise

24 Die Ausgaben von 1410/11 liefen parallel mit einem Zug der Göttinger vor den Brackenberg, den Ausgaben von 1414/15 gingen Fehden gegen die Schwichelt und besonders die Belagerung von Blankenau voraus, hinter den Ausgaben von 1417/18 wäre die herzogliche Fehde gegen den Paderborner Adel zu vermuten. Vgl. StadtAGö Ms 16,8 (Fehdebuch), fol. 21, 49 ff.; KR 1410/11, fol. 55a—57a; KR 1415/16, fol. 76b, l.

25 Wie Anm. 23.

25a Im 16. Jahrhundert wurde Kassel dann zum bevorzugten Einkaufsort der Göttinger. Vgl. dazu die seit 1490 belegte landgräfliche Pferdezeitung im Reinhardswald: Georg Landau, Beiträge zur Geschichte der Pferdezeitung, insbesondere in Hessen. In: Landwirtschaftliche Zeitung für Kurhessen, 1856, S. 205—217, hier: S. 209 ff.; Wilhelm Gerlach, Das althessische Gestüt Zapfenburg (Sababurg) und Beberbek. In: LandwirtschaftlJbb 23, 1894, S. 99—117, hier: S. 102; danach auch: Günther Hangen, Geschichte der hessischen Pferdezeitung, 1981, S. 11.

26 Schwetlik, wie Anm. 2, S. 100; vgl. mehrere Interzessionsschreiben des Lübecker Rates wegen in Rostock arretierter Güter, u. a. Pferden aus Schonen (a. 1393, Dez.): UB Stadt Lübeck 4, Nr. 597, S. 665, Anm.; dgl. 11, Nr. 354, S. 374 f. (1468, Juni 24).



Pferdekäufe des Göttinger Rates im 15. Jahrhundert
(soweit lokalisierbar)

(1432/33). Diesseits der Elbe kauften die Göttinger in Stade auf mindestens 4, vermutlich auf 6 Reisen, insgesamt 15—21 Pferde, vor allem im zweiten, dann auch im fünften Jahrzehnt²⁷. Daß Hamburg nicht erwähnt wird, obwohl es über bedeutende Pferdemarkte verfügte²⁸, bestätigt die bekanntermaßen spärlichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Göttingen und Hamburg. Auf 6 Reisen kaufte man seit 1442/43 19 Pferde im friesischen Groningen ein, und seit 1452/53 wurde schließlich Deventer, die „Stadt der Jahrmärkte“ und Partner des Göttinger Tuchgewerbes²⁹, zum vorrangigen Kaufort, aus dem sich der Göttinger Rat bis 1494/95 auf 14 Reisen zwischen 44 und 50 Pferde beschaffen ließ.

Das Göttinger Material bestätigt also die starke Stellung der küstennahen Pferdezucht für die Versorgung der Mittelgebirgszonen mit kräftigen Reitpferden³⁰. Für die Einkäufe schickte der Göttinger Rat in der Regel mit Bargeld ausgestattete Sachkundige, so beispielsweise die Stadtsoldaten Heinrich von Sneyn und Hermann Hennevedder, den Kaufmann Heise Hanschemann oder ein Mitglied der in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts mehrfach belegten Pferdehändlerfamilie Snippe, auf die auswärtigen Märkte³¹. Über Einzelheiten von Einkaufsreisen des 15. Jahrhunderts geben die Göttinger Akten keine Auskünfte. Die detaillierte Beschreibung einer solchen Reise nach Stade ist erst aus dem Jahre 1523/24 als Zufallsüberlieferung erhalten³². Sie ähnelt vier Kostenbelegen von 1529 und 1534

27 Auf 2 Reisen wurden je 3 Pferde „bi der see“ gekauft, worunter a. 1416 Stade oder/und Lübeck zu verstehen ist. Vgl. die Aufstellung der Reisekosten im Anhang zu KR 1415/16, fol. 98a, r (equitatura): *ad emendum equos in Staden, ultra Lubeke*. — Auch Stade galt schon im 13. und 14. Jahrhundert als Zwischenhandelsplatz für dänische und holsteinische Pferde: vgl. Hans Wohltmann, Die Geschichte der Stadt Stade an der Niederelbe, 1956, S. 95 u. 98, jedoch mit unzureichenden Belegen (H. U. B. I, Nr. 809, S. 279, gibt keinen Hinweis auf dänische Importe). Der Name des heutigen Pferdemarkts in Stade ist erst seit 1539 belegt: ebd., S. 40.

28 Erich von Lehe, Die Märkte Hamburgs von den Anfängen bis in die Neuzeit (1911) (Vjschr-SozWirtschGBeih 50) 1966, S. 35 f.

29 Deventer war in der 2. H. d. 15. Jhs. Sitz des aus Brügge verlagerten Hansekontors; zu Göttingen bestanden langfristige Handelsverbindungen. So zählte Göttingen 1464 zu den Adressaten eines Mahnschreibens, mit dem Deventer seine Partner ermahnte, nicht auf andere Märkte auszuweichen, während es selbst im Interesse der Hanse gegen Holland stritt: Z[eger] W[illem] Sneller, Deventer, die Stadt der Jahrmärkte (PflngstbllHansGV 25) 1936, S. 95 f., nach H. U. B. IX, Nr. 138. Seit 1476 belebte Göttingen seine Tuchproduktion mit Fachkräften aus Deventer: Walter Nissen, Die Göttinger Tuchmacher und ihr Einfluß bei der Einführung der Reformation in der Stadt. In: Festschrift für Hermann Heimpel I (VeröffMaxPlanckInstG 36/I) 1971, S. 684—697, hier: S. 684—86. Deventers Stellung im Pferdehandel scheint bisher unbeachtet geblieben zu sein.

30 Vgl. Rüniger, wie Anm. 1, S. 245.

31 Hennevedder diente lange Jahre an hervorgehobener Stelle mit ähnlich hohem Sold wie der Hauptmann, Heise Hanschemann zählte zur Gruppe der im Weingeschäft mit Frankfurt tätigen Kaufleute (Dieter Neitzert, Bürgerrecht und Ratsgewalt. In: GöttJb 29, 1981, S. 125—172, hier: S. 130, Anm. 33); für den Rat kaufte er Pferde in Lübeck und Stade: KR 1414/15, fol. 36a, l u. 89a, r; KR 1415/16, fol. 44b, l u. 98a, r; KR 1417/18, fol. 33b, l u. 96a, r; KR 1419/20, fol. 52a, l. Die Snippe als Einkäufer: KR 1410/11, fol. 37b, l (Diözese Paderborn); KR 1412/13, fol. 29b, r (Stade); die Snippe als Verkäufer: UB Stadt Hildesheim 6, S. 140, 146, 165, 258.

32 KR 1523/24, fol. 98 (Einlageblatt).

Tabelle 5

Pferdekäufe des Göttinger Rates im 15. Jahrhundert
(soweit lokalisierbar)

	Anzahl der Pferde	Anzahl der Reisen ⁺	Zeitraum
Bodenwerder	1	—	1441/42
Braunschweig	12	11	1415/16—1493/94
Cismar	1	1	1460/61
Deventer	44—50	14	1452/53—1494/95
Einbeck	1	1	1436/37
Erfurt	9	3	1437/38—1464/65
Frankfurt	8	4	1405/06—1447/48
Goslar	1	—	1474/75
Groningen	19	6	1442/43—1490/91
Halle	3	1	1455/56
Hannover	1	—	1448/49
Heiligenstadt	1	1	1495/96
Hildesheim	3	2	1452/53—1457/58
Kassel	14	11	1457/58—1498/99
Leipzig	19	5	1434/35—1487/88
Lübeck	42	17	1406/07—1487/88
Lüneburg	10	4	1408/09—1476/77
Meldorf	5	2	1469/70—1473/74
Mühlhausen	1	1	1441/42
Münster/Westf.	10	3	1475/76—1481/82
Nordhausen	5	3	1460/61—1465/66
Northeim	2	2	1420/21—1453/54
Nürnberg	2	1	1436/37
Osterode	1	1	1473/74
Paderborn	7	4	1481/82—1494/95
Diözese Paderborn	1	1	1410/11
Salzderhelden (Solt)	1	1	1464/65
Stade u. „bi der see“	21	6	1410/11—1442/43
Uslar	1	1	1498/99
Utrecht	4	1	1499/1500
Warburg	4	2	1472/73—1495/96

⁺ Für Bodenwerder, Goslar und Hannover sind keine Reisen belegt, sondern nur auswärtige Verkäufer genannt.

über Pferdekäufe des Duderstädter Rates im friesischen Groningen, auf Grund derer Wilhelm Feise verschiedene Reisewege von Groningen zurück nach Duderstadt in einer Karte dokumentieren konnte³³.

Das Netz der Versorgung und der Bedarf an Pferden einer Handel treibenden, aber auch ins Fehdewesen des 15. Jahrhunderts eingebundenen Stadt wie Göttingen scheint sich nach Lage der Überlieferung in weiterem Umkreis nicht annähernd so dicht belegen zu lassen³⁴, wie es die Göttinger Kämmereirechnungen erlauben. Vermutlich dürften die Göttinger Zahlen und Kostenbelastungen auch für andere städtische Haushalte des 15. Jahrhunderts einen vergleichbaren Rahmen abgeben.

33 Die Wege führten über Bremen, Hildesheim, Göttingen und über Rheine, Osnabrück, Herford, Höxter, Göttingen zurück nach Duderstadt: Wilhelm Feise, *Pferdekäufe des Duderstädter Rates in Friesland*. In: *Unser Eichsfeld* 29, 1934, S. 247—256 (nach frdl. Hinweis von cand. phil. Josef Dolle, Göttingen).

34 Die publizierten Stadtrechnungen Hildesheims verzeichnen nur wenige lokalisierbare Käufe, z. B. in Göttingen, Hannover, Derneburg, Nettlingen, Northeim, Göttingen, Hamburg (oder weiter nördlich), Göttingen, Lüneburg, Braunschweig (mehrfach), Hannover, Göttingen (in zeitlicher Folge): *UB Stadt Hildesheim* 6, S. 7 u. 15, 82, 140 u. 146, 165, 174 u. 185, 258, 259, 401, 430, 456, 476 f., 518, 538, 604, 616, 631. Selbst die Kölner Stadtrechnungen bieten kein vergleichbares Material: Richard Knipping, *Die Kölner Stadtrechnungen des Mittelalters I* (*PublGesRheinGkd* 15) 1897, S. 229 f. mit einer (fehlerhaften) Tabelle der Pferdepreise.

Zur Geschichte der Evangelisch-Reformierten in Lüneburg vom 17. bis zum 19. Jahrhundert

Von
Walter Mogk

Die heutige Evangelisch-Reformierte Kirchengemeinde in Lüneburg — mit ihrem inzwischen erweiterten Gemeindezentrum Am Schierbrunnen — entstand vergleichsweise spät. Erst durch Beschluß der „Evangelisch-Reformierten Kirche in Nordwestdeutschland“¹ vom 25. April 1958 wurde die „Evangelisch-Reformierte Kirchengemeinde Lüneburg-Uelzen“ für die Kreise Lüneburg-Stadt, Lüneburg-Land und Uelzen als Einzugsgebiet errichtet². Bei der Neugründung dieser Gemeinde mit Sitz in Lüneburg löste man ausdrücklich die genannten Gebiete aus der Zuständigkeit der Evangelisch-Reformierten Kirchengemeinde Celle. Damit hörte die zuletzt nur noch pro forma bestehende Betreuung der in der Lüneburger Heide verstreuten Reformierten durch die Celler Kirche als einziger reformierter Gemeinde im ehemaligen Fürstentum Lüneburg auf. Die gegenwärtige Evangelisch-Reformierte Kirchengemeinde Lüneburg-Uelzen³ besitzt jedoch eine beachtenswerte Vorgeschichte, die bis ins 17. Jahrhundert zurückreicht, aber weithin unbekannt ist.

Das Eindringen anderer Konfessionen in das seit der Reformation geschlossen evangelisch-lutherische Territorium der beiden welfischen Herzogtümer Braunschweig-Lüneburg (mit der Haupt- sowie Residenzstadt Celle) und Braunschweig Calenberg (mit der Haupt- sowie Residenzstadt Hannover) beruhte ausschließlich auf dem Willen der absolutistischen Herrscher im 17./18. Jahrhundert. Ihnen ging es bei der Duldung religiöser Minderheiten wie der Französisch-Reformierten (Hugenotten), der Deutsch-Reformierten (vor allem Pfälzer), aber auch von Juden vorrangig um bevölkerungs- und wirtschaftspolitische Maßnahmen, wenn nicht gar höchste Ziele der Landespolitik wie im Fall der Katholiken (Erringung der neunten Kur) den Ausschlag gaben.

- 1 Vgl. Elwin Lomberg u. a. (Hrsg.), Die Evangelisch-reformierte Kirche in Nordwestdeutschland. Beiträge zu ihrer Geschichte und Gegenwart, Weener 1982.
- 2 Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt der Evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland. Bd. 13: Sammlung des bereinigten landeskirchlichen Rechts vom 29. 11. 1884 bis zum 28. 11. 1970, Leer 1971, S. 173, lfd. Nr. 235.
- 3 Vgl. Hans-Wilfried Haase, Reformierte in Lüneburg. In: Reformation vor 450 Jahren. Eine Lüneburgische Gedenkschrift, Lüneburg 1980, S. 211—214.

Die noch immer nicht beseitigten Schäden des Dreißigjährigen Krieges legten eine verstärkte und staatlicherseits geförderte sogenannte Peuplierungspolitik durch die Anwerbung von siedlungswilligen Menschen nahe. Außerdem versprach sich der jeweilige Landesherr durch die dauernde Niederlassung gerade der Hugenotten⁴, von Glaubensflüchtlingen aus dem Frankreich Ludwigs XIV.⁵, eine neue Blüte der darniederliegenden Gewerbe- und Handelsverhältnisse. Galten doch speziell die Hugenotten wegen ihrer hohen Arbeitsmoral, ihres handwerklichen Erfahrungs- und Wissensstandes als Wegbereiter der modernen Wirtschaftsgesinnung⁶, die für das Zeitalter des Merkantilismus bestimmend wurde. Wie andere Territorialfürsten im Reich rechneten auch die Welfen in beinahe utopischer Fortschrittsgläubigkeit damit, daß *die frembden Kauff- und Handwercks-Leute, auch Manufacturiers*⁷ mit Hilfe der neuen Betriebsform der Manufaktur und der alten Geschäftsverbindungen die Einfuhr teuer bezahlter Luxusartikel überflüssig machen und statt dessen die Ausfuhr gewinnbringender Manufakturprodukte ermöglichen würden.

Welche hochgespannten Erwartungen in das Ansiedlungs- und Wirtschaftsprojekt mit den Hugenotten gesetzt worden sind, zeigt authentisch das Aufnahmeprivileg Herzog Georg Wilhelms zu Braunschweig-Lüneburg vom 6. August 1684⁸: Als Niederlassungsort wird vom Celler Herzog *Unsere Haupt-Stadt Lüne-*

4 Obwohl die Diskussion über den Ursprung und die Etymologie des Wortes „huguenot“ bis heute andauert, kann als Zwischenergebnis der folgende Erkenntnisstand festgehalten werden: Grundsätzlich muß zwischen einem linguistischen und einem historischen Aspekt des Problems säuberlich unterschieden werden. Linguistisch ist die Ableitung des Wortes „Hugenotten“ aus „Eidgenossen“ endgültig aufzugeben zugunsten der seit dem Hochmittelalter in Frankreich nachweisbaren Herkunft von einer Verkleinerungsform des Namens „Hugo“. Historisch ist eine Lokalsage aus Tours um die Gestalt des Hugo Capets auf die sich nächtlich versammelten Reformierten übertragen worden, und zwar mit negativer Bedeutung. Vgl. Ernst Mengin, Ursprung und Etymologie des Wortes „Hugenotten“. In: *Der deutsche Hugenott* 30, 1966, S. 120—124; 33, 1969, S. 34—38.

5 Vgl. Emile G. Léonard, *Histoire générale du protestantisme*, 3 Bde., Paris 1961—1964. Otto Erich Strasser-Bertrand, *Die evangelische Kirche in Frankreich*. In: Strasser-Bertrand/Otto Jan de Jong, *Geschichte des Protestantismus in Frankreich und den Niederlanden*, Göttingen 1975, S. M 135—191 = *Die Kirche in ihrer Geschichte*, Hrsg. Bernd Moeller, Bd. 3, Lfg. M 2. *Histoire des protestants en France*, Toulouse 1977.

6 Vgl. Peter Landgrebe, *Minoritätengruppe und wirtschaftliche Bedeutung. Zum Einfluß der Hugenotten auf die deutsche Wirtschaftsentwicklung*, Braunschweig 1977 = *Geschichtsblätter des Deutschen Hugenotten-Vereins*, 17. Zehnt, H. 7/10, zugleich Diss. phil. München 1976.

7 Art. 6 des Hugenottenedikts vom 9. 8. 1684 in der deutschen Fassung. In: *Stadtarchiv Lüneburg, Nachlaß Manecke*, Bd. 3, Bl. 111—114.

8 Von diesem Edikt existieren zwei inhaltlich übereinstimmende, zeitgenössische Druckfassungen, und zwar in französischer und deutscher Sprache. Französische Exemplare sind vorhanden im Archiv der Evangelisch-Reformierten Kirchengemeinde Celle. Deutsche Exemplare liegen auch vor im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv Hannover: Celler Br. 55 I Nr. 678, wieder abgedruckt in: *Chur-Braunschweig-Lüneburgische Landesordnungen und Gesetze*, 3. Teil, Bd. 1, Lüneburg 1743, S. 521—527; Henri Tollin (Hrsg.), *Urkunden zur Geschichte hugenottischer Gemeinden in Deutschland*, Magdeburg 1900, S. 9—15 = *Geschichtsblätter des Deutschen Hugenotten-Vereins*, 9. Zehnt, H. 10. Die folgenden Zitate beruhen auf der deutschen Fassung, jedoch mußte auf den Einzelnachweis verzichtet werden.

burg angepriesen, wo sich *verschiedene ausländische der reformirten Religion zugehörige Familien und Personen* ansiedeln sollen, um dort *allerhand Manufacturen anzurichten, auch Trafiquen und Commercias zu treiben*. Die Zuzügler werden, nachdem sie den Huldigungseid auf den neuen Landesherren geleistet haben, sofort in den Untertanenverband aufgenommen. Die Stadt Lüneburg muß ihnen das Bürgerrecht mitsamt allen Vergünstigungen verleihen, sobald sie auch den Bürgereid abgelegt haben. Der Herzog gewährt den Franzosen Gewissens- und private sowie öffentliche Religions- und Kultusfreiheit. Außerdem wird ihnen ein öffentliches Gebäude als Gottesdienstraum zugestanden, sobald die Mitgliederzahl der Kolonie gestiegen ist. Weiterhin verpflichtet sich der Fürst zur alleinigen Besoldung von zwei französisch-reformierten Predigern vom 29. November 1684 an. Sogar eine hugenottische Kirchenschule mit eigenen Lehrern wird im Rahmen der Landesgesetze gebilligt.

Die Sonderstellung der französischen Glaubensflüchtlinge beruht indes auf den wirtschaftlichen Zugeständnissen, die den Hauptteil des Ediktes ausmachen. Aus taktischen Erwägungen folgen sie erst nach jenen kirchenrechtlichen Vergünstigungen, ohne welche die Hugenotten kaum zugezogen, vor allem nicht im Land geblieben wären⁹. Die fremden Handwerker und Kaufleute werden von der Zwangsmitgliedschaft in den Gilden und Zünften befreit, ihnen wird aber zugleich, falls sie es dennoch wünschen, der Eintritt in die bestehenden Korporationen *gegen ein leidliches* erlaubt. Besondere Förderung verspricht man den Manufakturisten unter den Siedlern durch den Geheimen Rat, die oberste Verwaltungsbehörde des Herzogtums in Celle. Für Manufakturbetriebe, die man offenbar zahlreich und in großem Stil erwartet, sollen Werkhäuser zur Verfügung gestellt werden, um darin *arme Kinder* innerhalb von sieben Jahren anzulernen. Die landesherrlichen Vergünstigungen umfassen die Absatzgarantie für die in hugenottischen Unternehmen erzeugten Waren durch entsprechende Einfuhrverbote und durch die ausschließliche Belieferung der Miliz sowie der übrigen Untertanen mit den im Land selbst hergestellten Erzeugnissen. Zur Ankurbelung der neuen Betriebe werden den Réfugiés zwanzig Freijahre hinsichtlich Belastungen und Steuerabgaben — allerdings mit einigen Ausnahmen — zugesichert. Um der Stadt Lüneburg das Projekt schmackhaft zu machen, wird die Bürgerschaft von allen militärischen Einquartierungen befreit und der Bau von Baracken für die Soldaten der Garnison in Aussicht gestellt.

Mit diesem Privileg von 17 Artikeln war der Celler Herzog anderen deutschen Landesfürsten und Städten zuvorgekommen. Es sollte noch über ein Jahr vergehen, bis Ludwig XIV. von Frankreich am 18. Oktober 1685 das Edikt von Fontainebleau veröffentlichte. Damit hob er die Bestimmungen des berühmten Pazi-

⁹ Vgl. Walter Mogk, Voraussetzungen für die Einwanderung von Hugenotten und Waldensern nach Hessen-Kassel. In: Jochen Desel/Mogk (Hrsg.): Hugenotten und Waldenser in Hessen-Kassel, Kassel 1978, S. 13—41, v. a. S. 19—28: Bestimmungen der Einladungsprivilegien = Monographia Hassiac. H. 5.

fiktionsediktes von Nantes (1598)¹⁰ auf, durch das die Hugenotten erstmals zu einer staatlich anerkannten religiösen Minderheit geworden waren. Friedrich Wilhelm von Brandenburg-Preußen, der Große Kurfürst, erließ am 29. Oktober 1685 das bekannte Potsdamer Edikt¹¹ zugunsten der französischen Glaubensflüchtlinge. Da aber die Reformierten in Frankreich bereits seit der Selbstherrschaft Ludwigs XIV. 1661 mannigfache Bedrückungen und zunehmende Verfolgungen¹² erdulden mußten, war zumindest ihre Oberschicht zur Auswanderung bereit, was sich etwa in der Gründung der Berliner Hugenottenkolonie 1672¹³ zeigt.

Das Vorgehen Georg Wilhelms von Celle hatte auch persönliche Gründe; denn er war seit November 1665 in einer Gewissensehe mit Eleonore Desmier d'Olbreuz (1639—1722)¹⁴ liiert. Die resolute Dame, deren eindrucksvolles Ölportrait aus der Sammlung Münchhausen-Bettensen heute im Celler Bomann-Museum hängt¹⁵, entstammte einer alten, im Poitou ansässigen Adelsfamilie und erwies sich in vielen Bereichen als praktizierende Hugenottin. Dank ihrer Persönlichkeit und durch ihre Beziehungen zur alten Heimat sowie zu ihren dort verbliebenen Glaubensgenossen wurde sie die wohl bestinformierte Vertreterin hugenottischer Interessen im Exil. Der Celler Hof bildete während der Folgezeit ein Sammelbecken bzw. einen Durchgangsort für zahlreiche angesehene Réfugiés¹⁶. Weil die Herzogin im Laufe der Jahre einen immer stärkeren Einfluß auf ihren Gatten ausgeübt und zum Beispiel 1676 die nachträgliche kirchliche Trauung durchgesetzt hat, darf ihr ein wesentlicher Anteil am Zustandekommen jenes 1684er Ediktes zugestanden werden. Dabei handelte Eleonore im Unterschied zum Heideherzog aus religiöser Motivation.

10 Textkritische Ausgabe bei Ernst Walder (Bearb.), *Religionsvergleiche des 16. Jahrhunderts*, Bern 1946, 2. Aufl. 1961 = *Quellen zur neueren Geschichte*, H. 8. Einzige vollständige deutsche Übersetzung aller Teile dieses Dokuments bei Ferdinand Sander, *Die Hugenotten und das Edikt von Nantes*, Breslau 1885, S. 229—285; Wiederabdruck in: *Rechts-Urkunden zur Geschichte der Hugenotten. Das Edikt von Nantes. Das Edikt von Fontainebleau*. Deutsche ungekürzte Ausgabe, Flensburg 1963, S. 17—84.

11 Wiedergabe der deutsch-französischen Parallelfassung etwa bei Mengin, *Das Recht der französisch-reformierten Kirche in Preußen. Urkundliche Denkschrift*, Berlin 1929, S. 186—196 = *Geschichtsblätter des Deutschen Hugenotten-Vereins*, N. F. Bd. 4.

12 Vgl. Arie Theodirus van Deursen, *Professions et métiers interdits. Un aspect de l'histoire de la révocation de l'édit de Nantes*, Groningen 1960. Warren C. Scoville, *The Persecution of Huguenots and French Economic Development 1680—1720*, Berkeley & Los Angeles 1960.

13 Vgl. Eduard Muret (Bearb.), *Geschichte der französischen Kolonie in Brandenburg-Preußen, unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Gemeinde*, Berlin 1885. Karl Manoury, *Die Geschichte der Französischen Kirche zu Berlin, Hugenottenkirche, 1672—1955*, Berlin 1955.

14 Vgl. Horric de Beaucaire, *Une mésalliance dans la maison de Brunswick (1665—1725)*. *Éléonore Desmier d'Olbreuz, Duchesse de Zell*, Paris 1884; die deutsche Übersetzung von Emma Freiherren Grote erschien unter dem Titel: *Die letzte Herzogin von Celle. Eleonore Desmier d'Olbreuz 1665—1725*, Hannover 1886.

15 Vgl. Dieter-Jürgen Leister, *Die Fürstenbildnisse der Sammlung von Münchhausen-Bettensen, Celle 1954* = *Bomann-Archiv*, H. 1.

16 Vgl. Wilhelm Beuleke, *Die Hugenotten in Niedersachsen, Hildesheim 1960* = *Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens*, Bd. 58.

Die Maßnahmen Herzog Georg Wilhelms fanden keineswegs den Beifall der Lüneburger. An erster Stelle meldete die lutherische Geistlichkeit, die sich seit jeher als Hüterin der *wahren, reinen, evangelischen Religion*¹⁷ verstanden hatte, erneut gewichtige Bedenken gegenüber den Fremden an. Bereits siebzehn Jahre zuvor war die ‚reformierte Gefahr‘ aktenkundig geworden, und zwar in Person des aus Schottland stammenden Oberst Johann (de) Molleson¹⁸. Dieser Offizier war 1665 in die Dienste des Landesfürsten getreten¹⁹ und als erster Vertreter reformierten Bekenntnisses zum Festungskommandanten auf dem Lüneburger Kalkberg ernannt worden²⁰. Unter dem 2. Februar des Jahres 1667 leitete das Geistliche Ministerium Lüneburg an den dortigen Rat die Nachricht weiter, daß sich jener Oberst um die Genehmigung des Herzogs bemühe, *bei seinem Regiment einen calvinischen Prediger anzunehmen und solcher Gestalt eine calvinische Hauskirche anzurichten*²¹. Die lutherischen Kirchenführer wollten unter Berufung auf die gültige Kirchenordnung, aus der einschlägige Passagen zitiert wurden²², solche Bestrebungen im Keim ersticken, was offenbar zunächst gelang. Molleson jedoch ließ sich von seinem Vorhaben nicht abbringen. Am 26. Mai 1673 erhielt der Lüneburger Rat die *genötigte Anzeige*²³ vonseiten der lutherischen Pfarrrerschaft über *einen vom H.[errn] Obristen ohnlängst angestellten und gehaltenen öffentlichen reformierten Gottesdienst*. Am Donnerstag der vergangenen Pfingstwoche habe *auf des Herrn Bürgermeisters von Lafferds seinem Garten vor dem alten Brüggers Tor* besagter Gottesdienst stattgefunden. Bei der Zusammenkunft einer *ziemlichen Anzahl* von Interessenten sei *nach calvinischer Art gepredigt und Communion gehalten* worden. Die Geistlichen wollten jedoch nicht ausschließlich der *göttlichen Vorsorge* vertrauen, *daß ein solcher, unser[er] reinen Augsburgischen Confession und hiesiger Stadtverfassung zuwiderlaufender öffentlicher Gottesdienst hinfüro in dieser Stadt und dero Gebiet nicht möge angestellt werden*. Angeführt vom Superintendenten, verwiesen die lutherischen Pfarrer auf die daraus entstehenden, *unverantwortli-*

17 Schreiben des Geistlichen Ministeriums in Lüneburg an den dortigen Rat: Lüneburg, 6. 2. 1667, Konzept. In: Evangelisch-Lutherisches Pfarrarchiv Lüneburg, Geistliches Ministerium, 171.

18 Vgl. Beuleke, wie Anm. 16, S. 115, Anm. **. Wir behalten bewußt die von Beuleke benutzte Schreibweise bei, obwohl in den kirchlichen Unterlagen auch die Formen Mollison/Molleson vorkommen und uns bisher keine eigene Unterschrift des Obristen bekannt geworden ist.

19 Vgl. Memoires de Monsieur la chevalier [Andre] de Melvill General Major des troupes de S. A. S. Monseigneur le Duc de Celle & Grand Baillif du comté de Gifhorn, Amsterdam 1704, S. 213.

20 Vgl. Ernennungsschreiben der herzoglichen Regierung an den Lüneburger Rat. In: Stadtarchiv Lüneburg M 2 a 2 — Akten des vorm. Klosteramts Michaelis, Militaria in spec. den Kommandanten und die Garnison betr.

21 Vgl. Anm. 17.

22 Trotz aller Bemühungen ist bisher nicht zu klären gewesen, ob sich die lutherischen Geistlichen auf die Landeskirchenordnung von 1569 bzw. 1615 oder auf die Kirchenordnung der Stadt Lüneburg von 1573 berufen haben. Frau Dr. Uta Reinhardt vom Stadtarchiv Lüneburg danken wir für die uns entgegenkommenderweise übersandten Kopien.

23 Eingabe des Geistlichen Ministeriums in Lüneburg an den städtischen Rat: Lüneburg, 24. 5. 1673. In: Stadtarchiv Lüneburg E 1 Nr. 35 — Ecclesiastica. Schriften de tolerantia aliarum religionum de 1673 ff. Die folgenden Zitate stammen aus dieser Quelle.

chen Beschwerlichkeiten sowie nochmals auf die entsprechenden Landesgesetze, denen der öffentliche reformierte Kultus zuwiderlaufe. Abschließend beteuerten sie, daß ein *solches Werk* in Lüneburg bis dahin noch nicht geduldet worden sei. Da wir sicher sein dürfen, daß den Lutheranern Lüneburgs kein reformierter Gottesdienst entgangen ist, markiert der Mai 1673 den ersten öffentlichen Kultus der zweiten evangelischen Konfession, deren reichsrechtliche Anerkennung bereits im Westfälischen Frieden von 1648 erfolgt war. Am Beispiel Mollessons, der im August 1676 während eines Gefechts gegen die Schweden vor Stade gefallen ist²⁴, wird die Bedeutung des jeweiligen Festungskommandanten für die Reformierten in und um Lüneburg deutlich. Dabei mußte die religiöse Betreuung reformierter Soldaten, die weder der städtischen Verwaltung noch gar deren Jurisdiktion unterstanden, noch erforscht werden. Wegen des schottischen Obristen und weiterer Landsleute reformierten Bekenntnisses sind später auch die französischen Flüchtlinge von lutherischen Pastoren hartnäckig als *Engelländer* bezeichnet worden.

Durch die Vorstöße Mollessons war der grundsätzlich evangelisch-lutherische Charakter der Stadt Lüneburg nicht berührt worden. Erst das Hugenottenedikt von 1684 gewährte den fremden Reformierten freies und öffentliches *execitium religionis*, indem Herzog Georg Wilhelm durch einseitigen Verwaltungsakt neues Recht setzte. Obwohl die Rechtslage nunmehr verändert worden war und die lutherische Geistlichkeit, wie sie deutlich betonte, die Niederlassung dieser Ausländer nicht vor Gott zu verantworten habe, gaben die Pastoren den Kampf um die *Reinheit der Lehre*²⁵ in Lüneburg nicht verloren.

Als Superintendent Caspar Herrmann Sandhagen²⁶ mit den Inhabern der Ersten Pfarrstellen bei St. Johannis, St. Lambert und St. Nicolai am 3. November 1684 vor Deputierten des Lüneburger Rats wegen eines kirchlichen Erlasses angehört wurde, brachten die Kirchenführer *ihres Amts und Gewissens halber* nochmals ihre Einwände gegen die *aus England sich häuslich niederlassenden Fremden* vor. Die Herren sahen den kirchlichen Frieden von *Ärgernis und Zwistigkeit* bedroht. Zuerst verlangten sie von den Zugereisten eine *beständige Confession*, um die Irrtümer der reformierten Lehre auszumachen und damit die Verführungen rechtzeitig abwehren zu können. Ohne jede Prüfung unterstellte man, *daß in England überaus viel[e] Sekten und [diese] teils so beschaffen [seien], daß sie daselbst nicht geduldet würden*. Bezüglich des reformierten Kultus in Lüneburg trugen die Pfarrer die folgenden Hauptforderungen vor: Der Gottesdienst sollte auf die Reformierten beschränkt und neugierigen Lutheranern der Besuch ver-

24 Vgl. Melvill, wie Anm. 19, S. 236.

25 Protokoll über die Verhandlungen zwischen Ratsdeputierten und den Mitgliedern des Geistlichen Ministeriums: Lüneburg, 3. 11. 1684. In: Stadtarchiv Lüneburg E 1 Nr. 35.

26 Zu den biographischen Daten vgl. Philipp Meyer (Hrsg.), *Die Pastoren der Landeskirchen Hannovers und Schaumburg-Lippes seit der Reformation*, 3 Bde., Göttingen 1941—1953. Uta Reinhardt, *Die evangelischen Pastoren in Lüneburg 1530—1980*. In: *Reformation*, wie Anm. 3, S. 113—169.

wehrt sein. Zur Rettung der *sanitas religionis* bei lutherischen Knaben und Mädchen, die in den neuen Manufakturen hugenottischer Unternehmer arbeiten würden, sollte ein im lutherischen Glauben gefestigter Lehrer zusätzlich angestellt werden. Das bei den Réfugiés beschäftigte Dienstpersonal dürfe in keiner Weise zur Konversion beeinflußt werden. Auch sollten sich Lutheraner durch Heirat nicht zu den reformierten *Irrungen* verführen lassen. Mischehen zwischen Lutheranern und Reformierten sollten nur beim Übertritt zur *wahren Augsburgerischen Religion* oder zumindest bei gesicherter lutherischer Erziehung der Kinder geduldet werden. Gegenseitige Patenschaften wollte man möglichst unterbinden. Grundsätzlich verboten waren kirchliche Amtshandlungen aller Art für Lutheraner bei einem reformierten Prediger. Diese Maßnahmen liefen auf eine bewußte, klare Trennung der beiden evangelischen Konfessionen sowie der jeweiligen Mitglieder hinaus. Man befürchtete bei den Lutheranern trotz der Sprachbarriere eine starke missionarische Ausstrahlung der sog. Engländer. Nach dem Verhandlungsprotokoll wurden weder die Gründe für das Auftauchen schottischer Soldaten reformierten Glaubens noch die Ursachen für die zunehmende Einwanderung von Hugenotten erwähnt.

Die städtischen Vertreter sicherten der Lüneburger Pfarrerschaft zu, sich im Rahmen ihrer durch die *iura eminentia principis* eingeschränkten Möglichkeiten bei der Regierung für *das Kleinod reiner Religion* einsetzen zu wollen. Während die Stadt auf ein besonderes Reglement des Herzogs hoffte, sollten die Pastoren ihre Argumente schriftlich nachreichen. Offenbar hatte der Lüneburger Rat bereits zuvor wegen der Aktivitäten des reformierten Obristen und Gouverneurs William (de) Waller²⁷, eines Nachfolgers von Molleson, Einspruch in Celle erhoben. Die Resolution des Geheimen Rats vom 31. August 1685 regelte in sechs Paragraphen ausschließlich wirtschaftliche Streitfragen²⁸, die zwischen Waller und der Stadt um die Anwendung des Hugenottenediktes entstanden waren. Der vom Herzog mit der Ansiedlung von Hugenotten beauftragte Festungskommandant²⁹, der vermutlich ebenfalls aus Schottland stammte, hatte ehrgeizige Manufakturpläne entwickelt, indem er bedeutende Unternehmer aus den Generalstaaten wie etwa Jean de Rossier Sorans und Vincent de Bois zur Übersiedlung nach Lüneburg veranlassen wollte³⁰. Als jedoch seine Befugnisse auf den exakten Wortlaut von 1684 beschnitten wurden, die weitgespannten Vorhaben nicht über die Planungsphase hinaus gediehen, erhielt Waller im Sommer des nächsten Jahres den erbetenen Abschied aus den Diensten Georg Wilhelms³¹.

27 Vgl. Beuleke, wie Anm. 16, S. 137, Nr. 875.

28 In: Stadtarchiv Lüneburg E 1 Nr. 35.

29 Vgl. Tollin, Die hugenottischen Pastoren von Lüneburg, Magdeburg 1899, S. 6 = Geschichtsblätter des Deutschen Hugenotten-Vereins, 8. Zehnt, H. 5. Unterlagen im Zusammenhang mit seiner Bestallung sind unter den städtischen Archivalien nicht erhalten geblieben — vgl. Stadtarchiv Lüneburg M 2 a 2 Nr. 4.

30 Vgl. Stadtarchiv Lüneburg G 3 e Nr. 8, Nr. 9. Die Auswertung dieser Quellen behalten wir uns für eine spätere Untersuchung vor.

31 Vgl. Beuleke, wie Anm. 16, S. 137, Nr. 875.

Nachweislich ohne Kenntnis der Lüneburger Vorgänge und mit deutlicher Mißbilligung der vermeintlich *schweigsamen* dortigen Amtsbrüder verfaßte das Geistliche Ministerium in Celle — hier war der Inhaber der Ersten Pfarrstelle bei der Stadtkirche zugleich Generalsuperintendent des gesamten Herzogtums — am 15. Mai 1685 *Bedenken wegen der reformierten freien Religions Exercitii in der Stadt Lüneburg*³². Die Celler Lutheraner fühlten sich von der Regierung in einer *reinen Religionsangelegenheit* übergangen, weil sie bei einer ersten, vermutlich inoffiziellen Anhörung *fest widersprochen*, aber dann nicht mehr im versammelten Konsistorium als der zuständigen landesherrlichen Behörde zum Gesetzestext befragt worden seien. Obwohl das Hugenottenprivileg *schon erteilt und in französischer und deutscher Sprache gedruckt sei*, was man in Celle offenbar später als in Lüneburg erfahren hatte, wollte man aus grundsätzlichen Erwägungen für die *unveränderte Augsburgische Konfession* im ganzen Land kämpfen. Außerdem wollte man den Verdacht des Synkretismus, wie er durch die theologische Einstellung der Helmstädter Akademie aufgetaucht sei, in diesem bedeutenden lutherischen Territorium nicht noch weiter nähren. Erstaunlich gut unterrichtet, zählte man die bislang erfolgreichen Maßnahmen gegen Andersgläubige wie gegen die fremden Kaufleute in der geplanten Neustadt Harburgs, gegen die Ausdehnung des römisch-katholischen Kultus über die fürstlichen Privatgemächer hinaus nach der Konversion Herzog Johann Friedrichs (1651) und gegen die Juden als *kundbare Feinde Christi und der christlichen Religion* sowie als *Schacherer mit Geld* auf. Nach dieser Bilanz wurde mit den Reformierten als *Irrgeistern, die sich vor Christen ausgeben*, abgerechnet und behauptet, daß die Bestimmungen des Westfälischen Friedens für Braunschweig-Lüneburg nicht zuträfen. Wie schnell die Toleranzgrenze bezüglich der reformierten Glaubensflüchtlinge erreicht gewesen ist, belegt der folgende Abschnitt:

Weil diese Fremdlinge aus ihrem Vaterland, aus England [!] vertrieben, wären sie aus christlichem Mitleiden erbarmungswürdig und daher aus christlicher Liebe auf- und anzunehmen. Man kann einem exuli, der nicht unserer Religion ist, die Werke christlicher Liebe und Erbarmung wohl erweisen, ob man ihn schon nicht zu sich in sein Haus oder in sein Land nimmt, oder, wenn man ihn schon auf- und annimmt, verbindet doch die christliche Liebe uns nicht, daß man einen jeden, der von fremden Orten gelaufen kommt, ein freies Religionsexercitium verstatte.

Die Denkschrift zielte auf das Verbot der öffentlichen Kultusausübung durch die Hugenotten ab, wenn schon die Rücknahme aller religiösen Zugeständnisse nicht zu erreichen war. Das Ergebnis dieser Bemühungen der lutherischen Geistlichkeit ist leider unbekannt.

Die durchgehend ablehnende Haltung der einheimischen Bevölkerung Lüneburgs gegenüber den Flüchtlingen entsprang sicherlich auch dem Konkurrenz-

32 In: Archiv der Evangelisch-Lutherischen Stadtkirche Celle — bei der Benutzung noch ohne Signatur.

neid, vielleicht sogar der Existenzangst, und wurde bestärkt durch die diskriminierende Einstellung der orthodox-lutherischen Pfarrerschaft. Der Widerstand gegen wirtschaftliche Neuerungen regte sich, obwohl der alte Glanz der Stadt als Salz- und Handelsmetropole längst verblaßt war und die Bürgerschaft sich dem Willen des Landesherrn hatte unterwerfen müssen. Jedenfalls ist von der in der Hugenottenliteratur unterstellten, praktizierten christlichen Nächstenliebe weder auf seiten des Welfenherzogs noch gar bei den maßgeblichen Männern Lüneburgs etwas zu bemerken.

Die Französisch-Reformierte Kirchengemeinde in Lüneburg entstand nach dem Gründungsbericht im Kirchenbuch³³ erst am 16. März 1685, obgleich Georg Wilhelm selbst die Bezahlung von zwei pasteurs hatte übernehmen wollen. Es handelte sich im Fall Lüneburg um die früheste Hugenottengemeinde des Herzogtums, wenn man von den besonderen Verhältnissen am Hof Eleonores in Celle und der damit verbundenen Hausgemeinde absieht³⁴. Der Landesfürst wußte um die notwendige geistliche Betreuung der neuen Untertanen und ließ deshalb durch seinen außerordentlichen Gesandten in Dänemark den Pfarrer Joseph (de) Casaucau aus Kopenhagen holen. Obwohl man den Hugenotten weitreichende Vergünstigungen und sogar Prediger ihres Bekenntnisses zugestanden hatte, zog es verhältnismäßig wenige Flüchtlinge in den Norden des Herzogtums. Von den 1514 hugenottischen Ersteinwanderern im Gebiet des heutigen Niedersachsens wohnten — nach Beulekes Forschungen — nur 33 Männer und 20 Frauen in Lüneburg — kaum 3½ ‰. Zur geringen Anzahl kam erschwerend die besondere Sozialstruktur dieser Kolonie hinzu. Den Kern bildeten Angehörige des Militärs; denn Lüneburg war damals eine wichtige Garnisonsstadt des Fürstentums. Daneben waren nur wenige Vertreter bürgerlicher Berufe wie Handwerker und Inhaber kleiner Manufakturen ansässig geworden. Die hugenottischen Mitglieder des Lehrerkollegiums an der Ritterakademie³⁵ fielen zahlenmäßig nicht ins Gewicht, spielten aber neben den reformierten Festungskommandanten³⁶ die entscheidende Rolle bei den späteren Bemühungen um das Überleben der Gemeinde.

33 Die wenigen, heute noch vorhandenen Unterlagen der ehemaligen Französisch-Reformierten Kirchengemeinde Lüneburg befinden sich zur Zeit im Archiv der Evangelisch-Reformierten Kirchengemeinde Celle. Dorthin dürften sie bereits im 18. Jahrhundert gelangt sein, und zwar bedingt durch die Rückkehr der Herzoginwitwe Eleonore sowie ihres Hofpredigers nach Celle.

34 Vgl. Tollin, Geschichte der hugenottischen Gemeinde von Celle, Magdeburg 1893 = Geschichtsblätter des Deutschen Hugenotten-Vereins, 2. Zehnt, H. 7/8.

35 Vgl. Klaus Bleeck, Adelserziehung auf deutschen Ritterakademien. Die Lüneburger Adelschulen 1635—1850, 2 Teile, Frankfurt a. M. 1977 = Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 89. Uta Reinhardt (Bearb.), Die Matrikel der Ritterakademie zu Lüneburg 1656—1850, Hildesheim 1979 = Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, 9. Abt. 4.

36 Unter den Lüneburger Festungskommandanten, deren Namen nicht lückenlos überliefert sind und deren Bekenntnis nicht zweifelsfrei feststeht, kommen die folgenden Träger hugenottischer Namen vor: [Louis] de Malortie, Seigneur de Faverolles et Glatigny (vgl. Beuleke, wie Anm. 16, S. 113, Nr. 703) — ernannt 1679; Charles de la Motte [-Chevalerie] (vgl. ebd., S. 116, Nr. 716) — ernannt 1703; Amaury de Farcy de St. Laurent (vgl. ebd., S. 112, Nr. 698) — ernannt

Nach den Bestimmungen der Kirchenordnung für die Reformierten Frankreichs aus dem Jahre 1559³⁷ bzw. in der Endfassung von 1659³⁸, der *discipline ecclésiastique*, die nach den Aufnahmeprivilegien der drei welfischen Herzöge von Lüneburg, Calenberg und Wolfenbüttel³⁹ auch im Exil fortgalt, wird eine französisch-reformierte Kirchengemeinde — in diametralem Gegensatz zum zeitgenössischen katholischen und lutherischen Kirchenverständnis — nicht durch die Amtshandlung eines Pfarrers oder die Errichtung eines Kirchengebäudes, des hugenottischen temple, noch durch die Berufung eines Predigers, sondern erst und ausschließlich durch den Zusammentritt eines Presbyteriums, des consistoire, begründet⁴⁰. Weil für Lüneburg Protokolle über die Entscheidungen des consistoire fehlen, sind wir auf die spärlichen Angaben der beiden Kirchenbücher angewiesen, welche den Bericht des ersten Pfarrers über die Bildung der Gemeinde und die Amtshandlungen für den Zeitraum vom 1. Mai bis zum 26. August 1713 enthalten.

Höchstwahrscheinlich wirkte in Lüneburg neben dem genannten Casaucau (bis Mitte August 1703)⁴¹ nur noch Joseph Dubois (bis August 1710)⁴² als Gemeindepfarrer. Ihm folgte Pierre Dunoyer, seit 1701 im Dienst Eleonores als Hofprediger. Von ihm stammt auch der zeitlich letzte Eintrag im Lüneburger Kirchenbuch mit der Unterschrift: *Pierre Dunoyer, pasteur de S.[a] A.[ltesse] S.[erenissime] Mad.[ame] la Duchesse*⁴³. Die Tätigkeit dieses Hofpredigers in Lüneburg wird verständlich durch den Umstand, daß Eleonore nach dem Tod ihres Gatten (28. Juni 1705) den vorgesehenen Witwensitz in Lüneburg

1717; Jean [de Casaucau] de Soubiron (vgl. ebd., S. 120, Nr. 744) — ernannt 1749; Georg Ludwig de la Chevallerie — ernannt 1763; [...] de la Motte — ernannt 1783. Vgl. Stadtarchiv Lüneburg M 2 a 2 Nr. 4.

37 Eine französische Ausgabe bei Wilhelm Niesel (Hrsg.), *Bekennnisschriften und Kirchenordnungen der nach Gottes Wort reformierten Kirche*, München [1937], S. 11—79. Deutsche Übersetzung bei Sander, wie Anm. 10, S. 224—229.

38 Die französische Fassung von 1659 und die deutsche Übersetzung im Paralleldruck wurden für den Gebrauch der Hugenottenkirchen in Niedersachsen 1711 zu Heidelberg gedruckt. Vgl. auch die zweisprachige Ausgabe bei Mengin, wie Anm. 11, S. 64—185.

39 Vgl. Artikel 1 des Hamelner Privilegs Herzog Ernst Augusts von Braunschweig-Calenberg unterm 1. 8. 1690, abgedruckt in: Tollin (Hrsg.), *Urkunden*, wie Anm. 8, S. 44—45. Hugenottenedikt Herzog Anton Ulrichs von Braunschweig-Wolfenbüttel unterm 28. 3. 1705, abgedruckt in: Friedrich Heinrich Brandes, *Die Hugenotten-Kolonie in Braunschweig, Magdeburg 1897*, S. 6 = *Geschichtsblätter des Deutschen Hugenotten-Vereins*, 6. Zehnt, H. 9.

40 Vgl. Tollin, *Geschichte der Französischen Colonie von Magdeburg*. Jubiläumsschrift, Bd. 1, Halle 1886, Vorrede S. VIII—IX.

41 Die französisch-reformierten Prediger sind im Unterschied zu den deutsch-reformierten Pastoren von Meyer (Hrsg.), wie Anm. 26, nicht berücksichtigt worden. Vgl. Beuleke, wie Anm. 16, S. 120, Nr. 742.

42 Vgl. Beuleke, wie Anm. 16, S. 29, Nr. 5.

43 Taufe von Sophie Eleonore de Vaux, Tochter des einzigen aus Celle mitgenommenen Kavaliere, der gleichzeitig als Hofmarschall fungierte (vgl. Beuleke, wie Anm. 16, S. 132, Nr. 836; de Beaucaire, wie Anm. 14, S. 147). *Französisch-Reformiertes Kirchenbuch Lüneburg*.

übernahm und das von ca. 1693 bis 1698 erbaute Schloß am Markt bezog⁴⁴. Während ihres Aufenthaltes in Lüneburg von 1705/06 bis 1717 erlebte die dortige reformierte Gemeinde eine letzte Blütezeit. Die Herzoginwitwe beschäftigte sich nach harten Schicksalsschlägen (vor allem wegen ihres einzigen Kindes, der Prinzessin von Ahlden) selbst mit religiös-theologischen Problemen und öffnete die Räume des Schlosses für kirchliche Veranstaltungen, wenn dies nicht schon vor ihrer Übersiedlung geschehen war. Auch als sie nach Celle zurückgekehrt war, konnten die reformierten Glaubensgenossen weiterhin des herrschaftliche Haus für ihre Gottesdienste mit Abendmahl benutzen, welche der deutsch-reformierte Prediger aus Celle zweimal pro Jahr abhielt. Vorübergehend dürfte der Anteil der Deutschen größer gewesen sein als derjenige der Franzosen, sonst hätte man sich nicht um die Dienste des deutsch-reformierten, sondern wie später des französisch-reformierten Pfarrers aus Celle bemüht.

Als nach dem Tod Eleonores am 5. Februar 1722 das Lüneburger Schloß geräumt und verriegelt wurde, wandte sich der damalige Festungskommandant Obristleutnant Jean de Soubiron im Namen der Reformierten mit einer Supplik vom 22. August 1722 an den nunmehr zuständigen Geheimen Rat in Hannover und erreichte die Öffnung des Schlosses für die *reformierte Versammlung*, die *zuweilen über 100 Personen*⁴⁵ stark war. Mit der prunkvollen Beisetzung des zum Generalleutnant avancierten de Soubiron am 15. März 1754 auf dem Kalkberg⁴⁶ ging die hugenottische Episode in der Stadtgeschichte auch äußerlich zu Ende. Um das bescheidene Vorrecht der Schloßbenutzung mußten die verbliebenen Reformierten Lüneburgs in der Folgezeit immer wieder kämpfen. So reichten sie am 15. Mai 1754 ein *fußfälligstes Flehgesuch*⁴⁷ bei der Landesregierung ein, nachdem man zwei Jahre lang wegen Erkrankung des französisch-reformierten Predigers Salomon Sylverstre in Celle sogar ohne Abendmahl gewesen sei. Während man einerseits den Reformierten erlaubte, einen Prediger ihrer Konfession aus jedem beliebigen Ort auf eigene Kosten kommen zu lassen wie zum Beispiel aus Altona⁴⁸, wo man die Zusage des deutsch-reformierten Pastors erhalten hatte, verwehrte man ihnen andererseits den bisher gebrauchten *großen Saal* im königlichen Palatio⁴⁹. Hatten sich die Reformierten, deren Zahl insgesamt rückläufig gewesen sein dürfte, entweder in einem Privathaus oder in einem vom Rat erhaltenen Anwesen zusammengefunden, so versuchte im Herbst 1771 der evange-

44 Vgl. de Beaucaire, wie Anm. 14, S. 145; Franz Krüger/Wilhelm Reinecke (Bearb.), Die Kunstdenkmäler der Provinz Hannover. III. Regierungsbezirk Lüneburg. 2/3. Stadt Lüneburg, Hannover 1906, S. 195—197. Bruno Warnemünde, Das Lüneburger Schloß am Markt, Lüneburg 1925, v. a. S. 16.

45 In: Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover: Hann. 93 X Nr. 22.

46 Vgl. Mogk, Hugenotten in Lüneburg: Jean [de Casaucau] de Soubiron. Ein Beitrag zum Assimilierungsprozeß im Refuge. In: Lüneburger Blätter 23, 1977, S. 101—113.

47 Tollin, Hugenottische Pastoren, wie Anm. 29, S. 30.

48 Vgl. Oskar Hannink, Geschichte der Evangelisch-reformierten Gemeinde zu Altona, Altona 1936.

49 Vgl. Tollin, Hugenottische Pastoren, wie Anm. 29, S. 31.

lisch-lutherische Kommandant Jobst Hinrich von Behr⁵⁰, die reformierte Kultusausübung gänzlich zu unterbinden. Nochmals gelang es durch eine Petition, das Recht auf Abhaltung eigener Gottesdienste grundsätzlich zu behaupten — allerdings mit der Einschränkung, daß die Termine jedes Jahr neu bewilligt werden müßten und man wegen der reformierten Soldaten in der dortigen Garnison zuvor Verbindung mit dem jeweiligen Kommandanten aufzunehmen habe⁵¹.

Wie im Jahre 1771 der französische Sprachlehrer an der Lüneburger Ritterakademie Jacob Rudolph Bourguignon⁵² der Wortführer der verstreuten Reformierten gewesen war, so sammelte sein ab 1788 tätiger Nachfolger Charles Pierre Philippe du Mesnil⁵³ die in und um Lüneburg lebenden Glaubensgenossen für den in jedem Jahr kurz nach Pfingsten stattfindenden Abendmahlsgottesdienst. Wenn er nicht durch Krankheit verhindert war, leitete der letzte französisch-reformierte Prediger aus Celle, der dort von 1756 bis 1805 tätige Professor Dr. Jacques Samuel de Rocques de Maumont⁵⁴, zugleich ein vielseitiger und bekannter Literat seiner Zeit, den Gottesdienst. Wie seine Vorgänger so mußte auch er für seine Dienste in Lüneburg durch eine Umlage bei den dortigen Reformierten bezahlt werden, was den weithin mittellosen Gliedern schon 1754 schwer gefallen war⁵⁵. Ob nach dem Tod de Rocques' noch Gottesdienste in Lüneburg abgehalten worden sind, ist dem dürftigen, 1839 abgefaßten Bericht du Mesnils über die kirchlichen Verhältnisse⁵⁶ nicht zu entnehmen. Damals sah die 1703 gegründete Niedersächsische Konföderation⁵⁷, die als zuständiger reformierter Synodalverband die französisch- und deutsch-reformierten Kirchengemeinden der drei welfischen Herzogtümer sowie der benachbarten Grafschaft Schaumburg-Lippe umfaßte, keinerlei Möglichkeit zur Wiederbelebung der reformierten Gemeinde in Lüneburg. Bereits seit längerer Zeit hatten die beiden letzten reformierten Vertreter in der Stadt den lutherischen Gottesdienst besucht und ihren Kindern den Religionsunterricht von lutherischen Pfarrern erteilen lassen.

50 Vgl. Unterlagen betr. von Behr als Interimsvertreter bzw. Kommandanten in: Stadtarchiv Lüneburg M 2 a 2.

51 Vgl. Tollin, Hugenottische Pastoren, wie Anm. 29, S. 31—32.

52 Vgl. Stadtarchiv Lüneburg A a 21 Nr. 23.

53 Vgl. ebd. A a 21 Nr. 23, Nr. 32, Nr. 28.

54 Vgl. Tollin, Hugenottische Gemeinde von Celle, wie Anm. 34, S. 50—52. Beuleke, wie Anm. 16, S. 133, Nr. 842.

55 Vgl. Tollin, Hugenottische Pastoren, wie Anm. 29, S. 31.

56 Vgl. Antwortschreiben du Mesnils an Pastor Theodor Hugues von der Evangelisch-Reformierten Kirchengemeinde in Celle: Lüneburg, 19. 11. 1839. In: Archiv der „Niedersächsischen Konföderation“ (im Archiv der Evangelisch-Reformierten Kirchengemeinde Göttingen) Nr. 15.

57 Vgl. Mogk, Das Archiv der „Niedersächsischen Konföderation“ in Göttingen. Entstehung und Bestandsübersicht. In: Göttinger Jahrbuch 23, 1975, S. 99—106. Mogk, Französisch-reformierte und deutsch-reformierte Gemeinden. Aus der Tätigkeit der „Niedersächsischen Konföderation“ — eines presbyterial-synodalen Kirchenverbandes — im 18./19. Jahrhundert. In: Die Gemeinden des Bezirkskirchenverbandes X der Evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland. Einblicke in ihre Geschichte und Gegenwart, Weener 1982, S. 14—40.

Nicht aus Rücksicht auf die bis 1850 bestehende Ritterakademie oder auf Soldaten evangelisch-reformierten Bekenntnisses, sondern wegen einiger Strafgefangener sorgte man staatlicherseits für eine punktuelle Fortsetzung des reformierten Kultus in Lüneburg. Die entsprechende Nachricht verdanken wir dem Gesuch, das Theodor Hugues, seit 1828 Prediger der Evangelisch-Reformierten Kirchengemeinde Celle und als Freund Johann Hinrich Wicherns Gründer einer Anstalt der Inneren Mission in Celle, am 12. Februar 1866 an den Lüneburger Magistrat richtete:

Seit einer längeren Reihe von Jahren komme ich auf Veranlassung des Justizministeriums jährlich zweimal, um Ostern und Michaelis, nach Lüneburg, um die dortigen Kettengefangenen reformierter Konfession seelsorgerlich und mit dem Sakramente des Tisches nach Lehre und Brauch unserer Kirche zu bedienen. Es hat nun nicht gefehlt, daß ich, bei diesen meinen regelmäßigen Besuchen der Stadt Lüneburg von einzelnen reformierten Konfessionsverwandten darum angesprochen bin, auch ihnen das Sakrament zu reichen, und ist das mehrmals, und zwar in Privathäusern einzelner, geschehen⁵⁸.

Da mittlerweile die Anzahl der Reformierten Lüneburgs zugenommen habe, diese Leute *verschiedenen Standes* und miteinander unbekannt seien, bereite die Zusammenkunft in einem Privathaus Schwierigkeiten. Die Bitte um Überlassung der Gralskapelle zweimal pro anno, und zwar an einem Wochentag nach Ostern und Michaelis, wurde von der Stadtverwaltung genehmigt, aber zuvor dem Geistlichen Ministerium Lüneburgs zur Stellungnahme übersandt. Leider liegt uns die Reaktion der evangelisch-lutherischen Pfarrerschaft nur in Gestalt einer knappen Aktennotiz⁵⁹ vor. Der amtierende Superintendent Lorentzen hatte ebenso wie sein Amtsbruder Fressel, Zweiter Pfarrer an St. Johannis, *gegen die Erlaubnis nichts zu erinnern*. Sogar *völlig einverstanden* erklärten sich die Amtsinhaber Strauß (Erster Pfarrer an St. Johannis), der Erste und Zweite Pfarrer von St. Michaelis Görge sowie Morstadt. Diesem Votum schloß sich Gunkel als Erster Pfarrer von St. Nicolai an, der zu jener Zeit die genannte Gralskapelle benutzte. Mit ihm hatte sich — laut städtischem Antwortschreiben vom 16. Mai 1866⁶⁰ — Hugues über Tag und Stunde fortan zu einigen. Weitere Nachrichten über diese Wirksamkeit von Hugues in Lüneburg liegen leider nicht vor.

Anhand kirchlicher und städtischer Quellen haben wir die Geschichte der Reformierten in Lüneburg über 200 Jahre hinweg verfolgen können. Im 17. Jahrhundert herrschte eindeutig die radikale Ablehnung der reformierten Glaubensflüchtlinge durch die lutherische Geistlichkeit vor. Es darf aber keineswegs verschwiegen werden, daß sich damals reformierte Institutionen, Prediger und Laien ähnlich unduldsam gegen lutherische und andere Minderheiten verhalten

58 In: Stadtarchiv Lüneburg E 1 Nr. 170.

59 In: Evangelisch-Lutherisches Pfarreiarchiv Lüneburg, Generalia, Nr. 171. Die folgenden Zitate stammen aus dieser Quelle.

60 In: Stadtarchiv Lüneburg E 1 Nr. 170.

haben⁶¹. Die Konfrontation in Lüneburg führte erfreulicherweise zu einer praktizierten Toleranz zwischen den beiden evangelischen Konfessionen im 19. Jahrhundert. Um so befremdlicher wirkt die Behauptung Reineckes in seiner erstmals 1933 publizierten und inzwischen leider unverändert nachgedruckten Stadtgeschichte, daß es sich bei den Manufakturprojekten des Jahres 1685 um *von der Regierung begünstigte* [...], *wunderliche* [...] *Abmachungen mit hergelaufenen Fremden*⁶² gehandelt habe.

61 Vgl. Martin Lackner, Die Kirchenpolitik des Großen Kurfürsten, Witten 1973 = Untersuchungen zur Kirchengeschichte, Bd. 8.

62 Wilhelm Reinecke, Geschichte der Stadt Lüneburg, Bd. 2, Lüneburg 1933, S. 347.

NACHRICHTEN

Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen

70. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1982

Mitgliederversammlung in Helmstedt am 13. Mai 1983

Aus Anlaß seines 150jährigen Bestehens hatte der Landkreis Helmstedt die Historische Kommission zu ihrer Jahrestagung 1983 für den 12.—14. Mai in die Stadt an der deutsch-deutschen Grenze eingeladen und als Tagungsstätte das prachtvoll restaurierte Hauptgebäude der ehemaligen Universität, das Juleum, zur Verfügung gestellt. Zu Beginn der Vortragsfolge sprachen in der Aula die Herren Landrat Evers und Bürgermeister Kieschke herzliche Begrüßungsworte, und zu einem gastfreien Empfang im Bibliothekssaal lud die Teilnehmer Herr Oberkreisdirektor Kleine ein, ebenso wie seine Mitarbeiter in ein festliches Biedermeiergewand gekleidet.

Das Thema der Tagung lautete: „Auswirkungen der Reformation in Niedersachsen“. Es stellte sich in den Rahmen der Gedenkveranstaltungen zum 500. Geburtstag Martin Luthers, rückte aber bewußt nicht die Persönlichkeit des Reformators in den Blickpunkt, sondern die geschichtlichen Wirkungen, die sichtbaren Spuren, die sein Auftreten auch in Nordwestdeutschland hinterlassen hat. An den Anfang stellte Prof. Dr. Hans-Walter Krumwiede (Göttingen) eine Betrachtung über Luthers Einfluß auf das spezifisch deutsche Verständnis von Staat und Gesellschaft. Jene nach 1945 aufgekommene These, die ihn über Friedrich den Großen und Bismarck zu einem Wegbereiter des NS-Staates machen wollte, wird heute nicht mehr ernstgenommen. Trotzdem bleibt festzustellen, daß seine Schriften durchaus Tendenzen enthalten, die — teilweise gegen seine eigentlichen Absichten — sich auf das politische Bewußtsein der evangelischen Christen negativ auswirkten. Das zeigte Krumwiede am Beispiel der verhängnisvollen Gehorsamsethik auf, die sich auf die lutherischen Katechismen berufen konnte. Es ist nicht zu leugnen, daß hier eine Wurzel für den oft beklagten Mangel an Zivilcourage zu suchen ist. Die deutschen Freiheitsbewegungen konnten kaum an Luther anknüpfen. Für ihn war Freiheit keine gesellschaftliche Kategorie, sondern bedeutete die Befreiung vom eigenen Willen im Dienst für das Ganze (hier liegt denn auch einer der Ansatzpunkte für das neue marxistische Lutherbild). Kann man ihm vorwerfen, daß er den Mißbrauch nicht vorhersah, den der Staat später mit einer solchen Bereitschaft zum Dienen und zur Unterordnung treiben würde? Überhaupt lehnte Luther es strikt ab, die Religion vor den Karren der Politik spannen zu lassen und — siehe seine Haltung zum Bauernkrieg — soziale Ziele mit geistlichen Argumenten durchzusetzen. Er trennte beide Bereiche scharf voneinander und leistete damit ungewollt der politischen Enthaltsamkeit der Kirche Vorschub, die ihr dann später als Versagen vorgeworfen wurde.

Das landesherrliche Kirchenregiment in den deutschen Staaten hat Luther nicht gewollt. Doch der Zwang der Verhältnisse im werdenden Absolutismus war stärker. Wie es dazu kam, daß auch die niedersächsischen Fürsten der Reformationszeit sich das Recht anmaßten, die Konfession ihrer Untertanen zu bestimmen und über die je anders verstandene Reinheit der christlichen Lehre zu wachen, untersuchte Prof. Dr. Heinrich Schmidt (Oldenburg). Ihre Legitimation bezogen Ernst der Bekenner von Lüneburg, Elisabeth von Calenberg oder auf der Gegenseite Heinrich von Wolfenbüttel aus einer allgemeinen Fürsorgepflicht, einem umfassenden göttlichen Herrschaftsauftrag, der auch die religiöse Sphäre einschloß. Weltliche und geistliche Verantwortung waren darin untrennbar verbunden. Zur vollkommenen Wahrnehmung dieses Auftrags gehörte auch die Sorge für das Seelenheil der Regierten; hätte man darauf verzichtet, so wären Ehre und Seligkeit gefährdet gewesen. Dieses fürstliche Selbstverständnis findet sich schon im Mittelalter und ist nicht erst durch die Reformation bewirkt worden. Luthers Theologie erleichterte nun aber die Ablösung der alten kirchlichen Organisationsformen durch die bischöfliche Gewalt des Landesherrn. Der Gehorsam gegen den Fürsten wurde dadurch sakralisiert, wurde zum göttlichen Gebot — der Weg zum absoluten Staat war vorgezeichnet.

Die Sonderentwicklung in der Stadt Bremen stellte Dr. Friedrich Seven (Göttingen) dar. Hier nutzte der Rat die Reformation als einen Hebel zur endgültigen Abschüttelung der Herrschaft des Erzbischofs. Zugleich führte die evangelische Freiheit auch zu einer Neugestaltung der inneren Verfassung. Die von den einzelnen Gemeinden in Anspruch genommene konfessionelle Freizügigkeit drohte zeitweise die Autorität der Stadtoberen zu untergraben. Doch gelang dann der Ausgleich durch eine Kirchenordnung, mit der sowohl die reformierte Mehrheit als auch die lutherische Minderheit leben konnten.

Dem Einfluß der Schriften Luthers auf die niederdeutsche Sprache wandte sich Prof. Dr. Dieter Stellmacher (Göttingen) zu. Er wies die alte Behauptung zurück, die Reformation haben dem Niederdeutschen den Todesstoß versetzt. Der Rückzug begann vielmehr schon vorher, mit dem Niedergang der Hanse, deren Geschäftssprache das Niederdeutsche gewesen war. Luther wuchs im ostfälischen Sprachbereich auf, in einer Grenzzone zwischen dem Ober- und Niederdeutschen. Beide Sprachen waren ihm vertraut, und Elemente aus beiden flossen in die Luthersprache, eine Ausgleichssprache zwischen den verschiedenen deutschen Sprachgebieten, mit ein. Welchen Anteil das Niederdeutsche daran hatte, bleibt noch genauer zu erforschen. Gerade weil auch der niederdeutsch Sprechende sich in Luthers Bibel wiederfand, konnte er sie akzeptieren und brauchte daneben keine weitere Übersetzung in seiner eigenen Mundart. So ging die Statusminderung der alten Sachsensprache unaufhaltsam weiter; sie sank zum Dialekt, zum Plattdeutsch herab.

Zum Abschluß gab Prof. Dr. Hans Reuther (Berlin) einen Überblick über die protestantische Kirchenbaukunst in Niedersachsen. Sie fand erst verhältnismäßig spät zu eigenen Formen, da zunächst überall die spätgotischen Hallenkirchen für den neuen Kultus umgebaut wurden. Selbst die bedeutendsten evangelischen Sakralbauten, die Stadtkirchen in Wolfenbüttel und Bückeburg, beide aus dem Beginn des 17. Jahrhunderts, sind noch dreischiffige Hallen. Mit ihren Maßverhältnissen und Schmuckformen deuten sie aber doch schon einen neuen Stilwillen an. Völlig eigenständige Leistungen waren dann im späteren 17. und im 18. Jahrhundert die Zentralbauten, die aus geometrischen Grundformen entwickelt wurden und das neue lutherische Gegenüber von Prediger und Gemeinde auch in der Architektur sinnfällig werden ließen. Dabei stellte Reuther auch originelle Lösungen vor, die sich an den antiken Amphitheatern oder gar an anatomischen Hörsälen orientierten.

Die Vorträge werden in diesem Jahrbuch Band 56/1984 veröffentlicht werden.

Am 13. Mai 1983 fand im Bibliothekssaal des Juleums die ordentliche Mitgliederversammlung statt, geleitet vom Vorsitzenden, Prof. Patze. Er gedachte zunächst der verstorbenen Mitglieder: Prof. Dr. Otto Brunner (Hamburg), Dr. Hans Butzmann (Wolfenbüttel), Prof. Dr. Wilhelm Müller-Wille (Münster), Dr. Klaus Voss (Hannover) und Dr. Jörg Walter (Hannover).

Dann gab der Schriftführer, Dr. Brosius, kurze Erläuterungen zum Jahres- und Kassenbericht für 1982. Die Bilanz schließt mit Mehrausgaben von etwa 8000 DM ab; die Eigenmittel der Kommission sind bewußt um diesen Betrag verringert worden. Das hohe Aufkommen an Spenden ist auf zweckgebundene Zuschüsse der Klosterkammer Hannover, des Landkreises und der Kreissparkasse Osterholz, des Landschaftsverbands in Stade sowie des Landkreises Northeim zu einzelnen Veröffentlichungen zurückzuführen. Der Jahresabschluß enthält folgende Einzelposten:

Einnahmen: Vortrag aus dem Vorjahr: DM 45 238,45; Beiträge der Stifter: DM 48 900,—; Beiträge der Patrone: DM 11 880,—; andere Einnahmen: DM 31 718,66 (davon Zinsen: DM 754,16; Spenden: DM 30 964,50); Sonderbeihilfen (Lottomittel): DM 311 339,87; Vorauszahlungen: DM 1 703,06; Verkauf von Veröffentlichungen: DM 1 999,58. Insgesamt belaufen sich die Einnahmen auf DM 452 779,62.

Ausgaben: Verwaltungskosten DM 14 250,40; Lottomittel-Rückzahlungen: DM 16 632,55; Niedersächsisches Jahrbuch: DM 54 602,10; Studien und Vorarbeiten: DM 6 470,—; Oldenburgische Vogteikarte: DM 3 361,11; Sammlung und Veröffentlichung niedersächsischer Urkunden: DM 108 742,98; Hochschulmatrikeln: DM 23 500,—; Kopfsteuerbeschreibung: DM 343,70; Geschichte Hannovers im Zeitalter der 9. Kur: DM 19 203,79; Ständegeschichte: DM 13 502,45; Geschichtliches Ortsverzeichnis: DM 7 645,—; Niedersachsen und Preußen: DM 14 000,—; Quellen und Untersuchungen zur allgemeinen Geschichte Niedersachsens in der Neuzeit: DM 28 450,60; Quellen und Untersuchungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Niedersachsens in der Neuzeit: DM 52 609,20; Handbuch der Geschichte Niedersachsens: DM 41 331,60; Niedersachsen nach 1945: DM 9 000,—; Verschiedenes: DM 1 703,06. Abzüglich eines Briefmarkenbestands von DM 61,40 belaufen sich die Ausgaben auf DM 415 348,54, so daß sich ein Kassenbestand von DM 37 492,48 ergibt. Die Kassenführung ist am 18. April 1983 von den Herren Prof. Mediger und Dr. Asch geprüft worden. Es waren keine Beanstandungen vorzubringen, so daß dem Vorstand von der Versammlung Entlastung erteilt wurde.

Danach wurde über die einzelnen wissenschaftlichen Unternehmen der Kommission berichtet und diskutiert. Daraus ergibt sich, knapp zusammengefaßt, folgender Sachstand:

1. Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte: Band 54/1982 konnte zur Mitgliederversammlung noch nicht, wie beabsichtigt, fertiggestellt werden¹. Für Band 55 sind die ersten Manuskripte bereits zum Satz gegeben.
2. Niedersächsische Bibliographien: Mit dem Abschluß der Arbeiten an den Regionalbibliographien für Oldenburg und Ostfriesland ist nicht vor 1984 zu rechnen.
3. Studien und Vorarbeiten zum Historischen Atlas Niedersachsens: Zwei weitere Hefte dieser Reihe konnten zum Satz gegeben werden: G. Streich, Kirchliche

¹ Der Band ist im Juli 1983 erschienen.

Einteilung und Klöster im Mittelalter, und I. Rötting, Funde der Römischen Kaiserzeit. Vorgesehen sind außerdem Hefte über die Jungsteinzeit, die Eisenzeit, die Bronzezeit, Völkerwanderung und Merowingerzeit, den Herrschaftsbereich Heinrichs des Löwen sowie die Kriegsschäden und die Rüstungsindustrie im Zweiten Weltkrieg.

4. Karte des Landes Braunschweig im 18. Jahrhundert: Der Vertrieb dieser Karte ist vom Staatsarchiv Wolfenbüttel auf das Nieders. Landesverwaltungsamt — Landesvermessung — in Hannover übergegangen.

5. Oldenburgische Vogteikarte: Die Arbeit an weiteren Blättern wird von Dr. Harms fortgesetzt.

6. Sammlung und Veröffentlichung niedersächsischer Urkunden des Mittelalters: Durch die Arbeit von Frau Hellfaier-v.Boetticher konnte die Ergänzung und Verzeichnung der Sammlung von Filmen und Reproduktionen zu einem vorläufigen Abschluß gebracht werden. An eine Erschließung bis herunter zum Einzeleintrag oder zur Einzelurkunde kann zur Zeit nicht gedacht werden.

Fertiggestellt wurden im Berichtsjahr die Urkundenbücher des Klosters Osterholz (H.-H. Jarck) und des Klosters Fredelsloh (Dr. Hamann) sowie die Regesten des Klosters St. Georg in Stade (Dr. Bohmbach). Vor dem Abschluß stehen die Bearbeitungen der Fonds der Klöster Ebstorf (Dr. Jaitner) und Mariengarten (Dr. von Boetticher).

7. Matrikeln niedersächsischer Hochschulen: Die von Dr. Düsterdieck bearbeitete Matrikel der TH Braunschweig steht kurz vor der Fertigstellung². Dr. Mundhenke hat die Matrikel der TH Hannover bereits zu einem Drittel satzfertig bearbeitet.

8. Kopfsteuerbeschreibungen: Die Bearbeitung der Kopfsteuerbeschreibung des Fürstentums Wolfenbüttel durch W. Allewelt und H.-M. Arnoldt hat weitere Fortschritte gemacht.

9. Geschichte Hannovers im Zeitalter der 9. Kur: Mit dem Erscheinen des Registerbands zu den Bänden 1—4 ist dieses Unternehmen abgeschlossen. Prof. Schnath konnte dazu die Glückwünsche der Kommission entgegennehmen.

10. Forschungen zur Ständegeschichte Niedersachsens: Die Dissertation von Th. Vogtherr über den wirtschaftlichen und sozialen Wandel im Lüneburger Landadel im Spätmittelalter ist im Schreibsatzverfahren gesetzt worden; der Druck soll demnächst beginnen.

11. Geschichtliches Ortsverzeichnis von Niedersachsen: Dr. Dienwiebel hat das Manuskript zum GOV für Diepholz und Hoya zur Hälfte fertiggestellt (Buchstaben A—K). Nach einer nochmaligen Überarbeitung soll es als Teilband zum Druck gegeben werden.

12. Niedersachsen und Preußen: Das Werk von Prof. Heide Barmeyer, Hannovers Eingliederung in den preußischen Staat, ist im Berichtsjahr erschienen.

13. Niedersächsisches Siegelwerk: Dr. Bohmbach hofft, 1984 ein Manuskript über die Städtesiegel des Mittelalters vorlegen zu können.

14. Quellen und Untersuchungen zur allgemeinen Geschichte Niedersachsens in der Neuzeit: Das zweibändige Werk von Dr. R. Oberschelp, Niedersachsen

² Ist im Juli 1983 erschienen.

1760—1820, ist fertiggestellt worden. Prof. Schwarzwälder will ein gestrafftes Manuskript zum 1. Band der Reisebeschreibungen aus Nordwestdeutschland im Herbst 1983 vorlegen. Das Buch von Dr. Haase über „Politische Säuberungen in Niedersachsen nach 1814“ ist gesetzt und umbrochen.

15. Möser-Briefwechsel: Prof. Sheldon sieht durch die berufsbedingte Übersiedlung nach Nürnberg keine Möglichkeiten, die Briefedition in der nächsten Zeit fertigzustellen. Es soll versucht werden, für die abschließenden Arbeiten einen geeigneten Mitarbeiter zu gewinnen.

16. Katalog älterer Ansichten aus Niedersachsen und Bremen: Für die Sammlung von Ansichten des Fürstentums Wolfenbüttel sind keine Fortschritte zu verzeichnen. Dr. Lühr hat sich bereiterklärt, eine entsprechende Sammlung für das Gebiet der Stadt Bremen in Angriff zu nehmen.

17. Quellen und Untersuchungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Niedersachsens in der Neuzeit: Erschienen sind das Werk von Prof. W. Achilles, Die Lage der hannoverschen Landbevölkerung im späten 18. Jahrhundert, und das „Häuserbuch der Stadt Bad Gandersheim“ von Dr. K. Kronenberg. Die Arbeit von Dr. W. Norden, Eine Bevölkerung in der Krise — Die Bevölkerungsentwicklung in der Oldenburger Küstenmarsch, soll demnächst zum Satz gegeben werden. Für die Reihe der Erbgister-Editionen sind Bearbeitungen der Ämter Neustadt/Rbge und Hoya neu begonnen worden.

18. Handbuch der Geschichte Niedersachsens: Prof. Patze konnte den soeben fertiggestellten Band III, 2 des Handbuchs sowie die ersten Satzfarben für Band III, 1 vorweisen. Der bereits vergriffene Band I soll neu aufgelegt werden.

19. Niedersachsen nach 1945: Die Arbeit von Dr. J.-D. von Pezold, Sozialdemokratie in Niedersachsen 1945/46, ist fertig gesetzt und wird im Herbst 1983 erscheinen. Vorgesehen ist für diese Reihe ein Heft über die Eingliederung der Flüchtlinge in Niedersachsen mit Beiträgen von D. Brosius und A. Hohenstein.

Die mit der Beratung der einzelnen Arbeitsvorhaben verbundene Aufstellung des Haushaltsplans für 1983 ergab Einnahmen von DM 234300,— und Ausgaben von DM 239300,—.

Als ein neues Veröffentlichungsvorhaben wurde die Edition des abschließenden 7. Bandes des Bremischen Urkundenbuchs gebilligt. Der Band wird von Dr. Röpcke und Dr. Hofmeister vorbereitet; mit dem Druck ist aber erst ab 1985 zu rechnen.

Aus dem Ausschuß schieden satzungsmäßig die Herren Prof. Kaufhold, Dr. van Lengen und Dr. Runge aus; sie wurden ohne Gegenstimmen wiedergewählt. An Stelle von Dr. Penners, der aus Altersgründen ausgeschieden ist, wurde Dr. Jarck neu in den Ausschuß berufen.

Für die Zuwahl neuer Mitglieder hatte der Ausschuß die Herren Dr. Friedrich Eymelt (Hildesheim), Dr. Manfred Garzmann (Braunschweig), Dr. Hans Jürgen Gerhardt (Göttingen), Prof. Dr. Gernot Jacob-Friesen (Göttingen) und Helmut Rüggeberg (Celle) vorgeschlagen; sie wurden sämtlich mit großer Mehrheit gewählt.

Für die Tagung des Jahres 1984 hatte die Stadt Stade bereits im Vorjahr eine Einladung ausgesprochen, deren Annahme noch einmal mit Dank bestätigt wurde. Für 1985 liegt eine

Einladung der Stadt Duderstadt vor, die kürzlich unter die Zahl der Patrone der Kommission aufgenommen werden konnte.

Dr. Boeck rief zum Schluß der Versammlung dazu auf, mehr als bisher zwischen den einzelnen Disziplinen der historischen Landesforschung Verbindung zu halten und nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen. Die Kommission will diese Anregung aufgreifen und auf einer ihrer nächsten Tagungen zur Diskussion stellen.

Die abschließende Exkursion, geleitet von Prof. Patze, führte am 14. Mai in das nördliche Harzvorland. Besichtigt wurden der Dom und der Domschatz in Halberstadt, die Stiftskirche in Quedlinburg und — wegen Zeitmangels leider nur von außen — die Stiftskirche in Gernrode. Zur Entwicklung der am Wege liegenden städtischen Siedlungen gab Prof. Stob sachkundige Erläuterungen. Das Mittagessen auf der Roßtrappe ermöglichte einen Blick auf die landschaftliche Schönheit des östlichen Harzes.

Dieter Brosius

Verzeichnis
der
Stifter, Patrone und Mitglieder
der
Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen
nach dem Stand vom 1. September 1983*

Stifter

Land Niedersachsen
Freie Hansestadt Bremen

Patrone

Stiftung Burg Adelebsen, Adelebsen
Ostfriesische Landschaft, Aurich
Stadt Braunschweig
Braunschweiger Geschichtsverein, Braunschweig
Harz-Verein für Geschichte und Altertumskunde, Braunschweig
Handelskammer zu Bremen
Historische Gesellschaft, Bremen
Bremer Landesbank, Bremen
Staatsarchiv, Bremen
Stadt Bremerhaven
Heimatbund der Männer vom Morgenstern, Bremerhaven
Landkreis Rotenburg (Wümme), Nebenstelle Bremervörde
S.H.D. Philipp Ernst Prinz zu Schaumburg-Lippe, Bückeburg
S.K.H. Ernst August Prinz von Hannover, Calenberg
Stadt Celle
Landschaft des Fürstentums Lüneburg, Celle
Ritterschaft des Fürstentums Lüneburg, Celle
Stiftungsbücherei beim Oberlandesgericht, Celle
Landkreis Cuxhaven
Landkreis Diepholz
Stadt Duderstadt
Stadt Einbeck
Einbecker Geschichtsverein, Einbeck
Stadt Emden

* Das letzte Verzeichnis erschien in Bd. 50, 1978.

Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer, Emden
Stadt Göttingen
Landkreis Göttingen
Geschichtsverein für Göttingen und Umgebung, Göttingen
Stadt Goslar
Staatsarchiv, Hamburg
Staats- und Universitätsbibliothek, Hamburg
Helms-Museum, Hamburg-Harburg
Stadt Hameln
Landeshauptstadt Hannover
Calenberg-Grubenhagensche Landschaft, Hannover
Nieders. Hauptstaatsarchiv, Hannover
Historischer Verein für Niedersachsen, Hannover
Industrie- und Handelskammer Hannover-Hildesheim, Hannover
Klosterkammer, Hannover
Landeskirchenamt, Hannover
Landschaftliche Brandkasse, Hannover
Norddeutsche Landesbank, Hannover
Siemens AG, Zweigniederlassung Hannover
Heinz-Henning von Reden, Regierungsrat a. D., Hannover
Wilhelm Ernst Frhr. von Cramm, Harbarnsen
Stadt Hildesheim
Domkapitel zu Hildesheim
Verlagsbuchhandlung August Lax, Hildesheim
Landkreis Holzminden
Stadt Leer
Landkreis Leer
Stadtbibliothek, Lübeck
Stadt Lüneburg
Museumsverein für das Fürstentum Lüneburg, Lüneburg
Landkreis Nienburg
Stadt Northeim
Oldenburgische Landschaft, Oldenburg
Oldenburger Landesverein für Geschichte, Natur- und Heimatkunde, Oldenburg
Stadt Osnabrück
Verein für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück, Osnabrück
Landkreis Osterholz
Heimat- und Geschichtsverein, Osterode
Landkreis Peine
Landkreis Rotenburg (Wümme)
Stadt Salzgitter
Stadt Seesen
Stadt Stade
Landkreis Stade
Stader Geschichts- und Heimatverein, Stade
Ritterschaft der Herzogtümer Bremen und Verden, Stade
Landkreis Schaumburg, Stadthagen
Stadt Uelzen

Landkreis Verden
 Stadt Wilhelmshaven
 Hans Adolf Graf von Hardenberg, Wolbrechtshausen
 Stadt Wolfenbüttel
 Braunschweigische Ritterschaft, Wolfenbüttel

Mitglieder

Ausschuß

Brosius, Dieter, Dr., Archivdirektor, Hannover (Schriftführer)
 Haase, Carl, Dr., Direktor der Staatsarchive i. R., Hannover
 Hamann, Manfred, Dr., Ltd. Archivdirektor, Hannover (stellvertr. Vorsitzender)
 Jarck, Horst-Rüdiger, Dr., Archivdirektor, Osnabrück
 Kaufhold, Karl Heinz, Dr., Professor, Göttingen
 König, Joseph, Dr., Archivdirektor i. R., Wolfenbüttel
 Lengen, Hajo van, Dr., Landschaftsdirektor, Aurich
 Merker, Otto, Dr., Ministerialrat, Hannover
 Müller, Hartmut, Dr., Ltd. Archivdirektor, Bremen
 Mundhenke, Herbert, Dr., Archivdirektor i. R., Hannover
 Patze, Hans, Dr., Professor, Göttingen (Vorsitzender)
 Runge, Johannes, Dr. h. c., Landesbankdirektor, Hannover (Schatzmeister)
 Scheel, Günter, Dr., Ltd. Archivdirektor, Wolfenbüttel
 Schmidt, Heinrich, Dr., Professor, Oldenburg
 Schulze, Heinz-Joachim, Dr., Archivdirektor, Stade

Abel, Wilhelm, Dr., Professor em., Göttingen
 Achilles, Walter, Prof. Dr., Studiendirektor, Diekholzen
 Agena, Gesine, Dr., Bad Brückenau
 Arnold, Werner, Dr., Bibliotheksrat, Wolfenbüttel
 Asch, Jürgen, Dr., Archivdirektor, Hannover
 Aschoff, Hans-Georg, Dr., Akad. Oberrat, Hannover
 Asmus, Wolfgang Dietrich, Dr., Museumsdirektor i. R., Hannover
 Bachmann, Elfriede, Dr., Archivoberrätin, Bremervörde
 Bardehle, Peter, Archivamtman, Pattensen
 Barmeyer-Hartlieb, Heide, Dr., Professorin, Hannover
 Bauermann, Johannes, Prof. Dr., Staatsarchivdirektor i. R., Münster
 Behr, Hans-Joachim, Dr., Ltd. Archivdirektor, Münster
 Bei der Wieden, Helge, Dr., Oberstudienrat, Bückeberg
 Beuleke, Wilhelm, Lehrer a. D., Salzgitter
 Boeck, Urs, Dr., Hauptkonservator, Hannover
 Bohmbach, Jürgen, Dr., Archivoberrat, Stade
 Borchers, Walter, Dr., Museumsdirektor i. R., Osnabrück
 Borck, Heinz-Günther, Dr., Archivdirektor, Hildesheim
 Bornstedt, Wilhelm, Dr., Oberstudienrat i. R., Braunschweig-Stöckheim
 Brandt, Karl Heinz, Dr., Landesarchäologe, Bremen
 Brandt, Klaus, Dr., Oberkustos, Wilhelmshaven

- Brethauer, Karl, Dr., Oberstudienrat i. R., Münden
 Claus, Martin, Dr., Landesarchäologe i. R., Hannover
 Conze, Werner, Dr., Professor, Heidelberg
 Cordes, Gerhard, Dr., Professor em., Kiel
 Deeters, Walter, Dr., Archivdirektor, Aurich
 Denecke, Dietrich, Dr., Oberassistent, Göttingen
 Dennert, Herbert, Oberbergrat i. R., Clausthal-Zellerfeld
 De Porre, Eugen, Archivangestellter, Bremen
 Dienwiebel, Herbert, Dr., Oberarchivrat i. R., Koblenz
 Eckhardt, Albrecht, Dr., Ltd. Archivdirektor, Oldenburg
 Eggeling, Heinrich, Dr., Oberstudienrat i. R., Salzhausen
 Ellmers, Detlev, Dr., Museumsdirektor, Bremerhaven
 Engelsing, Rolf, Dr., Professor, Berlin
 Ernst, Georg, Studienrat i. R., Einbeck
 Eymelt, Friedrich, Dr., Archivrat, Hildesheim
 Fenske, Lutz, Dr., Wiss. Referent, Göttingen
 Flehsig, Werner, Dr., Oberkustos i. R., Braunschweig
 Fleckenstein, Josef, Prof. Dr., Direktor des Max-Planck-Instituts für Geschichte,
 Göttingen
 Fliedner, Siegfried, Dr., Hauptkustos i. R., Bremen
 Friedland, Klaus, Prof. Dr., Bibliotheksdirektor, Kiel
 Garzmann, Manfred, Dr., Archivrat, Braunschweig
 Genrich, Albert, Dr., Museumsdirektor i. R., Beckedorf
 Gerhard, Hans-Jürgen, Dr., Hochschulassistent, Göttingen
 Gerkens, Gerhard, Dr., Oberkustos, Bremen
 Gieschen, Christoph, Dr., Archivoberrat, Wennigsen (Deister)
 Gieschen, Karin, Dr., Wennigsen (Deister)
 Goetting, Hans, Dr., Professor em., Göttingen
 Grabenhorst, Georg, Dr., Regierungsdirektor i. R., Hannover
 Grebing, Helga, Dr., Professorin, Göttingen
 Grieser, Rudolf, Dr., Ministerialrat i. R., Bad Nenndorf
 Grothenn, Dieter, Dr., Ltd. Vermessungsdirektor, Hannover
 Günther, Wolfgang, Dr., Akad. Oberrat, Bad Zwischenahn-Ofen
 Haarnagel, Werner, Prof. Dr., Direktor des Landesinstituts für Marschen- und Wurten-
 forschung i. R., Wilhelmshaven
 Hägermann, Dieter, Dr., Professor, Bremen
 Hagen, Rolf, Dr., Museumsdirektor, Braunschweig
 Harms, Otto, Dr., Oberregierungs- und Vermessungsrat i. R., Oldenburg
 Hartmann, Stefan, Dr., Archivoberrat, Berlin
 Hartung, Wolfgang, Prof. Dr., Museumsdirektor i. R., Oldenburg
 Hauptmeyer, Carl-Hans, Dr., Professor, Hannover
 Heimpel, Hermann, Prof. Dr., Direktor des Max-Planck-Instituts für Geschichte i. R.,
 Göttingen
 Heinemeyer, Elfriede, Dr., Oberkustodin, Oldenburg
 Hellfaier, Detlev, M. A., Bibliotheksoberrat, Detmold
 Hillebrand, Werner, Dr., Archivdirektor, Goslar
 Hinrichs, Ernst, Dr., Professor, Bad Zwischenahn
 Höing, Hubert, Dr., Archivrat, Hannover

Hofmeister, Adolf E., Dr., Archivat, Verden
Homeyer, Joachim, Oberstudienrat, Uelzen
Hucker, Bernd-Ulrich, Dr., Wiss. Assistent, Bamberg
Israel, Ottokar, Dr., Archividirektor i. R., Süsel
Jacob-Friesen, Dr., Professor, Göttingen
Jäger, Helmut, Dr., Professor, Würzburg
Jan, Helmut von, Dr., Archividirektor i. R., Hildesheim
Jankuhn, Herbert, Dr., Professor em., Göttingen
Jordan, Karl, Dr., Professor em., Kiel
Kalthoff, Edgar, Dr., Oberstudienrat, Langenhagen
Kamp, Norbert, Prof. Dr., Präsident der Universität, Göttingen
Kappelhoff, Bernd, Dr., Archivat, Stade
Kausche, Dietrich, Dr., Archividirektor i. R., Werl
Knost, Friedrich, Dr., Präsident des Verwaltungsbezirks Braunschweig i. R., Osnabrück
Körner, Gerhard, Dr., Museumsdirektor i. R., Lüneburg
Kohl, Wilhelm, Prof. Dr., Ltd. Archividirektor i. R., Münster
Kohnen, Anton, Dr., Oberregierungs- und Schulrat i. R., Oldenburg
Koolman, Egbert, Dr., Bibliotheksoberrat, Oldenburg
Kronenberg, Kurt, Dr., Pastor i. R., Bad Gandersheim
Krüger, Herbert, Dr., Museumsdirektor i. R., Gießen
Krumwiede, Hans-Walter, Dr., Professor, Göttingen
Last, Martin, Privatdoz. Dr., Akad. Oberrat, Bovenden
Lathwesen, Heinrich, Archivangestellter i. R., Wunstorf
Leerhoff, Heiko, Dr., Archivoberrat, Hannover
Lembcke, Rudolf, Dr., Archividirektor, Otterndorf
Lent, Dieter, Dr., Archivoberrat, Wolfenbüttel
Linnemann, Georg, Studienrat i. R., Oldenburg
Löhr, Alfred, Dr., Oberkustos, Bremen
Lotter, Friedrich, Dr., Professor, Göttingen
Lührs, Wilhelm, Dr., Archividirektor, Bremen
Mahrenholtz, Hans, Verwaltungsangestellter i. R., Hannover
Maier, Konrad, Dr., Oberkustos, Hannover
Manegold, Karl-Heinz, Dr., Professor, Göttingen
Matthes, Dieter, Dr., Archivoberrat, Wolfenbüttel
Mediger, Walther, Dr., Professor em., Hannover
Meibeyer, Wolfgang, Dr., Professor, Braunschweig
Meier, Rudolf, Dr., Archivoberrat, Wolfenbüttel
Metz, Wolfgang, Prof. Dr., Bibliotheksdirektor i. R., Speyer
Meyer, Gerhard, Studiendirektor i. R., Bardowick
Meyne, Willi, Dr., Hauptlehrer i. R., Moisburg
Mittelhäußer, Käthe, Dr., Dezernentin i. R., Hannover
Mlynek, Klaus, Dr., Archividirektor, Hannover
Moderhack, Richard, Dr., Archividirektor i. R., Braunschweig
Möhlmann, Günther, Dr., Archividirektor i. R., Brühl
Möller, Hans Herbert, Prof. Dr., Landeskonservator, Hannover
Mohrmann, Wolf-Dieter, Dr., Archivoberrat, Osnabrück
Müller, Kurt, Prof. Dr., Hannover
Munderloh, Heinrich, Dr., Oberstudienrat i. R., Oldenburg

Niemann, Hans-Werner, Dr., Professor, Hannover
Niemeier, Georg, Dr., Professor em., Bad Nauheim
Niquet, Franz, Dr., Oberkustos i. R., Wolfenbüttel
Nissen, Walter, Dr., Archivdirektor i. R., Göttingen
Nitz, Hans-Jürgen, Dr., Professor, Göttingen
Obenaus, Herbert, Dr., Professor, Hannover
Oberbeck, Gerhard, Dr., Professor, Hamburg
Oberschelp, Reinhard, Dr., Bibliotheksdirektor, Hannover
Ohnsorge, Werner, Prof. Dr., Archivoberrat i. R., Neustadt/Weinstraße
Osten, Gert von der, Dr., Museumsdirektor i. R., Köln
Ottenjann, Helmut, Dr., Museumsdirektor, Cloppenburg
Penners, Theodor, Dr., Archivdirektor i. R., Osnabrück
Peters, Hans-Günther, Prof. Dr., Ministerialrat, Hannover
Petke, Wolfgang, Privatdoz. Dr., Akad. Oberrat, Göttingen
Pitz, Ernst, Dr., Professor, Berlin
Plath, Helmut, Dr., Museumsdirektor i. R., Hannover
Plümer, Erich, Dr., Archiv- und Museumsleiter, Einbeck
Pohl-Weber, Rosemarie, Dr., Ltd. Museumsdirektorin, Bremen
Poppe, Roswitha, Dr., Oberkonservatorin i. R., Osnabrück
Poschmann, Brigitte, Dr., Archivdirektorin, Bückeburg
Poser, Hans, Dr., Professor em., Göttingen
Ramm, Heinz, Dr., Landschaftsdirektor i. R., Aurich
Rautenberg, Wilhelm, Dr., Archivoberrat i. R., Hannover
Redlich, Clara, Dr., Professorin, Berlin
Reese, Armin, Dr., Professor, Hannover
Reinhardt, Uta, Dr., Archivdirektorin, Lüneburg
Reinhardt, Waldemar, Dr., Leiter des Stadtarchivs, Wilhelmshaven
Richter, Klaus, Dr., Oberarchivrat, Hamburg
Ricklefs, Jürgen, Dr., Oberstudienrat i. R., Celle
Ritter, Annelies, Dr., Dipl.-Bibliothekarin i. R., Göttingen
Röhrbein, Waldemar, Dr., Museumsdirektor, Hannover
Römer, Christof, Dr., Kustos, Braunschweig
Röpcke, Andreas, Dr., Oberarchivrat, Bremen
Roggenkamp, Hans, Dr., Landeskonservator i. R., Hannover
Rohr, Alheidis von, Dr., Kustodin, Hannover
Rosemann, Heinz-Rudolf, Dr., Professor em., Göttingen
Rosien, Walter, Dr., Oberstudienrat i. R., Hannover
Rüdebusch, Dieter, Dr., Ltd. Regierungsschuldirektor, Delmenhorst
Rüggeberg, Helmut, Realschullehrer, Celle
Saalfeld, Dietrich, Privatdoz. Dr., Akad. Oberrat, Göttingen
Salomon, Almuth, Dr., Professorin, Münster
Sanders, Karl Wolfgang, Dipl.-Ing., Bad Harzburg
Schaer, Friedrich-Wilhelm, Dr., Archivoberrat, Oldenburg
Schaub, Walter, Dr., Oldenburg
Scheper, Burchard, Dr., Archivdirektor, Bremerhaven
Scheuermann, Ulrich, Dr., Akad. Oberrat, Göttingen
Schieckel, Harald, Dr., Archivoberrat, Oldenburg
Schindler, Margarete, Dr., Stadtarchivarin, Buxtehude

Schirinig, Heinz, Dr., Museumsdirektor, Hannover
Schlicht, Elisabeth, Dr., Wiss. Sachbearbeiterin, Fresenburg
Schmid, Peter, Prof. Dr., Direktor des Landesinstituts für Marschen- und Wurtenforschung, Wilhelmshaven
Schnath, Georg, Dr., Professor em., Hannover
Schroeter, Hermann, Dr., Archividirektor i. R., Essen
Schwarz, Brigide, Prof. Dr., Akad. Oberrätin, Hannover
Schwarz, Klaus, Dr., Archivoberrat, Bremen
Schwarzwälder, Herbert, Dr., Professor, Bremen
Schwebel, Karl-Heinz, Dr., Ltd. Regierungsdirektor i. R., Bremen
Seedorf, Hans Heinrich, Dr., Professor, Springe
Seedorf, Wilhelm, Dr., Professor em., Göttingen
Seegrün, Wolfgang, Dr., Bistumsarchivar, Georgsmarienhütte
Smid, Menno, Dr., Superintendent, Emden
Spier, Heinrich, Oberstudienrat a. D., Goslar
Spies, Gerd, Dr., Museumsdirektor, Braunschweig
Steffens, Heino-Gerd, Dr., Oberkustos i. R., Oldenburg
Stoob, Heinz, Dr., Professor, Münster
Stracke, Johannes, Dr. med., Emden
Tackenberg, Kurt, Dr., Professor em., Münster
Tietze, Wolf, Dr., Helmstedt
Tode, Alfred, Dr., Museumsdirektor i. R., Braunschweig
Totok, Wilhelm, Dr., Ltd. Bibliotheksdirektor, Hannover
Treue, Wilhelm, Dr., Professor em., Göttingen
Unruh, Georg-Christoph von, Dr., Professor, Kiel
Vogel, Walter, Dr., Ltd. Archividirektor i. R., Koblenz
Vorthmann, Albert, Vermessungsdirektor i. R., Wolfenbüttel
Wachter, Bernd, Dr., Oberstudienrat i. R., Dannenberg
Wagner, Gisela, Dr., Studiendirektorin i. R., Lüneburg
Wegewitz, Willi, Prof. Dr., Museumsdirektor i. R., Hamburg-Harburg
Wenskus, Reinhard, Dr., Professor em., Göttingen
Wiemann, Harm, Dr., Regierungsdirektor i. R., Aurich
Wiswe, Hans, Realschullehrer i. R., Wolfenbüttel
Wiswe, Mechthild, Dr., Oberkustodin, Braunschweig
Woehlkens, Erich, Dr., Oberstudienrat i. R., Uelzen
Zimmermann, Helmut, Stadtamtsrat, Hannover

Veröffentlichungen

der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen

nach dem Stand vom 1. September 1983

(Zu beziehen durch den Buchhandel, nicht durch die Geschäftsstelle; Sonderregelungen s. III, XIV, XXIII, XXVI, XXVIII, XXIX)

Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte (Neue Folge der Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen). Bis Bd. 40 mit: Nachrichten aus Niedersachsens Urgeschichte. Bd. 1 ff. Hildesheim: August Lax 1924 ff.

Noch lieferbar: Bd. 21, 1949; Bd. 36, 1964; Bd. 37, 1965; Bd. 38, 1966; Bd. 40, 1968; Bd. 45, 1973; Bd. 46/47, 1974/75; Bd. 48, 1976; Bd. 51, 1979; Bd. 53, 1981. Je Bd. kart. 52,80, geb. 62,— DM.

- I. **Renaissanceschlösser Niedersachsens.** Bearbeitet von Albert Neukirch, Bernhard Niemeyer und Karl Steinacker. Hannover: Selbstverlag der Historischen Kommission (Th. Schulzes Buchhandlung). 2°.

Tafelband (84 Tafeln in Lichtdruck). Vergriffen.

Textband, Hälfte 1: Anordnung und Einrichtung der Bauten. Von Bernhard Niemeyer (S. 1—118). Mit 168 Textabbildungen. 1914. Vergriffen. — Kunstgeschichtliche Zusammenfassung. Von Karl Steinacker (S. 119—151). 1939. Vergriffen.

Textband, Hälfte 2: Niedersächsische Adelskultur der Renaissance. Von Albert Neukirch. Mit 161 Abbildungen und 1 Karte. 1939. Vergriffen.

- II. **Studien und Vorarbeiten zum Historischen Atlas Niedersachsens.** Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (bis Heft 25) und Hildesheim: August Lax (ab Heft 26). gr. 8°.

Heft 1 Robert Scherwatzky: Die Herrschaft Plesse. Mit 1 Karte. 1914. Brosch. 12,— DM.

Heft 2 Adolf Siedel: Untersuchungen über die Entwicklung der Landeshoheit und der Landesgrenze des ehem. Fürstbistums Verden (bis 1586). 1915. Vergriffen.

Heft 3 Georg Sello: Die territoriale Entwicklung des Herzogtums Oldenburg. Mit 3 Kartenskizzen im Text, 1 Karte und einem Atlas von 21 Tafeln. 2°. 1917. Vergriffen. Nachdruck Osnabrück: Wenner 1975. 68,— DM.

Heft 4 Fritz Mager und Walter [richtig: Werner] Spieß: Erläuterungen zum Probeblatt Göttingen der Karte der Verwaltungsgebiete Niedersachsens um 1780. Mit 2 Karten. 1919. Brosch. 12,— DM. (Eine zugehörige Karte ist vergriffen.)

- Heft 5 Günther Schmidt: Die alte Grafschaft Schaumburg. Grundlegung der historischen Geographie des Staates Schaumburg-Lippe und des Kreises Grafschaft Rinteln [richtig: Grafsch. Schaumburg]. Mit 2 Kartentafeln. 1920. Vergriffen.
- Heft 6 Martin Krieg: Die Entstehung und Entwicklung der Amtsbezirke im ehemaligen Fürstentum Lüneburg. Mit 1 Kartentafel. 1922. Vergriffen. Nachdruck Osnabrück: Wenner 1975. 30,— DM.
- Heft 7 Georg Schnath: Die Herrschaften Everstein, Homburg und Spiegelberg. Grundlegung zur historischen Geographie der Kreise Hameln und Holzminden. Mit 2 Kartentafeln und 3 Stammtafeln. 1922. Vergriffen.
- Heft 8 Erich von Lehe: Grenzen und Ämter im Herzogtum Bremen. Altes Amt und Zentralverwaltung Bremervörde, Land Wursten und Gogericht Achim. Mit 3 Kartenbeilagen und Register. 1926. Vergriffen.
- Heft 9 Lotte Hüttebräuker: Das Erbe Heinrichs des Löwen. Die territorialen Grundlagen des Herzogtums Braunschweig-Lüneburg. Mit 1 Ahnentafel und 1 Kartenbeilage. 1927. Vergriffen.
- Heft 10 Gertrud Wolters: Das Amt Friedland und das Gericht Leineberg. Beiträge zur Geschichte der Lokalverwaltung und des welfischen Territorialstaates in Südhannover. Mit 1 Kartentafel. 1927. Brosch. 11,— DM.
- Heft 11 Heinrich Pröve: Dorf und Gut im alten Herzogtum Lüneburg. Mit 9 Kartenbeilagen. 1929. Vergriffen.
- Heft 12 Karl Maßberg: Die Dörfer der Vogtei Groß-Denkte, ihre Flurverfassung und Dorfanlage. Mit 6 Tabellen, 19 Dorfgrundrissen und 3 Karten. 1930. Brosch. 9,80 DM.
- Heft 13 Hans-Walter Klewitz: Studien zur territorialen Entwicklung des Bistums Hildesheim. Mit der Scharnhorstischen Karte von 1798. 1932. Vergriffen.
- Heft 14 Werner Spieß: Die Großvogtei Calenberg. Mit 4 Karten. 1933. Vergriffen. Nachdruck Osnabrück: Wenner 1975. 44,— DM.
- Heft 15 Joseph Prinz: Das Territorium des Bistums Osnabrück. Mit 6 Karten. 1934. Vergriffen. Nachdruck Osnabrück: Wenner 1975. 65,— DM.
- Heft 16 Heinz Germer: Die Landgebietspolitik der Stadt Braunschweig bis zum Ausgang des 15. Jahrhunderts. Mit 1 farbigen Karte. — Werner Spieß: Die Heerstraßen auf Braunschweig um 1500. 1937. Vergriffen.
- Heft 17 Willy Moormeyer: Die Grafschaft Diepholz. Mit 2 Karten. 1938. Vergriffen. Nachdruck Osnabrück: Wenner 1975. 32,— DM.

- Heft 18 Herbert Mundhenke: Das Patrimonialgericht Adelebsen. Ein Beitrag zur historischen Geographie des Fürstentums Göttingen. Mit 1 Karte und 1 Zeichnung. 1941. Vergriffen.
- Heft 19 Sabine Krüger: Studien zur sächsischen Grafschaftsverfassung im 9. Jahrhundert. 1950. Vergriffen.
- Heft 20 Hans Joachim Freytag: Die Herrschaft der Billunger in Sachsen. Mit 4 Karten. 1951. Vergriffen.
- Heft 21 Otto Fahlbusch: Die Topographie der Stadt Göttingen. Mit 11 Abbildungen und 4 Karten. 1952. Vergriffen.
- Heft 22 Ruth Schölkopf: Die Sächsischen Grafen 919—1024. 1957. Vergriffen.
- Heft 23 Werner Hillebrand: Besitz- und Standesverhältnisse des Osna-brücker Adels 800—1300. Mit 5, z. T. mehrfarbigen Karten. 1962. 36,— DM.
- Heft 24 Karl-Heinz Lange: Der Herrschaftsbereich der Grafen von Northeim 950 bis 1144. Mit 1 Stammtafel und 2 Karten. 3 Faltpläne im Anhang. 1969. Vergriffen.
- Heft 25 Peter Veddeler: Die territoriale Entwicklung der Grafschaft Bentheim bis zum Ende des Mittelalters. Mit 5 Stammtafeln und 13 Karten. 1970. Vergriffen.
- Heft 26 Detlev Hellfaier, Martin Last: Historisch bezeugte Orte in Niedersachsen bis zur Jahrtausendwende. Gräberfelder der Merowinger- und Karolingerzeit in Niedersachsen (spätes 5. bis 9. Jahrhundert). Mit 2 Karten. 1976. Kart. 38,— DM.
- Heft 27 Bernd Flentje, Frank Henrichvark: Die Lehnbücher der Herzöge von Braunschweig von 1318 und 1344/65. Mit 1 Faltkarte. 1982. Kart. 88,— DM.

III. Topographische Landesaufnahme des Kurfürstentums Hannover von 1764 bis 1786. Lichtdruckwiedergabe im Maßstab 1:40000. Hannover: Selbstverlag der Historischen Kommission 1924 bis 1931. qu.—gr. 2°. (Vertrieb durch die Geschäftsstelle der Histor. Kommission, Hannover, Am Archive 1, Nds. Hauptstaatsarchiv.) 156 Blatt. Einzelpreis 2,— DM (größtenteils vergriffen). Übersichtskarte. Vergriffen. Begleitwort von Hermann Wagner. Vergriffen.

In Lieferungen:

- Neue Folge 1. Lieferung (alte 2. Lieferung)
Südhanover 22 Blatt. Vergriffen.
- Neue Folge 2. Lieferung (alte 3. Lieferung)
Calenberg, Hoya, Diepholz 40 Blatt. Vergriffen.
- Neue Folge 3. Lieferung (alte 4. Lieferung)
Bremen-Verden 38 Blatt. Vergriffen.
- Neue Folge 4. Lieferung (alte 5. Lieferung)
Lüneburg Nordhälfte, Lauenburg 34 Blatt. 35,— DM.

Neue Folge 5. Lieferung (alte 6. Lieferung)
 Lüneburg Südhälfte 25 Blatt. 25,— DM.
 Umgebungskarte von Hannover
 (Zusammendruck der Blätter 117, 118, 123, 124) Vergriffen.
 Neue Ausgabe (1:25000) vgl. unten XXVI S. 417.

IV. **Historisch-statistische Grundkarten von Niedersachsen.** Maßstab 1:100000. Selbstverlag der Historischen Kommission. gr. 2°. 22 Blätter nebst Übersichtsblatt für Nordwestdeutschland mit Angaben der Bezugsquellen für die angrenzenden Gebiete. Gemeindegrenzen nach dem Stande von 1912 bzw. 1914. Vergriffen.

V. **Niedersächsischer Städteatlas.**

- Abt. 1: Die braunschweigischen Städte. Bearb. von Paul Jonas Meier. 2. Auflage. Braunschweig: Georg Westermann 1926. Mit 17 farbigen Tafeln sowie 13 Stadtansichten und 2 Karten im Text (50 S.). 36×48 cm. Mapped. Vergriffen.
- Abt. 2: Einzelne Städte. Hrsg. von Paul Jonas Meier u. a. Braunschweig: Georg Westermann.
 [Lieferung 1:] 1. Hildesheim. Bearb. von Johannes Gebauer, mit Beitr. von P. J. Meier. Vergriffen. — 2. Hannover. Bearb. von Karl Friedrich Leonhardt. Vergriffen. — 3. Hameln. Bearb. von P. J. Meier, mit Beitr. von Herbert Krüger. Mit 17 farbigen Tafeln sowie 6 Stadtansichten und 5 Karten im Text. 1933. 36×48 cm. Mapped. Vergriffen.
 [Lieferung 2:] 4. Osnabrück. Bearb. von P. J. Meier, mit Beitr. von Georg Niemeier. Vergriffen. — 5./6. Einbeck und Northeim. Bearb. von Wilhelm Feise und Adolf Hueg. Mit 6 farbigen Tafeln und Textabbildungen. 1935. Vergriffen. — 7. Celle. Bearb. von Otto v. Boehn. Mit 4 Tafeln und 15 Textabbildungen. Celle: Schweiger & Pick 1953. Vergriffen.
- Abt. 3: Oldenburgische Städte. Vertrieb: Kartogr. Verlag E. Völker, Oldenburg i. O.
 A 1. Oldenburg mit Umgebung um 1790. Achtfarbig. 1:25000. Bearb. von Hermann Lübbling. 1960. Vergriffen.
 A 2. Oldenburg mit Umgebung 1821. Siebenfarbig. 1:5000. Bearb. von Hermann Lübbling. 1961. 4,— DM.
 A 3. Stadt und Festung Oldenburg um 1750. Siebenfarbig. 1:3000. Bearb. von Hermann Lübbling. 1963. 5,— DM.
 A 4. Residenzstadt Oldenburg 1851. Siebenfarbig. 1:10000. Bearb. von Hermann Lübbling und Otto Harms. 1968. 5,— DM.
 A 5. Oldenburg um 1900. Siebenfarbig. 1:10000. Bearb. von Hermann Lübbling und Otto Harms. 1968. 5,— DM.
 A 6. Oldenburg — Gebietsentwicklung. Fünffarbig. 1:100000. Bearb. von Otto Harms. 1977. 6,— DM.

- VI. **Karl Wilhelm Ferdinand, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg.** Von Selma Stern. Mit 4 Bildnissen. Hildesheim: August Lax 1921. Vergriffen.
- VII. **Beiträge zum Urkunden- und Kanzleiwesen der Herzöge zu Braunschweig und Lüneburg im 13. Jahrhundert.** Von Friedrich Busch. Teil I: Bis zum Tode Ottos des Kindes (1200 bis 1252). Wolfenbüttel: Jul. Zwißlers Verlag in Komm. 1921. Vergriffen.
- IX. **Matrikeln niedersächsischer Hochschulen.**
- Abt. 1: Band 1: Album Academiae Helmstadiensis. 1574—1636. Bearb. von Paul Zimmermann. Hannover: Selbstverlag der Historischen Kommission 1926. (Kommissionsverlag für Deutschland: August Lax, Hildesheim; für das Ausland: Otto Harrassowitz, Wiesbaden.) 4°. Vergriffen. Nachdruck Nendeln: Kraus Reprint 1980. Kart. 196,— DM. Personen- und Ortsregister zu Bd. 1 ... von Werner Spieß. 1955. 20,— DM.
- Band 2: Die Matrikel der Universität Helmstedt 1636—1685. Bearb. von Werner Hillebrand. Hildesheim: August Lax 1981. Kart. 98,— DM.
- Band 3: Die Matrikel der Universität Helmstedt 1685—1810. Bearb. von Herbert Mundhenke. Hildesheim: August Lax 1979. Kart. 108,— DM.
- Abt. 2: Die Matrikel des Pädagogiums zu Göttingen 1586 bis 1734 ... Hrsg. von Georg Giesecke und Karl Kahle. Gedruckt Göttingen: Dietrichsche Universitäts-Buchdruckerei (W. Fr. Kaestner) 1936. Vergriffen.
- Abt. 3: Die Matrikel der Georg-August-Universität zu Göttingen 1734—1837. Hrsg. von Götz von Selle. Text und Hilfsband. Hildesheim: August Lax 1937. Vergriffen. Nachdruck Nendeln: Kraus Reprint. Kart. 415,— DM. — Die Matrikel der Georg-August-Universität zu Göttingen 1837—1900. Hrsg. von Wilhelm Ebel. Text- und Registerband. Hildesheim: August Lax 1974. Kart. zus. 180,— DM.
- Abt. 4: Die Matrikel der Ritterakademie zu Lüneburg 1656—1850. Bearb. von Uta Reinhardt. Hildesheim: August Lax 1979. Kart. 44,— DM.
- Abt. 5: Die Matrikel des Collegium Carolinum und der Technischen Hochschule Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig 1745—1900. Bearb. von Peter Düsterdieck. Hildesheim: August Lax 1983. Kart. 98,— DM.
- X. **Niedersächsisches Münzarchiv.** Verhandlungen auf den Kreis- und Münzprobationstagen des Niedersächsischen Kreises 1551—1625. Bearb. von Max v. Bahrfeldt. Halle/Saale: A. Riechmann & Co. (Auslieferung durch Gust. Brauns, Leipzig). Bd. 1: 1551—1568. 1927. 4°. Bd. 2: 1569—1578. 1928. Bd. 3: 1579—1601. 1929. Vergriffen. (Der abschließende Bd. 4 ist nicht von der Histor. Kommission herausgegeben.)

- XI. **Regesten der Erzbischöfe von Bremen.** Hannover: Selbstverlag der Historischen Kommission. Kommissionsverlag: Arthur Geist Verlag (vorm. G. Winters Buchhandlung Fr. Quelle Nachf.) Bremen. Bd. 1 (bis 1306). Bearb. von Otto Heinrich May. Lief. 1 (bis 1101). 1928. 4°. Vergriffen. Lief. 2 (bis 1306). 1933. Vergriffen. Lief. 3 (Schluß). 1937. Vergriffen. — Bd. 2, Lief. 1 (1306 bis 1327). Bearb. von Günther Möhlmann. 1953. 12,— DM. Lief. 2 (1327—1344). Bearb. von Joseph König. 1971. Brosch. 40,— DM.
- XII. **Geschichte des Hannoverschen Klosterfonds.**
- Teil 1 Die Vorgeschichte (bis 1584). Vor- und nachreformatorische Klosterherrschaft und die Geschichte der Kirchenreformation im Fürstentum Calenberg-Göttingen. Von Adolf Brenneke. Hannover: Helwingsche Verlagsbuchhandlung. Halbbd. 1: Die vorreformatorische Klosterherrschaft und die Reformationsgeschichte bis zum Erlaß der Kirchenordnung. 1928. Halbbd. 2: Die Reformationsgeschichte von der Visitation ab und das Klosterregiment Erichs des Jüngeren. 1929. Vergriffen.
- Teil 2 Die calenbergischen Klöster unter Wolfenbütteler Herrschaft 1584—1634. Von Adolf Brenneke (†) und Albert Brauch. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1956. Vergriffen.
- Teil 3 Die calenbergischen Klöster 1634—1714. Von Albert Brauch. Überarbeitet von Annelies Ritter. Hildesheim: August Lax 1976. Kart. 46,— DM.
- XIIa. Beiband: Elisabeth von Braunschweig-Lüneburg und Albrecht von Preußen. Ein Fürstenbriefwechsel der Reformationszeit. Von Ingeborg Mengel. Göttingen, Frankfurt, Berlin: Musterschmidt 1954. Vergriffen.
- XIII. **Urkunden der Familie v. Saldern.** Bearb. von Otto Grotfend. Bd. 1: 1102—1366. Hildesheim: August Lax 1932. 4°. Vergriffen. Bd. 2: 1366—1500. Hildesheim: August Lax 1938. 4°. 20,— DM.
- XIV. **Volkstumsatlas von Niedersachsen.** Bearb. von Wilhelm Peßler. Braunschweig: Georg Westermann. Lief. 1—4. 1933, 1936, 1937, 1939. 2°. Vergriffen. Lief. 5 (Schluß). 1957. 11,— DM. (Auslieferung durch die Geschäftsstelle der Histor. Kommission, Hannover, Am Archive 1, Nds. Hauptstaatsarchiv.)
- XV. **Der Schwarze Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig.** Von Paul Zimmermann. Mit 11 Abbildungen auf 10 Tafeln. Hildesheim: August Lax 1936. Vergriffen.
- XVI. **Bibliographie der niedersächsischen Geschichte.**
- Band 1: Bibliographie der niedersächsischen Geschichte für die Jahre 1908 bis 1932. Von Friedrich Busch. Hildesheim: August Lax 1937. Vergriffen. 2. unveränderte Auflage. Hildesheim: August Lax 1962. Kart. 60,— DM.

- Band 2: Bibliographie der niedersächsischen Geschichte für die Jahre 1933 bis 1955. Von Friedrich Busch und Reinhard Oberschelp. 5 Bde. Hildesheim: August Lax 1973—1977. Je Bd. kart. 48,— DM.
- Band 3, Heft 1/2: Bibliographie der niedersächsischen Geschichte für die Jahre 1956 und 1957. Von Friedrich Busch. Hildesheim: August Lax 1959. Kart. 24,— DM.
- Band 3, Heft 3/5: Bibliographie der niedersächsischen Geschichte für die Jahre 1958 bis 1960. Von Friedrich Busch. Hildesheim: August Lax 1971. Kart. 48,— DM.
- Band 4: Bibliographie der niedersächsischen Geschichte für die Jahre 1961 bis 1965. Von Friedrich Busch und Reinhard Oberschelp. Hildesheim: August Lax 1972. Kart. 60,— DM.
- XVII. **Karte von Niedersachsen um 1780.** Landschaftsbild und Verwaltungsgebiete 1:200000. Lieferung 1 (4 Doppelblätter). Entwurf und Zeichnung von Joseph Prinz. Hannover (Schmorl & v. Seefeld) 1938. Vergriffen.
- XVIII. **Geschichte Hannovers im Zeitalter der neunten Kur und der englischen Sukzession 1674—1714.** Von Georg Schnath. Hildesheim: August Lax. Bd. 1: 1674—1692. 1938. Vergriffen. Nachdruck 1977. Vergriffen. Bd. 2: 1693—1698. 1976. Vergriffen. Bd. 3: 1698—1714. 1978. Vergriffen. Bd. 4: Georg Ludwigs Weg auf den englischen Thron. Die Vorgeschichte der Thronfolge 1698—1714. 1982. Kart. 98,—, Lw. 108,— DM. Namenweiser zu Bd. 1—4. 1982. Lw. 48,— DM.
- XIX. **Bauerntumsforschungen.** Hildesheim: August Lax.
- Band 1: Harald Hüner: Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen des Bauerntums in der Landschaft der mittleren Aller von etwa 1880 bis 1932. 1937. Vergriffen.
- Band 2: Friedrich Sander: Wesen und Wandlung des Bauerntums in Dorste (Kr. Osterode am Harz) in der Zeit von 1880 bis 1932. 1938. Vergriffen.
- XX. **Geschichtlicher Handatlas Niedersachsens.** In Verbindung mit Kurt Brüning, Hans Dörries, K. H. Jacob-Friesen u. a. hrsg. von Georg Schnath. Berlin: Gea Verlag 1939. 80 S. Karten, XII und 28 S. Text. 2°. Vergriffen.
- XXI. **Justus Möser, Briefe.** Hrsg. von Ernst Beins und Werner Pleister. Hannover: Selbstverlag der Historischen Kommission. Kommissionsverlag: Ferdinand Schöningh, Osnabrück 1939. Vergriffen.
- XXII. **Niedersächsische Lebensbilder.** Bände 1—5 hrsg. von Otto Heinrich May, Bände 6—9 hrsg. von Edgar Kalthoff. Hildesheim: August Lax. Bd. 1. 1939. Vergriffen. Bd. 2. 1954. Lw. 36,— DM. Bd. 3. 1957. Lw. 36,— DM. Bd. 4. 1960. Lw. 36,— DM. Bd. 5. 1962. Lw. 36,— DM. Bd. 6. 1969. Lw. 36,— DM. Bd. 7. 1971. Lw. 36,— DM. Bd. 8. 1973. Lw. 36,— DM. Bd. 9. 1976. Lw. 36,— DM.

XXIII. Karte des Landes Braunschweig im 18. Jahrhundert (1:25000). Vertrieb: Nieders. Landesverwaltungsamt — Landesvermessung —, Hannover.

Heft 1: Erläuterungen zur Historischen Karte des Landes Braunschweig in historischer und technischer Sicht. Von Hermann Kleinau, Theodor Penner und Albert Vorthmann. Mit einer Karte. Hildesheim: August Lax 1956. 2,50 DM.

Karten entsprechend den Blättern der Topographischen Karte 1:25000

Nr. 3019/20, 3430/31, 3530, 3531, 3533/3534/3633/3634, 3627—3632, 3727—3732, 3827—3832, 3922/23, 3926/27, 3928—3931, 4022, 4023, 4024/4124, 4025/4125, 4026, 4027/28, 4029/4129, 4122, 4123, 4126, 4127/4227, 4222/23.

1. Auflage. 1956—1964. Auf Papier vergriffen, auf transparenter Kunststoff-Folie noch lieferbar. Je Blatt 5,70 DM. — Verbesserte Auflage (1a) mit Höhenlinien (Mehrfarbindrucke auf Papier). 1965—1978. Je Blatt 5,70 DM.

XXIV. Untersuchungen zur Ständegeschichte Niedersachsens.

Heft 1 Dieter Koch: Das Göttinger Honoratiorenentum vom 17. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1958. Vergriffen.

Heft 2 Joachim Lampe: Aristokratie, Hofadel und Staatspatriziat in Kurhannover. Die Lebenskreise der höheren Beamten an den kurhannoverschen Zentral- und Hofbehörden 1714—1760. 1. Bd. Darstellung, 2. Bd. Beamtenlisten und Ahnentafeln. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1963. Vergriffen.

Heft 3 Friedrich Wilhelm Schaer: Die Stadt Aurich und ihre Beamenschaft im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der hannoverschen Zeit (1815—1866). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1963, jetzt im Verlag August Lax, Hildesheim. Kart. 48,— DM.

Heft 4 Bernd Kappelhoff: Absolutistisches Regiment oder Ständeherrschaft? Landesherr und Landstände in Ostfriesland im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts. Hildesheim: August Lax 1982. Kart. 48,— DM.

XXV. Niedersachsen und Preußen. Hildesheim: August Lax.

Heft 1 Hans Portzek: Friedrich der Große und Hannover in ihrem gegenseitigen Urteil. 1958. Kart. 24,— DM.

Heft 2 Günther Sieske: Preußen im Urteil Hannovers 1795—1806. 1959. Kart. 24,— DM.

Heft 3 Gunhild Bartels: Preußen im Urteil Hannovers 1815—1851. 1960. Kart. 24,— DM.

Heft 4 Rudolf Schridde: Bismarck und Hannover. Die Gesandtenzeit 1851—1862. 1963. Kart. 24,— DM.

- Heft 5 Dieter Brosius: Rudolf von Bennigsen als Oberpräsident der Provinz Hannover 1888—1897. 1964. Kart. 24,— DM.
- Heft 6 Hans Philippi: Preußen und die braunschweigische Thronfolgefrage 1866—1913. 1966. Kart. 24,— DM.
- Heft 7 Geoffrey Malden Willis: Hannovers Schicksalsjahr 1866 im Briefwechsel König Georgs V. mit der Königin Marie. 1966. Lw. 24,— DM.
- Heft 8 Helmut Maatz: Bismarck und Hannover 1866—1898. 1970. Kart. 24,— DM.
- Heft 9 Gerhard Knake: Preußen und Schaumburg-Lippe 1866—1933. 1970. Kart. 24,— DM.
- Heft 10 Wolfgang Rädisch: Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers und der preußische Staat 1866—1885. 1972. Kart. 24,— DM.
- Heft 11 Klaus Lampe: Oldenburg und Preußen 1815—1871. 1972. Vergriffen.
- Heft 12 Fredy Köster: Hannover und die Grundlegung der preußischen Suprematie 1862—1864. 1978. Kart. 84,— DM.
- Heft 13 Karl Lange: Die Krise des Deutschen Bundes (1866) in der Sicht der französischen Gesandtschaft in Hannover und Braunschweig. 1978. Kart. 40,— DM.
- Heft 14 Heide Barmeyer: Hannovers Eingliederung in den preußischen Staat. Annexion und administrative Integration 1866—1868. 1983. Kart. 98,— DM.

XXVI. Kurhannoversche Landesaufnahme des 18. Jahrhunderts. Hrsg. vom Niedersächsischen Landesverwaltungsamt — Landesvermessung — und von der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen. Vertrieb: Niedersächsisches Landesverwaltungsamt — Landesvermessung —, Hannover und Buchhandel.

Heft 1: Die Kurhannoversche Landesaufnahme des 18. Jahrhunderts. Erläuterungen zur Neuherausgabe als amtliches historisches Kartenwerk im Maßstab 1:25 000 (mit Übersichtskarte und Zeichenerklärung). Von Franz Engel. Hannover 1959. Druck: August Lax, Hildesheim; Vertrieb: Niedersächsisches Landesverwaltungsamt — Landesvermessung —, Hannover. 2,50 DM.

Karten: Blätter Nr. 1—165. Einfarbig. 1959—1963. Je Blatt 5,70 DM. Einige Blätter auch mehrfarbig. Je Blatt 8,20 DM. Mehrfarbige Zusammendrucke: Hannover und Umgebung (Zusammenfügung von 4 Blättern), Osterholz und Bremen (Zusammenfügung von 2 Blättern). Auf Papier je 10,70, auf „Elefantenhaut“ je 15,70 DM.

XXVII. Die Kopfsteuerbeschreibung der Fürstentümer Calenberg-Göttingen und Grubenhagen von 1689. Begründet von Max Burchard. Bearb. von Max Burchard und Herbert Mundhenke, ab Teil 7 von Herbert Mundhenke

allein. Hildesheim: August Lax. (Teil 1 und 2 sind nicht von der Histor. Kommission herausgegeben.)

- Teil 3 Die Ämter Langenhagen, Neustadt und Wölpe, die Stadt Neustadt am Rübenberge und das Kloster Mariensee. 1959. Kart. 24,— DM.
- Teil 4 Die Ämter Blumenau, Bokeloh, Rehburg, Ricklingen, die Städte Rehburg und Wunstorf, die Klöster Loccum und Marienwerder und das Stift Wunstorf. 1960. Kart. 24,— DM.
- Teil 5 Die Ämter Lauenau, Lauenstein und Springe, die Städte Münder a. D. und Springe sowie die adeligen Gerichte Banteln, Dehnsen und Limmer. 1961. Kart. 24,— DM.
- Teil 6 Die Ämter Aerzen, Grohnde, Ohsen und Polle, die Amtsvogtei Lachem, die Städte Bodenwerder und Hameln, die adeligen Gerichte Hämelschenburg, Hastenbeck und Ohr und das Stift St. Bonifatii in Hameln. 1962. Kart. 24,— DM.
- Teil 7 Die Ämter Brunstein, Harste und Westerhof, die Stadt Northeim, die adeligen Gerichte Hardenberg und Geismar und Imbshausen, die Klöster Marienstein, Weende und Wiebrechtshausen und das Stift St. Blasii in Northeim. 1964. Kart. 24,— DM.
- Teil 8 Die Ämter Brackenberg, Friedland, Niedeck und Reinhausen, die Stadt Göttingen, die adeligen Gerichte Adelebsen, Altengleichen, Garte und Waake und das Kloster Mariengarten. 1965. Kart. 24,— DM.
- Teil 9 Das Amt Münden, die Städte Dransfeld, Hedemünden und Münden, die adeligen Gerichte Imbsen und Jühnde, die Klöster Bursfelde und Hilwartshausen. 1967. Kart. 24,— DM.
- Teil 10 Die Ämter Erichsburg, Hardegsen, Lauenförde, Moringen, Nienover und Uslar, die Städte Hardegsen, Moringen und Uslar, das adelige Gericht Üssinghausen und das Kloster Fredelsloh. 1968. Kart. 24,— DM.
- Teil 11 Die Ämter Elbingerode, Herzberg, Katlenburg, Osterode, Radolfs hausen, Rotenkirchen, Salzderhelden und Scharzfels, die Städte Einbeck und Osterode, das adelige Gericht Rüdigershagen und die Stifte St. Alexandri und Beatae Mariae Virginis zu Einbeck. 1969. Kart. 24,— DM.
- Teil 12 Ergänzungsband. 1971. Vergriffen.
- Teil 13 Gesamtregister. 1972. Kart. 32,— DM.

XXVIIa. Die Kopfsteuerbeschreibung des Hochstifts Hildesheim von 1664, ergänzt durch die Landschatzbeschreibung von 1665. Bearb. von Peter Bardehle. Hildesheim: August Lax 1976. Kart. 64,— DM.

XXVIII. Gaußsche Landesaufnahme der 1815 durch Hannover erworbenen Gebiete. 1:25000. Bearb. von Franz Engel und vom Niedersächs. Landesverwal-

tungsamt — Landesvermessung —. Vertrieb: Niedersächs. Landesverwaltungsamt — Landesvermessung —, Hannover.

I. Fürstentum Hildesheim. Bl. 1—15. 1963. II. Eichsfeld mit Herrschaft Plesse und Gericht Gleichen. Bl. 16—19. 1963. III. Amt Uchte. Bl. 20. 1963. IV. Vogtei Auburg. Bl. 21. 1963. V. Amt Hunnesrück. Bl. 22. 1963. VI. Emsland — Grafschaften Lingen, Bentheim und Herzogtum Arenberg-Meppen. Bl. 23—46. 1977. VII. Fürstentum Osnabrück 1834—1850. Bl. 47—61. 1979/80. Je Blatt 5,70 DM.

XXIX. Oldenburgische Vogteikarte um 1790. 1:25000. Bearb. von Hermann Lüb-
bing und Otto Harms. Vertrieb: Kartograph. Verlag E. Völker, Oldenburg
i. O. Karten entsprechend den Meßtischblatt-Nummern:

2815 Oldenburg (Old.). Zweifarbig. 1961. 4,— DM. 2714 Wiefelstede. Sieben-
farbig. 1963. 6,— DM. 2816 Berne. Siebenfarbig. 1964. 6,— DM. 2716 Els-
fleth. Siebenfarbig. 1965. 6,— DM. 2814 Zwischenahn. Siebenfarbig. 1965.
6,— DM. 2616 Brake — (Ovelgönne). Siebenfarbig. 1967. 6,— DM. 2516 Nor-
denham — (Atens) zusammen mit 2517 Loxstedt — (Dedesdorf). Siebenfarbig.
1969. 7,— DM. 2813 Edewecht. Siebenfarbig. 1970. 6,— DM. 2416 Stollhamm
— 2417 (Bremer Lehe). Siebenfarbig. 1972. 7,— DM. 2713 Westerstede. Sie-
benfarbig. 1974. 6,— DM. 2715 Rastede. Siebenfarbig. 1978. 6,— DM. 2615
Jade. Einfarbig. 1981. 6,— DM.

Südlicher Anschluß 1804—1810: Amt Wildeshausen. 3 Blätter (Bl. 1/2: Gro-
ßenkneten, 3/4: Ahlhorn, 5: Wildeshausen). Einfarbig. 1979. Je 4,— DM.
Amt Vechta, nördlicher Teil. 2 Blätter (Bl. 1: Endel, Visbeck, Norddöllen,
2: Langförden, Lutten, Oythe). Einfarbig. 1980. Je 4,— DM.

XXX. Geschichtliches Ortsverzeichnis von Niedersachsen. Hildesheim: August Lax.

Band 1 Dietrich Schomburg: Geschichtliches Ortsverzeichnis des Lan-
des Bremen. 1964. Mit 1 Faltkarte. Vergriffen.

Band 2 Hermann Kleinau: Geschichtliches Ortsverzeichnis des Landes
Braunschweig. A—K. 1967. Kart. 60,— DM. L—Z. 1968. Kart.
60,— DM. Namen- und Sachverzeichnis. Mit 1 Kartenbeilage.
1968. Kart. 32,— DM.

Band 3 Günther Wrede: Geschichtliches Ortsverzeichnis des ehemali-
gen Fürstbistums Osnabrück. A—K. 1975. Kart. 98,— DM. L—Z.
1977. Kart. 98,— DM. Namen- und Sachverzeichnis. Mit 1 Karten-
beilage. Bearb. von Theodor Penners. 1980. Kart. 48,— DM.

XXXI. Schaumburgische Bibliographie. Von Friedrich Busch. Hildesheim: Au-
gust Lax 1964. Kart. 48,— DM.

XXXII. Niedersächsische Biographien. Hildesheim: August Lax.

Band 1 Mathilde Knoop: Kurfürstin Sophie von Hannover. 1964. Ver-
griffen. — 2. Aufl. 1969. Geb. 36,— DM.

- Band 2 Winfried Sühlo: Georg Herbert Graf zu Münster, Erblandmarschall im Königreich Hannover. 1968. Kart. 18,— DM.
- Band 3 Heiko Leerhoff: Friedrich Ludwig von Berlepsch, hannoverscher Hofrichter, Land- und Schatzrat und Publizist 1749—1818. 1970. Kart. 24,— DM.
- Band 4 Carl Haase: Ernst Brandes 1758—1810. Bd. 1. 1973. Bd. 2. 1974. Lw. je Bd. 60,—, zus. 100,— DM.

XXXIII. **Nachrichten aus Niedersachsens Urgeschichte.** Nr. 1, 1927, bis Nr. 33, 1964. **Nachrichtenblatt für Niedersachsens Vorgeschichte.** Nr. 1, 1920, bis Nr. 3, 1922, und NF 1, 1924, bis NF 3, 1926. Gesamtinhaltsverzeichnis. Bearb. von Martin Last. Hildesheim: August Lax 1969. Kart. 8,80 DM.

XXXIV. **Quellen und Untersuchungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Niedersachsens in der Neuzeit.** Hildesheim: August Lax.

- Band 1 Erbreger der Ämter Ruthe und Koldingen von 1593. Bearb. von Hans Goedeke. 1973. Kart. 38,— DM.
- Band 2 Bürgerbuch der Stadt Oldenburg 1607—1740. Bearb. von Walter Schaub. 1974. Kart. 54,— DM.
- Band 3 Beschreibung des Amtes Wolfenbüttel von 1630. Bearb. von Werner Allewelt. 1975. Kart. 38,— DM.
- Band 4 Das Lagerbuch des Amtes Blumenau von 1600, ergänzt aus dem Lagerbuch von 1655. Bearb. von Heinrich Lathwesen. 1978. Kart. 48,— DM.
- Band 5 Erbreger des Amtes Lüne von 1669. Bearb. von Hermann Vogelsang. 1979. Kart. 72,— DM.
- Band 6 Ernst Hinrichs, Wilhelm Norden: Regionalgeschichte. Probleme und Beispiele. 1980. Kart. 54,— DM.
- Band 7 Das Calenberger Hausbuch von 1592 nach dem Lagerbuch des Amtes Calenberg von 1653 und anderen Quellen. Bearb. von Heinrich Lathwesen. 1980. Kart. 64,— DM.
- Band 8 Erbreger des Amtes Schöningen von 1570. Bearb. von Werner Allewelt. 1981. Kart. 72,— DM.
- Band 9 Walter Achilles: Die Lage der hannoverschen Landbevölkerung im späten 18. Jahrhundert. 1982. Kart. 54,— DM.
- Band 10 Häuserchronik der Stadt Gandersheim. Bearb. von Kurt Kronenberg. 1983. Kart. 98,— DM.

XXXV. **Quellen und Untersuchungen zur allgemeinen Geschichte Niedersachsens in der Neuzeit.** Hildesheim: August Lax.

- Band 1 Wilhelm Liebknecht: Leitartikel und Beiträge in der Osnabrücker Zeitung 1864—1866. Hrsg. von Georg Eckert. 1975. Kart. 74,— DM.

- Band 2 Briefe des Ministers Otto Christian von Lenthe an den Geheimen Kriegsrat August Wilhelm von Schwicheldt (1743—1750). Bearb. von Rudolf Grieser. 1977. Kart. 84,— DM.
- Band 3 Konrad Franke: Die niedersächsische SPD-Führung im Wandel der Partei nach 1945. 1980. Kart. 32,— DM.
- Band 4 Reinhard Oberschelp: Niedersachsen 1760—1820. Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur im Land Hannover und Nachbargebieten. 2 Bände. 1982. Lw. 118,— DM.

XXXVI. Geschichte Niedersachsens. Hrsg. von Hans Patze. Hildesheim: August Lax.

Band 1: Grundlagen und frühes Mittelalter. 1977. Vergriffen.

Band 3, Teil 2: Kirche und Kultur von der Reformation bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. 1983. Lw. 100,— DM.

XXXVII. Quellen und Untersuchungen zur Geschichte Niedersachsens im Mittelalter. Hildesheim: August Lax.

Band 1 Urkundenbuch des Klosters Scharnebeck (Lüneburger Urkundenbuch, 13. Abt.). Bearb. von Dieter Brosius. 1979. Lw. 128,— DM.

Band 2 Urkundenbuch des Stifts Ramelsloh (Lüneburger Urkundenbuch, 12. Abt.). Bearb. von Dieter Brosius. 1981. Lw. 54,— DM.

Band 3 Regesten und Urkunden zur Geschichte des Klosters St. Georg in Stade (Bremer Urkundenbuch, 9. Abt.). Bearb. von Jürgen Bohmbach. 1982. Lw. 54,— DM.

Band 4 Urkundenbuch der Stadt Stade (Bremer Urkundenbuch, 12. Abt.). Bearb. von Jürgen Bohmbach. 1981. Lw. 45,— DM.

Band 5 Urkundenbuch des Klosters Osterholz (Bremer Urkundenbuch, 8. Abt.). Bearb. von Hans-Heinrich Jarck. 1982. Lw. 48,— DM.

Band 6 Urkundenbuch des Klosters Fredelsloh (Göttingen-Grubenhagener Urkundenbuch, 1. Abt.). Bearb. von Manfred Hamann. 1983. Lw. 54,— DM.